ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Steinführer, Annett (Ed.); Porsche, Lars (Ed.); Sondermann, Martin (Ed.)

Research Report

Kompendium Kleinstadtforschung

Forschungsberichte der ARL, No. 16

Provided in Cooperation with:
ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Steinführer, Annett (Ed.); Porsche, Lars (Ed.); Sondermann, Martin (Ed.) (2021) : Kompendium Kleinstadtforschung, Forschungsberichte der ARL, No. 16, ISBN 978-3-88838-103-4, Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover, https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-10341

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/236890

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ARL
AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Forschungsberichte der ARL 16

KOMPENDIUM KLEINSTADTFORSCHUNG

Annett Steinführer, Lars Porsche, Martin Sondermann (Hrsg.)

ARL AKADEMIE FÜR RAUMENTWICKLUNG IN DER LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Forschungsberichte der ARL 16

KOMPENDIUM KLEINSTADTFORSCHUNG

Annett Steinführer, Lars Porsche, Martin Sondermann (Hrsg.)

Hannover 2021

Es wurden überwiegend grammatische Formen gewählt, die weibliche und männliche Personen gleichermaßen einschließen. War dies nicht möglich, wurde zwecks besserer Lesbarkeit und aus Gründen der Vereinfachung nur eine geschlechtsspezifische Form verwendet.

Die Beitragsentwürfe der Autorinnen und Autoren wurden in dem Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung“ mehrfach diskutiert (interne Qualitätskontrolle). Das Manuskript wurde darüber hinaus einer wissenschaftlichen Begutachtung unterzogen (externe Qualitätskontrolle) und nach Berücksichtigung der Gutachterempfehlungen der Geschäftsstelle der ARL zur weiteren Bearbeitung und zur Veröffentlichung übergeben. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Geschäftsstelle der ARL:
WR I „Gesellschaft und Kultur“
Dr.-Ing. Martin Sondermann (sondermann@arl-net.de)

Forschungsberichte der ARL 16

ISBN 978-3-88838-103-4 (PDF-Version)
ISSN 2196-0461 (PDF-Version)
Die PDF-Version ist unter shop.arl-net.de frei verfügbar (Open Access)
CC_BY_SA 4.0 International

ISBN 978-3-88838-104-1 (Print-Version)
ISSN 2196-0453 (Print-Version)
Druck: Books on Demand GmbH, 22848 Norderstedt

Verlag der ARL – Hannover 2021
Formales Lektorat: K. Brendler, J. Gosemann, V. Mena Arias
Sprachliches Lektorat: C. M. Hein
Satz und Layout: G. Rojahn, O. Rose

Zitierempfehlung für die Netzpublikation:
Steinführer, Annett; Porsche, Lars; Sondermann, Martin (Hrsg.) (2021):
Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover. = Forschungsberichte der ARL 16.
URN: http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-10341

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft
Vahrenwalder Straße 247
30179 Hannover
Tel. +49 511 34842-0
Fax +49 511 34842-41
arl@arl-net.de
www.arl-net.de

INHALT

Vorwort: Zur Entstehung und zu den Beiträgen dieses Forschungsberichts
Annett Steinführer, Lars Porsche, Martin Sondermann 3

I Konzepte, Methoden und Daten

Kleinstädte als Forschungsgegenstand. Bestimmungsmerkmale, Bedeutungen und Zugänge
Annett Steinführer, Martin Sondermann, Lars Porsche 5

Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen
Antonia Milbert, Stefan Fina 24

Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 1: Die Hürden der Datenbeschaffung
Katrin Großmann, Robert Franke, Laura Henkel 50

II Raumkonzeptionen und planerische Perspektiven

Urbanität und Ruralität. Kleinstädte im „Dazwischen"?
Annett Steinführer 62

Zentralität von Kleinstädten in ländlichen Räumen – Mythos und Realität
Stephan Beetz 85

Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten
Peter Dehne 102

Bedarfsgerechte Entwicklung und aktivierende Stadtentwicklung – die Praxisperspektive einer Kleinstadt-Bürgermeisterin
Anita Maaß 123

III Wirtschaftliche Entwicklung und Infrastrukturen

Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsdynamiken in Kleinstädten
Heike Mayer 140

Kleinstädte – digital, smart oder intelligent?
Lars Porsche 155

Nachhaltige Mobilität als umweltpolitisches Handlungsfeld in Kleinstädten
Robert Nadler, Stefan Fina 177

IV Soziodemographische und sozialräumliche Entwicklungen

Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten
Tim Leibert 189

In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten
Sara Schiemann, Annett Steinführer 209

Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken
Kerstin Schenkel, Katrin Großmann 235

Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 2: Empirische Befunde
Katrin Großmann, Robert Franke, Laura Henkel 258

Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung
Gudrun Kirchhoff 275

V Fazit und Ausblick

Kleinstädte – Förderprogramme und Forschungsinitiativen
Lars Porsche 301

Jenseits der „Aufmerksamkeitslücke“ – was wir bisher über Kleinstädte (nicht) wissen
Lars Porsche, Martin Sondermann, Annett Steinführer 314

Kurzfassung / Abstract 339

Annett Steinführer, Lars Porsche, Martin Sondermann

VORWORT: ZUR ENTSTEHUNG UND ZU DEN BEITRÄGEN DIESES FORSCHUNGSBERICHTS

Kleinstädte befinden sich in einer raumwissenschaftlichen Aufmerksamkeitslücke. Diese zentrale Grundannahme und weitere Feststellungen bewegten Mitglieder eines seit 2016 bestehenden Netzwerks von Kleinstadtforscherinnen und -forschern dazu, diesem Stadttypus einen Arbeitskreis zu widmen. Die ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft unterstützte und begleitete diese Idee und begründete den Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung" (ARL o.J.).

Eigentlich mit dem Ziel, lediglich ein Positionspapier (ARL 2019a) zu verfassen, entwickelte der 2018 und 2019 insgesamt nur dreimal tagende Ad-hoc-Arbeitskreis von Anfang an eine sehr hohe Dynamik. Dem deutschsprachigen Positionspapier folgten die englischsprachige Übersetzung (ARL 2019b) sowie ein ausführlicherer Arbeitsbericht zum Stand und zu den Perspektiven der Kleinstadtforschung in Deutschland (Porsche/Steinführer/Sondermann 2019). Die darin behandelten Themenfelder wurden durch die Arbeitskreismitglieder in einer gemeinsamen interdisziplinären Zusammenschau identifiziert, diskutiert und gebündelt.

Diese Themenfelder werden in dem hier vorliegenden „Kompendium Kleinstadtforschung" in eigenständigen Beiträgen aufgegriffen, im Vergleich zum vorausgegangenen Arbeitsbericht stark erweitert sowie um zuvor nicht berücksichtigte Themen ergänzt. Weitere Autorinnen und Autoren konnten gewonnen werden, die neue Fragestellungen und Perspektiven behandeln oder einen vertiefenden Blick auf praktische Fragen der Kleinstadtforschung werfen. Dieser Band der Forschungsberichte der ARL bereitet verschiedene Themen der Kleinstadtforschung in Deutschland auf, gibt einen Überblick zum Forschungsstand und identifiziert Fehlstellen. Dazu werden auch zahlreiche ältere, heute zum Teil nahezu vergessene Studien einbezogen. Zusätzlich soll ein Anstoß zur Bearbeitung weiterer Themen sowie zu vertiefenden und vor allem systematischen Forschungen gegeben werden. Gleichwohl konnten auch für diesen Band nicht alle Themen, die Kleinstädte und deren Entwicklung betreffen, bearbeitet werden.

Im ersten Teil des Bandes stehen konzeptionelle und methodische Aspekte im Vordergrund. *Annett Steinführer*, *Martin Sondermann* und *Lars Porsche* geben einführend einen Überblick über Kleinstädte als Forschungsgegenstand und legen Bestimmungsmerkmale, Bedeutungen und Zugänge dar. Anschließend setzen sich *Antonia Milbert* und *Stefan Fina* in ihrem Beitrag mit methodischen Fragen des Forschungsfelds sowie mit Definitionen, Abgrenzungen und Datenfragen auseinander. Korrespondierend damit beschäftigen sich *Katrin Großmann*, *Robert Franke* und *Laura Henkel* mit den Hürden der Datenbeschaffung am konkreten Beispiel der Untersuchung residentieller Segregation.

Der zweite Teil des Bandes ist Raumkonzeptionen und planerischen Perspektiven gewidmet. Er beginnt mit einer Betrachtung des Spannungsfeldes kleinstädtischer Urbanität und Ruralität von *Annett Steinführer*. *Stephan Beetz* nimmt den Mythos und die Realität der gerade für Kleinstädte immer wieder diskutierten Zentralität unter die Lupe. Fragen der Stadtplanung und Governance aus Sicht der Forschung thematisiert *Peter Dehne*. *Anita Maaß* vervollständigt diese Darstellung aus ihrer Perspektive als langjährige Bürgermeisterin der sächsischen Kleinstadt Lommatzsch.

Im dritten Teil des Bandes werden vorrangig wirtschaftliche und infrastrukturelle Aspekte betrachtet: *Heike Mayer* verbindet ihre Untersuchung wirtschaftlicher Entwicklungen mit der Frage kleinstädtischer Innovationsdynamiken. Der Beitrag von *Lars Porsche* widmet sich dem auch für Kleinstädte heute unübersehbar an Bedeutung gewinnenden Prozess der Digitalisierung. Mobilität als umweltpolitisches Handlungsfeld steht im Mittelpunkt der Darstellungen von *Robert Nadler* und *Stefan Fina*.

Im vierten Teil des Kompendiums werden soziodemographische und sozialräumliche Entwicklungen thematisiert. Zunächst beleuchtet *Tim Leibert* demographische Strukturen und Entwicklungen, während sich *Sara Schiemann* und *Annett Steinführer* mit wissenschaftlichen Untersuchungen zur Sozialstruktur und zu den sozialen Beziehungen in Kleinstädten befassen. Das breite Themenfeld Wohnen systematisieren *Kerstin Schenkel* und *Katrin Großmann*. Über Ergebnisse ihrer Segregationsanalysen berichten *Katrin Großmann*, *Robert Franke* und *Laura Henkel*. *Gudrun Kirchhoff* ergänzt diesen Themenbereich um Erkenntnisse aus einem Forschungsprojekt, das den sozialräumlichen und sozialen Wandel kleiner Städte durch Zuwanderung untersuchte.

Im fünften und abschließenden Teil stellt *Lars Porsche* Förderprogramme des Bundes und der Bundesländer zur Kleinstadtentwicklung vor. Eine Zusammenfassung der Beiträge sowie offener Fragen der Kleinstadtforschung durch *Lars Porsche*, *Martin Sondermann* und *Annett Steinführer* beschließt das Kompendium.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (o.J.): Kleinstadtforschung. Webseite des Ad-hoc-Arbeitskreises. Hannover.
https://www.arl-net.de/de/projekte/kleinstadtforschung (04.10.2020).
ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2019a): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 113.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01134
ARL – Academy for Spatial Research and Planning (ARL) (Ed.) (2019b): Small town research in Germany – status quo and recommendations. Hanover. = Position Paper of the ARL 114.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01149
Porsche, L.; Steinführer, A.; Sondermann, M. (Hrsg.) (2019): Kleinstadtforschung in Deutschland – Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 28.
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-42576

Annett Steinführer, Martin Sondermann, Lars Porsche

KLEINSTÄDTE ALS FORSCHUNGSGEGENSTAND. BESTIMMUNGSMERKMALE, BEDEUTUNGEN UND ZUGÄNGE

Gliederung

1 Prolog: Annäherungen an den Forschungsgegenstand
2 Von Quantitäten und Qualitäten: Bestimmungsmerkmale kleiner und großer Städte
3 Von kleinen Städten und Kleinstädten, von *cities* und *towns*: Sprachlichkeit und Bedeutungen
4 Bestimmungsansätze für Kleinstädte: ein Blick über den deutschen Tellerrand hinaus
5 Resümierender Ausblick
Literatur

Kurzfassung
Kleinstädte sind mehr als nur „klein“, und doch ist dieses Merkmal wesentlich zur näheren Bestimmung des Gegenstands. Die Kleinstadt ist einerseits gegenüber größeren und Großstädten abzugrenzen, doch auch von ländlichen Siedlungstypen – insbesondere vom Dorf – zu unterscheiden. Diese Einführung in den Sammelband reflektiert zunächst historisch, statistisch und sprachlich über die Bestimmung und Bedeutung der Kleinstadt bzw. von Kleinstädten. Im zweiten Teil des Beitrags erfolgt eine Erweiterung des Blicks um ausgewählte internationale Perspektiven, und es werden morphologische, administrative und funktionale Bestimmungsansätze aufgezeigt.

Schlüsselwörter
Kleinstadt – Großstadt – Perspektiven – Definitionen – Abgrenzungen – Bestimmungsansätze

Small Towns as Research Object: Characteristics, Meanings and Approaches

Abstract
Small towns are more than just ‘small’, and yet this characteristic is central to a more precise definition of the research object. The small town must, on the one hand, be distinguished from larger towns and cities but, on the other hand, also from rural types of settlement – particularly from villages. This introduction to the volume opens with a reflection on the historical, statistical and linguistic aspects of the definition and significance of small towns. In the second part of the article a wider view is taken to include selected international perspectives, and morphological, administrative and functional definitional approaches are presented.

Keywords
Small town – city – perspectives – definitions – delimitations – definitional approaches

1 Prolog: Annäherungen an den Forschungsgegenstand

Das Zentrum der Welt liegt vielleicht in Delphi, Jerusalem oder New York, je nach Zeitalter und Weltanschauung. Für viele Menschen aber liegt das Zentrum ihres gesellschaftlichen Lebens, ihrer persönlichen Geschichte, ihrer Arbeitswelt irgendwo zwischen alten und neuen Metropolen – in einer Kleinstadt. Kleine Städte erhalten in der sozialwissenschaftlichen Raumforschung bislang wenig systematische Aufmerksamkeit. Die soziologischen, planungswissenschaftlichen und geographischen Spielarten der Stadtforschung weisen eine ausgeprägte Metropolenorientierung und entsprechende großstädtische „Befangenheit" auf. Dabei bilden die Kleinstädte in Deutschland mit 47 Prozent aller Gemeinden die größte Gruppe, und knapp 30 Prozent der Bevölkerung leben hier (vgl. Abb. 1). Ebenso erfolgen wirtschaftliche Innovationen nicht allein in Großstädten. Fast ein Drittel der sogenannten Hidden Champions findet sich in Kleinstädten (BBSR 2019a: 7, 17).

Der 2018 von der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft ins Leben gerufene Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung" wollte dieser Einseitigkeit raumbezogener Theoriebildung und Empirie ebenso wie den verbreiteten kleinstadtbezogenen Stereotypen etwas entgegensetzen. Ziel war es, herauszuarbeiten, wie sich Raum- und Planungswissenschaften der Kleinstadt nähern, welche Forschungsergebnisse insbesondere für Deutschland vorliegen und wo es Wissenslücken und Forschungsdesiderata gibt. Thematisch war dabei von besonderem Interesse, wie urban und wie ländlich es sich in kleinen Städten lebt und wohnt, wie es um demographische, soziale, ethnische, politische und wirtschaftliche Strukturen steht, welche Rolle Mobilität und Digitalisierung spielen, was für eine Bedeutung die viel diskutierte Zentralität für Kleinstädte hat und, nicht zuletzt, mit welchen Methoden und Daten sich kleinstädtische Strukturen und Entwicklungen untersuchen lassen. Die Beiträge in diesem Band geben über das Positionspapier (ARL 2019) und den Arbeitsbericht (Porsche/Steinführer/Sondermann 2019) hinaus auf vielfältige Art und Weise Antworten. Zugleich werden zahlreiche unbeantwortete wie neue Fragen deutlich. Die Beiträge sind das Ergebnis eines fast zweijährigen engagierten Arbeitsprozesses, der für alle Beteiligten weit über das übliche Engagement in einem Ad-hoc-Arbeitskreis hinausging.

Diese Einführung bettet den Forschungsgegenstand ein und versucht, ihn mittels unterschiedlicher Zugänge und Bestimmungsmerkmale zu fassen. Eingangs wird die alte und doch immer wieder gestellte Frage, wie groß oder klein eine Kleinstadt ist, sein sollte oder sein darf, beleuchtet. Dem folgen einige sprachliche Reflexionen. Liegt der räumliche Schwerpunkt – wie der des gesamten Bandes – bis dahin auf Deutschland, wird der Blick im anschließenden Kapitel auf ausgewählte internationale Studien erweitert, um unterschiedliche Bestimmungsansätze der Kleinstadt über quantitative Zugänge hinaus zu thematisieren. Der Beitrag endet mit ersten Schlussfolgerungen, die zugleich das Abschlusskapitel dieses Kompendiums (Porsche/Sondermann/Steinführer 2021) vorbereiten.

2 Von Quantitäten und Qualitäten: Bestimmungsmerkmale kleiner und großer Städte

Wer sich mit der Kleinstadt beschäftigt, wird eher früher als später mit der Frage konfrontiert, wie man diese denn definiere. Sehr häufig zielt das Interesse der Fragenden ausschließlich auf eine Gemeindegrößenklasse bezogen auf die Bevölkerungszahl, also eine quantitative Abgrenzung, und oft ist mit einer entsprechenden Antwort das Frageinteresse bereits erschöpft.

In Deutschland (und nicht nur hier) lautet diese Größenordnung bekanntlich: 5.000 bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Häufig wird dabei auf den 1. Statistikweltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) 1887 in Rom Bezug genommen. Doch bereits zehn Jahre zuvor, 1877, wurden in der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs die noch heute üblichen Gemeindegrößenklassen samt ihren Bezeichnungen verwendet (vgl. Matzerath 1985: 246). In der Ergebnisdarstellung der Volkszählung von 1875 war erstmals von Land-, Klein-, Mittel- und Großstädten die Rede (anonym 1877: 36-40). Die genannte Größenklasse ist noch heute ein grundlegender Bestandteil für die Kleinstadt-Abgrenzung der Laufenden Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Diese bezieht den zentralörtlichen Status ein: Für alle BBSR-Statistiken (z. B. die weithin genutzte INKAR-Datenbank) gilt als Kleinstadt eine Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder eine Einheitsgemeinde mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner oder mindestens grundzentraler Bedeutung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums. Dies folgt der Logik städtischer Funktionalitäten von Walter Christaller (2006 [1933]) und dient der Schaffung eines statistischen Referenzrahmens, der über die reine Einwohnerzahl hinausgeht (vgl. Porsche/Milbert 2018: 7).

Ende 2018 gab es dieser Abgrenzung zufolge in Deutschland 2.105 Kleinstädte (BBSR 2020; vgl. Abb. 1). Von diesen hatte die kleinste Kleinstadt (Lupburg in Bayern) 2.442 und die größte (Rhein-Selz in Rheinland-Pfalz) 41.568 Einwohnerinnen und Einwohner. Bei Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern erfolgt die Eingruppierung in die Kategorie der Kleinstädte aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion. Kleinstädte über 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner erklären sich dadurch, dass das Abgrenzungskriterium auf die größte Gemeinde in einem Gemeindeverband angewandt wird. Das sind (je nach Bundesland) z. B. Verbandsgemeinden, Samtgemeinden, Ämter oder Gemeindeverwaltungsverbände. Die Bevölkerungszahl wird wiederum für den gesamten Gemeindeverband angegeben. Die Bedeutung der so statistisch erfassten Kleinstädte lässt sich in ihrer Anzahl, Fläche und Bevölkerung im Verhältnis zu anderen Stadttypen erfassen (Abb. 1) und in ihrer geographischen Verbreitung im Bundesgebiet darstellen (Abb. 2).

Der statistische Stadtbegriff ist in der sozial- und planungswissenschaftlichen Raumforschung immer wieder als unzureichend kritisiert worden (vgl. bereits Gorki 1974). Der Beitrag von Milbert und Fina (2021) greift diese Frage fundiert auf, weshalb hier ein anderes Argument in den Vordergrund gestellt werden soll: das des Zusammenhangs von Quantität und Qualität. In ihrer „Großstadtforschung“ hat sich Elisabeth Pfeil ausführlich mit Abgrenzungen und Definitionen der Großstadt auseinanderge-

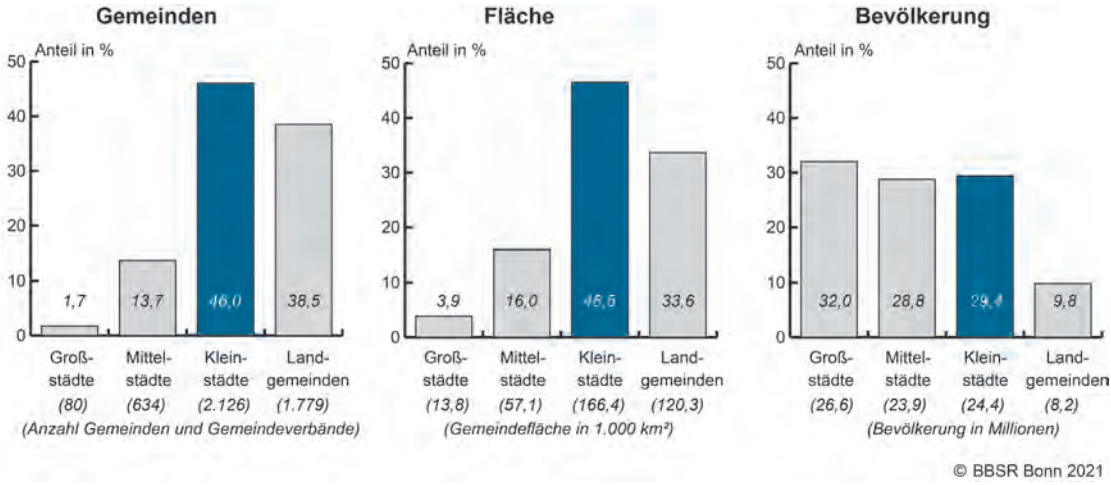


Abb. 1: Bedeutung der Kleinstädte in Deutschland nach Anzahl, Fläche und Bevölkerung 2019 / Quelle: Statistik des Bundes und der Länder, Laufende Raumbeobachtung des BBSR (2021)

setzt (Pfeil 1972 [1950]: 5 ff.). Bezogen auf die für diese geltende und ebenfalls aus dem späten 19. Jahrhundert stammende Mindestgrenze von 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern schrieb sie:

> *„Die Grenzziehung erscheint willkürlich,*
> *unter der Verführung durch die runde Zahl geschehen.*
> *Bei näherem Zusehen verliert sie jedoch den Charakter des Unwesentlichen.*
> *Im Worte Großstadt selbst steckt die Quantität als Wesensmerkmal* [...].
> *Der Begriff der großen Stadt entwickelt sich am Gegen-Stande* [*sic!*],
> *an der kleineren Stadt als der* (*damals*) *normalen Stadt:*
> *die ungewöhnliche, die überragende Stadt, das war die Großstadt.“*
> (Pfeil 1972 [1950]: 5)

Analog dazu ist auch für Kleinstädte darauf zu bestehen, dass Größe (bzw. hier eben „Kleinsein“ bezogen auf die Bevölkerungszahl) zwar kein hinreichendes, aber eben ein notwendiges Bestimmungskriterium ist. Nicht zufällig findet sich die Einwohnerzahl – neben Bevölkerungsdichte und sozialer Heterogenität – als Kriterium in Louis Wirths soziologischer Minimaldefinition der Stadt (Wirth 1938). Interessanterweise hat er mit der Dauerhaftigkeit einer Siedlung ein viertes Kriterium definiert (ebd.: 8), das zumindest im europäischen Kontext gerade für kleinere Städte relevant sein könnte – begründet hier doch die Beständigkeit des historischen Grundrisses der Kernstadt mit seinen Fixpunkten Rathaus, Markt und Stadtmauer (bzw. deren Reste) einen wesentlichen Teil der städtischen Identität (Hannemann 2004: 307). Wirth selbst behandelte dieses Merkmal in seinem berühmten Aufsatz „Urbanism as a way of life“ aber nur am Rande (vgl. auch Steinführer 2021).

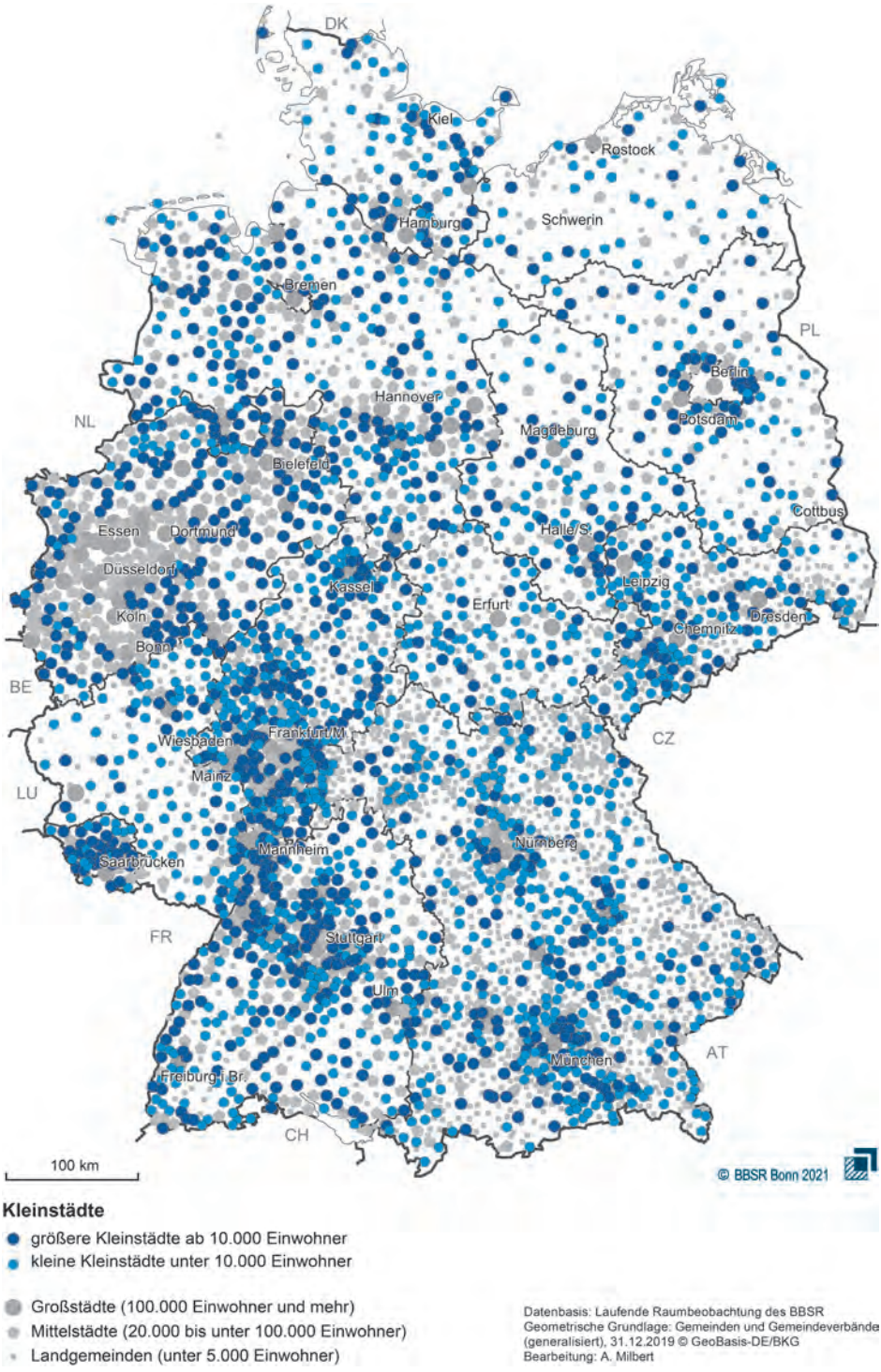


Abb. 2: Kleinstädte und Lage der übrigen Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland 2019 / Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR (2020)

Die kleine Stadt unterscheidet sich somit, so banal es auch klingt, von der großen zuallererst durch ihre Bevölkerungszahl und weiteren, sich daraus ergebenden Bestimmungsmerkmalen. Relative und absolute Größe sind in ihrer qualitativen Bedeutung relevant – und nicht ausschließlich als quantitativer Faktor, den die Beschäftigung mit Groß- bzw. Klein-Sein ja erst einmal nahelegt (Way 2016: 142). Bell und Jayne formulierten 2009 eine Forschungsagenda für *small cities* und verwiesen dafür auf den in diesem Begriff enthaltenen – vermeintlichen – Gegensatz:

> *„[W]e must also offer a note of caution in that it is vital that theoretical and empirical engagement with small cities develops a strong epistemological, ontological and methodological focus on both their smallness and their* cityness, *in order to fully contribute to these debates. Given the apparent oxymoronic nature of 'small city', we need to explore how small cities are imagined and experienced, and see how antinomies such as local–global or provincial–cosmopolitan impact on the way they are understood and 'located'."*
> (Bell/Jayne 2009: 695; Herv. i.O.)

Größe kann auf weitere Faktoren bezogen werden, wie die Stadtfläche, die Wirth (1938) durch die Bevölkerungsdichte ebenfalls mit berücksichtigte. Aber gerade dieses Kriterium zeigt die Herausforderungen in der Beschreibung und Analyse von Kleinstädten deutlich auf. In Deutschland sind ca. 25 Prozent der Kleinstädte in der BBSR-Abgrenzung über 100 km² groß. Im Extrem reicht dies bis zu Einheitsgemeinden mit über 500 km², wie es z. B. bei der seit 2010 in der heutigen Form bestehenden Stadt Möckern (Sachsen-Anhalt) mit 524 km² der Fall ist. Auch die Vermutung, dass Kleinstädte aus einem Stadtkern oder wenigen eingemeindeten Ortschaften bestehen, muss hinterfragt werden, denn eine Zahl von 20 bis 30 Ortsteilen ist für flächenhaft große Kleinstädte nicht unüblich. In Möckern unterteilen sich darüber hinaus die 27 Ortschaften in insgesamt 50 Ortsteile (Kreutz 2020).

Systemtheoretisch gesprochen sind kleine Städte im Vergleich zu Großstädten zwangsläufig durch einen geringeren Grad an Ausdifferenziertheit ihrer Subsysteme gekennzeichnet. In diesem Kompendium wird dies beispielsweise für die Themenfelder der Stadtplanung und Governance, Wohnen und sozialräumliche Differenzierung sowie ethnische Strukturen verdeutlicht (vgl. Dehne 2021; Schenkel/Großmann 2021; Kirchhoff 2021). Gleichzeitig machen diese und weitere Beiträge (z. B. Mayer 2021; Maaß 2021; Schiemann/Steinführer 2021) deutlich, dass die Großstadt als Lebenswelt und Vergesellschaftungsform für die Theoriebildung zwar eine wesentliche Referenz in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Kleinstädten spielt, dass eine Verengung auf diese Perspektive aber dazu führt, dass Kleinstädte regelmäßig als defizitär präsentiert werden. Eine solche „großstädtische Brille", wie Schenkel/Großmann (2021) es nennen, wird Kleinstädten nicht gerecht. Auch wenn Funktionsausstattungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht in einer großstädtischen Dichte bestehen, sind diese verfügbar. Spätestens der Versandkataloghandel führte zu ähnlichen Wohnungseinrichtungen, Lebensstilen und Vorstellungen vom „guten" Leben. Mittlerweile bringt das Internet die Welt fast in Echtzeit in die Arbeits-, Wohn- und Lebenswelten der Menschen in größeren wie kleineren Städten. Die Bevölkerungs-, Siedlungs- und Bebauungsdichte der Großstädte sowie die reine Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern, Stadtteilen, Versorgungseinrichtungen etc. sind kein allei-

niger Maßstab, weder in der Analyse von Kleinstädten noch für die weiteren Stadt- und Gemeindetypen. Doch auch eine Betrachtung von Kleinstädten ausschließlich aus einer „ländlichen" Perspektive, wie sie partiell in den Debatten um (Auto)Mobilität oder demographische Veränderungen anzutreffen ist (vgl. dazu Nadler/Fina 2021; Leibert 2021), ist unzureichend. Kleinstädte als Siedlungstyp finden sich im gesamten Raumtypenkontinuum, von ländlichen Peripherien bis hin zu Agglomerationsräumen. Letztere sind bis auf wenige Ausnahmen (BBSR 2019b; Brombach/Jessen 2005) bisher kein ausgeprägter Betrachtungsgegenstand von Forschung und Politik.

Mehrfach ist in diesem Kompendium von der Vielfalt und Heterogenität von Kleinstädten die Rede. Angesichts der großen Zahl empirischer Fälle hat es – anders als für die vergleichsweise sehr überschaubare Anzahl von Großstädten – immer wieder Bestrebungen gegeben, Kleinstädte zu typisieren und damit die Vielfalt zu systematisieren und vor allem zu reduzieren (Beispiele erwähnen Hannemann 2004: 19, 27, 64, 116 f. sowie Flacke 2004: 30-33). Diese Typenbildungen orientierten sich unter anderem an folgenden – in der Forschungspraxis freilich nur selten trennscharf verwendeten – Merkmalen bzw. Dimensionen:

> historische Entwicklungspfade und Stadttypen (wie Bergbau-, Residenz- oder Beamtenstädte) oder aktuell prägende Funktionen (wie Kurorte oder Versorgungszentren in dünn besiedelten Räumen; vgl. z. B. Goderbauer 2020)

> sozioökonomische Entwicklungsmuster (vgl. z. B. Grötzbach 1963; Schrödel 2014), oft in Verbindung mit Potenzialanalysen und Annahmen über die Entwicklungsperspektiven von Kleinstädten

> Lage im Raum (insbesondere peripher gelegene Kleinstädte im Gegensatz zu Kleinstädten in großstädtischen Verdichtungsräumen) (z. B. Porsche/Milbert 2018: 14-18)

> problemorientierte Typisierungen (vgl. z. B. die „Typen der Schrumpfstadt" bei Hannemann 2004: 213 ff.)

Deutlich wird an den zahlreichen, stets von Neuem mit begrenzt befriedigenden Ergebnissen aufwartenden Anstrengungen, dass es eine umfassende und allgemeingültige Typisierung von Kleinstädten aufgrund der Vielzahl möglicher Dimensionen und der hohen internen Varianz der vorgeschlagenen Typen nicht geben kann (vgl. auch Hannemann 2002: 268; Flacke 2004: 32). Entsprechende Typisierungen richten sich nach dem jeweiligen Forschungsgegenstand und den an diesen gerichteten Untersuchungsfragen. Forschungsaktivitäten zur Kleinstadt sollten dieser als vielfältigem Siedlungstyp in unterschiedlichen raumstrukturellen Kontexten sowie als heterogener lokaler Vergesellschaftungsform (Beetz 2012: 49 ff.) gerecht werden, ohne auf Vergleiche mit Groß- und Mittelstädten sowie Landgemeinden (vgl. für das Beispiel der Digitalisierung; Porsche 2021) zu verzichten. Problemorientierte, also gesamtgesellschaftliche Entwicklungen aufgreifende Zugänge und Typisierungsanstrengungen können dazu beitragen, vorhandenes und neues Wissen über Kleinstädte zu systematisieren und an allgemeine Theorieentwicklungen der Raum- und Sozialwissenschaften zurückzubinden.

3 Von kleinen Städten und Kleinstädten, von *cities* und *towns*: Sprachlichkeit und Bedeutungen

Als die amtliche Statistik des zum damaligen Zeitpunkt noch jungen deutschen Kaiserreichs ab 1877 die Begriffe der Klein-, Mittel- und Großstadt zu verwenden begann, bediente sie sich im Falle der „Kleinstadt" eines damals im Sprachgebrauch bereits üblichen Begriffs. Das ist auch deshalb erwähnenswert, weil es die „Mittelstadt" bis heute nicht in die Alltagssprache geschafft hat.

Das Wort „Kleinstadt" ist sprachgeschichtlich überaus interessant: Wenn man dem Grimm'schen Wörterbuch[1] glauben darf, so fand das Wort „kleinstädtisch" bereits früher Verwendung als der Terminus „Kleinstadt" selbst – und das keineswegs in neutraler Weise. Im elften, 1873 veröffentlichten Band des Wörterbuchs findet sich als Beschreibung des Adjektivs „kleinstädtisch":

> *„einer kleinen stadt eigen, besonders was die beschränktheit einer kleinen stadt, was den kleinstädter verrät; es ist zuerst von diesen wörtern* [*Kleinstadt, Kleinstädter, Kleinstädterei, Kleinstädterin, Kleinstädtlerei; d. A.*] *vorhanden gewesen, schon im 17. jh., und hat die andern erst nach sich gezogen, kleinstadt selbst zuletzt"*
> (DWB 1873: Sp. 1131)

Zuerst also gab es den Begriff „kleinstädtisch" sowie verschiedene davon abgeleitete Substantive und erst später das Wort „Kleinstadt". Ähnlich verhält es sich bei „Großstadt". Auch hier ist das Wort „Großstädter" „älter und auch im beginnenden 19. jh. noch stärker entwickelt als groszstadt; die früheren belege zeigen das wort in stereotyper verbindung mit kleinstädter" (DWB 1935: Sp. 581), welchem es nachgebildet sei. Ein beispielhafter Verwendungsbeleg im Grimm'schen Wörterbuch stammt von Johann Anton Leisewitz (1752–1806), der in einem hier nicht näher datierten Tagebucheintrag notierte: „wenn der kleinstädter in der groszen stadt alles bewundert, so kann er sich damit trösten, dasz der groszstädter in der kleinen stadt alles verachtet" (ebd.).

Aus diesen Beispielen lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens scheint die Bezeichnung „Kleinstadt" von vornherein pejorativ verwendet worden zu sein. Zweitens sind Klein- und Großstadt und ihre kollektiv beschriebenen Einwohnerinnen und Einwohner sprachhistorisch in einer festen Wechselbeziehung zu sehen. Drittens sind diese – wenig systematischen – Befunde so aufschlussreich, dass ein weiterführender interdisziplinärer Zugang zur Kleinstadt auch eine Beteiligung der Linguistik überaus lohnenswert erscheinen lässt.

---

1 Wilhelm und Jacob Grimm kommt das Verdienst zu, 1838 das „deutschsprachige Wörterbuch mit der längsten Bearbeitungszeit und der bei weitem umfangreichsten Erfassung der deutschen Sprache" begonnen zu haben. Ziel war „die Darstellung des hochdeutschen schriftsprachlichen Wortbestandes in seiner Entwicklung und seinem Gebrauch von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zur Bearbeitungsgegenwart". In über 100 Jahren erschienen 16 Bände in 32 Teilbänden mit mehr als 300.000 Stichwörtern – Wilhelm und Jacob Grimm waren ursprünglich von sechs bis sieben Bänden und zehn Jahren Bearbeitungszeit ausgegangen (Quelle: http://dwb.uni-trier.de/de/das-woerterbuch/das-dwb, 22.05.2020). Zum Zeitpunkt des Erscheinens der beiden nachfolgend zitierten Bände waren die Brüder bereits verstorben (1859 bzw. 1863).

Besser aufbereitet als die Sprachgeschichte der Kleinstadt und dennoch erst in den Anfängen ist ihre Darstellung in der Belletristik (vgl. für die deutschsprachige Literatur die Beiträge in Nell/Weiland 2020b sowie Nowak 2013). Die Kleinstadtliteratur bildet eine große Bandbreite sozialer Verhältnisse und menschlicher Lebensweisen ab – anders als es das herkömmliche Bild des Kleinbürgers, wie es beispielsweise in Kotzebues Lustspiel „Die deutschen Kleinstädter" (1802) gezeichnet wurde, nahelegen mag. Die Literaturwissenschaftler Werner Nell und Marc Weiland haben jüngst (u.a. mit Bezug auf Hüppauf 2005) auf die Vielfalt der Kleinstadtliteratur ebenso wie auf die anhaltende und sich inhaltlich doch wandelnde Bedeutung der Kleinstadt als Reflexions- und Projektionsfläche, als „Stellvertreterin" für beobachtete – und in der Belletristik entsprechend zugespitzte – gesellschaftliche Entwicklungen hingewiesen. Diese lassen „sich eben im Kleinen bebildern, ergründen und kommunizieren" (Nell/Weiland 2020a: 46). Auf der Basis zahlreicher Beispiele sprechen sie von einem „Topos des Kleinstädtischen" mit spezifischen ästhetischen und narrativen Möglichkeiten (ebd.: 15), der erneut häufig explizit wie implizit den Rückbezug auf das Großstädtische benötigt.

Die spezifische literarische und als solche bislang vor allem in den USA ausgeprägte Gattung heißt im Englischen *small town literature*. Sie thematisiert Kleinstädte in diesem spezifischen soziokulturellen Kontext und produziert entsprechende Bilder und Vorstellungen. Nicht nur in der Belletristik, sondern auch in den Sozial- und Raumwissenschaften kommen in der englischen Sprache neben unterschiedlichen historischen Entwicklungspfaden, kulturellen Deutungen und rechtlichen Definitionen auch sprachlich-semantische Aspekte zum Tragen: So werden Kleinstädte klassischerweise als *town* bezeichnet und größere Städte als *city* (Servillo/Atkinson/Hamdouch 2017), deren Zentren dann entweder als *downtown* (amerikanisches Englisch) oder *city centre* (britisches Englisch). Der deutschstämmige Soziologe Louis Wirth sprach in seinem Grundlagentext 1938 bewusst von *city*, nicht von *town*, um eben diese „überragende" Stadt, wie Pfeil (1972 [1950]: 5) sie nennt, zu bestimmen. In der internationalen Literatur werden heute gleichermaßen die Begriffe *small cities* und *small towns* verwendet, wobei *small city* sprachlich eher den städtischen Charakter unterstreicht (und typischer für die nordamerikanische Forschung zu sein scheint), während *town* tendenziell eine hybride Stellung von Kleinstädten zwischen *village* und *city* nahelegt und in europäischen Texten üblicher ist. Ins Deutsche kann diese semantische Unterscheidung ohnehin nicht übersetzt werden, da hier sowohl Groß- als auch Kleinstädte stets Städte sind und rein sprachlich nur von Dörfern und Landgemeinden strikt getrennt sind.

4 Bestimmungsansätze für Kleinstädte: ein Blick über den deutschen Tellerrand hinaus

Die verschiedenen, auch in diesem Band mehrfach thematisierten Abgrenzungen und Definitionen der Kleinstadt zielen im Kern meist auf eines von drei Ordnungsschemata ab, die sich auch als Bestimmungsansätze für Klein- und Mittelstädte im Rahmen des ESPON-Projekts TOWN (2012 – 2014) finden lassen (Servillo/Atkinson/Hamdouch 2017; vgl. Tab. 1). Häufig werden statistische Parameter, insbesondere die Einwohnerzahl, zugrunde gelegt, was Längs- und Querschnittsanalysen auch großer Fallzahlen ermöglicht. Die oben erwähnte Abgrenzung der Reichsstatistik und des ISI der Klein-

Ansatz	Bezeichnung	Definition	Bestimmungs-merkmale	Kriterien
Morphologischer Ansatz	Städtische Siedlung	Siedlungsgebiet mit städtischen Merkmalen und einer Mindest-bevölkerungszahl	Höhere Dichte an Gebäuden und Bevölkerung als in ländlichen Räumen bzw. Dörfern, im Zentrum und den angrenzenden Wohngebieten städtisches Gepräge, räumlich und baulich differenzierte Siedlungs-struktur	> kompakte Siedlungs-struktur > Bevölkerungs-zahl und -dichte > Bebauungs-dichte > Geschosszahl
Administrativer Ansatz	Stadt-gemeinde	Siedlungsgebiet mit administrativem Stadtstatus	Kommunalverwaltung mit Aufgaben und Verantwortlichkeiten einer Stadtverwaltung in einem abgegrenzten Gebiet mit städtischen Siedlungen	> Kommunal-verwaltung > (städtische) Verwaltungs-funktionen > historische Zuordnung (Stadtrechte / Stadttitel)
Funktionaler Ansatz (1)	Stadtzentrum / Stadtkern	Städtische Siedlung (Gemeinde) mit einer Konzentration von Arbeitsplätzen, Dienstleistungen und anderen städtischen Funktionen	Besondere Rolle des Stadtzentrums / Stadtkerns für die Gemeinde / Region aufgrund der Konzentration von Arbeitsplätzen und anderen Funktionen, die Pendler und Besucher anziehen	> Bevölkerungs-zahl und -dichte > Arbeitsplätze > andere städtische Funktionen > Pendler / Besucher > Zentralität (zentralörtliche Funktion)
Funktionaler Ansatz (2)	Funktionales Stadtgebiet	Größeres (Gemeinde-) Gebiet mit funktionaler Beziehung zu einem oder mehreren Stadtkernen	Einzugsgebiet / funktionaler Verflechtungsraum eines Stadtzentrums / Stadtkerns	> Zugang zu Arbeitsplätzen und Dienstleistungen > Pendler-bewegungen

Tab. 1: Bestimmungsansätze für Kleinstädte / Quelle: Servillo/Atkinson/Hamdouch 2017 (übersetzt, leicht modifiziert und erweitert)

stadt als ein Siedlungsgebiet mit 5.000–20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern entspricht dem administrativen Bestimmungsansatz (vgl. Tab. 1). Für das Leben der Menschen in einer Kleinstadt sind allerdings weniger die administrativen Grenzen, welche historisch und politisch bedingt stark variieren können, von Bedeutung, als vielmehr die baulich manifestierte Stadt mit ihren Funktionen. Damit kommen die beiden anderen Bestimmungsansätze zum Tragen: der morphologische Zugang, der die kleinstädtische (Kern-)Siedlung mit ihrer vergleichsweise dichten Bebauung und Bevölkerung von Dörfern und Landgemeinden unterscheidet, und der funktionale Ansatz, der Kleinstädte über die relative Dichte städtischer Funktionen (insbesondere an Arbeitsplätzen und Dienstleistungen) und die zentralörtliche Funktion der Kernstädte definiert (vgl. dazu ausführlich Beetz 2021 sowie Bode/Hanewinkel 2018 und Hanewinkel 2020).

Die städtischen Funktionen umfassen insbesondere soziale Infrastrukturen, Institutionen der öffentlichen Verwaltung und Einrichtungen des Einzelhandels, die Kleinstädte von Landgemeinden und größeren Städten unterscheidbar machen. Eine zu starke Fokussierung auf die Einwohnerzahl würde der Heterogenität und Eigenart der Kleinstädte nicht gerecht werden, denn jeder Grenzwert birgt Schwierigkeiten hinsichtlich administrativ unterschiedlich eng oder weit gefasster (und sich durch Gebietsreformen ändernder) Gemeindegrenzen und im Hinblick auf die tatsächlichen städtischen Funktionen und Lebensweisen. So kann eine Stadt mit 18.000 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich urbaner wirken und mehr Infrastruktur bieten als eine mit einer formal „mittelstädtischen" Bevölkerungszahl. Morphologische und funktionale Ansätze erscheinen zunächst plausibler, erweisen sich aber im praktischen Vollzug als ebenso problematisch, da sie dazu verleiten, Kriterien aufzustellen (wie bauliche Mindestdichte) bzw. „Checklisten" der städtischen Funktionen (z.B. Ausstattung mit einem Krankenhaus) abzuarbeiten (vgl. für einen solchen politisch beschlossenen Kriterienkatalog und seine praktischen Folgen am Beispiel rumänischer Kleinstädte: Stoica/Zamfir/Saftoiu 2020).

Der selektive Blick in die internationale Forschungslandschaft (Tab. 2) zeigt, dass administrative Ansätze – insbesondere die Einwohnerzahl, teilweise auch -dichte – bei der Bestimmung und Abgrenzung von Kleinstädten von anderen Siedlungsräumen dominieren. Diese werden zum Teil mit morphologischen Merkmalen (wie zusammenhängende Ortschaft) kombiniert. Funktionale Ansätze spielen, wenn überhaupt, mit einer Ausnahme nur implizit eine Rolle (vgl. aber die Arbeiten aus dem bereits erwähnten ESPON-Projekt TOWN: Atkinson 2017; Russo/Serrano Giné/Pérez Albert et al. 2017; Servillo/Atkinson/Hamdouch 2017).

Festzuhalten ist, dass es stets abhängig von der genauen Forschungsfrage ist, welche Abgrenzungen sinnvoll sind. Das gilt für Einzelfall- und vergleichende Studien, national und international ebenso wie in historischen Kontexten und für gegenwartsbezogene Analysen:

> *„Einen allgemeinverbindlichen quantitativen Kleinstadtbegriff gib es nicht. ‚Kleinstadt' muss vom jeweiligen Gegenstand her und im Rahmen von Epochen definiert werden, und je nach Erkenntnisabsicht wird dann weiter regional zu differenzieren sein."*
> (Zimmermann 2003: 13)

Bezeichnung (Bezugsraum)	Definition, Ab- bzw. Eingrenzung	Bestimmungsansätze	Quellen
Small town / lille by (Dänemark)	1.000 – 5.000 Einwohner	> Administrativ: Einwohnerzahl (einer Gebietskörperschaft)	Fertner/Groth/Herslund et al. 2015
Small city (USA)	Kommunale Gebietskörperschaften (*municipal incorporations*) mit < 50.000 bzw. mit < 100.000 Einwohnern		Brennan/Hackler/Hoene 2005; Robertson 1999; Bell/Jayne 2009; Ocejo/Kosta/Mann 2020
Small town (Albanien, Italien, Schweden, USA)	Städtische Räume (*urban places*) mit < 50.000 Einwohnern		Mayer/Knox 2010
Small town / maloměsto (Tschechien)	Städtisches Kerngebiet mit maximal 15.000 Einwohnern (keine Mindesteinwohnerzahl)	> Administrativ: Einwohnerzahl > Morphologisch: Gebiet der Kernstadt	Vaishar/Zapletalová/Nováková 2016
Small town (USA)	Zusammenhängende Ortschaft (*incorporated places*) mit < 10.000 bzw. mit 2.500 bis 20.000 Einwohnern	> Administrativ: Einwohnerzahl > Morphologisch: zusammenhängende Ortschaft	Besser 2009; Tolbert/Irwin/Lyson et al. 2002
Ciudad pequeña (Spanien)	Stadt = Siedlung mit >20.000 Einwohnern, Kleinstadt: 20.000 – 50.000 Einwohner; bei Erfüllung bestimmter Bedingungen/Funktionen* auch Siedlungen mit < 20.000 Einwohnern	> Administrativ: Einwohnerzahl > [Funktional]	Bellet/Llop 2004; MITMA 2018 (und persönliche Auskunft**)
Ciudad pequeña (Chile)	Städtische Einheit mit > 5.000 und < 20.000 Einwohnern oder weniger Bevölkerung, wenn diese als regionale oder Provinzhauptstadt ausgewiesen ist	> Administrativ: Einwohnerzahl > Funktional	MINVU 2020; SUBDERE 2012 (und persönliche Auskunft**)

* Dies gilt zum Beispiel, wenn die Kernstadt >10.000 Einwohner hat, bei besonderer Bedeutung des Tourismus oder des Dienstleistungssektors.

** Wir danken María Teresa Verdú Martínez (Madrid), Francisco Maturana Miranda (Santiago de Chile) und Marija Drobnjaković (Belgrad) für ihre Unterstützung bei der Zusammenstellung dieser Angaben.

Bezeichnung (Bezugsraum)	**Definition, Ab- bzw. Eingrenzung**	**Bestimmungsansätze**	**Quellen**
Vila (Brasilien)	Städtische Räume (*lugares urbano*) mit <50.000 Einwohner, von der amtlichen Statistik klassifiziert als *centros de zonas* oder *centros locais*	> Administrativ: Einwohnerzahl > [Funktional]	Sátyro Maia 2013
Town (Europa)	Zusammenhängende städtische Siedlung mit 5.000 bis 50.000 Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte über 300 Personen/km²	> Administrativ: Einwohnerzahl und -dichte > Morphologisch: zusammen- > hängendes Siedlungsgebiet	Smith 2017
Small town / mali grad (Serbien)	Alle städtischen Siedlungen mit < 20.000 Einwohnern und einem Stadtentwicklungsplan (= rechtliche Definition der amtlichen Statistik)	> Administrativ: Einwohnerzahl > Funktional: strategische Planung	Filipović/Kokotović Kanazir/Drobnjaković 2016 (und persönliche Auskunft**)
Small town / małe miasto (Polen)	Zusammenhängende bebaute Siedlung ohne landwirtschaftliche Funktionen und mit Stadtrecht; keine Mindesteinwohnerzahl (üblich ist Obergrenze von 20.000 EW	> Morphologisch: zusammenhängendes Siedlungsgebiet > Funktional: nicht-landwirtschaftliche Funktionen, Stadtrecht > (Administrativ: Einwohnerzahl)	Czapiewski/Bański/Górczyńska 2016
Small town / petite ville (Frankreich)	Siedlung mit Gymnasium (*lycée*), Supermarkt mit mehr als 2.500 m² Verkaufsfläche und Krankenhaus mit chirurgischer Abteilung (keine Mindesteinwohnerzahl oder Obergrenze)	> Funktional	Jousseaume/Talandier 2016

Tab. 2: Bestimmungsmerkmale und Abgrenzungen der Kleinstadt in der internationalen Forschungsliteratur (Auswahl) / Quelle: eigene Darstellung

Allerdings erscheint insbesondere die Berücksichtigung städtischer Funktionen bzw. Funktionszuschreibungen, wie sie beispielsweise vom BBSR vorgenommen wird (vgl. oben Kap. 2; Porsche/Milbert 2018), sinnvoll, um Kleinstädte in ihrer Bedeutung für ihre eigenen Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Regionen zu erfassen. Zugleich verbinden sich mit dem Thema der tatsächlichen – und nicht nur der planerisch zugewiesenen – Zentralitätsfunktion viele offene Forschungsfragen (vgl. Beetz 2021). Schließlich ist angesichts der zahlreichen Paradigmenwechsel in den Kultur- und Sozialwissenschaften in jüngerer Zeit (wie *cultural* oder *linguistic turn*) auch eine durchaus überraschende methodologische Distanz zwischen den hier dargestellten Ansätzen und den in der aktuellen Stadt- und Regionalforschung verbreiteten sozialkonstruktivistischen, diskursiven und handlungstheoretischen Forschungszugängen zu konstatieren.

5 Resümierender Ausblick

Kleinstädte fallen, so argumentierte der Ad-hoc-Arbeitskreis in seinem Positionspapier (ARL 2019), in eine strukturelle Aufmerksamkeitslücke der sozial- und planungswissenschaftlichen Stadt- und Raumforschung – strukturell, da die Kleinstadt systematisch zwischen Großstadt- und Ländliche-Räume-Forschung fällt. Nun gehört die Klage über den unzureichenden Forschungsstand über kleine Städte allerdings zum guten Ton in der überschaubaren *Community*. So sprach Hannemann (2004: 18) von einem Zusammenspiel zwischen politischer und öffentlicher Marginalisierung der Kleinstadt und ihrer geringen Bedeutung in der Wissenschaftslandschaft. Zugleich gab es – und das zeigen viele Beiträge in diesem Sammelband – in der ferneren und jüngeren Vergangenheit durchaus einiges an Forschung, weshalb auch von einer Rezeptionslücke zu sprechen ist (vgl. bereits Herrenknecht/Wohlfahrt 2005: 7). Denn viele Kleinstadtstudien der vergangenen Jahrzehnte haben keine breite Wahrnehmung erfahren oder sind in Vergessenheit geraten. Es fehlt, so der Weimarer Stadtsoziologe Frank Eckardt, „ein institutionalisierter und kontinuierlicher Zugang zum Forschungsgegenstand“ (Eckardt 2015). Und Ricarda Pätzold argumentierte jüngst, dass Mittelstädte „das größere Aufmerksamkeitsdefizit für sich reklamieren“ könnten (Pätzold 2018: 78). Nicht zuletzt ließe sich auch für kleinere Großstädte so argumentieren (am Beispiel der Transformationsforschung: Haase/Steinführer/Kabisch et al. 2011).

Nach fast zwei Jahren intensiver Beschäftigung mit Kleinstädten im Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung“ (und darüber hinaus) lassen sich die Thesen von der Aufmerksamkeits- oder Rezeptionslücke in ein „Sowohl-als-auch“ umwandeln: Der Forschungsbedarf ist groß und vorhandenes Wissen nur mühsam zu heben. Wenn der Siedlungstyp Kleinstadt Beachtung findet, dann häufig in Einzelfallstudien, subsumiert in ländliche Räume oder als Teil einer nicht weiter differenzierten Sammelkategorie der Klein- und Mittelstädte. Seit den 2000er Jahren lässt sich zwar (diskontinuierlich) ein wachsendes Interesse an kleinen Städten beobachten – allerdings gilt dieses nur selten Kleinstädten in zentralen Lagen und ohne auf den ersten Blick offensichtliche, die Gesamtentwicklung überlagernde strukturelle Probleme. Vielmehr waren die Studien seit der Wiedervereinigung stark auf das Krisenhafte bezogen. Neuere Studien wenden sich auch den Potenzialen bzw. der Rolle der Kleinstädte für sich und ihr Um-

feld zu und greifen Themen auf wie deren Bedeutung als Wirtschafts- und Innovationsräume oder die Möglichkeiten, die sich durch die Digitale Transformation für die Kleinstädte und die räumliche Entwicklung ergeben können (z. B. BBSR 2019b und 2019c; Knox/Mayer 2009; Vonnahme/Graffenberger/Görmar et al. 2019; Wékel/Ohnsorge/Zdiara 2018).

Mit mehr als 600 unterschiedlichen Literaturquellen, die in diesem Sammelband aufgegriffen, zitiert und beleuchtet werden, wird ein großer Schatz gehoben und systematisiert. Allerdings, und das ist eine wesentliche Einschränkung, lag der Schwerpunkt der Bemühungen für dieses Kompendium auf der deutschsprachigen Forschung. Internationale Literatur wurde nur partiell berücksichtigt, und so bleiben offene Fragen zur Vergleichbar- und Übertragbarkeit der hier präsentierten Befunde und Entwicklungen im europäischen Kontext und darüber hinaus (vgl. aber Borsig/Burdack/Knappe 2010; Lorentzen/van Heur 2012; Hamdouch/Nyseth/Demaziere et al. 2016; Hamdouch/Demaziere/Banovac 2017; Servillo/Atkinson/Hamdouch 2017; Bański 2021).

Ausblickend bleibt festzuhalten, dass eine Charakterisierung „der" Kleinstadt so unrealistisch bleiben muss wie „der" Großstadt. In Kleinstädten bleibt viel zu entdecken, und die Erkenntnisgewinne sind – Offenheit und Unvoreingenommenheit vorausgesetzt – ebenso vielversprechend wie in den klassischen und gut erforschten Bereichen der (Groß-)Stadtforschung. Wir sind und bleiben neugierig auf alle kleinen und großen Entdeckungen, die sich nach und nach zu einem empirisch belegten, theoretisch neu gefassten, nicht mehr stereotypen Ganzen fügen. In diesem Sinne: Auf zu neuen Forschungswelten im Kosmos Kleinstadt!

Literatur

anonym (1877): Die Volkszählung im Deutschen Reiche vom 1. Dezember 1875. Erster Theil. In: Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 25 (2), 1-117. http://www.digitalereichsstatistik.de/Collection/drsa_252_LOG_0010 (31.05.2020).

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2019): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 113.

Atkinson, R. (2017): Policies for Small and Medium-Sized Towns: European, National and Local Approaches. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 108 (4), 472-487.

Bański, J. (Hrsg.) (2021): Routledge Handbook of Small Towns. London, New York (in Vorbereitung).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2019a): Hidden Champions und Stadtentwicklung. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung innovativer Unternehmen für Kleinstädte in peripherer Lage. Bonn. = BBSR Sonderveröffentlichung. URN: urn:nbn:de:101:1-201910291243428933 2101

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2019b): Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland. Bestandsaufnahme zur Situation der Kleinstädte in zentralen Lagen. Bonn. = BBSR-Online-Publikation 15. URN: urn:nbn:de:101:1-201911151117019137 4018

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2019c): Zukunft Kleinstadt. Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Sonderveröffentlichung. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2020): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen: Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html (10.07.2020).

Beetz, S. (2012): Besonderheiten in der Entwicklung kleiner Städte in ländlichen Räumen. In: Engel, A.; Harteisen, U.; Kaschlik, A. (Hrsg.): Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse – Teilhabe und Handlungsbefähigung – Integriertes Stadtentwicklungsmanagement. Detmold, 45-66.
Beetz, S. (2021): Zentralität von Kleinstädten – Mythos und Realität. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 85-101. = Forschungsberichte der ARL 16.
Bell, D.; Jayne, M. (2009): Small Cities? Towards a Research Agenda. In: International Journal of Urban and Regional Research 33 (3), 683-699.
Bellet, C.; Llop, J. M. (2004): Miradas a otros espacios urbanos: las ciudades intermedias. In: Geo-Crítica Scripta Nova. Revista Electrónica de Geografía y Ciencias Sociales 8 (165). http://www.ub.edu/geocrit/sn/sn-165.htm (31.05.2020).
Besser, T. L. (2009): Changes in small town social capital and civic engagement. In: Journal of Rural Studies 25 (2), 185-193.
Bode, V.; Hanewinkel, C. (2018): Kleinstädte im Wandel. http://aktuell.nationalatlas.de/Kleinstaedte.01_03-2018.0.html/ (21.05.2020).
Borsig, A.; Burdack, J.; Knappe, Elke (Hrsg.) (2010): Small towns in Eastern Europe: local networks and urban development. Leipzig. = Beiträge zur Regionalen Geographie 64.
Brennan, C.; Hackler, D.; Hoene, C. (2005): Demographic Change in Small Cities, 1990 to 2000. In: Urban Affairs Review 40 (3), 342-361.
Brombach, K.; Jessen, J. (2005): Kleinstädte in Großstadtregionen. Funktionsräumliche Spezialisierung und Zentrumsfunktion am Beispiel Region Stuttgart. In: Informationen zur Raumentwicklung 8, 477-493.
Christaller, W. (2006 [1933]): Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. 2. unveränd. Auflage. Reprografischer Nachdruck der 1. Auflage (Jena 1933). Darmstadt.
Czapiewski, K.; Bański, J.; Górczyńska, M. (2016): The impact of location on the role of small towns in regional development: Mazovia, Poland. In: European Countryside 8 (4), 413-426.
Dehne, P. (2021): Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 102-122. = Forschungsberichte der ARL 16.
DWB – Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm (1873): Bd. 11: K. http://dwb.uni-trier.de/de/ (22.05.2020).
DWB – Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm (1935): Bd. 9: Greander – Gymnastik. http://dwb.uni-trier.de/de/ (22.05.2020).
Eckardt, F. (2015): Suhl ohne Sushi: Das Leben in einer Kleinstadt in Ostdeutschland heute – Ergebnisse einer Sozialraumwerkstatt. In: sozialraum.de 1/2015 (7). https://www.sozialraum.de/suhl-ohne-sushi.php (10.07.2020).
Fertner, C.; Groth, N. B.; Herslund, L.; Carstensen, T. A. (2015): Small towns resisting urban decay through residential attractiveness. Findings from Denmark. In: Geografisk Tidsskrift – Danish Journal of Geography 115 (2), 119-132.
Filipović, M.; Kokotović Kanazir, V.; Drobnjaković, M. (2016): Small towns in Serbia – the "bridge" between the urban and the rural. In: European Countryside 8 (4), 462-480.
Flacke, J. (2004): Definitionen, Merkmale und Typologien von Klein- und Mittelstädten. In: Baumgart, S.; Flacke, J.: Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund. Dortmund, 27-34. = srpapers 1.
Goderbauer, E. (2020): Profilgebende Stadt- und Ortsentwicklung in kleinen und mittleren Kurstädten und Erholungsorten. In: Altrock, U.; Kurth, D.; Kunze, R.; Schmidt, H.; Schmitt, G. (Hrsg.): Stadterneuerung in Klein- und Mittelstädten. Jahrbuch Stadterneuerung. Wiesbaden, 115-133. = Jahrbuch Stadterneuerung.
Grötzbach, E. (1963): Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland. Kallmünz, Regensburg. = Münchner Geographische Hefte 24.
Hamdouch, A.; Demaziere, C.; Banovac, K. (2017): The Socio-Economic Profiles of Small and Medium-Sized Towns. Insights from European Case Studies. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie 108 (4), 456-471.

Hamdouch, A.; Nyseth, T.; Demaziere, C.; Førde, A.; Serrano, J.; Aarsæther, N. (Hrsg.) (2016): Creative Approaches to Planning and Local Development. Insights from Small and Medium-Sized Towns in Europe. London, New York, 234-247.
Hanewinkel, C. (2020): Kleinstädte im Wandel II. http://aktuell.nationalatlas.de/kleinstaedte-1_02-2020-0-html/ (21.05.2020).
Hannemann, C. (2002): Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen – Kleinstädte in der Stadtforschung. In: Löw, M. (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen, 265-278. = Stadt, Raum und Gesellschaft Band 15.
Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Herrenknecht, A.; Wohlfahrt, J. (2005): Editorial: Die Bibliographie zur ländlichen Kleinstadt 1945–2005. In: Pro-Regio-Online: Die vernachlässigten Kleinstädte. Der vergessene Teil des Ländlichen Raumes. Teil II. Boxberg-Wölchingen, 5-14. = Pro-Regio-Online 3-2005. http://www.pro-regio-online.de/downloads/klein3.pdf (21.05.2020).
Gorki, H. F. (1974): Städte und „Städte" in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zur Siedlungsklassifikation. In: Geographische Zeitschrift 62 (1), 29-51.
Haase, A.; Steinführer, A.; Kabisch, S.; Grossmann, K.; Hall, R. (2010): Introduction: Idea, Premises and Background of this Volume. In: dies. (Hrsg.): Residential Change and Demographic Challenge. The Inner City of East Central Europe in the 21st Century. Farnham, Aldershot, 3-15.
Hüppauf, B. (2005): Die Kleinstadt. In: Geisthövel, A.; Knoch, H. (Hrsg.): Orte der Moderne. Erfahrungswelten des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M, New York, 303-315.
Jousseaume, V.; Talandier, M. (2016): The dynamics of small towns in France. In: European Countryside 8 (4), 395-412.
Kirchhoff. G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.
Knox, P. L.; Mayer, H. (2009): Kleinstädte und Nachhaltigkeit: Konzepte für Wirtschaft, Umwelt und soziales Leben. Basel.
Kreutz, A. M. (2020): Große Kleinstädte – Herausforderungen flächenhaft großer Kleinstädte für die Stadtentwicklung. Praktikumsarbeit im BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Unveröffentlicht.
Leibert, T. (2021): Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208. = Forschungsberichte der ARL 16.
Lorentzen, A.; van Heur, B. (Hrsg.) (2012): Cultural Political Economy of Small Cities. London, New York.
Maaß, A. (2021): Bedarfsgerechte Entwicklung und aktivierende Stadtentwicklung – die Praxisperspektive einer Kleinstadt-Bürgermeisterin. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 123-139. = Forschungsberichte der ARL 16.
Matzerath, H. (1985): Urbanisierung in Preußen 1815–1914. Stuttgart u.a. = Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 72.
Mayer, H. (2021): Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsdynamiken in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 140-154. = Forschungsberichte der ARL 16.
Mayer, H.; Knox, P. L. (2010): Small-town sustainability: Prospects in the second modernity. In: European Planning Studies 18 (10), 1545-1565.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
MINVU – Ministerio de Vivienda y Urbanismo (2020): Programa para Pequeñas Localidades, "Lugares que crecen". Santiago de Chile. https://www.minvu.cl/beneficio/ciudad/programa-para-pequenas-localidades-lugares-que-crecen/ (14.06.2020).
MITMA – Ministerio de Transportes, Movilidad y Agenda Urbana (2018): Las áreas urbanas 2018. Metodología utilizada para la delimitación de las Áreas Urbanas. Madrid. https://www.mitma.gob.es/recursos_mfom/comodin/recursos/metodologia_areas_urbanas_2018.pdf (14.06.2020).

Nadler, R.; Fina, S. (2021): Nachhaltige Mobilität als umweltpolitisches Handlungsfeld in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 177-188. = Forschungsberichte der ARL 16.
Nell, W.; Weiland, M. (2020a): Die erzählte Kleinstadt. Eine von der Forschung übersehene Größe? Themen, Texte, Zugänge. In: dies. (Hrsg.): Kleinstadtliteratur. Erkundungen eines Imaginationsraums ungleichzeitiger Moderne. Bielefeld, 9-57. = Rurale Topografien.
Nell, W.; Weiland, M. (2020b) (Hrsg.): Kleinstadtliteratur. Erkundungen eines Imaginationsraums ungleichzeitiger Moderne. Bielefeld. = Rurale Topografien.
Nowak, C. (2013): Menschen, Märkte, Möglichkeiten. Der Topos Kleinstadt in deutschen Romanen zwischen 1900 und 1933. Bielefeld.
Ocejo, R. E.; Kosta, E. B.; Mann, A. (2020): Centering Small Cities for Urban Sociology in the 21st Century. In: City & Community 19 (1), 3-15.
Pätzold, R. (2018): Wie anders ticken kleine Städte? Auf der Suche nach Verbindendem und Trennendem. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 75-87. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.
Pfeil, E. (1972 [1950]): Großstadtforschung. Entwicklung und gegenwärtiger Stand. 2., neubearbeitete Auflage. Hannover. = Abhandlungen der ARL 65.
Porsche, L. (2021): Kleinstädte – digital, smart oder intelligent? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 155-176. = Forschungsberichte der ARL 16.
Porsche, L.; Milbert, A. (2018): Kleinstädte in Deutschland. Ein Überblick. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 4-21.
Porsche, L.; Sondermann, M.; Steinführer, A. (2021): Jenseits der „Aufmerksamkeitslücke" – Was wir über Kleinstädte (nicht) wissen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 314-338. = Forschungsberichte der ARL 16.
Porsche, L.; Steinführer, A.; Sondermann, M. (Hrsg.) (2019): Kleinstadtforschung in Deutschland. Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 28.
Robertson, K. A. (1999): Can Small-City Downtowns Remain Viable? In: Journal of the American Planning Association 65 (3), 270-283.
Russo, A. P.; Serrano Giné, D.; Pérez Albert, M. Y.; Brandajs, F. (2017): Identifying and Classifying Small and Medium Sized Towns in Europe. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 108 (4), 380-402.
Sátyro Maia, D. (2013): Las ciudades pequeñas y la red urbana: La escala local, la relación con el campo, ¿características en transición o en mutación"? Seminario Internacional el 03.06.2013. Instituto de Altos Estudios Nacionales (IAEN). Quito.
Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257 = Forschungsberichte der ARL 16.
Schiemann, S.; Steinführer, A. (2021): In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 209-234 = Forschungsberichte der ARL 16.
Schrödel, G. (2014): Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Siedlungstyp im sozioökonomischen Niedergang? Göttingen.
Servillo, L.; Atkinson, R.; Hamdouch, A. (2017): Small and Medium-Sized Towns in Europe. Conceptual, Methodological and Policy Issues. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie 108 (4), 365-379.
Smith, I. (2017): Demographic Change in European Towns 2001–11: A Cross-National Multi-Level Analysis. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 108 (4), 424-437.
Steinführer, A. (2021): Urbanität und Ruralität – Kleinstädte im „Dazwischen"? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 62-84. = Forschungsberichte der ARL 16.
Stoica, I.-V.; Zamfir, D.; Saftoiu, L. C. (2020): Small towns in Romania: the road from the urban dream to the rural reality. In: Steinführer, A.; Heindl, A.-B.; Grabski-Kieron, U.; Reichert-Schick, A. (Hrsg.): New rural geographies in Europe. Actors, processes, policies. Zürich, 207-228. = Rural areas: Issues of local and regional development 6.
SUBDERE – Subsecretaría de Desarrollo Regional y Adminstrativo (2012): Estudio identificación de localidades en condiciones de aislamiento 2012. División de Políticas y Estudios Departamento de Estudios y Evaluación. Santiago de Chile.
http://www.subdere.gov.cl/sites/default/files/documentos/zonas_aisladas2.pdf (14.6.2020).

Tolbert, C. M.; Irwin, M. D.; Lyson, T. A.; Nucci, A. R. (2002): Civic Community in Small-Town America. How Civic Welfare Is Influenced by Local Capitalism and Civic Engagement. In: Rural Sociology 67 (1), 90-113.
Vaishar, A.; Zapletalová, J.; Nováková, E. (2016): Between Urban and Rural. Sustainability of Small Towns in the Czech Republic. In: European Countryside 8 (4), 351-372.
Vonnahme, L.; Graffenberger, M.; Görmar, F.; Lang, T. (2018): Kaum beachtet, gemeinsam stark. Versteckte Potenziale von Kleinstädten mit Hidden Champions. In: Informationen zur Raumentwicklung Nr. 6, 38-49.
Way, H. (2016): Beyond the Big City: The Question of Size in Planning for Urban Sustainability. In: Procedia Environmental Sciences 36, 138-145.
Wékel, J.; Ohnsorge, D.; Zdiara, A. (Hrsg.) (2018): Planungspraxis kleiner und mittlerer Städte in Deutschland – neue Materialien zur Planungskultur. 51 Projekte. München.
Wirth, L. (1938): Urbanism as a way of life. In: American Journal of Sociology 44 (1), 1-24.
Zimmermann, C. (2003): Die Kleinstadt in der Moderne. In: Zimmermann, C. (Hrsg.): Kleinstadt in der Moderne. Arbeitstagung in Mühlacker vom 15. bis 17. November 2002. Ostfildern, 9-27. = Stadt in der Geschichte 31.

Autorin und Autoren

Dr. Annett Steinführer (**1972*) *ist Land- und Stadtsoziologin und seit 2010 als Wissenschaftlerin am Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, tätig. Ein Schwerpunkt ihrer Forschungen liegt auf den sozialen und siedlungsstrukturellen Folgen der Alterung für ländliche Kleinstädte.*

Dr.-Ing. Martin Sondermann (**1983*) *ist Geograph und Leiter des Wissenschaftlichen Referats I „Gesellschaft und Kultur" der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Erforschung von Planungskulturen sowie kooperativer Stadtentwicklung und -planung.*

Lars Porsche (**1972*) *ist Geograph und seit 2002 Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Referat „Baukultur, Städtebaulicher Denkmalschutz". Forschungsschwerpunkte seiner Arbeit sind die Themen Stadtentwicklung und Kleinstädte.*

Antonia Milbert, Stefan Fina

METHODEN DER KLEINSTADTFORSCHUNG: DEFINITIONEN, DATEN UND RAUMANALYSEN

Gliederung

1 Kleinstadtstatistik: Definition und Typisierung
1.1 Definitionen und Abgrenzungen
1.2 Der Stadt- und Gemeindetyp des BBSR – ein bundesweiter Abgrenzungsvorschlag für die vergleichende Stadt- und Raumbeobachtung
1.3 Heterogenität und Differenzierungen
2 Methoden der Kleinstadtforschung
2.1 Quantitative Methoden
2.2 Qualitative Methoden
3 Datengrundlagen für die Raumanalyse
3.1 Das Problem der Kommunalstatistik in Kleinstädten
3.2 Geomonitoring in Kleinstädten
3.3 Datenlücken und -potenziale für das Geomonitoring in Kleinstädten
3.4 Kommerzielle „mikrogeographische" Daten
3.5 Nutzergenerierte Daten, „Akteurs"-Wissen, Paneldaten
4 Fazit
Literatur

Kurzfassung
Für die Kleinstadtforschung bedarf es geeigneter Daten und Methoden. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Datenlage und das Methodenspektrum in der Kleinstadtforschung. Im ersten Teil wird zunächst auf die Schwierigkeit eingegangen, klare Definitionen für Kleinstädte zu finden. Gängige Abgrenzungen von Kleinstädten anhand von Größenklassen werden reflektiert. Im zweiten Teil werden die Methoden, die überwiegend in der Kleinstadtforschung eingesetzt werden, aufgezeigt und erörtert. Daran anschließend werden im dritten Teil vorhandene Quellen für kleinräumige Daten und die Möglichkeiten und Grenzen dieser kleinräumigen Datengrundlagen für die Raumanalyse dargelegt, z. B. für ein kontinuierliches Monitoring von Raumentwicklungsprozessen und für die Ausgestaltung von Planungsprozessen.

Schlüsselwörter
Kleinstadt – Raumforschung – Raumanalyse – Statistik – Methoden – Daten – Geomonitoring

Methods of Small Town Research: Definitions, Data and Spatial Analyses

Abstract
Research on small towns requires appropriate data and methods. This article provides an overview of the data situation and range of methods in small town research. The first section discusses the difficulty of finding clear definitions of small towns. Popular approaches to delimiting small towns using size categories are considered. In the second part the methods that are primarily used in small town research are presented and set in context. Then in the third section available sources for small-scale data and the possibilities and limitations of such small-scale data for spatial analyses are discussed, e.g. for the continuous monitoring of spatial development processes and the configuration of planning processes.

Keywords
Small town – spatial research – spatial analysis – statistics – methods – data – geo-monitoring

1 Kleinstadtstatistik: Definition und Typisierung

Das Kapitel setzt sich mit der Frage nach geeigneten Definitionen der Kleinstadt auseinander. Es wird dargelegt, warum aus Ermangelung umfassender Definitionen der Begriff „Abgrenzung" von Größenklassen und Kategorien auf Basis weniger Statistiken besser geeignet ist. Anschließend wird auf die große Heterogenität der anhand von Einwohnergrößen abgegrenzten Gruppe von Kleinstädten hingewiesen.

1.1 Definitionen und Abgrenzungen

In den meisten Abhandlungen über Kleinstädte wird zwischen „Definition" und „Abgrenzung" weder sprachlich noch inhaltlich klar unterschieden. Eine Definition der Kleinstadt bezieht sich auf ihr Wesen: Was alles macht eine Kleinstadt aus? In eine solche Definition fließen zwangsläufig auch Merkmale ein, die quantitativ (bislang) nicht erfasst werden können, wie z. B. die gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung oder die spezifische Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Heineberg 2017: 26 f.). Der Stadtbegriff im Allgemeinen und der der Kleinstadt im Besonderen variieren sowohl in historischer als auch in geographischer Sicht (Heineberg 2017: 27). In Deutschland und Europa war die Entstehung von Städten durch die Verleihung des Stadttitels mit weitreichenden rechtlichen und wirtschaftlichen Privilegien verbunden, jedoch spätestens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nach gültiger Gemeindeordnung wurde der Titel rechtlich belanglos (Gorki 1974; Blaschke 1997 [1968]: 63).

Die (statistische) Abgrenzung dagegen stützt sich auf sehr wenige Merkmale, teilweise ausschließlich auf die Einwohnerzahl. Sie legt die Grenze bezüglich der Bevölkerungsgröße fest, ab der von einer Kleinstadt gesprochen werden kann. Die Größeneinteilungen von Gemeinden unter 2.000 Einwohnern als ländlich oder Landgemeinden,

2.000 bis 5.000 Einwohner als Landstädte, 5.000 bis 20.000 als Kleinstädte, 20.000 bis 100.000 als Mittelstädte und ab 100.000 als Großstädte wurden schon in den ersten statistischen Auswertungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genutzt. Bereits hier wird anstelle von Definitionen explizit von „Größenkategorien" gesprochen, „... welche den Begriffen der ‚Großstadt', ‚Mittelstadt', ‚Kleinstadt' und ‚Landstadt' wohl ziemlich entsprechen dürften" (anonym 1877: 36). Weiter wird dort darauf hingewiesen, dass es sich bei einer Einwohnergrenze ab 2.000 nicht um eine Definition von „städtisch" handeln kann, da „... bei vielen Wohnplätzen von 2.000 und mehr Einwohner[n] die Merkmale einer Stadt: dichtes resp. geschlossenes Beisammenwohnen und ausgebildete Arbeitstheilung nicht zutreffen" (anonym 1877: 30).[1] Diese Größenkategorien finden immer noch ihre Verwendung durch die Berichterstattung der amtlichen Statistik (vgl. GV-ISys o.J.).

In der Forschung ist immer wieder zu lesen, dass es verwunderlich sei, dass diese „Definitionen" trotz vielfältiger Transformationen des 19. und 20. Jahrhunderts „offiziell" immer noch gültig seien (z.B. Flacke 2004). Die Kritik an der rein auf Einwohnerzahlen bezogenen Unterscheidung von Städten gegenüber ländlichen Kommunen einerseits und zwischen Klein-, Mittel- und Großstädten andererseits als unzureichend (siehe auch Hannemann 2002; Schmidt-Lauber 2010) rührt also auch daher, dass die statistischen Klassifikationen als Definition und damit als Wesensbeschreibung missdeutet werden. Eine allgemeingültige Definition der Kleinstadt bzw. eines Stadtbegriffs existiert jedoch nicht, weshalb die Stadtforschung trotz ihrer Kritik selbst sehr häufig auch auf die rein statistische Abgrenzung zurückgreift (Hannemann 2002: 267 f.).

Eine eindeutige Unterscheidung zwischen Stadt und Land ist nach Sicht des Siedlungssoziologen Hamm (1982) nicht möglich, da städtische Lebensformen überall Eingang gefunden hätten. Diese soziologische Sicht wird vielfach geteilt (u.a. Frank/Schwenk/Steets et al. 2013; Steinführer 2021). Auch veränderte Raummuster durch Verstädterung und Zersiedlung vormals ländlicher Gebiete erschweren eine klare Unterscheidung von Stadt und Land. Bei einer solchen „Gemengelage hybrider Raumkonstruktionen" seien Ordnungsversuche des Raumes nach dem siedlungsstrukturell geprägten Hierarchisierungsdenken beim Verstehen von Akteursverhalten im Raum nicht mehr hilfreich (Beetz 2016: 118).

Dem entgegen sehen andere Autoren eine Stadt bzw. städtische Entwicklung stark mit den Prozessen der Marktwirtschaft verknüpft: Städtische Konzentrationen entstehen über die Akkumulation von Kapital und Konsum und Netzwerken von Akteuren, was strukturierende politische und verwaltungstechnische Interaktionen erfordert (u.a. Cox 2009). Diese Vorstellung von Stadt deckt sich in gewisser Weise mit Stadt als einer größeren, zentralisierten Siedlung mit einer spezifischen Verwaltungs- und Versor-

1 Der Grenzwert von 2.000 Einwohnern für Landgemeinden wurde 1885 auf dem Gründungskongress des Internationalen Statistischen Instituts in London, jener von 100.000 Einwohnern für Großstädte auf dem Internationalen Statistischen Kongress 1887 in Rom offiziell eingeführt. Dieser wurde vom Internationalen Statistischen Institut, einer Organisation statistischer Ämter, durchgeführt, um Fragen der amtlichen Statistik zu klären, die Mitte des 19. Jahrhunderts eine rasche Entwicklung nahm (Nixon 1960; Körösi 1887). Auch hier ging es daher um die Festlegung von Größenklassen für eine vergleichende Beobachtung innerhalb von und zwischen Staaten.

gungsstruktur (Saunders 1981). Unbeantwortet in dieser Definition bleibt wiederum die Klärung der relevanten Größe (auch die der infrage kommenden Verkehrswege) und was unter spezifischer Versorgungsstruktur zu verstehen ist. Analog sind über diese Definition keine konkreten Hinweise gegeben, was Klein- von Mittel- und Großstädten unterscheidet.

Ein Festhalten an den vor nahezu 150 Jahren getroffenen Klassengrenzen ist praktikabel aus statistischer Sicht, da so sehr langfristige Entwicklungen und Veränderungen beobachtet werden können. Eine Konstanz des Kleinstädtischen auf diesem Einwohnerniveau wird damit nicht zwangsläufig begründet. Andere Distinktionsgrenzen – z.B. 5.000 bis 25.000 Einwohner für Kleinstädte (Kunzmann 2004) oder 20.000 bis 50.000 für Kleinstädte und 50.000 bis 250.000 für Mittelstädte (Klöpper 1995: 914) – können nicht unbedingt als an die Spätmoderne angepasste Vorgaben der Raumordnung betrachtet werden. Dies liegt einerseits an der Unmöglichkeit, bei Gemeinden natürlich auftretende Sprungmarken zur Begründung von Schwellenwerten zur Stadttypologie zu finden. Auch bestehen Wechselwirkungen zwischen der Größe einer Stadt und ihrer Bedeutung je nach siedlungsstrukturellem Umfeld (vgl. Gatzweiler/Meyer/Milbert 2003). So sind folglich auch die Grenzen zwischen Kleinstädten und Landgemeinden einerseits sowie zwischen Kleinstädten und Mittelstädten andererseits fließend. Die gezogenen „harten" Grenzen sind also in jedem Falle artifiziell.

So lassen sich die Einwohnergrenzen höher oder niedriger ansetzen oder weitere Kriterien, wie zum Beispiel das Stadtrecht, hinzunehmen (vgl. Textbox 1). Bode und Hanewinkel (2018) nutzen z.B. in ihrem Beitrag „Kleinstädte im Wandel" zum Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland als Abgrenzung Stadtrechtsgemeinden zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern. International gesehen variieren die Größenklassen zur Definition von Kleinstädten mittlerweile erheblich. Das ist den sehr heterogenen Strukturen der Staaten geschuldet. Dünn besiedelte Staaten wie die skandinavischen Länder oder Kanada operieren mit Größen für *small towns* unterhalb von 1.000 oder 2.000 Einwohnern, in dicht besiedelten und stark verstädterten Staaten beginnen Kleinstädte manchmal erst ab einer Größe von 50.000 Einwohnern. Die OECD verwendet für *small town areas* die Größenkategorie von 50.000 bis 200.000 Einwohnern, wobei sich das betrachtete Gebiet aber nicht auf die administrative Einheit der Gemeinde allein bezieht (OECD 2018).

Andere Ansätze lösen sich gänzlich von den administrativen Einheiten und bestimmen *urban settlements* auf Basis von Häuseransammlungen oder Dichte der (Wohn-)Bebauung in kleinräumig abgegrenzten Gebieten. So handelt es sich gemäß den Typologien von Eurostat (2019: 31) bei zusammenhängenden 1-km²-Rastern mit je einer Dichte von mindestens 1.500 Einwohnern pro km² und einer Gesamtbevölkerungszahl von mindestens 50.000 Einwohnern um *urban centres,* bei zusammenhängenden Gebieten von 300 Einwohnern je km² und insgesamt mindestens 5.000 Einwohnern um *urban clusters*. In Norwegen gelten Hausansammlungen mit mindestens 200 Personen als *urban settlement*, wobei die Kriterien für die Bebauungsdichte und Abstände der Häuser den natürlichen Gegebenheiten angepasst werden (Engelien/Schøning 2000: 41).

Die Zahl der Kleinstädte in Deutschland ist im Zeitverlauf nicht konstant. Das liegt nicht nur am Wachsen und Schrumpfen von Bevölkerungszahlen und dem so zu erklärenden Wechsel zwischen den Gemeindegrößenklassen. Ebenso wenig ist es ausschließlich veränderten Kategorien der Laufenden Raumbeobachtung oder der Neuzuweisung von Zentralitätsstufen durch die Landesplanung zuzuschreiben. Zum einen sind in den letzten Jahrzehnten viele historische Kleinstädte – Siedlungen, die ihr städtisches Selbstverständnis aus einem nicht selten im Mittelalter oder der frühen Neuzeit verliehenen Stadtrecht ziehen – durch Eingemeindungen von der politischen Landkarte verschwunden. Jüngere Beispiele sind Benneckenstein, Elbingerode (Harz), Hasselfelde oder Güntersberge in Sachsen-Anhalt, ebenso die einst freien (und auf diesen Status stolzen) niedersächsischen Bergstädte St. Andreasberg, Wildemann und Altenau. Zum anderen entstehen statistische oder administrative Kleinstädte neu. In Sachsen-Anhalt erfolgt dies teilweise unter neuem Namen – etwa im Fall der 2002 gegründeten Stadt Falkenstein/Harz, deren Hauptort die historische Landstadt Ermsleben ist, oder Gröbzig als Teil der 2010 neu entstandenen Stadt Südliches Anhalt. Ähnlich war Hessen bereits in der Gebietsreform der 1960er und 19070er Jahre vorgegangen, als z. B. die Gemeindezusammenschlüsse Niddatal oder Diemelstadt nicht nur einen neuen Namen, sondern auch Stadtstatus erhielten. Im Bundesvergleich besonders häufig werden Stadtrechte in Rheinland-Pfalz neu verliehen. Zwischen 1966 und 2013 wurden hier 34 Gemeinden mit diesem Beinamen – etwas anderes ist die Verleihung von Stadtrechten heute nicht mehr – versehen.

Textbox 1: Kleinstädte jenseits der Statistik / Quelle: SLRP (2016)

1.2 Der Stadt- und Gemeindetyp des BBSR – ein bundesweiter Abgrenzungsvorschlag für die vergleichende Stadt- und Raumbeobachtung

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), das für die Laufende Raumbeobachtung der Bundesrepublik verantwortlich ist, hat für seine statistischen Analysen eine Abgrenzung auf Ebene der ca. 4.540 Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände vorgenommen. Es handelt sich um eine statistische Vergleichskategorie von Kommunen, mit der keine normativen oder planerischen Zuordnungen verbunden sind. Kriterien sind neben der Einwohnerzahl die zentralörtliche Funktion der Einheitsgemeinde bzw. der größten Gemeinde innerhalb des Gemeindeverbandes (BBSR o. J.). Eine Kleinstadt ist demnach eine Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohnern oder mindestens grundzentraler Bedeutung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums (vgl. Textbox 2). Bei Gemeindeverbänden wird die Einordnung als Kleinstadt auf den gesamten Gemeindeverband übertragen. Die getroffenen Grenzwerte von 5.000 bis 20.000 Einwohner für Kleinstädte sind der Unterschiedlichkeit der Bundesländer geschuldet und wurden unter

dem Anliegen getroffen, „... dass keine z. B. möglicherweise für die Entwicklung oder Versorgung ländlicher Räume bedeutenden Städte oder Gemeinden vernachlässigt werden“ (BBSR 2012: 17).

Kleinstadt: Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde mit

a 5.000 bis unter 20.000 Einwohnern oder

b mindestens grundzentraler Bedeutung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums

Mittelstadt: Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde

a mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern

b überwiegend haben diese Städte mittelzentrale Funktion

Großstadt: Einheitsgemeinde

a mit mindestens 100.000 Einwohnern

b meist haben diese Städte oberzentrale, mindestens jedoch mittelzentrale Funktion

Landgemeinde:
Trifft keine der Bedingungen für Kleinstädte auf den Gemeindeverband bzw. die Einheitsgemeinde zu, dann handelt es sich um eine Landgemeinde.

Textbox 2: Stadt- und Gemeindetypen nach BBSR / Quelle: BBSR o. J.

Dieser Abgrenzung zufolge gibt es in Deutschland 2.106 Kleinstädte (Stand 2017). Sie bilden mit 46 % die zahlenmäßig größte Kategorie unter den Stadt- und Gemeindetypen und umfassen mit knapp 162.500 km² auch die meiste Fläche in Deutschland (45 % der Gesamtfläche). Mit 24,2 Millionen Menschen leben hier nur 2,1 Millionen Einwohner weniger als in den 79 deutschen Großstädten (vgl. Steinführer/Sondermann/Porsche 2021).

Definitiv spiegelt die aktuelle Kleinstadtabgrenzung nicht das imaginäre Bild einer im Mittelalter gegründeten und bis heute erhaltenen kompakten Kleinstadt mit Fachwerk und Stadtmauer wider. Insofern könnte man die Befunde durch die unzureichende statistische Abgrenzung als heilsam betrachten. Unter die statistische Kategorie fallen

auch die in den 1960er und 1970er Jahren durch die Suburbanisierung zur Kleinstadt gewachsenen Gemeinden (Jessen 2004) sowie durch Gemeindezusammenlegungen administrativ „reformierte" Kleinstädte (BBSR 2012: 18 f.). Auch die häufige Verortung der Kleinstadt im ländlichen Raum trifft nicht die Wirklichkeit. Etwas mehr als die Hälfte der Kleinstädte nach Größe liegen in zentralen Lagen, also im engeren und weiteren Einzugsbereich der Großstädte. Die statistische Kleinstadtabgrenzung entspricht insofern nur einem kleinsten gemeinsamen Nenner, der keinen Anspruch auf eine erschöpfende Distinktion nach unten (zu den Landgemeinden) wie nach oben (zu den Mittelstädten) erhebt. Wie tragfähig die Größenklassen für die Kleinstadtforschung sind, müssen weitere empirische Untersuchungen zeigen.

1.3 Heterogenität und Differenzierungen

Wie schwierig dieses Unterfangen der eindeutigen Abgrenzung sein kann, wird an der großen Heterogenität der Gruppe der Kleinstädte bzw. der Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern hinsichtlich verschiedener Merkmale ersichtlich. So variieren die Kleinstädte nach BBSR-Abgrenzung in ihrer Flächenausdehnung von 2,8 km² bis 594 km², in ihrer Gesamtbevölkerungszahl von 2.600 bis 40.800 Einwohnern und in ihrer Siedlungsdichte von 204 bis über 6.000 Einwohnern je km². Diese Spannweiten vermitteln einen Eindruck von der Verschiedenartigkeit, die sich auch auf andere Aspekte der Kleinstadtstruktur bezieht.

Städte im Allgemeinen werden häufig über spezialisierte Funktionen typisiert, u. a. politische Funktionen (z. B. Garnisonsstadt, Hauptstadt), spezifische kulturelle Funktionen (z. B. Universitätsstadt, Wallfahrtsstadt) oder besondere Wirtschafts- und Verkehrsfunktionen (z. B. Agrarstadt, Handelsstadt, Industriestadt) (Heineberg 2017: 78 f.). Die ersten und meisten Differenzierungen von Städten erfolgen dementsprechend entlang wirtschaftlicher Faktoren und Branchenstrukturen (Harris 1943; Smith 1965; Bruce/Ryser/Halsbeth et al. 2005). Eine ebenfalls häufig verwendete Unterscheidung ist die nach überwiegender Wohnfunktion oder Arbeitsmarktzentralität (BBSR 2012: 34 ff.). Städte werden darüber hinaus nach baukulturellen oder soziostrukturellen Kriterien sowie hinsichtlich ihrer Rolle und/oder Besonderheiten innerhalb eines funktionalen Netzes unterschieden (vgl. Kunzmann 2004). Eine Typisierung von Kleinstädten im Hinblick auf Entwicklung und Nachhaltigkeit entwickelten Knox und Mayer (2013: 13). Sie empfehlen Kleinstädten, einen speziellen Fokus auf ihre Spezifika, Traditionen und lokalen Ökonomien zu legen.

In einer Bestandsaufnahme 2012 hat das BBSR funktionale Typisierungen ausschließlich für die Klein- und Mittelstädte unternommen. Unter anderem thematisiert eine Typisierung die Freizeit- und Tourismusfunktion vieler Klein- und Mittelstädte in landschaftlich attraktiven Regionen. Beispiele herausragender touristischer Prägung sind u. a. die Kleinstädte Ueckermünde am Stettiner Haff, Winterberg im Sauerland, Langeoog auf der gleichnamigen Nordseeinsel oder Bad Wiessee am Tegernsee (BBSR 2012: 43 f.). Eine neuere Typisierung der Kleinstädte in Deutschland kombiniert baukulturelle, funktionale und sozioökonomische Faktoren per Clusteranalyse (BBSR 2019: 32 ff.). Die Besonderheit dieser Typik ist, dass sie die Kleinstadttypen zusätzlich in ihren regionalen Kontext einbettet und ihre Entwicklung bewertet. In der Mehrheit

der Kleinstädte überwiegt die Wohnfunktion. Über die Typisierung lassen sich jedoch die Städte gut entlang ihrer Baustruktur und Versorgungssituation in die eher peripher gelegenen Städte mit herausragender Ausstattung hinsichtlich Grundversorgung und kompakterer, älterer Bausubstanz und die im suburbanen Raum zu verortenden Kleinstädte unterscheiden, die trotz ihrer Nähe zu größeren Städten auch über die städtischen Grundversorgungseinrichtungen verfügen. Nur rund 8% aller Kleinstädte sind herausragende Arbeitsmarkt- und Wirtschaftszentren. Die meisten von ihnen liegen zentral und in wirtschaftsstarken Regionen. Kleinstädtische Arbeitsmarktzentren in peripheren und schrumpfenden Regionen sind trotz ihrer wirtschaftlichen Stellung meist auch von Schrumpfung betroffen. Die Typisierung differenziert zwischen den Kleinstädten, ist aber nicht dafür konzipiert, kleinstadtspezifische Parameter zu identifizieren. Die Verschränkung sehr vieler unterschiedlicher Dimensionen in einer Typik wird der großen Heterogenität der Kleinstädte zwar gerecht, führt jedoch zu einer Betonung von Einzelfällen und widerspricht dem Ziel, über Typisierungen verallgemeinerbare Trends ableiten zu können. Da Kleinstädte mit einer hohen Wirtschafts- und Arbeitsmarktzentralität in einer wachsenden Region mit einem überdurchschnittlichen Industrieanteil in zentraler Lage aufgrund dieser guten Voraussetzungen überwiegend wachsen, stellt eine schrumpfende Kleinstadt unter sonst gleichen Voraussetzungen einen Sonderfall dar. Multifaktorielle Typisierungen bedienen sich häufig der Faktoren-, Cluster- und Diskriminanzanalyse (u.a. Andrews 1971; Bähr 1971). Die Clusterverfahren bieten statistisch immer eine Lösung. Problematisch können diese jedoch dahingehend sein, dass bei großen Fallzahlen (2.106 Kleinstädte in Deutschland) die gefundenen Cluster meist nicht überschneidungsfrei sind und sich daraus Schwierigkeiten in der eindeutigen Beschreibung und Zuordnung konkreter Städte ergeben (BBSR 2019: 32).

	Anzahl der Städte und Gemeinden nach Lage				**insgesamt**
	sehr zentral	**zentral**	**peripher**	**sehr peripher**	
Großstädte	59	20	0	0	79
Mittelstädte	272	213	130	9	624
Kleinstädte	350	834	776	146	2106
dar.: Größere Kleinstädte	225	363	254	36	878
Kleine Kleinstädte	125	471	522	110	1228
Land-gemeinden	35	371	962	351	1719
insgesamt	716	1438	1868	506	4528

Tab. 1: Städte und Gemeinden in Deutschland nach Lage, 2017 / Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

Historisch entstanden in Deutschland viele Siedlungen, die heute Kleinstädte sind, entlang von Flüssen, in späterer Zeit auch entlang der Fernverkehrswege. Je dünner besiedelt eine Region ist, desto häufiger handelt es sich bei den wenigen Städten der Region um Kleinstädte – in Deutschland ist dies etwa im Nordosten der Fall. Auf eine vergleichbare Stellung von Kleinstädten im Städtenetz des ländlichen Mährens in Tschechien weist Vaishar (2004) hin. In Deutschland gibt es andererseits gerade in den dicht besiedelten Regionen zahlenmäßig sehr viele Kleinstädte. Dadurch befindet sich die überwiegende Zahl der Kleinstädte nicht in ländlichen Räumen, sondern im Umkreis der Großstädte bzw. in zentraler und sehr zentraler Lage (56%; vgl. Tab. 1). Die in der wissenschaftlichen Literatur und im medialen Diskurs häufig erfolgende Subsumierung der Kleinstädte unter die Kategorie der Ländlichen Räume ist daher nicht haltbar. Eine der wenigen Studien, die Kleinstädte in verschiedenen und nicht ausschließlich ländlichen Kontexten analysiert, ist die von Hinderink und Titus (2002).

2 Methoden der Kleinstadtforschung

Da eine systematische Kleinstadtforschung bislang fehlt, finden die gängigen Methoden der Stadtforschung Anwendung. Welche Schwierigkeiten und Begrenzungen die einfache Übertragung der Methoden der Stadtforschung auf die Untersuchung von Kleinstädten haben kann, wird in diesem Kapitel erörtert.

2.1 Quantitative Methoden

Eindeutige Abgrenzungen von Kleinstädten werden vornehmlich für die Erfassung ihrer räumlichen und/oder zeitlichen Verbreitung, ihrer statistischen Beschreibung und für die quantitativ orientierte, vergleichende Forschung benötigt. Diese datengestützte Analyse nutzt entsprechend die oben aufgeführten Abgrenzungen. Sie betrachtet selten ausschließlich die Kleinstädte, sondern stellt die Gruppe der Kleinstädte anderen Raumkategorien gegenüber. Am häufigsten findet sich diese Vorgehensweise bei Statistischen Ämtern und öffentlichen Forschungseinrichtungen mit Aufgaben der Raumbeobachtung (in Deutschland also das BBSR; u. a. Milbert 2015; Gatzweiler/Meyer/Milbert 2003; Gatzweiler/Milbert 2009; BBSR 2012; vgl. auch Statistics Canada o. J.). Diese Forschung ist vornehmlich deskriptiv, in Teilen explorativ. Kennzeichen solcher Analysen ist auch, dass jede Kleinstadt mit einem Durchschnittswert repräsentiert wird.

Sowohl die internationalen als auch die interkommunalen Vergleiche sind auf vergleichbare Daten angewiesen. Einen umfassenden Überblick über die aktuelle Datenlage zu Kleinstädten in Deutschland geben die Portale INKAR des BBSR und „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung. Beide Portale beziehen sich auf bundesweite, vergleichbare Statistiken der Gemeindeebene. Das sind hauptsächlich seitens der amtlichen Statistik bereitgestellte und partiell durch andere bundesweite Erhebungen ergänzte Statistiken. Die Daten zum Bevölkerungsstand und zu den Bevölkerungsbewegungen sind umfangreich (vgl. Leibert 2021). In einem jeweils rudimentä-

ren Umfang existieren des Weiteren Daten zu den Themenbereichen Beschäftigung, Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit, Flächennutzung, Siedlungsstruktur, öffentliche Haushalte/Realsteuerstatistik.

In der Datenverfügbarkeit spiegelt sich die Genese und Entwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland wider. Die sachliche Tiefe der amtlichen Statistiktabellen ist bei Gemeinden jedoch deutlich niedriger als bei Kreisen oder Regionen. Nur ein Viertel aller Statistiktabellen sind bis auf die Gemeindeebene untergliedert. Dies liegt zum einen an Geheimhaltungsfällen und zum anderen an der fehlenden Lieferbarkeit von Statistiken auf Gemeindeebene durch einzelne Bundesländer (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2018). Vorteile der amtlichen Statistik sind die Validität, die Homogenität innerhalb des Bundesgebietes und die Periodizität der Daten.

Im Unterschied zu den größeren Städten haben kleinere Städte überwiegend keine eigenen Statistikstellen. Erheben Kleinstädte eigene Statistiken, dann liegen sie nur lokal vor und sind meist nicht mit anderen Erhebungen vergleichbar. Für eine quantitative Beschreibung oder Analyse sind daher die übergeordneten kleinräumigen Statistiken unabdingbar. Diese beschränken sich jedoch auf Durchschnittswerte oder Summen für die administrative Gemeinde gesamt. Manche Kleinstadt gliedert sich in 30 und mehr Ortsteile, und nur selten entspricht eine Kleinstadt innerhalb ihrer administrativen Grenzen den Vorstellungen einer kompakten Siedlung. Dies ist teilweise eine Folge der Gebietsreformen der 1970er Jahre in West- und der 1990er/2000er Jahre in Ostdeutschland (Katagi 2012: 37 f.; Milbert 2015: 4; Franzke 2017: 95). Die flächengroße Stadt Möckern in Sachsen-Anhalt z. B. besteht seit der Gemeindegebietsreform 2010 aus 50 Ortsteilen (zusammengefasst in 27 Ortschaften) und damit zahlreichen kleinen, verstreut liegenden Siedlungsschwerpunkten. In Anbetracht dessen werden für die analytische Arbeit standortbezogene und Rasterdaten zunehmend bedeutender (siehe Kapitel 3).

Für eine Analyse einzelner Kleinstädte müssen die Standardindikatoren, die in den Regionalwissenschaften z. B. auf Kreisebene oder für die Großstädte genutzt werden, kritisch für die Nutzung auf Kleinstadtebene geprüft werden. Das unter dem Schlagwort *modifiable areal unit problem* (MAUP) (u. a. Fotheringham/Wong 1991; Green/Flowerdew 1996; Wong 2009) bekannte Problem, dass sich Kennwerte je nach Aggregationsgrad und Zuschnitt der Gebietseinheiten verändern, lässt sich auch auf die Aussagekraft der Indikatoren selbst übertragen. Es ist ein Unterschied, ob Indikatoren auf kleinräumiger Ebene nur per Karte visualisiert werden und Ausreißer das Kartenbild hierbei kaum beeinflussen, oder ob die Indikatorwerte für die einzelnen Städte interpretiert werden, was eine genaue Auseinandersetzung mit dem Einfluss seltener Ereignisse auf den Indikator voraussetzt.

In den großen Bevölkerungsumfragen wie z. B. ALLBUS, SOEP oder Mikrozensus können als klassifizierendes Merkmal die Größenklasse des Wohnortes der befragten Personen oder Haushalte zugespielt werden. Über die den Kleinstädten entsprechenden Gemeindegrößenklassen sind Durchschnittswerte für die Gruppe der Kleinstädte und/oder Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung in Kleinstädten ableitbar. Bei einem Blick in die Literatur scheint es so, dass diese großen Umfragen bislang allerdings selten für die Kleinstadtforschung genutzt werden.

Auch die Mikrodaten der Forschungsdatenzentren finden innerhalb der Kleinstadtforschung bislang keine Anwendung. Hier gibt es erhebliche Potenziale für zukünftige Forschungen in und über Kleinstädte. Eine Barriere im Zugang zu diesen Datenquellen stellen allerdings die strengen Regelungen und organisatorischen Hürden der Forschungsdatenzentren dar. Ein positives Beispiel für die Organisation eines breiten Forschungszugangs zu hochdifferenzierten Mikrodaten mit kleinräumiger Georeferenzierung unter Einhaltung von Datenschutzrichtlinien ist das schwedische Umeå SIMSAM Lab (Lindgren/Nilsson/de Luna et al. 2016). Statistics Sweden verknüpft Individualdaten der gesamten schwedischen Bevölkerung über mehrere Dekaden aus unterschiedlichen Registern über die unverwechselbare persönliche Identifikationsnummer und anonymisiert diese Daten für die wissenschaftliche Analyse. Die Nutzung und Auswertung dieses beispiellosen Datensatzes kann zwar nur direkt im SISAM Lab erfolgen, als Zugangsvoraussetzung genügt jedoch ein Antrag an die Steering Group oder den Projektmanager mit einer Darlegung, wie sich die Forschungsfragen in das Gesamtkonzept der interdisziplinären Forschung einordnen. Im Gegensatz dazu sind nach Erfahrung der Autoren in bundesdeutschen Forschungsdatenzentren deutlich schwierigere organisatorische Hürden zu überwinden: So werden im SOEP aus Datenschutzgründen Lagebezug und Angaben getrennt gehalten und nur unter strengen Kontrollbedingungen für wissenschaftliche Zwecke verknüpft (Goebel/Hoppe 2016: 40). In manchen Fällen gelingt unter diesen Voraussetzungen ein Forschungsvorhaben nur dann, wenn Kooperationspartner der Daten bereitstellenden Stelle im Projekt aktiv mitwirken.

2.2 Qualitative Methoden

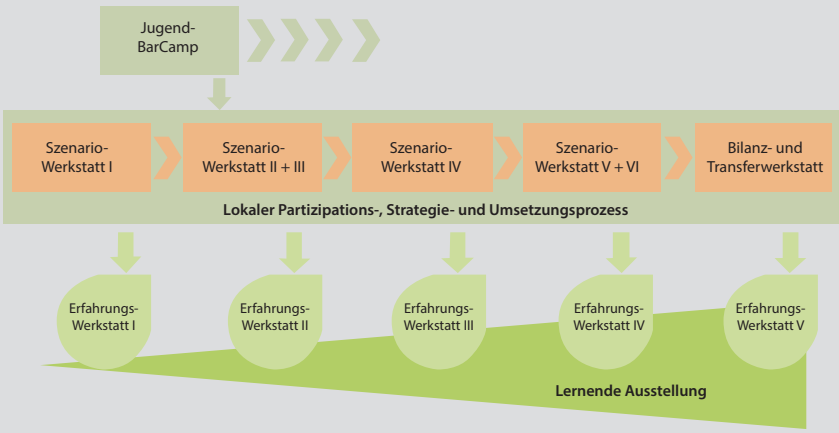
Weitaus verbreiteter als die Analyse bundesweiter Datenbestände ist in der Kleinstadtforschung die Fallanalyse bzw. Fallstudie. In einzelnen oder einigen wenigen Städten wird der Untersuchungsgegenstand möglichst tiefgehend beleuchtet. Pro Studie kommen meist mehrere verschiedene Methoden aus der Sozialforschung zum Einsatz: die Erhebung von Sekundärdaten, das leitfadengestützte (Experten-)Interview, die teilnehmende oder nicht-teilnehmende Beobachtung und zum Teil auch die standardisierte Befragung von Bevölkerungsgruppen oder der Gesamtbevölkerung. Neuere Studien arbeiten auch mit Szenariotechniken (z. B. Bose/Wirth 2007; Schmitz-Veltin 2013; Dehne 2018; vgl. auch Textbox 3). Diese Forschung ist deskriptiv, teils auch normativ und überwiegend explorativ. Im Wesentlichen geht es um das Verständnis eines Phänomens und seiner kausalen Zusammenhänge. Im Zentrum der häufig angewandten Forschung stehen meist auch Fragen zur Bewältigung bestimmter Herausforderungen.

Die immer als orts- und zeitgebunden verstandenen Erkenntnisse (Köhler/Krehl/Lelong et al. 2018: 9) aus (vergleichenden) Fallstudien bergen die Gefahr, die untersuchten Städte als besondere Fälle zu betrachten. Der Schluss auf universelle Phänomene und die Ableitung von Hypothesen unterbleibt überwiegend. Das liegt zum einen daran, dass die Auswahl und die Durchführung der Fallstudien – hier der Kleinstädte – nicht hinreichend den Kriterien qualitativer Sozialforschung (Borchardt/Göthlich 2009) genügen, was vor allem in der angewandten Forschung der Fall ist.

Im BBSR-Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ kam 2016 bis 2018 in den acht beteiligten Kleinstädten unter anderem die Szenariotechnik zum Einsatz. Als Szenario wird die Darstellung einer möglichen künftigen Situation, eines Zukunftsbildes verstanden, das Ausgangspunkt von Veränderungen und notwendigen Neubestimmungen der weiteren Entwicklung ist. An den lokalen Szenariogruppen beteiligten sich 174 Akteure (112 Männer und 62 Frauen). Ein Drittel kam aus der Lokalpolitik und -verwaltung, ein Drittel aus der Bürgerschaft, und ein weiteres Drittel repräsentierte über Verbände, Vereine, lokale Einrichtungen oder Firmen organisierte Interessen.

1

Ablauf des Forschungsprojekts „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“



Quelle: Hochschule Neubrandenburg

Über anderthalb Jahre hinweg wurden in einem mehrstufigen Prozess Zukunftsbilder in Form von normativ-narrativen Szenarien, d. h. quasi-literarischen Geschichten über die Zukunft der jeweiligen Kleinstadt im Jahr 2030, erarbeitet. Ziel war es, ein ganzheitliches Zukunftsbild entstehen zu lassen und zugleich einen phantasievollen Gedankensprung in die Zukunft zu ermöglichen. Mittels der Szenariotechnik lassen sich notwendige Strategien und Schritte ableiten, denn „die der Methode inhärente Zukunftsorientierung schafft kein Wissen über die Zukunft, sondern ein besseres Verständnis der Gegenwart“ (Böttger 2015).

Textbox 3: Szenarien als eine Methode transdisziplinärer Kleinstadtforschung / Quelle: Dehne 2018: 5 ff.

Zum anderen liegt es auch an der großen Heterogenität der Kleinstädte und der begrenzten Zahl an Referenzstudien, auf die Bezug genommen werden könnte, sodass über die Verallgemeinerbarkeit der Erkenntnisse und Schlussfolgerungen große Unsicherheit herrscht.

3 Datengrundlagen für die Raumanalyse

Der folgende Abschnitt beschreibt den Bedarf und die Möglichkeiten in Deutschland, das Methodenspektrum der innerstädtischen Raumbeobachtung auf Kleinstädte anzuwenden. Anhand des Begriffs des Geomonitorings werden Ansätze aus der Raumforschung beschrieben, das Datenangebot amtlicher Stellen durch alternative Datenmodelle zu ersetzen bzw. zu ergänzen.

3.1 Das Problem der Kommunalstatistik in Kleinstädten

Im Hinblick auf die Datenpotenziale für die Raumanalyse bestehen in Kleinstädten deutlich weniger Möglichkeiten als in Großstädten, teilräumlich Daten zu sozialräumlichen Prozessen, zur Infrastruktur, zur Wirtschaftsstruktur oder zu Ausstattungsmerkmalen der Daseinsvorsorge auszuwerten. Es werden zwar Geobasisdaten z. B. zu Topographie und Liegenschaften vonseiten der Länder flächendeckend nach den gleichen Datenkatalogen wie in allen anderen Raumkategorien erhoben und bereitgestellt (AdV-Online 2015). Es fehlt allerdings eine zugängliche Kommunalstatistik für die Raumforschung und die Planungspraxis. So umfasst z. B. die Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB) des BBSR lediglich 56 Großstädte mit 2.947 Stadtteilen, für andere Städte in Deutschland besteht kein entsprechend koordiniertes Datenangebot (Gutfleisch/Sturm 2013). Auch die KOSTAT-Datensammlung[2] und das europäische Kooperationsprojekt Urban Audit[3] sind zwar kleinräumig, befüllen aber überwiegend deutsche Großstädte und einen kleinen Ausschnitt der Mittelstädte.

In diesem Zusammenhang ist zu hinterfragen, inwiefern der Bedarf an kommunalstatistischen Datengrundlagen sich nicht auch für Klein- (ebenso wie für Mittel-)Städte ergibt. Textbox 4 zeigt die Leitsätze der Kommunalstatistik des Verbands Deutscher Städtestatistiker (VDSt) mit ihrem deutlichen Bekenntnis zu einer datengestützten Unterstützung von Stadtentwicklungsprozessen (Leitsatz 3) und einer nachfrageorientierten Informationsbereitstellung auf.

Tatsächlich finden diese Leitsätze ohne weitere Begründung nur in den Städten Anwendung, deren Verwaltung eine entsprechende Statistikstelle unterhält und sich dem Verband angeschlossen hat – ausschließlich Mittel- und Großstädte. Die Ursache dafür dürfte organisatorischer Art sein, da die Städtestatistik nur in Großstädten aus dem Verwaltungsvollzug ausgegliedert ist und mit spezialisierten Fachkräften die schwierige Aufgabe der Datenerhebung, -aufbereitung, -auswertung und -bereitstellung (auch im Hinblick auf die Gewährleistung des Datenschutzes) geleistet wird. In

2 Der Verbund Kommunales Statistisches Informationssystem (KOSIS) führt als Selbsthilfeeinrichtung der deutschen Städtestatistik eine Sammlung kleinräumiger Daten von aktuell 99 Städten, darunter alle Großstädte ab 400.000 Einwohnern und weitere Städte ab 35.000 Einwohnern (https://www.staedtestatistik.de/fileadmin/media/Kosis/KOSTAT/PDF/FlyerKOSTAT2019.pdf, 11.10.2020).

3 Urban Audit ist das Verbundprojekt von Eurostat und der Regionaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission zur Städtestatistik. Die Statistiken werden für die teilnehmenden Städte auf drei räumlichen Tiefen erhoben: Stadt (city), innerstädtisch (sub-city-districts / SCDs) und Agglomeration (larger urban zones / LUZ) (https://ec.europa.eu/eurostat/ramon/statmanuals/files/KS-BD-04-002-EN.pdf, 22.08.2019).

1 Kommunalstatistik ist integraler Teil der kommunalen Informationshoheit und damit der kommunalen Selbstverwaltung. Hierfür hat sie ein eigenständiges Aufgabenprofil. Sie nutzt und unterstützt die übrigen Bereiche der amtlichen Statistik.

2 Kommunalstatistik erhält ihr Profil aus einer fundierten, umfassenden, aktuellen und nachfrageorientierten Informationsbereitstellung für kommunalrelevante Entscheidungen.

3 Kommunalstatistik ist wegen der strategischen Ausrichtung ihrer Produkte unentbehrlich für eine moderne Stadtsteuerung.

4 Kommunalstatistik muss die Entwicklungen in der Informationstechnologie nicht nur umfassend nutzen, sondern sie auch aktiv mitgestalten und ihren Beitrag zur Entwicklung eines Informationsmanagementsystems leisten.

5 Kommunalstatistik fordert einen hohen Kenntnisstand methodischer, organisatorischer und technologischer Entwicklungen der in diesem Bereich Beschäftigten.

6 Kommunalstatistik ist auf Übertragbarkeit ihrer Lösungsansätze angewiesen.

7 Kommunalstatistik bietet durch interkommunal koordinierte Bereitstellung von Daten Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit bei kommunaler Leistungsbetrachtung.

8 Kommunalstatistik setzt durch Kooperationen Synergiepotenziale bei der konzeptionellen, methodischen und instrumentellen Weiterentwicklung frei.

9 Der Verband Deutscher Städtestatistiker ist der Kommunalstatistik im Sinne dieses Leitbildes verpflichtet und versteht sich als berufsständische Vertretung aller kommunalstatistischen Beschäftigten. Dabei arbeitet der Verband eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen.

Textbox 4: Leitsätze der Kommunalstatistik / Quelle: Verband Deutscher Städtestatistiker o. J.

einer Studie zur Nutzung kommunalstatistischer Daten in der Stadtentwicklung (Schäfer 2017) wird für die Großstädte festgestellt, dass die Bereitstellung von Daten gut etabliert ist. Die raumanalytische Inwertsetzung der Datenpotenziale für die Stadtentwicklung wird allerdings nur dann ausgeschöpft, wenn die Statistikstellen in die Organisation von Stadtentwicklungsprozessen eingebunden sind. Dies ist in vielen, insbesondere kleineren Kommunen aber nicht der Fall. Die Organisationsstrukturen der Verwaltung spiegeln scheinbar noch vielfach einen Abgrenzungswunsch verbal-argumentativer Ansätze der Stadtentwicklung gegenüber statistischen Methoden wider. Dieser Abgrenzungswunsch wird in der Studie allerdings auf Auseinandersetzungen in

den 1970er Jahren verortet, und es wird deutlich auf die seit geraumer Zeit gestiegene Bedeutung datengetriebener Anwendungen der Raumforschung für Stadtplanungsprozesse verwiesen (Schäfer 2017: 58). In den heutigen Diskursen verlagert sich die Debatte vielmehr dergestalt, dass im Zuge von digitaler Transformation und einer wachsenden Medienkompetenz in vielen Bereichen der Gesellschaft von einer grundlegenden „Datafizierung" (*datafication*) gesprochen wird: Die Informationsgesellschaft stellt nicht nur hohe Ansprüche an die Verfügbarkeit belastbarer Datengrundlagen, sondern erwartet auch eine aussagekräftige Aufbereitung und Visualisierung zur möglichst umgehenden Beantwortung einer Vielfalt von Fragestellungen (Kitchin 2014).

In diesem Zusammenhang gilt es zu prüfen, ob die bundesdeutsche Praxis der Bereitstellung kommunalstatistischer Daten ausschließlich für Großstädte noch zielführend ist. Zwar ist es sicherlich richtig, dass durch die hohe Einwohnerdichte und die sich daraus ergebenden großen Fallzahlen im städtischen Umfeld kleinräumige raumstrukturelle Unterschiede prägnanter und signifikanter ausfallen, dass kleinräumige Planungsdaten deswegen hier eine hohe Bedeutung haben. Gleichzeitig können aber auch die geographischen Einheiten kleinstädtisch geprägter Verwaltungseinheiten den Einsatz kleinräumig differenzierender raumanalytischer Methoden erfordern. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn städtische Strukturen aus sehr heterogenen Siedlungsteilen bestehen oder sich aus mehreren distinkten Ortsteilen zusammensetzen (siehe hierzu auch das oben erwähnte Beispiel der Stadt Möckern in Sachsen-Anhalt mit über 50 Ortsteilen und Schenkel/Großmann 2021). Gerade dann wäre für die Infrastrukturplanung und die Raumbeobachtung ein untergemeindlich differenzierendes Datengerüst hilfreich, um die raumstrukturellen Charakteristika und Entwicklungsperspektiven der einzelnen Teile vergleichend bewerten zu können. So werden Investitionsentscheidungen in eine kleinstädtische Städtestatistik, die in der Vergangenheit durch die damit verbundenen hohen Kosten (qualifiziertes Personal, unterstützende EDV-Infrastruktur) insbesondere bei angespannter kommunaler Haushaltslage nicht durchsetzbar waren, gegenüber diesem Mehrwert neu abzuwägen sein.

Ein Beispiel für den Einsatzbereich dieser Informationen in ländlichen Räumen ist der Vitalitätscheck 2.0, mit dem in bayerischen Kommunen Zustand und Trends der sozialen, funktionalen und baulichen Ausstattung von Ortsteilen im Hinblick auf den demographischen Wandel erfasst werden (Lintzmeyer/Schwarz/Müller-Herbers et al. 2015; Fina/Lintzmeyer/Müller-Herbers 2015). Die Zusammenführung statistischer Basisdaten je Ortsteil einer Gemeinde mit einer fachlichen Bewertung informiert Entscheidungsträger in den durchführenden Gemeinden über Entwicklungsperspektiven und Handlungsspielräume zum Beispiel im Hinblick auf die Baulandpolitik und die Flächennutzungsplanung. Ein dringender Bedarf an kleinräumigen Auswertungen raumstruktureller Charakteristika in Stadtregionen (und ihrem beträchtlichen Anteil an kleinstädtischen Strukturen) ergibt sich z. B. beim Aufbau regionaler Verkehrs- und Landnutzungsmodelle oder bei Evaluierungen von Planungsinstrumenten der Regionalplanung (Zuweisung von Zentrale-Orte-Funktionen, Entwicklungsachsen oder Schwerpunkten für den Gewerbe- und Wohnungsbau). Die Genauigkeit von Kapazitäts- und Bedarfsanalysen sowie siedlungsstrukturelle Zuweisungen funktionaler Versorgungsaufträge profitieren von möglichst fein geschnittenen Planungsdaten. Im Hinblick auf

die Erschließung neuer Möglichkeiten der Infrastrukturplanung ist davon auszugehen, dass dieser Bedarf weiter steigen wird, z. B. für die Planung und Umsetzung von Smart-City-Konzepten oder Anwendungen der Digitalisierung (vgl. Nadler/Fina 2021).

3.2 Geomonitoring in Kleinstädten

Die oben genannte Konzentration der bundesdeutschen Kommunalstatistik auf Großstädte mit einer aus dem Verwaltungsvollzug ausgegliederten Statistikstelle erzeugt für die Kleinstadtforschung den Bedarf, Alternativen zu entwickeln. Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund entwickelt in diesem Zusammenhang Konzepte für die Raumbeobachtung unter dem Begriff „Geomonitoring". Dabei werden aus unterschiedlichen Datenquellen Informationen zusammengetragen, bewertet und in eine Geodateninfrastruktur überführt, aus der neue Indikatoren der Raumentwicklung abgeleitet werden können. Das Geomonitoring hat somit die Funktion, auf explorative Art und Weise Konzepte zu erforschen, die sich für eine Übernahme in die etablierte Raumbeobachtung anbieten. Entsprechende Indikatorenkataloge dienen dazu, räumliche Sachverhalte mit neuartigen Anwendungsfeldern und Methoden der quantitativen Raumanalyse zu untersuchen (Fina/Gerten/Gehrig-Fitting et al. 2018).

In eine ähnliche Richtung stößt das Forschungsprojekt „Urbane Datenräume – Datenaustausch und Zusammenarbeit im urbanen Raum", das vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt wurde. In dem Projekt wurden der Bedarf und die Potenziale von sogenannten Datenräumen und Datenschichten für die Integration und Vernetzung ausgewählter großstädtischer Systeme erforscht. Die Vernetzung von „Datenräumen" erzeugt einen analytischen Mehrwert. Damit wird es möglich, Datenschichten für verschiedene Analyseebenen und darauf aufbauend städtische Funktionen genauer zu planen und informatorisch zu unterstützen. Die Studie beleuchtet die Potenziale dieser Datenvernetzung durch kommunale Ämter und Einrichtungen, zeigt aber auch deutlich, dass die Möglichkeiten noch zu wenig genutzt werden und Zugangsbeschränkungen sowie fehlende Konzepte für die Datenanalyse wichtige Hemmnisse in der Inwertsetzung von Analysepotenzialen darstellen (Schieferdecker/Bruns/Cuno et al. 2018, z. B. 188 ff.).

Entsprechende Pionierarbeit wird aber nicht nur in Großstädten geleistet. So engagiert sich z. B. Bad Hersfeld (ca. 30.000 Einwohner) im Bereich der Mobilisierung entsprechender Datenquellen und zeigt Wege auf, kleinstädtische Standortvorteile wie die überregionale Erreichbarkeit für Smart-City-Anwendungen zu nutzen.[4] Ähnliche Initiativen sind von der ersten Staffel der „Modellprojekte Smart Cities" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zu erwarten, die seit 2019 explizit auch Kleinstädte wie Grevesmühlen, Haßfurt und Zwönitz in der Kategorie „Kleinstädte und Landgemeinden" über die nächsten Jahre fördert.[5]

---

4 https://www.dataport.de/Download/VA-170308-4Fehling.pdf (21.08.2018).

5 https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/kurzbeschreibung-modellprojekte-smart-cities.pdf;jsessionid=B827E82AB10887D49715EC16D64447C3.1_cid373?__blob=publicationFile&v=2 (13.01.2020).

Die Ansprüche von Raumforschung, Planungspraxis und Entwicklungsabteilungen privater Unternehmen an die Datenverfügbarkeit gehen Hand in Hand, die Perspektiven neuer digitaler Anwendungen sind unmittelbar von der Verfügbarkeit, der Finanzierung und dem Zugang zu intelligent vernetzten Datenmodellen abhängig. Es stellt sich die Frage, ob Kleinstädte diese Datenmodelle für Investoren und Innovationstreiber anbieten können, beziehungsweise inwiefern der limitierte Zugang zu kleinstädtischen Datenräumen einen Entwicklungsvorsprung für Großstädte bedeutet und bestehende Disparitäten vertieft. Aktuelle Studien zu den Perspektiven gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland zeigen, dass sich für viele benachteiligte Teilräume in Deutschland infrastrukturelle Defizite auch im Hinblick auf die digitale Infrastruktur feststellen lassen und diese im Zeitverlauf womöglich verstärken. Der stockende Breitbandausbau betrifft Kleinstädte im ländlichen Raum in besonderem Maße, hier haben deutlich weniger Haushalte einen Zugang zu zukunftsfähiger Breitbandtechnologie (Fina/Osterhage/Rönsch et al. 2019). Letztlich stellt sich sogar die Frage, ob Kleinstädte Standortnachteile für die Raumentwicklung zu befürchten haben, wenn datengetriebene Geschäftsmodelle aufgrund fehlender Datengrundlagen oder der schlechten Bewertbarkeit von Nachfragepotenzialen nicht eingeführt werden. In Großbritannien haben sich diesbezüglich bereits Datenportale etabliert, die mit kleinräumigen Informationen zu Kundenpotenzialen (*Consumer Data*) die Einführung digitaler Geschäftsmodelle aktiv unterstützen.[6] Ansätze aus einem Monitoring der digitalen Transformation in der Schweiz zeigen, dass die räumlichen Voraussetzungen für digitale Geschäftsmodelle weit mehr umfassen als die in Deutschland im Mittelpunkt der Debatten stehende digitale Infrastruktur: Entwicklungsperspektiven ergeben sich vielmehr aus der Funktion ortsansässiger Unternehmen der Digitalwirtschaft als sogenannte Raumpioniere, aus Angeboten des E-Governments und digitaler Partizipationsformen sowie aus den Agglomerationseffekten wissensintensiver digitaler Ökonomien und nicht zuletzt der Verfügbarkeit digitaler Daten (vgl. Porsche 2021).[7]

Die Organisation des Zugangs zu Planungsdaten für die Raumforschung, die Stadtentwicklung und die Privatwirtschaft erfordert deshalb kreative Lösungen, deren Umsetzung möglicherweise aber Abstriche an Datenqualität und Aktualität oder die fehlende Möglichkeit, die Belastbarkeit der Daten einzuschätzen, nach sich ziehen kann. Datenangebote privater Anbieter (siehe Kap. 3.3) erfahren eine potenzielle Ergänzungsfunktion. Wenn die Vernetzung – um in der Semantik der oben genannten Fraunhofer-Studie zu bleiben – von Datenräumen und Datenschichten mithilfe dieser privaten Daten gelingt, können auch für Kleinstädte multivariate Datengerüste bereitgestellt werden.

6 Consumer Data Research Centre: https://www.cdrc.ac.uk/ (21.08.2018).

7 https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/strategieindikatoren.html (21.08.2018).

3.3 Datenlücken und -potenziale für das Geomonitoring in Kleinstädten

Die Besonderheit von Kleinstädten im Rahmen der Städtestatistik und Stadtforschung besteht im Wesentlichen im Fehlen einer leistungsfähigen Kommunalstatistik, wie sie in bundesdeutschen Großstädten seit Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt wurde. Aufgaben der Stadtentwicklung werden in Kleinstädten deshalb im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung organisatorisch anders gelöst, häufig in Zusammenarbeit mit den Bauämtern oder anderen verantwortlichen Stellen der Infrastrukturplanung. Dazu gehören (wenn überhaupt) Auswertungen der Einwohnermeldestatistik, die durch Datenschutzauflagen allerdings der wissenschaftlichen Community ebenso wenig zugänglich gemacht werden können wie privatwirtschaftlichen Entwicklern von Smart-City-Anwendungen. Die Auswertungen werden von befugten Angestellten und Beamten des Verwaltungsvollzugs mitgeleistet, die hierfür keine spezielle Ausbildung durchlaufen und häufig mit sehr eingeschränkten Ressourcen im Hinblick auf geoinformationelle und statistische Methoden Informationen für die Entscheidungsträger bzw. auf Anfrage auch für die Wissenschaft bereitstellen. Vergaben von Analysen an Dienstleister ergänzen diese Kapazitäten, sind aber projektbezogen, diskontinuierlich und häufig für Externe unzugänglich.

Diese Datenlücken aufseiten amtlicher statistischer Kennziffern unterhalb der Gemeindeebene eröffnen ein lukratives Geschäftsfeld für private Geodatenanbieter. Verschiedene Firmen insbesondere aus dem Geomarketingbereich bieten seit vielen Jahren mikrogeographische Kennziffern auf kleinräumiger Ebene an, die flächendeckend für ganz Deutschland verfügbar sind (siehe Kap. 3.4). Eine Alternative sind die Datenangebote aus dem Bereich der OpenSource Communities im World Wide Web. Vorreiter ist hier OpenStreetMap, das mittlerweile eine beeindruckende Fülle an Datenbeständen zur Verkehrsinfrastruktur, zu Einrichtungen, aber auch zu spezielleren Fragestellungen wie der Qualität von Fahrradwegen und Wanderrouten vorhält.[8] Neben den Datenbeständen basieren viele geodatenbezogene Anwendungen auf Diensten, für die der direkte Zugang zu Datenbanken nicht mehr notwendig ist. So können Anfragen nach raumrelevanten Informationen in Anwendungen eingebunden werden, die mithilfe einer Programmierschnittstelle (*Application Programmer Interface, API*) automatisiert abgerufen werden. Beispiele hierfür sind die *Google API*[9], mit der Informationen und Nutzerbewertungen für registrierte Einrichtungen abgerufen werden können, die freie *GTFS*-Schnittstelle[10] (*General Transit Feed Specification*), mit der Verkehrswege mit dem öffentlichen Nahverkehr abgerufen werden können, oder der *OpenRouteService*[11] der Universität Heidelberg, der die Erzeugung von Einzugsbereichsflächen für bestimmte Einrichtungen ermöglicht.

Die nachfolgenden Abschnitte gehen vertiefend auf die Analysepotenziale dieser Datenbestände für die Raumforschung ein.

---

8 https://wiki.openstreetmap.org/wiki/DE:Bicycle/OSM-Radfahreranwendungen (21.08.2018).

9 https://cloud.google.com/maps-platform/?hl=de (21.08.2018).

10 https://gtfs.org/ (21.08.2018).

11 https://openrouteservice.org/ (21.08.2018).

3.4 Kommerzielle „mikrogeographische“ Daten

Private Anbieter konkurrieren mit möglichst kleinräumigen Bereitstellungen von Datenvariablen um Kunden aus vielfältigen Wirtschaftsbereichen. Anwendungen aus dem Geomarketing nutzen diese Daten zur Analyse von Kundenpotenzialen, für zielgruppenspezifische Werbekampagnen oder zur Beratung von Unternehmen in der Strategieentwicklung, zur Standort- und Filialnetzplanung und zur Analyse der Wettbewerbssituation (Herter/Mühlbauer 2018). Aber auch in der Raumforschung finden diese Datenbestände vielfach Anwendung, wenn amtliche Daten nicht verfügbar oder nicht zugänglich sind.

Die Variablen, die für diese Gebietseinheiten angeboten werden, enthalten soziodemographische Kennziffern, die für zahlreiche Anwendungen eingesetzt werden können und teilweise adressscharf, mindestens aber auf Ebene von Siedlungseinheiten oder städtischen Quartieren vorliegen. Dazu gehören Angaben zur Bevölkerungszahl nach Altersgruppen, teilweise auch in Zeitreihen, Angaben zu Haushaltsgrößen und Haushaltstyp, aber auch abgeleitete Kennziffern zur sozialen Schicht, zu Einkommensklassen, Kaufkraft, Religionszugehörigkeit und Bildungsabschluss. Manche Anbieter bieten unter dieser Kategorie auch Informationen zu den Beschäftigungsverhältnissen an. Von besonderem Wert für die Raumanalyse sind Informationen zum Gebäudebestand, z. B. zum Baujahr, zum Gebäudetyp, zum Ausstattungs- und Bauzustand, darüber hinaus Informationen zum Modernisierungsgrad oder zu Kostenfaktoren wie Miet- und Kaufpreisen. Damit können z. B. Planungen zur Erstellung von städtebaulichen Konzepten und nachgelagerten Prozessen der Infrastrukturplanung unterstützt oder Leerstands- und Nachnutzungskonzepte entwickelt werden. Diese Informationen sind amtlicherseits nur schwer zu bekommen, mit Ausnahme von Datenbeständen aus der bundesdeutschen Gebäudezählung von 1987, zur Gebäude- und Wohnungszählung in Ostdeutschland 1995, Teilerhebungen aus dem Zensus 2011 oder Angaben aus dem Mikrozensus, die allerdings entweder veraltet sind oder nur einen Bruchteil der Gebäude mit geringerer Variablentiefe beschreiben.

Von zunehmender Bedeutung sind Datenbestände zur sozialräumlichen Bewertung nach Lebensstilen, die in zielgruppenorientierten Anwendungen der Raumforschung zum Einsatz kommen. Geodatenanbieter setzen hierfür z. B. Konzepte der Sozialraumforschung des SINUS-Instituts um, Validierungsstudien bestätigen eine hohe Belastbarkeit der Datengüte (Barth/Flaig/Schäube et al. 2018). Neben dem Einsatz für zielgruppenorientiertes Marketing können diese Daten für planerische Fragestellungen genutzt werden, die sozialräumliche Aspekte berücksichtigen. Beispiele hierfür sind Infrastrukturmaßnahmen zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung im Quartier, zur Bereitstellung von Begegnungsmöglichkeiten für die ortsansässigen Lebensstile oder städtebauliche Anpassungen an den Sozialraum über die Auswahl von Gestaltungsoptionen für Erholungsflächen, den öffentlichen Raum oder die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur. Darüber hinaus bieten einige Firmen Unternehmensdaten an, die neben der Lage eines Unternehmens auch Aussagen zum Wirtschaftszweig, zur Betriebsgröße, teilweise auch zum Umsatz und zur Organisationsstruktur enthalten. Diese Angebote können amtliche Daten wie die Unternehmensdatenbanken der Länder oder Auswertungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit ergänzen. Benötigt werden solche Datensätze in

der Raumforschung z. B. für Fragen der räumlichen Steuerung der Gewerbeflächenentwicklung, privatwirtschaftlicher Angebote der Daseinsvorsorge und der Erreichbarkeit von Einrichtungen mit verschiedenen Verkehrsmodi.

Die Methodik, mit der private Unternehmen kostenpflichtige mikrogeographische Daten erstellen, wird in der Regel nicht offengelegt. Diese Einschränkung ist für wissenschaftliches Arbeiten von Bedeutung, weil für raumanalytische Auswertungen dieser Daten keine tiefgreifende Qualitätskontrolle möglich ist. Ein weiteres Problem sind Zeitreihenvergleiche der Daten privater Anbieter, da sich die Methoden der Datenerzeugung und unterschiedliche Geographien im Zeitverlauf verändern. Zwar können durchaus GIS-Methoden zur Harmonisierung von Datenbeständen durch räumliche und zeitliche Interpolation, Datentransformation oder statistische Verfahren Anwendung finden. Ohne Überprüfbarkeit und Validierungsmöglichkeit der Ergebnisqualität geht dies allerdings in den meisten Fällen mit zusätzlichen Unsicherheiten bezüglich der Aussagekraft der Variablen einher. Auch Kennziffern eines Anbieters für unterschiedliche Jahre müssen nicht zwingend für Zeitreihenanalysen geeignet sein. Unterschiede in der Erhebungsmethodik, diskontinuierliche Wertebereiche z. B. bei Altersgruppen oder Einkommensklassen sowie Gebietsstandsänderungen der amtlichen Statistik können, sofern sie als Parameter in die Verarbeitung von Variablen eingehen, Brüche im zeitlichen Vergleich bewirken.

Des Weiteren erwecken die Datenkataloge unter Umständen den Eindruck, dass die Variablen kombinierbar sind und somit Merkmale von Individuen ausgewertet werden können. Ein Beispiel hierfür wäre die Forschungsfrage, wie viele Schüler mit Migrationshintergrund aus einem bestimmten Land im Alter von 15 bis 20 Jahren einen Bildungsabschluss höher als Realschule erreicht haben. Diese Kombination von Merkmalen (Alter 15–20 Jahre, Beruf Schüler, Migrationshintergrund, Bildungsabschluss Realschule und höher) ist nicht durchführbar. Mikrogeographische Daten geben lediglich an, wie viele Personen der jeweiligen Variable in einer mikrogeographischen Einheit vom Anbieter berechnet oder geschätzt wurden. Ein Rückschluss darauf, ob Individuen mehrere Merkmale auf sich vereinen, ist ausgeschlossen.

3.5 Nutzergenerierte Daten, „Akteurs"-Wissen, Paneldaten

Der Bereich nutzergenerierter Daten (*user-generated data, volunteered geographic information*) hat spätestens seit dem hohen Bedeutungsgewinn der OpenStreetMap-Initiative Einzug in die Datenmodelle für die Raumanalyse gehalten. Das OpenStreet Map-Projekt wurde 2004 in England gegründet und hatte zum Ziel, den Zugang zu Geodaten zu verbessern und verschiedene Datenquellen frei zugänglich zu machen. Für diesen Zweck wurden Datenergänzungen durch Freiwillige möglich, die nach bestimmten Regeln geotopographische Objekte in OpenStreetMap-Datenbanken mit vorgefertigten Werkzeugen der Datenerfassung eintragen konnten. Der Erfolg dieser Initiative wurde maßgeblich durch die massenhafte Verbreitung von Sensoren des *Global Positioning Systems* (GPS) und darauf aufbauenden Anwendungen in mobilen Endgeräten ermöglicht. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich eine Gemeinschaft an Beitragenden, die über ihre Datenerfassungen eine nahezu vollständige Abdeckung von Straßenobjekten und Infrastrukturelementen, insbesondere in Europa und Nord-

amerika, erreichten und damit eine ernsthafte Alternative für kostspielige Datenmodelle kommerziell vertriebener Straßennetzwerke (z. B. TomTom, ehemals Teleatlas; HERE Now, ehemals Navtech) boten.

Mittlerweile umfasst der Bereich der nutzergenerierten Daten auch Anwendungen des sogenannten *CrowdSourcing* und *CrowdSensing* von Informationen. Hier werden mithilfe von SmartPhone-Apps und Internetanwendungen aktive Nutzereingaben (*CrowdSourcing*) oder passiv aufgezeichnete Informationen wie Bewegungsprofile (*CrowdSensing*) ausgewertet (Albuquerque/Eckle/Herfort et al. 2016). Diese Technologien, ebenso wie das Auswerten von Nutzerbewertungen für Einrichtungen über die Google API (s. o.) oder das Auslesen von Beiträgen aus sozialen Medien (z. B. Twitter Hashtags) mit räumlichen Filtertechnologien („Geofence"), ermöglichen den Zugang zu einer Fülle an Individualdaten mit hohen Fallzahlen und signifikanter geographischer Repräsentanz. Die raumanalytischen Potenziale dieser Datenquellen sind vielfältig und in der Lage, aufwendige Umfragen mit deutlich günstigeren Modellen zu ersetzen. Beispiele hierfür sind Auswertungen von Mobilfunkdaten zur raumbezogenen Verhaltensforschung in der Verkehrsplanung (Wang/He/Leung 2018). Die Analyseergebnisse bedürfen aber auch einer kritischen Betrachtung, wenn die Teilnahme am *CrowdSourcing* und *CrowdSensing* sozial und räumlich selektiv ist und wichtige Kontextinformationen zur Qualifizierung der Informationen fehlen. Vielfach bleibt die Frage unbeantwortet, inwiefern die neuen Datenpotenziale aus dem Bereich nutzergenerierter Daten methodisch belastbar und damit für die Raumanalyse ohne weitere Bedenken auswertbar sind.

Besondere Bedeutung kommt deshalb dem sogenannten Akteurswissen zu, das z. B. Entscheidungsträgern/Entscheidungsträgerinnen aus Politik und Planungspraxis zugesprochen wird. Insbesondere in Formaten der transformativen Forschung werden Bausteine konzipiert, die dieses Wissen über gezielte Experten-/Expertinnenbefragungen aufgreifen und systematisieren. Darüber hinaus sind Formate des sogenannten *Citizen Science* zu erwähnen, in denen Wissenschaft und Zivilbevölkerung Informationen austauschen und mit lokalem Wissen ergänzen. Des Weiteren spielen die Datenangebote aus Panelstudien eine wichtige Rolle, in denen sich über kontinuierliche Haushaltsbefragungen soziodemographische Entwicklungen, aber auch Einstellungen zu gesellschaftlich relevanten Themen im Zeitverlauf auswerten lassen. Problematisch sind dabei die geringen Fallzahlen, die selbst beim SOEP, der größten sozialwissenschaftlichen Panelbefragung in Deutschland, nur bei 2% aller Haushalte liegt und damit in Kleinstädten relativ gering besetzt sein kann (Goebel/Hoppe 2016).

4 Fazit

Neben Sekundäranalysen auf Basis der amtlichen Statistik basiert Kleinstadtforschung in Deutschland in hohem Maße auf Fallstudien. Oft steht eine Kleinstadt im Mittelpunkt, manchmal erfolgen Städtevergleiche. Dabei kommt meist ein Methodenmix zum Einsatz, wobei der Schwerpunkt auf leitfadengestützten Interviews mit Schlüsselpersonen und zum Teil mit Einwohnerinnen und Einwohnern liegt. Vereinzelt finden sich standardisierte Befragungen eines mehr oder minder repräsentativen Teils der kleinstädtischen Bevölkerung. Einige neuere Studien arbeiten mit Szenariomethoden.

Die Datenlage zu Kleinstädten ist als unzureichend zu bezeichnen. Außerhalb der Laufenden Raumbeobachtung des BBSR existieren nur wenige amtliche Datenquellen, mit deren Hilfe Kleinstädte im Vergleich mit anderen Siedlungstypen systematisch untersucht werden können. Wichtige Indikatoren, etwa zur Sozialstruktur, zum Wohnen oder zur wirtschaftlichen Entwicklung, fehlen. Erschwerend kommt hinzu, dass Kleinstädte in der Regel keine eigenständige Statistikstelle wie die meisten Großstädte betreiben. Deshalb ist eine untergemeindliche Differenzierung z. B. sozioökonomischer und demographischer Entwicklungspfade nach Orts- oder Stadtteilen in der Regel unmöglich.

Angebote privater Anbieter sind kostspielig und teilweise methodisch nicht ausreichend dokumentiert. Bei neuen Datenquellen, wie z. B. nutzergenerierten Daten, stellt sich derzeit noch die Frage nach der Datenqualität und den technischen Herausforderungen für ihre Inwertsetzung. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung datengestützter Analysepfade in der Raumforschung und der Planungspraxis, insbesondere für Anwendungen der digitalen Transformation, ist mit steigenden Ansprüchen an die Informationsbereitstellung zu rechnen (*datafication*). Dazu gehört auch die Methodenentwicklung zur Integration komplexer Analyseroutinen und Modellierungswerkzeuge mit neuen Datenzugängen in modernen, skalierbaren Geodatenanwendungen. Bislang sind neben der amtlichen Statistik Großstädte Vorreiter in der Vernetzung und Bereitstellung von Datenangeboten für Nutzer aus Forschung, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Kleinstädte benötigen in dieser Hinsicht eine Konzeption von zukunftsfähigen Datenmodellen, die einerseits anschlussfähig an die Leistungsfähigkeit vergleichbarer Datenbestände in Großstädten sind, andererseits aber auch kleinstadtspezifische Fragestellungen aufzugreifen vermögen. Weitere offene Fragen stellen die Finanzierung und Einstellung entsprechenden Personals bei schwierigen Haushaltslagen vieler Kommunen sowie rentenbedingtem Ausscheiden von Personal und Fachkräftemangel dar.

Da es der Kleinstadtforschung bisher an Systematik fehlt, bedarf es auch einer Prüfung der etablierten Methoden für die Eignung auf Kleinstadtebene bzw. einer Entwicklung angepasster Methoden. Dies gilt nicht nur, aber vor allem für quantitative Verfahren. Des Weiteren wäre es wünschenswert, dass mit mehr Systematik – wie über die Grounded Theory (Charmaz/Belgrave 2007), um nur einen methodologischen Zugang beispielhaft zu nennen – die Theorieentwicklung in Kleinstädten vorangetrieben wird.

Unterstützend sollten hier daher auch Landes- und Bundesbehörden sowie Forschungseinrichtungen tätig werden. Was die skizzierten datentechnischen und methodischen Weiterentwicklungen anbetrifft, verfügen sie über die notwendigen Ressourcen und Kenntnisse. Das setzt allerdings voraus, dass sich diese Einrichtungen auch verstärkt der quantitativen Empirie in Kleinstädten verschreiben. Dennoch bedarf es auch der Sensibilität und gewisser Strukturen in den Kleinstädten, damit auch jenseits der qualitativen Sozialforschung nicht ausschließlich über Kleinstädte, sondern mit ihnen geforscht und analysiert wird. Ähnlich wie in der vergleichenden Stadtbeobachtung der meist größeren Städte des KOSIS-Verbundes, in dem sich nicht nur

Städte selbst, sondern auch Verbände und Institutionen mit den gleichen Interessen und statistischen Herausforderungen zusammenfinden, könnten sich potente Kleinstädte als Vorreiter und übergeordnete Einrichtungen auf freiwilliger Basis in einem Netzwerk der Weiterentwicklung der quantitativen Kleinstadtforschung widmen.

Literatur

AdV-Online – Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (2015): Geodateninfrastruktur in Deutschland (GDI). Hannover. = Positionspapier der AdV. Hrsg. v. AdV-Geschäftsstelle. Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen.
http://www.adv-online.de/Veroeffentlichungen/Weitere-Veroeffentlichungen/ (21.08.2019).
Albuquerque, J. P. de; Eckle, M.; Herfort, B.; Zipf, A. (2016): Crowdsourcing geographic information for disaster management and improving urban resilience. An overview of recent developments and lessons learned. In: Capineri, C.; Haklay, M.; Huang, H.; Antoniou, V.; Kettunen, J.; Ostermann, F.; Purves, R. (eds.): European Handbook of Crowdsourced Geographic Information. London, 309-321.
Andrews, H. F. (1971): A cluster analysis of British towns. In: Urban Studies 8 (3), 271-284.
anonym 1877: Die Volkszählung im deutschen Reiche vom 1. Dezember 1875. In: Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1877, Band 25 (2).
http://dfg-viewer.de/ (30.03.2020).
Bähr, J. (1971): Gemeindetypisierung mit Hilfe quantitativer statistischer Verfahren (Beispiel: Regierungsbezirk Köln). In: Erdkunde 25 (4), 249-264.
Barth, B.; Flaig, B. B.; Schäube, N.; Tautscher, M. (Hrsg.) (2018): Praxis der Sinus-Milieus®. Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells. Heidelberg.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (o.J.): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen - Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html (22.12.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2012): Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2019): Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland. Bestandsaufnahme zur Situation der Kleinstädte in zentralen Lagen. BBSR-Online-Publikation 15, Bonn, Juni 2019.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2019/bbsr-online-15-2019-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (02.04.2020).
Beetz, S. (2016): Der Landfluchtdiskurs – zum Umgang mit räumlichen Uneindeutigkeiten. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 1, 109-120.
Blaschke, K. (1997 [1968]): Qualität, Quantität und Raumfunktion als Wesensmerkmale der Stadt vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Abgedruckt im Jahrbuch für Regionalgeschichte 3, 34-50. Wiederabgedruckt in: ders.: Stadtgrundriß und Stadtentwicklung. Forschungen zur Entstehung mitteleuropäischer Städte. Ausgewählte Aufsätze. Köln u.a., 59-72. = Städteforschung A 44.
Bode, V.; Hanewinkel, C. (2018): Kleinstädte im Wandel. Nationalatlas aktuell.
http://aktuell.nationalatlas.de/Kleinstaedte.01_03-2018.0.html (30.03.2020).
Borchardt, A.; Göthlich, S. E. (2009): Erkenntnisgewinnung durch Fallstudien. In: Albers, S.; Klapper, D.; Konradt, U.; Walter, A; Wolf, J. (Hrsg.): Methodik der empirischen Forschung. Wiesbaden, 33-48.
Bose, M.; Wirth, P. (Hrsg.) (2007): Schrumpfung an der Peripherie. Ein Modellvorhaben – und was Kommunen daraus lernen können. München.
Böttger, M. (2015): Szenarios und schwache Signale. Vortrag im Rahmen des Symposiums: Die Stadt von übermorgen, 10.09.2015, Architektursommer Rhein Main 2015.
Bruce, D.; Ryser, L.; Halseth, G.; Giesbrecht, K. (2005): Economic Development Framework of Small Communities in Canada. Ottawa.
https://www.unbc.ca/sites/default/files/sections/community-development-institute/phase_4__final_report.pdf (22.12.2020).
Charmaz, K.; Belgrave, L. L. (2007): Grounded Theory. In: The Blackwell Encyclopedia of Sociology. Wiley Online Library.
https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/9781405165518.wbeosg070.pub2 (20.09.2019).

Cox, K. R. (2009): Re-imagining the urban. Global Urban Studies Program, Michigan State University. https://pdfs.semanticscholar.org/c767/101dae040ee9c8ccce8c60b60ebe16972184.pdf (30.03.2020).
Dehne, P. (2018): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. ExWoSt-Informationen 50/2, Bonn.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ExWoSt/50/exwost-50-2.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (30.03.2020).
Engelien, E.; Schøning, P. (2000): Land use statistics for urban settlements. Documents 2000/12, Statistics Norway.
https://ssb.brage.unit.no/ssb-xmlui/bitstream/handle/11250/2598071/doc_200012.pdf?sequence=1 (30.03.2020).
Eurostat (Hrsg.) (2019): Methodological manual on territorial typologies. 2018 edition. Luxembourg.
Fina, S.; Gerten, C.; Gehrig-Fitting, K.; Rönsch, J. (2018): Was leistet Geomonitoring für die Stadtforschung? Das Monitoring StadtRegionen und das Kommunalpanel als aktuelle Anwendungsbeispiele. Dortmund.
Fina, S.; Lintzmeyer, F.; Müller-Herbers, S. (2015): Der neue Vitalitäts-Check 2.0 – Unterstützung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. In: PlanerIn 3, 33-34.
Fina, S.; Osterhage, F.; Rönsch, J.; Rusche, K.; Siedentop, S.; Zimmer-Hegmann, R.; Danielzyk, R. (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomische Disparitäten 2019. Kurzfassung. Unter Mitarbeit von Christian Gerten, Pamela Sanwald und Julian Schmitz. Hrsg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
Flacke, J. (2004): Definitionen, Merkmale und Typologien von Klein- und Mittelstädten. In: Baumgart, S.; Flacke, J.: Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund. Dortmund, 27-34. = srpapers 1.
Fotheringham, A. S.; Wong, S. D. W. (1991): The Modifiable Areal Unit Problem in Multivariate Statistical Analysis. In: Environment and Planning A: Economy and Space 23 (7), 1025-1044.
Frank, S.; Schwenk, J.; Steets, S.; Weidenhaus, G. (2013): Der aktuelle Perspektivenstreit in der Stadtsoziologie. In: Leviathan 41 (2), 197-223.
Franzke, J. (2017): Kommunale Verwaltungs- und Gebietsreformen. Ein Dauerbrenner. In: Strauß, C.; Weith, T. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“: Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90. Münster, New York, 95-110.
Gatzweiler, H.-P.; Meyer, K.; Milbert, A. (2003): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Informationen zur Raumentwicklung 10/11, 557-574.
Gatzweiler, H.-P.; Milbert, A. (2009): Schrumpfende Städte wachsen und wachsende Städte schrumpfen. In: Informationen zur Raumentwicklung 7, 443-455.
Goebel, J.; Hoppe, L. (2016): Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin.
Gorki, H. (1974): Städte und „Städte“ in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zur Siedlungsklassifikation. In: Geographische Zeitschrift 62 (1), 29-52.
Green, M.; Flowerdew, R. (1996): New evidence on the modifiable areal unit problem. Spatial analysis: Modelling in a GIS environment. In: Longley, P.; Batty, M. (Hrsg.): GeoInformation International, Cambridge, 41-54.
Gutfleisch, R.; Sturm, G. (2013): Kataloge kleinräumiger kommunalstatistischer Daten im Vergleich. Was können KOSTAT, IRB, Urban Audit? In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 471-491.
GV-ISys – Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (o.J.): Gemeindeverzeichnis-Informationssystem.
https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/_inhalt.html (30.03.2020).
Hamm, B. (1982): Einführung in die Siedlungssoziologie. München.
Hannemann, C. (2002): Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen – Kleinstädte in der Stadtforschung. In: Löw, M. (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen, 265-279. = Stadt, Raum und Gesellschaft Band 15.
Harris, C. D. (1943): A functional classification of cities in the United States. In: Geographical Review 33 (1), 86-99.
Heineberg, H. (2017): Stadtgeographie. 5. Auflage. Paderborn.
Herter, M.; Mühlbauer, K.-H. (Hrsg.) (2018): Handbuch Geomarketing. Märkte und Zielgruppen verstehen: lokal – global – digital. 2. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Berlin.
Hinderink, J.; Titus, M. (2002): Small Towns and Regional Development: Major Findings and Policy Implications from Comparative Research. Urban Studies 39 (3), 379-391.

Jessen, J. (2004): Kleinstädte im Umland von Agglomerationen. In: Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund. Dortmund, 13-18. = srpapers 1.

Katagi, J. (2012): Kommunale Gebietsreform und Dezentralisierung: Vergleich zwischen Japan und Deutschland. Welches Land liegt weiter vorn? Potsdam.

Kitchin, R. (2014): The data revolution. Big data, open data, data infrastructures and their consequences. London.

Klöpper, R. (1995): Stichwort: Stadttypologien. In: ARL – Akademie für Raumordnung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, 911-916.

Knox, P.; Mayer, H. (2013): Small Town Sustainability: Economic, Social, and Environmental Innovation. Berlin.

Köhler, T.; Krehl, A.; Lelong, B.; Plöger, J.; Reimer, M.; Siedentop, S.; Weck, S.; Zakrzewski, P. (2018): International vergleichende Stadtforschung – Eine Handreichung für die wissenschaftliche Praxis im ILS. Dortmund.
https://www.ils-forschung.de/files_publikationen/pdfs/handreichung_intern_vergleichende_stadtforschung.pdf (20.03.2020).

Körösi, J. (1887): Propositions pour arriver à une comparabilité internationale des ouvrages de recensement. In: Bulletin de l'Institut International de Statistique 2, 200-224.
https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k61545s (26.10.2019).

Kunzmann, K. R. (2004): Der Typ macht Eindruck! Anmerkungen zur Typisierung von Klein-und Mittelstädten. In: Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund. Dortmund, 19-24. = srpapers 1.

Leibert, T. (2021): Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208. = Forschungsberichte der ARL 16.

Lindgren, U.; Nilsson, K.; de Luna, X.; Ivarsson, A. (2016): Data resource profile. Swedish microdata research from childhood into lifelong health and welfare (Umeå SIMSAM Lab). In: International Journal of Epidemiology 45 (4), 1075-1075g.

Lintzmeyer, F.; Schwarz, C.; Müller-Herbers, S.; Fina, S. (2015): Verknüpfung von Innenentwicklung und Daseinsvorsorge in der Ländlichen Entwicklung – das Instrument Vitalitäts-Check 2.0. In: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Perspektiven der Regionalentwicklung in Schrumpfungsregionen. Bonn, 89-96. = BBR-Online-Publikation Nr. 11/2015

Milbert, A. (2015): Wachsen oder schrumpfen? BBSR-Typisierung als Beitrag für die wissenschaftliche und politische Debatte. Bonn. = BBSR-Analysen KOMPAKT 12.

Nadler, R.; Fina, S. (2021): Nachhaltige Mobilität als umweltpolitisches Handlungsfeld in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 177-188. = Forschungsberichte der ARL 16.

Nixon, J. W. (1960): A History of the International Statistical Institute 1855–1960. The Hague.

OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development (Hrsg.) (2018): Definition of Urban population by city size.
https://data.oecd.org/popregion/urban-population-by-city-size.htm (20.03.2020).

Porsche, L. (2021): Kleinstädte – digital, smart oder intelligent? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 155-176. = Forschungsberichte der ARL 16.

Saunders, P. (1981): Social Theory and the Urban Question. London.

Schäfer, T. F. (2017): Die Nutzung kommunalstatistischer Daten in der Stadtentwicklung. In: Stadtforschung und Statistik: Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker 30 (1), 53-58.

Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257. = Forschungsberichte der ARL 16.

Schieferdecker, I.; Bruns, L.; Cuno, S.; Flügge, M.; Isakovic, K.; Lange, C.; Imbusch, B. D. (2018): Urbane Datenräume. Möglichkeiten von Datenaustausch und Zusammenarbeit im urbanen Raum. Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS. Berlin.
https://cdn0.scrvt.com/fokus/702aa1480e55b335/bc8c65c81a42/190311_Handreichung_UDR_02.pdf (20.03.2020).

Schmidt-Lauber, B. (2010): Urbanes Leben in der Mittelstadt: Kulturwissenschaftliche Annäherung an ein interdisziplinäres Forschungsfeld. In: Schmidt-Lauber, B. (Hrsg.): Mittelstadt: Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt a. M., 11-36.
Schmitz-Veltin, A. (2013): Szenarien in der Stadtforschung – eine sinnvolle Ergänzung zu klassischen Vorausberechnungen? In: Breuer, H.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Szenarien zur demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Regionen. Köln, 137-145. = Stadtforschung und Statistik, Themenbuch 1.
SLRP – Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2016): Amtliches Gemeindeverzeichnis. Bad Ems. = Statistische Bände 407.
Smith, R. H. (1965): Method and purpose in functional town classification. In: Annals of the Association of American Geographers 55 (4), 539-548.
Statistics Canada (o.J.): Rural and Small Town Canada Analysis Bulletin.
https://www150.statcan.gc.ca/n1/en/catalogue/21-006-X (30.03.2020).
Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2018): Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder 2018.
http://www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/regio-stat-katalog (11.10.2020).
Steinführer, A. (2021): Urbanität und Ruralität. Kleinstädte im „Dazwischen"?. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 62-84.
= Forschungsberichte der ARL 16.
Steinführer, A.; Sondermann, M.; Porsche, L. (2021): Kleinstädte als Forschungsgegenstand. Bestimmungsmerkmale, Bedeutungen und Zugänge. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 5-23. = Forschungsberichte der ARL 16.
Vaishar, A. (2004): Small towns: an important part of the Moravian settlement system. In: Dela 21, 309-317.
Verband deutscher Städtestatistiker (o.J.): Kommunalstatistisches Leitbild des Verbandes Deutscher Städtestatistiker.
https://www.staedtestatistik.de/ueber-uns/vdst (20.03.2020).
Wang, Z.; He, S. Y.; Leung, Y. (2018): Applying mobile phone data to travel behaviour research. A literature review. In: Travel Behaviour and Society 11, 141-155.
Wong, D. (2009): The modifiable areal unit problem (MAUP). In: Fotheringham, A. S.; Rogerson, P. A. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Spatial Analysis. London u.a., 105-123.

Autorin und Autor

Antonia Milbert *ist wissenschaftliche Referentin im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Referat „Stadt-, Umwelt- und Raumbeobachtung". Neben der Entwicklung von Indikatorenkonzepten – u. a. zur nachhaltigen, gleichwertigen oder geschlechtergerechten Raumentwicklung – erstellt sie datengestützte Analysen der vergleichenden Raum- und Stadtbeobachtung.*

Prof. Dr. Stefan Fina *ist im Rahmen einer gemeinsamen Berufung Professor für das Fach Analyse und Monitoring urbaner Räume an der RWTH Aachen University und Leiter des Bereichs Geoinformation und Monitoring am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund.*

Katrin Großmann, Robert Franke, Laura Henkel

ERFAHRUNGSBERICHT SEGREGATIONSANALYSEN, TEIL 1: DIE HÜRDEN DER DATENBESCHAFFUNG

Gliederung

Vorbemerkung
1 Einleitung
2 Residentielle Segregation: ein Thema nur für Großstädte?
3 Vorgehensweise bei der Datenakquise
4 Kleine Städte – kleine Ressourcen: die Hürden bei der Datensammlung
5 Fazit
Literatur

Kurzfassung
Teil 1 des Erfahrungsberichts zur Analyse von Segregationstrends in Thüringer Klein- und Mittelstädten berichtet von den Hürden bei der Akquise kleinräumiger statistischer Daten, die Aufschluss über sozioökonomische, ethnische oder demographische Trends geben könnten. Die Städtestatistik ist in der Verwaltung meist mit so geringen Ressourcen ausgestattet, dass die Chancen, einen Zugang zu nutzbaren Daten zu erhalten, sinken, je kleiner die Städte sind. Auch die Sparzwänge schrumpfender Städte tragen dazu bei.

Schlüsselwörter
Residentielle Segregation – Datenverfügbarkeit – Städtestatistik – Kleinstädte – Mittelstädte – Thüringen – schrumpfende Städte

Report on Segregation Analyses, Part 1: The Barriers to Data Acquisition

Abstract
Part 1 of the report analysing segregation trends in small and medium-sized towns in Thuringia discusses barriers to the acquisition of small-scale statistical data that could provide information about socio-economic, ethnic or demographic trends. The limited resources provided for urban statistics within local administrations mean that the chances of obtaining access to useable data decline with the size of the town. The austerity measures necessary in shrinking towns also contribute to this problem.

Keywords
Residential segregation – data availability – urban statistics – small towns – medium-sized towns – Thuringia – shrinking towns

Vorbemerkung

Die residentielle Segregation von Klein- und Mittelstädten in Deutschland ist eine Black Box, über die fast nichts bekannt ist. Vielmehr existiert der Mythos eines starken sozialen Zusammenhalts und einer geringen sozialräumlichen Differenzierung zwischen den städtischen Teilgebieten.

Dieser Erfahrungsbericht dokumentiert in zwei Teilen den nahezu gescheiterten Versuch, die residentielle Segregation von Thüringer Klein- und Mittelstädten mithilfe öffentlich verfügbarer Daten zu erforschen. Dabei sollten die drei klassischen Dimensionen von Segregation untersucht werden: die ethnische, die sozioökonomische und die demographische Segregation. Im ersten Teil berichten wir von den Erfahrungen der Datenakquise und systematisieren die Hürden, die hierbei aufgetreten sind. Sie reichen von Missverständnissen in Bezug auf die „Kleinräumigkeit" sozialstruktureller Daten, mangelnde Verfügbarkeit und Datenschutz-Restriktionen, bis hin zu mangelnden behördlichen und personellen Kapazitäten oder unvollständigen Zeitreihen. Wir kommen zu dem Schluss, dass die Hürden im Zugang zu kleinräumigen Daten groß und für sozioökonomische Daten nahezu unüberwindbar sind. Vergleichende sekundärstatistische Analysen werden somit schier unmöglich gemacht. Dabei hängt dies unmittelbar mit der Situation der Verwaltungen von Klein- und Mittelstädten zusammen, die von Ressourcenknappheit geprägt ist.

1 Einleitung

Die sozialen und sozialräumlichen Aspekte der Entwicklung kleinerer Städte in Deutschland gehören zu den grundlegenden Desiderata einer nicht großstadtbezogenen Stadtforschung – sie sind eine Black Box, über die fast nichts bekannt ist (Schenkel/Großmann 2021; Kirchhoff 2021; Schiemann/Steinführer 2021, Steinführer/Großmann/Schenkel 2018). Dabei befasst sich die Segregationsforschung nicht nur fast ausschließlich mit Großstädten, es gibt sogar Stimmen, die bezweifeln, dass Segregation in Klein- und Mittelstädten überhaupt ein Thema sei: „Die sozialen, kulturellen und räumlichen Differenzierungen sind in der Großstadt größer als in der Kleinstadt. Die grundsätzliche Gleichung lautet: Je kleiner der Ort, desto größer dessen Einheit und Identität und das Identitätsgefühl seiner Bevölkerung" (Boos-Krüger/Wilk 2011: 66). Die wenigen verfügbaren aktuellen Arbeiten weisen allerdings darauf hin, dass Segregation ein wichtiges Thema für Kleinstädte ist. Jüngst zeigte eine Auswertung innerhalb des Difu-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten", dass ausländische Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund teilweise stark segregiert im Stadtraum wohnen. Insbesondere in den ostdeutschen Beispielen sind die Index-Werte hoch, was auf die Zuwanderungsprozesse und die Baustrukturen zurückgeführt wird. Die empirische Basis ist jedoch mit sechs untersuchten Städten gering, es wird nur die ethnische Segregation untersucht und auch nur zu einem Zeitpunkt, nicht im Prozess (Landua/Kirchhoff 2018). Den Prozess der Segregation betrachtete eine Studie zu Delitzsch im Norden von Leipzig mit dem Interesse, wie Energiekosten und Segregation zusammenwirken. Hier wurde aus den Angaben einer Befragung zu Wohndauer und Sozialstatistik deutlich, dass soziale Statusdifferenzen der Quartiere durch die Zuzüge der jüngeren Vergangenheit gestiegen sind (Grossmann/Buchholz/Buchmann et al. 2014).

Dieser Beitrag beschreibt in zwei Teilen das Vorgehen und die Ergebnisse eines Versuches, diese Forschungslücke für Klein- und Mittelstädte zu verkleinern. Das nachfolgend beschriebene Vorhaben wurde aus pragmatischen Gründen recht früh auf Klein- und Mittelstädte erweitert, denn einerseits ist Segregationsforschung eine nahezu reine Großstadtforschung, und auch Mittelstädte sind ein blinder Fleck der Forschung. Andererseits ist es für Mittelstädte – sagen wir es nüchtern formuliert – weniger aussichtslos, überhaupt zu Ergebnissen zu kommen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt haben von Sommer 2017 bis Sommer 2018 versucht, für das Bundesland Thüringen kleinräumige Daten zu den drei klassischen Dimensionen der residentiellen Segregation zu beschaffen und auszuwerten. Kleinräumig bedeutet zunächst die Abgrenzung von Teilräumen unterhalb der Stadtgrenze. Für Segregationsanalysen ist es wichtig, dass dabei Quartiere abgesteckt werden, die auch in der Lebenswelt eine Art Zusammenhang bilden. Dabei arbeiten Segregationsforscherinnen und -forscher meist pragmatisch mit allem, was statistisch vorhanden ist: Oft sind das administrative Stadt- oder Ortsteildaten, notfalls sogar Wahlbezirksdaten, auch wenn diese meist recht große und in sich bereits heterogene Einheiten umfassen. International wird häufig mit den Blockstrukturen aus dem Zensus gearbeitet. Bei Analysen zu Segregationstrends mithilfe von Indizes ist darüber hinaus wichtig, dass die Einheiten über die Zeit stabil bleiben.

Im Folgenden beschreiben wir zunächst das Vorgehen bei der Datenakquise und werten die Befunde im Hinblick auf die Hürden der Datenbeschaffung aus.

2 Residentielle Segregation: ein Thema nur für Großstädte?

Voraussetzung einer sozialräumlichen Differenzierung sind einerseits heterogene Sozialstrukturen und andererseits heterogene Baustrukturen. Die Überlagerung beider Differenzierungen in Angebot und Nachfrage auf lokalen Wohnungsmärkten führt zu einer ungleichen Verteilung sozialer Gruppen im Stadtraum, die sozialräumliche bzw. residentielle Segregation genannt wird. Als Ursachen gelten die Mechanismen der Wohnungsmärkte, die Verwertungsinteressen von Immobilienunternehmen, die Wohnpräferenzen von Haushalten sowie die Restriktionen und Diskriminierungen, die sie hier erfahren (Friedrichs/Triemer 2008; Maloutas/Fujita 2012; Marcuse/van Kempen 2002). Diese Problematik gehört national wie international zu den Dauerbrennern der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung. Bereits die historischen Arbeiten von Engels (1845) widmeten sich den schlechten Lebensverhältnissen in englischen Industriestädten, das Team um Charles Booth bildete erstmals die Konzentrationen unterschiedlicher sozialer Lagen in London auf Karten ab (Booth 1902). Die Chicago School erfasste in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem die ethnischen Milieus als Lebenswelten und als Muster im Stadtraum (vgl. Lindner 2004). Die Segregationsforschung blühte mit der Entwicklung von Indizes zur Messung von Segregation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter auf, blieb aber gerade in dieser messungsorientierten Forschungslinie auf Großstädte bezogen (Duncan/Duncan 1955; vgl. auch Ocejo/Kosta/Mann 2020). Prägnanterweise sind aktuelle international vergleichende Publikationen auf Großstädte und Metropolen ausgerichtet (Ma-

loutas/Fujita 2012; van Ham/Tammaru 2017). Für Deutschland stellten Helbig und Jähnen (2018) zuletzt fest, dass die Segregationsindizes vor allem für die Gruppe der Haushalte, die von sozialstaatlichen Leistungen abhängig ist, deutlich ansteigen, und das insbesondere in Ostdeutschland. Sie bezogen sich dabei auf Großstädte, für die im Rahmen der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) kleinräumige Daten gesammelt werden.

Kleinstädte werden häufig als stark integrierte und sozialräumlich nicht oder schwach differenzierte Stadtgesellschaften charakterisiert (Schenkel/Großmann 2021). Die Segregation nehme mit der Stadtgröße quasi linear zu, so die ungeprüfte Annahme (Boos-Krüger/Wilk 2011; Schmidt-Lauber 2010). Krupka (2007) setzt sich mit dieser Annahme mit Bezug auf US-amerikanische Städte auseinander und zeigt, dass sie auch in diesem Kontext existiert, aber schlicht falsch ist. Er argumentiert, dass es die unterschiedlichen räumlichen Strukturen und die andere Siedlungsdichte in Kleinstädten seien, die dann anders zugeschnitten werden als in Großstädten und entsprechend weniger trennscharf die kleinräumige Konzentration sozialer Gruppen abbilden. Für Deutschland finden sich in älteren Stadt- und Gemeindestudien wiederholt Hinweise auf Statusdifferenzen von Quartieren in Kleinstädten (Grötzbach 1963; Luckmann 1970; vgl. Schenkel/Großmann 2021). Luckmann (1970: 38) beispielsweise beschreibt Bretten in Süddeutschland als eine Stadt mit sieben sozialräumlichen Lagen: vom „Prominentenhügel" für Fabrikanten, höhere Angestellte, Akademiker und Beamte, über „Siedlungen" für Industriearbeiter, einfache Angestellte und Zugewanderte bis zum „Negerbusch" bzw. „unten im Loch" (ebd.). Die These von den gering sozialräumlich differenzierten Klein- und Mittelstädten scheint also schon historisch nicht haltbar.

3 Vorgehensweise bei der Datenakquise

Um Segregationstendenzen kleinräumig zu untersuchen, sind entsprechende Daten nötig. Solche Daten werden durch das Thüringer Landesamt für Statistik jedoch nicht gesammelt, sondern sind – wenn überhaupt – nur in kommunalen Ämtern verfügbar. Wie schwierig der Zugang zu solchen Daten ist, beschrieben jüngst Landua und Kirchhoff (2018), die selbst bei vertraglich abgesicherten Kooperationspartnerschaften nicht von allen Projektkommunen kleinräumige Daten auf Wahlbezirksebene erhalten haben.

Wir entschieden uns für eine umfassende Datenakquise über die einzelnen Stadtverwaltungen und die dort jeweils zuständigen Stellen. Das Ziel war die Zusammenstellung einer für die Thüringer Klein- und Mittelstädte möglichst flächendeckenden Sammlung zu kleinräumigen sozialstrukturellen Daten. Für die Abbildung der drei klassischen Dimensionen von Segregation (demographisch, ethnisch, sozioökonomisch) fragten wir also nach den in Großstädten üblicherweise verwendeten Indikatoren zu Bevölkerungsentwicklung, Alter, Familienstatus, Migrationshintergrund, Arbeitslosenquote oder Anzahl transferabhängiger Haushalte sowie des Leerstands. Die jeweiligen zuständigen Ämter der Kommunen wurden zuerst per E-Mail informiert und im weiteren Verlauf oft auch telefonisch kontaktiert. Die Kontaktaufnahme erwies sich als eine Odyssee, sie verlief in der Regel nach folgendem Muster:

1 Ermittlung von Kontaktdaten und -möglichkeiten über die Internetauftritte der Städte.

2 Telefonische Ansprache: Zwei im Projekt mitarbeitende studentische Hilfskräfte stellten sich als Studierende der Fachhochschule Erfurt vor und baten für ein Forschungsprojekt im Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie um Daten zur sozialräumlichen Entwicklung von Klein- und Mittelstädten in Thüringen, eingeteilt in kleinräumige Ebenen oder Wahlbezirke in Bezug auf die soziale Struktur. Wenn in der jeweiligen Stadt vorhanden, erfolgte die Anfrage direkt an das Statistikamt, sonst auch an weitere zuständige Abteilungen, wie beispielsweise Standesamt, Bauamt, Ordnungs- und Bildungsamt, EDV, Stadtplanungsamt, Bürgerbüro, Ortsteilbürgermeister, Einwohnermeldeamt oder die Abteilung Wahlen.

3 Bei positiven Absichtserklärungen der Ämter, bei Rückfragen, der Bitte um Weiterleitung oder fehlender telefonischer Erreichbarkeit folgte im nächsten Schritt eine E-Mail mit allen Informationen.

4 Erfolgte nach einer gewissen Zeit keine Antwort auf unsere Telefonate und E-Mails, wurden erneut Rückfragen per Telefon oder E-Mail durchgeführt.

Das Ergebnis ist – wie schon angedeutet – mager. Letztlich waren für Städte mit unter 8.000 Einwohnern keine kommunalen statistischen Aufarbeitungen zu bekommen. Daten, die die Berechnung von Segregations- und Isolationsindizes für die Verteilung der Altersgruppen 0–17 und 65+ erlauben, waren für fünf der 35 angefragten Städte[1] verfügbar, davon eine Kleinstadt und vier Mittelstädte. Für eine Berechnung der Segregations- und Isolationsindizes für Ausländerinnen und Ausländer haben wir von 8 der 35 Kommunen verwertbare Daten erhalten, davon eine Kleinstadt und sieben Mittelstädte (vgl. Großmann/Franke/Henkel 2021).

4 Kleine Städte – kleine Ressourcen: die Hürden bei der Datensammlung

Die Reaktionen aus den Städten auf unsere Anfragen waren sehr unterschiedlich. Wenige haben trotz mehrfacher schriftlicher und telefonischer Anfragen gar nicht reagiert, hin und wieder hieß es, man wisse nicht, wozu das gut sein solle. In der Regel gab es jedoch einen Kontakt (Überblick in Abb. 1). Im Folgenden stellen wir typische Reaktionen auf unsere Anfragen vor. Dabei nennen wir nur solche Städte namentlich, von denen wir im Verlauf der Akquise Daten erhalten haben. Andere Fälle, die zur Erläuterung der Hürden wichtig sind, haben wir anonymisiert.

Missverständnisse: In vielen Fällen wurde das Anliegen, kleinräumige Daten zu Altersgruppen, Nationalität oder Arbeitslosigkeit der Stadt zu erhalten, zunächst gar nicht verstanden. Insbesondere die Frage nach Kleinräumigkeit wurde oft missinter-

1 Dies entspricht allen Klein- und Mittelstädten in Thüringen, die mehr als 8.000 EinwohnerInnen haben. Davon sind 18 Städte Kleinstädte mit unter 20.000 EinwohnerInnen, 15 kleine Mittelstädte mit unter 50.000 EinwohnerInnen und zwei große Mittelstädte mit 50.000 bis 100.000 EinwohnerInnen.

pretiert. Unsere Erläuterungen für „kleinräumig" in der Ansprache waren „nach Stadtteilen/Quartieren getrennt", trotzdem wurden uns letztlich z. B. Alterspyramiden der Gesamtstadt für das laufende Jahr zugesandt. Ein konkretes Beispiel für ein solches Missverständnis ist eine größere Kleinstadt, wo die Stadtstatistik im Bürgerbüro gepflegt wird. Unsere Anfrage wurde schnell bearbeitet, und wir erhielten insgesamt 34 Seiten von Hand eingescannter Statistiken der letzten 13 Jahre, die wiederum in einzelne Word-Dateien verpackt worden waren. Es wurde also ein gewisser Aufwand getrieben, um die – nach Meinung der Verwaltung kleinräumigen – Daten für uns zugänglich zu machen. Bereits nach kurzer Sichtung zeigte sich jedoch, dass die Statistik lediglich nach Kernstadt und eingemeindeten Ortsteilen unterschied.

Ähnliche Missverständnisse und unterschiedliche Auffassungen des Begriffs „kleinräumig" gab es in mehreren Telefonaten und Mailkonversationen. Als Beispiele seien dazu zwei weitere Fälle aus einer größeren Kleinstadt und einer kleinen Mittelstadt genannt. In der Mittelstadt wurde uns mitgeteilt: „Die Aufgliederung nach Alter und Geschlecht pro Stadtviertel ist auch vorhanden, teilweise aber nur in Papierform. […] Wir werden Ihnen die in unserer Behörde vorhandenen Statistiken zuschicken". In der Kleinstadt sagte der Sachbearbeiter[2] am Telefon aufgeschlossen: „Da habe ich etwas für Sie, ich schicke es mit der Post zu". In beiden Fällen erwiesen sich die zugesendeten Akten jedoch ebenfalls als Aufteilung zwischen Kernstadt und Ortsteilen, nicht nach einzelnen Stadtvierteln.

Verfügbarkeit der Daten: Die Verwaltung einer weiteren Kleinstadt fragte telefonisch nach, welche Kleinräumigkeit wir uns vorstellen. Das Gespräch zeigte daraufhin jedoch, dass sich die Möglichkeiten der Verwaltung schlussendlich auf die Zusendung von Bevölkerungspyramiden für das Jahr 2017, ebenfalls aufgeteilt nach Kernstadt und Ortsteilen, beschränkten. Diese Daten sind für Segregationsanalysen aber unbrauchbar. Insbesondere in den Kleinstädten waren also aggregierte Daten auf einer anderen als der gesamtstädtischen Ebene nicht verfügbar. Eine Einteilung unterhalb der Gemeindeebene bezieht sich häufig auf die Unterteilung in die Kernstadt, also das kompakt bebaute Gebiet der Kleinstadt, und die in den vergangenen Jahrzehnten eingemeindeten Ortsteile, also ehemalige Dörfer. Diese Art der räumlichen Aufteilung der Statistik sendeten uns insgesamt elf Städte, und es ist zu vermuten, dass auch in weiteren Gemeinden eine ähnliche Einteilung genutzt wird. Sozioökonomische Daten auf kleinteiliger Ebene wurden uns, wie bereits erwähnt, bis auf eine Ausnahme nicht ausgegeben, häufig mit Verweis auf Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit, die uns wiederum zurück an die Stadtverwaltungen verwies. Daten zur sogenannten ethnischen Dimension von Segregation wurden, wenn überhaupt, dann in den beiden Kategorien zur Nationalität als Deutsche bzw. Ausländer/Ausländerinnen ausgegeben.

In sieben Städten (darunter sowohl Kleinstädte als auch kleine Mittelstädte) erhielten wir den Hinweis, dass kleinräumige Daten überhaupt nicht erfasst werden. Oft wurde auf ein erstes Telefonat hin ämterintern geprüft, welche Daten überhaupt zur Verfügung stehen, worauf nach einigen Tagen die Information gegeben wurde, dass innerhalb der Stadt keinerlei kleinräumige Daten gesammelt werden. Ein prägnantes Bei-

2 Das Geschlecht der genannten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ist nach Losverfahren dargestellt, um die Anonymisierung zu unterstützen.

spiel ist eine kleine Mittelstadt, die unsere Anfrage nicht telefonisch, sondern nur in schriftlicher Form annehmen wollte und uns daraufhin ebenfalls schriftlich absagte, da aufgrund „einer fehlenden Statistikstelle in der Stadt auch keine kleinräumigen Daten zur Sozialstruktur und zum Leerstand vorhanden sind".

Personelle Ressourcen: In mehreren der Gespräche mit den Verwaltungen schien es, dass möglicherweise eine Einteilung z. B. nach Wahlbezirken, wie sie auch von Landua und Kirchhoff (2018) genutzt wurden, verfügbar wäre, aber die Daten nicht aggregiert aufbereitet sind. In einem konkreten Fall schreckte die Ansprechpartnerin vor einem hohen Arbeitsaufwand zurück und lehnte die Bearbeitung der Anfrage mit Verweis auf fehlende personelle Kapazitäten ab. Eine kleine Mittelstadt hat auf Nachfrage berichtet, dass es kleinräumige Daten gebe, diese jedoch aufbereitet werden müssten, was Gebühren nach sich ziehen würde. Nachdem wir die Bereitschaft signalisiert haben, Gelder aufzubringen, erhielten wir keine Antworten mehr.

Darüber hinaus ist es vorgekommen, dass in mehreren Städten zwar mit der Bearbeitung begonnen wurde, nach der Zusendung erster Ergebnisse jedoch die Bearbeitung eingestellt werden musste. Ein Beispiel dafür ist die kleine Mittelstadt Ilmenau, die ebenfalls eine der Kommunen in der Arbeit von Landua und Kirchhoff (2018) ist. Hier waren kleinräumige Daten nach Wahlbezirken aufgeteilt verfügbar, sicherlich weil diese bereits für die Difu-Studie aggregiert worden waren, allerdings nicht im Zeitverlauf. Nach Zusendung von drei aufbereiteten Jahresstatistiken wurde mitgeteilt: „Die Erstellung der Statistiken für die Jahre 2001 bis 2015 wird noch etwas dauern, da zzt. die bevorstehende Gemeindefusion mit der Eingemeindung von [neuen Ortsteilen] Vorrang hat und sämtliche Kräfte unserer Abteilung bindet. Sobald wieder etwas Zeit zur Verfügung steht, bekommen Sie die Zahlen. Versprochen!" (Verwaltungsmitarbeiterin Ilmenau 2018). Leider konnten die fehlenden Daten, auch nach mehrmaligen Rückfragen bis zum Abschluss der Datensammlung nicht nachgereicht werden. Die Akquise verdeutlichte, dass je kleiner der Ort ist, auch die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass es eine Statistikabteilung oder überhaupt eine zuständige Person für Datenaufbereitung gibt (vgl. Milbert/Fina 2021). Drei größere Kleinstädte lehnten unsere Anfrage mit der Begründung ab, dass die Kommune keine eigene Zuständigkeit für Statistik habe.

In den Klein- und Mittelstädten hängt der Umgang mit statistischen Daten somit offenbar – wenn überhaupt – oft an einzelnen Personen, die zudem mehr oder weniger geschult sind, damit umzugehen. Die Anfrage nach kleinräumigen Daten kann also an Personalengpässen oder auch an fachlicher Überforderung scheitern. Interessant erschien uns beispielsweise, dass uns Daten oft als Ausdruck zugesandt wurden, was sicher aufwendiger war, als eine Datei zu verschicken. Auffällig war auch das häufig gleiche Layout der zugeschickten Unterlagen, wodurch die Vermutung naheliegt, dass viele Gemeinden das gleiche Programm zur Datenerfassung nutzen und dann die beste zur Anfrage passende Zusammenstellung ausgedruckt oder kopiert haben. Eine Kreuzung der gewünschten Daten mit kleinräumigen Raumabgrenzungen oder Wahlbezirken scheint damit jedoch nicht möglich zu sein.

Es zeigte sich aber auch, dass Geduld, ausführliche Erklärungen und eine gewisse Beharrlichkeit zum Ziel führen können. In einer kleinen Mittelstadt zeigten sich zunächst die bereits erwähnten Schwierigkeiten mit Zeitmangel und Personalengpässen. Ein Mitarbeiter wirkte regelrecht entsetzt ob des erforderlichen Arbeitsaufwandes, stellte Kosten in Aussicht und wehrte ab, Daten gebe es nur auf Ebene der Ortsteile. Auf Wahlbezirke heruntergebrochen müsse er die Daten erst anfertigen. Durch mehrmaliges Erläutern und Nachfragen erhielten wir jedoch nach drei Monaten nutzbare Daten. In einer anderen Stadt hingegen gab es eine Verwaltungsmitarbeiterin, die sich ohnehin intensiv mit den statistischen Daten auseinandersetzt und diese bereits vor der Anfrage aufbereitet hatte. Hier war die Bereitschaft groß, die gewünschten Daten zu verschicken.

Fehlende Kontinuität in den Daten: Eine weitere Hürde sind Diskontinuitäten in der Datensammlung und -aufbereitung. Die Zeiträume der verfügbaren Daten sind sehr unterschiedlich, es gibt Unterbrechungen, die räumlichen Zuschnitte variieren, was die Daten für Segregationsanalysen unbrauchbar macht. Ein Vergleich der zeitlichen Verläufe zwischen verschiedenen Städten, wie das etwa Helbig und Jähnen (2018) für die Großstädte erarbeiten konnten, ist nicht möglich. So haben wir Daten von Gera für die Jahre 2012–2016, für Weimar von 1994 sowie von 2001–2017 und für Altenburg von 1996–2014. Daten von vor dem Jahr 2000 sind – außer in Altenburg und einem Jahr in Weimar – praktisch nicht vorhanden, einige Städte können nur Daten der letzten drei Jahre weitergeben, während andere durch Schließung von Statistikämtern oder Personalmangel in den letzten Jahren ihre Erfassungen verringern oder einstellen mussten. Besonders auffällig ist in diesem Kontext die Stadt Altenburg, in der die Statistikstelle zwischen 1996 und 2015 ausführliche und kleinräumig aufgelöste Daten in Jahrbüchern veröffentlicht hat. Somit haben wir in Altenburg die umfassendste und langfristigste Datensammlung in unserer Akquise vorgefunden. Leider enden diese Datenreihen 2015, da „[m]it Beschluss vom 29. Januar 2015 (...) der Stadtrat die Aufhebung der Statistiksatzung der Stadt Altenburg und damit gleichzeitig die Auflösung der Statistikstelle der Stadt beschlossen [hat]“ (Stadtverwaltung Altenburg 2015).

Datenschutz: Dass Kleinstädte eben klein sind, bedeutet auch, dass räumliche Einheiten oft die für den Datenschutz relevante Schwelle von 1.000 Einwohnern/Einwohnerinnen unterschreiten. Daten durften dann nicht mehr herausgegeben werden oder die Herausgabe wurde insgesamt abgelehnt. Eine große Kleinstadt teilte nach einem Telefonat mit, dass kleinräumige Daten zwar erarbeitet wurden, eine Weitergabe an uns zu Forschungszwecken aufgrund von Datenschutzbestimmungen jedoch nicht möglich sei. Datenschutzprobleme traten auch in den großen Mittelstädten auf. Beispielsweise konnten Arbeitslosendaten oft nicht weitergeben werden, weil auch in größeren Städten bei der gewünschten Kleinräumigkeit bei unter 1.000 Betroffenen eine Rückverfolgbarkeit der Daten nicht ausgeschlossen werden konnte.

Teilweise war den zuständigen Sachbearbeitern/Sachbearbeiterinnen unklar, welche Daten herausgegeben werden dürfen beziehungsweise welches Amt überhaupt zuständig ist. Es ist daher zu vermuten, dass die Herausgabe von Daten in einigen Fällen auch aus Selbstschutz abgelehnt wurde. Die neuen Datenschutzbestimmungen der EU dürften diese Haltung weiter steigern.

Was ermöglichte nun den Erfolg? Ein Türöffner waren natürlich Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner, die selbst ein Faible für Statistik haben. Auch eine institutionalisierte Routine der Datenaufbereitung, wie sie in Weimar existiert und in Altenburg bis 2015 existiert hat, ermöglicht kleinräumige Analysen. Meist gibt es dort dann eine direkte Ansprechpartnerin / einen direkten Ansprechpartner, die/der mit der Thematik vertraut ist und auf die Fragestellung eingehen kann. Ein anderer förderlicher Umstand kann sein, dass Städte an Projekten oder Förderprogrammen teilnehmen oder teilgenommen haben, für die kleinräumige Daten generiert wurden, wie beispielsweise der Sozialmonitor in Eisenach. Dort erhielten die Städte in den Projekten externe Unterstützung, um die Arbeit umzusetzen. Doch auch in solchen Fällen sind die Daten teilweise nicht nutzbar, da diese kleinteiligen Statistiken im Rahmen von Förderprogrammen oft nur für ausgewählte Stadtteile erarbeitet wurden. Verdeutlichen lässt sich dies am Beispiel der Stadt Pößneck, in der statistische Daten in sogenannten Monitoringgebieten kleinräumig gesammelt werden. In diesen Gebieten lebt ca. ein Drittel der Einwohner/Einwohnerinnen, die anderen zwei Drittel sind jedoch – wenig kleinräumig – einer großen „Reststadt"-Kategorie zugeordnet. Ein weiteres Beispiel für die grundsätzliche Verfügbarkeit kleinräumiger Daten stellt das statistische Landesmonitoring dar, von dessen Teilnahme uns eine Mitarbeiterin einer großen Kleinstadt berichtete. Eine Herausgabe der Daten wurde uns zugesichert, jedoch trotz mehrmaliger Nachfragen nicht umgesetzt.

Unsere Akquise scheiterte hier also nicht (oder nicht nur) an der grundlegenden Verfügbarkeit kleinräumiger Daten, sondern auch an einem Zusammenspiel aus Datenschutzbedenken, fehlenden Zeitreihen und einem Abbruch der Rückmeldungen auf unsere Nachfragen seitens der Verwaltungsmitarbeiterinnen/-mitarbeiter.

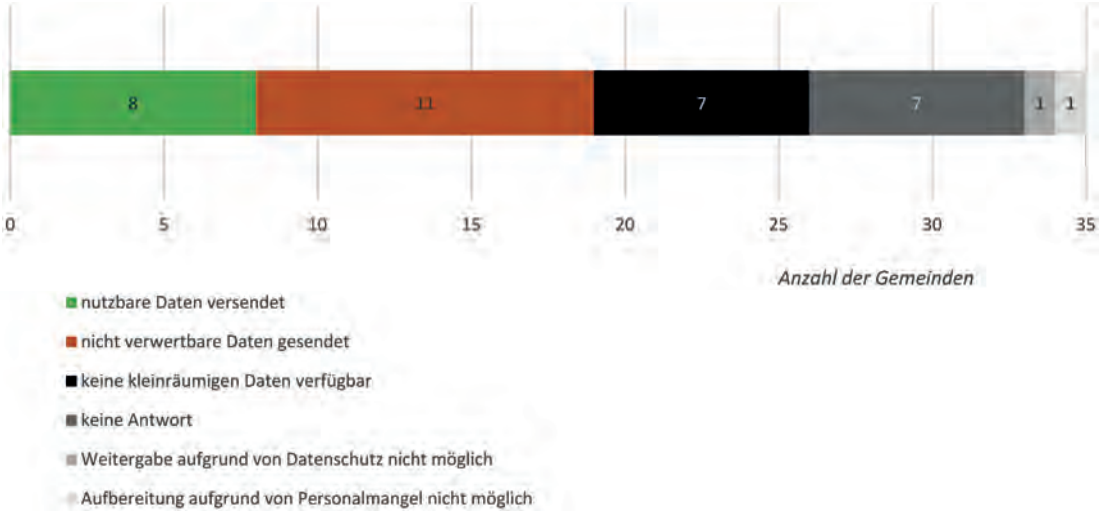


Abb. 1: Überblick über die Ergebnisse der Datenakquise in 35 Thüringer Klein- und Mittelstädten / Quelle: eigene Darstellung

Zusammenfassend konnten aus acht von 35 kontaktierten Städten verwertbare Daten zur Nationalität gewonnen werden sowie aus fünf dieser Städte auch Daten zu Altersgruppen. Von den restlichen 27 angefragten Kommunen haben elf zwar Daten gesendet, diese konnten aufgrund fehlender Kleinräumigkeit oder unzureichender zeitlicher und räumlicher Kontinuität jedoch nicht genutzt werden. Sieben Städte teilten mit, dass sie keine kleinräumigen Daten führen, sieben reagierten nicht auf unsere An- oder Nachfragen, und zwei Kommunen gaben entweder den Datenschutz oder fehlendes Personal als Begründung für eine Ablehnung an. Wie oben beschrieben ist jedoch zu vermuten, dass auch in einigen der 14 Städte ohne Rückmeldung bzw. mit fehlenden Daten datenschutzrechtliche Bedenken und Personalengpässe eine Rolle gespielt haben dürften und die Aussage der fehlenden Verfügbarkeit als Vorwand verwendet wurde.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass die Recherche zu kleinräumigen Segregationsdaten selbst bei hohem Zeitaufwand und ausführlicher Ansprache kaum zu den für Segregationsanalysen benötigten Daten führt. Auch wenn die Daten bei verschiedenen Stellen, die diese an die Kommunen weitergeben können, vorliegen – nämlich die demographischen und die Migrationsdaten bei den Einwohnermeldeämtern und die sozioökonomischen Daten bei der Bundesagentur für Arbeit –, so sind die Daten doch nicht kleinräumig aggregiert verfügbar. Entsprechend sind Daten in kleineren Städten tendenziell weniger verfügbar als in größeren. In mehreren kleineren Städten führten darüber hinaus Personalengpässe oder Einsparungen im städtischen Haushalt zu Überforderungen, Stress, Personalmangel oder Schließung des Statistikamts.

Fast durchgängig werden Altersgruppen und Geburtenjahrgänge erfasst sowie Deutsche und Ausländer/Ausländerinnen in die Statistik eingepflegt. Vereinzelt sind darüber hinaus auch Zu- und Wegzüge verzeichnet. Warum manche Städte zwar Daten zu Nationalität verschickt haben, nicht jedoch Daten zu Altersgruppen, können wir nicht beantworten. Wir vermuten, dass pragmatische Gründe wie schnelle Verfügbarkeit der Informationen hier ausschlaggebend waren.

5 Fazit

Die Forschung zu Segregation in Klein- und Mittelstädten in Deutschland ist nicht ohne Grund eine Black Box, denn sie ist – solange sie sich auf öffentlich zugängliche Daten stützen will – nahezu unmöglich. Während die Difu-Studie von Landua und Kirchhoff (2018) sich immerhin auf vertragliche Kooperationen stützen konnte, stellt unsere Studie den Versuch dar, mit Einsatz von Personal und Zeit (drei Personen, Nach- und Rückfragen über circa ein Jahr) Daten zu sammeln.

Die Hürden im Zugang zu kleinräumigen Daten sind groß und hängen unmittelbar mit der Situation von Klein- und Mittelstädten zusammen. Die Verwendung und Weitergabe der Daten liegt bei den Kommunen, doch fehlt es oft an Zeit, personellen Ressourcen, Kompetenzen und auch am Verständnis für das Interesse an kleinräumigen, aggregierten Daten. Letztlich hängt es davon ab, ob eine Statistikstelle vorhanden ist, ob die Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter geschult sind, ob sie die Zeit aufbringen

können und wollen und ob die Aufbereitung von Daten auch kommunalpolitisch unterstützt wird. Insbesondere schrumpfende Städte haben hierfür eben auch nur schrumpfende Ressourcen zur Verfügung.

Darüber hinaus sind nicht für alle drei klassischen Dimensionen der Segregationsforschung Daten überhaupt verfügbar, was wiederum mit dem deutschen System der Statistik von der Kommune bis zum Bund zusammenhängt. In der ethnischen Dimension sind am ehesten Daten zu den Kategorien Deutsche vs. Ausländer/Ausländerinnen verfügbar, feinere Kategorien wie der Migrationshintergrund oder gar Nationalität, Religion o.Ä. gibt es hingegen nicht. Etwas seltener sind kleinräumig aufbereitete Daten für Altersgruppen verfügbar. Für die sozialpolitisch wichtige Dimension der sozioökonomischen Segregation haben wir – bis auf eine Ausnahme – gar keinen Zugang zu Daten erhalten. Gegebenenfalls existieren kleinräumige Daten in der Landschaft des Big-Data-Handels mit nahezu adressscharfen Daten (vgl. Milbert/Fina 2021); ohne bzw. mit geringem Kostenaufwand ist die Akquise jedoch ein Hürdenlauf, den die Verschärfung von Datenschutzregeln noch schwieriger machen dürfte.

Während also die landläufige Annahme, dass das Ausmaß der Segregation der Stadt steigt, kaum überprüfbar ist, ist jedoch ein anderer Zusammenhang von Segregationsforschung und Stadtgröße evident: Die Wahrscheinlichkeit, überhaupt quantitative Aussagen zum Ausmaß residentieller Segregation treffen zu können, steigt definitiv mit der Stadtgröße.

Literatur

Booth, C. (1902): Life and Labour of the People of London. London.
Boos-Krüger, A.; Wilk, B. (2011): Integration in kleinen Städten – ein normativer Erklärungsansatz. In: Alisch, M.; May, M. (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern. Leverkusen, 66.
Duncan, O. D.; Duncan, B. (1955): A Methodological Analysis of Segregation Indexes. In: American Sociological Review 20 (2), 210-217.
Engels, F. (1845): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Leipzig.
Friedrichs, J.; Triemer, S. (2008): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden.
Großmann, K.; Franke, R.; Henkel, L. (2021): Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 2: Empirische Befunde. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 258-274. = Forschungsberichte der ARL 16.
Großmann, K.; Buchholz, J.; Buchmann, C.; Hedtke, C.; Hohnke, C.; Schwarz, N. (2014): Energy costs, residential mobility, and segregation in a shrinking city. In: Open House International 39, 14-24.
Grötzbach, E. (1963): Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland. Regensburg.
Helbig, M.; Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Berlin. = Discussion Paper des WZB P 2018-001.
Kirchhoff, G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.
Krupka, D. J. (2007): Are Big Cities More Segregated? Neighbourhood Scale and the Measurement of Segregation. In: Urban Studies 44 (1),187-197.
Landua, D.; Kirchhoff, G. (2018): Sozialräumliche Segregation in Klein- und Mittelstädten? Erkenntnisse aus den Projektkommunen. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C.: Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 145-162.
Lindner, R. (2004): Walks on the wild side: eine Geschichte der Stadtforschung. Frankfurt am Main.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart. = Soziologische Gegenwartsfragen N.F. 35.

Maloutas, T.; Fujita, K. (2012) (Hrsg.): Residential Segregation in Comparative Perspective. Making Sense of Contextual Diversity. Farnham. = City and Society Series.
Marcuse, P.; van Kempen, R. (Hrsg.) (2002): Of states and cities: The partitioning of urban space. Oxford.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Ocejo, R. E.; Kosta, E. B.; Mann, A. (2020): Centering Small Cities for Urban Sociology in the 21st Century. In: City & Community 19 (1), 3-15. 10.1111/cico.12484.
Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schiemann, S.; Steinführer, A. (2021): In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 209-234. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schmidt-Lauber, B. (2010): Urbanes Leben in der Mittelstadt: Kulturwissenschaftliche Annäherungen an ein interdisziplinäres Forschungsfeld. In: Schmidt-Lauber, B. (Hrsg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt am Main, New York, 11-36.
Stadtverwaltung Altenburg (Hrsg.) (2015): Statistiken – Altenburg in Zahlen. https://www.stadt-altenburg.de/alias/statistik (02.11.2017).
Steinführer, A.; Großmann, K.; Schenkel, K. (2018): Wohnen in kleinen Städten: Plädoyer für eine sozialräumliche Perspektive. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 68-79.
van Ham/Tammaru (2017): Housing Estates in Europe: Poverty, Ethnic Segregation, and Policy Challenges. Cham.

Autorinnen und Autor

Prof. Dr. Katrin Großmann *ist Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt. Sie forscht zu unterschiedlichen Fragen nachhaltiger und gerechter Stadtentwicklung wie der Sozialverträglichkeit energetischer Sanierung bzw. der Energiearmut, zu Fragen des sozialen Zusammenhalts im Zuge von Zuwanderung und lokalen Konflikten. Ihre langjährige Beschäftigung mit schrumpfenden Städten verbindet sie mit weiteren Herausforderungen der Stadtentwicklung wie residentieller Segregation oder der Entwicklungsdynamik von Quartieren. Zudem ist sie im Netzwerk Kleinstadtforschung aktiv.*

Robert Franke *ist Stadt- und Raumplaner und hat sein Studium an der Fachhochschule Erfurt absolviert. Während des Studiums unterstützte er die Forschung im Fachbereich Stadtsoziologie. Er beschäftigt sich mit zukünftigen Herausforderungen für Klein- und Mittelstädte sowie Fragen zu Energiearmut und Segregation. Zurzeit ist er bei der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH aktiv und unterstützt Klein- und Mittelstädte in Thüringen bei der Stadtentwicklung und Fördermittelakquise.*

Laura Henkel *hat an der Fachhochschule Erfurt Stadt- und Raumplanung studiert und war im Rahmen des Studiums im Fachbereich Soziologie als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Dabei hat sie sich unter anderem mit der Beschaffung kleinräumiger Daten von Klein- und Mittelstädten, dem Zusammenhang von Wohn-, Mobilitäts- und Energiekosten und mit Fragen zur Energiearmut befasst. Bei ihrer aktuellen Tätigkeit als Stadtplanerin in einem Thüringer Planungsbüro vertieft sie die Erkenntnisse im Bereich des sparsamen Flächenverbrauchs im Kontext der Siedlungsentwicklung in der Praxis.*

Annett Steinführer

URBANITÄT UND RURALITÄT. KLEINSTÄDTE IM „DAZWISCHEN“?

„Jeder Besucher eines ihm unbekannten Ortes spürt –
unter dem Eindruck von Bausubstanz, Maßstäblichkeit und Straßenleben –
nach wenigen Augenblicken, ob er sich in einem Dorf,
in einer Klein- oder in einer Großstadt befindet.
Dieses Gefühl mittels statistischer oder administrativer Kategorien zu fassen,
ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden.“
(Benke 2010: 80)

Gliederung

1 Zentrale Konzepte
1.1 Urbanität
1.2 Ruralität
1.3 Zum Verhältnis von Urbanität und Ruralität
2 Kleinstädtische Urbanität
2.1 Annäherungen an das Thema
2.2 Überschaubarkeit und Bekanntsein – Topoi des kleinstädtischen Urbanitätsverständnisses
2.3 Kleinstädtische Urbanität und Schrumpfung: ambivalente Diagnosen
3 „Rurale“ Kleinstädte?
4 Urban-rural: Kleinstädte als hybride Siedlungsform?
5 Forschungslücken und -bedarf
6 Zusammenfassung
Literatur

Kurzfassung
Die Kleinstadt als Siedlungstyp „zwischen“ Dorf und Großstadt ist ein etablierter Topos in der Forschungsliteratur. Ihre eigene Urbanität ist konzeptionell unterlegt und teils auch empirisch untersucht worden. Durch den fast ausschließlichen Fokus der (deutschen) Stadtforschung, insbesondere der Stadtsoziologie, auf die Großstadt und ihr überwiegend normatives Urbanitätsverständnis erscheint die Kleinstadt wahlweise als defizitär oder ländlich. In der wissenschaftlichen Praxis seltener und in ihren Ergebnissen weniger eindeutig ist die Forschung zur Ruralität kleiner Städte. Hier reicht das Verständnis von einer Konzeptualisierung als „bessere“ Stadt bis hin zu Tendenzen einer politisch vorangetriebenen „Verländlichung“. Wie es sich empirisch-lebensweltlich – jenseits siedlungsstruktureller und baulicher Charakteristika – mit kleinstädtischer Urbanität und Ruralität sowie deren Verhältnis zueinander verhält, bleibt ein Forschungsdesiderat. Zusammenfassend wird als These formuliert, dass eine integrierte Urbanitäts- und Ruralitätsperspektive auf kleine Städte – trotz der

nicht vollständig auflösbaren Unbestimmtheit dieser Konzepte – Erkenntnisgewinne über Lebensrealitäten und soziale Praktiken jenseits der etablierten Stadt-Land-Dichotomie und frei von Werturteilen erbringen kann.

Schlüsselwörter
Urbanität – Ruralität – Metropole – Großstadt – Dorf – Alltagspraktiken

Urbanity and Rurality. Small Towns in the ‘In-Between’?

Abstract
The small town as a type of settlement ‘between’ the village and the city is an established topos in the research literature. Its specific urbanity is conceptually underpinned and has been, to a certain extent, empirically investigated. The almost exclusive focus of (German) urban research, especially urban sociology, on the city and its primarily normative understanding of urbanity leads to the small town appearing either as deficient or as rural. In scientific practice, research into the rurality of small towns is more seldom and its findings are less clear cut. Here understandings range from conceptualising small towns as ‘better’ places to tendencies towards policy-driven ‘ruralisation’. A research desideratum concerns the empirical lifeworld – beyond the settlement structure and characteristics of built form – of the urbanity and rurality of small towns and the relationship between the two. By way of conclusion, it is proposed that taking an integrated urbanity and rurality perspective on small towns – despite the fact that both concepts inevitably remain somewhat vague – can result in knowledge gains about realities of life and social practices that extend beyond the established urban-rural dichotomy and are free from value judgments.

Keywords
Urbanity – rurality – metropolis – city – village – everyday practices

1 Zentrale Konzepte

1.1 Urbanität

Mit dem Begriff der Urbanität wird in Soziologie und Geographie die städtische Lebensweise bezeichnet. Urbanität bedeutet, „Unordnung, Fremdheit und Lebendigkeit zuzulassen“ (Beetz 2018: 25) und ihre Zumutungen wie Chancen zu ertragen bzw. zu gestalten. Zeitlich findet der Begriff hauptsächlich Verwendung für die Epoche seit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, räumlich vor allem für europäische und nordamerikanische Großstädte (kritisch dazu: Robinson 2006). In der deutschsprachigen Stadtforschung, insbesondere der Stadtsoziologie, kann Urbanität ohne Übertreibung als Schlüsselkonzept bezeichnet werden (z.B. Löw/Steets/Stoetzer 2008: 29 ff.; für die Geographie vgl. Dirksmeier/Stock 2020a). Dabei lassen sich drei Zugänge zu Urbanität unterscheiden: ein normatives, ein konzeptionell-analytisches sowie ein qualitativ-generalisierendes Verständnis. Diese werden nachfolgend kurz erläutert.

Eine erste und ausgeprägt *normative Lesart* von Urbanität hat sich in Deutschland im Zuge der vorherrschenden Rezeption der wegweisenden Aufsätze von Georg Simmel (1995 [1903]) und Louis Wirth (1974 [1938]) etabliert, häufig flankiert durch die einflussreiche Gemeinschafts-Gesellschafts-Dichotomie von Ferdinand Tönnies (2005 [1887/1935]). All diese Texte gehören noch heute zum stadtsoziologischen Ausbildungskanon, und ihre Erwähnung darf in keinem Einführungswerk fehlen. Dieses Urbanitätsverständnis ist nahezu ausschließlich auf die Großstadt, häufig sogar die Metropole zugeschnitten und mit keiner werturteilsfreien Definition unterlegt (vgl. unten Kap. 2.1).[1] Als ein (zugegeben zugespitztes) Beispiel sei an dieser Stelle Walter Siebel zitiert, der Urbanität als zentrales Charakteristikum der europäischen Stadt versteht, die etwa durch „das scharfe Gegenüber von hochgetürmter Stadt und plattem Land" gekennzeichnet sei (Siebel 1999: 117). Diese Stadt sei Ort einer besonderen – gesitteten, zivilisierten und Fremden gegenüber toleranten – Lebensweise und unter anderem durch die Trennung von Arbeiten und Wohnen, die Dialektik von Öffentlichkeit und Privatheit sowie das Zusammenleben in Kleinfamilien charakterisiert (ebd.). In all dem unterscheide sich der Städter vom Landbewohner – wobei in dieser Argumentation das Dorf die ausschließliche Kontrastfolie bildet. Dennoch wird an vielen Formulierungen deutlich, dass unter der solcherart idealisierten „Stadt" nicht die Kleinstadt verstanden wird.

Zumindest in Bezug auf Louis Wirth ist es wichtig, auf den Unterschied von analytischer Grundlegung und späterer großstadtfixierter Rezeption zu verweisen. Seine Urbanitätsdefinition bezieht sich zunächst nüchtern auf Größe, Dichte, Heterogenität und Dauerhaftigkeit einer Siedlung, die Merkmale aller Städte „wenigstens in unserem Kulturkreis" seien (Wirth 1974 [1938]: 47). Im englischen Original verwendete er an dieser Stelle allerdings nicht den Begriff *town*, sondern *city* (Wirth 1938: 6).[2] Somit galt auch sein akademisches Interesse – vor dem Hintergrund seines Chicagoer Umfelds nicht überraschend – vorrangig der Großstadt und nicht anderen städtischen Siedlungsformen. Als Prototyp des (Groß-)Städters wird im normativen Urbanitätsdiskurs regelmäßig die Figur des „Fremden" bemüht, der in diesem sozialräumlichen Kontext – anders als in überschaubaren Sozialzusammenhängen – nicht als (ver-)störend, sondern als normal empfunden werde (z. B. Lofland 1973).

Die von Siebel benannte Differenz von Öffentlichkeit und Privatheit als Wesenszug der (modernen) Großstadt ist zweitens der *konzeptionell-analytische* Kern der Konzeption von Hans-Paul Bahrdt (1998 [1961]). Sein Ausgangspunkt ist die Stadtdefinition Max Webers, der die spezifische sozioökonomische Organisationsform des Marktes als Wesensmerkmal von Stadt fasste (Weber 1972 [1920]). Für Bahrdt (1998 [1961]) stellt der Markt eine typische Form städtischer Öffentlichkeit im soziologischen Sinn dar. Er definiert ihn als „dauerhafte institutionalisierte Ordnungsform, in der immer wieder bestimmte soziale Kontakte nach bestimmten Regeln stattfinden" (ebd.: 82).

---

1 Die US-amerikanische Stadtforschung scheint weniger normativ mit dem Konzept der Urbanität umzugehen. *Urbanism* findet oft Verwendung als Name einer Variablen zur Operationalisierung von Gemeindegröße. Damit werden z. B. Aspekte der Lebensführung oder Persönlichkeitsstruktur im Vergleich verschiedener Siedlungstypen untersucht (z. B. Fischer 1982; Wilson 1991; im deutschsprachigen Kontext vgl. Otte/Baur 2008 und Spellerberg 2014). *Urbanity* ist relativ wenig verbreitet.

2 Seit 2020 liegt eine Neuübersetzung von Wirths Text vor (vgl. Dirksmeier/Stock 2020b).

Wichtig sind die zeitliche Dimension, die Austauschbarkeit und Flüchtigkeit der Beziehung, ihre Regelgebundenheit sowie die Möglichkeit der anonymen Teilhabe. Auf dem Markt sind, wie in anderen städtischen Vergesellschaftungsformen (z. B. Vereine oder Gewerkschaften), nur Teile der Persönlichkeit der in Interaktion Tretenden für einen erfolgreichen Abschluss der gemeinsamen Handlung von Bedeutung – es findet eine unvollständige Integration statt. Öffentlichkeit entsteht Bahrdt zufolge dann, wenn die Distanz zwischen einander Fremden überbrückt wird und diese miteinander interagieren. Das Gegenstück zur Öffentlichkeit ist die Privatheit, eine vor den Eingriffen von außen geschützte Sphäre mit vollständiger Integration des Einzelnen. Als deren Inbegriff gilt Bahrdt die bürgerliche Familie, die die Dimensionen des Privaten immer weiter verfeinert und ausdifferenziert hat. Privatheit und Öffentlichkeit als polare, aber miteinander in Wechselbeziehung stehende Sphären können sich so nur in der (Groß-)Stadt ausprägen. Je stärker die öffentliche und die private Sphäre einander gegenüber und gleichzeitig in Wechselbeziehung zueinander stehen, desto größer ist demzufolge die Urbanität (ebd.: 83 f.). Der idealtypische Charakter dieser Konzeption wird deutlich, wenn der Autor die moderne industrielle Großstadt betrachtet und feststellen muss, dass hier zahlreiche Bereiche existieren, die weder öffentlich noch privat sind, wie z. B. Betriebe, Verwaltungen oder die Höfe von Mietshäusern, und sich der Dichotomie somit entziehen (ebd.: 131-146; zu Weber und Bahrdt vgl. auch Kemper 2012).

Als *qualitativ-generalisierend* kann drittens ein ebenfalls weit verbreitetes – und stets von Neuem wiederholtes – Verständnis von Urbanität definiert werden, das diese als ubiquitäre Lebensweise der Moderne versteht, die nicht an einen konkreten Ort gebunden sei (z. B. Siebel 1999: 119; Beetz 2018). Es geht also um die qualitative Seite der quantitativen Verstädterung (Wirth 1974 [1938]: 47 f.), welche insbesondere die Gesellschaften des globalen Nordens im 19. Jahrhundert erfasste und diese bis auf die Mikroebene sozialer Praktiken grundlegend transformierte. Neben dem emanzipatorischen Charakter dieses Prozesses, also der Freisetzung von Menschen aus traditionellen Bindungen, lässt sich dabei auch von neuen Zwängen sprechen: „In dem Begriffe der Urbanität […] schwingt sowohl das Weitläufige dieser Daseinsform – jenseits des Kirchturmhorizontes – als auch die harte Abhängigkeit des Lebensvollzugs von Einrichtungen mit, auf deren Funktionieren der einzelne keinen Einfluß hat“ (Neundörfer 1966: 15). Ab der Mitte des 20. Jahrhunderts wurde dieser Diffusionsprozess durch eine fast flächenhafte Durchdringung ländlicher Regionen mit technischen und sozialen Infrastrukturen sowie durch Übertragung großstädtischer Leitbilder auf ländliche Siedlungen und Lebensweisen flankiert. Gleichzeitig geht dieses Urbanitätsverständnis mit spezifischen Zuschreibungen an Personen und nicht ausschließlich an Orte einher (Dirksmeier/Stock 2020a: 8). Peter Dirksmeier spricht auch von „habitueller Urbanität“ und versteht darunter die Bewältigungskapazität des/der Einzelnen bezogen auf die Anforderungen der urbanisierten Gegenwartsgesellschaft „in einem Klima von subjektiv bewusster Individualisierung, bestimmter struktureller Fremdheit und Kontingenz“ (Dirksmeier 2009: 142). Für sein Untersuchungsgebiet, bezeichnet als „arkadische“ Räume des nicht-städtischen Südbayerns, geht er auf Basis von sieben Interviews und mithilfe der Methode der Reflexiven Fotografie davon aus, dass von einer solchen habituellen Urbanisierung gesprochen und eine solche auch für ganz Deutschland vermutet werden könne (ebd.: 265 f.). Urbanität ist somit in der Tat „ortlos“ geworden (Siebel 1999: 119).

1.2 Ruralität

Der Begriff der Ruralität wird im deutschsprachigen Diskurs – terminologisch in der Regel als „Ländlichkeit" – erst seit wenigen Jahren systematischer verwendet. In den britischen *Rural Studies* ist *rurality* hingegen vergleichbar der Bedeutung, die „Urbanität" für die deutschsprachige Stadtforschung besitzt. Vorausgegangen war dieser Etablierung des Konzepts eine jahrelange Auseinandersetzung: Diese nahm den häufigen Verweis des Ländlichen bzw. ländlicher Räume in eine Residualkategorie moderner Gegenwartsgesellschaften (all das, was außerhalb der Agglomerationsräume liegt) zum Anlass, um verschiedene Ansätze für einen positiven Gehalt des Konzepts (mehr als ein „other-than-urban"; Cloke 2006: 18) zu formulieren – angesichts der Vielfalt des Gegenstands ein problematisches Unterfangen (Pratt 1996). Halfacree (2004) differenziert Ländlichkeit einerseits in ein materielles, auf physische Strukturen fokussiertes, Konstrukt und andererseits in Imaginationen des Ländlichen (etwa die „ländliche Idylle"), die gleichzeitig nicht vollständig entmaterialisiert sind. Darauf aufbauend entwickelt er ein Modell von Ländlichkeit, das Vorstellungen von Professionellen (Planerinnen/Planern und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern) gleichermaßen wie „lay discourses of the rural", räumliche Alltagspraktiken und den physischen Raum (*rural locality*) berücksichtigt (ebd.: 292-295). Parallel zu diesen theoretischen Bemühungen gab es in den USA und in Großbritannien seit den 1970er Jahren verstärkt Versuche, Ruralität zu operationalisieren und mithilfe von Indizes zu messen (z.B. Smith/Parvin 1973; Cloke 1977).

Ähnlich wie Urbanität wird auch Ruralität verschieden konzeptualisiert. Cloke (2006) unterscheidet einen funktionalen, einen polit-ökonomischen und einen konstruktivistischen Zugang. *Funktional* bezieht sich Ländlichkeit auf Strukturmerkmale ländlicher Räume, häufig mit der Absicht, diese auch kartographisch von städtischen Räumen abzugrenzen. Landwirtschaft bzw. land- und forstwirtschaftliche Landnutzung spielt hierfür eine wichtige Rolle. Beim zweiten Zugang werden externe, vor allem *ökonomische und politische* Einflussfaktoren für ländliche Räume mit unterschiedlichen konzeptionellen Bezügen (z.B. Regulations-, Zentrum-Peripherie- und Globalisierungstheorien) herausgestellt, Ländlichkeit wird also gesellschaftstheoretisch verortet. Aus *konstruktivistischer* Perspektive schließlich wird *rurality* als „significant imaginative space" (ebd.: 18) verstanden, es wird auf die damit einhergehende Vielzahl und Heterogenität dieses Imaginationsraums verwiesen, und *rurality* wird als „a multiplicity of social spaces overlapping the same geographical area" (ebd.: 19) definiert. Ziel dieser und ähnlicher Konzeptualisierungen ist es vor allem, sich von einer Stadt-Land-Dichotomie oder auch einem Stadt-Land-Kontinuum zu verabschieden und ein weder defizitäres noch idyllisierendes Verständnis von Ländlichkeit zu etablieren.

Die deutschsprachige Debatte ist bislang nur wenig entwickelt. Ein Indikator dafür ist, dass weder das (noch immer) Standardwerk der Geographie ländlicher Räume (Henkel 2004 [1993]) noch sein soziologisches Pendant (Beetz/Brauer/Neu 2005) ein Kapitel „Ländlichkeit" enthalten. Wenn im deutschsprachigen Raum über Ländlichkeit diskutiert wird, erfolgt dies meist aus einer funktionalen oder einer konstruktivistischen Perspektive. Ein expliziter Bezug auf Kleinstädte findet sich nur in Bezug auf die

erstgenannte – dort werden sie als siedlungsstruktureller Bestandteil ländlicher Räume mit nahräumlichen Zentralitätsfunktionen definiert (vgl. Kap. 3). Explizite funktionale Definitionen des Ländlichen wurden notwendig, seitdem „landwirtschaftlich“ und „ländlich“ durch den anhaltenden Strukturwandel der Landwirtschaft nicht mehr deckungsgleich sind. Eine Positivbestimmung ist also erforderlich, wenn ländliche Räume – ähnlich wie im angelsächsischen Diskurs – nicht auf eine gesellschaftliche Residualkategorie beschränkt werden sollen (Henkel 2004 [1993]: 31). In einem neueren Zugang diskutiert Küpper (2016) Ländlichkeit als „morphologisches, funktionales und relationales Kontinuum“ (ebd.: 29). Definiert und operationalisiert über verschiedene Struktur- und Lagemerkmale sei Ländlichkeit demnach „tendenziell umso ausgeprägter, je geringer die Siedlungsdichte, je höher der Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je geringer das Bevölkerungspotenzial und je schlechter die Erreichbarkeit großer Zentren ist“ (ebd.: i). Aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive schließlich konzeptualisiert Kenneth Anders in einem Essay Ländlichkeit relational zu Stadt: Die von ihm hervorgehobenen Merkmale sind höhere Selbstorganisation und -verantwortung für die alltägliche Lebensorganisation, eine stärkere Ressourcenbeziehung zu Wasser und Boden sowie eine geringere soziale Segregation (Anders 2018).

Die konstruktivistische Spielart betont eine Durchmischung urbaner und ruraler Elemente gesellschaftlicher Raumverhältnisse. Redepenning (2017) diskutiert dies am Beispiel des urbanen Gartenbaus. Demnach sei kein Ort „per se“ städtisch oder ländlich, sondern mittels sozialer Praktiken würden Menschen „den vorgefunden[en] Grad an Urbanität, Ruralität oder Rurbanität […] taxieren und […] bewerten“ (ebd.). Auf den Gegenstand dieses Kompendiums angewendet, kann also die Kleinstadt – ebenso wie die Großstadt oder das Dorf – ein ruraler und urbaner Ort zugleich sein, und es sind die Praktiken von Akteuren und deren Materialität sowie subjektive Zuschreibungen an das Handeln, die Urbanität und Ruralität (re-)produzieren. Diese Perspektive lässt sich mit einer neueren Debatte zur Ländlichkeit (in) der Großstadt verbinden, die Parallelen zur oben erwähnten These einer ubiquitären Urbanität westlicher Gegenwartsgesellschaften aufweist. Um (vermeintlich) Ländliches in der Stadt zu beschreiben, wird regelmäßig auf das Dorf Bezug genommen und z. B. von „urban villages“ gesprochen (Gans 1962). Solche Dörfer in der Stadt gelten als Sozialräume enger Kontakte und werden mit (Vorstellungen von) Gemeinschaft gleichgesetzt (Laschewski/Steinführer/Mölders et al. 2019: 6-19). Ihr materielles Pendant findet sich in Form der auch in Deutschland seit etwa Ende der 2000er Jahre zunehmend verbreiteten *urban agriculture* und *urban gardening*, die als ländliche Praktiken gerahmt werden. Neben veränderten Formen der Raumaneignung in großstädtischen Kontexten spielt hier erneut das Konzept der Gemeinschaft im überschaubaren Raum eine wesentliche Rolle (vgl. ebd.: 11 f.). Die häufig verwendete Metapher der „Dörfer in der Stadt“ greift somit in urbanisierter Form klassische Topoi von Ländlichkeit bzw. Dorf auf.

Wenn es also eine Urbanitätsperspektive auch auf das Land und eine Ruralitätsperspektive auch auf die Stadt gibt, liegt es nahe, beide Bedeutungssysteme in ihrem Verhältnis zueinander zu diskutieren.

1.3 Zum Verhältnis von Urbanität und Ruralität

Die lange Debatte um die Frage, ob es sich bei „Stadt" und „Land" nun um ein Kontinuum oder eine Dichotomie handelt (u.a. Sorokin/Zimmerman 1929; Miner 1952; Pahl 1966; Champion/Graeme 2004), kann im Kontext dieses Beitrags nicht aufbereitet werden. Hypothetisch sei formuliert, dass es nicht um ein Entweder-Oder geht. Vielmehr können „Stadt" und „Land" je nach Fragestellung und Begriffsverständnis als die Pole eines strukturellen Kontinuums oder als vorgestellte kulturelle Gegensätze konzeptualisiert werden. Pratt (1996) äußerte eine gewisse Sympathie für den Gedanken, die Begriffe „städtisch" und „ländlich" ganz aufzulösen – unter anderem mit dem Hinweis, dass durch diese Benennungen jeweils homogene Objekte suggeriert werden, wohingegen sowohl städtische als auch ländliche Lebenswelten und Räume von einer ausgeprägten internen Differenzierung gekennzeichnet sind, die durch die fortwährende Betonung tatsächlicher oder vermeintlicher Stadt-Land-Differenzen in den Hintergrund treten (ähnlich bereits Hoggart 1990).

Die oben (Kap. 1.1) diskutierte These der Urbanisierung der Gesamtgesellschaft in räumlicher, infrastruktureller und habitueller Hinsicht lässt sich auch so lesen, dass dem Bedeutungssystem Urbanität ein hegemonialer Status gegenüber dem Bedeutungssystem Ruralität zugewiesen wird. Genau in diese Richtung argumentiert Helbrecht (2013). Aus ihrer Perspektive seien Urbanität und Ruralität nicht gleichgewichtig, sondern stünden „in einem asymmetrischen Verhältnis zueinander" (ebd.: 168). Urbanität sei der übergeordnete Begriff, der den Gegenbegriff der Ländlichkeit erst schaffe (ebd.: 168f.). An anderer Stelle ist gar von einer „ethische[n] und politische[n] Überlegenheit von Urbanität als Wert gegenüber der Ländlichkeit" die Rede (ebd.: 178; vgl. auch die verschiedenen Beispiele bei Redepenning 2018: 86 ff.). Abgesehen von diesem konkreten Beispiel lässt sich weitergehend argumentieren, dass das öffentliche Sprechen über Land und Ländlichkeit durch Politik und Medien – und eben auch durch Wissenschaft – Land und Ländlichkeit mit konstituieren und ihnen Bedeutungsgehalt verleihen. Dies erfolgt regelmäßig mit einer Vorstellung von (Groß-)Stadt als Leitbild. Beetz (2010: 129) spricht von hierarchisierten (Diskurs-)Ordnungen.

Als Gegenargument zu dieser einseitigen Perspektive ist anzubringen, dass auch aus ländlicher Perspektive solch selbstbewusste Deutungen möglich sind – etwa unter Verweis auf die Versorgungs-, Regulierungs- und kulturellen Ökosystemleistungen ländlicher Räume für die Gesamtgesellschaft (von Haaren/Albert 2016). Eine radikalere Perspektive vertreten Kelly-Reif/Wing (2016), wenn sie im Kontext der Debatte um Umweltgerechtigkeit etwa unter Bezug auf Nahrungsmittelproduktion und Abfallverbringung von einer „parasitären Beziehung" zwischen (Groß-)Stadt und Land sprechen (ebd.: 350) und Umweltbelastungen zu Ungunsten der ländlichen Bevölkerung konstatieren. Hier wird „Land" diskursiv nicht nur als ökologische Quelle und Senke, sondern sogar als Opfer großstädtischer Lebensstile gerahmt – was freilich erneut einer Deutung des Urbanen als dem Land übergeordnet Vorschub leisten kann.

Allen hegemonialen Diskursordnungen und einer ökonomischen wie kulturellen Residualisierung des Ländlichen zum Trotz ist festzustellen: „... it simply does not go away" (Halfacree 2004: 285). Ruralität ist ein fester Bezugspunkt alltagsweltlicher Vergleiche, medialer Diskurse, politischer Bemühungen und wissenschaftlicher Indikatoren-

systeme. Das Rurale bleibt eine *conditio sine qua non* des Urbanen (Redepenning 2018: 88) – wie umgekehrt das Land ohne Bezug auf die Stadt nicht vorstellbar ist. Weder materialisierte noch diskursive Grenzziehungen sind dabei trennscharf, und – das ist wesentlich – sie müssen es auch nicht sein, da jeweils an ausreichend explizite und implizite Bedeutungsgehalte und Vorstellungen angeknüpft werden kann.

In Forschung und Lebenswelt (vgl. zu Letzterer unten Textbox 1) dienen die wechselseitigen Stadt-Land- bzw. Land-Stadt-Bezüge und -Vergleiche auch einer Komplexitätsreduktion, und es wird an kulturell tief verankerte Differenzvorstellungen angeknüpft. Es ist also davon auszugehen, dass Urbanität und Ruralität – ob für sich konzeptualisiert oder aufeinander bezogen – auch künftig Projektions- und Konfliktfelder nicht nur wissenschaftlicher Debatten bleiben werden. Für beide Konzepte ist zudem eine Kontextabhängigkeit zu betonen: Weder gibt es „die“ Ländlichkeit (so auch Pratt 1996: 77) noch „die“ Urbanität (Zimmermann 2020; Beetz 2018) – und das macht beide aus Perspektive der Kleinstadtforschung ausgesprochen interessant.

2 Kleinstädtische Urbanität

2.1 Annäherungen an das Thema

Eingangs wurde bereits die These vertreten, dass Urbanität im deutschen Stadtforschungsdiskurs fast ausschließlich der Großstadt zugeschrieben und weitgehend normativ verhandelt wird. Simmels wirkmächtiger Essay „Die Großstädte und das Geistesleben“ (Simmel 1995 [1903]) definierte das Wesen und den Habitus des modernen Großstädters als „blasierten“, also herablassenden oder abgestumpften, reservierten und anderen Stadtbewohnern gegenüber gleichgültigen Verstandesmenschen. Diese Geisteshaltung leite sich, so der Autor, vom Charakter der modernen Großstadt ab und ermögliche persönliche Freiheit. Vom Berlin um die Wende zum 20. Jahrhundert inspiriert, ist die absolute Größe der Stadt für Simmel dennoch uninteressant – ihm geht es um die Frage, warum und wie sich „die Quantität des Lebens [...] in Qualität und Charakter um[setzt]“ (ebd.: 126).

Interessanterweise ist eines der wesentlichen Bezugsobjekte Simmels „die Kleinstadt und das Landleben“, die in einem Atemzug genannt werden (ebd.: 117).[3] Ihm zufolge ist die Kleinstadt durch einen „langsameren, gewohnteren, gleichmäßiger fließenden Rhythmus ihres sinnlich-geistigen Lebensbildes“ (ebd.) und eine „in und mit ihr selbst beschlossene Lebenssphäre“ (ebd.: 126) charakterisiert, die wiederum von „Kleinlichkeiten und Präjudizierungen“ geprägt sei und „den Kleinstädter einengen“ (ebd.). In der Kleinstadt kenne „man fast jeden Begegnenden“ und habe „zu jedem ein positives Verhältnis“ (ebd.: 122), sie sei abhängig von Einzelpersonen (ebd.: 126 f.), und soziale Kontakte seien länger und häufiger als in der Großstadt (ebd.: 129).

3 Die Gleichsetzung von „ländlich“ und „kleinstädtisch“ ist bis heute in der US-amerikanischen raumwissenschaftlichen Forschung weit verbreitet (z. B. Mattson 1997), lässt sich vor dem Hintergrund der dortigen Siedlungsgeschichte aber auch eher rechtfertigen als in Mitteleuropa.

Dieses – zugespitzt formuliert – Verdikt über die Kleinstadt basierte keineswegs auf empirischen Untersuchungen.[4] Dies war nicht das Vorgehen des philosophischen Soziologen Simmel. Als These kann formuliert werden, dass sein Kleinstadtbild einem verbreiteten Zeitempfinden entsprach. Vor allem aber: Die Kleinstadt (und „das Landleben") diente(n) vor allem als Kontrastfolie, vor der sich die neue Vergesellschaftungsform der Großstadt und ihr Hauptakteur, der Großstädter, umso deutlicher abzeichnen sollten (vgl. auch Hannemann 2004: 31; Beetz 2017: 53 f.). Mit dem kontrastierenden Zugang wurde zugleich eine bestimmte, pejorativ besetzte Vorstellung der Kleinstadt und des Kleinstädters transportiert. Das heißt, es ist gerade nicht die „Kleinstadt um 1900" (so Kolb 2007: 22), die Simmel beschreibt, sondern sein Bild von ihr. Eine solche Wahrnehmungsgeschichte der Stigmatisierung lässt sich mindestens bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückverfolgen – vielen Theaterstücken und erbauungsliterarischen Werken galt (und gilt) das Kleinstädtische als Synonym für das Kleinbürgerliche (zur Kleinstadtliteratur vgl. zuletzt Nell/Weiland 2020). Und bis heute dient das Bild der Kleinstadt „als die wirkliche Provinz" dazu, „ein bestimmtes Bild von Urbanität aufrechtzuerhalten" (Beetz 2018: 23).

Unabhängig von der konkreten Bewertung kleinstädtischer Vergesellschaftung wurde mit diesem Zugriff auf die Kleinstadt durch einen frühen Vertreter der akademischen Soziologie bereits ein Zugang etabliert, der bis heute für die Kleinstadtforschung (oder auch die Wahrnehmung von Kleinstädten ohne empirische Untersuchung) prägend ist – und den zu vermeiden auch bei einem analytisch-nüchternen Verständnis ausgesprochen schwer ist: Typischerweise erfolgt eine Definition oder eine Abgrenzung der Kleinstadt in Form von Komparativen („höheres Maß an", „geringere Ausprägung von") zu Groß- und Mittelstädten einerseits und zu Landgemeinden bzw. zum (vorgestellten) Dorf andererseits. So sprechen Nell und Weiland (2017) davon, dass die Kleinstadt durch die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, die Großstadt hingegen durch die Unwahrscheinlichkeit und das Dorf durch eine Unvermeidbarkeit solcher Kontakte gekennzeichnet seien. Ganz ähnlich ist dies für die Mittelstadt, wobei die Forschung dazu wiederum eine eigene Perspektive auf die Kleinstadt entwickelt: „Mittelstädte [...] weisen *im Unterschied zu Kleinstädten* also durchaus Stadtteile auf, die sich in der sozialen Struktur ihrer Einwohnerschaft, in deren Milieuzugehörigkeit und in der Architektur der Gebäude und Straßenzüge voneinander unterscheiden und als eigenständige Viertel erscheinen [...]. Zugleich setzen sich Mittelstädte genau darin auch wiederum von Großstädten ab, da die Differenzierung der Viertel geringer ist" (Schmidt-Lauber 2010: 22; Hervorhebung nicht im Original; vgl. zur sozialräumlichen Struktur kleiner Städte auch Schenkel/Großmann 2021 und Kirchhoff 2021).

Des Weiteren finden sich im Simmel-Text Hinweise auf bis heute zentrale Topoi der Kleinstadt. Zwei wiederkehrende und eng aufeinander bezogene sollen nachfolgend näher beleuchtet werden: die Überschaubarkeit und die Bekanntheit (fast) aller mit (fast) allen.

4 Hannemann (2004: 31) bezeichnete den berühmt gewordenen Essay als eine „Gelegenheitsarbeit anlässlich der deutschen Großstadtausstellung 1903".

2.2 Überschaubarkeit und Bekanntsein – Topoi des kleinstädtischen Urbanitätsverständnisses

Überschaubarkeit gilt als typisches Merkmal kleinstädtischer Urbanität. Sie wird mit großer Regelmäßigkeit in der Forschungsliteratur ebenso wie in Selbstbeschreibungen von Kleinstädterinnen und Kleinstädtern erwähnt (z. B. Luckmann 1970; Hannemann 2002; Albrecht/Dienel 2007; Kolb 2007: 121; Burmeister/Rodenhäuser 2018: 11; Baum 2020).[5] Eine präzisere Bestimmung gibt Hannemann (2004: 312), wenn sie zwei Dimensionen von Überschaubarkeit unterscheidet. Ihr zufolge fallen in Kleinstädten physischer und sozialer Raum meist zusammen – sie seien „räumlich überschaubar“ und „sozial nah“. Beetz (2017) steht dem Topos kritisch gegenüber und spricht von einer „Überschaubarkeitsfiktion“ (ebd.: 54). Er verweist auf Antimodernismus und Verklärung mittels einer solchen Zuschreibung. Zugleich wird Kleinstädten damit jedwede Komplexität abgesprochen (so auch Pätzold 2018: 85) – sie werden zu vormodernen Lebensformen, zu Siedlungsformen mit defizitärer Urbanität erklärt. Auch eine ausgeprägte Differenz von Öffentlichkeit und Privatheit, wie sie Bahrdt (1998 [1961]) als Merkmal der modernen (Groß)Stadt definiert hat, ist mit Überschaubarkeit nicht zu verbinden. Dieser Topos ist es wert, empirisch kritisch hinterfragt zu werden.

In enger Beziehung zur Überschaubarkeit steht in Beschreibungen der lebensweltlichen Praxis kleinstädtischer Urbanität das Stereotyp des *„Jeder kennt jeden“*, das partiell von Selbstzuschreibungen bestätigt wird (vgl. z. B. das Zitat bei Schrödel 2014: 216 sowie unten Textbox 1) – und in der Negativdeutung darf dann der Verweis auf eine hohe soziale Kontrolle nicht fehlen (z. B. Kolb 2007: passim). Dennoch sollten empirische Befunde eines enge(re)n sozialen Netzes, der häufigen Vermischung informeller und formaler Beziehungen, der geringe(re)n Rollendistanz sowie der großen Bedeutung persönlicher Kontakte im Alltag oder in der Lokalpolitik nicht den Blick auf die Existenz unterschiedlicher Verkehrskreise in der Kleinstadt verstellen (Dunckelmann 1975: 126 f.; Hannemann 2004: 290, 311; Beetz 2012: 60; Bürk 2012: 344 f.).[6] Für Sturm und Walther (2011: 11) sind Kleinstädte „durch distanziertere Öffentlichkeiten mit geringerer sozialer Kontrolle gekennzeichnet“ – Bezugsobjekte dieser Untersuchung waren wiederum Landstädte und Landgemeinden. Die Herstellung kleinstädtischer Öffentlichkeit ist somit ein permanenter Aushandlungsprozess (Bürk 2013: bes. 18 f., 80 f.). Burmeister und Rodenhäuser (2018: 36) verweisen ebenfalls auf die Vielfalt kleinstädtischer Kontakte und Beziehungen und gehen „insgesamt eher von einem Kontinuum unterschiedlicher sozialer und räumlicher Gesamtkonstellationen [aus],

5 Ähnliche Aussagen finden sich auch in der Mittelstadt-Forschung: „Verglichen mit Großstädten lässt sich in der Mittelstadt ein weitaus höheres Maß an Überschaubarkeit, direkter Kommunikation und Verbindlichkeit feststellen und entsprechend eine geringere Öffentlichkeit und Anonymität“ (Schmidt-Lauber 2010: 20). Daraus resultiere ein „spezifisch mittelstädtischer Urbanitätstypus“ bezogen auf Alltagskultur, Lebensführung und subjektive Erfahrung (ebd.: 11), zu dem eine hohe Wahrscheinlichkeit ungeplanter Begegnungen sowie geringere (soziale) Distanzen als in der Großstadt gehörten (ebd.: 21 f.).

6 Hannemann (2004: 311) beschreibt dies als Unterschied zum Dorf, doch ist aus Perspektive dieses Siedlungstyps zu betonen, dass auch dies ein Topos, wahlweise eine idealtypische Vorstellung ist, die für viele Dörfer heute nicht (mehr) zutrifft (vgl. Laschewski/Steinführer/Mölders et al. 2019: 5-13).

entlang dessen Sozialbeziehungen zunehmend abstrakter und ‚unpersönlicher' werden." Ähnlich argumentiert Beetz (2017: 55), der betont, dass die kleinstädtische „Vielgestaltigkeit lokaler Formen der Vergesellschaftung [...] nicht selten – auch in der wissenschaftlichen Analyse – stark verkürzt" werde.

In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von Dirksmeyer (2009: 183) auf eine Unterscheidung von Lofland (1973) interessant: jene zwischen einem persönlichen und einem „kategorischen" Kennen. Letzteres bezeichnet ein Wissen über andere bezogen ausschließlich auf deren Rollen oder Status.[7] Als quantitatives Maximum des kategorischen Kennens schätzte Lofland eine Zahl von 3.000 bis 4.000 Personen, „perhaps slightly more" (ebd.: 10), und vermutete den Übergang zwischen Kleinstadt und Stadt (*city*) ab 8.000 bis 10.000 Personen (ebd., 11). Selbstverständlich ist die genaue Zahl ebenso unbestimmbar wie irrelevant (zumal: individuell verschieden). Im Kontext dieses Beitrags ist vielmehr von Bedeutung, dass es kognitive Grenzen des Kennens und Wiedererkennens gibt und dass es in Siedlungszusammenhängen mit weniger als 5.000 Personen (so die Grenze bei Dirksmeier 2009: 183) „theoretisch denkbar, wenn auch nicht wahrscheinlich [ist], dass alle Einwohner sich kategorisch kennen" (ebd.). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass sich in der Kleinstadt nicht nur das persönliche, sondern auch das kategorische Kennen längst nicht auf alle anderen Einwohnerinnen und Einwohner beziehen kann. Der „Fremde", jener im Großstadtdiskurs immer wieder benannte „Gewährsmann" von Urbanität, gehört also in kleinen Städten ebenfalls zur lebensweltlichen Erfahrung (vgl. Steinführer 2016: 48).

Aufbauend auf Untersuchungsergebnissen in vier nordostdeutschen Kleinstädten zu Beginn der 2000er Jahre sowie unter Rückbezug auf den Sozialkapital-Begriff von Putnam (2003) verdichtet Hannemann (2004), die eine der wenigen gründlichen und vergleichenden Kleinstadtstudien der vergangenen Jahrzehnte verfasst hat, ihre Ergebnisse zu einer weitergehenden Interpretation: Sie schreibt Kleinstädten ein *spezifisches lokales Sozialkapital* zu, „das sich im Vereinsleben, in den informellen Netzwerken und der lokalen Identität" (ebd.: 323) sowie in einer spezifischen Lokalpolitik ohne parteipolitische Frontstellungen zeige und das an die sozialräumliche Einheit der jeweiligen Kleinstadt geknüpft sei. Das lokale Sozialkapital wirke stabilisierend und bewahre eine besondere Lebensqualität (ebd.: 323 ff.; vgl. auch Borsig 2010). Im Kontext der untersuchten Fallbeispiele (Kleinstädte mit mehrfachen historischen Schrumpfungs- und Marginalisierungsschüben) spricht Hannemann (2004: 312) von einer „Kultur der Marginalität" als „kollektive Coping-Strategie" zur produktiven Verarbeitung ungünstiger Rahmenbedingungen und begrenzter Ressourcen. Diesen Gedanken entwickeln Burmeister und Rodenhäuser (2018: 40 ff.) weiter zu einem normativen Verständnis „bürgergetragener Urbanität" als spezifisch kleinstädtische Ausprägung von Urbanität. In beiden Fällen wird somit der Forderung des Historikers Clemens Zimmermann (2020) Rechnung getragen, Urbanität gegenstandsangemessen zu definieren.

---

7 Im Original lautet die Definition des „kategorischen Kennens" (*categoric knowing*) wie folgt: „That is, one knows who the other is only in the sense that one knows he can be placed into some category or categories" (Lofland 1973: 15; zum persönlichen Kennen [*personal knowing*] vgl. ebd.: 15 ff.). Dessen Obergrenze ist, zumal im Zeitalter sogenannter sozialer Medien, umstritten (vgl. z. B. die Daten bei Wellman 2012).

2.3 Kleinstädtische Urbanität und Schrumpfung: ambivalente Diagnosen

Der Schwerpunkt der jüngeren Kleinstadtforschung in Deutschland lag auf Kommunen mit gravierenden wirtschaftlichen Problemen, langjähriger Abwanderung und nachfolgender demographischer Alterung, häufig bezeichnet als Marginalisierung (Hannemann 2004) bzw. Peripherisierung (Steinführer/Kabisch 2004; Bürk 2013; Kühn 2015; für Mittelstädte vgl. analog Bernt/Liebmann 2013). Diese weitgehend auf ostdeutsche Kleinstädte beschränkte Diskussion betont deren demographische und soziale Homogenisierungstendenzen, die weitreichenden Verluste an Menschen, Funktionen, Zentralität und Infrastruktur sowie die symbolische Abwertung in den Selbst- und Fremdwahrnehmungen. Urbanität in einem normativen Verständnis dürfte in diesen kleinstädtischen Lebenszusammenhängen deutlich abgenommen haben – allerdings befasste sich keine der genannten Studien explizit mit Vorstellungen von und Bedeutungszuschreibungen an Urbanität, weshalb deren Verlust streng genommen nur eine Behauptung ohne Möglichkeit eines Vergleichs im Zeitverlauf darstellt.

Ebenfalls hypothetisch lässt sich formulieren, dass der Peripherisierung bzw. Marginalisierung in ländlichen Schrumpfungsregionen in jüngster Zeit ein zumindest partieller *Bedeutungsgewinn* der Kleinstädte (bzw. ihrer Kernstädte) gegenübersteht, der auf die Zentralisierung der verbliebenen öffentlichen und privaten Daseinsvorsorgeeinrichtungen sowie spezialisierter Wohnangebote insbesondere für Ältere bzw. Hochbetagte zurückzuführen ist. In der Kombination von guter Grundversorgung sowie „räumliche[r] und soziale[r] Übersichtlichkeit“ bietet die Kleinstadt somit „gute Voraussetzungen, sich insgesamt als Wohn- und Lebensquartier für das Wohnen im Alter zu entwickeln“ (Dehne/Neubauer 2014: 6; vgl. auch Schrödel 2014: 195, 220ff.; Rößler/Kunz 2010; Steinführer/Kohring 2019). Am Beispiel dänischer Kleinstädte vertreten Fertner/Groth/Herslund et al. (2015) die These einer Spezialisierung einiger Kleinstädte auf die Wohnfunktion (*residential urbanism*), mit der ihre positive Entwicklung auch bei geographischen Ungunstfaktoren begründet wird und die von der Funktion als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort (*job-related urbanism*) entkoppelt sein kann (ebd.: 128). Unter dem Stichwort „residentielle Ökonomie“ ist diese Debatte auch in der Schweiz – hier aber mit Schwerpunkt auf obere Einkommensgruppen und landschaftlich reizvolle Regionen – verbreitet (Crevoisier/Guex/Segessemann 2015). Im Kontext dieser nicht abgeschlossenen Diskussion ist zugleich Schrödel (2014) zuzustimmen, der ländliche Kleinstädte als „in Relation zum Umland strukturstark […], im gesamtdeutschen Vergleich jedoch strukturschwach“ (ebd.: 194) bezeichnet. Dies gilt sicherlich nicht für alle Kleinstädte in ländlichen Räumen (vgl. Mayer 2021), aber für Schrumpfungsregionen in hohem Maße. Hinzu kommt, dass theoretisch zu diskutieren und empirisch zu untersuchen wäre, wie die sich andeutenden relativen Bedeutungsgewinne und die zu vermutende weitere alters- und gegebenenfalls auch sozialstrukturelle Homogenisierung sich zu kleinstädtischer Urbanität verhalten – und ob sie dem (normativen) Vielfaltsimpetus des Konzepts nicht vielmehr zuwiderlaufen.

Ein letzter Aspekt soll in diesem Zusammenhang kurz thematisiert werden: Versuche, kleinstädtische Urbanität analog zu großstädtischen Vorbildern durch *kulturelle Ereignisse und gezieltes Marketing* zu schaffen bzw. zu befördern („Branding“; Beetz 2018: 25). Stadtfeste, Musik- und Theaterfestivals sowie (Töpfer-, Pferde-, Mittelalter-)

Märkte stellen eine beliebte Stadtmarketingstrategie dar und werden genutzt, um (tatsächliche oder vermeintliche) „Alleinstellungsmerkmale“ und Traditionspflege zu etablieren bzw. zu betonen (kritisch dazu: Schrödel 2014: 193). Für Großstädte hat sich dafür der Begriff „Festivalisierung“ eingebürgert (Häußermann/Siebel 1993), und beide – Klein- wie Großstädte – nutzen für diese Praktiken ihren auf die Marktfunktion gründenden Zentralitätsstatus gegenüber dem Umland. Ein kursorischer Blick auf kleinstädtische Praktiken verdeutlicht, dass es meist die historische Altstadt ist, die für solche Veranstaltungen gepriesen und genutzt wird. Vor dem Hintergrund der theoretischen Debatte um Urbanität ist interessant, dass in der Stadt-Definition von Wirth (1974 [1938]) ein damit zusammenhängendes – von ihm selbst in seinen weiteren Ausführungen aber nicht verfolgtes – Merkmal benannt wurde: die Dauerhaftigkeit einer Siedlung (*permanent settlement*; Wirth 1938: 8). Deren Materialisierung ist im europäischen Kontext häufig das gebaute Erbe mit beispielsweise Stadtmauer, Rathaus oder Marktplatz, das in vielen Kleinstädten überdauert hat und einen wichtigen Bezugspunkt städtischer Identität bildet. Hier sind die Events der heutigen Zeit angesiedelt, und sie nutzen es als Kulisse. Bürk (2013) kritisiert dies als „hegemoniale Deutung der Stadtgeschichte als Altstadtgeschichte“ (ebd.: 336; vgl. auch Herrenknecht/Wohlfahrt 2004: 7). Gleichzeitig sollen solche Ereignisse, wie z. B. größere Kulturaufführungen oder Stadtfeste, nicht nur nach außen wirken, sondern haben auch eine Binnenfunktion zur Stärkung lokaler Identität. Ebenso gelten sie als Symbol einer spezifischen Lebensqualität (Kolb 2007: 79 f. sowie 82-116 passim; Burmeister/Rodenhäuser 2018: 8).

Gezieltes Selbstmarketing kleiner Städte als Wohnstandorte leitet unmittelbar zum nächsten Kapitel über – denn solche Darstellungen (etwa in Form kurzer Werbefilme) betonen zwar auch städtische, vor allem aber ländliche Elemente der Kleinstädte. Hervorgehoben werden neben der Überschaubarkeit insbesondere (die Topoi) Grün, Ruhe und (vergleichsweise billigeres) Wohneigentum.[8]

3 „Rurale“ Kleinstädte?

Eine der Urbanitätsdebatte analoge Ruralitäts-Perspektive auf die Kleinstadt gibt es nicht: „Die Kleinstadt wird […] – so scheint es – in der Literatur wie in der Forschung weit stärker von der Großstadtperspektive her gesehen, gedacht und in der Folge auch charakterisiert als von Dorf und Land aus“ (Lanzinger 2003: 198). Nachfolgend werden unter den Stichworten „Zwischenort“, „bessere Stadt“, „regionaler Kontext“ und „Verländlichung“ vier Zugänge zu Ruralität im kleinstädtischen Kontext unterschieden und kurz ausgeführt.[9]

8 Diese Aussage ist nicht empirisch abgesichert, sondern nimmt ausgewählte kleinstädtische Werbefilme als Referenz. Ich danke neben Alexandra Tautz und Samo Darian besonders Tim Leibert für Inspirationen und Diskussionen zu dieser Frage in Vorbereitung des Themenraums „Kleine Städte“ auf dem TRAFO-Ideenkongress 2018 in Halle/Saale.

9 Auf eine weitere Untergliederung des Kapitels wird wegen der sehr überschaubaren Literaturbasis verzichtet.

Ebenso wie kleinstädtische Sozialkontakte und Verkehrskreise aus einer Urbanitäts-Perspektive betrachtet werden können, ist dies auch mit einer Ländlichkeits-„Folie“ möglich. Noch immer gelten ländliche Räume in der Öffentlichkeit und in vielen wissenschaftlichen Publikationen als Sozialraum vergleichsweise enger sozialer Beziehungen. Gerhard Henkel (2004 [1993]) hat diesen Aspekt sogar in seine Definition des ländlichen Raums aufgenommen. Für ihn ist dieser „ein naturnaher, von der Land- und Forstwirtschaft geprägter Siedlungs- und Landschaftsraum mit geringer Bevölkerungs- und Bebauungsdichte sowie niedriger Wirtschaftskraft und Zentralität der Orte, aber höherer Dichte der zwischenmenschlichen Beziehungen“ (ebd.: 33). Der hier wie so oft verwendete Komparativ („höhere“ Dichte) wird nicht weiter expliziert – ganz offenbar ist aber die Vergleichsfolie die (Groß-)Stadt. Aus Urbanitäts- wie aus Ruralitätsperspektive erscheint die Kleinstadt als „Zwischenort“ (Lanzinger 2003: 198). Das Ausmaß an sozialer Kontrolle, die Dichte der lokalen Netzwerke und der Grad möglicher Anonymität werden je nach Perspektive mit einer Großstadt- oder einer dörflichen „Brille“ als höher oder niedriger bewertet.[10] So schreibt beispielsweise Kolb (2007), dass zwar „auch in der Kleinstadt nicht mehr jeder Bürger jeden [kennt], aber die Sozialbeziehungen [...] noch [sic!] durch Eigenschaften geprägt [sind], die eher dem sozialen Leben auf dem Lande zugesprochen werden“ (ebd.: 30) – und dies, obwohl die Forschung ländlicher Räume bereits vor Jahrzehnten ein deutlich differenzierteres Bild dörflicher Nachbarschaft im Spannungsfeld von Nähe und Distanz nachgewiesen hat (vgl. Laschewski/Steinführer/Mölders et al. 2019: 9-13). Für die Forschung zur Kleinstadt bedeutet dies: Was aus Stadt-Perspektive als defizitäre Urbanität erscheint, lässt sich mit Blick auf Ruralität wahlweise positiv oder negativ rahmen. Eine Bewertung aus der Eigenperspektive kleiner Städte und ihrer Bevölkerung fehlt dabei meist. Gerade diese aber wäre wertvoll, um einen empirisch gesättigten Blick auf die Vielfalt sozialer Beziehungen in diesem Stadttypus zu erhalten.

Ländlichkeit wird des Weiteren als wesentliches Argument in Bleibe- und Zuwanderungsentscheidungen für die kleine – als die für bestimmte Lebenssituationen oder -entwürfe *„bessere“ – Stadt* angeführt. So argumentiert Schrödel (2014: 195) auf Fallstudienbasis, dass Kleinstädte in Agglomerationsräumen „von Menschen [profitieren], die nahe an Großstädten und trotzdem ländlich leben wollen“. In einer Studie in sieben sachsen-anhaltischen Ortschaften (vorwiegend Klein- und Landstädte) haben Albrecht und Dienel (2007) auf Grundlage qualitativer Interviews mit, wie sie es nennen, „Bleibefamilien“ und jungen Paaren verschiedene kleinstädtische Lebensformtypen identifiziert und deren spezifische Anforderungen und Anpassungen an den lokalen Alltag herausgearbeitet. Nicht in jedem Fall erscheint die Kleinstadt als die persönlich beste Alternative, oft aber wird sie als die der aktuellen Lebenssituation angemessene gedeutet, wobei die individuelle Sozialisation im dörflichen, klein- oder großstädtischen Kontext einen zentralen Maßstab für die jeweilige Bewertung bildet. Ländlichkeitsnarrativen kommt dabei eine wesentliche, wenn auch nicht die alleinige Bedeutung zu (vgl. Kap. 4).

10 Erneut finden sich ähnliche Beschreibungen auch für den nächsthöheren Typus in der Städtehierarchie. Demnach sei eine „Position des Dazwischen [...] grundlegend für die Mittelstadt“ (Schmidt-Lauber 2010: 20).

Im *regionalen Kontext* werden Kleinstädte in vielen (wenn auch nicht allen) Definitionen und/oder Abgrenzungen ländlicher Räume mitberücksichtigt. So definiert Grabski-Kieron (2016 [2007]: 826): „Der ländliche Raum ist der Teil des Gesamtraumes, der durch eine in hohem Maße land- und forstwirtschaftlich genutzte oder zumindest geprägte Freiraumstruktur und durch vorherrschend freiraumbezogene Ressourcennutzungen gekennzeichnet ist. In ihm herrscht eine disperse Siedlungsstruktur mit vorrangig gering- bis mittelzentralen und azentralen Siedlungen vor" (vgl. auch Küpper 2016: 29). Neben Dörfern werden hier also Kleinstädte als Strukturmerkmale ländlicher Räume hervorgehoben. Die „niedrige Zentralität der Orte" ist, wie oben zitiert, auch für Henkel (2004 [1993]: 33) ein wichtiges Kriterium. An anderer Stelle bezeichnet er Kleinstädte als „[z]u den ländlichen Siedlungen im weiteren Sinne" gehörend, ohne dass dort aber (wie bereits zuvor) auf städtischen Charakter verwiesen wird. Explizit wird ihnen partiell sogar abgesprochen, überhaupt eine Stadt zu sein: „Viele Kleinstädte unterscheiden sich vor allem hinsichtlich ihrer Funktionen […] nicht von größeren Dörfern" (ebd.: 228; vgl. auch Eckardt 2019: 208). Hingegen geht Schrödel (2014) davon aus, dass Kleinstädte ihre „Daseinsberechtigung" aus einigen zentralörtlichen Funktionen ableiten (ebd.: 93; vgl. zu Realität und Fiktion kleinstädtischer Zentralität auch Beetz 2021).

Im Zuge von Gemeindegebietsreformen sind viele Kleinstädte in den vergangenen Jahrzehnten funktional um ländliche Räume sowie siedlungsstrukturell um Dörfer erweitert worden. Zwar findet der gleiche Prozess auch am Rand vieler Großstädte statt, doch relational gesehen hat er für Kleinstädte bezogen auf die Flächenerweiterung eine andere Quantität. Unter den 20 flächengrößten Gemeinden Deutschlands gab es Ende 2017 sieben Kleinstädte mit einer gemittelten Einwohnerzahl von ca. 12.300 und einer Durchschnittsgröße von etwa 380 km² – was nahezu der Stadtfläche von Köln entspricht.[11] Es lässt sich deshalb von einer *„Verländlichung"* der Kleinstädte sprechen, worunter sich ihre administrative Erweiterung oder sogar Schwerpunktverlagerung in ländliche Räume verstehen lässt (Steinführer 2016: 50f ff.; 2018). Damit verbunden sind oft weitere Alltagswege für die Bevölkerung der eingemeindeten Dörfer, aber auch für den Verwaltungsvollzug, ebenso geänderte Wegeführungen und Knotenpunkte des öffentlichen Nahverkehrs, Versuche der Schaffung einer neuen Identität als „Einheits"-Gemeinde (die oft noch Jahrzehnte später nicht allzu erfolgreich waren) und in den neuen Stadträten Konflikte über das Verhältnis zwischen den Belangen der dörflichen Ortsteile und jenen der Kernstadt. Als These sei formuliert, dass der Prozess der Verländlichung sowohl dem Selbstverständnis der Überschaubarkeit als auch dem kollektiven Selbstverständnis als Stadt bzw. Stadtbewohnerinnen und -bewohner zuwiderläuft.[12]

---

11 Grundlage der Berechnungen ist die BBSR-Datei „Stadt- und Gemeindetyp" (BBSR 2017; Stand 31.12.2017).

12 Im internationalen Vergleich wird mit den bevölkerungsstatistischen Folgen von Gebietsreformen unterschiedlich umgegangen. So beschränken sich Vaishar/Zapletalová/Nováková (2016) für den tschechischen Kontext auf die Kernstädte und beziehen ihre quantitative Definition ausschließlich darauf (vgl. ebd.: 352). Aus einer vordergründigen Urbanitätsperspektive mag das berechtigt sein – allerdings geht ein solcher Zugang an den administrativen Gegebenheiten vorbei. Denn nach Gebietsreformen müssen sich Kommunalpolitik und -verwaltung eben auch mit den Belangen vormals eigenständiger Dörfer auseinandersetzen. Zudem ist eine solch quantitative Differenzierung von Kernstadt und Ortsteilen in Deutschland aufgrund der Konventionen der amtlichen Statistik unmöglich (vgl. Milbert/Fina 2021). In Tschechien wird hingegen in den seit 1869 regelmäßig durchgeführten Volkszählungen stets die Bevölkerungszahl aller Ortsteile erhoben und veröffentlicht.

4 Urban-rural: Kleinstädte als hybride Siedlungsform?

Aus einer lebensweltlichen Perspektive aufschlussreich für die Frage kleinstädtischer Urbanität und Ruralität sind die Auszüge aus Interviews, die in der oben erwähnten Studie in Sachsen-Anhalt (darunter in mehreren Kleinstädten im Verständnis dieses Bandes) geführt wurden (Albrecht/Dienel 2007: 39-86). Trotz anzubringender methodischer Kritikpunkte an dieser Studie (bzw. an der vorgelegten Veröffentlichung)[13] hat diese einen besonderen Wert: Ausführlich kommen sieben Familien und vier junge Paare aus unterschiedlichen Land- und Kleinstädten zu Wort. In den Interviewauszügen der Studie werden die meisten der in diesem Beitrag thematisierten Topoi wieder aufgegriffen (vgl. die Beispielzitate in Textbox 1). Dazu zählen beispielsweise soziale Nähe, die wahlweise als Enge, Distanz oder Vertrautheit interpretiert wird, räumliche Überschaubarkeit und Naturnähe sowie Angebotsmangel oder -vielfalt. Vor allem wird deutlich, wie verschieden Urbanität und Ruralität kleiner Städte definiert und interpretiert werden können. Eine wesentliche Rolle spielt in den Darstellungen der Vergleich zu anderen lokalen Lebenszusammenhängen (fast ausschließlich im Spannungsfeld von Großstadt und Dorf) – ob vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen dort oder auf Grundlage von Vorstellungen über das Leben andernorts. Vor diesem Hintergrund kann die Kleinstadt aus einer lebensweltlichen Perspektive sowohl als Land („Dorf“) als auch als Stadt gedeutet werden.[14]

Zwar handelt es sich nur um kursorische Befunde, sie geben aber erste Hinweise auf das besondere Spannungsfeld von Urbanität und Ruralität in kleinen Städten, das Bewohnerinnen und Bewohner – ob Zugezogene, Zurückgekehrte oder „Einheimische“ – zumindest in Interviewsituationen dazu bringt, sich auf dem Kontinuum von Einzelgehöft bis Metropole zu verorten.

Gleichzeitig gehen die Zitate in Textbox 1 über subjektive Selbstverortungen und Zuschreibungen hinaus. Vereinzelt werden Alltagspraktiken erwähnt und diese als wahlweise „städtisch“ oder „ländlich“ gerahmt. Urbanität und Ruralität werden in unterschiedlichen „Mischungsverhältnissen“ und mit teils kontrastierenden Bewertungen als Möglichkeiten kleinstädtischen Lebens betont. Zwar hat die sozialwissenschaftliche Raumforschung die Stadt-Land-Dichotomie weitgehend hinter sich gelassen, doch ist anzuerkennen, dass lebensweltliche Beschreibungen mit Vorstellungen von

13 Zur Methodik der Studie gibt es nur wenige Erläuterungen. Demnach wurden ca. 2005/2006 etwa 70 qualitative Interviews mit Familien (sowie weitere mit jungen Paaren) durchgeführt, die per Schneeballsystem über Multiplikatoren gefunden wurden. Hinsichtlich einer Repräsentativität der Befragten urteilen die Autoren: „Durch die gezielte Auswahl von Interviewpartnern konnte, so die Einschätzung der beteiligten Akteure, die Wirklichkeit zu ca. 80 Prozent abgebildet werden“ (Albrecht/Dienel 2007: 154; vgl. auch 87f.). Der erkenntnistheoretische Zugang zur Typenbildung wird nicht dargestellt. Für nähere Informationen zum Projekt und zu den Untersuchungsstädten vgl. auch https://www.prolandleben.de (10.04.2020).

14 Hoerning (2012: 236 f.) verweist auf ähnliche Befunde aus einem ganz anderen siedlungsstrukturellen Kontext: den Megacities beispielsweise in Lateinamerika (Mexiko City) oder in Südostasien. Anders als in den hier interessierenden Kleinstädten geht es in den Megacities aber gerade nicht um die Möglichkeit gleichermaßen urbanen und ruralen Lebens auf engem Raum, sondern um die Verwobenheit großstädtisch verdichteter und ländlich-aufgelockerter Siedlungsstrukturen und sozialer Praktiken.

(*Mann*) „Weil wir vorher in einer Großstadt wohnten, dachten wir beim Herzug wirklich: Mensch, hoffentlich wird es uns nicht zu eng. Aber im Prinzip ist es schön, dass wir immer Bekannte treffen, wenn wir in die Stadt gehen. Das scheint der Vorteil der Kleinstadt zu sein: Es ist nicht so anonym wie in der Großstadt, aber auch nicht ganz so eng wie auf einem Dorf."
(*Kleinfamilie, Kernstadt* [*?*]*, Mietwohnung*)

(*Frau*) „Unsere Stadt kommt uns als Kleinfamilie in vielerlei Hinsicht entgegen. Man hat's nicht weit in den Wald und kann wandern. Es gibt mehrere Spielplätze und eine Bibliothek. Die Kindereinrichtung ist in Form."
„Ich bin froh hier zu wohnen. Es ist ruhig und übersichtlich. Man kennt sich. Die Leute horchen, wie es einem geht. Sie machen auch mal einen Weg, wenn man es selbst nicht schafft. Schon oft haben mich Leute einfach so angesprochen. Die Einheimischen sind nett, schnell im Gespräch miteinander."
(*Alleinerziehende, Kernstadt, Mietwohnung*)

(*Mann*) „Stadt und Wald sind von uns aus gleich gut zu erreichen. Ich sage immer: Wir sind eigentlich Stadtkinder – und wollten auch das Ländliche. Das haben wir hier gefunden. [...] Ich habe keine Beziehungen zu den Verlockungen großer Städte. Ich will für mich und meine Kinder eher so was wie Bodenständigkeit."
(*Frau*) „Hier kann man auch die Schulsituation gut überschauen, jeder kennt jeden. Die Schulen sind gut saniert. Es gibt nicht so viel Frustration wie in den Plattenbaugebieten der großen Städte."
(*Großfamilie, Stadtrand, landwirtschaftlicher Hof*)

(*Frau*) „Ich komme aus Leipzig. Deshalb muss ich sagen: Das nimmt sich hier nicht viel zum Dorf. Für mich ist hier keine Kleinstadt, für mich ist es Dorf."
(Mann) „In der Großstadt kann ich meinen Kindern was bieten. Da gibt es Wahlmöglichkeiten. [...] Alles, was in der Kleinstadt über Sport und Musik hinausgeht, ist kaum zu organisieren. [...] Wir bleiben. Schließlich kommt man hier relativ gut weg über die Autobahn, mit dem Zug. Unsere Stadt ist gut erreichbar. Gegenüber einem Dorf ist das wirklich ein Vorteil."
(*Kleinfamilie, Kernstadt, Mietwohnung*)

(*Frau*) „Die Natur hier ist sehr zu empfehlen. In der Großstadt dagegen: zu viele Leute und zu viel Verkehr. Da ist es hier in der Kleinstadt schon schöner. Auf dem Dorf wäre es mir etwas zu ruhig."
(*Mann*) „Ich bin nicht fürs Stadtleben. Das ist nicht meins. Da habe ich nicht den richtigen Draht zu. Auch wenn man sich mit den Nachbarn grüßt, mir ist es hier zu anonym. Wenn ich nicht mal wen anrufe, passiert nichts. Auf dem Dorf kann ich zum Nachbarn gehen, auch wenn er zwanzig Jahre älter ist, und ein bisschen quatschen. Man kennt sich eben."
(*Paar, DDR-Neubaugebiet am Rand der Kernstadt, Mietwohnung*)

Textbox 1: Lebensweltliche Konzeptionen kleinstädtischer Urbanität und Ruralität / Quelle: Albrecht/ Dienel 2007: 48, 53, 54, 61, 63, 65, 72, 111 f. (*zur Studie vgl. die Erläuterungen im Text*)

relativ eindeutigen und trennscharfen Offerten, Beschränkungen und Praktiken in den jeweiligen Siedlungstypen bzw. Vergesellschaftungsformen einhergehen (vgl. erneut Textbox 1). Dies ist allerdings kein auf Kleinstädte beschränktes Phänomen: Vielmehr findet sich die Verbindung von als städtisch bzw. ländlich dargestellten Alltagspraktiken auch in subjektiven Beschreibungen des Lebens in innerstädtischen Wohnvierteln (man denke an die oben schon erwähnten *urban villages*), in suburbanen Wohngebieten (Jessen 2001), ja sogar in Megacities (Hoerning 2012: besonders 236). Systematische und siedlungstypenübergreifende Forschung ließe hier neue und mit Sicherheit überraschende Einblicke erwarten.

5 Forschungslücken und -bedarf

Sowohl aus dem urbanen Selbstverständnis als auch den ruralen Charakteristika von Kleinstädten sowie darauf bezogenen Zuschreibungen und Vorstellungen lässt sich eine Vielzahl unbeantworteter Forschungsfragen ableiten. So ist die Frage nach der symbolischen Bedeutung des formalen Stadtstatus zu stellen, verbunden mit dem Interesse, ob solche Statusänderungen auch heute noch einen Wert für kleinstädtische Entscheidungsträgerinnen und -träger und die Bevölkerung haben. Im Gegenzug – und empirisch brisanter wie relevanter – ist zu fragen, wie sich kleinstädtische Identitäten im Zuge von Gemeindegebietsreformen ändern. Und auch die nur kurz thematisierte „doppelte“ oder sogar „dreifache“ Alterung der Kernstädte – durch Abwanderung von Jüngeren, innerstädtische Umzüge von Hochbetagten sowie altersselektive Zuwanderung der Generationen 55+ (Rößler/Kunz 2010: 57; Steinführer/Kohring 2019) – und ihre Folgen für urbanes Leben und kleinstädtisches Selbstverständnis wären zu vertiefende interessante Forschungsaspekte. Wie es sich schließlich empirisch-lebensweltlich – jenseits siedlungsstruktureller und baulicher Charakteristika – mit kleinstädtischer Urbanität und Ruralität sowie ihrem Verhältnis zueinander verhält, bildet ein weiteres Forschungsdesiderat.

Viele der hier berücksichtigten Studien sind nicht als expliziter Beitrag zur Kleinstadtforschung angelegt, und die Frage, inwiefern die berichteten Ergebnisse übertragbar oder gar generalisierbar sind, ist beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht zu beantworten. In vielen Kleinstadtuntersuchungen wird darüber hinaus nicht deutlich, was vom Beschriebenen auf empirischer Evidenz beruht oder was einen Eindruck bzw. ein Stereotyp der Forscherin / des Forschers wiedergibt. Ein weiterer Forschungsbedarf ergibt sich somit bereits in Bezug auf eine – über die hier vorgelegte Zusammenschau hinausgehende – kritische Sichtung und Systematisierung des vorhandenen Materials. Wünschenswert ist darüber hinaus, die internationale Kleinstadtdebatte mit einzubeziehen (vgl. Bański 2021, im Erscheinen).

Auch aus methodologischer Perspektive sind Forschungsdesiderata zu vermerken: Bei den hier verwendeten Untersuchungen handelt es sich fast ausschließlich um Einzelfallstudien, meist auf Grundlage eines qualitativen Zugangs in Form leitfadengestützter Interviews mit Schlüsselpersonen des Kleinstadtlebens und/oder mit Einwohnerinnen und Einwohnern. Vereinzelt werden standardisierte Bevölkerungsbefragungen in einer Kleinstadt oder in mehreren Orten durchgeführt (z.B. Hannemann 2004; Steinführer/Kabisch 2004). Die Möglichkeiten, größeren Bevölkerungsbefra-

gungen wenigstens die Gemeindegrößenklassen als grobe Annäherung an unterschiedliche lokale Lebenszusammenhänge zuzuspielen (wie es beispielsweise bei der bis 2012 jährlich durchgeführten BBSR-Befragung „LebensRäume“ erfolgte; z. B. Sturm/Walther 2011) und systematische Vergleiche zwischen den verschiedenen Siedlungstypen vorzunehmen, werden noch zu selten genutzt (vgl. auch Milbert/Fina 2021).

6 Zusammenfassung

Die Vernachlässigung von Kleinstädten in der Stadtforschung bzw. ihr Verweis in ländliche Räume stützt sich auf ein ausgeprägt normatives Verständnis von Urbanität, das in dieser Form bereits bei den Klassikern der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung angelegt und aufgrund kanonisierter und fast ausschließlich an der Großstadt interessierter Vermittlungsformen bis heute wirkmächtig ist. Während Urbanität jedoch eine etablierte und meist von einer Defizitdarstellung geprägte Forschungsperspektive auf die Kleinstadt ist, bildet Ruralität ein zwar häufig anzutreffendes Stereotyp in Bezug auf Kleinstädte, doch wurde sie bislang in ihren lebensweltlichen Ausprägungen und Folgen kaum systematisch untersucht.

Die Kleinstadt wird gern als Siedlungstyp des „Dazwischen“ konzeptualisiert. In vielem sind ihre Merkmalsausprägungen eben kleiner als in der Groß- (und Mittel-)Stadt und größer als im Dorf. Die Stadt-Land-Ambivalenz ist ihr inhärent und regt stets von Neuem Auseinandersetzungen mit der Kleinstadt als Lebenswelt und Siedlungstyp an – meist allerdings mit einer normativen Rahmung. Zuschreibungen von „Stadt“ und „Land“ sind, so sei als These formuliert, für Kleinstädte ganz unterschiedlicher Struktur und sowohl metropolennah als auch in peripheren Lagen möglich. Aus den Ausführungen in diesem Beitrag lässt sich schlussfolgern, dass es gerade die Ambivalenz städtischer und ländlicher Vorstellungswelten, Zuschreibungen und Alltagspraktiken ist, die Kleinstädte kennzeichnet. Anders formuliert: Urbanität und Ruralität sind mögliche und einander nicht ausschließende – wissenschaftliche wie alltagsweltliche – Perspektiven auf das Kleinstadtleben. Trotz der nicht vollständig auflösbaren Unbestimmtheit der beiden hier in den Mittelpunkt gestellten Konzepte kann ihre integrative Berücksichtigung Erkenntnisgewinne über Lebensrealitäten und soziale Praktiken jenseits der etablierten Stadt-Land-Dichotomie und frei von Werturteilen erbringen.

Literatur

Albrecht, P.-G.; Dienel, H.-L. (Hrsg.) (2007): Vielfältig. Überschaubar. Kinderfreundlich. Familienleben in Sachsen-Anhalts kleineren Städten. Ergebnisse des Projektes „Ländliche Lebensmodelle junger Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt“. Halle/S.

Anders, K. (2018): Es geht um Freiheit. Über die ländliche Kultur als Gegenstand öffentlicher Förderung und eine Kulturelle Bildung als Landschaftliche Bildung. https://www.kubi-online.de/artikel/geht-um-freiheit-ueber-laendliche-kultur-gegenstand-oeffentlicher-foerderung-kulturelle (27.05.2019).

Bahrdt, H.-P. (1998 [1961]): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Neuauflage hrsg. von U. Herlyn. Opladen.

Bański, J. (Hrsg.) (2021, im Erscheinen): Routledge Handbook of Small Towns. London, New York.

Baum, D. (2020): Kein Dorf mehr – aber so richtig Stadt? Zur Urbanität der Kleinstadt. In: Nell, W.; Weiland, M. (Hrsg.): Kleinstadtliteratur. Erkundungen eines Imaginationsraums ungleichzeitiger Moderne. Bielefeld, 75-97. = Rurale Topografien.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Referenz Gemeinden und Gemeindeverbände, Stadt- und Gemeindetyp (Excel-Tabelle; Stand: 31.12.2017). https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/download-ref-sgtyp.html (23.12.2020)
Beetz, S. (2010): Ist das Land anders? Neue räumliche Ordnungen und ihre gesellschaftlichen Diskurse. In: Berliner Debatte Initial 21 (2), 123-135.
Beetz, S. (2012): Besonderheiten in der Entwicklung kleiner Städte in ländlichen Räumen. In: Engel, A.; Harteisen, U.; Kaschlik, A. (Hrsg.): Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse – Teilhabe und Handlungsbefähigung – Integriertes Stadtentwicklungsmanagement. Detmold, 45-66.
Beetz, S. (2017): Die kleine Stadt in der großen Moderne – small, slow oder smart? In: Busse, S.; Beer, K. (Hrsg.): Modernes Leben – Leben in der Moderne. Wiesbaden, 49-63.
Beetz, S. (2018): Urbanität in Kleinstädten – eine Frage der Perspektive. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 22-25.
Beetz, S. (2021): Zentralität von Kleinstädten – Mythos und Realität. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 85-101. = Forschungsberichte der ARL 16.
Beetz, S.; Brauer, K.; Neu, C. (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden.
Benke, C. (2010): Eine IBA der Klein- und Mittelstädte. In: MLV – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Katalog zur Abschlusspräsentation der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Berlin, 78-86.
Bernt, M.; Liebmann, H. (Hrsg.) (2013): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden.
Borsig, A. (2010): Social capital – The missing link in small town research. In: Borsig, A.; Burdack, J.; Knappe, E. (Hrsg.): Small towns in Eastern Europe: local networks and urban development. Leipzig, 15-25. = Beiträge zur regionalen Geographie 64.
Bürk, T. (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster. = Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis 14.
Bürk, T. (2013): Voices from the Margin. The Stigmatization Process as an Effect of Socio-Spatial Peripheralization in Small-Town Germany. In: Fischer-Tahir, A.; Naumann, M. (Hrsg.): Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice. Wiesbaden, 168-186.
Burmeister, K.; Rodenhäuser, B. (2018): Urbane Kleinstädte. Expertise im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“. Bonn.
Champion, T.; Graeme, H. (2004): Introduction: Moving Beyond the Urban-Rural Dichotomy. In: Champion, T.; Graeme, H. (Hrsg.): New Forms of Urbanization. Beyond the Urban-Rural Dichotomy. Aldershot, Burlington, 3-24.
Cloke, P. (1977): An index of rurality for England and Wales. In: Regional Studies B 11, 31-46.
Cloke, P. (2006): Conceptualizing Rurality. In: Cloke, P.; Marsden, T.; Mooney, P. H. (Hrsg.): Handbook of Rural Studies. London et al., 18-28.
Crevoisier, O.; Guex, D.; Segessemann, A. (2015): Ländliche Räume: Von der produktiven hin zur residentiellen und präsenziellen Ökonomie? In: Forum Raumentwicklung H. 2, 29-31.
Dehne, P.; Neubauer, A. (2014): Ländliches Wohnen im Alter, aber wie? Facetten sorgender Gemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo. In: Informationsdienst Altersfragen 41 (6), 3-12.
Dirksmeier, P. (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld.
Dirksmeier, P.; Stock, M. (2020a): Urbanität und Geografie. In: Dirksmeier, P.; Stock, M. (Hrsg.): Urbanität. Stuttgart, 7-30. = Basistexte Geographie 2.
Dirksmeier, P.; Stock, M. (2020b. (Hrsg.): Urbanität. Stuttgart. = Basistexte Geographie 2.
Dunckelmann, H. (1975): Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung. Stuttgart u.a. = Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 51.
Eckardt, F. (2019): Heimat ohne Tamtam. Ortsgebundenheit und Fernweh in der Kleinstadt. In: Costadura, E.; Ries, K.; Wiesenfeldt, C. (Hrsg.): Heimat global. Modelle, Praxen und Medien der Heimatkonstruktion. Bielefeld, 197-218.

Fertner, C.; Groth, N. B.; Herslund, L.; Carstensen, T. A. (2015): Small towns resisting urban decay through residential attractiveness. Findings from Denmark. In: Geografisk Tidsskrift – Danish Journal of Geography 115 (2), 119-132.
Fischer, C. S. (1982): To Dwell Among Friends. Personal Networks in Town and City. Chicago, London.
Gans, H. J. (1962): The Urban Villagers. Group and Class in the Life of Italian-Americans. New York et al.
Grabski-Kieron, U. (2016 [2007]): Geographie und Planung ländlicher Räume in Mitteleuropa. In: Gebhardt, H.; Glaser, R.; Radtke, U.; Reuber, P. (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Heidelberg, 820-837.
Halfacree, K. (2004): Rethinking 'Rurality'. In: Champion, T.; Graeme, H. (Hrsg.): New Forms of Urbanization. Beyond the Urban-Rural Dichotomy. Aldershot, Burlington, 285-304.
Hannemann, C. (2002): Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen – Kleinstädte in der Stadtforschung. In: Löw, M. (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen, 265-278. = Stadt, Raum und Gesellschaft 15.
Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Häußermann, H.; Siebel, W. (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik. In: Häußermann, H.; Siebel, W. (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen, 7-31. = Leviathan Sonderheft 13.
Helbrecht, I. (2014): Urbanität und Ruralität. In: Lossau, J.; Freytag, T.; Lippuner, R. (Hrsg.): Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialgeographie. Stuttgart, 167-181.
Henkel, G. (2004 [1993]): Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. 4. ergänzte und. neu bearbeitete Auflage. Berlin, Stuttgart.
Herrenknecht, A.; Wohlfahrt, J. (2004): Editorial: Die vernachlässigten Kleinstädte. In: Pro-Regio-Online: Die vernachlässigten Kleinstädte. Der vergessene Teil des Ländlichen Raumes. Teil I. Boxberg-Wölchingen, 5-10. = Pro-Regio-Online 2.
http://www.pro-regio-online.de/downloads/klein1.pdf (04.01.2019).
Hoerning, J. (2012): Megastädte. In: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden, 231-262.
Hoggart, K. (1990): Let's Do Away with Rural. In: Journal of Rural Studies 6 (3), 245-257.
Jessen, J. (2001): Suburbanisierung – Wohnen in verstädterter Landschaft. In: Harlander, T. (Hrsg.): Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland. Stuttgart und München, 316-329.
Kelly-Reif, K.; Wing, S. (2016): Urban-rural exploitation: An underappreciated dimension of environmental injustice. In: Journal of Rural Studies 47, 350-358.
Kemper, J. (2012): Max Weber. In: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden, 31-57.
Kirchhoff, G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.
Kolb, A. (2007): Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne. In: Pro-Regio-Online: Die vernachlässigten Kleinstädte. Der vergessene Teil des Ländlichen Raumes. Teil III. Boxberg-Wölchingen, 12-134. = Pro-Regio-Online 4.
http://www.pro-regio-online.de/downloads/kleinmoderne.pdf (26.06.2018).
Kühn, M. (2015): Small Towns in Peripheral Regions of Germany. In: Annales Universitatis Paedagogicae Cracoviensis: Studia Geographica 8 (1), 29-38.
Küpper, P. (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Braunschweig. = Thünen Working Paper 68.
Lanzinger, M. (2003): Kleinstadtgeschichte(n) zwischen *locus* und *focus*. Resümee und Thesen aus historisch-kulturwissenschaftlicher Sicht. In: Zimmermann, C. (Hrsg.): Kleinstadt in der Moderne. Ostfildern, 197-210. = Stadt in der Geschichte 31.
Laschewski, L.; Steinführer, A.; Mölders, T.; Siebert, R. (2019): Das Dorf als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung. Zur Einführung. In: Steinführer, A.; Laschewski, L.; Mölders, T.; Siebert, R. (Hrsg.): Das Dorf. Soziale Prozesse und räumliche Arrangements. Berlin, 3-56. = Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung 5.
Lofland, L. H. (1973): A World of Strangers. Order and Action in Urban Public Space. New York.
Löw, M.; Steets, S.; Stoetzer, S. (2008): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. 2., aktualis. Aufl. Opladen, Farmington Hills. = UTB 8348.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt: Stuttgart. = Soziologische Gegenwartsfragen N.F. 35.

Mattson, G. A. (1997): Redefining the American Small Town: Community Governance. In: Journal of Rural Studies 13 (1), 121-130.
Mayer, H. (2021): Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsdynamiken in Kleinstädten. In: Kommentar Steinführer: In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 140-154. = Forschungsberichte der ARL 16.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Kommentar Steinführer: In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Miner, H. (1952): The folk-urban continuum. In: American Sociological Review 17 (5), 529-537.
Nell, W.; Weiland, M. (2017): Die erzählte Kleinstadt. Eine von der Forschung vergessene Größe? Vortrag auf der Tagung „Kleinstadtliteratur. Bestandsaufnahmen, Perspektiven, Gestaltungsräume“ am 16.–18.03.2017. Halle.
Nell, W.; Weiland, M. (Hrsg.) (2020): Kleinstadtliteratur. Erkundungen eines Imaginationsraums ungleichzeitiger Moderne. Bielefeld. = Rurale Topografien.
Neundörfer, L. (1966): Die Klein- und Mittelstädte in der modernen Gesellschaft. Göttingen. = Schriftenreihe des Deutschen Städtebundes 6.
Otte, G.; Baur, N. (2008): Urbanism as a Way of Life? Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie 37 (2), 93-116.
Pahl, R. E. (1966): The rural-urban continuum. In: Sociologia Ruralis 6 (3), 299-329.
Pätzold, R. (2018): Wie anders ticken kleine Städte? Auf der Suche nach Verbindendem und Trennendem. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 75-87. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.
Pratt, A. C. (1996): Discourses of rurality: loose talk or social struggle? In: Journal of Rural Studies 12 (1), 69-78.
Putnam, R. D. (1993): Making democracy work. Civic traditions in modern Italy. Princeton.
Redepenning, M. (2017): Rurbanität am Beispiel des urbanen Gartenbaus in Bamberg. https://blog.soziologie.de/2017/08/rurbanitaet-am-beispiel-des-urbanen-gartenbaus-in-bamberg/ (07.09.2019).
Redepenning, M. (2018): Versteckte Geographien des Ländlichen. Was passiert mit dem Land, wenn Städte ländlicher werden? In: Frölich-Kulik, M.; Langner, S. (Hrsg.): Rurbane Landschaften. Bielefeld, 85-100. = Rurale Topografien 7.
Robinson, J. (2006): Ordinary cities: between modernity and development. London.
Rößler, C.; Kunz, A. (2010): Wanderungsmuster in ländlichen Räumen. Ergebnisse einer empirischen Analyse des Migrationsgeschehens in Städten und Dörfern des ländlichen Raumes in Sachsen. Dresden. = Schriftenreihe des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie 22/2010.
Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Kommentar Steinführer: In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schmidt-Lauber, B. (2010): Urbanes Leben in der Mittelstadt: Kulturwissenschaftliche Annäherungen an ein interdisziplinäres Forschungsfeld. In: Schmidt-Lauber, B. (Hrsg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt/M., New York, 11-36.
Schrödel, G. (2014): Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Siedlungstyp im sozioökonomischen Niedergang? Göttingen.
Siebel, W. (1999): Ist Urbanität eine Utopie? In: Geographische Zeitschrift 87 (2), 116-124.
Simmel, G. (1995 [1903]): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Simmel, G.: Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908. Bd. 1. Frankfurt/M., 116-131. = Gesamtausgabe 7.
Smith, B.; Parvin, D. (1973): Defining and Measuring Rurality. In: Journal of Agricultural and Applied Economics 5 (1), 109-113.
Sorokin, P.; Zimmerman, C. C. (1929): Principles of rural-urban sociology. New York.
Spellerberg, A. (2014): Was unterscheidet städtische und ländliche Lebensstile? In: Berger, P. A.; Keller, C.; Klärner, A.; Neef, R. (Hrsg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie. Wiesbaden, 199-232.
Steinführer, A. (2016): Living in a Small Town: An Urban and a Rural Experience at Once. In: Carlow, V. M. (Hrsg.): Ruralism. The Future of Villages and Small Towns in an Urbanizing World. Berlin, 40-55.
Steinführer, A. (2018): Wenn die kleine Stadt (zu) groß wird. Gemeindegebietsreformen aus der Perspektive vor Ort. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 63-73. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.

Steinführer, A.; Kabisch, S. (2004): Binnen- und Außenimage von Johanngeorgenstadt aus soziologischer Perspektive. Leipzig. = UFZ-Bericht 2/2004.
Steinführer, A.; Kohring, J. (2019): Reurbanisierung durch selektive Wanderungen Älterer? Entwicklungen in kleineren niedersächsischen Mittelzentren und ihre siedlungsstrukturellen Folgen. In: Scholich, D. (Hrsg.): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen. Hannover, 319-340. = Arbeitsberichte der ARL 27.
Sturm, G.; Walther, A. (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. Bonn. = BBSR-Bericht KOMPAKT 5/2011.
Tönnies, F. (2005 [1887/1935]): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Neudruck der 8. Auflage von 1935. Darmstadt.
Vaishar, A.; Zapletalová, J.; Nováková, E. (2016): Between Urban and Rural: Sustainability of Small Towns in the Czech Republic. In: European Countryside 8 (4), 351-372.
von Haaren, C.; Albert, A. (Hrsg.) (2016): Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Hannover, Leipzig.
Weber, M. (1972 [1920]): Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte). In: Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Auflage Tübingen, 727-814.
Wellman, B. (2012): Commentary: Is Dunbar's number up? In: British Journal of Psychology 103, 174-176.
Wilson, T. C. (1991): Urbanism, Migration, and Tolerance: A Reassessment. In: American Sociological Review 56 (1), 117-123.
Wirth, L. (1938): Urbanism as a way of life. In: American Journal of Sociology 44 (1), 1-24.
Wirth, L. (1974 [1938]): Urbanität als Lebensform. In: Herlyn, U. (Hrsg.): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. Dreizehn Aufsätze. München, 42-66. = Nymphenburger Texte zur Wissenschaft, Modelluniversität 19.
Zimmermann, C. (2020): Kleinstädte im 20. Jahrhundert. Selbstbilder, Potenziale, Urbanität und Peripherisierung. In: Nell, W.; Weiland, M. (Hrsg.): Kleinstadtliteratur. Erkundungen eines Imaginationsraums ungleichzeitiger Moderne. Bielefeld, 59-73. = Rurale Topografien.

Autorin

Dr. **Annett Steinführer** (**1972*) *ist Land- und Stadtsoziologin und seit 2010 als Wissenschaftlerin am Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, tätig. Ein Schwerpunkt ihrer Forschungen liegt auf den sozialen und siedlungsstrukturellen Folgen der Alterung für ländliche Kleinstädte.*

Stephan Beetz

ZENTRALITÄT VON KLEINSTÄDTEN IN LÄNDLICHEN RÄUMEN – MYTHOS UND REALITÄT

Gliederung

1 Einleitung
2 Zentralität von Kleinstädten als regionalpolitisches Programm
2.1 Kleinstädte als Zentren im ländlichen Raum
2.2 Fallbeispiel Brandenburg – die Ankerstadt
3 Interdisziplinäre Aspekte der Zentralität von Kleinstädten
3.1 Zentralität als räumliche Kategorie
3.2 Zentralität als regional-funktionaler Verflechtungszusammenhang
3.3 Zentralität als Agglomerationskonzept
3.4 Zentralität als Ordnungsvorstellung
3.5 Zentralität als regionale Machtverhältnisse
4 Zentralität unter Bedingungen veränderter Raumbezüge und politischer Steuerung
4.1 Verflüssigung und Peripherisierung von Zentralitäten
4.2 Zentrale und dezentrale Steuerungsformen
5 Schlussfolgerungen für eine Zentralitätsforschung
Literatur

Kurzfassung
Als wichtige Funktion von Kleinstädten in ländlichen Räumen wird deren Zentralität angesehen. In der raumwissenschaftlichen Theorie und der raumpolitischen Praxis wird der Zentralitätsfrage für die Entwicklung der ländlichen Räume und der dortigen Kleinstädte eine entsprechend hohe Bedeutung zugemessen. Der Beitrag behandelt die Zentralitätsfrage aus einer interdisziplinären Perspektive und setzt sich kritisch mit der starken normativen Prägung in der Diskussion um Zentralitäten auseinander.

Schlüsselwörter
Zentralität – Zentrale-Orte-System – Zentralitätsforschung – räumliche Ordnung – Kleinstadt

The Centrality of Small Towns in Rural Space – Myth and Reality

Abstract
Centrality is viewed as one of the most important functions of small towns in rural areas. In spatial scientific theory and spatial policy practice, the question of centrality is granted correspondingly great significance for the development of rural areas and

the small towns located in such areas. The article addresses centrality from an interdisciplinary perspective and critically considers the strongly normative nature of the discussion about centralities.

Keywords
Centrality – central-place system – centrality research – spatial order – small town

1 Einleitung

Kleinstädte werden in der Diskussion um ländliche Räume oft als Zentrale Orte beschrieben, die Dienstleistungen, Erwerbsmöglichkeiten, politische und zivilgesellschaftliche Einrichtungen für ihr regionales Umfeld gewährleisten und zu einer Bündelung kultureller, ökonomischer oder politischer Aktivitäten beitragen. Sowohl die Vitalität von Kleinstädten als auch die Lebenschancen im Umland hängen entscheidend von diesen Verflechtungen ab. Allerdings ist die Funktion und Wirkung von Kleinstädten für ihr Umland bzw. für ländliche Regionen bei genauerer Betrachtung ein weitaus kontroverser diskutiertes Thema, als es die oben genannten Begriffe erscheinen lassen. Im Gegensatz zum Begriff der Konzentration ist der der Zentralität mit bestimmten räumlichen Qualitäten konnotiert. Da die gesamte Debatte in dieser Hinsicht ausgesprochen normativ und politisch geprägt ist, soll ein stärker analytischer und interdisziplinärer Blick eingenommen werden. Es werden vor allem die räumlichen Ordnungsmuster von Zentralität beleuchtet und die wissenschaftlichen Diskurse über Zentralitäten kenntlich gemacht, um Folgerungen für eine raumwissenschaftlich orientierte Forschung abzuleiten.

2 Zentralität von Kleinstädten als regionalpolitisches Programm

2.1 Kleinstädte als Zentren im ländlichen Raum

Kleinstädten in ländlichen Räumen werden grundsätzlich wichtige regionale Wirtschafts-, Wohn- und Versorgungsfunktionen zugeschrieben (Elsasser/Bühler-Conrad 1999: 12). Insbesondere in sogenannten strukturschwachen Gebieten erhalten diese Funktionszuschreibungen nicht nur ein höheres Gewicht, sondern zudem werden Entwicklungsfunktionen besonders hervorgehoben (Blotevogel 2006).

Als Argumente für den – teilweise feingliedrigen – Ausbau von Grund-, Unter- und Mittelzentren in ländlichen Räumen dienten regionalpolitisch in der Bundesrepublik die Stärkung ländlicher Räume und die Verhinderung von Abwanderung. Eindeutig zurechenbare Wirkungen können in dieser Hinsicht allerdings nicht aufgezeigt werden (Henkel 1993) und belastbare Aussagen hinsichtlich der Migrationseffekte sind bei gleichzeitig auftretenden Einflüssen – wie der Zentralisierung des Bildungswesens, der Automobilisierung, von Gebietsreformen oder der Umgestaltung der Ortsbilder – im Einzelfall kaum zu treffen (Fuchs 1996: 72). In der DDR-Regionalpolitik wurde die Schaffung von zentralen Orten in sogenannten Hauptdörfern und Kleinstädten als Teil eines gesetzmäßigen Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesses verstanden (Brose 1980). Vor allem durch staatliche Eingriffe wie die Arbeitskräftelenkung und

das Wohnungsbauprogramm reduzierte sich das Zentralitätskonzept immer mehr auf die Bezirksstädte und die Hauptstadt Berlin. Für analoge Entwicklungen in Ungarn zeigt Andorka (2001) auf, dass nichtzentrale Orte kaum von den regionalen Entwicklungen profitieren konnten: „Als Folge dieser Probleme trat in den 1970er Jahren anstelle früherer Stadt-Land-Gegensätze eine Siedlungsstruktur, in welcher sich scharfe Trennungslinien zwischen den Zentren der mittleren und niedrigeren Stufe, und noch mehr zwischen letzteren und sogenannten Grundstufensiedlungen ohne zentrale Funktion, bildeten" (ebd.: 179). In den 1980er Jahren führten diese und ähnliche Befunde zu einer stärkeren Gewichtung endogener Regionalentwicklungspotenziale.

Während die 1990er Jahre durch die regionalpolitischen Themen von Ost-West-Unterschieden, Transformationsprozessen, Deindustrialisierung, Wohnungsleerstand, Suburbanisierung und Kommunalreformen geprägt waren, nehmen seit den 2000er Jahren Fragen regionaler Zentralität (wieder) zu: Die Zentralisierung von Siedlungs- und Infrastrukturen wird – oftmals mit stark vereinfachten Datenlagen – in engem Zusammenhang mit Einwohnerentwicklungen und einem nahezu gesetzmäßigen „Rückzug aus der Fläche" diskutiert. Je mehr der Rückbau von Infrastruktur als unumgänglich vorausgesetzt wurde, desto deutlicher wurde die Stärkung von Zentren hervorgehoben, um die kalkulierten Versorgungsdefizite (v. a. im Bereich Bildung und Gesundheit) abzufedern (z. B. Priebs 2005; Winkel 2006; Döring 2011). Parallel dazu war in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre ein Verlust der „Wachstumssicherheit" zu konstatieren, der sich auf regionalpolitische Diskussionen deutlich auswirkte. Dies betraf z. B. die Finanzierung räumlicher Ausgleichspolitiken und beförderte entsprechende Vorstellungen einer Konzentration auf sogenannte Wachstumspole (Gnest/Priebs 2008). Den demographischen Veränderungen, die in der medialen Öffentlichkeit nicht selten mit Begriffen wie „Entleerung", „Ausbluten" und „Veröden" der Randregionen dramatisiert wurden, stärkten die Vorstellungen einer notwendigen Konzentration. Die Dominanz der demographischen Perspektive vernachlässigt tendenziell andere Aspekte der Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung wie den Wandel von Lebens- und Konsumstilen, Einkommensungleichheiten, Individualisierung, Multilokalität und Migration, technologische Entwicklungen, die Vermarktlichung der Daseinsvorsorge oder ökonomische und politische Peripherisierung. Für die 2010er Jahre kann vorsichtig eingeschätzt werden, dass das Konzentrationsprimat in den regionalpolitischen Debatten relativiert wurde.

2.2 Fallbeispiel Brandenburg – die Ankerstadt

Eine besondere regionalpolitische Brisanz erfuhr die Diskussion um die Funktion von Kleinstädten in Brandenburg mit der Konzeptionierung von Regionalen Wachstumskernen (RWK) bzw. sogenannten Ankerstädten im Jahr 2005 (Beetz 2006). Als Wachstumskerne in der Peripherie wurden „Regionalstädte" ausgemacht, die zu „Auffangzentren für ‚gesundschrumpfende' Regionen" werden sollten (Kühn 2003: 9 f.). Die meisten Kleinstädte lagen allerdings unterhalb dieser Zentralitätsebene. Eigenständige Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume und der Selbsthilfestrukturen in den Dörfern und Kleinstädten wurden kaum thematisiert (Beetz 2006). Die Konzentration der Brandenburger Förderpolitik auf die Regionalen Wachstumskerne, d. h. die Anwendung des Fördervorranges und höherer Fördersätze in 28 Förder-

programmen und Haushaltsansätzen, führte auf kommunaler Ebene immer wieder zu Kritik (Dybe 2015: 99; Riechel 2008: 74). Die auf Beschluss des Landtages durch Ernst Basler + Partner und Regionomica (2010) durchgeführte Evaluation konnte keine eindeutig zurechenbaren, teilweise nur gegenteilige Wirkungen aufzeigen. War dies innerhalb des kurzen Beobachtungszeitraumes kaum zu erwarten, trug es dazu bei, dass das Konzept der RWK in den 2010er Jahren in der berlin-brandenburgischen Landesplanung zurückgenommen wurde (Flex/Greiving/Terfrüchte 2016). Obwohl das Konzept sogenannter Ankerstädte regionalpolitisch weder als nachhaltig noch als erprobt gelten kann, ist es weiterhin als Zielstellung virulent, um diese zwischen „den schrumpfenden ländlichen Räumen und den Schwarmstädten zu positionieren […]. Diese Ankerstädte halten wir für den zentralen Ansatzpunkt, um das demographische Ausbluten der ländlichen Räume und den Verlust der regionalen Kultur zu verhindern" (empirica 2017: 7).

Insbesondere an der sogenannten Alternativlosigkeit zentralistischer Konzepte in der Regionalentwicklung setzen kritische Töne an. So seien für die zukünftige Daseinsvorsorge auch die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen (unterschiedliche Zentralität der Güter), die gute Erreichbarkeit (in Abhängigkeit von Transportinfrastruktur und Zielgruppen) und die Alternativen zur Erreichbarkeit von zentralen Angeboten (Zwischenräume) zu berücksichtigen (Kujath 2005: 6). Eine Arbeitsgruppe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zeigte Mitte der 2000er Jahre auf, dass neben Zentralisierungen andere Konzepte der Infrastrukturentwicklung in dünn besiedelten ländlichen Räumen Brandenburgs und Vorpommerns möglich sind (Hüttl/Bens/Plieninger 2008).

Betrachtet man die Forschungslandschaft, so muss man feststellen, dass der in den letzten Jahren so heftig diskutierte Funktionswandel von Klein- und Mittelstädten unter dem Gesichtspunkt der Neuausrichtung von Zentralität verhältnismäßig wenig erforscht ist (siehe dazu Terfrüchte 2016). In der politisch aufgeladenen Diskussion lohnt es sich, die Frage zu stellen, in welchem Maße Zentralität überhaupt normativ herstellbar ist. Im Folgenden werden einige theoretische und empirische Aspekte von Zentralität betrachtet, die eher einen heuristischen denn systematischen Charakter tragen. Dieses Vorgehen soll aber dazu beitragen, die politische und wissenschaftliche Verwendung des Zentralitätsbegriffes zu schärfen.

3 Interdisziplinäre Aspekte der Zentralität von Kleinstädten

3.1 Zentralität als räumliche Kategorie

In raumbezogenen Theorien bzw. Theorien des Raumes kommt dem Begriff der Zentralität als Element der Strukturierung von Räumen eine grundlegende Bedeutung zu. Auch wenn die verschiedenen wissenstheoretischen Zugänge nicht systematisch aufbereitet werden können, ist es an dieser Stelle wichtig darauf zu verweisen, dass Zentralitäten eine bestimmte Ordnung des Raumes darstellen. Phänomenologisch ist Zentralität an eine bestimmte Perspektivität geknüpft: Vom absoluten Ort (des Leibes) geht der raumzeitliche Zusammenhang aus, wird er „als Gefälle von Nah und Fern oder

als Gliederung nach Erreichbarkeit und Unwegsamkeit“ (Fuchs 2000: 258) eingeordnet. Allerdings ist der eigene Ort subjektiv nur erfahrbar, wenn er durch das Heraustreten in die Bewegung und den Austausch mit anderen Personen relativiert und im Sinne eines übergreifenden Zusammenhanges intersubjektiv „objektiviert“ wird (Fuchs 2000). Simmel (1983 [1908]) arbeitete die Fixierung als eine Grundkategorie räumlicher Beziehungen heraus: Dabei entstehende „Kristallisationskerne“ bilden Zentralitäten, sind jedoch konzeptionell dynamisch angelegt. Es handelt sich um „Drehpunkte“, die wichtige symbolische (z.B. als örtliche Gruppierung von kollektiven Erinnerungen) und kommunikative Funktionen besitzen. (Klein-)Städte wirken beispielsweise als „Drehpunkte des Verkehrs für ihre engere und weitere Umgebung, d.h. jede lässt in sich unzählige dauernde und wechselnde Drehpunkte von Verkehrsaktionen entstehen“ (ebd.: 474). Zentralität – verstanden als eine feststehende überörtliche, hierarchische Strukturierung – würde demgegenüber auf eine objektivierte Organisation des Raumes und ein substantielles Verständnis verweisen, dem das soziologische Interesse an der Fixierung verlorengegangen ist. Mit dem Begriff der Zentralität ist schließlich häufig eine doppelte semantische Aufladung verbunden: Es wird eine räumliche Differenzierung zwischen einer „kontingent bestimmten Mitte“ und einer Peripherie vorgenommen. Diese wird dann mit dem „physikalischen Bild von Gravitation und Gewicht“ erweitert und kann mit weiteren Attribuierungen von Dominanz oder Relevanz versehen werden (Felgenhauer 2015: 73). Eine intensivierte wissenstheoretische Auseinandersetzung mit der räumlichen Kategorie der Zentralität dürfte nicht ohne Folgen für regionalpolitische Diskussionen sein.

3.2 Zentralität als regional-funktionaler Verflechtungszusammenhang

Ein wichtiger Diskussionsstrang hinsichtlich räumlicher Zentralität ist die Begründung über regionale Funktionszuschreibungen von Kleinstädten. Eine breite historische und (siedlungs-)geographische Literatur zu Kleinstädten erstreckt sich sowohl auf einzelne als auch übergreifende Zeitepochen. Zentrale Funktionen bilden sich entlang einer Reihe unterschiedlicher Faktoren wie administrativen Grenzen, Siedlungsstrukturen, Lagebeziehungen, funktionalen Spezialisierungen und historischen Entwicklungen heraus. Die sich beispielweise aus Flecken entwickelnden Kleinstädte besaßen für ihr Umland die Funktion als Marktorte, andere fungierten stärker als Verwaltungsorte. Die sich aus Industrieansiedlungen herausbildenden Kleinstädte wiederum verfügten zunächst über geringere Funktionen für ihr Umland und entwickelten diese zumeist erst später.

Es sind vor allem historisch geprägte, geographische Arbeiten, die das Verhältnis von Kleinstädten und ihrem Umland spezifizierend und typisierend analysiert haben. In einer historisch angelegten regionalen Studie zum bergischen Oberland typisierte Hottes (1954) beispielsweise nicht nur die Kleinstädte hinsichtlich ihrer Zentralität, sondern er zeichnete auch den jeweiligen Entwicklungsprozess nach. Schöller (1962) unterschied in seinen Zentralitätsforschungen zwischen Umland, Hinterland und Einfluss- bzw. Einzugsgebiet. Die Arbeiten von Krings (1972) zeigten ebenfalls die Dynamik auf und nahmen Bezug auf Phänomene der Funktionsteilung von Kleinstädten: So entwickelten sich ehemalige industriell geprägte kleinstädtische Siedlungen zu zentra-

len Orten, durch politische Eingriffe wurden zentrale Funktionen verteilt oder kleine Städte büßten infolge demographischer, ökonomischer, administrativer oder infrastruktureller Veränderungen ihre Zentralität ein. In neueren Arbeiten nimmt Keller (2001) beispielsweise eine Klassifikation von sächsischen Kleinstädten im ländlichen Raum entlang unterschiedlicher Funktionen vor. Gemeinsam ist diesen sehr unterschiedlich angelegten Arbeiten, dass Zentralität als historisches, von bestimmten Bedingungen abhängiges und veränderbares Artefakt gesehen wird.

In der historisch geprägten Forschung zu kleinräumiger Zentralität wurde der „Nahmarkt" als das engere wirtschaftliche Einzugsgebiet einer Stadt definiert, welches die unmittelbar angrenzenden Dörfer einschloss, deren Bewohner zu den regelmäßigen Besuchern des städtischen Marktes gehörten (Kiessling 2001). Er diente dem wirtschaftlichen Austausch, fungierte aber auch als regelmäßiger Verbindungspunkt zwischen „Stadt" und „Land". Der Einzugsbereich des alltäglichen Marktes beschränkte sich in der Regel auf ein Gebiet, von dem aus die Stadt an einem Tag erreichbar war (Irsigler 1983). Kleinstädte leisteten als „Nahmarkt" einen Überschuss an Leistungen und Produktionen, die über die Selbstversorgungsbedürfnisse der städtischen Bevölkerung hinausgingen, und übernahmen Versorgungsfunktionen für das städtische Umland. Hervorzuheben ist, dass es vor allem historische Forschungen sind, die auch die Bedeutung der Leistungen und Dienste des Umlandes für das Stadt-Land-Verhältnis kennen. Mögen die aktuellen Entwicklungen damit wenig erfasst werden, so lassen sich doch einige analytische Perspektiven schärfen. Bereits Mitterauer (1980) machte in seinen konzeptionell sehr interessanten und differenzierten Überlegungen darauf aufmerksam, dass regionale Funktionen nicht an *einen Ort gebunden* sein müssen, d.h. (a) über verschiedene Orte verteilt sein können, (b) ortsunabhängig erfolgen können oder (c) temporär an bestimmten Orten praktiziert werden können. Allein die Zentralität als Bündelung regionaler Funktionen herauszustellen, vernachlässigt die interdependenten regionalen Verflechtungen und Austauschbeziehungen.

Ein weiterer Gesichtspunkt der Beziehungen von Kleinstädten zu ihrem Umland sind Migrationsbeziehungen. In der älteren Migrationsforschung wurden Kleinstädte oft als erste Etappe von Land-Stadt-Wanderungen angesehen, d.h. man ging davon aus, dass Wanderungen aus den Dörfern in die Kleinstädte, aus den Kleinstädten in Mittelstädte usw. erfolgte. Heute ist eher von einem „Überspringen" der Kleinstädte in den Migrationsmustern auszugehen, demographisch geraten die Kleinstädte eher ins „Abseits" (Burdack 2007). Hinsichtlich der ebenfalls in der Migration stark ausgeprägten Dekonzentrationsprozesse beziehen sich die Forschungen vor allem auf Großstädte (Suburbanisierung). In den letzten Jahren zeigten einige Arbeiten, dass vor allem ältere Menschen in Kleinstädte umziehen, um dort eine fußläufige Infrastruktur (insbesondere Einkaufen und gesundheitliche Versorgung) vorzufinden (Goltz/Born 2005).

Zentralitäten können nur unter Berücksichtigung von räumlichen Verflechtungen angemessen beschrieben werden: a) die ergänzende Funktionsteilung mit einer entsprechenden infrastrukturellen, ökonomischen, Wohn- und verwaltungspolitischen Ausrichtung gegenüber anderen kleinstädtischen Zentren und b) die Verflechtung zu Mittel- und Großstädten. Die Vielfalt solcher regionalen Verflechtungen wirkt sich entsprechend auf die Position der einzelnen Kleinstadt aus.

3.3 Zentralität als Agglomerationskonzept

In der Regionalökonomie existieren verschiedene Konzepte, die das räumlich ungleiche bzw. konzentrierte Auftreten ökonomischer Aktivitäten (z. B. als Resultat von Faktorkosten, Skalenerträgen, Netzwerken, Innovationssystemen, Austauschprozessen) erklären. Eine frühe und einflussreiche Arbeit zu räumlichen Standorttheorien war die Thünen'sche Konzeption, die innerhalb eines geschlossenen Staates die Anbauverhältnisse in Abhängigkeit von der Entfernung zu einer idealen Großstadt darstellte. Nur in einer Passage wird die Kleinstadt mit einer ähnlichen zentralen Funktion erwähnt, wobei die Einschränkung erfolgt, dass die Abhängigkeit der Kleinstadt von der Großstadt – vor allem hinsichtlich der Getreidepreise – zu berücksichtigen sei (Thünen 1826: 214 f.). Die im Wesentlichen auf der Grundlage entfernungsabhängiger Faktorkosten der agrarischen Produktion entwickelte Theorie ist vielfach weiterentwickelt, empirisch untersucht und kritisiert worden (z. B. Lösch 1940).

Agglomerationskonzepte, wie sie vor allem in Anlehnung an Marshalls industrielle Distrikte entstanden sind (Marshall 2013 [1890]), arbeiten mit Lokalisationsprofiten räumlicher Nähe durch den Austausch von Wissen, Dienstleistungen und Arbeitskräften sowie vorhandenen Absatzmärkten (Koschatzky 2001: 186 ff.). Agglomerationsvorteilen, die eine zentralisierende Wirkung auslösen, stehen allerdings auch Agglomerationsnachteile gegenüber, die eher dezentralisierend wirken (Hahne/Stackelberg 1994: 13). Cluster-, Sozialkapital- und Milieumodelle setzen überwiegend an regionalen Netzwerken flexibler Spezialisierung an, wobei – nicht unbedeutend für die Funktion von Kleinstädten – die räumliche Konzentration gegenüber der organisatorischen Zentralität weniger ausgeprägt zu sein scheint und stattdessen die dynamischen Funktionen sowie das Wachstum kleinerer und mittlerer Unternehmen hervorgehoben werden. Innovationssysteme zeigen deshalb, wenn überhaupt, nur ein schwach ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Muster in der Qualität der regionalen Innovationsbedingungen (Fritsch 2003).

Die Wachstumspoltheorie führt aus, dass die Ballung unternehmerischer Tätigkeiten in Zentren aufgrund der Bündelung von Nachfrage, Ressourcen und Infrastrukturen eine Eigendynamik entfaltet und damit zu polarisierenden regionalen Entwicklungen führt (vgl. Maier/Tödtling/Trippl 2006). Kontrovers wird diskutiert, ob die Dynamiken aus den Zentren im Sinne eines Trickling-down-Effekts in die Peripherien übergreifen. Krätke/Heeg/Stein (1997) gehen beispielsweise davon aus, dass es Hierarchieeffekte in Diffusions- und Innovationsprozessen gibt und Wachstumsimpulse in einer globalisierten Ökonomie an „untergeordneten Einheiten" vorbeigehen können. In der Folge können sich einerseits Zentrum-Peripherie-Differenzen verfestigen, andererseits kann es aber auch zur Verschiebung von Vorrangpositionen kommen (ebd.: 64 f.).

Während der überwiegende Teil der ökonomischen Agglomerationstheorien sich auf Konzentrationsprozesse und ihre regionalen Effekte bezieht, beachten einige Theorien (zirkuläre) Abhängigkeiten und Ressourcenentzug in Zentrum-Peripherie-Beziehungen. Ein auf Großstädte bzw. Großstadtregionen bezogenes Agglomerationsverständnis einiger Konzepte schränkt die Übertragbarkeit auf Kleinstädte erheblich ein (vgl. Mayer 2021).

3.4 Zentralität als Ordnungsvorstellung

Die Vorstellung, Zentralität als ordnende gesellschaftliche Tätigkeit anzusehen, gehört zum Kernbestand der Planungswissenschaften. Sie bezieht sich wesentlich auf die räumlich hierarchische Anordnung tertiärwirtschaftlicher Aktivitäten (Handel und Dienstleistungen), von der Christaller (1980 [1932]) in seiner Konzeption Zentraler Orte ausging: Zentrale Güter „höherer Ordnung" verlangen unterschiedliche Märkte und Reichweiten, sodass Städte, in denen diese angesiedelt sind, eine unterschiedliche Zentralität besitzen. Neben dem (überwiegend ökonomischen) Versorgungsprinzip berücksichtigte er bei der Herausbildung zentralörtlicher Systeme das (stark politisch beeinflusste) Zuordnungs- und Verkehrsprinzip. Das Konzept der Zentralen Orte bezieht sich ausdrücklich auf die Zentralität von Kleinstädten und hat eine enorme regionalpolitische Ausstrahlung erreicht. Neben ausgesprochen kritischen Positionen gibt es Versuche einer Neuorientierung und Ansätze einer ausgewogenen Positionierung (z. B. Blotevogel 2002).

Aus wissenschaftlicher Perspektive ist es keineswegs unproblematisch, dass das Konzept Zentraler Orte zwar die regionalpolitische Diskussion nachhaltig geprägt, aber teilweise dogmatische Züge angenommen hat, obwohl es international in den Central Space Studies immer wieder Versuche einer empirischen Fundierung gegeben hat (Kegler 2016: 38). Blotevogel (2006) weist auf das Grunddilemma in der Diskussion hin, die zwischen einer empirisch-heuristischen Konzeptualisierung und einem normativen Ordnungskonzept schwankt. Kegler (2009) und Leendertz (2009) zeigen diesen Widerspruch bereits in den Anfängen des Konzeptes und die damit verbundenen raumpolitischen Kontinuitäten: Was „ursprünglich aus einem spezifischen Erklärungsansatz für Hierarchie, Lage und Verteilung von Siedlungen abgeleitet war, ist auf diese Weise ein kodifiziertes Ziel staatlicher Raumplanung geworden" (Kegler 2016: 38). Dass das Konzept grundsätzlich forschungspraktisch unbrauchbar sei, dem widersprechen beispielsweise Kühn und Sommer (2013: 10 f.) und verweisen auf die Ansätze zur Beschreibung räumlicher Veränderungen („Rückläufigkeiten") bereits bei Christaller.

In den letzten Jahrzehnten findet eine grundsätzliche Auseinandersetzung um die regionalpolitische Anwendbarkeit des hochgradig formalisierten Zentrale-Orte-Konzeptes, dessen normative Implikationen und unhinterfragten Geltungsanspruch statt. In einem Teil der Diskussion wird das Konzept nicht prinzipiell infrage gestellt, aber die Tiefe der Zentralitätsordnung gestrafft: mit der Konsequenz, dass Kleinstädte oft aus der Zentralitätsordnung herausfallen (Reichel 2009). Kritisiert wird auch, dass die Reichweite des Konzeptes in die jeweiligen Fachplanungen rudimentär und damit eine integrative, sektorübergreifende Steuerungsfunktion gar nicht erfüllbar sei (Gawron 2008).

3.5 Zentralität als regionale Machtverhältnisse

In einigen wenigen kommunalwissenschaftlichen, gemeindesoziologischen, ethnologischen und geographischen Arbeiten wird Zentralität hinsichtlich regionaler Machtverhältnisse thematisiert. Inhaltlich ist dies oft mit Gemeindezusammenlegungen und

Verwaltungsreformen, Stadt-Umland-Kooperationen und der Umsetzung von Zentralitätsordnungen verbunden. Henkel (2018) vertritt beispielsweise sehr exponiert die Position, dass durch das politische Zentralitätskonzept die meisten ländlichen Siedlungen in ihrer Autonomie sowie ihren Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten benachteiligt und eingeschränkt werden. Die planerische-normative Umsetzung des Zentrale-Orte-Konzeptes reduzierte die ehemals von Selbstversorgung und Selbstverantwortung geprägten kleineren Gemeinden zu einer „Ergänzungseinheit", deren „Entwicklungsmöglichkeiten mangels Zentralität de facto auf die Wohnfunktion beschränkt" werden (Kühne 2007: 174). Kritisch wird also vor allem gesehen, dass zur regionalen Funktionalität, die die Sicherung von Lebensqualität in kleineren Gemeinden durch in der Region erreichbare (kleinstädtische) Angebote sichert, eine Zentralisierung des infrastrukturellen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens hinzutritt (Born 2018).

Die zahlreichen gemeindesoziologischen Arbeiten zu Klein- und Mittelstädten beziehen sich zwar explizit auf Machtstrukturen der kommunalen Ebene, aber widmen sich oft allgemeinen demokratietheoretischen und sozialstrukturellen Fragestellungen und nehmen die Kleinstadt als ein gesellschaftliches Tableau, auf dem Umbrüche und Entwicklungen detailliert nachgezeichnet werden können. Selbst dort, wo die kommunalpolitische Ebene selbst in einer sehr verfeinerten Analyse zum Gegenstand wird (z. B. Luckmann 1970; Neckel 1999) finden die Beziehungen der Kleinstadt in ihr Umland und die regionale Funktion zwar mehr oder weniger Erwähnung, aber erfahren (leider) keine vertiefte Untersuchung.

In den Locality Studies richtet sich der Blick auf Kleinstädte als Arbeitsplatzzentren sowie zentrale Orte für ein ländliches Umland, die die sozialräumliche Basis für alltägliche Aktivitäten der Bewohner darstellen (Burdack 2013). Kleinstädte bilden als *localities* ein dichtes Interaktionsfeld und bringen damit ein spezialisiertes und nicht kodifizierbares Wissen zusammen, das beispielsweise regionale Wettbewerbsvorteile in sich birgt (vgl. Kap. 3.3). Soziale Kohäsion, Akteursnetzwerke und eine Vielfalt lokaler und regionaler Organisationen (*institutional thickness*) gelten entsprechend – neben den externen Verbindungen – als maßgeblich für regionale Entwicklungen. Ob und wie *localities* aber tatsächlich in die Region wirken, ist (auch hier) eine weitgehend vernachlässigte Forschungsebene. Die Fallstudien von Kriszan (2013) in ostdeutschen Kleinstädten konzentrieren sich zwar (ebenfalls nur) auf binnenstädtische Prozesse, zeigen aber Befunde, die auf Auswirkungen hindeuten: In den untersuchten Kleinstädten etablierte sich keine Dezentralisierung von Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen, sodass die Basis für die Entstehung lokaler Governancestrukturen und -prozesse grundsätzlich infrage gestellt wird: Zivilgesellschaftliche Organisationen wurden eher als „Schein-Beteiligung" gesehen, aus der „keine gemeinsam getragenen Kompromisslösungen hervorgehen, sondern die Akteure lediglich zur Legitimierung von Entscheidungen, die von staatlichen Akteuren getroffen wurden, konsultiert werden" (ebd.). Dies wird vor allem auf zwei Defizite zurückgeführt – nämlich die fehlende Dekonzentration von Macht sowie fehlender Konsens hinsichtlich einer Definition von Gemeinschaftsaufgaben. Hannemann (2004) schreibt, dass die regionale Bedeutung der Kleinstädte zwar evident ist, aber von den Aktiven in den entsprechenden Städten oft nicht als handlungsrelevant angesehen wird: „In den Schlüsselpersonengesprächen wurde die Zusammenarbeit mit den umliegenden Städten und Gemeinden zwar

als gut angegeben, sie konnte aber nicht als lebendiger Austausch dargestellt werden. Es scheint sich vielmehr um sozial erwünschte Darstellungen zu handeln. Die Stadtaktiven verstehen die Politik ihrer Kommune vor allem als Einzelkampf" (ebd.: 236). Es kann vermutetet werden, dass (hierarchische, amtspersonenzentrierte) Akteurskoalitionen Einfluss auf interkommunale Kooperationen haben. Csurgó und Megyesi (2016: 436 f.) unterscheiden hinsichtlich der Beziehung von Kleinstädten zu ihrem Umland zwischen „zentralisiert", „egalitär" und „wettbewerbsorientiert".

Die Zentralitätsfrage wurde ebenfalls in Zusammenhang mit großflächigen Gemeindezusammenlegungen, wie sie in einigen Bundesländern politisch verfolgt wurden, untersucht. Hier weisen die Befunde vorsichtig in die Richtung, dass bei landespolitisch stark forcierten Gemeindezusammenlegungen Stadt-Umland-Konflikte langfristig erhalten bleiben (vgl. Schmuhl 2015 am Beispiel von Gemeindegebietsreformen der 1970er Jahre in der Bundesrepublik). Dass politische Zentralisierung durch eine „Dezentralisierung von Entscheidungen" in die nunmehrigen Ortsteile abgefedert und damit „Politikverdrossenheit und ein Vertrauensverlust des Bürgers in die Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung" verhindert werden, wird oft konterkariert, weil „übergeordnete Ebenen selbst Zentralisierungstendenzen und Autonomiebestrebungen der Verwaltung ausgesetzt sind". Damit sinke deren Bereitschaft, „Kompetenzen an von ihnen unabhängig wirkende, dezentrale Körperschaften zu verlieren" (Rottnick 2011: 31, 33). Insgesamt lässt sich festhalten, dass macht- und politikbezogene Studien den Blick auf das „Doing" von Zentralität insbesondere auf der kommunalen und regionalen Ebene schärfen.

4 Zentralität unter Bedingungen veränderter Raumbezüge und politischer Steuerung

4.1 Verflüssigung und Peripherisierung von Zentralitäten

Die in den letzten Jahrzehnten in den räumlich orientierten Wissenschaften diskutierten Strukturveränderungen (wie Netzwerkbildungen, Entbettungen, Flexibilisierungen und Marginalisierungen von Räumen) bleiben für das hier diskutierte Verständnis von Zentralität keineswegs folgenlos. Eine Studie über die Urbanisierung Europas von Hohenberg und Lees (1985) arbeitete bereits in historisch früheren Epochen mit dem Ineinandergreifen von Zentralität und Interaktion wie Netzwerkbildung. Zudem zeigte sie auf, dass das Analyseraster von Knoten und Interdependenzen in räumlichen Netzwerken nicht nur auf global agierende (Groß-)Städte anzuwenden sei, sondern es Städte im unteren und mittleren Bereich des hierarchischen Zentralitätssystems gab (z. B. Hafenstädte), die dieses aufgebrochen haben. In deren Positionierung wurden nicht nur geographische Determinanten, sondern auch immaterielle Faktoren wie Kommunikation, Innovationstransfers und Kontakte zu Entscheidungsgremien genutzt.

Ein nicht unwesentlicher Faktor in der Veränderung regionaler Ordnungen scheint die Lockerung funktionaler Beziehungen zwischen Kleinstädten und ihrem Umland zu sein („Entbettung"). Hannemann (2004) konstatiert für die von ihr untersuchten ostdeutschen Kleinstädte, „dass die zentralörtliche Funktion für das Umland rückläufig ist. Gerade als Dienstleistungsorte verlieren sie an Bedeutung, da die private Moto-

risierung und der Abbau des öffentlichen Verkehrs die Erreichbarkeit erschwert und gleichzeitig eine Vielzahl anderer Standorte in Reichweite der Umlandbewohner liegt" (ebd.: 239). Die regionale Funktionalität der Kleinstadt wird zwar kommunalpolitisch hervorgehoben, sei aber kaum nachweisbar. Gründe für diese Entwicklung sind der Verlust administrativer Funktionen (z. B. Kreissitzfunktion), die erhöhte Automobilität, die Regionalisierung von Erwerbstätigkeit (erhöhtes Pendelaufkommen) und Freizeitgestaltung sowie die Veränderungen im Einkaufsverhalten (Online, Shoppingmalls) (Mayer 2021).

Dass gewissermaßen eine „Verflüssigung" hierarchischer Zentralitäten stattfindet, setzt einen gegenläufigen Akzent zu der oben bereits angedeuteten neuen Hierarchie in der Positionierung von Städten und Regionen in einem überregionalen und globalen Standortwettbewerb. Dieser bezieht sich nicht nur auf die Konkurrenz um Arbeitsplätze, Steuereinkommen und Standortbedingungen, sondern zunehmend auf das sogenannte Bevölkerungspotenzial (Blotevogel/Tönnies 1997). Hierzu wäre noch einmal genauer zu schauen, in welchen räumlichen Zusammenhängen diese Prozesse stattfinden. Scholz (2004: 222) unterscheidet globale Orte (*global players*), globalisierte Orte (verlängerte Werkbänke der globalen Orte) und neue Peripherien (marginalisierte Resträume). Es entspricht wohl dieser Logik, dass Zentralität nur noch über den Einflussbereich von Metropolen und der ihnen angegliederten Räume sinnvoll bestimmt werden könne (vgl. Franz/Pahs 2008: 20 f.). Die Internationalisierung der Märkte führt zu einer Verstärkung der räumlichen Konzentration der Wirtschaft, wodurch sich die Bedeutung von Kleinstädten als Zentren hinsichtlich der Funktionen Wohnen, Beschäftigung und Versorgung verringere. Die Geographie der Zentralität verweist auf dynamische Prozesse, in denen sich Zentralitäten stärker hierarchisieren und frühere Zentren (*core areas*) ihre Funktion verlieren: Zentralität wird zur Wettbewerbspositionierung einiger weniger Städte, die eine absolute Vorrangstellung einnehmen und global miteinander vernetzt sind (Sassen 1995). In diesem Zusammenhang sei eine Peripherisierung Zentraler Orte zu konstatieren (Kühn/Sommer 2013), die Funktion der Kleinstädte als Zentrale Orte ist durch die zunehmende Konkurrenz größerer Städte und die Schließung öffentlicher Einrichtungen („Rückzug des Staates aus der Fläche") immer weniger gesichert (Burdack 2013: 5).

Die regionalpolitisch zunehmende fokussierte Wettbewerbsorientierung erweist sich dabei als weniger kompatibel mit festgelegten (determinierenden) politischen Ordnungen, sondern setzt eher auf – durchaus konfliktreich verlaufende – Flexibilisierungen. „Eine neue differenzierte und zugleich flexible Förderpolitik ist schon lange überfällig. Eine solche neue Förderpolitik sollte sich nicht mehr an einheitlichen Ausstattungskatalogen für zentrale Orte, sondern vorrangig an den Stärken, Profilen und Begabungen der Städte und Kommunen orientieren" (Arndt/Bürkner/Kühn et al. 2005: 3). Die Orientierung am Wettbewerb zwischen Regionen und Städten wird in einem Teil der Publikationen in Gegensatz zu einer auf Gleichwertigkeit, aber zentralistisch ausgerichteten Regionalpolitik gebracht. „In der Regel wird in der Diskussion um eine Konzentrationspolitik auf die grundgesetzlich geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gepocht und diese vor Ort zumindest als Gleichbehandlung der Kommunen oder sogar als Bevorzugung der schwachen Kommunen interpretiert. Dies aber führt gerade nicht zu einer Stärkung der versteckten Perlen, sondern zu einer Nivellierung auf niedrigem Niveau. Eine formal ausgleichende Politik vergrößert

somit die regionale Ungleichheit im Vergleich zu den wachsenden Schwarmstädten. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf nicht auf der kommunalen Ebene diskutiert werden, sondern vielmehr auf der regionalen Ebene“ (empirica 2017: 11). Unklar ist, wie sich die regionale Wettbewerbsorientierung und Flexibilisierung auf Modelle regionaler Vernetzungen auswirkt, wo entweder gleichrangige, gegebenenfalls funktional spezialisierte Zentren miteinander kooperieren oder der Anschluss kleinerer an größere Zentren vollzogen wird (Kujath/Pflanz/Stein et al. 2008: 67).

4.2 Zentrale und dezentrale Steuerungsformen

Unterschiedliche Zentralitätsformen beeinflussen nicht nur Governancevorgänge, sondern Zentralität wird über unterschiedliche Governanceformen hergestellt. Die Frage der regionalen Zentralität von Städten bedarf deshalb einer governancetheoretischen Betrachtung (Kühn/Sommer 2013). Neben hierarchischen seien verstärkt kompetitive und kooperative Steuerungsformen oder auch das auf verschiedenen Ebenen angesiedelte System von staatlichen Ausgleichs- und Planungspolitiken stärker zu beobachten (ebd.: 19). Während die regionalwissenschaftliche Forschung seit Jahrzehnten nichthierarchische Steuerungsformen in ihrer Bedeutung betont hat, ist mit dem Konzept der Zentralität oft ein hierarchisches Verständnis von räumlichen Ordnungen und politischen Aushandlungsprozessen verbunden, das den Gestaltungswillen vor Ort systematisch unterschätzt und die „wachsenden Distanzbelastungen“ ignoriert (Deiters 1992). Die Bündelung sozialer und gesellschaftlicher Aktivitäten entspricht nicht der Hierarchie von Orten und Räumen (Neu/Nikolic 2018). Folgt man den in der endogenen Regionalentwicklung der 1970er Jahre bis heute erprobten Konzepten, so kommt den Praktiken dezentraler, bürgerschaftlicher Selbstorganisation gerade in ländlichen Räumen große Bedeutung zu, die nicht notgedrungen zentralistisch-hierarchischen, sondern netzförmigen und dezentralen Strukturen folgen (Hahne 2009). Hinsichtlich der Organisation lokaler Lebensqualität wird betont, dass „in einer nicht hierarchischen Verknüpfung [...] jeder Konsument zugleich auch Produzent von Leistungen der Daseinsvorsorge sein“ kann (Oswalt 2013: 11). Hierbei wird auch die besondere Konnotierung von Zentralität kritisiert: Entwicklungen in ländlichen Räumen und deren Leistungen würden häufig unterbewertet, weshalb sich Kontos (2010: 34) gegen eine bevorzugte Behandlung der Städte ausspricht und stattdessen alternative Wege vorschlägt, weil mittels „Multiplikatoreffekten“ die Standorte mit besserer Ausstattung und Infrastruktur bevorzugt werden. Durch die Entwicklung intelligenter lokaler Lösungen sowie die Aktivierung von sozialem Kapital und Synergien gelänge es oft, mit weit geringerem finanziellen Aufwand hochwertigere Leistungen zu garantieren und zugleich den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Sowohl die Tendenz zu Gemeindezusammenlegungen als auch zu Zentralitäts- und Wettbewerbsorientierung in der Regionalentwicklung mögen dazu beigetragen haben, dass Kooperationsmodelle zwischen Kleinstädten und ihrem Umland viel weniger thematisiert werden, beispielsweise Städtenetzwerke. Insofern ist die Frage von sogenannten Selbstverantwortungsräumen (Aring 2013) in zwei Richtungen diskutierbar: Einerseits wird ein weitgehender Verzicht auf staatlich organisierte Daseinsvorsorge in der Fläche proklamiert, andererseits die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für eine lokal organisierte und angepasste Lebensqualität und Teilhabe hervorgehoben.

5 Schlussfolgerungen für eine Zentralitätsforschung

Besieht man sich auf den empirischen und theoretischen Hintergrund der sehr kontrovers ausgetragenen Debatten über Zentralität, sehen die Befunde recht schmal aus. Es gibt wenige Studien, die sich dezidiert und analytisch mit dem Verhältnis von Kleinstädten zu ihrem Umland bzw. der regionalen Funktion befassen. Dies ist nicht nur für Kleinstädte in ländlichen Räumen zu konstatieren, sondern ebenso für Kleinstädte in zentralen Lagen. Auch wenn in diesem Rahmen die Vielzahl von wissenstheoretischen, geographischen, historischen, ökonomischen, ethnologischen, soziologischen, planungswissenschaftlichen und politologischen Arbeiten, die sich auf die Zentralität von Kleinstädten beziehen, nur kursorisch behandelt werden konnte, erzeugen diese einerseits ein differenziertes Bild und öffnen andererseits den Blick auf ein breiteres Forschungsfeld von räumlichen Zentralitäten.

Sowohl die theoretischen Diskussionen als auch empirische Forschungen zu Kleinstädten in ihrem regionalen Umfeld können als eher rudimentär eingeschätzt werden. Dafür lassen sich im Wesentlichen folgende Faktoren ausmachen:

1 Die Diskussionen erfolgen ausgesprochen normativ, sind durch Ansätze der Raumordnung bestimmt und auf das Konzept von Zentralität fokussiert. Hier gilt immer noch die Problemstellung der Unterscheidung von politisch-planerisch verstandenen „zentralörtlichen Systemen“ und wissenschaftlich zu untersuchenden bzw. empirisch beschreibbaren räumlichen Zentralitäten. Wissenschaftlich notwendig wäre zudem eine stärkere (wissenssoziologische) Reflexion der Debatten um Raumordnung oder der Vorgaben von Landes- und Regionalplanungen, wie Zentralitäten hergestellt werden.

2 Es existieren vor allem Fallstudien, die aber entweder einen spezifischen Fokus haben oder eher deskriptiv angelegt sind. Fallstudien zu Kleinstädten sind in der Regel auf die Stadtgesellschaften selbst und weniger auf ihre regionale Einbettung gerichtet. Es gibt aber ein Erkenntnisinteresse, Kleinstädte nicht nur als isolierte soziale Einheiten, sondern in ihren regionalen Verflechtungen zu untersuchen. Zentralitäten können nur in Zusammenhang mit vielfältigen binnen- und intraregionalen räumlichen Verflechtungen angemessen erfasst werden. Dazu wären weiterführende methodische Ansätze zu entwickeln.

3 Es mangelt an der Verknüpfung von raumwissenschaftlicher Theorie und Forschung, die die Vielfalt und Vielheit von Verflechtungszusammenhängen und Zentralitäten analytisch erfasst, ohne in von der Forschung losgelöste politische Debatten zu verfallen.

4 Darauf aufbauendend kann eine Weiterentwicklung der bislang normativen zentralörtlichen Funktionszuweisungen in der Regionalplanung erfolgen.

Die Zentralität von Kleinstädten ist in der gegenwärtigen Konzeptualisierung nur bedingt instruktiv, wenn es um die Analyse regionaler Entwicklungsmöglichkeiten, gegenwärtiger räumlicher Entwicklungen und Steuerungsanforderungen geht. In wel-

cher Form und mit welchen Auswirkungen aber regionale Zentralitäten entstehen, dürfte nicht nur ein lohnendes Forschungsfeld sein, sondern auch der Regionalpolitik wichtige Impulse vermitteln.

Literatur

Andorka, R. (2001): Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse. Ein Studienbuch zur ungarischen Gesellschaft im europäischen Vergleich. Opladen.
Aring, J. (2013): Inverse Frontiers – Selbstverantwortungsräume. In: Faber, K.; Oswalt, P. (Hrsg.): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Leipzig, 42-56.
Arndt, M.; Bürkner, H.-J.; Kühn, M.; Knorr-Siedow, T. (2005): Stärkung der Städte und Stadtregionen. IRS-Positionspapier zur Neuausrichtung der Förderpolitik im Land Brandenburg. Erkner.
Beetz, S. (2006): Regionale Disparitäten und Steuerung ländlicher Entwicklung. Berlin. = Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume" der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 9.
Blotevogel, H. H. (Hrsg.) (2002): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 217.
Blotevogel, H. H. (2006): Neuformulierung des Zentrale-Orte-Konzepts. In: Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.): Neugestaltung des landesplanerischen Zentrale-Orte-Konzeptes (ZOK). Mainz, 21-29.
Blotevogel, H. H.; Tönnies, G. (1997) Soziodemographische Aspekte der Raumentwicklung. In: Nachrichten der ARL 3/1997, 21-31.
Born, K. M. (2018): Kleinstadt und Umland – Akzente partnerschaftlichen Handelns. In: Schmied, D.; Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Große Dörfer – Kleine Städte. Göttingen, 83-90.
Brose, G. (1980): Ergebnisse und Tendenzen der Binnenwanderung in der DDR im Zeitraum 1953–1976. In: Khalatbari, P. (Hrsg.): Räumliche Bevölkerungsbewegung in sozialistischen Ländern. Berlin, 121-175
Burdack, J. (2007): Kleinstädte im Abseits? Zur Entwicklung mitteldeutscher Kleinstädte nach 1990. In: Geographische Rundschau 59 (6), 34-43.
Burdack, J. (2013): Lokal basierte Kleinstadtentwicklung im östlichen Europa: Potenziale, Probleme und Praktiken – eine Einführung. In: Burdack, J.; Kriszan, A. (Hrsg.): Kleinstädte in Mittel- und Osteuropa: Perspektiven und Strategien lokaler Entwicklung. Leipzig, 5-12.
Christaller, W. (1980 [1932]) Die zentralen Orte in Süddeutschland. Darmstadt.
Csurgó, B.; Megyesi, B. (2016): The Role of Small Towns in Local Place Making. In: European Countryside 8 (4), 427-443.
Deiters, J. (1992) Zentrale Orte und eigenständige Regionalentwicklung. In: Pro Regio 10/1992, 16-23.
Döring, T. (2011): Stadt, Land, Raum. Koexistenz von Stadtregionen und ländlichem Raum. In: KDZ Forum Public Management (1), 15-19.
Dybe, G. (2015): Räumliche Koordination von Förderpolitiken: Das Beispiel der „Regionalen Wachstumskerne" in Brandenburg. In: Karl, H. (Hrsg.): Koordination raumwirksamer Politik: Mehr Effizienz und Wirksamkeit von Politik durch abgestimmte Arbeitsteilung. Hannover, 91-112. = Forschungsberichte der ARL 4.
Elsasser, H.; Bühler-Conrad, E. (1997): Ist eine Kleinstadt mehr als eine Stadt? In: Munduch, E.-M. (Hrsg.): Kleinstädte: Motoren im ländlichen Raum. Wien, 10-17.
empirica (2017): Wohnen und Baukultur nicht nur in Metropolen. Hintergrundpapier zum gleichnamigen Positionspapier der Bundesstiftung Baukultur und dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Berlin.
Ernst Basler + Partner; Regionomica (Hrsg.) (2010): Endbericht Evaluation der Ergebnisse der Neuausrichtung der Förderpolitik auf Regionale Wachstumskerne (RWK) im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Potsdam.
Felgenhauer, T. (2015): Die visuelle Konstruktion gesellschaftlicher Räumlichkeit. In: Schlottmann, A.; Miggelbrink, J. (Hrsg.): Visuelle Geographien. Münster, 67-90.
Flex, F.; Greiving, S.; Terfrüchte, T. (2016): Strukturen eines (fortentwickelten) Zentrale-Orte-Konzepts. In: Flex, F.; Greiving, S. (Hrsg.): Neuaufstellung des Zentrale-Orte-Konzepts in Nordrhein-Westfalen. Hannover, 106-122. = Arbeitsberichte der ARL 17.
Franz, M.; Pahs, R. (2008): Schrumpfende Peripherie oder globalisierte Region? Regionalentwicklung im Norden Finnlands. In: Europa Regional 16 (1), 16-27.

Fritsch, M (2003): Von der innovationsorientierten Regionalförderung zur regionalisierten Innovationspolitik. Freiberg.
Fuchs, T. (1996): Macht euch die Stadt zum Bilde! Über die Modernisierung des ländlichen Raumes. Pfaffenweiler.
Fuchs, T. (2000): Leib, Raum, Person. Entwurf einer phänomenologischen Anthropologie. Stuttgart.
Gawron, T. (2008): Zentrale-Orte-System und Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen: Zum Koordinationsdilemma zwischen Raumordnung und Fachplanung. Leipzig.
Gnest, H.; Priebs, A. (2008): Raumplanung in der Zukunft. Anforderungen, künftig bedeutsame Themen und Aufgaben aus der Sicht der Praxis. In: Raumforschung und Raumforschung 66 (6), 486-497.
Goltz, E.; Born, K. M. (2005): Zuwanderung älterer Menschen in ländliche Räume – eine Studie aus Brandenburg. In: Geographische Rundschau 57 (3), 52-57.
Hahne, U. (2009): Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft. In: Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung 2009 (1), 2-25.
Hahne, U.; Stackelberg, K. von (1994): Regionale Entwicklungstheorien. Kassel. = EURES discussion paper dp-39.
Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Henkel, G. (1993): Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert. Stuttgart.
Henkel, G. (2018): Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist. München.
Hohenberg, P. M.; Lees, L. H. (1985): The Making of Urban Europe 1000–1950. Cambridge.
Hottes, K. (1954): Die zentralen Orte im Oberbergischen Lande. Remagen.
Hüttl, R. F.; Bens, O.; Plieninger, T. (Hrsg.) (2008): Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin. = Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 20.
Irsigler, F. (1983): Stadt und Umland in der historischen Forschung. In: Bulst, N.; Hoock, J.; Irsigler, F. (Hrsg.): Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft. Stadt-Land-Beziehungen in Deutschland und Frankreich. Trier, 13-38.
Kegler, K. R. (2009): „Der neue Begriff der Ordnung". Zwischen NS-Staat und Bundesrepublik: Das Modell der zentralen Orte als Idealbild der Raumordnung. In: Mäding, H.; Strubelt, W. (Hrsg.): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Hannover, 188-209. = ARL Arbeitsmaterial 346.
Kegler K. R. (2016): Zentrale Orte. Transfer als „Normalisierung". In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies 15 (1), 36-80.
Keller, K. (2001): Kleinstädte in Kursachsen. Wandlungen einer Städtelandschaft zwischen Dreißigjährigem Krieg und Industrialisierung. Köln, Weimar, Wien.
Kiessling, R. (2001): Die Zentralitätstheorie und andere Modelle zum Stadt-Land-Verhältnis. In: Gilomen, H.-J.; Stercken, M. (Hrsg.): Zentren. Ausstrahlung, Einzugsbereich und Anziehungskraft von Städten und Siedlungen zwischen Rhein und Alpen. Zürich, 17-40.
Kontos, G. (2010): Zum Bedeutungsverlust des Zentrale-Orte-Konzepts. Beispielhaft dargestellt an der Region FrankfurtRheinMain. Oberhausen.
Koschatzky, K. (2001): Räumliche Aspekte im Innovationsprozess: ein Beitrag zur neuen Wirtschaftsgeografie aus Sicht der Innovationsforschung. Münster.
Krätke, S.; Heeg, S.; Stein, R. (1997): Regionen im Umbruch: Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen „Ost" und „West". Frankfurt.
Krings, W. (1972): Die Kleinstädte am mittleren Niederrhein: Untersuchung ihrer Rolle in der Entwicklung des Siedlungsnetzes seit der frühindustriellen Zeit. Dümmlers.
Kriszan, A. (2013): Urbane Regime in Kleinstädten Mittel- und Osteuropas. In: Burdack, J.; Kriszan, A. (Hrsg.): Kleinstädte in Mittel- und Osteuropa: Perspektiven und Strategien lokaler Entwicklung. Leipzig, 97-105.
Kühn, M. (2003): Dezentrale Konzentration – vom Wachstums- zum Schrumpfungsleitbild. In: IRS aktuell (41), 8-10.
Kühn, M.; Sommer, H. (2013): Periphere Zentren – Städte in peripherisierten Regionen. Theoretische Zugänge, Handlungskonzepte und eigener Forschungsansatz. Erkner. = IRS Working Paper 45.
Kühne, O. (2007): Die Krise des Nationalstaats und die Entpolitisierung ländlicher Räume. In: Der kritische Agrarbericht 2007, 173-177.
Kujath, H. J. (2005): Landesentwicklung im Umfeld der Metropole. In: IRS aktuell (48), 4-6.

Kujath, H. J.; Pflanz, K.; Stein, A.; Zillmer, S. (2008): Raumentwicklungspolitische Ansätze zur Förderung der Wissensgesellschaft. Erkner. = IRS Werkstatt: Praxis 58.
Leendertz, A. (2009): Der Gedanke des Ausgleichs und die Ursprünge des Leitbildes der „gleichwertigen Lebensbedingungen". In: Mäding, H.; Strubelt, W. (Hrsg.). Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Hannover, 210-225. = ARL Arbeitsmaterial 346.
Lösch, A. (1940): Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Eine Untersuchung über Standort, Wirtschaftsgebiete und internationalen Handel. Jena.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart.
Maier, G.; Tödtling, F.; Trippl, M. (2006): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. Wien.
Marshall, A. (2013 [1890]): Principles of Economics. Houndmills. = Palgrave Classics in Economics. Basingstoke, Hampshire.
Mayer, H. (2021): Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsdynamiken in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 140-154. = Forschungsberichte der ARL 16.
Mitterauer, M. (1980): Das Problem der zentralen Orte als sozial- und wirtschaftshistorische Forschungsaufgabe. In: Mitterauer, M. (Hrsg.): Markt und Stadt im Mittelalter. Beiträge zur historischen Zentralitätsforschung. Stuttgart, 22-51.
Neckel, S. (1999): Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel. Frankfurt am Main.
Neu, C.; Nikolic, L. (2018): Agieren statt reagieren mit „Sozialen Orten". In: LandInForm 2018 (1), 16-17.
Oswalt, P. (2013): Der ländliche Raum ist kein Baum: Von den zentralen Orten zur Cloud. In: Faber, K.; Oswalt, P. (Hrsg.): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Leipzig, 6-16. = Edition Bauhaus 35.
Priebs, A. (2005): Raumordnung und Raumentwicklung als Zukunftsaufgabe. In: Geographische Rundschau 57 (3), 4-9.
Reichel, F. (2009): Das Ankerstadtsystem – Modifikation des Zentrale-Orte-Systems als Beispiel einer veränderten raumordnerischen Entwicklungsstrategie in Berlin-Brandenburg, In: Eich-Born, M. (Hrsg.): Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 345, 104-123.
Riechel, R. (2008): Regionale Entwicklung organisieren? Regionale Wachstumskerne im Städteverbund in der neuen Förderpolitik des Landes Brandenburg. Berlin. = Graue Reihe des Instituts für Stadt- und Regionalplanung 13.
Rottnick, L. (2011): Starke Ortsteile für Brandenburg? Strategien für Ortsbeiräte. Potsdam. = KWI-Arbeitshefte 18.
Sassen, S. (1995): Metropole: Grenzen eines Begriffs. In: Fuchs, G.; Moltmann, B.; Prigge, W. (Hrsg.): Mythos Metropolen. Frankfurt am Main, 165-177.
Schöller, P. (1962): Markt als Zentralitätsphänomen. Das Grundprinzip und seine Wandlungen in Zeit und Raum. In: Westfälische Forschungen (15), 85-92.
Scholz, F. (2004): Geographische Entwicklungsforschung: Methoden und Theorien. Berlin.
Schmuhl, H.-W. (2015): Mentalitäten und Identitäten in ländlichen Vororten nach der kommunalen Gebietsreform der 1970er Jahre. Das Beispiel Bielefeld. In: Kersting, F.-W.; Zimmermann, C. (Hrsg.): Stadt-Land-Beziehungen im 20. Jahrhundert. Paderborn, 89-112.
Simmel, G. (1983 [1908]): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin.
Terfrüchte, T. (2016): Empirische Befunde zum Zentrale-Orte-System in Nordrhein-Westfalen. In: Greiving, S.; Flex, F. (Hrsg.): Neuaufstellung des Zentrale-Orte-Konzepts in Nordrhein-Westfalen. Hannover, 84-105. = Arbeitsberichte der ARL 17.
Thünen, J. H. von (1826): Der isolirte Staat in Beziehung auf Landwirthschaft und Nationalökonomie. Hamburg.
Winkel, R. (2006): Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland: Folgen für Städte und Regionen. Hannover, 172-191. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 226.

Autor

Stephan Beetz (**1966*), *Studium der Sozialarbeit/Sozialpädagogik in Potsdam und der Soziologie an der TU Berlin, Promotion an der HU Berlin, wissenschaftliche Forschung und Beratung an verschiedenen universitären und außeruniversitären Einrichtungen (IfG Berlin, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, HS Neubrandenburg, Thünen-Institut), langjährige Tätigkeit in der Erwachsenenbildung, seit 2009 Professur an der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida. Arbeitsschwerpunkte: ländliche und städtische Entwicklungen, (Wohnungs-)Genossenschaften, Gemeinwesenarbeit, jugendliche Lebenswelten.*

Peter Dehne

ZWISCHEN GOVERNMENT UND GOVERNANCE – PERSPEKTIVEN DER FORSCHUNG AUF POLITIK UND STADTPLANUNG IN KLEINSTÄDTEN

Gliederung

1 Einführung
2 Eine wechselvolle Forschungsgeschichte
3 Zusammenfassende Erkenntnisse zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten
3.1 Lokalpolitik und Entscheidungsprozesse in Kleinstädten – die Gemeindestudien
3.2 Stadtplanungspraxis in Kleinstädten
3.3 Erklärungsmodelle und Governance-Ansätze für Kleinstädte in der Krise
3.3.1 Peripherisierung und strategische Planung
3.3.2 Community Capital Framework (CCF) und Stärkung des Sozialkapitals
3.3.3 Modell der adaptiven Zyklen und Resilienzstrategien
4 Zwischen Government und Governance – Schlussbetrachtung
Literatur

Kurzfassung
Die Forschungsgeschichte zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten ist bei tiefergehender Recherche überraschend vielfältig und facettenreich. Sie reicht von den Gemeindestudien zu den baden-württembergischen Kleinstädten Bretten und Wertheim aus den 1960er und 1970er Jahren über empirische Erhebungen zur Stadtplanungs- und Stadterneuerungspraxis bis hin zur analytischen Auseinandersetzung mit schrumpfenden Kleinstädten in peripheren Lagen in den 1990er und 2000er Jahren. Dabei wird auf der einen Seite die Tendenz zu einer personenzentrierten und konsensorientierten Politik in Verbindung mit einer technokratischen und formalen Stadtplanung sichtbar. Politik und Stadtplanung werden häufig geprägt von begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen und einer hohen Abhängigkeit von Förderprogrammen und externen Entscheidungen. Andererseits entstanden mit der Krise peripherisierter Kleinstädte in den 1990er Jahren Erklärungsmodelle und Governance-Ansätze, die am Sozialkapital ansetzen und auf eine Aktivierung der eigenen Gestaltungs- und Innovationskraft der Kleinstadtgesellschaft ausgerichtet sind. Eine systematische Kleinstadtforschung und eine neue Generation von theoriegeleiteten inter- und intradisziplinären Gemeinde- bzw. Kleinstadtstudien sollte diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit analysieren und lokal basierte Modelle zwischen hierarchischer und kooperativer Steuerung für eine widerstandsfähige Kleinstadt entwickeln.

Schlüsselwörter
Kleinstadtforschung – Kleinstädte – Stadtplanung – Stadtpolitik – Governance

Between Government and Governance – Research Perspectives on Policy and Urban Planning in Small Towns

Abstract
In-depth consideration of the history of research on policy and urban planning in small towns reveals it to be surprisingly diverse and multifaceted. It ranges from the municipal studies of the small towns of Bretten and Wertheim in Baden-Württemberg in the 1960s and 1970s to empirical inquiries into urban planning and urban renewal practice to analytical investigations of shrinking small towns in peripheral locations in the 1990s and 2000s. Two features become visible here. On the one hand, there is a tendency towards people-centred and consensus-oriented policy in combination with technocratic and formal urban planning. Policy and urban planning are often influenced by limited financial and human resources and a great dependency on funding programmes and external decision making. On the other hand, there are the explanatory models and governance approaches that emerged with the crisis of the peripheralisation of small towns in the 1990s. These start with social capital and aim to activate the endogenous creativity and innovation of small town societies. Systematic small town research and a new generation of theory-led interdisciplinary and intradisciplinary investigations of municipalities or small towns should analyse this discrepancy between aspiration and reality and develop locally based models situated between hierarchical and cooperative governance for more resilient small towns.

Keywords
Small town research – small towns – urban planning – urban policy – governance

1 Einführung

Es gibt viele wissenschaftliche Veröffentlichungen zu Stadtplanung und Urban Governance. Nur wenige davon beschäftigen sich mit Kleinstädten. Methoden und Theorien der Stadtplanung werden vor allem in großstädtischen Kontexten untersucht, Governance zusätzlich auch in ländlichen Räumen und auf regionaler Ebene. Taucht man tiefer in die Literatur ein und bezieht ältere Arbeiten sowie ausgewählte internationale Veröffentlichungen mit ein, wird das Bild differenzierter. Es gibt Gemeindestudien, empirische Studien zur Planungspraxis in Mittelstädten und Erklärungsmodelle für den Kleinstadtwandel. Der Beitrag gibt einen systematischen Überblick über die vorliegende Kleinstadtforschung mit relevanten Aussagen zur Politik und Planungspraxis in kleinen Städten. Im ersten Teil wird Forschungsgeschichte zu Politik und Planung in Kleinstädten skizziert, ohne den Anspruch der Vollständigkeit zu erheben. Danach werden ausgewählte Erkenntnisse zu Lokalpolitik, Planungspraxis und theoretischen Governance-Ansätzen vertiefend dargestellt. Die Forschungsergebnisse werden abschließend kritisch auf ihre Relevanz für die Planungspraxis reflektiert und Forschungsbedarf für ein differenziertes Verständnis der Steuerungsmechanismen in Kleinstädten wird formuliert.

2 Eine wechselvolle Forschungsgeschichte

Wie in Wellenbewegungen sind seit den 1960er Jahren die Handlungsbedingungen und Mechanismen von Politik und Stadtplanung in Kleinstädten untersucht worden. Besonders zu Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen rückten die Kleinstädte in den Blickpunkt der Forschung. So war es auch nach Öffnung der Mauer in Deutschland. Tradierte wissenschaftliche Erkenntnisse ließen sich nicht so ohne Weiteres auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in Ostdeutschland übertragen. Da lag es nahe, die Transformation und ihre sozialen Folgen umfassend in überschaubaren Lebenszusammenhängen zu untersuchen. Im Mittelpunkt der Gemeindestudien zu ostdeutschen Klein- und Mittelstädten wie z. B. Eberswalde (Neckel 1999) oder Gotha (Bertels 2015) standen vor allem Fragen der Integration, des sozialen Zusammenhalts und der kommunalen Entscheidungsprozesse (zusammenfassender Überblick bei Herlyn (2015: 22 f.) und Harth/Herlyn/Scheller et al. 2012). Ende der 1990er Jahre rückte dann die schrumpfende Klein- und Mittelstadt in das Zentrum der Forschung.

Gemeindestudien (1950 – 1980)
Die Gemeindestudien haben ihren Ursprung in der USA der 1920er Jahre. Die „Chicagoer Schule" entwickelte einen empirisch-analytischen Ansatz der Stadtsoziologie, der möglichst unvoreingenommen und zweckfrei gesellschaftliche Entwicklungen in räumlichen Zusammenhängen untersuchen sollte. Zunächst auf die Großstadt orientiert, entstanden daraus die Community Studies. Sie wurden hauptsächlich in kleinen Städten durchgeführt (Harth/Herlyn/Scheller et al. 2012). Die lokale Gesellschaft erschien weniger komplex und stärker in sich geschlossen. Zusammenhänge und Schlüsselfaktoren konnten leichter identifiziert werden als in großstädtischen Zusammenhängen. Die Middletown-Studien über die Kleinstadt Munice (Indianapolis) standen am Beginn (Lynd/Lynd 1929; 1937). Zahllose weitere Kleinstadtstudien folgten. Einige befassten sich explizit mit den Macht- und Entscheidungsstrukturen in Kleinstädten. In diese Tradition der „Community-Power-Forschung" gehört die Studie „Leadership in a Small Town" von 1962, die 2012 wieder neu aufgelegt wurde. Mit seinen Studierenden hatte Aaron Wildavsky die Machtverhältnisse und die Persönlichkeitsmerkmale der Leader in der Kleinstadt Oberlin untersucht (Wildavsky 2012).

In Deutschland hatten Gemeindestudien in den 1960er und 1970er Jahren ihre Blütezeit. Mit kleinstädtischer Politik beschäftigten sich vor allem zwei Studien: eine Untersuchung der baden-württembergischen Stadt Bretten in den 1960er Jahren (Luckmann 1970) sowie die Wertheim-Studien aus den 1970er Jahren (Ellwein/Zoll 2003). Die Veröffentlichungen zu beiden Studien liefern grundlegende Einblicke in das Macht- und Entscheidungssystem von Kleinstädten sowie Bezüge für die aktuelle Kleinstadtforschung. Auch wenn sich bei Gemeindestudien grundsätzlich die Frage nach der Generalisierbarkeit stellt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sich verändert haben und wissenschaftliche Erkenntnisse weiterentwickelt wurden, lohnt sich doch ein Blick auf die Ergebnisse (siehe Kap. 3.1).

Ab Mitte der 1960er Jahre richtete sich die Stadtsoziologie angesichts von Strukturwandel und Großstadtkritik neu aus. Zwischen einer gesellschaftskritischen, theoretischen Stadtsoziologie und einer praxisbezogenen Stadtplanungssoziologie hatten

komplexe Untersuchungen städtischer Lebenswelten keinen Platz mehr (Harth/Herlyn/Scheller et al. 2012: 17). Ein weiteres Argument gegen Lokalstudien ist aus heutiger Sicht interessant: Die Durchdringung der Gesellschaft mit urbanen Lebensstilen und die Angleichung der Lebensverhältnisse ließ lokale Unterschiede scheinbar bedeutungslos werden (ebd.: 21).

Ressortforschung zur Stadterneuerung (1985 – 1990)

Es blieb die Erkenntnis, dass politische Entscheidungsprozesse in Kleinstädten anders ablaufen als in großen Städten. Was bedeutet dies für die Planungspraxis? Lassen sich für die Stadtplanung ebenfalls kleinstadtspezifische Besonderheiten erkennen? In den 1980er Jahren begannen die Planungsdisziplinen sich stärker für die Kleinstadt zu interessieren, zunächst im Kontext der städtebaulichen Erneuerung. 1985 erschien ein gesonderter Band der Informationen zur Raumentwicklung zur „Stadterneuerung in kleinen Städten" (BfLR 1985). Hintergrund war die Diskussion um neue städtebauliche Aufgaben angesichts einer Verdreifachung der Städtebauförderungsmittel (BMBau 1986). Bereits in den 1960er Jahren hatten Bund und Länder Studien- und Modellvorhaben zur städtebaulichen Erneuerung in Klein- und Mittelstädten durchgeführt (BMBau 1978; BMBau 1983). Aber erst jetzt rückten sie in das Interesse der Förderpolitik und Ressortforschung des Bundesbauministeriums. Der Anteil der Kleinstädte unter 10.000 Einwohner stieg von 19% auf 29% im Programmjahr 1988 (BMBau 1990: 13). Von 1987 bis 1992 waren Kleinstädte neben Dörfern und kleinen Gemeinden Untersuchungsgegenstand des ExWoSt-Forschungsfeldes „Städtebauliche Dorferneuerung" (BMBau 1989). In der Zusatzuntersuchung zum Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung war ihnen eine gesonderte Auswertung gewidmet (BMBau 1990). Unmittelbar nach der Wende haben Schäfer/Stricker/Soest (1992) die Entwicklungsbedingungen von Kleinstädten – und Dörfern – in den neuen Bundesländern analysiert und Empfehlungen für eine Politik der städtebaulichen Erneuerung in Kleinstädten – und Dörfern – gegeben (s. Kap. 3.2).

Stadtplanung für Kleinstädte in der DDR (1970 – 1989)

In der DDR fand städtebauliche Planung in erster Linie in den Groß- und Mittelstädten statt. Planung von Kleinstädten hatte lange Zeit keine Bedeutung, abgesehen von einigen spektakulären Entwürfen für die sozialistische Umgestaltung der Städte im Sinne einer Flächensanierung, wie sie auch in Westdeutschland in den 1960er Jahren für einige Klein- und Mittelstädte vorgesehen waren (Hannemann 2004: 65 ff.). Im Prinzip beschränkte sich Stadtplanung weitgehend auf Standort- und Investitionsplanung sowie Wohnungsbaupolitik. Beides wurde weitgehend von den zentralen Staatsorganen vorgegeben und von den örtlichen Betrieben ausgeführt. Für die Kommunen blieb dabei wenig eigener Gestaltungsspielraum (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 121 f.). Erst ab Mitte der 1970er Jahre wurden auch für Kleinstädte vereinfachte Generalbebauungspläne aufgestellt. Mit dem Kurswechsel hin zum innerstädtischen Bauen und zu einer Erhaltung der Innenstädte wurden Forderungen lauter, die Klein- und Mittelstädte stärker in den Bick zu nehmen (HAB 1976). Vermehrt wurden Generalbebauungspläne, Rahmenpläne und Städtebauliche Konzeptionen zur Lösung der Wohnungsfrage für die Innenstädte der Kleinstädte aufgestellt. Zuständig für die Stadtplanung blieben jedoch die Planungseinrichtungen der Bezirke (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 223 ff.). Es war eher eine Planungspraxis für die Kleinstädte als in den Kleinstädten.

Die Krise der Kleinstadt (1990 – 2015)

Nach der Vereinigung traf die neu erlangte kommunale Planungs- und Entscheidungshoheit des bundesdeutschen Rechtssystems die kommunalen Verwaltungen in Ostdeutschland dann vollkommen unvorbereitet. Qualifiziertes Personal war selten vorhanden, Planungserfahrungen und ein Verständnis für kommunale Steuerung von Flächen- und Stadtentwicklung fehlten vollständig. Stadtplanung musste in den Kleinstädten Ostdeutschlands nach der Wende mühsam erlernt werden, und das angesichts von neoliberalen und inkrementalistischen Tendenzen auch in der Stadtplanung (Leimbrock 2010). Umso mehr stellte sich wiederum die Frage nach Qualifizierung und Unterstützung durch externe Berater bei gleichzeitiger Wahrung der kommunalen Entscheidungshoheit (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 125). Verschärfend kam in Ostdeutschland Mitte der 1990er Jahre die aufziehende „Krise der Kleinstadt" hinzu. Sie ordnete sich ein in demographische und gesellschaftliche Veränderungen und deren Auswirkungen auf das Städtesystem in Deutschland. Häußermann und Siebel hatten in ihrem Buch „Die neue Urbanität" bereits 1987 die Situation der Städte hellsichtig analysiert. Sie brachten die Debatte über Bevölkerungsrückgang und Stagnation, die es bereits seit den 1970er Jahren gab, auf den Punkt (vgl. Brandstetter/Lang/Pfeifer 2005).

„Unsere Städte erleben eine doppelte Spaltung: einmal zerbricht das bislang einheitliche Muster städtischer Entwicklung in zwei einander entgegengesetzte Typen. Einige wenige Städte, die noch das gewohnte Bild von wachsendem Wohlstand, neuen Arbeitsplätzen und spektakulären Neubauten bieten, stehen stagnierenden oder gar schrumpfenden Städten gegenüber. Zum anderen vollzieht sich innerhalb jeder einzelnen Stadt eine Spaltung, nicht ganz so sichtbar noch, aber doch nicht weniger tiefgreifend: die Spaltung zwischen jenen mit sicheren Arbeitsplätzen mit gesicherter Lebensperspektive und den an den Rand Gedrängten, den Ausländern, den Armen, den dauerhaft Arbeitslosen" (Häußermann/Siebel 1987: 8).

Gemeint sind große Städte in Westdeutschland, die von demographischen Veränderungen, Suburbanisierung und Strukturwandel betroffen sind. Die Wertheim-Studie lässt durchblicken, dass auch in Kleinstädten Anfang der 1980er Jahre der Wachstumsmotor stotterte und zu einer veränderten Stadtpolitik führte. Das setzte sich in den folgenden Jahren fort, bis die Zuwanderung nach der Wende das Schrumpfungsphänomen in Westdeutschland fast vollständig überdeckte. In den ostdeutschen Städten verstellten u.a. die Mittel der Städtebauförderung und anderer finanzstarker Programme den Blick auf die eigentlichen demographischen Probleme. Umso deutlicher wurden die Auswirkungen von Bevölkerungsrückgang und Alterung auf die Städte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in Ostdeutschland. Der Bericht der Leerstandskommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern" Ende 2000 und das nachfolgende „Abrissprogramm" Stadtumbau Ost zeigten öffentlichkeitswirksam die von Bevölkerungsverlusten und Leerstand geplagte „perforierte Stadt". Stadtplanung unter Schrumpfungsbedingungen wurde zum neuen Thema in der Stadtplanung und Stadtforschung.

Immer noch ging es in dieser Debatte um die größeren Städte. Aber schon bald fiel der Blick auf die kleinen Städte in Ostdeutschland, die aufgrund ihrer geringen Größe und mangelnden Kompensationsfähigkeit anfälliger für demographische und wirtschaft-

liche Brüche erschienen. Eine steigende Wertschätzung urbaner, metropolitaner Lebens- und Arbeitsformen sowie Zentralisierung und Reurbanisierung ließen die Situation für viele Kleinstädte in peripheren, ländlichen Räumen ausweglos erscheinen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die einschlägigen Veröffentlichungen und Studien zu Kleinstädten seit Anfang der 2000er Jahre dem Paradigma einer krisenhaften Kleinstadt folgen. Ausgangspunkt sind Transformationsprozesse, die Kleinstädte gesellschaftlich marginalisieren (Hannemann 2004) und peripherisieren (Kühn 2016). Daraus abgeleitet wird den Fragen nachgegangen, wie Kleinstadtwandel erklärt und gestaltet werden kann. Die amerikanischen Soziologen hatten genau das bereits Anfang der 1990er Jahre für ländliche Gemeinden des Mittleren Westens getan (Flora/Flora 2013). Vielfach werden die Stärkung des Sozialkapitals und Governance-Formen für eine Politik und Stadtplanung der schrumpfenden, peripherisierten Kleinstadt gefordert (vgl. Kap. 3.3).

Die Rolle der Stadtgröße für Stadtplanung (2010)
Diese Restriktionen bestätigen auch die empirischen Untersuchungen von Andrea Rüdiger (2009). Sie ist in ihrer Dissertation explizit der Frage nachgegangen, welche Rolle die Stadtgröße für die räumliche Planung spielt. Sie hat dafür die Planungsämter aller 589 bundesdeutschen Mittelstädte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern befragt. Die Planungsämter der kleinen Mittelstädte (20.000 – 50.000 Einwohner) handelten danach eher in dem traditionellen Planungsbereich der Bauleitplanung, wenig proaktiv und sind zurückhaltender beim Einsatz informeller Instrumente als größere Verwaltungen. Es ist zu vermuten, dass dies auch und erst recht für Kleinstädte gilt, wie auch amerikanische Forschungen aus den 1980er Jahren erkennen lassen (Mattson/Burke 1989) (vgl. Kap. 3.2).

Kooperative Kleinstadtplanung (ab 2015)
Die Diskussion um die Krise und die Marginalisierung der Kleinstadt war 2015 Ausgangspunkt, im Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen" des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) neue Governance-Ansätze in Kleinstädten zu erproben und zu analysieren (Dehne 2016; 2018a; 2018b; 2019a). In acht Modellvorhaben wurden in den folgenden drei Jahren Szenarioprozesse, JugendBarCamps und ergänzende Beteiligungsformate durchgeführt, begleitet und ausgewertet. Durch den Prozess sollte eine Aufbruchstimmung entstehen, gemeinsame Visionen sollten entwickelt werden und gemeinschaftliches Handeln für eine zukünftige Stadtentwicklung sollte generiert werden. Kooperative Kleinstadtplanung wird dabei als partnerschaftlicher und arbeitseiliger Prozess zwischen Stadtgesellschaft, lokaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung verstanden mit dem Ziel eines guten Lebens vor Ort (Dehne 2019b: 98). In einem Teil der Kleinstädte ist dies gelungen. Politik und Verwaltung haben Kooperation und Kommunikation zum Prinzip ihres Handelns gemacht. Andere sind wieder zurückgekehrt zu einer bürgermeister- und verwaltungsgetragenen Politik und Stadtplanung. Es fehlte die Resonanz und die Beteiligungsbereitschaft, vielleicht auch weil die eingespielten Pfade der Politikgestaltung gut funktioniert haben. Eine dritte Gruppe hat schließlich den Weg einer vorsichtigen Beteiligung eingeschlagen (ebd.: 97). Es ist eine eher „oberflächige Analyse" aus der Sicht der Begleitforschung. Für eine methodische, tiefergreifende Begleitung und Auswertung der Planungs- und Beteiligungsprozesse fehlten Zeit und Kapazitäten. Sie

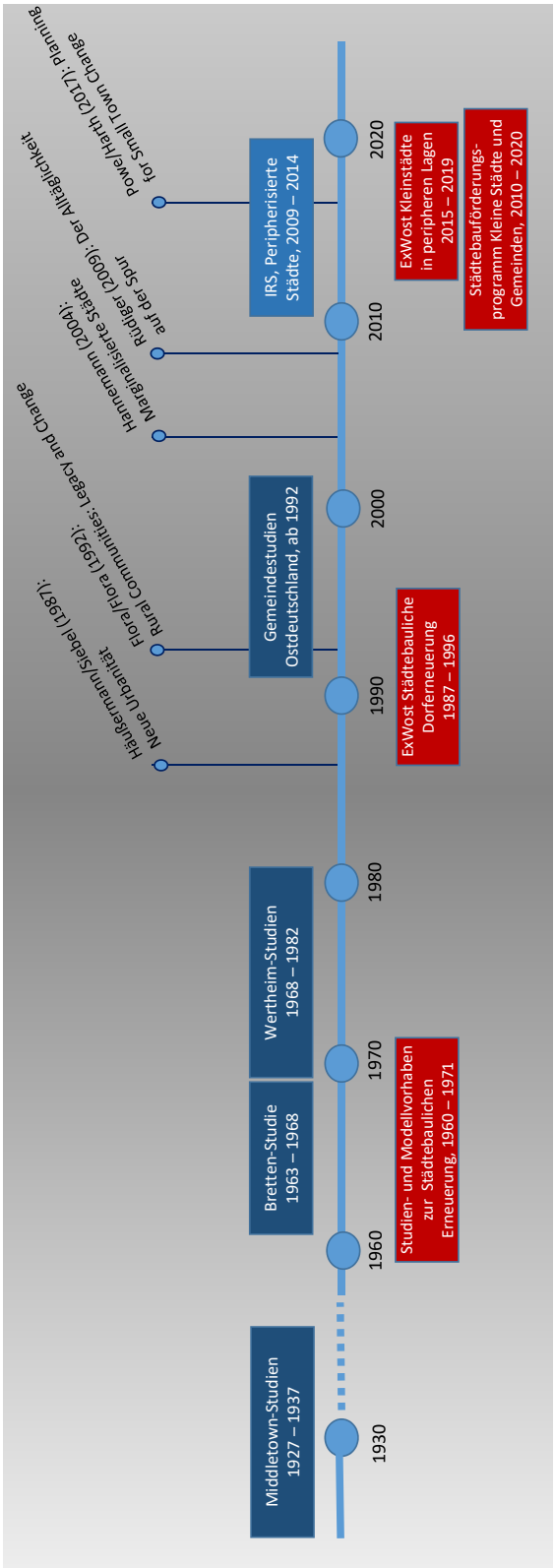


Abb. 1: Zeitleiste zur Forschung zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten / Quelle: eigene Darstellung

zeigt aber einen Weg auf, aus der Governance-Perspektive die kommunale Politik- und Planungspraxis in Kleinstädten zu untersuchen und zu vergleichen, ohne gleich in eine Anspruchshaltung zu verfallen (Selle 2017: 27).

Schließlich hat durch das ExWoSt-Forschungsfeld das Thema Kleinstadt mehr Aufmerksamkeit in Politik, Praxis und Forschung bekommen. Daraus hervorgegangen ist ein informelles Netzwerk der Kleinstadtforscher und -forscherinnen.

3 Zusammenfassende Erkenntnisse zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten

Es wäre zu wünschen, dass sich aus dem Forschungsnetzwerk eine systematische Kleinstadtforschung entwickeln und sich eine neue Tradition von interdisziplinären Kleinstadtstudien etablieren würde. Dies sollte aber nicht „geschichtsvergessen" geschehen. Wie skizziert, gibt es durchaus eine Tradition der Forschung über Politik und Stadtplanung in Kleinstädten mit Erkenntnissen, die Bezüge bis in die Gegenwart haben. Daher werden nachfolgend die zentralen Ergebnisse zu 1) Lokalpolitik und Entscheidungsprozessen, 2) der Stadtplanungspraxis sowie zu 3) Marginalisierung und Governance-Ansätzen zusammengefasst. Dabei besteht angesichts der vielen Nebenstränge, die sich im Zuge der Recherche aufgetan haben, nicht der Anspruch, den Forschungsstand zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten vollständig erfasst zu haben. Es ist ein erster Überblick, der zu vertiefenden Sekundäranalysen anregen soll.

3.1 Lokalpolitik und Entscheidungsprozesse in Kleinstädten – die Gemeindestudien

In den Gemeindestudien zu Bretten und Wertheim (Baden-Württemberg) aus den 1960er und 1970er Jahren werden zwei zentrale Forschungsergebnisse betont: eine personalisierte, konfliktscheue Kommunalpolitik und die starke Stellung der örtlichen Vereine. Beides schwankt zwischen Erkenntnis und stereotyper Zuordnung, wird aber in der Folgezeit immer wieder kleinstädtischen Gesellschaften zugeschrieben.

1 Sowohl für Bretten als auch in der Wertheim-Studie wird die Lokalpolitik personenzentriert, parteilos und konsensorientiert beschrieben. Die Kommunalwahl ist danach eher eine Wahl von Persönlichkeiten als von Parteien. Man wählt „ ‚den Mann, den man kennt', und nicht einen Parteikandidaten, von dem man nicht viel weiß" (Luckmann 1970: 200). In der Kommunalpolitik geht es um das Gemeindeleben allgemein. Zielgruppe sind alle Bürger. Entsprechend „parteilos" sind häufig die Wahlprogramme und die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen. Dies führt letztlich zu einer pragmatischen, konfliktarmen Kommunalpolitik. Differenzen treten eher zwischen den politischen Generationen als zwischen den Parteien auf (Luckmann 1970: 198 ff.). Auch „Wertheims Politik ist … nicht Politik, weil es höchst selten Kampf, Sieg und Niederlage, Mehrheiten und Minderheiten, Auffassungsunterschiede und latente Konflikte gibt", was auch an der geringen Transparenz und Beteiligung liegt (Ellwein/Zoll 2003: 196). Diese „Tendenz zur großen Koalition" wird durch zwei weitere Eigenschaften der kleinstädtischen Gesellschaft

verstärkt und verständlich: „die geringe soziale Distanz der an der Kommunalpolitik Beteiligten und die Verquickung von persönlichen Interessen und den Funktionen als Stadtrat“ (ebd.: 243). Luckmann drückt es für Bretten so aus: „Das Konfliktpotenzial wird in der Kleinstadt von allen Beteiligten nach Möglichkeit minimalisiert. Es wird minimalisiert, um die Eintracht und Gemeinschaftlichkeit, um die bevorzugte kleinstädtische Lebensweise, um das ‚gute Leben‘ nicht zu gefährden“ (Luckmann 1970: 256).

Damit einher geht eine *starke Stellung des Bürgermeisters*. Dies hat, neben der politischen Zurückhaltung der Gemeindevertretung, zwei Gründe. Er ist derjenige, der Vorverhandlungen und Absprachen mit Fachbehörden und höheren Verwaltungsebenen führt. Dadurch hat der Bürgermeister einen eindeutigen Informationsvorsprung gegenüber den Kommunalpolitikern und den Verwaltungsmitarbeitern. Als Chef einer relativ kleinen Verwaltung ist er noch in der Lage, die Dinge sowohl nach außen als auch nach innen persönlich zu übersehen. Gemeinderat und noch stärker die Bürger sind in einer deutlich schwächeren Position. Sie sind „informationsabhängig“ vom Bürgermeister bzw. von der Verwaltung (Ellwein/Zoll 2003: 96 ff.). „Der Gemeinderat als Laiengremium flüchtet auf anderer Ebene in eine ähnliche Apathie wie die Bevölkerung, weil auch für ihn die Prozesse nicht mehr durchschaubar sind“ (ebd.: 245).

In beiden Studien wird allerdings auch sichtbar, dass die Abhängigkeit von überörtlichen Vorgaben und Finanzzuweisungen schon in den 1960er und 1970er Jahren deutlich zunahm und die kommunale Eigenständigkeit infrage stellte. Das stärkte einerseits die Stellung des Bürgermeisters in einer kleinen Verwaltung. Andererseits zeigte sich in den Nachuntersuchungen zu Wertheim aber auch, dass sich 1980 die Dominanz des Bürgermeisters gegenüber Verwaltung und Gemeinderat im Vergleich zur ersten Untersuchung 1968 nach Eingemeindung und Vergrößerung der Verwaltung abgeschwächt hatte.

2 Beide Studien haben eine weitere Gemeinsamkeit: der *große Einfluss der örtlichen Vereine auf das Leben und die Politik* in der Kleinstadt. Sowohl in Bretten als auch in Wertheim gibt es in den 1960er und 1970er Jahren viele Vereine. Sie haben Bedeutung „für die Kommunikationsstruktur, für das Wählerverhalten und für die sich mit ihm verbindenden Einstellungen und Motive“ (ebd.: 74 f.). Vereine sehen sich als „Seele des geselligen und öffentlichen Lebens“ und als diejenigen, „die die Gemeinde zusammenhalten“ (Luckmann 1970: 173). Die Mitgliedschaft in einem Verein bedeutet Macht, Einfluss und Zugang zur Kommunalpolitik. Viele zentrale Akteure sind Gemeinde- und Vereinsvertreter in Personalunion. Entsprechend erwarten die Vereine Unterstützung von ihren Mitgliedern, die sie in den Gemeinderat gewählt haben (ebd.: 172 f.). Der Bau und die Finanzierung von Sportanlagen sind zentrale Themen der Kommunalpolitik. Man könnte denken, dass in Kleinstädten die Parteienpolitik durch die Vereinspolitik ersetzt wird.

Kennzeichen der Lokalpolitik in Bretten und Wertheim waren somit die geringe Bedeutung von politischen Parteien, einstimmige Beschlüsse und die Dominanz des Bürgermeisters. Lehmbruch (1975) bezeichnet dieses *Modell lokaler Entscheidungs-*

prozesse als „kommunale Konkordanzdemokratie" im Gegensatz zu „kommunaler Konkurrenzdemokratie". In Letzterer dominieren Auseinandersetzungen zwischen politischer Mehrheit und Opposition die Lokalpolitik. Erklärungsfaktoren für die jeweiligen Modelle sind Kommunalverfassung, Organisationsgrad der Parteien, politische Kultur sowie die Gemeindegröße. Die Bedeutung der Gemeindegröße betonen vor allem Bogumil und Holtkamp in empirischen Untersuchungen auf Länderebene. Danach ist Konkordanzdemokratie eher in kleinen Gemeinden und Kleinstädten anzutreffen. Bundesweit dominieren konkordanzdemokratische Muster in Baden-Württemberg und – aufgrund der besonderen historischen Bedingungen – in den neuen Bundesländern, während konkurrenzdemokratische Kommunalpolitik eher im Saarland, in Hessen und Nordrhein-Westfalen vorherrscht (Holtkamp 2003; Bogumil/Holtkamp 2016).

Die Ergebnisse der Nachstudie zu Wertheim zeigen schließlich einen weiteren politik- und planungsrelevanten Aspekt, der eine Brücke zur heutigen Situation vieler Kleinstädte schlägt. In den 1960er Jahren verzeichneten viele Kleinstädte Einwohnergewinne. Stadtplanung und Wirtschaftsförderung bedeutete, Wohngebiete zu entwickeln, Straßen zu bauen und Gewerbegebiete auszuweisen. 1980 hatten sich die Rahmenbedingungen geändert. Das „kommunale Vehikel Wachstum" gab es nicht mehr und große kommunalpolitische Projekte wurden selten. An ihrer Stelle gewann eine „eher stille Verwaltungspflege an Gewicht, durch die Lebensqualität unmerklich, d. h. in einer Fülle von Einzelmaßnahmen vermehrt wird" (Ellwein/Zoll 2003: 294). Kleinstadtplanung über die klassischen Instrumente der Flächenausweisung funktionierte vielerorts nicht mehr. Dennoch dominierte die formale Bauleitplanung weiterhin die Stadtplanungspraxis vieler kleinerer Städte, wie die empirischen Untersuchungen von Andrea Rüdiger 15 Jahre später gezeigt haben.

3.2 Stadtplanungspraxis in Kleinstädten

Mangelnde personelle und finanzielle Ressourcen werden immer wieder als Besonderheit und Schwachstelle sowie als Hemmnisse für innovative Entwicklungsprozesse in Kleinstädten thematisiert. So auch von Andrea Rüdiger in ihrer Dissertation mit dem programmatischen Titel „Der Alltäglichkeit auf der Spur: Die Rolle der Stadtgröße für die räumliche Planung" (Rüdiger 2009). Zwar hat sie die Planungsämter von Mittelstädten befragt. Die knapp 250 Antworten zeigen jedoch signifikante Ergebnisse nach der Einwohnerzahl. Kleine Mittelstädte sind anders als große Mittelstädte über 50.000 Einwohner. Es kann vermutet werden, dass ihre Planungspraxis der von Kleinstädten unter 20.000 Einwohner sehr nahekommt. Die Befragungsergebnisse lassen sich in drei Punkten zusammenfassen (ebd.: 349 ff.):

1 Die Anzahl der Beschäftigten sowie der Organisations- und Differenzierungsgrad der planenden Verwaltung nimmt mit der Größe der Stadt zu. In kleineren Städten gibt es seltener ein separates Bauamt mit den Funktionen der planenden Verwaltung, diese Aufgaben werden häufig auf die Sachgebiete verteilt, es werden häufiger externe Planer beauftragt und seltener Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen besucht als in größeren Städten.

2 Planung in Kleinstädten ist überwiegend räumliche Planung und weniger integrierte Stadtentwicklungsplanung. Die Hauptaufgabe der planenden Verwaltung ist die Steuerung der Bodennutzung mithilfe verbindlicher Bauleitplanung. Der Bebauungsplan ist somit das zentrale Steuerungsinstrument. Handlungsbezogene Instrumente wie Stadtentwicklungs- oder Marketingkonzepte werden dagegen seltener genutzt. Das spiegelt sich in den kommunalpolitischen Beschlüssen wider. Es dominieren Beschlüsse zu aktuellen Bauleitplänen und zur Stadtentwicklung für die nächsten zehn Jahre.

3 Das bedeutet auch, dass die Verwaltungen in kleinen Mittelstädten, anders als Planungsverwaltungen größerer Mittelstädte, nicht die Vielfalt und die Möglichkeiten der Planungsmethoden und Instrumente nutzen. Leitbilder und Prognosen werden z. B. deutlich seltener verwendet. Strategien sind eher orientiert auf Teilräume wie Dorferneuerungsplanungen oder städtebauliche Rahmenplanungen. Insgesamt wird das mögliche planerische Innovationspotenzial im Umgang mit neuen Themen und Herausforderungen nicht ausreichend genutzt.

Angesichts von Routinen und einer starken Ausrichtung auf direkten Nutzen wird deutlich, dass „kleinere Mittelstädte weniger kreativ, sondern vermehrt rezeptiv" handeln (ebd.: 381). Diese Erkenntnis lässt sich durchaus auf Kleinstädte übertragen. Einige Autoren meinen, dass diese Planungs- und Politikkultur von der geringen Größe und der Überschaubarkeit der Verhältnisse determiniert wird. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren wurde die Notwendigkeit integrierter Stadtentwicklungskonzepte genau aus diesen Gründen kontrovers diskutiert (ebd.: 178). Die Stadtgröße (Anzahl der Einwohner) ist somit ein wichtiger situativer Faktor, der das Planungsverhalten von Kommunen erklärt. Sie ist jedoch nicht der einzige Faktor. Und die Ergebnisse der Befragung bzw. eine Charakterisierung als routinierte, pragmatische, überwiegend raumorientierte Planung schließt „keine Bewertung der Effektivität und Effizienz des planerischen Handelns" in kleinen Mittelstädten ein (ebd.: 399).

Der Frage nach der Bedeutung der Stadtgröße für die Stadtplanungspraxis sind Mattson und Burke (1989) bereits Ende der 1980er Jahre in ihrer Literaturanalyse zur politischen Kultur in amerikanischen Kleinstädten nachgegangen. Wie ein roter Faden zieht sich die Erkenntnis durch die analysierten Veröffentlichungen, „that size (population and spatial scale) plays a key role whatever strategy is selected by local officials" (ebd.: 398). Sie haben einen technokratischen Planungsstil, eine Laissez-faire-Politik und mangelnde Innovationsneigung in den Verwaltungen ausgemacht. Damit schließen sie an die Erkenntnisse der Wertheim-Studie an und unterscheiden sich wenig von den Befragungsergebnissen aus Deutschland. Gründe sehen sie zum einen in der geringen ökonomischen und finanziellen Basis vieler Kleinstädte. Das verhindert die Anstellung professioneller Planer und führt zu einer wenig diversifizierten Verwaltungsstruktur. Kleine Stadtverwaltungen konzentrieren sich auf die Basisinfrastruktur, sehen Planung als verwaltungstechnische Aufgabe und wagen sich nur selten an neue Programme und Aktivitäten. Die zurückhaltende und begrenzte Rolle der Verwaltung wird – wie oben gezeigt – durch ein traditionelles, auf Personen ausgerichtetes politisches Kultur- und Wertesystem verstärkt.

Stadtplanung in Kleinstädten wird auch in Untersuchungen, Evaluationsberichten und Fallstudien zur städtebaulichen Erneuerung thematisiert. Die Ergebnisse sind ähnlich. Zentral ist allen Untersuchungen der Hinweis auf den höheren Anteil von Eigentümern in Kleinstädten, die geringeren privaten Investitionserwartungen und -möglichkeiten sowie – wiederum – die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen kleiner Städte und die eingeschränkten Möglichkeiten, kommunale Eigenanteile aufzubringen. Für die Planung städtebaulicher Erneuerung leitet sich daraus die Empfehlung ab, „Planungs- und Beratungsleistungen als zentrales Element der staatlichen Hilfen" (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 26) zu fördern, um die Komplexität städtebaulicher Erneuerung zu bewältigen und „Planung als demokratisch legitimierten Prozess" (ebd.) zu gestalten. „Nicht die Erarbeitung ausgefeilter Planwerke, sondern die ‚Begleitung kommunaler Entwicklungsprozesse' muss der Schwerpunkt der externen Unterstützung sein" (ebd.: 27). Ziel ist es u.a., lokale Promotoren zu aktivieren und Vorhaben in gemeinsamer Trägerschaft von Gemeinden und privaten Eigentümern umzusetzen (BMBau 1989: 216). Angesichts der begrenzten Verwaltungskraft kleiner Gemeinden und mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit von überlokalen Handlungsstrategien fordern Schäfer u.a. den Aufbau von flexiblen, überlokalen Entwicklungsagenturen. Sie sollen „Aufgaben der Koordination, Animation und Initiativenentwicklung, der Moderation, der Präsentation und Werbung und der Akquise" übernehmen (ebd.: 218). Beide Forderungen, die nach interkommunaler Zusammenarbeit und die nach externer Unterstützung, Begleitung und Qualifizierung, werden in der Folgezeit die Debatte um Kleinstädte und Ländliche Räume prägen, ohne dass sie sich wirklich in der Planungspraxis und Politik etablieren konnten. So forderten Dehne/Hannemann (2007) aus den hier genannten Gründen ein „Bürgermeisterqualifizierungsprogramm", ein Programm zum Coaching von Führungspersonal und Entscheidungsträgern sowie eine länderübergreifende Taskforce „Kleinstadt".

3.3 Erklärungsmodelle und Governance-Ansätze für Kleinstädte in der Krise

Die zuletzt genannten Forderungen einer unterstützenden Politik für die Kleinstadt standen bereits unter dem Eindruck einer krisenhaften Entwicklung vieler Kleinstädte seit den 1990er Jahren. Bezieht man die angelsächsische Kleinstadtforschung mit ein, lassen sich drei Erklärungsmodelle für den Wandel der Kleinstadt herausfiltern: 1) das Konzept der Peripherisierung von Städten (Bernt/Liebmann 2013; Kühn 2016), 2) das Bild der Abwärtsspirale in Verbindung mit dem Community-Capital-Framework-Ansatz von Flora und Flora (2013) sowie 3) die Adaption des Modells adaptiver Zyklen aus der Resilienzforschung auf Kleinstädte durch Powe und Hart (2017). Alle drei Modelle implizieren Strategien und Governance-Ansätze zur Stabilisierung und zu einer Trendumkehr.

3.3.1 Peripherisierung und strategische Planung

Der Begriff „Peripherisierung“ greift den Grundgedanken einer polarisierten Siedlungsstruktur mit wenigen Gewinnern und vielen Verlierern von Häußermann und Siebel (1987) auf. Mit Peripherisierungsprozessen von größeren Kleinstädten und Mittelstädten haben sich Kühn u.a. von 2009 bis 2014 (Kühn 2013; 2016; Kühn/Fischer 2009; 2010) im Rahmen von zwei Forschungsprogrammen am IRS in Erkner beschäftigt. Anhand empirischer Fallstudien haben sie den Umgang der Städte mit Peripherisierung untersucht.

Während sich die Zuschreibung „Peripherie“ vorrangig auf die geographische Randlage im Verhältnis zu Zentren und Wachstumsregionen bezieht, ist das Konzept der „Peripherisierung“ auf die sozioökonomische Randlage bzw. die drohende sozioökonomische Abkopplung von Städten und Regionen ausgerichtet. Danach verlaufen Wachstum und gesellschaftlich relevantes kulturelles Leben vermeintlich an anderen Orten. Die politische Einflussnahme auf die eigene Entwicklung ist gering bis gar nicht möglich. Entscheidungen werden in den nationalen und europäischen Zentren getroffen. Von gesellschaftlich relevanten Netzwerken sowie Macht- und Entscheidungsprozessen sind oder fühlen sich die Menschen ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sichtbarer und messbarer Ausdruck der Peripherisierung ist der „Brain Drain“, die Abwanderung der jüngeren, gut ausgebildeten Bevölkerung. Dadurch sinkt die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Keim (2006) bezog den Begriff Peripherisierung zunächst auf strukturschwache, dünn besiedelte ländliche Räume. Die periphere Lage verstärkt den Peripherisierungsprozess. Betroffen können aber auch altindustrielle Großstadtregionen oder prekäre Großstadtquartiere im Sinne einer inneren Peripherie sein. Kühn und Fischer (2009: 75 ff.) unterscheiden vier Prozesse der Peripherisierung, die auf komplexe Weise zusammenwirken und sich gegenseitig verstärken: (1) die Abwanderung vor allem der jungen und gut ausgebildeten Menschen; (2) die Abkopplung und Desintegration von ökonomischen, staatlichen und kulturellen Strukturen einschließlich der Ausdünnung der öffentlichen Daseinsvorsorge; (3) die Abhängigkeit von den Entscheidungszentren der Macht und der damit verbundene Verlust an Eigenständigkeit sowie (4) die Stigmatisierung und negative Problemzuschreibungen durch öffentliche Medien.

Deutlich wird daran, dass Peripherisierung nicht allein durch Lage und Struktur bedingt ist. Peripherisierung geht ebenso von Handlungen und Prozessen in den großen Städten aus. Ohne den Gegenpol der prosperierenden Stadt wäre sie nicht denkbar. Während die periphere Lage statisch ist, ist Peripherisierung Ausdruck eines dynamischen Prozesses und damit veränderbar, wie Beispiele zeigen. Es ist letztlich ein von Menschen gestalteter Prozess. Die Frage ist dann, wie eine De-Peripherisierung eingeleitet werden kann, oder besser wie Akteure in Kleinstädten auf Peripherisierung reagieren können und sollten.

Kühn sieht Handlungsoptionen für eine „Entperipherisierung“ in Strategischer Planung, einer Kombination von endogenen Governance-Netzwerken und exogenen Ressourcen sowie der Bildung und Qualifizierung der Bevölkerung, aber auch des Personals in Politik und Verwaltung (Kühn 2016: 177).

Unter Strategischer Planung wird ein zielgerichteter Planungsprozess verstanden, der auf einen möglichst optimalen Ressourceneinsatz ausgerichtet ist. Er hat den Charakter eines permanenten Lernprozesses (Kühn/Fischer 2009: 24). Zentral ist die Parallelität von Orientierung und Umsetzung bzw. das Wechselspiel von gemeinschaftlicher Orientierung (Leitbildern) und strategischen Projekten. Weniger das „Pläne-Machen" steht im Vordergrund, sondern vielmehr die strategische Kommunikation und Koordination der Akteure. Die Richtung, das Leitbild, wird erst durch einen gemeinschaftlichen Diskurs von Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und Wirtschaft wirklich tragfähig und nachhaltig (*shared futures*). Kühn unterscheidet dafür zwei Grundtypen von Governance-Formen: *governance by government* als klassische bürgermeister- und verwaltungsgetragene Politik und Planung sowie *governance with government* als Erweiterung mit informellen Akteursnetzwerken. Neue Handlungsspielräume „für die Peripherisierten" können jedoch erst durch die Kombination von internen Akteurs-Netzwerken und externen Netzwerken in überlokale politische Ebenen hinein entstehen (Kühn/Weck 2012).

All dies ist anspruchs- und voraussetzungsvoll. Es erfordert qualifizierte Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (*Community Capicity Building*). Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis auf eine Fallstudienstadt, die Investitionen in gut ausgebildetes Planungspersonal als Strategie zur Entperipherisierung gesehen und umgesetzt hat.

Klare Schlussfolgerungen für kleine Städte lassen sich aber nur begrenzt aus Kühns Untersuchungen ziehen, zumal eine vergleichende Auswertung fehlt. Vielmehr werden Probleme und Hemmnisse für die Strategiefähigkeit genannt, die ähnlich auch auf kleine Städte zutreffen könnten, wie z. B. das Festhalten an eingeübten Politik- und Verwaltungsstilen, Misstrauen, politische Machtwechsel, unterschiedliche Handlungslogiken, die begrenzte Ressourcenmacht (Finanzen und Personal) oder die starke Abhängigkeit von Förderprogrammen und Förderlogiken (Kühn 2013: 287). Er spricht von der „Ohnmacht der Peripherisierten" (Kühn 2016: 166).

Mit Blick auf die vorgestellten empirischen Untersuchungen zur Politik und Planung in Kleinstädten (vgl. Kap. 3.1 und 3.2) werden zwei Dinge deutlich: Zum einen müssten sich in der peripherisierten Kleinstadt die Planungsaufgaben von der gewohnten Ordnungs- bzw. Landnutzungsplanung hin zur prozessorientierten Entwicklungsplanung verschieben. Zum anderen erfordert dies, starke politische Führerschaft mit Beteiligung, Netzwerkbildung und Kommunikation zu verbinden. Die von Kühn untersuchten Fallstudien zeigen, wie schwierig es für Bürgermeister/Bürgermeisterinnen ist, diesen Spagat zu bewältigen (Kühn 2009: 3).

3.3.2 Community Capital Framework (CCF) und Stärkung des Sozialkapitals

Bereits 1992 erschien in den USA die erste Ausgabe von „Rural Communities: Legacy and Change" der beiden amerikanischen Soziologen Cornelia Butler Flora und Jan L. Butler. Sie entwickeln darin das *Community Capital Framework* (CCF) als metho-

dischen Ansatz, um zu analysieren, wie ländliche Gemeinden und Kleinstädte angesichts von gesellschaftlichem Wandel funktionieren. Es ist gleichzeitig ein Raster für gemeinsame Kommunikation und Strategieentwicklung in der Kommune. Im Mittelpunkt stehen die lokalen Qualitäten, Potenziale und Möglichkeiten (*what works*) und weniger die Schwächen und Probleme einer Kommune. Ziel ist es, Ansatzpunkte für wirtschaftliche Entwicklung und ein kommunales Veränderungsmanagement (*Community Change*) zu identifizieren (Flora/Flora 2013; Emery/Flora 2006).

Sieben Arten von Kapital bilden im CCF das ganze System einer Kleinstadt ab (Emery/Flora 2006: 20): (1) Natürliches Kapital (*natural capital*) wie z. B. Lage, Landschaft, natürliche Ressourcen; (2) kulturelles Kapital (*cultural capital*), das die Lebenskultur, Lebensmodelle und das Zusammenleben in der Gemeinde abbildet; (3) Humankapital (*human capital*) in Form von Fähigkeiten, Wissen, sozialen Kompetenzen der Menschen einschließlich Führungsqualitäten (*leadership*), die auf Offenheit, Ausgleich, Inklusion und Beteiligung ausgerichtet sind; (4) Sozialkapital (*social capital*) in Form von Netzwerken und Kooperationen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen; (5) politisches Kapital (*political capital*) als Zugang zu überörtlichen politischen Ebenen und die Möglichkeit, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen; (6) Finanzkapital (*financial capital*) für kommunale und privatwirtschaftliche Investitionen in Wirtschaft, Daseinsvorsorge und Zivilgesellschaft sowie (7) gebautes Kapital (*built capital*) in Form von kommunal bedeutsamer Infrastruktur.

Die einzelnen Arten des kommunalen Kapitals greifen ineinander und bedingen sich gegenseitig. Im Negativen kann dies zu einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale führen, im Positiven zu Stabilisierung und Entwicklung, indem die Kapitalformen sich gegenseitig stimulieren und aktivieren. Die Frage ist, wo und wie man beginnt. Welche Interventionen und Aktivierungen sind richtig, um eine Abwärtsspirale in eine Aufwärtsspirale zu verwandeln? Die Erfahrungen der Fallbeispiele zeigen, dass der klassische Weg nicht ausreicht, allein Finanzkapital und gebautes Kapital zu stärken. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass der beste Anfangspunkt für *Spiraling up* das Sozialkapital ist (Emery/Flora 2006: 23).

Sozialkapital ist immer verbunden mit Gemeinschaft. Diese existiert entweder in Form von Verbindungen und Zusammenarbeit zwischen Personen und Gruppen mit gleichen Hintergrund bzw. gleichen Interessen (*Bonding*-Sozialkapital). Örtliche Vereine, Kultur- und Wirtschaftsinitiativen oder Nachbarschaften in einer Kleinstadt sind Beispiele dafür. Oder Sozialkapital baut ganz bewusst Brücken zu Personen und Institutionen außerhalb der eigenen Gemeinschaft (*Bridging*-Sozialkapital). Das können Menschen in schwierigen sozialen Verhältnissen, Bürger/Bürgerinnen mit Migrationshintergrund, Neubürger/-bürgerinnen, aber auch andere Kleinstädte sein. *Bridging* ist häufig zweckgerichtet, unterstützend oder inklusiv und erweitert den Horizont. *Bonding* wird stark von Emotionen geformt und stärkt die Identität einer Gruppe.

Starkes Sozialkapital entsteht aus einer guten Balance von *Bonding* und *Bridging*. Für Flora und Flora (2013: 132 ff.) kommen gemeinsame Anstrengungen und kollektive Aktionen hinzu. Diese Handlungsfähigkeit bildet sich – in Anlehnung an die technische Infrastruktur – in der *Entrepreneurial Social Infrastructure* (*ESF*) ab. ESF ist ergebnisorientiert, diskursiv, offen für Meinungen und Alternativen, inklusiv, Ressourcen

mobilisierend und auf Output und Outcomes fokussiert. Die Ergebnisse sind messbar und lassen sich für die Evaluierung von Programmen nutzen (Emery/Flora 2006). Grundlage und Voraussetzung für ESF ist eine Kommunalpolitik, die Kontroversen und andere Meinungen zulässt und allen Zugang zu Ressourcen, insbesondere zu finanziellen Ressourcen, ermöglicht.

Für Planung und Entwicklung in Kleinstädten ergeben sich daraus zwei zentrale Faktoren (Flora/Flora 2013: 382 ff.):

1 Technische Unterstützung von außen, wechselseitiges Lernen, Austausch mit externen Partnern und Netzwerken und damit eine gute Verbindung von Vor-Ort-Wissen mit externem Wissen bzw. von *„know-what-knowledge"* mit *„know-how-knowledge"*.

2 Die größere Bedeutung von Prozessen, Kommunikation und Koordination gegenüber einem technischen Planungsverständnis mit aufgeschriebenen Planwerken, Strategien und Aktionsprogrammen. Kreative Beteiligungsformen und Gelegenheiten für Zusammenarbeit können soziale Ressourcen und lokales Wissen mobilisieren und auf gemeinsame Visionen ausrichten. Ziel dieser Beteiligungsprozesse ist eine kollektive Handlungsfähigkeit.

Kleinstadtentwicklung im Wandel wird damit zu einem gemeinschaftlich getragenen iterativen Veränderungsmanagement, das auf Kommunikation und gemeinsamen Lernprozessen basiert. Parallelen zum Change-Management in der Organisationsentwicklung sind offensichtlich. Auch hier geht es um den strategischen und kreativen Umgang mit externen – zum Teil gewollten – Störungen gewohnter Abläufe.

3.3.3 Modell der adaptiven Zyklen und Resilienzstrategien

Für Systeme, die externen Störungen und Veränderungen ausgesetzt sind, stellt sich die Frage nach der Widerstandsfähigkeit. Die Geschichte vieler Kleinstädte lässt vermuten, dass sie in einer eigenen Weise resilient sind. Die handelnden Akteure in Kleinstädten haben anscheinend gelernt, mit gesellschaftlichen und ökonomischen Brüchen umzugehen und eine eigene „Kultur der Marginalität" (Hannemann 2004: 311) entwickelt. Powe und Hart wählen das in der evolutionären Resilienzforschung entwickelte Modell adaptiver Zyklen (*Adaptive Cycle Model*), um diesen Wechsel von Wachstum, Stagnation, Niedergang und Erneuerung von Kleinstädten zu beschreiben, zukünftige Möglichkeiten zu verstehen und – vergleichbar dem CCF-Modell – Handlungsansätze zu identifizieren (Powe/Hart 2017). Sie zeigen anhand von internationalen Beispielen, wie es sich auf die Entwicklung von Kleinstädten übertragen lässt. Schnur hat das Modell in einer ähnlichen Weise auf Quartiersentwicklung angewendet (Schnur 2013). Das Modell hat vier Phasen unterschiedlicher Resilienz:

1 Die *Akkumulationsphase* (*exploitation*) mit einem starken Wachstum und einem hohen Konkurrenzkampf. In Sinne des CCF-Modells nimmt das kommunale Kapital zu. Die Resilienz ist hoch.

2 Die *Erhaltungsphase* (*conservation*) mit einem hohen Regulationsaufwand, das Erreichte zu erhalten. Die Innovationskraft geht zurück. Erneuerungsversuche bleiben weitgehend erfolglos. Die Resilienz nimmt ab.

3 Die *Freisetzungsphase* (*release*) mit einer „kreativen Zerstörung" etablierter Strukturen und einer Freisetzung des gebundenen Kapitals. Die Resilienz steigt wieder an. Im ungünstigen Fall fehlt jedoch die Kraft zur Revitalisierung. Das System gerät in die „Armutsfalle" (ebd.: 339).

4 Die *Reorganisationsphase* (*reorganisation*), in der sich das System erneuert, u.a. mit kreativen Pionieren und Mut zu neuen Wegen. Die Resilienz steigt allmählich an, bis die Akkumulationsphase wieder erreicht ist. Es ist die Phase mit den größten Unsicherheiten.

Die Resilienz des Systems wird von zwei Faktoren bestimmt: dem *strukturellen Potenzial* und der *Konnektivität*, d.h. der inneren Verbundenheit des Systems. Übertragen auf Kleinstädte bildet das strukturelle Potenzial z.B. die städtebaulichen Qualitäten, Wirtschaftskraft oder die Kommunalfinanzen ab. Die Konnektivität wird bestimmt durch das Sozialkapital der sozialen Netze, der Vereine und der Zusammenarbeit. Beide Faktoren steigen und fallen entsprechend in den vier Phasen. In der Reorganisationsphase z.B. nimmt das strukturelle Potenzial wieder zu, während die Konnektivität noch gering ist und erst im Übergang zum Beginn des Zyklus wieder zunimmt.

Für komplexe gesellschaftliche Systeme wie Regionen oder Kleinstädte verstehen Holling und Gunderson (2002) das Modell adaptiver Zyklen als panarchische Modelle aus einer Vielzahl verschachtelter Zyklen, die sich gegenseitig beeinflussen. Die Teilsysteme sind über zwei Funktionen miteinander verbunden. Proteste, soziale Bewegungen oder aktive Gruppen können größere Systeme, z.B. die Kleinstadt, unter Druck setzen und verändern (Revolten-Funktion). Größere Systeme wie Regionalplanung oder Landespolitik können wiederum kleinere Systeme steuern bzw. stabilisieren (Memory-Funktion).

Das Modell adaptiver Zyklen beschreibt eher eine Tendenz als einen vorgegebenen Zusammenhang, wie sich Systeme in Wandlungsprozessen verhalten. Diese Uneindeutigkeit gilt insbesondere dann, wenn menschliches Handeln Teile des Systems ausmacht, wie das in Kleinstädten der Fall ist. Menschen können Entwicklungen analysieren und versuchen zu beeinflussen, z.B. durch Planung, Politik oder wirtschaftliche Aktivitäten.

Aufgabe ist es dann, diesen Kreislauf zu unterbrechen bzw. das System zu stabilisieren, ohne in die Stillstandsphase zu geraten. Voraussetzung dafür ist eine Wachsamkeit für kritische Entwicklungen, örtliche Potenziale und Gelegenheitsfenster. Kleinstadtplanung und -politik – vor allem in krisenhaften Situationen – müsste dann stärker vorausschauend, proaktiv und strategisch angelegt sein. Auf jeden Fall ist es eine komplexe und langwierige Aufgabe über lange Zeiträume (*long-term sustained process*), die an die örtlichen Möglichkeiten und Potenziale anknüpfen sollte (*potential within place* oder *asset-based community development*) (Powe/Hart 2017). Ein methodischer An-

satz hierfür kann das Arbeiten mit Szenarien und Leitbild-Prozessen sein, um Probleme und Handlungsmöglichkeiten sichtbar zu machen und zu diskutieren (Schnur 2013: 346).

Die Komplexität des Panarchie-Modells adaptiver Zyklen kann schließlich den Blick für externe Interventionen schärfen (*Memory*-Funktion). Man müsse die Entwicklungsprozesse von kleinen Städten in ihrer Abhängigkeit von internen und externen Entwicklungsfaktoren verstehen, um Planung und Programmstrukturen darauf ausrichten zu können (*matching*), sagen Powe und Hart (2017). So könnten Innovationsblockaden und eine *Lock-in*-Situation in strukturschwachen und schrumpfenden Kleinstädten durch überörtliche Interventionen gelöst werden (auch Schnur 2013: 347). Aus ihrer Sicht fehlt jedoch die zeitliche und inhaltliche Passfähigkeit staatlicher Programme. Sie sind nicht auf die örtlichen Herausforderungen und die langen Zeiträume von Veränderungen ausgelegt. Hinzu kommt eine schlechte Ausbalancierung zwischen ermöglichenden und regulierenden Vorgaben sowie die gestörte Kommunikation zwischen den Politik- und Verwaltungsebenen.

4 Zwischen Government und Governance – Schlussbetrachtung

Ein doppelter Perspektivwechsel und die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit – drei Dinge, die in der historischen Rückschau deutlich geworden sind. Standen zunächst deskriptive, empirische Studien im Vordergrund, verschob sich das Forschungsinteresse mit dem Sichtbarwerden der Folgen von gesellschaftlicher Transformation und neoliberaler Politik und Planung zu Beginn der 1990er Jahre. Im Mittelpunkt der Kleinstadtforschung standen nun normative konzeptionelle Überlegungen, wie die Krise der Kleinstadt bewältigt werden könnte. Damit verbunden ist ein Wechsel von der Government-Perspektive zur Governance-Perspektive, von der Fokussierung auf Kommunalverwaltung und -politik auf Sozialkapital, informelle Netzwerke und Kooperationen. Damit vollzieht die Kleinstadtforschung den *Communicative Turn* in der planungstheoretischen Debatte nach (Healey 1992), bleibt aber weitgehend auf einer theoretisch-normativen Ebene.

Der Widerspruch ist deutlich. Einerseits werden zur Krisenbewältigung Governance-Formen eingefordert, die prozessorientiert, kommunikativ und kooperativ sind. Andererseits scheinen die Rahmenbedingungen in vielen Kleinstädten dafür nicht zu stimmen: geringe finanzielle und personelle Möglichkeiten, eine pragmatische, konfliktscheue Kommunalpolitik, die hohe Bedeutung des Bürgermeisters sowie wenig politischer Wille, proaktiv zu handeln. Hinzu kommt als „übergreifende Gemeinsamkeit“ vieler Fallstudien die Abhängigkeit von Förderlogiken und externen Ressourcen, die die eigene Gestaltungsmacht einengen (Bernt/Liebmann 2013: 19). Es scheint nicht zusammenzupassen: „das, was ist“, und „das, was sein soll“.

Andererseits legen gute Beispiele nahe, dass viele Kleinstädte ihren eigenen, ganz individuellen Weg gefunden haben, mit den transformativen Herausforderungen umzugehen. Es bleibt zudem offen, inwieweit die normativen Forschungsergebnisse, d. h. die Notwendigkeit kooperativer Governance-Formen für Kleinstädte, wirklich besser

und immer passgenau sind (vgl. auch Lang 2010: 100 f.). Wirkungsanalysen zu Governance in der öffentlichen Verwaltung scheint es nicht zu geben (Seibel 2016: 161 f.). Der Gedanke liegt daher jedoch nahe, dass tradiertes, hierarchisches Verwaltungs- und Planungshandeln in Krisen deutlich an Gestaltungskraft einbüßt. Kooperative Strategien und informelle Netzwerke können dann zu neuen Lösungen führen. Ähnlich war auch die Innensicht der Akteure in den Szenariowerkstätten des ExWoSt-Forschungsfeldes „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen". Für sie waren Kooperationen immer dann wichtige Lösungsansätze, wenn tradiertes Handeln an seine Grenzen stieß und neue Qualitäten notwendig waren (Dehne 2018b: 10). Neue, kooperative Handlungsformen sollten nicht zwingend neu institutionalisiert werden, sondern behutsam an vorhandene Strukturen anknüpfen (Burdack 2013). Diese Verknüpfung von Bewährtem und Neuem gilt auch für das öffentliche Verwaltungshandeln und führt zu einer Forschungsperspektive, die sich von zu engen normativen Setzungen löst und Politik und Stadtplanung in einer Kleinstadt zunächst einmal so akzeptiert und analysiert, wie sie tatsächlich sind. Eingeübte Kommunalpolitik – die im Übrigen schon immer auf Netzwerke zurückgegriffen hat – sowie formales Verwaltungshandeln mit partizipativen und kooperativen Governance-Strategien werden dann nicht als Gegensatzpaar behandelt, sondern als zwei Pole eines Kontinuums. Die Notwendigkeit und die Intensität von kooperativen Planungs- und Politikansätzen müssen bei dieser Sichtweise jeweils im Einzelfall auf einer Skala markiert (Analyse) und in Abhängigkeit von den lokalen Rahmenbedingungen und Aufgaben austariert (notwendige Strategie) werden (*government with governance*). Es ist zu vermuten, dass Kooperationen bei strukturellen Brüchen und Entwicklungskrisen an Bedeutung zunehmen, ähnlich wie es in den drei vorgestellten Modellen zu erkennen ist (Kap. 3.3). Eine Forschungsfrage könnte somit sein, in welchem Maß kooperative Politik und Planung zu mehr Resilienz des Systems Kleinstadt führen kann.

Für die Kleinstadtforschung zu Politik und Stadtplanung lassen sich daraus zwei Forderungen ableiten:

1 die Notwendigkeit einer neuen Generation von theoriegeleiteten inter- und intradisziplinären Gemeinde- bzw. Kleinstadtstudien, die auf Wirkungsanalysen von Steuerungsformen in Politik und Stadtplanung ausgerichtet sind, sowie

2 die Anwendung, Überprüfung, Feinjustierung und ggf. Ergänzung der hier vorgestellten theoretischen Modelle für die Politik- und Planungspraxis von Kleinstädten unter Bedingungen der Resilienz.

Darüber hinaus sind im Verlauf der Recherche so viele Seitenstränge zu benachbarten Forschungsdisziplinen aufgetaucht, dass es sich lohnt, diese weiterzuverfolgen und die vorliegenden Forschungserkenntnisse zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten umfassend aufzuarbeiten. Dieser Beitrag kann nur ein Anfang gewesen sein.

Literatur

Bernt, M.; Liebmann, H. (2013): Zwischenbilanz: Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Forschungsprojekts. In: Bernt, M.; Liebmann, H. (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden, 218-231.

Bertels, L. (Hrsg.) (2015): Gotha im Wandel 1990–2012. Transformation einer ostdeutschen Mittelstadt. Wiesbaden.

BfLR – Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung (Hrsg.) (1985): Stadterneuerung in kleinen Städten. Bonn. = Informationen zur Raumentwicklung 9.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1978): Modellvorhaben Hameln. Projektbegleitende Untersuchungen zum Modellvorhaben des Bundes und des Landes Niedersachsen. Bonn-Bad Godesberg. = Schriftenreihe Stadtentwicklung 02.011.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1983): Querschnittsuntersuchungen der Modellvorhaben Hillesheim, Kirn, Völklingen, Gudensberg und Alzenau. Verbesserung der Wohnverhältnisse in innerstädtischen Gebieten durch ausgewählte Modellvorhaben – Erfahrungen und Anwendung des gesetzlichen Instrumentariums. Bonn-Bad Godesberg. = Schriftenreihe Stadtentwicklung 02.032.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1986): Neue städtebauliche Aufgaben. Zukunftsaufgaben der Erneuerung, der Wirtschaft, der Ökologie und des Verkehrs in unseren Städten und Gemeinden – Umrisse, Lösungsansätze, Perspektiven. Schriftenreihe. Bonn-Bad Godesberg. = Schriftenreihe Städtebauliche Forschung 03.115.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1989): Städtebauliche Erneuerung von Dörfern und Ortsteilen. Qualitative Analyse von Aufgaben und Instrumenten. Bonn- Bad Godesberg. = Schriftenreihe Forschung 477.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1990): Erfahrungen mit der Stadterneuerung – Zusatzuntersuchung zum Bund-Länder-Programm 1985–1987. Bonn-Bad Godesberg = Schriftenreihe Forschung 475.
Bogumil, J.; Holtkamp, L. (2016): Ost- und westdeutsche Kommunen zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Theoretische Annahmen. In: Bogumil, J.; Holtkamp, L. (Hrsg.): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland. Zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Wiesbaden, 7-46.
Brandstetter, B.; Lang, T.; Pfeifer, A. (2005): Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In: Berliner Debatte Initial 16 (6), 55-68.
Burdack, J. (2013): Entwicklungstypen von Kleinstädten in Sachsen. In: Burdack, J.; Kriszan, A. (Hrsg.): Kleinstädte in Mittel- und Osteuropa: Perspektiven und Strategien lokaler Entwicklung. Leipzig, 89-95. = Forum IfL 19.
Dehne, P. (2016): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/1.
Dehne, P. (2018a): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/2.
Dehne, P. (2018b): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/3.
Dehne, P. (2019a): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/4.
Dehne, P. (2019b): Kooperative Kleinstadtentwicklung. In: Kleinstädte. Chancen, Dynamiken, Potenziale. Informationen zur Raumentwicklung 6, 86-101.
Dehne, P.; Hannemann, C. (2007): Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen. Hannover, 156-183.
Ellwein, T.; Zoll, R. (2003): Die Wertheim-Studie. Teilreprint von Band 3 (1972) und vollständiger Reprint von Band 9 (1982) der Reihe „Politisches Verhalten". Opladen.
Emery, M.; Flora, C. (2006): Spiraling-Up: Mapping Community Transformation with Community Capitals Framework. In: Community Development 27 (1), 19-35.
Flora, C., Flora J. (2013): Rural Communities: Legacy and Change. 4th edition. Boulder, Colorado.
HAB – Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (1976): Umgestaltung von Mittel- und Kleinstädten. Probleme des Städtebaus und der Erzeugnisentwicklung. Weimar.
Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Harth, A.; Herlyn, U.; Scheller, G.; Tessin, W. (2012): Stadt als Lokaler Lebenszusammenhang. Gemeindestudien als Ansatz in der Stadtsoziologie. Wiesbaden.
Häußermann, H.; Siebel, W. (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
Healey, P. (1992): Planning Through Debate: The Communicative Turn in Planning Theory. In: The Town Planning Review 63 (2), 143-162.
Herlyn, U. (2015): Erkenntnisinteresse der dritten gemeindesoziologischen Untersuchung von Gotha. In: Bertels, L. (Hrsg.): Gotha im Wandel 1990–2012. Transformation einer ostdeutschen Mittelstadt. Wiesbaden, 17-32.

Holling, C.; Gunderson, L. (2002): Resilience and Adaptive Cycles. In: Holling C.; Gunderson, L. (Hrsg.): Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems. Washington, Covelo, London, 25-62.
Holtkamp, L. (2003): Parteien in der Kommunalpolitik. Konkordanz- und Konkurrenzdemokratien im Bundesländervergleich. Hagen. = Polis 58.
Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 37, 3-7.
Kühn, M. (2013): Strategiefähigkeit – Chancen und Hemmnisse lokaler Politik in schrumpfenden Städten. In: Haus, M.; Kuhlmann, S. (Hrsg.): Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise? Wiesbaden, 274-289.
Kühn, M. (2016): Peripherisierung der Stadt. Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg. Bielefeld.
Kühn, M.; Fischer, S. (2009): Strategische Planung in schrumpfenden Städten. Management des Strukturwandels als Aufgabe. In: PNDonline III/2009, 1-7.
http://archiv.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/pnd-online_2009-3.pdf (23.12.2020).
Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung. Strategiebildung in schrumpfenden Städten aus planungs- und politikwissenschaftlicher Sicht. Detmold.
Kühn, M.; Weck, S. (2012). Peripherisierung – Prozesse, Probleme und Strategien in Mittelstädten. In: disP – The Planning Review 48 (2), 14-26.
Lang, T. (2010): Zehn Jahre Schrumpfungsdiskurs in Ostdeutschland – theoretische Perspektiven. In: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nuissl, H. (Hrsg.): Zwanzig Jahre Planung seit der Wiedervereinigung. Kassel, 95-120. = Planungsrundschau 20.
Lehmbruch, G. (1975): Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem. In: Der Bürger im Staat 25, 3-8.
Leimbrock, H. (2010): Planungsstrategien zur Gestaltung mittelstädtischer Lebensräume. In: Schmidt-Lauber, B. (Hrsg.): Mittelstadt: Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt/M., 89-102.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart. = Soziologische Gegenwartsfragen N. F. 35.
Lynd, R. S.; Lynd, H. M. (1929): Middletown. A study in contemporary American culture. New York.
Lynd, R. S.; Lynd, H. M. (1937): Middletown in transition: a study in cultural conflicts. New York.
Mattson, G. A.; Burke, A. T. (1989): Small Towns, Political Culture, and Policy Innovation. In: Journal of Planning Literature 4 (4), 397-412.
Neckel, S. (1999): Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989. Frankfurt/M., New York.
Powe, N.; Hart, T. (2017): Planning for Small Town Change. New York.
Rüdiger, A. (2009): Der Alltäglichkeit auf der Spur: die Rolle der Stadtgröße für die räumliche Planung. Hamburg.
Schäfer, R.; Stricker, H.-J.; Soest, D. von (1992): Kleinstädte und Dörfer in den neuen Bundesländern: Aufgabenfeld für die städtebauliche Erneuerung. Göttingen.
Schnur, O. (2013): Resiliente Quartiersentwicklung? Eine Annäherung über das Panarchie-Modell adaptiver Zyklen. In: Informationen zur Raumentwicklung 4, 337-350.
Seibel, W. (2016): Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung. Frankfurt/Main.
Selle, K. (2017): Kommunikative Interdependenzgestaltung in Prozessen der Stadtentwicklung. Eine Geschichte der Entdeckungen. Aachen. = PT_Materialien 38.
Wildavsky, A. (2012): Leadership in a Small Town. New Brunswick, New Jersey.

Autor

Prof. Dr. Peter Dehne *ist seit 1997 Professor für Planungs- und Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg. Seit 1990 berät er kleine Städte, Gemeinden und ländliche Regionen in Ostdeutschland. Er hat zahlreiche praktische und wissenschaftliche Projekte zu Themen der kooperativen Stadt- und Regionalentwicklung, der ländlichen Entwicklung sowie zu Strategien der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge durchgeführt. Unter anderem hat er von 1987 bis 1992 an der Begleitforschung des ExWoSt-Forschungsfeldes „Städtebauliche Dorferneuerung" mitgearbeitet und von 2016 bis 2018 das ExWoSt-Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen" wissenschaftlich begleitet.*

Anita Maaß

BEDARFSGERECHTE ENTWICKLUNG UND AKTIVIERENDE STADTENTWICKLUNG – DIE PRAXISPERSPEKTIVE EINER KLEINSTADT-BÜRGERMEISTERIN

Gliederung

1 Problemstellung
2 Bedarfsgerechte Stadtplanung und deren Lenkung
2.1 Definition Bedarfe und Voraussetzungen
2.2 Akteure und Lenkung der Stadtplanung
2.3 Finanzierung und Anreize
3 Aktivierende Stadtentwicklung und deren Instrumente
3.1 Im Themenfeld der baulichen Entwicklung
3.2 Im Themenfeld sozioökonomische Entwicklung
3.3 Im Themenfeld soziokulturelle Entwicklung
4 Zusammenfassung
Literatur

Kurzfassung
Der Beitrag reflektiert bedarfsgerechte Stadtplanung und aktivierende Stadtentwicklung von Kleinstädten aus der Praxisperspektive einer Bürgermeisterin. Es werden die Voraussetzungen, die Akteure sowie das (finanzielle) Anreizsystem der Stadtplanung ebenso diskutiert wie aktivierende Stadtentwicklung und deren Instrumente. Dabei wird auf bauliche, sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklungen eingegangen, und aus praktischen Erfahrungen werden Schlüsse zu finanziellen und personellen Ressourcen sowie zu Innen- und Außenkommunikation gezogen.

Schlüsselwörter
Kleinstadt – Stadtplanung – bedarfsgerechte Stadtplanung – Stadtentwicklung – aktivierende Stadtentwicklung – bauliche Entwicklung – sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklung

Needs-based urban planning and activating urban development – the practice perspective of the mayor of a small town

Abstract
The article reflects on needs-based urban planning and activating urban development in small towns from the practice perspective of a mayor. Preconditions, stakeholders and the (financial) incentive system of urban planning are addressed, as is activating urban development and its instruments. This involves discussion of socio-economic

and socio-cultural trends and the development of built form. The consideration of practical experience allows conclusions to be drawn for financial and human resources and for internal and external communications.

Keywords
Small town – urban planning – needs-based urban planning – urban development – activating urban development – development of built form – socio-economic and socio-cultural development

1 Problemstellung

Mit der Entwicklung von Kleinstädten beschäftigt sich die Forschung aktuell noch wenig, obwohl etwa ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands in Kleinstädten wohnt (ARL 2019; Porsche/Steinführer/Sondermann 2019). Die tiefere Auseinandersetzung mit dem „Typus Kleinstadt" erfolgt auf lokalpolitischer Ebene – so meine persönliche Erfahrung aus der Praxis – möglicherweise erst, wenn sich Städte mit Schrumpfung, Alterung und baulichen Missständen auseinandersetzen müssen. Aber auch wachsende Kleinstädte in Ballungsräumen können mit Herausforderungen zu kämpfen haben. Für beide sehr unterschiedlichen Fälle fehlen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern fundierte Konzepte, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und sie nachhaltig steuern zu können. Handlungsempfehlungen aus der ländlichen Entwicklung oder für Großstädte können nicht eins zu eins angewandt werden. Kleinstädte üben zumeist zentralörtliche Funktionen aus und sind im Gefüge ihrer jeweiligen Region zu betrachten. So können sie größere Städte mit hohem Bevölkerungsdruck entlasten oder umgekehrt genau diesem ausgeliefert sein, wenn sie selbst Bevölkerungszuzug aus Großstädten und Dörfern erfahren. Je nach Lage der Kleinstädte treten zudem Schrumpfungs- oder Wachstumsprozesse auf, wobei gerade im Falle von Schrumpfung in jedem Fall Kleinstädte ihre Funktionsfähigkeit aufrechterhalten sollten. Eine besondere Rolle spielen dabei ihre eigenen baulichen und soziodemographischen Voraussetzungen. Die Fläche sowie die Bau- und Siedlungsstruktur von Kleinstädten unterscheiden sich im Vergleich der Bundesländer erheblich voneinander (s. Milbert/Fina 2021; vgl. auch Porsche/Milbert/Steinführer 2019: 9).

Vor diesem Hintergrund leiten sich die untersuchungsleitenden Fragen ab: Wie kann eine bedarfsgerechte Stadtplanung im Stadt-Umland-Gefüge einer Kleinstadt gelenkt werden? Und welche Akteure tragen mit welchen Instrumenten zur Stadtentwicklung bei? Der Beitrag reflektiert die Rahmenbedingungen von Stadtplanung und aktivierender Stadtentwicklung von Kleinstädten aus der Praxisperspektive einer Bürgermeisterin. Ziel ist es, daraus verallgemeinerbare Antworten auf die gestellten Fragen abzuleiten. Die zur Erläuterung herangezogenen praktischen Beispiele und Erfahrungen kommen im Wesentlichen aus Sachsen (vor allem aus der Planungsregion Oberes Elbtal-Osterzgebirge)[1], sind aber wahrscheinlich zumindest auf andere ostdeutsche Länder übertragbar.

1 Grund hierfür ist das vorhandene Material und die Kenntnisse der Autorin als hauptamtliche Bürgermeisterin in Sachsen sowie langjähriges Mitglied in der Verbandsversammlung bzw. im Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal-Osterzgebirge.

2 Bedarfsgerechte Stadtplanung und deren Lenkung

2.1 Definition Bedarfe und Voraussetzungen

Der aktuell gültige Landesentwicklungsplan (LEP) von Sachsen aus dem Jahr 2013 (Freistaat Sachsen 2013) gründet die Siedlungsentwicklung weiterhin auf das von Walter Christaller entwickelten „Zentrale-Orte-Prinzip" (Christaller 2006 [1933]). Dabei werden die Ober- und Mittelzentren im LEP und die Grundzentren im Regionalplan zur Netzergänzung festgelegt. Grundsätzlich habe sich, aus Sicht des Landes, das „dreistufige zentralörtliche Konzept der Ober-, Mittel- und Grundzentren im Freistaat Sachsen als raumstrukturelles Organisationsprinzip der für Sachsen vorteilhaften dezentralen Siedlungsstruktur und als Standortsystem zur Sicherung der Daseinsvorsorge bewährt" (Freistaat Sachsen 2013: 31). In seiner Zielsetzung richte sich das Zentrale-Orte-Konzept nicht einseitig auf Wachstum oder Schrumpfung aus, sondern lasse beide Prozesse zu. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssten im ländlichen Raum funktionsfähige Kristallisationskerne erhalten bleiben, die die Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen und für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen sächsischen Teilräumen sorgen. „Die Festlegung von Grundzentren ist nur zulässig, wenn diese Gemeinden hinreichende leistungsfähige Versorgungs- und Siedlungskerne aufweisen, eine Funktion als ÖPNV-Knotenpunkt erfüllen und die nachfolgenden Einwohnerzahlen nicht unterschreiten: mindestens 15.000 Einwohner im Verflechtungsbereich innerhalb des Verdichtungsraumes und mindestens 7.000 Einwohner im Verflechtungsbereich im ländlichen Raum" (Freistaat Sachsen 2013: 30). Diese Einwohnergrenzen dürften nur unterschritten werden, wenn besondere raumstrukturelle Bedingungen dies erfordern würden und die grundzentrale Versorgung nicht anderweitig gesichert werden könne.

Aus Sicht der Gemeinden weist der Gesetzgeber den Regionalen Planungsverbänden damit für die Ausweisung von Grundzentren eine hohe Verantwortung und Steuerungskompetenz zu. Die Grundzentren sollen die Mittel- und Oberzentren „teilraumspezifisch und passfähig zu den differenzierten Siedlungsstrukturen" ergänzen, und es können im Zusammenwirken mit den Gemeinden Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden (Freistaat Sachsen 2013: 36). Da jedoch der Freistaat Sachsen seine Förder- und Entwicklungspolitik auch an den grundzentralen Funktionen von Gemeinden ausrichtet, ist die Ausweisung einer Kleinstadt als Grundzentrum für deren Entwicklung sehr wichtig (vgl. Hörichs 2013; Stadt Strehla 2019). Kommunalverwaltungen nehmen dabei die eigene Kommune in ihrem kleinräumlichen Wirken für ihr Umland, z. B. als Standort von Schulen und Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen oder Freibädern, mit einer höheren Bedeutung wahr, als es die Kriterien der Landesplanung vorgeben. Mit diesen Einrichtungen als Argumente für grundzentrale Funktionen warb die sächsische Kleinstadt Strehla beispielsweise im Technischen Ausschuss des Kreistages Meißen für die Anerkennung als Grundzentrum (Landkreis Meißen 2019). Allerdings verkennt die Gemeinde die eigene enge Nachbarschaft und Verflechtung mit dem Mittelzentrum Riesa. Auch werden die übrigen grundzentralen Verflechtun-

gen im ländlichen Raum nicht betrachtet.[2] Trotzdem setzte sich diese Diskussion auch in der Abwägung zur Ausweisung von Grundzentren in der 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Oberes Elbtal/Osterzgebirge (RPOE) fort (Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge 2018: Kap. 2). Wenn Kleinstädte so vehement um den Status als Grundzentrum kämpfen, stecken zumeist Ziele der eigenen Stadtentwicklung dahinter. Entsprechend den landesplanerischen Vorgaben dürfen Kommunen ohne grundzentrale Funktion ihre Wohnbauflächen und Wohnbedarfe nur am Eigenbedarf der Kommune ausrichten. Dieser Eigenbedarf an Wohnungen ergibt sich aus „der natürlichen Zunahme der Bevölkerung oder auch bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung aus Veränderungen der Haushaltsstruktur, aus dem Überalterungsgrad und dem schlechten Bauzustand vorhandener Wohnungen".[3]

Kleinstädte ohne grundzentrale Funktion fühlen sich durch diese Vorgaben des Landes in ihrer kommunalen Weiterentwicklung als Gewerbe- oder Wohnstandort eingeschränkt und beklagen den Verlust von kommunaler Planungshoheit. Die sächsischen Kommunen Strehla, Weinböhla oder Klipphausen können hierfür beispielhaft genannt werden. Strehla ist dabei eine typische Kleinstadt mit urbaner Siedlungsstruktur in der Kernstadt, aber dörflichen Ortsteilen, und hat weniger als 4.000 Einwohner. Die Stadt liegt außerhalb der Ballungsräume Leipzig und Dresden, weshalb die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren stetig gesunken ist. Weinböhla und Klipphausen weisen typisch dörfliche Siedlungsstrukturen auf, liegen im Verdichtungsraum des Ballungszentrums Dresden und haben jeweils mehr als 10.000 Einwohner. Alle drei genannten Gemeinden haben keinen Status als Grundzentrum und dürfen sich daher nur entsprechend ihrem Eigenbedarf entwickeln. Während Weinböhla einen Bedarf an Wohngrundstücken und Klipphausen Wohngrundstücke sowie Gewerbeflächen an der Autobahn über den Eigenbedarf hinaus geltend machen und damit dem Zuzugsdruck nachgeben, möchte Strehla mit der Ausweisung von Wohngebieten auf der grünen Wiese dem Einwohnerverlust entgegenwirken.

Doch wie sind nun Eigenbedarfe zu berechnen, wenn es für Kleinstädte in der Spanne von 5.000 bis 20.000 Einwohnern kaum belastbare Statistiken gibt? Die Bevölkerungsprognosen des Landes sind in der Regel lineare Hochrechnungen, die sich aus der Altersstruktur der Bevölkerung und den daraus ableitbaren Haushaltsgrößen ergeben. Dabei vernachlässigen diese jedoch weitere Komponenten, die sich unmittelbar auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken können. Diese Faktoren können beispielsweise sein: die Eigentumsstruktur der Wohnnutzung (hohe Eigentumsquoten sprechen dabei für hohe Bleibedauer), das aktuelle Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot, die zukünftigen Jobperspektiven sowie die Möglichkeit zur Gewerbeansiedlung, das Angebot von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Schulen, die Vereinslandschaft oder die Rückkehrquote von ehemaligen „Kindern" der Stadt nach Ausbildung oder Studi-

2 Strehla hatte am 31.12.2018 3.686 Einwohner, vgl.: https://www.statistik.sachsen.de/download/010_GB-Bev/Bev_Z_Gemeinde_akt.pdf (17.03.2020). Die Stadt liegt knapp 7 km von der Großen Kreisstadt Riesa und 12 km von der Großen Kreisstadt Oschatz entfernt.

3 Vgl. Auslegungshinweise des Staatsministeriums des Innern zum Begriff der Eigenentwicklung im Sinne des Ziels 2.2.1.6 LEP 2013; vgl. dazu auch Hinweise der Kommunen und Abwägungsentscheidungen des regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge (Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge 2018). Das Abwägungsprotokoll wurde in der Sitzung des Verbandes am 24.06.2019 beschlossen.

um aufgrund von soziokultureller Bindung an die Heimat über Vereinsmitgliedschaften, familiäre und freundschaftliche Beziehungen. Auch die konkrete gegenseitige Stadt-Umland-Wirkung zwischen Klein- und Mittelstadt ist zu berücksichtigen. Wachsen beispielsweise Mittelstadt bzw. Oberzentrum und steigen damit die Grundstückspreise oder passiert eher das Gegenteil? Auch die Baustruktur, die Verkehrsbelastung, die räumliche Lage der Kleinstädte und die soziale Zusammensetzung der Einwohnerschaft haben einen erheblichen Einfluss auf die Wohnbedarfe. Möglicherweise könnten verkehrlich gut erschlossene Kleinstädte mit aufgelockerter dörflicher Siedlungsstruktur eine höhere Anziehungskraft besitzen als Kleinstädte mit denkmalgeschützter Altstadtbebauung und kleinen Grundstücken an einer Durchfahrtsstraße. Das Problem der Altstadtbebauung besteht beispielsweise in Strehla. In der Kernstadt stehen Gebäude leer und sind für junge Menschen aktuell unattraktiv, weil sie an der Durchgangsstraße (B 182) des Ortes liegen. All diese Faktoren können einen Einfluss auf die Stadtentwicklung ausüben. Sie lassen aber Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches Stadtentwicklung eine bedarfsgerechte Stadtplanung in Kleinstädten nur schwer voraussehen.

Je kleinräumiger ein Gebiet betrachtet wird, desto kleiner sind auch die statistischen Daten und desto ungenauer wird eine Prognose (vgl. auch Leibert 2021). Umso wichtiger sind nicht die Prognosezahlen, sondern vielmehr fundierte Kenntnisse über die Wirkungszusammenhänge von Entscheidungen. Beispielsweise könnte die Ausweisung von Neubauwohngebieten am Stadtrand mit hoher Eigentumsrate, wie z. B. von Strehla gewünscht, die Leerstände im historischen Stadtkern weiter verschärfen. Andererseits können sie aber auch den Druck zur Nachverdichtung bei wachsenden Gemeinden wie in Weinböhla abschwächen. Neubauwohngebiete können Gemeinkosten erhöhen, z. B. durch Bereitstellung zusätzlicher ÖPNV-Linien oder Kita-Plätze. Sie können diese aber auch senken, z. B. durch einen höheren Anschlussgrad an Abwasser- und Trinkwassersysteme. Insofern könnten konkret abgeleitete „Wenn-dann-Szenarien“ mit definierten Rahmenbedingungen für Verantwortungsträger wichtige Entscheidungshilfen sein.

Vor diesem Hintergrund hat der Regionale Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge im Rahmen seiner Abwägungsentscheidung 2017 vorgeschlagen, für die Fortschreibung des sächsischen LEP Siedlungsbereiche zu benennen, die an überregionalen und regionalen Achsen liegen (vgl. Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge 2018: Kap. 2). Für diese könnten folglich Kriterien gefunden werden, die auf Grundlage einer Einzelprüfung eine Entwicklung der Gemeinde über den Eigenbedarf hinaus gestatten würde.

Zu bedenken ist jedoch, dass in einem historisch gewachsenen polyzentrischen Siedlungssystem – wie in Sachsen bzw. Deutschland generell – eben auch die peripheren Standorte an Entwicklungschancen teilhaben müssen (vgl. BBSR 2016). Die Stärkung dezentraler Strukturen außerhalb der Zentralen Orte wie eben Weinböhla oder Klipphausen darf nicht mit der Schwächung der verbliebenen Zentralen Orte im ländlichen Raum einhergehen. Schließlich sollte es gemeinsamer Konsens sein, „die allein auf eine Stadt bezogene Betrachtung stadtentwicklungspolitischer Probleme und Entscheidungen“ zu überwinden (BMU 2007: 3 f.). Die lokale und stadtregionale Abstimmung ist zu stärken, um die Klein-, Mittel- und Großstädte innerhalb einer Region zu gleich-

berechtigten Partnern zu entwickeln und Ressourcen zu schonen. Sachsen hat eine hohe Siedlungsdichte mit geringen Entfernungen der Einzelorte zu den Mittel- und Oberzentren. Laut LEP 2013 waren im Jahr 2016 von allen Gemeinden aus die Mittel- und Oberzentren in weniger als 45 Minuten mit dem PKW zu erreichen (Freistaat Sachsen 2013: 32). Damit könnten auch periphere Grundzentren eher von Wachstumstendenzen dieser Ballungsräume profitieren, wenn Nachverdichtungen über den Eigenbedarf hinaus weiterhin nur dort möglich wären, wo tatsächlich die grundzentrale Funktion für das Umland zu sichern ist. Ausnahmen könnten jedoch bei der Gewerbeentwicklung bestehen. Deren Bedarfe liegen meist bei geringen Entfernungen zu Autobahnen und richten sich nicht nach den Raumfunktionen. Insbesondere abseits der Bundesstraßen und Autobahnen gelegene Grundzentren sind als Gewerbestandort mitunter weniger attraktiv. Diese Gewerbegebiete an den Autobahnen könnten trotzdem den gewünschten Strahleffekt ins Land hinein ausüben. Allerdings setzt das auch eine entsprechende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zu den Grundzentren voraus.

Aus meiner Sicht als Bürgermeisterin einer Kleinstadt gibt es aktuell aber Denkweisen, die sich störend auf eine sachgerechte Ableitung der eigenen Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich Wohnen auswirken und die interkommunale Abstimmung verhindern:

1 Die scheinbar von Politik und Medien zur Allgemeingültigkeit erklärten Bedarfe von Wohngebieten „auf der grünen Wiese“: Diese Bestrebungen, besonders aus den Ballungsträumen Leipzig und Dresden, gehen mit dem Wunsch der Verstetigung des § 13b Baugesetzbuch (BauGB) einher, der bis zum 31.12.2019 eine vereinfachte Aufstellung von B-Plänen für bis zu 1 ha großen Wohnbauflächen im Außenbereich vorsah. Die Gesamtbevölkerung in Sachsen wird jedoch nach wie vor als rückläufig prognostiziert, insbesondere im Erzgebirgskreis, West- und Ostsachsen sowie abseits der Ballungsräume Leipzig und Dresden (vgl. StaLa o.J.).

2 Die Fokussierung aller Gemeinden auf Einwohnerzuwachs zur Sicherstellung der kommunalen Finanzierung: Je höher die Einwohnerzahl einer Kommune ist, desto größer ist der sogenannte Veredelungsfaktor und damit tatsächlich die Höhe der Zuweisung pro Einwohner. Die sogenannte „Veredelung“ von Einwohnerzahlen im sächsischen Finanzausgleichsgesetz (FAG) beruht auf der Annahme, je höher die Einwohnerzahlen der Gemeinden sind, desto größer ist auch ihr Aufgabenbereich und damit auch ihre überörtliche Verantwortung.

3 Die unhinterfragte Hinnahme und Weiterverbreitung der These, „die Bevölkerung wird sich stärker in bestimmten Zentren konzentrieren“ (Sächsische Staatskanzlei o.J.).

Solange die Orte in den Verdichtungsräumen (auch ohne grundzentrale Funktion) weitere Wohnflächen erschließen können, verhindert das die Suche nach anderen Lösungen in Sachsen. Beispielsweise könnten bestehende Defizite, die bisher Hemmnis der Stadtentwicklung in peripheren Räumen gewesen sein mögen – wie schlechte Anbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln –, mit geeigneten Maßnahmen des Freistaates abgebaut werden. Leider wird trotz immenser Baupreise in den Verdichtungs-

räumen in Sachsen nach solchen Lösungen nicht gesucht. Geht man außerdem davon aus, dass Wohnen gern nah am Arbeitsplatz erfolgen soll, bietet sich ein Vergleich der aktuellen Arbeitsplatzzentralität mit zukünftig zu erwartenden Einwohnerentwicklungen an. Damit zeigt sich, dass die in einer Region verbleibende Einwohnerzahl sich grundsätzlich am dort vorhandenen Arbeitsplatzpotenzial ausrichtet (Sächsische Staatskanzlei 2016; 2017). Diese Feststellung spricht ebenfalls dafür, einerseits Grundzentren als Kristallisationspunkte für Wohnen und Gewerbe beizubehalten. Andererseits könnten im Einzelfall an wichtigen Verkehrsachsen Gewerbeansiedlungen auch außerhalb der Grundzentren zugelassen werden (wie z. B. der Wunsch zur Gewerbeansiedlung an der Autobahn in Klipphausen). Gleichzeitig gilt es, an Mobilitätskonzepten für die Überwindung von Distanzen zu arbeiten und das Breitbandnetz als wichtigen Standortfaktor für Gewerbe flächendeckend auszubauen. Diese Gedanken macht sich der Freistaat offenbar nicht. Auch konterkariert er durch seine aktuelle Förder- und Finanzpolitik seine eigenen im LEP 2013 planerisch festgelegten Entwicklungsziele.

Folglich bleibt in schrumpfenden wie wachsenden Kleinstädten in Sachsen die bedarfsgerechte Stadtplanung schwierig.

2.2 Akteure und Lenkung der Stadtplanung

Trotzdem muss die Stadtplanung ein zentrales Querschnittsthema jeder Behörde sein, in das viele verantwortliche kommunale Fachexperten sowie die Stadträte und Bürger einzubinden sind. Ergebnis sollten fundierte integrierte Stadtentwicklungskonzepte sein, in denen die Einflüsse der oben genannten Faktoren auf die konkrete Stadtentwicklung betrachtet werden. Erst auf einer solchen Grundlage können individuell wirksame Handlungskonzepte für die Stadtplanung in Kleinstädten mit Betrachtung des Umlandes für einen Zeitraum von 10 bis maximal 15 Jahren abgeleitet werden. Längere lineare Strategien wären „Hellseherei“. In der Stadtplanung für Kleinstädte ist Realismus in der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Grenzen wichtig. Zugleich gilt es aber auch, nachhaltig, d. h. mit Blick auf die folgenden Generationen, zu planen und Phasen der Stadt-Umland-Entwicklung in einem Zeitraum von einer Dekade einzubeziehen. Solche integrierten Stadtentwicklungskonzepte müssten zwingend in der Region abgestimmt und entsprechend den Zielen der Landesplanung auch vom Freistaat begleitet werden. Dies erfolgt aktuell jedoch leider nicht.

Derzeit setzen die Bauverwaltungen in der Regel mit Flächennutzungs- und Bebauungsplänen die ausschließlich für die eigene Stadt entwickelten Ziele strategisch um. Hierbei kommt dem Flächennutzungsplan nur die Funktion der Selbstbindung der Verwaltung nach innen zu. Er schafft kein Baurecht, sondern gibt lediglich die planerischen Ziele der Gemeinde wieder, aus denen sich schließlich konkrete Bebauungspläne ableiten. Demgegenüber schreibt der Bebauungsplan rechtsverbindliche Grundlagen für einen bestimmten städtebaulichen Bereich fest. Der Vorteil beider Planungsinstrumente ist die zwingend vorgeschriebene Beteiligung der Stadt- bzw. Gemeinderäte, der Bürger und der Träger öffentlicher Belange in einem mehrstufigen Prozess (vgl. BauGB §§ 2-4 sowie § 10).

In die Planungshoheit einer Kommune greifen im Rahmen der Gesetze auch die Behörden des Denkmal- und Naturschutzes sowie der Unteren Bauaufsicht – in der Regel die Landratsämter als höhere Verwaltungsbehörde für die kreisangehörigen Kommunen – zuständigkeitshalber ein. Dies birgt ein hohes Konfliktpotenzial zwischen städtischen Zielen und fachlichen Zwängen. In einem kooperativen Miteinander zwischen Stadt und Landratsamt sind im gesamten städtebaulichen Prozess ständig Entscheidungen abzuwägen und Ermessensspielräume zu finden. Von Vorteil ist dabei ein gemeinsamer Konsens über die Ziele der Stadtentwicklung auf beiden Handlungsebenen. Neben der frühzeitigen Anhörung der Fachämter im Landratsamt zu größeren Planungsvorhaben sind bei Einzelmaßnahmen individuelle fallbezogene Ortstermine günstig. Leider fehlt den Fachämtern im Landkreis, so meine Beobachtung, vielfach die Zeit für Einzelabstimmungen.

Weitere Akteure der Stadtentwicklung sind die Projektträger konkreter baulicher Maßnahmen. Ohne Investoren, beispielsweise Bauträger oder junge Familien, ist keine städtebauliche Entwicklung durchführbar. Die Kleinstädte sind daher angehalten, günstige Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Diese müssen allerdings nicht zwingend finanzieller Natur sein, sondern können auch in schnellen Entscheidungs- und Abstimmungsprozessen der Kommunalverwaltung liegen. Im Idealfall können Kleinstädte hierbei durch die überschaubare Verwaltungsgröße und die geringen Hierarchieebenen mit Schnelligkeit punkten.[4]

Zur Lenkung der Stadtplanung gehört auch die Eigeninitiative der Kommune als Akteur der Stadtentwicklung. Gerade in schrumpfenden Regionen sollten Kleinstädte in der Lage sein, selbst städteplanerische Impulse setzen zu können. Zielgerichtetes Agieren statt hilfloses Reagieren muss die Stadtplanung prägen. Eine Kommune sollte bewusst gegen den Strom und gegen den „Abwärtsstrudel“ von Vernachlässigung, Leerstand, Wegzug, sozialem Brennpunkt und Niedergang steuern können. Zuzug und Bevölkerungswachstum müssen dabei keine Ziele der Stadtplanung sein. Aktive Begleitung von Schrumpfungsprozessen, die Stabilisierung eines von Überangebot geprägten Wohnungsmarktes und die soziale Durchmischung von Stadtteilen können auch in Kleinstädten durch die Verwaltung gelenkt werden. Kommunale Maßnahmen sind z. B. Straßensanierungen, um damit Grundstückseigentümer zu eigenen Investitionen an Fassaden und Dächern zu ermutigen. Aber auch der kommunale Ankauf von Problemimmobilien und Investitionen in diese Gebäude können solche Maßnahmen sein, z. B. um eigene kommunale Mietwohnungen zu schaffen oder kommunale Einrichtungen unterzubringen.

Auch in wachsenden Kleinstädten gibt es Steuerungsmöglichkeiten für die Verwaltungen, um aus dem „Segen“ Wachstum keinen „Fluch“ werden zu lassen. Beispielsweise können integrierte Quartiers- oder Stadteilkonzepte für spätere Baupläne handlungsleitend sein. Die Umsetzung neuer Bauflächen bzw. Wohngebiete am Stadtrand oder in zentralen Lagen ziehen meist Mehrbedarfe in Kitas und Schulen nach sich. Das muss zwingend konzeptionell bereits vor der Aufstellung der Bebauungspläne berücksich-

4 In meiner Heimatstadt Lommatzsch gibt es keine Ämterstruktur, weshalb die Bürger gleich mit dem verantwortlichen Mitarbeiter sprechen können und Entscheidungen aufgrund eines 14-täglichen Sitzungsrhythmus des Stadtrates zügig getroffen werden können.

tigt werden. Wichtig ist, anhand der eigenen Rahmenbedingungen die lokal richtigen Handlungen für die Kleinstadt – eben auch langfristig – abzuleiten und diese möglichst mit dem Umland abzustimmen. Generell gibt es keine universal gültigen Lösungen.

Kleinstädte benötigen für eine aktive Stadtplanung in schrumpfenden wie wachsenden Kontexten neben finanziellen Ressourcen vor allem Arbeitszeit von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen. Leider fehlt es gerade in kleinen Kommunalverwaltungen an Fachkräften, die sich auf diese Aufgabe konzentrieren können. In der Regel sind die Bauverwaltungen für ihre vielen Aufgaben und komplexen Fachgebiete unterbesetzt. Die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen müssten zudem in der Lage sein, das komplexe Feld der Stadtplanung selbst analytisch zu durchdringen und die für ihre Stadt passenden Strategien abzuleiten. Dies ist jedoch meiner Beobachtung nach selten gegeben. In der Regel arbeiten in kleinen Verwaltungen zumeist Verwaltungsfachangestellte des mittleren und gehobenen Dienstes, nur in Amtsleiterstellungen des höheren Dienstes. Die Ausbildungswege der Verwaltung vermitteln zwar die nötigen Kenntnisse über die rechtlichen Instrumente im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht. Wahrscheinlich gibt es aber höchst selten verwaltungsfremde „Quereinsteiger", die den Bereich Stadtplanung und Regionalentwicklung mit ihrer früheren beruflichen Tätigkeit oder Ausbildung fachlich fundiert begleiten können.

Fachliche Hilfe holen sich Kleinstädte daher in der Regel bei externen Büros für Stadtsanierung und Stadtentwicklung. Für die Datenerhebung und die umfangreiche Erarbeitung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten ist dagegen auch nichts einzuwenden. Wenn die Stadtplanung jedoch vollständig von externen Büros übernommen wird und Fachwissen darüber in den Bauämtern fehlt, kommen wahrscheinlich wenig zielführende und häufig standardisierte Ansätze für die Stadtplanung heraus. Die Büros haben möglicherweise zu wenig Bezug und „Innenperspektive" zur Kleinstadt mit ihrem Umland. Anders als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Stadtrat, die für ihre Entscheidungen auch langfristig die Verantwortung übernehmen müssen, fehlt bei den Büros quasi die nötige „Erfolgsbeteiligung" und die Verantwortungsübernahme für ihre Empfehlungen. Wären die Städte selbst fachlich in der Lage, gemeinsam mit externen Fachleuten nach den besten Lösungen zu suchen, kämen für die Kleinstädte wahrscheinlich individuellere und wirksamere Stadtentwicklungskonzepte heraus.

2.3 Finanzierung und Anreize

„Ohne Moos nix los!" – dies gilt leider auch für die Stadtplanung in Kleinstädten. Finanzielle Ressourcen benötigen die öffentliche Hand wie die Privatwirtschaft gleichermaßen. Wachsende Kleinstädte verfügen möglicherweise aufgrund von Bevölkerungszunahme und daraus resultierenden hohen Einkommenssteuern bzw. guten Gewerbesteuern über finanzielle Möglichkeiten für eigene Projekte der Stadtplanung. Private Akteure investieren. Steigende Nachfrage erhöht das Angebot, lässt aber auch sicher noch stärker die Marktpreise steigen. Probleme ergeben sich dort im Mietbereich für Niedrigverdiener. In schrumpfenden Kleinstädten ist jedoch von knappen öffentlichen Mitteln und sinkenden Boden- wie Mietpreisen auszugehen. Investoren scheuen Baumaßnahmen aufgrund der Unwirtschaftlichkeit (hohe Baukosten / geringe Miethö-

hen) oder fehlender Nachfrage am Markt. Gerade in dieser Situation wären Zuschüsse der Kommune zur Deckung von Wirtschaftlichkeitslücken von privaten Investitionen ein interessanter Anreiz. Allerdings sollten auch keine öffentlich geförderten „Leerstandsruinen" oder Objekte mit hohen kommunalen Nachfolge- bzw. Betriebskosten entstehen.

Kleinstädte haben es meiner Beobachtung nach schwerer, Fördermittel beispielsweise der Stadtsanierung und des Stadtumbaus zu akquirieren als größere und damit bedeutsamere Städte. Einerseits haben sie z.B. für Städtebauförderungsprogramme wie „Stadtumbau" oder EFRE in der Regel keine geeigneten Gebietskulissen. Andererseits passen die notwendigen Maßnahmen möglicherweise auch nicht in die ELER-Förderung für den ländlichen Raum. Damit sind automatisch die Bedarfe an Eigenmitteln der Kommunen höher als möglicherweise in Mittelstädten oder Dörfern mit besseren Zugangsmöglichkeiten.

Besser als Fördermittel des Landes oder des Bundes wären aber ohnehin eigene kommunale finanzielle Spielräume für Investitionsanreize. Eine Kommune denkt bei der Ausgabe von eigenen Geldern deutlich stärker nach als bei der Verwendung von Fördermitteln. Darüber hinaus könnten kommunale Zuschüsse zur Sanierung von Altbaugebäuden Einwohner motivieren, sich selbst aktiv in die Stadtentwicklung einzubringen. Auch Anreize über Grundsteuernachlässe für bestimmte städtische Bereiche oder als Argument für den Zuzug bzw. Verbleib in Kleinstädten wären denkbar. Hierfür ist jedoch zu prüfen, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen zukünftig derartige Spielräume für Kommunen zulassen.

Nach meiner Erfahrung haben schrumpfende Städte auch mit Haushaltsproblemen bei gleichzeitigem Investitionsstau in der kommunalen Infrastruktur zu kämpfen. Mitunter befinden sie sich sogar schon in der Haushaltskonsolidierung. Aufgrund der Finanzierungssystematik der Länder-Kommunen-Finanzausgleiche ist eine Ursache hierfür die geringe „Veredelung" von Einwohnerwerten. Im Finanzausgleichssystem wird davon ausgegangen, dass Mittel- und Oberzentren proportional zur Einwohnerzahl deutlich mehr Aufgaben für ihren Verflechtungsbereich erfüllen als Grundzentren. Sie unterhalten die Kultur- und Freizeiteinrichtungen, sind die Standorte der höheren Bildungseinrichtungen und erfüllen mit größeren Verwaltungen deutlich mehr Aufgaben. Eine aufgabenbezogene Betrachtung der Kleinstädte findet jedoch nicht statt. Proportional zur Bevölkerungszahl kämpfen diese mit höheren Ausgaben für Feuerwehr, Schulen, Bauhöfe etc. Freiräume für eigene freiwillige Aufgaben haben Kleinstädte nur dann, wenn sie über gesunde Finanzen verfügen. In einer Situation der Haushaltskonsolidierung gegen eine „Abwärtsspirale" der Stadtentwicklung ankämpfen zu wollen, womöglich noch mit hohen Steuersätzen, ist sehr schwer. Dies muss auch der Landespolitik bewusst werden. Gerade Gemeinden und Kleinstädte in peripheren ländlichen Räumen mit wenigen Einwohnern und möglicherweise demographischen Problemen benötigen eine auskömmliche Finanzierung.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund generell die Rolle und Funktion öffentlicher Förderungen für Wohnbauvorhaben, so fallen zwei Dinge auf: Einerseits besteht in wachsenden Räumen der Wunsch, durch Fördermittel beim Bau von Wohnungen die

Mieten so abzufedern, dass sich auch Geringverdiener den Wohnraum leisten können. Andererseits besteht in schrumpfenden Gegenden mit geringen Mieten der Bedarf, durch öffentliche Förderungen die Wirtschaftlichkeitslücken zwischen Mieteinnahmen und Baukosten auszugleichen.

Folglich wird in beiden Fällen nach steuerfinanzierter Unterstützung gerufen, die bei einer gleichmäßiger verlaufenden Raumentwicklung nicht nötig wäre. Dann könnten die Mietpreise vorsichtig auch im peripheren Raum steigen und Investitionen decken, gleichzeitig würden jedoch die Wohnraumpreise in den Ballungsräumen nicht davonschnellen. Im Interesse seiner Steuerzahler sollte der Freistaat Sachsen, aber auch die Bundesrepublik generell, auf eine ausgewogenere Raumentwicklung hinwirken. Diese könnte grundsätzlich am Konzept der Zentralen Orte festhalten. Die sowieso aufzuwendenden Steuergelder könnten dann statt an Investoren für Wohnbauten bzw. steuerfinanzierte Mietpreisbremsen auch in eine nachhaltige und klimaschützende Verkehrspolitik fließen. Die Neuversieglung von Siedlungsflächen könnte reduziert werden und Jahrhunderte alte Siedlungskerne blieben erhalten.

3 Aktivierende Stadtentwicklung und deren Instrumente

3.1 Im Themenfeld der baulichen Entwicklung

Die bisherigen Ausführungen zeigten bereits, dass die Verwaltungen einer Kleinstadt die Stadtentwicklung mit „Manpower“ aktiv unterstützen müssen. Im Themenfeld der baulichen Entwicklung betrifft das vor allem den Umgang mit baulichen Missständen. Achtet eine Stadtverwaltung darüber hinaus auch intensiv auf Sauberkeit und Ordnung, erhöht sich die Wohlfühlqualität der Bürger. Dieses Gefühl ist wichtig, damit sich Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem unmittelbaren Lebensumfeld identifizieren. Diese Identifikation wiederum kann die Bürgerinnen und Bürger motivieren, ihre eigene Stadt aktiv weiterzuentwickeln.

Die Beseitigung baulicher Missstände oder die Befriedigung von Wohnungsbedarfen in wachsenden wie schrumpfenden Kleinstädten kann schneller erreicht werden, wenn sich Verwaltungsmitarbeiter/-mitarbeiterinnen auf diese Aufgaben konzentrieren könnten. Sie müssten zu Vordenkern werden und aktiv Strategien zur Problemlösung entwickeln. Auf diese Weise ließen sich beispielsweise die rechtlichen Möglichkeiten aus dem Bauordnungs- und Vollstreckungsrecht zum Umgang mit Problemimmobilien konsequenter nutzen. Zudem ließen sich Beispiele für Gebäudesanierungen entwickeln, die der Einwohnerschaft in anschaulicher Form vorgestellt werden könnten und dadurch zum Investieren anregen würden. Kompetente Ansprechpartner/-partnerinnen können als „Kümmerer“ die Scheu vor der Übernahme von Bauruinen mildern und den Bürgerinnen und Bürgern quasi als fachliche Berater/Beraterinnen auch im Umgang mit Baugenehmigungs- und Denkmalbehörden im Verlauf der Sanierung zur Seite stehen. In wachsenden Kleinstädten gilt es darüber hinaus für Verwaltungen, in einen intensiven Austausch mit den unmittelbaren Umlandgemeinden zu treten. Durch gemeinsame Stadt-Umland-Strategien lassen sich Zuzug und Wohnbedarfe besser steuern.

In jedem Fall müssen sämtliche Handlungsweisen der Verwaltung und Zielsetzungen der Stadtentwicklung aber transparent und öffentlich kommuniziert werden. Dies verlangt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Zeit, aber auch Fingerspitzengefühl im Umgang mit Medien und Bürgerinnen und Bürgern ab. Voraussetzung ist dafür auch, dass sich Stadtrat, Bürgermeister/Bürgermeisterin und Verwaltung einig über die Ziele und Vorgehensweisen im Rahmen der Stadtentwicklung sind. Nichts ist schlimmer als widersprüchliche Äußerungen schon auf den Ebenen der politischen bzw. administrativen Verantwortungsträger/-trägerinnen.

Häufig ist die Stadtentwicklung ein Bereich unter vielen und kann nicht in der notwendigen Intensität bearbeitet werden. Damit haben es Kleinstädte deutlich schwerer, ihre Stadtentwicklung voranzutreiben. Gleichzeitig können sich Kleinstädte auch weniger auf andere Akteure der baulichen Entwicklung, wie Wohnungsgenossenschaften oder Kommunale Wohnungsgesellschaften, stützen. Besonders in ostdeutschen Städten sind diese eher in Mittelstädten mit den typischen Wohngebieten aus der Zeit der DDR zu finden. Selbst wenn es diese Akteure in Kleinstädten gibt, ist ihr Handlungsradius ebenfalls klein und folglich auch ihre finanziellen wie räumlichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Egal ob Wachstum oder Schrumpfung Kleinstädte kennzeichnet, letztlich kommt es immer auch auf die öffentliche Meinung als aktivierenden Moment im Stadtentwicklungsprozess an. Stadtverwaltungen fungieren hierfür generell als Themensetzer. Geeignete Instrumente für die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern und für die Stadtgesellschaft untereinander sind zuerst die kommunalen Amtsblätter und das Internet. Letzteres bietet besonders über Social-Media-Kanäle gute Möglichkeiten der Interaktion. Klassische Bürgerworkshops bieten sich vor allem in Planungsprozessen an, die ergebnisoffen verlaufen sollen. Die sächsische Kleinstadt Brandis konnte als „Innovationskommune“ in einem Pilotprojekt verschiedene Beteiligungsformen umsetzen. Beispielsweise gibt es das klassische Ratsinformationssystem zu den Vorlagen des Stadtrates auf der Website der Stadt, dazu ein Bürgerbeteiligungsportal und eine App (Stadt Brandis o. J.). Für die zwischenmenschliche Kommunikation bietet der Bürgermeister das „Café Kommunale“ an, eine Bürgersprechstunde in einem Café. Welche Instrumente eine Stadt wählt, hängt wieder von individuellen Bedarfen und Möglichkeiten ab. Wichtig ist es, lokale Entscheidungen transparent darzustellen, städtische Entwicklungen stetig zu kommunizieren und damit auch entscheidungsrelevante Diskussionsprozesse in der Stadtgesellschaft zuzulassen. Aktive Verwaltungen haben auch die Chance, ihr Fachwissen über lokale Medien zu verbreiten und so Transparenz zu fördern.

3.2 Im Themenfeld sozioökonomische Entwicklung

Zum Themenfeld der sozioökonomischen Entwicklung zählen die Wirtschaftsstruktur (Anzahl an Gewerbe und Unternehmen, Arbeitsplätze etc.) und daraus resultierend die Steuerkraft der Kommune ebenso wie die soziale Durchmischung und Wirtschaftsstärke der privaten Haushalte. Darüber hinaus ist auch die Struktur des Einzelhandels für die Entwicklung der Zentren interessant. Für dieses Themenfeld gibt es außer der These, je höher die eigene Wirtschaftskraft, desto größer sind die eigenen Handlungsspiel-

räume, keine verallgemeinerbaren Aussagen. Je nach Lage der Stadt, je nachdem, ob es eine schrumpfende oder wachsende Kleinstadt ist, sind auch die Rahmenbedingungen für die sozioökonomische Entwicklung verschieden. Für die Stadtentwicklung und eine bedarfsgerechte Stadtplanung sind vor allem die Grundlagen für den aktuellen und perspektivischen Arbeitskräftebedarf interessant. Aus der Zahl der einpendelnden Arbeitskräfte könnte ein Potenzial für mögliche Wohnraumangebote zum Zuzug in die Kleinstadt abgeleitet werden.

Aktuell fokussiert sich die Stadtplanung in Kleinstädten insbesondere auf die Entwicklung der Zentren, zumeist mit historischer Altbausubstanz. Aktivierende Instrumente für deren Weiterentwicklung ergeben sich aus der Struktur des Einzelhandels. Dafür sind zunächst grundlegende Fragen zu beantworten: Gibt es noch Einzelhändler? Haben sie ein auskömmliches Einkommen? Welche Zielgruppen sprechen sie an? Wie sehen sie ihre eigene wirtschaftliche Perspektive? Ist die Prognose der Gewerbetreibenden für ihre Zukunft eher schlecht, werden sie schwer oder gar nicht zu motivieren sein, die eigene Abwärtsspirale zu durchbrechen. Die Stadt kann flankierend nur prüfen, welche kommunalen Rahmenbedingungen sie verbessern und wie sie die Betroffenen zur Eigeninitiative motivieren kann. Entscheidend ist dabei, ob es ein Überangebot an Verkaufsflächen gibt, jeweils bezogen auf den Bedarf der Bevölkerung der Kleinstadt und des Verflechtungsbereiches. Besteht dieses und ist auch eine Verkleinerung der Verkaufsfläche der Großmärkte nicht absehbar, kann die Stadtverwaltung nur versuchen, Alternativkonzepte für die Zentren zu entwickeln. Aber auch hierfür müssen sich Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen aktiv und mit dem nötigen Know-how mit der Situation beschäftigen. Alternativen bzw. Verbesserungen für die Entwicklung der Zentren bestehen z. B. in der Ansiedlung von kommunalen Einrichtungen mit hoher Frequenz (z. B. Horte, Schulen, Kindereinrichtungen). Darüber hinaus sind infrastrukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Schaffung von Erlebnis- bzw. Kommunikationsräumen interessant.

In diesem Zusammenhang hat die Stadt Lommatzsch beispielsweise mit dem „Grundschulcampus“ – bestehend aus Vorschule[5], Grundschule mit Mensa und Turnhalle, Hort und öffentlichem Kinderspielplatz sowie einem Brunnen in der Stadtmitte – gute Erfahrungen gesammelt. Die Vorschüler kennen das Gelände der Grundschule und einige Horterzieherinnen schon vor Schuleintritt. Außerdem sind die Eltern „gezwungen“, in die Innenstadt zu fahren, um ihre Kinder von der Kita bzw. dem Hort abzuholen. Genügend kostenlose Parkplätze für Autos stehen im Zentrum bereit. Der öffentliche Spielplatz bewirkt einen längeren Aufenthalt der Eltern in der Innenstadt, da Kinder nach der Vorschule oder dem Hort nicht gleich nach Hause wollen. Die Kindereinrichtungen nutzen den Spielplatz auch am Tag im Rahmen ihrer Betreuungszeiten. Das benachbarte Café profitiert von den Kindereinrichtungen, dem Spielplatz und den Bänken am Brunnen besonders im Sommer. Dann bleiben die Eltern länger und bringen den Kindern auch mal ein Eis auf den Spielplatz.

5 Die Vorschule gehört zum Kindergarten. Es handelt sich um altersreine Kindergruppen. Die Kinder verbringen das letzte Kindergartenjahr gemeinsam und wechseln auch gemeinsam in die Grundschule. Durch die Nähe zur Grundschule sind auch die Grundschullehrer/-lehrerinnen regelmäßig in der Vorschule aktiv, um den Übergang der Vorschulkinder in die Grundschule vorzubereiten.

Auch im Themenfeld der sozioökonomischen Entwicklung spielt die Binnenkommunikation in der Stadt als aktivierendes oder hemmendes Instrument eine Rolle. Positive Stimmung aktiviert, schlechte Stimmung hemmt Entwicklung. In Kleinstädten kennen sich in der Regel viele Menschen untereinander. Dies kann gerade für die Motivierung der Bevölkerung zur Selbsthilfe interessant sein. Angesehenen Meinungsführern außerhalb von Verwaltung und Rat kann es nämlich gut gelingen, andere Menschen mitzuziehen. Allerdings gibt es gemessen an der geringen Einwohnerzahl erfahrungsgemäß auch nur eine geringe Anzahl solcher Akteure, die vermutlich auch schon in mehreren Vereinen und womöglich im Stadtrat aktiv sein werden.

In wachsenden Kleinstädten gibt es andere Probleme, beispielsweise Verkehrsbelastungen, verbunden mit Lärm oder zu wenigen Parkflächen. Generell ist aber in solchen Städten eher von einer positiven Grundstimmung und von optimistisch eingestellten Einwohnerinnen und Einwohnern auszugehen. Diese Stimmungen befördern möglicherweise auch eine zufriedene und wenig aktive Grundhaltung. Kommt es aber zu Problemen, z. B. wenn sich Gewohntes ändert, lassen sich zufriedenere Bürgerinnen und Bürger aus Angst, es könnte schlechter werden, gut zur Eigenaktivität motivieren. Beispielsweise könnten sich leicht Bürgerinitiativen bilden, die gegen das Zubetonieren beliebter grüner Plätze in der Stadt mit Wohnhäusern protestieren.

3.3 Im Themenfeld soziokulturelle Entwicklung

Im Themenfeld soziokulturelle Entwicklung ist insbesondere die städtische Kultur zu betrachten. Diese beginnt bei der Art und Weise des gemeinsamen Miteinanders in der Kommune als Ausdruck einer spezifischen kulturellen Praxis in der Stadt. Dazu gehören aber auch die Vereine, Schulen und Kindereinrichtungen, Bibliotheken oder Kirchgemeinden als Akteure der Stadtgesellschaft. In Kleinstädten gibt es in der Regel keine Theater oder Konzertsäle. Allerdings können teilweise kommunale oder staatliche Museen als überregional bedeutsame Kultureinrichtungen über die Stadtgrenzen hinaus ausstrahlen. Diese Einrichtungen verfügen zudem gewöhnlicherweise über hauptamtliches Personal und ein Budget für Öffentlichkeitsarbeit. Sie können eine wertvolle Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen sein.

In der Regel organisieren Professionelle gemeinsam mit ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen und Kirchgemeinden die städtischen Höhepunkte. In Kleinstädten haben diese Feste und Veranstaltungen nur selten überregionalen Charakter. Trotzdem oder gerade deshalb stärken sie das Miteinander der kleinstädtischen Nachbarschaft. Denn das Gefallen am gemeinsam Erlebten, das Wohlfühlen in Gemeinschaft oder das Zugehörigkeitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner zu ihrer Stadtgemeinschaft stimulieren deren Eigeninitiative. Zwar werden auch für Events finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Aber anders als im Bereich der sozioökonomischen Entwicklung fällt es im kulturellen Bereich leichter, ehrenamtliche Akteure und Sponsoren zu finden. Die Unterschiede werden in diesem Bereich auch in schrumpfenden oder wachsenden Städten weniger stark sein, je mehr die kulturelle Entwicklung von der Bürgerschaft selbst getragen wird. In diesem Feld ist sogar die geringere Größe und Einwohnerzahl von Kleinstädten positiv zu sehen. Einerseits konkurrieren weniger Angebote um die Aufmerksamkeit und Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger. Ande-

rerseits wird an Veranstaltungen teilgenommen, weil die Akteure bekannt sind oder weil Bekannte auch dorthin gehen. Damit kann sogar ein gewisser „Gruppendruck" angenommen werden.

Die öffentliche und die interpersonelle Kommunikation innerhalb der Kleinstadt spielt auch in diesem Feld eine wichtige Rolle. Mund-zu-Mund-Propaganda ist noch immer die beste Werbung für Veranstaltungen in Kleinstädten. In meiner Heimat, der Lommatzscher Pflege, sollen über das Projekt „Digitale Dörfer" neue digitale Kommunikationsformen gefunden werden.[6] Beispielsweise soll über den digitalen „Dorffunk" und die digitalen „Dorfnews" die Interaktion der Bürger gestärkt werden. Zudem lassen sich kulturelle Angebote besser in der Region bekannt machen.

Meiner Beobachtung nach und auch nach Aussagen von Untersuchungen (z. B. DIfU 2017) sollen Städte und Gemeinden bessere wirtschaftliche Entwicklungschancen haben, je lebendiger die Stadtgemeinschaft ist. Kleinstädte haben mit Blick auf eigene Stadtkultur und Vereinslandschaft aufgrund ihrer geringen Größe sogar kleine Vorteile gegenüber größeren Städten. Da sich viele Akteure persönlich kennen, könnte eben auch der gefühlte Gruppenzwang dazu führen, mitzumachen und dabei zu sein. Zudem ist ehrenamtliches Engagement in kulturellen Bereichen einfacher, da es sich zumeist um Hobbys handelt. Ein schönes Beispiel hierfür ist der Spielmannszug Lommatzsch. Die Lommatzscher Spielleute e. V. haben rund 130 Mitglieder und ein Durchschnittsalter von 31 Jahren. Sie prägen die Stadtkultur durch ihre Auftritte zu allen Anlässen der Stadt vom Schulanfang bis zum Maikonzert am 1. Mai oder dem Abholen des Weihnachtsmannes zur Hofweihnacht. Mit Vereinen wie diesem bekommen Kleinstädte Charme und sind lebendig.

Beständig ist ehrenamtliches Engagement immer dann, wenn die Akteure für sich selbst einen Nutzen und Sinn aus ihrer Tätigkeit ziehen, wenn sie also ein gewisses Eigeninteresse mit ihrer Tätigkeit verfolgen. Gesellschaftliche Mitwirkung aus reinem Idealismus, wie beispielsweise in kommunalpolitischen Ehrenämtern, verlangt dem/der Einzelnen deutlich mehr Altruismus ab.

4 Zusammenfassung

Wie kann eine bedarfsgerechte Stadtplanung im Stadt-Umland-Gefüge einer Kleinstadt gelenkt werden, und welche Akteure tragen mit welchen Instrumenten zur Stadtentwicklung bei? Dieser Frage widmeten sich die vorangegangenen Abschnitte. Es können nunmehr drei verallgemeinerbare Aussagen abgeleitet werden:

Grundsätzlich sind Kleinstädte aufgrund ihrer Größe in der Stadtentwicklung im Vergleich zu Mittelstädten oder Oberzentren benachteiligt, da:

6 Digitale Dörfer ist ein Projekt des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft im Rahmen des Experimentierfeldes 5G des Simul+InnovationHub. Projektstart war 2019 mit einer Laufzeit von vier Jahren. https://www.smul.sachsen.de/download/09_Hess.pdf (12.06.2019).

1 sie in der Regel im Vergleich geringere Pro-Kopf-Zuwendungen haben. Außer bei finanzstarken Kommunen führt dies zumeist zu geringeren finanziellen Handlungsspielräumen für die bauliche, sozioökonomische und soziokulturelle Stadtentwicklung.

2 finanzielle und personelle Ressourcen in Kleinstädten im ehrenamtlichen Bereich wie in der Verwaltung begrenzt sind. Zudem fehlt es in Verwaltungen von Kleinstädten an den nötigen fachlich gebildeten Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern für den Bereich Stadtentwicklung.

Im Gegensatz dazu sind Kleinstädte bezüglich ihrer Innen- und Außenkommunikation eher im Vorteil, da:

3 sie eine hohe Wirksamkeit der Innen- und Außenkommunikation für die Stadtentwicklung aufweisen. Die Kommunikation innerhalb der Kleinstädte und nach außen bestimmt entscheidend die Stimmung in der Stadt und das Image nach außen. Diese wiederum wirken sich darauf aus, wie stark eine Stadt von ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern getragen, geliebt und vorwärtsgetrieben wird. Der soziokulturelle Bereich kann damit gewisse Defizite der Kleinstadt mittels seiner „weichen Standortfaktoren" etwas ausgleichen. Akteure kennen sich in kleineren Städten häufig untereinander und auch ihre Bekanntenkreise sind eher vernetzt als in größeren Städten. Dadurch erzielen Eigenaktivitäten der Bürgerinnen und Bürger sicher eine höhere Aufmerksamkeit in der eigenen Stadt. Auch die Kommunikation der Verwaltungen kann leichter wahrgenommen werden, die Lokalmedien haben weniger konkurrierende Themen. Selbst der Mund-zu-Mund-Propaganda und den sich aus vielen Teilinformationen ergebenden Gerüchten kommen in Kleinstädten eine starke kommunikative Bedeutung zu.

Für die Stadtplanung lassen sich aufgrund der Vielfalt von Kleinstädten allerdings keine weiteren verallgemeinerbaren Aussagen treffen. „Wenn-Dann-Szenarien" können nur im konkreten Einzelfall hergeleitet werden. Das Zentrale-Orte-Prinzip und die Ausrichtung am Eigenbedarf scheinen für die Stadtentwicklung weiterhin tragbare Konzepte. Allerdings ist die Feststellung des Eigenbedarfes für Kleinstädte – wie gezeigt wurde – schwierig. Die Zusammenarbeit im Umland bezüglich der Stadtentwicklung ist daher dringend geboten.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2019): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 113.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2016): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. = ExWost-Informationen 50. Bonn.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007. Wiederabgedruckt in: Informationen zur Raumentwicklung 4/2010, 315-319.

Christaller, W. (2006 [1933]): Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. 2., unveränderte Auflage, Reprografischer Nachdruck der 1. Auflage 1933. Darmstadt.

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2017): Kurzstudie zu kommunalen Standortfaktoren. Ergebnisse auf Grundlage der Daten des Difu-Projekts „Koordinierte Unternehmensbefragung". https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/KfW_Kurzstudie_Standortfaktoren_final.pdf (03.08.2020).
Freistaat Sachsen (2013): Landesentwicklungsplan Sachsen 2013. https://www.landesentwicklung.sachsen.de/download/Landesentwicklung/LEP_2013.pdf (17.03.2020).
Hörichs, G. (2013): Förderungen des Freistaates Sachsen für energetische Maßnahmen. Vortrag auf der Informationsveranstaltung „Förderung und Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen, Erneuerbarer Energien und energieeffizientem Bauen und Sanieren" am 22.01.2013 in Dresden bei der Handwerkskammer zu Leipzig. https://www.hwk-leipzig.de/viewDocument?onr=3&id=1587 (17.07.2020).
Landkreis Meißen (2019): Anlage 1 zu Eckpunkte für eine künftige Fortschreibung der Schwerpunktbereiche „Zentrale-Orte-System" und „Besondere Gemeindefunktionen" des Landesentwicklungsplanes für den Freistaat Sachsen, Vorlagen-Nummer: 19/6/0901. In: Niederschrift über die öffentliche 19. Sitzung des Technischen Ausschusses des Kreistages Meißen am 04.06.2019.
Leibert, T. (2021) Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208. = Forschungsberichte der ARL 16.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal / Osterzgebirge (2018): Abwägungsprotokoll über das Beteiligungsverfahren §§ 9 und 10 ROG i.V.m. § 6 Abs. 2 SächsLPlG zum Planentwurf, Stand 09/2017 der 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Oberes Elbtal/Osterzgebirge. Gesamtprotokoll. Beschlossen durch Beschluss der Verbandsversammlung VV 03/2018 am 25.09.2018. http://rpv-elbtalosterz.de/wp-content/uploads/Abwaegungsprotokoll_zum_Planentwurf.pdf (17.07.2020).
Porsche, L.; Milbert, A.; Steinführer, A. (2019): Einführung. In: Porsche, L.; Steinführer, A.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kleinstadtforschung in Deutschland – Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Hannover, 5-15. = Arbeitsberichte der ARL 28.
Porsche, L.; Steinführer, A.; Sondermann, M. (Hrsg.) (2019): Kleinstadtforschung in Deutschland – Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 28.
Sächsische Staatskanzlei (2016): Arbeitsplatzzentralität: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort im Freistaat Sachsen je 1.000 Einwohner am 30.06.2015. http://www.demografie.sachsen.de/Arbeitsplatzzentralitaet.pdf (03.08.2020).
Sächsische Staatskanzlei (2017): Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen 1990 bis 2030. https://www.demografie.sachsen.de/Bevoelkerungsentwicklung.pdf (03.08.2020).
Sächsische Staatskanzlei (o.J.): Raumentwicklung und Verkehr. https://www.demografie.sachsen.de/raumentwicklung-und-verkehr-5168.html (03.08.2020).
Stadt Brandis (o.J.): Innovationskommune Sachsen. https://www.stadt-brandis.de/de/stadt-gestalten/innovationskommune-sachsen (03.08.2020).
Stadt Strehla – Der Oberbürgermeister (2019): Die Spaltung zwischen Stadt und Land durch Stärkung des Ländlichen Raums überwinden. http://www.strehla.de/files/2019.03.14._pp_reg.planung_zentraloertl._funktion_komm._finanzausgleich_sr_1.pdf (17.07.2020).
StaLa –Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (o.J.): 7. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung. https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/RBV%20Kreise/karten_statistik-sachsen_7R-BV-kreise.pdf (02.10.2020)

Autorin

Dr. **Anita Maaß** (**1976*) *studierte Geschichte, Rechtswissenschaft und Kommunikationswissenschaft. Sie ist seit 2005 hauptamtliche Bürgermeisterin der Stadt Lommatzsch und parallel seit 2016 Dozentin am Kommunalen Studieninstitut Dresden im Rahmen der Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten. Ihre wissenschaftlichen Interessen liegen unter anderem in den Themen der Stadtgeschichte, Stadtplanung und Siedlungsentwicklung sowie Governance.*

Heike Mayer

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND INNOVATIONSDYNAMIKEN IN KLEINSTÄDTEN

Gliederung

1 Einleitung: Kleinstädte und der Mythos der Agglomerationseffekte
2 Wirtschaftliche Spezialisierung und „Ankerfunktion“ von Kleinstädten
3 Unternehmen, Innovationsdynamiken, Entrepreneurship und Kreativität
4 Neue Herausforderungen: Mobilität, Digitalisierung, Postwachstum
5 Methoden, Forschungsbedarf und Forschungslücken
6 Fazit
Literatur

Kurzfassung
Die wirtschaftliche Entwicklung von Kleinstädten wurde in der wirtschaftsgeographischen Forschung bisher unzureichend beleuchtet. Ein Grund dafür ist, dass Studien sich vor allem auf Großstädte fokussiert haben und kleinere Städte erst in den vergangenen Jahren mehr Aufmerksamkeit erhielten. Seit der Jahrtausendwende entwickelte sich die Gruppe der Kleinstädte in Deutschland hinsichtlich der Beschäftigten sehr positiv. Grundsätzlich muss die Annahme hinterfragt werden, dass städtische Größe automatisch zu wirtschaftlichem Erfolg führt. Nicht nur städtische Größe und somit Agglomerationsvorteile sind entscheidend, sondern auch andere Faktoren wie wirtschaftliche Struktur, Vernetzung, Innovation und lokale Strategien. Ein Fokus auf Innovationsdynamiken, die sich nicht nur im großstädtischen Umfeld entwickeln können, sondern auch in Kleinstädten entstehen, geht darüber hinaus auf den sogenannten *urban bias* in der Innovationsforschung ein. Im vorliegenden Beitrag werden die wirtschaftlichen Dynamiken und deren Einflussfaktoren für Kleinstädte auf der Basis von Studien, die sich seit der Jahrtausendwende mit diesem Städtetyp beschäftigten, diskutiert.

Schlüsselwörter
Wirtschaftliche Entwicklung – Innovationsdynamiken – Agglomerationseffekte – Spezialisierung – Ankerfunktion – Unternehmertum – Kreativität

Economic development and innovation impulses in small towns

Abstract
To date, economic geographical research has not shed sufficient light on the economic development of small towns. One reason for this is that investigations have focused primarily on cities, small towns have only attracted more attention in recent years. Since 2000 small towns in Germany have developed very positively in terms of employment rates. The assumption that urban size automatically leads to economic success

must be fundamentally challenged. It is not only urban size and agglomeration advantages that are decisive, but also other factors like economic structure, networking, innovation and local strategies. A focus on innovation impulses, which can develop in small towns as well as in city settings, also considers urban bias in innovation research. Based on studies since 2000 that have investigated this type of settlement, this article discusses economic trends and their influencing factors for small towns.

Keywords
Economic development – innovation impulses – agglomeration effects – specialisation – anchoring – entrepreneurism – creativity

1 Einleitung: Kleinstädte und der Mythos der Agglomerationseffekte

Kleinstädte nehmen in vielen Ländern Europas eine wichtige Rolle ein, denn sie gehören gerade in föderal organisierten Staaten wie Deutschland oder der Schweiz zur für diese Länder charakteristischen polyzentrischen Raumstruktur. Kleinstädte sind nicht nur wegen ihrer Anzahl bedeutsam, sondern zeigen auch eine interessante wirtschaftliche Entwicklung auf. So konnte in Deutschland die Gruppe der Kleinstädte die Anzahl der Arbeitsplätze von 2000 bis 2016 um 14 Prozent steigern (BBSR 2018a). Mit dieser starken Entwicklung bei den Arbeitsplätzen befindet sich die Gruppe der Kleinstädte gleichauf mit den Großstädten. Allerdings unterscheidet sich diese Entwicklung nach der Lage der Kleinstädte. Während sich vor allem die Kleinstädte in zentralen Lagen in den Jahren 2000 bis 2016 sehr gut entwickeln konnten, schnitten die Kleinstädte in peripheren Lagen weniger gut ab. Tabelle 1 illustriert diese Unterschiede nach Lage, Größe der Städte und Zeitraum. Generell kann gesagt werden, dass in den Jahren 2000 bis 2005 die wirtschaftliche Entwicklung (hier bezogen auf die Beschäftigtenentwicklung) in allen Kleinstädten in Deutschland weniger dynamisch verlaufen ist als in den Jahren danach. Zwischen 2000 und 2016 änderte sich das und vor allem die Kleinstädte in zentralen Lagen profitierten von der allgemein guten Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Ihre Lage und die damit verbundene Erreichbarkeit scheint somit ein wichtiger Erfolgsfaktor zu sein. Interessant ist auch, dass größere und kleinere Kleinstädte in peripheren Lagen in diesem Zeitraum einen Zuwachs an Beschäftigten zu verzeichnen hatten. Nur die Kleinstädte in sehr peripheren Lagen erlebten einen Arbeitsplatzabbau.

Die demographische und wirtschaftliche Entwicklung von Kleinstädten in Deutschland spiegelt die generellen Trends in den EU15-Ländern[1] wider. Während in den EU15-Ländern vor allem die großen Städte (mehr als 100.000 Einwohner) zwischen 1995 und 2001 schneller wuchsen als die kleinen und mittelgroßen Städte (5.000 bis 100.000 Einwohner),[2] setzte sich dieser Trend in den Jahren 2001 bis 2006 nicht mehr

1 Zu den EU15-Ländern gehören: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich Portugal, Schweden und Spanien.

2 Internationale Studien beziehen sich nicht detailliert auf Kleinstädte (bis 20.000 Einwohner), sondern auf die Gruppe der kleinen und mittelgroßen Städte, und von daher variieren die Definitionen dieses Städtetyps je nach Studie.

fort (Dijkstra/Garcilazo/McCann 2013). Das Bevölkerungswachstum der großen Städte verlangsamte sich in dieser Zeit, bis die kleinen und mittelgroßen Städte gleichauf waren. Auch in den Daten der Wirtschaftsleistung lässt sich eine Trendumkehr erkennen: Seit 2001 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den überwiegend ländlichen Regionen der EU15-Länder stärker als jenes in den intermediären Regionen.[3] Die ländlichen und die intermediären Regionen zeigten ein stärkeres BIP/Kopf-Wachstum als die überwiegend städtischen Regionen (Dijkstra/Garcilazo/McCann 2013). Nicht mehr die größten Städte sind demnach die Einheiten, die am schnellsten wachsen, sondern die ländlichen Räume sowie die kleinen und mittelgroßen Städte. Frick und Rodríguez-Pose (2017) stützen diese Erkenntnisse mit einer Analyse von Paneldaten für die Jahre 1980 und 2010 für weltweit 113 Länder. Die wesentliche Erkenntnis ihrer Analyse ist, dass kleinere Städte wichtiger sind für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes als große Städte (mehr als 500.000 Einwohner). Sie schließen daraus, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen städtischer Größe und wirtschaftlichem Erfolg gibt und dass darüber hinaus die Größe eines Landes für den Beitrag, den kleine und mittelgroße Städte gegenüber den großen Städten leisten, eine wichtige Rolle spielt. So profitieren kleine und mittelgroße Länder, deren städtische Bevölkerung vorwiegend in kleinen und mittelgroßen Städten lebt, mehr von diesem Städtetyp.

	Größere Kleinstädte (10.000 bis 20.000 Einwohner)				**Kleine Kleinstädte (unter 10.000 Einwohner)**			
	Sehr zentral	Zentral	Peripher	Sehr peripher	Sehr zentral	Zentral	Peripher	Sehr peripher
2000 bis 2005	0,1	-5,1	-6,8	-14,2	-2,9	-3,9	-8	-14,2
2000 bis 2016	23,5	16,9	9,2	-6,1	29,6	19,3	7,7	-2,9

Tab. 1: Beschäftigtenentwicklung in Kleinstädten in Deutschland, 2000 bis 2016 / Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

Die Erkenntnisse dieser Studien weisen darauf hin, dass städtische Größe nicht allein für den wirtschaftlichen Erfolg verantwortlich ist. Vielmehr scheinen andere Faktoren, wie z. B. die Art und Weise, wie die wirtschaftlichen Akteure und Akteurinnen in kleinen und mittelgroßen Städten Netzwerke bilden (Camagni/Capello/Caragliu 2015)

3 Eurostat unterscheidet zwischen „überwiegend ländlichen", „intermediären" und „überwiegend städtischen" Regionen. „Überwiegend ländlich" ist eine Region, wenn der Bevölkerungsanteil in ländlichen Gebieten mehr als 50 % beträgt. Als „intermediär" wird eine Region bezeichnet, wenn der Bevölkerungsanteil in ländlichen Gebieten zwischen 20 % und 50 % liegt. Als „überwiegend städtisch" gilt eine Region, wenn der Bevölkerungsanteil in ländlichen Gebieten weniger als 20 % beträgt.

oder wie diese Städte Größe und Funktionen aus Großstädten „ausleihen" können (Camagni/Capello 2014; Meijers/Burger 2017), eine wichtige Rolle zu spielen. Zudem sind Aspekte wie die Industriestruktur und sozioökonomische Spezialisierung, Unternehmertum, Innovationsprozesse sowie institutionelle Kapazitäten wichtig.

Die Erkenntnisse zu kleinen und mittelgroßen Städten regen an, traditionelle Denkweisen zu hinterfragen: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Wirtschaftsgeographie und der Regionalforschung gingen lange Zeit davon aus, dass städtische Größe mit Agglomerationseffekten, die die wirtschaftliche Entwicklung von Städten positiv beeinflussen, einhergeht. In diesem Zusammenhang wird auch über den sogenannten *urban bias* in Studien z. B. zu Innovationsdynamiken gesprochen (Shearmur 2017). Es wird argumentiert, dass ein (groß-)städtisches Umfeld fruchtbarer für Innovations- und Wissensgenerierung als ein kleinstädtisches bzw. ländliches Umfeld ist. Der Mythos der Agglomerationseffekte und der *urban bias* in Innovationsstudien versperren somit den Blick auf die wirtschaftlichen Dynamiken in Kleinstädten, die sich von jenen in den großen Städten durchaus unterscheiden.

2 Wirtschaftliche Spezialisierung und „Ankerfunktion" von Kleinstädten

Die wirtschaftliche Struktur von Kleinstädten weist eine große Vielfalt auf. Obwohl die Literatur betont, dass nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten die Wirtschaft von Kleinstädten bestimmen (Hannemann 2005), gibt es nur wenige Studien, die die große Heterogenität der kleinstädtischen Wirtschaft systematisch untersuchen.

Das von ESPON (European Spatial Planning Observation Network) zwischen 2012 und 2014 finanzierte Projekt TOWN (TOWN – Small and Medium-Sized Towns), welches zum Ziel hatte, Wissen über die sozioökonomische Entwicklung von kleinen und mittelgroßen Städten in Europa zu generieren, analysierte im Detail die wirtschaftliche Entwicklung von 31 Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.000 und 50.000 in zehn europäischen Ländern (Hamdouch/Demaziere/Banovac 2017; Servillo/Atkinson/Smith et al. 2014). In der Studie wurden drei spezifische wirtschaftliche Profile identifiziert. Demnach gibt es Städte, a) in denen die residentielle Ökonomie überwiegt und deren Wirtschaft vorwiegend die lokale Nachfrage abdeckt, b) andere wiederum, die durch eine produktionsorientierte Wirtschaft geprägt sind und Güter und Dienstleistungen exportieren sowie c) Städte, deren Wirtschaftsstruktur diversifiziert ist und die einen Mix von residentiellen, produktiven und komplementären wissensbasierten Sektoren aufweisen (Hamdouch/Demaziere/Banovac 2017). Die untersuchten Städte sind unterschiedlich spezialisiert, ihre Bemühungen, die Wirtschaft zu entwickeln, spiegeln eine große Bandbreite, und so setzen sie auf die Förderung der Lebensqualität, spezialisiertes Wissen und Fähigkeiten, aber auch auf den Erhalt und die Förderung des natürlichen und gebauten Kulturerbes. Besonders wichtig für die Entwicklung der Kleinstädte ist, wie die Studie zeigt, deren Fähigkeit, Akteure zu vernetzen und Sozialkapital zu schaffen, um somit über institutionelle Kapazitäten die Nachteile gegenüber großen Städten zu kompensieren.

Die funktionsräumliche Spezialisierung und die Zentrumsfunktionen wurden für deutsche Kleinstädte für den Großraum Stuttgart von Brombach und Jessen (2005) analysiert. Kleinstädte in der prosperierenden Agglomeration Stuttgart sind seit den 1950er Jahren von Wachstumsprozessen gekennzeichnet. Im Gegensatz zu Kleinstädten in peripheren Lagen haben die Kleinstädte im Raum Stuttgart an Einwohner und Fläche (infolge von Gebietsreformen) dazugewonnen. Es lassen sich unterschiedliche Funktionsprofile erkennen: Kleinstädte als a) Zentren, b) Wohngemeinden und c) gewerbliche Standorte. Kleinstädte mit gewerblicher Struktur haben eine vergleichsweise lange industrielle Geschichte, die die Suburbanisierungswellen seit den 1950er Jahren überlagert. Diese Kleinstädte haben in der Regel einen „überdurchschnittlich hohen Anteil an Beschäftigten in Relation zur Wohnbevölkerung" (Brombach/Jessen 2005: 483). Wichtige Merkmale dieser Städte sind gute Infrastrukturen, eine hohe Erreichbarkeit bzw. Anbindung an Zentren, die Präsenz von industriellen Großbetrieben sowie große Gewerbegebiete.

Meili und Mayer (2017) untersuchten die wirtschaftliche Spezialisierung von kleinen und mittelgroßen Städten (5.000 bis 50.000 Einwohner, in Anlehnung an das ESPON-Projekt) für die Schweiz.

Anhand einer Clusteranalyse wurden 152 Schweizer Klein- und Mittelstädte hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Charakteristiken und ihrer sozioökonomischen Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren analysiert. Kleine und mittelgroße Städte in der Schweiz lassen sich in sieben Typen einordnen (Abb. 1): Typ 1 und 2 umfassen Städte, deren Wirtschaft vorwiegend die lokale Nachfrage abdeckt (*Städte mit residentieller Ökonomie*), wobei sich Typ 2 (*wachsende Städte mit residentieller Ökonomie*) dynamischer entwickelt als Typ 1. Typ 3 beinhaltet Städte, die als Wirtschaftszentren funktionieren (*Business-Hub-Städte*). Typ 4 sind wissensintensive Städte, deren Wirtschaft auf die Produktion und Verarbeitung von neuem Wissen orientiert ist (*Städte mit Wissensökonomie*). Typ 5 und 6 umfassen Städte, deren Wirtschaft sich entweder auf Hochtechnologie (*Hightech-Städte*) oder auf industrielle Sektoren wie Nahrungsmittelproduktion, die nicht unbedingt im Hochtechnologie-Sektor zu finden sind, ausrichten (*Lowtech-Städte*). Alpine Tourismusstädte bilden Typ 7.

Während die Städte, die sich auf eine residentielle oder eine wissensbasierte Ökonomie spezialisieren, vorwiegend in zentralen Lagen in den Metropolräumen Zürich, Genf, Basel und Bern zu finden sind, liegen die industriell geprägten Städte in Regionen, die bereits während der Industrialisierung der Schweiz wichtige industrielle Standorte waren. Die Studie zeigt, dass sich kleine und mittelgroße Städte auch in einem kleinräumigen Kontext wie z. B. einer Metropolregion spezialisieren und dass sich ihre Verbindungen zum nächstgelegenen Zentrum je nach Clustertyp unterscheiden.

Die Annahme, dass Kleinstädte auch für das Umland Ankerfunktionen erfüllen können, wird in der Literatur eher unkritisch und weitgehend ohne empirische Befunde erwähnt (vgl. Beetz 2021). Die Frage, ob kleine und mittelgroße Städte eine Funktion als Zentren wahrnehmen und wie sie mit dem Umland verflochten sind, wurde in einer Dissertation für die Schweiz behandelt. In seiner 2010 veröffentlichten Arbeit analysierte Christian Schmid die Wechselwirkung zwischen den Alpenstädten und ihrem Umland (Schmid 2010). Anhand von Branchenverflechtungsmatrizen, einer Input-

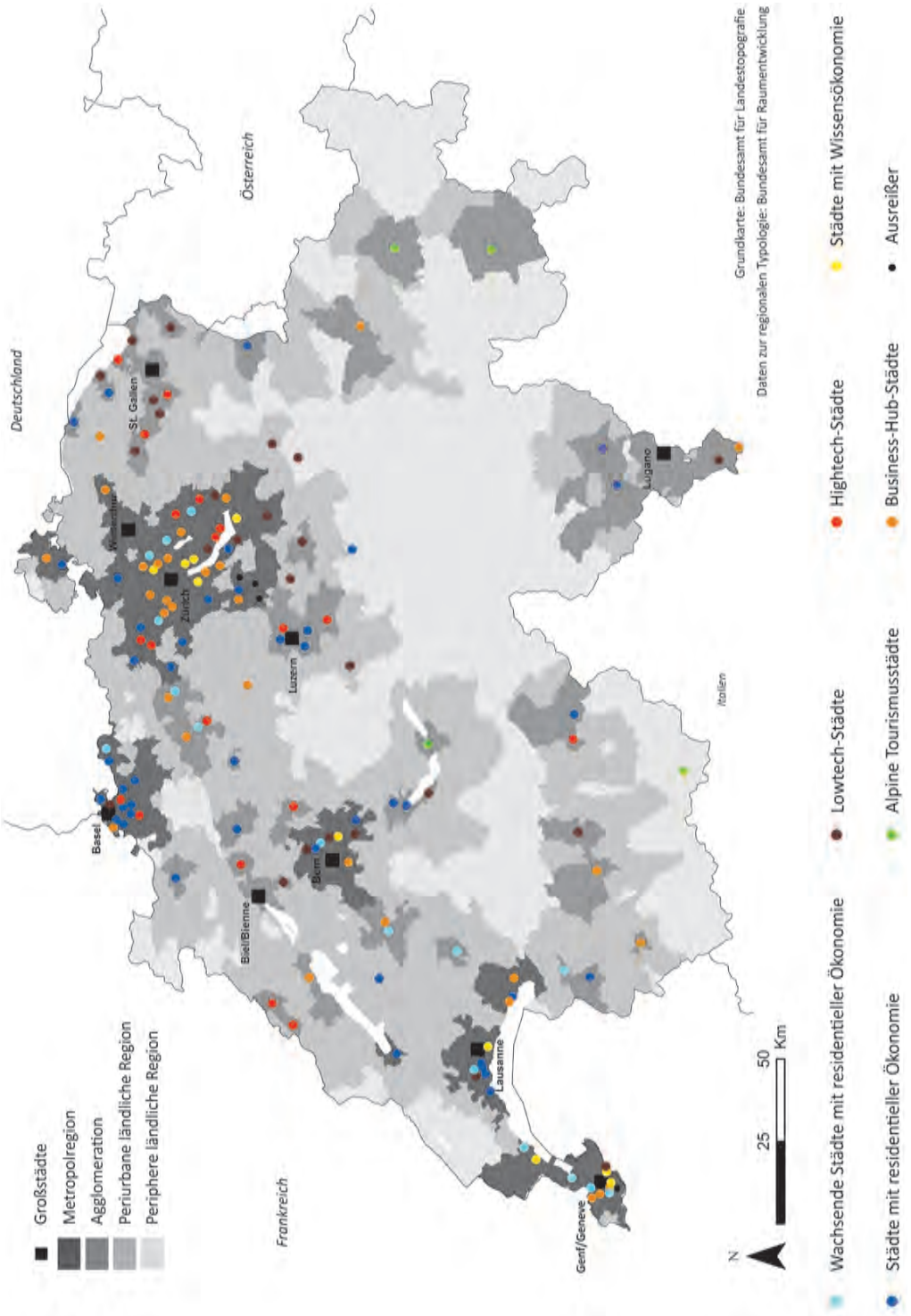


Abb. 1: Geographische Verteilung unterschiedlicher Typen von Klein- und Mittelstädten in der Schweiz / Quelle: Original: Meili/Mayer 2017: Fig. S2; Bearbeitung: ARL/Brendler

Output-Modellierung und Regressionsmodellen stellte er dar, unter welchen Bedingungen das Umland von den Investitionen und ökonomischen Impulsen im Zentrum profitiert. Seine Ergebnisse zeigen, dass die Zentren nicht immer als Entwicklungsmotoren funktionieren. Nur die Hälfte der 53 Alpenstädte in der Schweiz zeigte ein höheres Wachstum im Zeitraum 1985 bis 2005 als vergleichbare Regionen. Zudem beeinflussen wichtige Charakteristiken der Städte bzw. ihres Umlands die Dynamik der Zentrum-Umland-Beziehungen. Schmid stellte außerdem fest, dass jene Städte, die hohe Beschäftigungszahlen aufweisen, eine besondere Sogwirkung entfalten und somit zu Konzentrationsprozessen beitragen. Tertiär geprägte Zentren haben zwar ein großes Potenzial für Konzentration, doch das Umland profitiert von ihrer Sogwirkung vor allem als Wohnort. Touristisch geprägte Zentren haben ein geringes Konzentrationspotenzial. Industriell geprägte Zentren wiederum lösen nur geringe Impulse für das Umland aus, da ihre Verflechtungen mit Unternehmen innerhalb des Zentrum-Umland-Systems gering sind.

3 Unternehmen, Innovationsdynamiken, Entrepreneurship und Kreativität

Kleine und mittlere Unternehmen, aber auch Großbetriebe spielen eine wichtige Rolle in Kleinstädten. Sie bieten einerseits Arbeitsplätze an und generieren Wertschöpfung im Sinne von Ausgaben, die sie in der Kleinstadt direkt und indirekt (z. B. über Löhne) leisten, andererseits sind die Unternehmerinnen und Unternehmer wichtige Akteure und Partner in der Stadt- und Regionalentwicklung. Die Forschung zur Rolle von Unternehmen sowie von Unternehmerinnen und Unternehmern sowie zu den Innovationsdynamiken von Unternehmen in Kleinstädten hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Thematik ist relevant, da sie Grundlage wirtschaftlicher Dynamik ist. Die erhöhte Aufmerksamkeit für diese Themen hat sicherlich damit zu tun, dass einerseits die Forschung hierzu zugenommen hat, andererseits das Thema durch die positive Entwicklung der Städte durchaus an Relevanz gewonnen hat. Zudem ist eine kritische Haltung gegenüber den dominanten Erklärungsansätzen zu Innovationsdynamiken im Raum spürbar.

Es gibt darüber hinaus Erkenntnisse zur Rolle von Unternehmensgründungen und zu unternehmerischen Ökosystemen (*entrepreneurial ecoystem*), welche sich spezifisch auf Kleinstädte beziehen (Roundy 2017). Ein weiterer Forschungszweig, der relevante Erkenntnisse zur wirtschaftlichen Struktur und Dynamik von Kleinstädten bietet, liegt im Bereich der Kreativwirtschaft bzw. der Kreativen Klasse in Kleinstädten.

Eine Studie in Deutschland untersucht die Präsenz und Wirkung von sogenannten Hidden-Champion-Firmen in Kleinstädten in peripheren Lagen (Vonnahme/Graffenberger/Görmar et al. 2018). Hidden Champions sind Firmen, die als Weltmarktführer in ihrem Bereich gelten und international sowie innovativ tätig, häufig aber eher unbekannt sind (Simon 2012). Erste Erkenntnisse zeigen, dass Kleinstädte in peripheren Lagen durchaus Standorte für Hidden Champions sind. 30,6 % der 1.691 Hidden Champions in Deutschland befinden sich in Kleinstädten. Davon sind 10,3 % in Kleinstädten in peripheren Lagen und 20,3 % in Kleinstädten in zentralen Lagen ansässig. Die Firmen lassen sich zu 90 % (BBSR 2018b: 17) in drei Typen aufteilen. Typ 1 sind

traditionsreiche, kleine bis mittelgroße Familienfirmen, welche stark in der Kleinstadt verankert sind und von daher eine wichtige Rolle spielen. Die Inhaberfamilien sind wichtige Akteure in der Kleinstadt. Typ 2 sind mittelgroße bis große managementgeführte Unternehmen, bei denen die Gründer bzw. die Inhaberfamilien keine Rolle mehr spielen und die in den kleinstädtischen Kontext weniger einbettet sind. Typ 3 sind traditionsreiche kleinere Familienunternehmen, die zwar klein, darüber hinaus aber sehr wettbewerbsfähig sind. Diese Firmen verfügen über ein eher eingeschränktes Wachstumspotenzial und sind von daher weniger relevant für die wirtschaftliche Entwicklung der Kleinstadt. Sie sind jedoch in ihrem lokalen Umfeld stark eingebettet. Die Studie zeigt, dass Hidden Champions relevant für Kleinstädte sind, insbesondere für Kleinstädte in peripheren Lagen, und dass die Entwicklung einer Kleinstadt durchaus auch von der Entwicklung dieser Firmen abhängen kann, falls die Hidden Champions eine dominante und starke Rolle hinsichtlich Arbeitsplätzen, lokalem Engagement etc. spielen.

Bereits oben ist der *urban bias* in Innovationsstudien erwähnt worden. Innovationsdynamiken wurden in der Wirtschaftsgeographie bis jetzt hauptsächlich mit einer urbanen, (groß-)städtischen Perspektive analysiert. Theorien über regionale Innovationssysteme oder Industriecluster gehen zum Teil sehr explizit davon aus, dass Innovations- und Wissensgenerierung nur dann stattfindet, wenn wirtschaftliche Akteure im steten Austausch stehen und dieser Kontakt problemlos über spontane, persönliche Interaktion (*face to face*) stattfindet, damit Wissen schnell und ohne Hemmnisse transferiert werden kann. Nicht nur die räumliche Nähe spielt eine wichtige Rolle in diesem Austausch (Boschma 2005), sondern auch der Kontakt zu ähnlichen Akteuren als Innovations- und Geschäftspartner (z. B. in einem Cluster). Diese Annahmen werden zunehmend hinterfragt, auch aus dem Grund, dass Innovationsdynamiken durchaus in peripheren Kontexten stattfinden (z. B., wie eben dargestellt, durch innovative Hidden Champions). In diesem Zusammenhang wird von sogenannter *slow innovation* gesprochen (Mayer 2020; Shearmur 2015; Shearmur/Doloreux 2016). Shearmur und Doloreux (2016) zeigen auf, dass innovative Akteure in peripheren Räumen in ihrer Informationsbeschaffung bzw. in der Art und Weise, wie sie externe Kontakte aufbauen, sehr strategisch vorgehen. Sie orientieren sich an Innovationsquellen, die durchaus außerhalb der Region liegen (Universitäten in größeren Städten bzw. auch anderen Ländern, großstädtische Partner etc.) und greifen auf Wissen zurück, das „länger" haltbar und über größere Distanzen „transportierbar" ist. Während sich innovative Akteure in städtischen Räumen in der Kontaktsuche und bei der Zusammenarbeit eher auf ähnliche Partner verlassen, finden ihre Pendants in peripheren Räumen eine sozial und kulturell diverse Palette an Akteuren. Das scheint paradox, denn ländliche und periphere Räume oder auch Kleinstädte werden oft als homogen und ihre Akteure als räumlich distanziert und isoliert dargestellt. Darüber hinaus sind Firmen und innovative Akteure in peripheren Räumen eher auf inkrementelle bzw. auf Prozessinnovationen ausgerichtet. Man spricht hier auch von „introvertierten" Innovatoren (Malecki/Poehling 1999). Die Ideen zu *slow innovation* werden von empirischen Befunden gestützt, die zeigen, dass Firmen in peripheren Lagen durch ihre Netzwerke über die eigene Region hinaus Standortnachteile kompensieren können (Grillitsch/Nilsson 2015; Isaksen/Karlsen 2012) und sie diese Nachteile sogar als strategische Wettbewerbsvorteile bzw. auch das lokale Wissen für die Entwicklung von spezifischen Angeboten nutzen können (Anderson 2000). Meili und Shearmur (2019) gehen noch einen

Schritt weiter und zeigen in ihrer Analyse exportorientierter Hightech-Firmen in Schweizer kleinen und mittelgroßen Städten, dass das kleinstädtische Umfeld durchaus unterschiedliche Möglichkeiten bietet, um innovativ zu sein. Sie zeigen auf, wie die Firmen drei Strategien nutzen, um die für Innovation wichtige Diversität zu schaffen und dadurch Wissen im Sinne einer *open innovation* von außen an den Standort in die Kleinstadt zu transferieren: Rekrutierung von verschiedenartigen Fachkräften, Interaktion der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Hierarchien hinweg und Nutzung von externen Wissensquellen (z. B. Messen, Kongresse, Fachtagungen). Kleinstädte sollten daher aus der Perspektive der Innovationsdynamiken nicht als rückständig, isoliert oder wenig dynamisch betrachtet werden, sondern durchaus als „Inseln der Innovation" (Simmie 1998).

Das Umfeld einer Stadt, welches Unternehmensgründungen positiv bzw. auch negativ beeinflussen kann, ist eine wichtige Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung von Kleinstädten. In den vergangenen Jahren fokussierte die Forschung auf Analysen von Startup-Ökosystemen (*entrepreneurial ecosystems*), die dadurch gekennzeichnet sind, dass unterschiedliche Akteure (Gründerinnen und Gründer, Institutionen, Firmen, unterstützende Organisationen etc.) sich vernetzen und dazu beitragen, dass Städte oder Regionen ein positives Umfeld schaffen, welches Unternehmensgründungen begünstigt. Startup-Ökosysteme wurden zwar überwiegend für große Städte und Metropolregionen untersucht, das Konzept ist aber durchaus für Kleinstädte relevant. Neben vielen Nachteilen (fehlendes Humankapital, beschränkte lokale Märkte, kleinere Netzwerke, wenig gut ausgebildete Infrastruktur bzw. unterstützende Institutionen, fehlendes finanzielles Kapital etc.) weisen gemäß Roundy (2017) Startup-Ökosysteme in Kleinstädten auch zahlreiche Vorteile auf: z. B. die Möglichkeit, den kleinen und noch wenig ausgeschöpften Markt der Kleinstadt sowie die eher dichten und starken Netzwerke und die spezifische Kultur in der Kleinstadt zu nutzen, fehlende Ausstattungen (z. B. Infrastruktur, unterstützende Institutionen etc.) durch einen regionalen Fokus zu kompensieren sowie Investoren mit einer lokalen Orientierung, also mit einem Bezug zu den Unternehmerinnen und Unternehmern vor Ort, zu kultivieren. Einige Studien in den USA konnten für kleine und mittelgroße sowie sogenannte *Second-tier*-Städte die Entwicklung von Startup-Ökosystemen bestätigen (Mayer 2011; Motoyama/Fetsch/Jackson et al. 2016; Motoyama/Watkins 2014).

Ein weiteres interessantes Forschungsthema bezüglich Wirtschaft und Kleinstadt findet sich in der Diskussion rund um die Kreative Klasse und Kreativwirtschaft. Die Frage, inwiefern Kreativität und Kultur die wirtschaftliche Situation von Städten und Regionen beeinflusst, wurde durch die Forschungen von Richard Florida zum Standortverhalten der sogenannten *creative class* (Florida 2002; 2004; Lee/Florida/Acs 2004) angestoßen. Im Sog dieser Forschung wurde das Thema auch für ländliche Räume (McGranahan/Wojan 2007a; 2007b) sowie kleine und mittelgroße Städte (Lorentzen/van Heur 2012) behandelt. Der Ansatz der Kreativen Klasse und vor allem die resultierende Stadt- und Regionalentwicklungspolitik wurden berechtigterweise als einseitig, neoliberal und hochgradig selektiv kritisiert (Peck 2005). 15 Jahre nach seinem Buch über die Kreative Klasse hat auch Richard Florida in einem neuen Werk die ungleiche Entwicklung innerhalb nordamerikanischer Städte analysiert und sie als

„städtische Krise" bezeichnet (Florida 2017). Nichtsdestotrotz fand das Thema Anklang in der Forschung zu Kleinstädten. So wurde z. B. für dänische Kleinstädte untersucht, inwiefern Kultur und der sogenannte *experiential consumption*, also Konsum, der aus der Erlebnisökonomie resultiert, den Strukturwandel in Kleinstädten beeinflussen kann. Um von dieser Ökonomie zu profitieren, müssen Kleinstädte allerdings global vernetzt sein, damit sie von den weltweiten Touristenströmen und deren Mobilität profitieren können (Lorentzen 2012). Andere Studien zeigen, dass Kleinstädte durchaus von einer kreativen Ökonomie profitieren können, auch wenn sie viele Standortnachteile (z. B. Isolation, erschwerte Erreichbarkeit, negatives Image) haben. Deshalb muss die Politik, gemäß den Autoren einer Studie über die Kreativwirtschaft in kanadischen Kleinstädten (Hall/Donald 2012), neben der Förderung von Arbeitsplätzen auch die Lebensqualität und das natürliche Umfeld fördern.

4 Neue Herausforderungen: Mobilität, Digitalisierung, Postwachstum

Die wirtschaftliche Entwicklung von Kleinstädten ist von zahlreichen Herausforderungen geprägt, die in Zukunft den Strukturwandel prägen werden. So wird die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Konsumentinnen und Konsumenten vermehrt eine Rolle spielen und die lokale Ökonomie von Kleinstädten prägen. Eine Herausforderung wird sein, dass Kleinstädte die Entwicklung von sogenannten residentiellen Ökonomien nutzen. Residentielle Ökonomien (Segessemann/Crevoisier 2016) umfassen die wirtschaftlichen Aktivitäten einer Stadt, die nicht auf den Export ausgerichtet sind, sondern den lokalen Bedarf decken (z. B. Dienstleistungen, Tourismus, Einzelhandel etc.). Da die Mobilität von Konsumentinnen und Konsumenten zugenommen hat (z. B. durch vermehrtes Pendeln), ist es eine Herausforderung für lokale Ökonomien, deren Kaufkraft lokal zu binden. Kleinstädte, die durch ein großes Bevölkerungswachstum und eine gute Anbindung an nahe gelegene Metropolen bzw. größere Zentren geprägt sind, könnten darunter leiden, dass die mobilen Verbraucherinnen und Verbraucher außerhalb der Kleinstadt konsumieren (van Leeuwen/Rietveld 2011). Dieser Herausforderung muss mit dem Ausbau eines entsprechend attraktiven Angebots begegnet werden (Bosworth/Venhorst 2017).

Auch die Digitalisierung stellt eine große Herausforderung für die kleinstädtische Wirtschaft dar. Zum einen ist der Ausbau der entsprechenden Informations- und Kommunikationsinfrastruktur erforderlich, zum anderen stellt insbesondere die Fähigkeit der lokalen Bevölkerung sowie der Firmen und Branchen etc., diese Infrastruktur zu nutzen und in Wert zu setzen, eine noch wenig beachtete Größe dar (Salemink/Strijker/Bosworth 2017; vgl. Porsche 2021).

Eine weitere Herausforderung für Kleinstädte in peripheren, aber auch in zentralen Lagen ist die Frage, wie sie mit Wachstums- bzw. Schrumpfungsprozessen umgehen sollen. Hier spielen Fragen des Postwachstums eine wichtige Rolle. So zeigt eine vergleichende Studie zu Kleinstädten in Deutschland und Japan, dass in beiden Ländern traditionelle, quantitativ orientierte Wachstumsstrategien für schrumpfende Kleinstädte in peripheren Lagen nicht greifen (Wirth/Elis/Müller et al. 2016). Qualitative

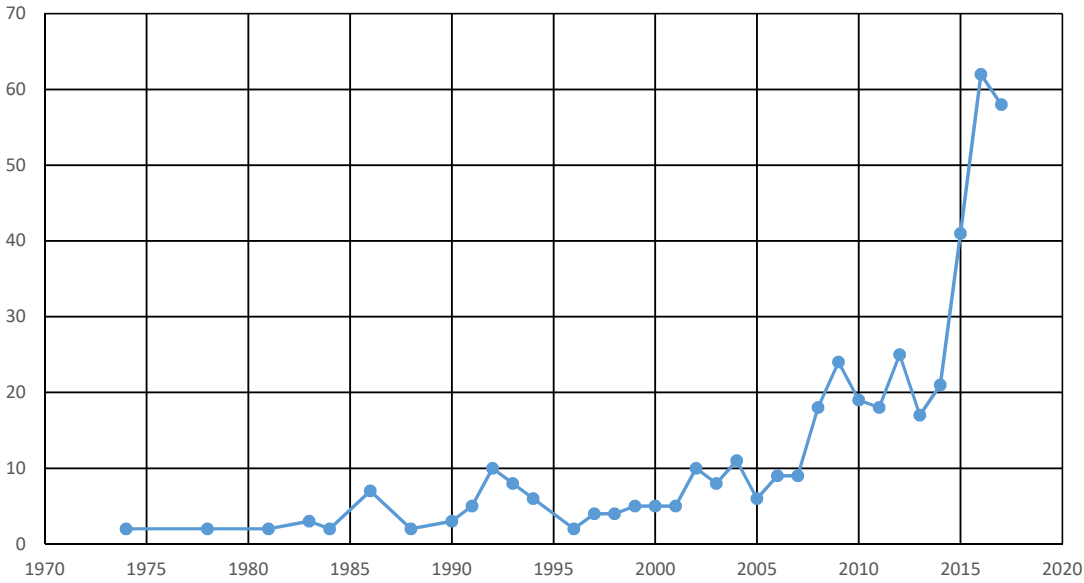
Ansätze, die beispielsweise auf Lebensqualität oder endogene Potenziale setzen, seien demnach geeigneter als traditionelle Wachstumsansätze. Auch wachsende Kleinstädte in zentralen Lagen bzw. Gunstlagen (z. B. touristisch geprägte Kleinstädte) haben alternative Ansätze der Entwicklung entdeckt und sich diversen Bewegungen wie Slow City, Transition Town Netzwerk oder Fairtrade Towns angeschlossen (Knox/Mayer 2009).

5 Methoden, Forschungsbedarf und Forschungslücken

Das Forschungsinteresse an Kleinstädten nahm in unterschiedlichen thematischen und disziplinären Kontexten in den vergangenen Jahren zu (vgl. Abb. 2). Das gilt auch für Analysen zur wirtschaftlichen Situation von Kleinstädten. Methodisch wird die wirtschaftliche Entwicklung häufig mit deskriptiven Statistiken und nur anhand weniger Indikatoren analysiert (z. B. Bevölkerung, Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, BIP, sektorale Verteilung der Arbeitsplätze etc.). Wenige Studien (z. B. Meili/Mayer 2017) integrieren unter anderem Indikatoren zu Humankapital, zur Anzahl neu gegründeter Unternehmen oder zu Hauptsitzen von Unternehmern. Nur einzelne Untersuchungen arbeiten mit detaillierten Unternehmensdaten (z. B. Datenbank Deutscher Weltmarktführer), denn diese sind schwer zugänglich, teilweise durch Private organisiert, und es bedarf eines großen Aufwands, die Daten zu sammeln und zu aktualisieren (vgl. Milbert/Fina 2021). Vielversprechend sind Mikrodaten der statistischen Ämter. So wurden bereits Registerdaten vom Bundesamt für Statistik (BFS) in der Schweiz benutzt, um Daten einer Unternehmensbefragung zu ergänzen (Habersetzer/Grèzes/Mayer et al. 2019).

Forschungslücken gibt es zu den folgenden Themen:

- wirtschaftliche Typisierung von Kleinstädten in peripheren Lagen im Vergleich zu zentralen Lagen
- „Ankerfunktion“ in unterschiedlichen Kontexten
- Mikrodaten zu Firmen in Kleinstädten (einschließlich Daten zu Innovationsdynamiken, Arbeitsplatzwachstum, Gewinnentwicklung, Familienunternehmen etc.)
- *Slow Innovation* in Kleinstädten
- vergleichende Studien über unternehmerisches Engagement in Kleinstädten
- Übersicht der Strategien der Stadtentwicklung und der Wirtschaftsförderung
- detaillierte Analyse einzelner Sektoren wie z. B. Handwerk, Industrie oder Einzelhandel (mit Fokus auf Strukturwandel, globale Vernetzung, Verknüpfungen mit anderen Unternehmen in der Kleinstadt etc.)



Hinweis: Das Web of Science wurde in den Kategorien *Geography, Planning and Development* und *Urban Studies* nach den folgenden Begriffen durchsucht: *Small Cities, Small Towns, Small & medium-sized towns, Second-tier Cities, Secondary Cities, Medium-Sized Towns, Small-Sized Towns*

Abb. 2: Anzahl der Artikel zu kleinen und mittelgroßen Städte im Web of Science, 1974–2017 / Quelle: Web of Science (2018)

6 Fazit

Der vorliegende Beitrag hat sich mit dem Thema „Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationdynamiken in Kleinstädten" befasst. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Thema „Kleinstädtische Wirtschaft" bisher in der Wissenschaft eher übersehen wurde. Die bestehende Literatur hat sich zudem stark auf Großstädte konzentriert, und es fehlen zu vielen Aspekten der wirtschaftlichen Entwicklung Erkenntnisse zur konkreten Situation in Kleinstädten. Aktuelle Daten zur überaus positiven Entwicklung von Kleinstädten in Europa zeigen, dass der Städtetyp ein vielversprechender Forschungsgegenstand ist und vertiefende Studien nötig sind. Insbesondere müssen bisherige theoretische Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und die enge Verknüpfung bzw. Verzerrung dieser Annahmen hinsichtlich städtischer Größe und Urbanität revidiert werden. Wie die Daten zeigen, ist es heute nicht mehr unbedingt die städtische Größe, die für den wirtschaftlichen Erfolg eines Raumtyps relevant ist, sondern Faktoren wie industrielle Zusammensetzung, Vernetzung oder Innovation. Entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg sind dann Charakteristiken wie Innovationsfähigkeit und Vernetzung über den Standort der Firmen hinaus sowie deren Möglichkeiten, innovativ und dynamisch am Standort Kleinstadt zu sein. Wichtig sind zudem die Vernetzungen und die institutionellen Kapazitäten der Akteure, die in der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung tätig sind.

Literatur

Anderson, A. R. (2000): Paradox in the periphery: an entrepreneurial reconstruction? In: Entrepreneurship & Regional Development 12 (2), 91-109.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2018a): Kleinstädte in Deutschland – Statistiken und generelle Trends. Bonn. http://www.kleinstaedteindeutschland.de/hintergrundinformationen_zum_kongress.pdf (12.02.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2018b): Hidden Champions und Stadtentwicklung. Die wirtschaftliche Bedeutung innovativer Unternehmen für Kleinstädte in peripheren Lagen. BBSR Sonderpublikation. Bonn.
Beetz, S. (2021): Zentralität von Kleinstädten – Mythos und Realität. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 85-101. = Forschungsberichte der ARL 16.
Boschma, R. (2005): Proximity and Innovation: A Critical Assessment. In: Regional Studies 39 (1), 61-74.
Bosworth, G.; Venhorst, V. (2017): Economic linkages between urban and rural regions – what's in it for the rural? In: Regional Studies 52 (8), 1075-1085.
Brombach, K.; Jessen, J. (2005): Kleinstädte in Großstadtregionen. Funktionsräumliche Spezialisierung und Zentrumsfunktion am Beispiel Region Stuttgart. In: Informationen zur Raumentwicklung 8, 477-493.
Camagni, R.; Capello, R. (2014): Second-Rank City Dynamics: Theoretical Interpretations Behind Their Growth Potentials. In: European Planning Studies 23 (6), 1041-1053.
Camagni, R.; Capello, R.; Caragliu, A. (2015): The Rise of Second-Rank Cities: What Role for Agglomeration Economies? In: European Planning Studies 23 (6), 1069-1089.
Dijkstra, L.; Garcilazo, E.; McCann, P. (2013): The Economic Performance of European Cities and City Regions: Myths and Realities. In: European Planning Studies 21 (3), 334-354.
Florida, R. (2002): The rise of the creative class: and how it's transforming work, leisure, community and everyday life. New York.
Florida, R. (2004): Cities and the Creative Class. New York.
Florida, R. (2017): The New Urban Crisis. New York.
Frick, S. A.; Rodríguez-Pose, A. (2017): Big or Small Cities? On city size and economic growth. In: Growth and Change 49 (1), 4-32.
Grillitsch, M.; Nilsson, M. (2015): Innovation in peripheral regions: Do collaborations compensate for a lack of local knowledge spillovers? In: The Annals of Regional Science 54 (1), 299-321.
Habersetzer, A.; Grèzes, S.; Mayer, H.; Boschma, R. (2019): Enterprise-related social capital as a driver of firm growth in the periphery. In: Journal of Rural Studies 56, 143-151.
Hall, H. M.; Donald, B. (2012): Clarifying creativity and culture in a small city on the Canadian periphery. In: Lorentzen, A.; van Heur, B. (Hrsg.): Cultural political economy of small cities. Abingdon, 80-94.
Hamdouch, A.; Demaziere, C.; Banovac, K. (2017): The Socio-Economic Profiles of Small and Medium-Sized Towns: Insights from European Case Studies. In: Tijdschrift Voor Economische En Sociale Geografie 108 (4), 456-471.
Hannemann, C. (2005): Klein- und Landstädte. In: Beetz, S., Brauer, K.; Neu, C. (Hrsg.): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden, 105-113.
Isaksen, A.; Karlsen, J. (2012): Can small regions construct regional advantages? The case of four Norwegian regions. In: European Urban and Regional Studies 20 (2), 243-257.
Knox, P. L.; Mayer, H. (2009): Kleinstädte und Nachhaltigkeit: Konzepte für Wirtschaft, Umwelt und soziales Leben. Basel.
Lee, S. Y.; Florida, R.; Acs, Z. J. (2004): Creativity and entrepreneurship: A regional analysis of new firm formation. In: Regional Studies 38 (8), 879-891.
Lorentzen, A. (2012): Sustaining small cities through leisure, culture and the experience economy. In: Lorentzen, A.; van Heur, B. (Ed.): Cultural political economy of small cities. Abingdon, 65-79.
Lorentzen, A.; van Heur, B. (Hrsg.) (2012): Cultural political economy of small cities. London, New York.
Malecki, E.; Poehling, R. (1999): Extroverts and introverts: small manufacturers and their information sources. In: Entrepreneurship & Regional Development 11, 247-268.
Mayer, H. (2011): Entrepreneurship and innovation in second tier regions. Cheltenham.

Mayer, H. (2020): Slow innovation in Europe's peripheral regions: Innovation beyond acceleration. In: Döringer, S.; Eder, J. (Hrsg.): Schlüsselakteure der Regionalentwicklung. Welche Perspektiven bietet Entrepreneurship für ländliche Räume? Wien, 9-22. = ISR Forschungsbericht.
McGranahan, D.; Wojan, T. (2007a): Recasting the Creative Class to Examine Growth Processes in Rural and Urban Counties. In: Regional Studies 41 (2), 197-216.
McGranahan, D.; Wojan, T. (2007b): The creative class: A key to rural growth. https://www.ers.usda.gov/amber-waves/2007/april/the-creative-class-a-key-to-rural-growth/ (10.01.2020).
Meijers, E. J.; Burger, M. J. (2017): Stretching the concept of 'borrowed size'. Urban Studies 54 (1), 269-291.
Meili, R.; Mayer, H. (2017): Small and medium-sized towns in Switzerland: Economic heterogeneity, socioeconomic performance and linkages. In: Erdkunde 71 (4), 313-332.
Meili, R.; Shearmur, R. (2019): Diverse diversities – Open innovation in small towns and rural areas. In: Growth and Change 50 (2), 492-514.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Motoyama, Y.; Fetsch, E.; Jackson, C.; Wiens, J. (2016): Little Town, Layered Ecosystem: A Case Study of Chattanooga. Kansas City.
Motoyama, Y.; Watkins, K. K. (2014): Examining the connections within the startup ecosystem: A case study of St. Louis. Kauffman Foundation Research Series on City, Metro, and Regional Entrepreneurship. Kansas City.
Peck, J. (2005): Struggling with the Creative Class. In: International Journal of Urban and Regional Research 29 (4), 740-770.
Porsche, L. (2021): Kleinstädte – digital, smart oder intelligent? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 155-176. = Forschungsberichte der ARL 16.
Roundy, P. T. (2017): "Small town" entrepreneurial ecosystems: Implications for developed and emerging economies. In: Journal of Entrepreneurship in Emerging Economies 9 (3), 238-262.
Salemink, K.; Strijker, D.; Bosworth, G. (2017): Rural development in the digital age: A systematic literature review on unequal ICT availability, adoption, and use in rural areas. In: Journal of Rural Studies 54, 360-371.
Schmid, C. M. (2010): Dynamik sozioökonomischer Zentrum-Umland-Beziehungen im schweizerischen Alpenraum – Erarbeitung von Entwicklungsoptionen anhand dynamisierter Branchenverflechtungsmatrizen. Zürich.
Segessemann, A.; Crevoisier, O. (2016): Beyond Economic Base Theory: The Role of the Residential Economy in Attracting Income to Swiss Regions. In: Regional Studies 50 (8), 1388-1403.
Servillo, L.; Atkinson, R.; Smith, I.; Russo, A.; Sykora, L.; Demazière, C.; Hamdouch, A. (2014): TOWN. Small and medium sized towns in their functional territorial context. Luxembourg. https://www.espon.eu/sites/default/files/attachments/TOWN_Final_Report_061114.pdf (10.01.2020).
Shearmur, R. (2015): Far from the Madding Crowd: Slow Innovators, Information Value, and the Geography of Innovation. In: Growth and Change 46 (3), 424-442.
Shearmur, R. (2017). Urban Bias in Innovation Studies. In Shearmur, R.; Bathelt, H.; Cohendet, P.; Henn, S.; Simon, L. (eds.): The Elgar Companion to Innovation and Knowledge Creation: A Multi-Disciplinary Approach. Cheltenham, 440-456.
Shearmur, R.; Doloreux, D. (2016): How open innovation processes vary between urban and remote environments: slow innovators, market-sourced information and frequency of interaction. In: Entrepreneurship & Regional Development 5626 (5-6), 337-357.
Simmie, J. (1998): Reasons for development of "islands of innovation": Evidence from Hertfordshire. In: Urban Studies 35 (8), 1261-1289.
Simon, H. (2012): Hidden Champions – Aufbruch nach Globalia. Frankfurt am Main, New York.
van Leeuwen, E. S.; Rietveld, P. (2011): Spatial Consumer Behaviour in Small and Medium-sized Towns. In: Regional Studies 45 (8), 1107-1119.
Vonnahme, L.; Graffenberger, M.; Görmar, F.; Lang, T. (2018): Kaum beachtet, gemeinsam stark. Versteckte Potenziale von Kleinstädten mit Hidden Champions. In: Informationen zur Raumentwicklung 6/2018, 38-49.
Wirth, P.; Elis, V.; Müller, B.; Yamamoto, K. (2016): Peripheralisation of small towns in Germany and Japan – Dealing with economic decline and population loss. In: Journal of Rural Studies 47, 62-75.

Autorin

Prof. Dr. Heike Mayer (**1973*) *ist Wirtschaftsgeographin und seit 2009 als Professorin am Geographischen Institut und am Zentrum für Regionalentwicklung der Universität Bern, Schweiz, tätig. Ein Schwerpunkt ihrer Forschungen konzentriert sich auf die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere auf Innovation und Unternehmertum in kleinen und mittelgroßen Städten.*

Lars Porsche

KLEINSTÄDTE – DIGITAL, SMART ODER INTELLIGENT?

Gliederung

1 Einleitung
2 Alles so schön neu hier! Ein Blick zurück in die Zukunft
3 Digitale Transformation, Smart Cities und Smart Country
3.1 Zum Begriff der Digitalisierung und Digitalen Transformation
3.2 Kleinstädte zwischen Smart Cities und Smart Country – Lost in Space
3.3 Themen der Stadtentwicklung und Digitale Transformation
3.3.1 Breitbandverfügbarkeit – Mind the gap!
3.3.2 Chancen durch Empowerment – Power to the People?
3.3.3 Verwaltung und E-Government – Is there anybody out there?
3.3.4 Überwindung der räumlichen Distanz – Beam me up, Scotty!
4 Forschungsstand und Forschungsbedarf
4.1 Forschungsstand – „Scientific Divide“
4.2 Forschungsbedarf
5 Zusammenfassung
Literatur

Kurzfassung
Digitalisierung ist ein Schlagwort, ein Leitmotiv in Stadtentwicklungsstrategien sowie ein Megatrend. Sie schreitet voran und betrifft alle Arbeits- und Lebensbereiche, somit auch die Stadtentwicklung. Dabei ist jedoch die Kleinstadt nicht explizit Gegenstand der raumwissenschaftlichen Diskussion und Forschung zur Digitalisierung bzw. Digitalen Transformation. Kleinstädte müssen bisher ihren Weg innerhalb der aktuellen Smart-City-Diskurse (also zwischen Top-down- und vorwiegend technologiegetriebenen Ansätzen für Großstädte) sowie der Smart-Country-Debatte (Bottom-up- und lokale bzw. regionale Akteursansätze für ländliche Räume) suchen. Ein Blick in die Geschichte der ARL zeigt, dass die sich mit der Digitalen Transformation stellenden Fragen und Aufgaben nicht ganz neu sind. Ziel des Beitrags ist es zu klären, ob es einer eigenen Forschung zur Digitalen Transformation und Kleinstadtentwicklung mit spezifischen Schwerpunktsetzungen, die über die aktuellen Untersuchungen, Diskurse und Entwicklungen in den Bereichen Smart City und Smart Country hinausgeht, bedarf.

Schlüsselwörter
Kleinstädte – Digitalisierung – Digitale Transformation – Smart City – Smart Country – Empowerment – Stadtentwicklung

Small towns – digital, smart or intelligent?

Abstract
Digitalisation is a keyword, a guiding motif in urban development strategies and a megatrend. It is advancing into all fields of work and life, including urban development. However, the small town is not explicitly the object of spatial scientific discussion and research on digitalisation or the digital transformation. To date, small towns have had to find their own way between the current Smart City discourses (top-down and primarily technology-driven approaches for cities) and Smart Country debates (bottom-up and local or regional stakeholder approaches for rural areas). A glance at the history of the ARL shows that the questions and tasks presented by the digital transformation are not entirely new. The article aims to clarify whether there is a need for specific research on the digital transformation and small town development with explicit focuses that go beyond current investigations, discourses and developments in the fields of Smart City and Smart Country research.

Keywords
Small towns – digitalisation – digital transformation – smart city – smart country – empowerment – urban development

1 Einleitung

Die Digitale Transformation betrifft alle Arbeits- und Lebensbereiche, somit auch die Kleinstadtentwicklung. Veränderungen in Wirtschaft und Arbeit, Mobilität, Bildung sowie allgemein im Lebensalltag können auf eine Kommune und deren Stadtentwicklung räumlich wie strukturell unterschiedlich stark wirken. Das hängt nicht nur von der verfügbaren Bandbreite, sondern auch von der räumlichen Lage bzw. der Größe der Stadt (bezogen auf Einwohnerzahl, Fläche oder Zahl der Ortsteile) sowie davon ab, ob eine Stadtgesellschaft die Möglichkeit erhält, digitale Lösungen für die Entwicklung ihrer Anliegen und ihrer Stadt eigenständig zu nutzen und weiterzuentwickeln. Bislang wurden die Veränderungen durch die Digitalisierung besonders in Großstädten unter dem Schlagwort „Smart City“ erforscht. In den letzten Jahren begannen entsprechende Diskurse unter dem Begriff „Smart Country“ für die ländlichen Räume. Kleinstädte und deren Entwicklung sind bisher explizit nicht Gegenstand der raumwissenschaftlichen Diskussion und der Forschungen zur Digitalen Transformation. Ziel des Beitrags ist es zu klären, ob und inwiefern es einer eigenen Forschung zur Digitalen Transformation und Kleinstadtentwicklung, mit spezifischen Schwerpunktsetzungen über die aktuellen Untersuchungen, Diskurse und Entwicklungen in den Bereichen Smart City und Smart Country (vgl. Kap. 3.2 in diesem Beitrag) hinaus, bedarf oder ob die vorliegenden Arbeiten für eine positive Digitale Transformation der Kleinstädte und deren Stadtgesellschaften ausreichend sind.

2 Alles so schön neu hier! Ein Blick zurück in die Zukunft

Die aktuellen Diskurse zur Digitalisierung bzw. Digitalen Transformation (vgl. Kap. 3) sowie deren Wirkungen sind – wenn auch unter anderen Voraussetzungen und mit anderen Begriffen geführt – bemerkenswerterweise nicht neu.

Schon in den 1980er Jahren (von 1984 bis 1987) gab es den Arbeitskreis „Räumliche Wirkungen der Telematik" der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, (ARL 1987). Die Zielsetzung des Arbeitskreises war „schwerpunktmäßig auf die technischen Möglichkeiten der vorhandenen und zukünftig verfügbaren Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, I&K (Netze, Dienste, Anwendungen)" ausgerichtet sowie darauf, deren Auswirkungen auf die Raum- und Stadtentwicklung abzuschätzen (Türke 1985b: 307). Es standen vor allem Fragen nach veränderten Standortabhängigkeiten und Distanzüberwindungen im Fokus der Arbeitsgruppe. Unterschieden wurde damals räumlich zwischen Großstädten bzw. Agglomerationsräumen und peripher gelegenen bzw. „benachteiligten Räumen und Städten" (Türke 1985a: 253; 1987: 157 f.). Bezug nahm der Arbeitskreis später vor allem auf die Anfang 1985 von der Bundesregierung beschlossenen „Schwerpunkte der Raumordnung". Darin hieß es, so Türke (1985a: 253), u.a.: „Die Bundesregierung mißt den modernen Technologien für die weitere räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung bei. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien können dazu beitragen, die seit langem bestehenden Standortnachteile der peripher gelegenen Regionen im Bereich Kommunikation und Information abzubauen."

Die Diskussion im ARL-Arbeitskreis wurde damals unter anderen Voraussetzungen geführt als die heutige zur Digitalen Transformation. Anfang der 1980er Jahre standen sowohl andere Begriffe, wie die der Telematik bzw. Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), als auch andere entscheidende Hauptakteure im Zentrum der Betrachtung. Dazu zählte vor allem eine nationale Regierung, die über staatseigene Unternehmen, wie die damalige Bundespost, ein Monopol im Telekommunikationsnetz besaß. Entwicklungen zu stationären Technologien wie Netzplanung, -ausbau und -nutzung bzw. -zugang konnten noch vom Staat stark gesteuert und reglementiert werden (ARL 1987: V; Bauriedl/Strüver 2018: 17). Es gab weder einen liberalisierten Markt im Bereich der Telekommunikation mit großen privatwirtschaftlichen Tech-Konzernen als starke Treiber von Entwicklungen, noch ein für private Nutzungen verfügbares Mobilfunknetz oder ein für alle zugängliches und handhabbares Internet. Mobile Endgeräte befanden sich in der Entwicklung und erst Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre wurde mit dem sogenannten D-Netz flächendeckend ein digitales Mobilfunknetz in Deutschland aufgebaut. 2007 erschienen die ersten Smartphones, das LG KE850 Prada der Firma LG und das iPhone 2G von Apple. Seitdem stieg neben der Nutzung leitungsgebundener Netzinfrastrukturen auch die der Mobilfunknetze sowie der mobil verfügbaren Daten rasant an.

Für die Autorinnen und Autoren des Arbeitskreises war aber schon damals klar, dass „[das] Gebiet der neuen Informations- und Kommunikationstechniken [...] zu den Schlüsselbereichen moderner Technik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung [gehört]" (Spehl 1987: 10). Den damaligen Autorinnen und Autoren war bewusst, dass IKT einer flächendeckenden Implementierung bedurft hätte, um als zentraler

Entwicklungsfaktor wirken zu können. Sie forderten, dass über die Raumordnungspolitiken des Bundes und der Länder auch entsprechende technische Entwicklungen der sogenannten benachteiligten Regionen erfolgen müssten (Türke 1987: 158) und damit gleiche Entwicklungsvoraussetzungen zu den auch damals schon technisch fortgeschrittenen Großstädten und Agglomerationsräumen geschaffen würden. In den „zusammenfassenden, raumordnungspolitischen Forderungen" des Forschungs- und Sitzungsberichts heißt es dann auch: „Wenn die Prämisse der raumpolitischen Wettbewerbs- und Chancengleichheit von Stadt und Land Gültigkeit hat, gilt es die neuen Informations- und Kommunikationstechniken nicht nur nachfrageorientiert in Verdichtungsregionen, sondern auch erschließungsorientiert in Entwicklungsregionen aufzubauen" (Fischer 1987: 211). Ganz so neu sind die Fragen und Diskussionen zu Digitaler Transformation, Stadt- und Raumentwicklung heute also nicht, wenn auch die Rahmenbedingungen verändert sind.

3 Digitale Transformation, Smart Cities und Smart Country

3.1 Zum Begriff der Digitalisierung und Digitalen Transformation

Der Begriff Digitalisierung hat im Deutschen verschiedene Bedeutungen. Er ist nicht klar trennbar von dem der Digitalen Transformation. Digitalisierung umfasst sowohl den Prozess der Verarbeitung bzw. Umwandlung von analogen zu digitalen Informationen in digitale Formate (englisch: *digitization*) als auch die Etablierung und Nutzung von digitalen Informationen und Technologien (*digitalization*). Der Begriff der Digitalen Transformation (auch digitaler Wandel) beschreibt hingegen den Veränderungsprozess der gesamten Gesellschaft und Umwelt aufgrund von digitalen Informationen und Technologien bzw. deren Nutzung. Das heißt, auch Digitalisierung wird hierunter verstanden (vgl. Iringer 2017).

Grundsätzlich betrifft die Diskussion zur Digitalisierung bzw. Digitalen Transformation alle Lebens- und Arbeitsbereiche und beinhaltet die Entwicklungen von harten wie weichen Infrastrukturen sowie von Fähigkeiten im Umgang mit Hard- und Software (vgl. Kap. 3.3).

3.2 Kleinstädte zwischen Smart Cities und Smart Country – Lost in Space

Im Kontext von Stadtentwicklung und Digitaler Transformation werden viele Begriffe verwendet und Entwicklungen beschrieben. Meist wird übergreifend von Digitalisierung und Smart-City- bzw. Smart-Country-Entwicklungen gesprochen. Der Begriff Smart City wird seit Mitte der 2000er Jahre verwendet. Hier stehen vor allem Entwicklungen des digitalen Wandels in Großstädten im Vordergrund. Mittlerweile hat sich Smart City auch als Leitbild in der Stadtentwicklung etabliert (Vanolo 2014: 883). Smart Country bezieht sich auf Digitale Transformation und ländliche Räume. In den Diskussionen und entsprechenden (Forschungs-)Arbeiten wird nach Anpassungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für ländliche Räume wie für deren Spezifika gesucht. Erste Ansätze und Arbeiten zur Smart Country liegen seit Mitte der 2010er Jahre vor (Internet & Gesellschaft Collaboratory e. V. 2014; Haselbeck 2015).

Unter Smart City verstehen Vorreiterstädte wie Wien „intelligente Städte". Wien bezieht sich nicht nur auf die digitale Infrastruktur oder Vernetzung, sondern auch auf die Erfüllung des Nachhaltigkeitskanons (Ökologie, Ökonomie, Soziales, Kultur) und eine gute Kooperation der Akteure, letztlich auf die Schaffung lebenswerter Städte (EIP on Smart Cities and Communities o.J.; Stadt Wien o.J.; Magistrat der Stadt Wien 2012; 2014). Ähnlich folgert es auch Vanolo in seiner Analyse, basierend auf politischen Smart-City-Ansätzen und Umsetzungen in Italien sowie in der europäischen Fachliteratur. Er benennt sechs Merkmale einer Smart City: Smart Economy, Smart Mobility, Smart Governance, Smart Environment, Smart Living und Smart People. Hierbei versteht er „smart" grundsätzlich nicht primär an technische IKT-Komponenten gekoppelt. Die Wurzeln des Smart-City-Ansatzes sieht Vanolo in den US-amerikanischen Konzepten von New Urbanism und Smart Growth der 1980er Jahre, somit in Ansätzen zur kompakten, flächensparenden Stadt und zu Graswurzelbewegungen bzw. Partizipation. Die Verbindung zur IKT ist für ihn erst später aus zwei Strängen abzuleiten: Zum einen habe das Siebte Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung der Europäischen Kommission und die im Themenschwerpunkt 5, Energie, erfolgende Bindung technischer Komponenten an Kommunen unter der Initiative „Smart cities and communities" die technische Interpretation des Begriffs Smart City geprägt. Zum anderen haben aus seiner Sicht die Entwicklung von „ICT cities" (ICT englisch für IKT) und die Dominanz von Analysen zu Singapur, mit seinen großen Infrastrukturprojekten von Informationstechnik (IT), Anfang der 2010er Jahre dazu geführt, dass der Begriff Smart City heute direkt mit IKT verbunden wird (Vanolo 2014: 887 f.).

In der deutschen Smart-City-Diskussion dominiert eine starke Fokussierung auf die technologischen Möglichkeiten der Digitalisierung im Rahmen der Stadtentwicklung (vgl. BBSR 2017; Bauriedl/Strüver 2018: 18; Soike/Libbe 2018: 8). Der Begriff Smart City steht „einerseits Pate für von der öffentlichen Hand geförderte Projekte […], andererseits wird er auch von großen Technologieanbietern gerne genutzt, die hier ein attraktives Wachstumsfeld sehen. Dementsprechend zielt der Ausbau digitaler Infrastrukturen im städtischen Raum darauf ab, städtische Teilsysteme in einen übergreifenden digitalen Kosmos einzubinden. […] Die digitale ‚Metainfrastruktur' im städtischen Raum soll also zukünftig [ein Echtzeitbild der Stadt] […] der real-physischen Welt erzeugen, an das sich vielfältige neue Dienste in unterschiedlichen Bereichen […] andocken lassen" (Burmeister/Rodenhäuser 2018: 19). Wenn hier von Stadt bzw. „städtischem" Raum die Rede ist, ist davon auszugehen, dass vorrangig oder sogar ausschließlich Großstädte gemeint sind.

Auch die Smart City Charta des BMI stellt die Smart City stark unter das technologische Postulat der Digitalisierung: „Smart City nutzt Informations- und Kommunikationstechnologien, um auf der Basis von integrierten Entwicklungskonzepten kommunale Infrastrukturen, wie beispielsweise Energie, Gebäude, Verkehr, Wasser und Abwasser zu verknüpfen. […] Digitale Transformation – den Wandel der Städte hin zu Smart Cities – nachhaltig gestalten bedeutet, mit den Mitteln der Digitalisierung die Ziele einer nachhaltigen europäischen Stadt zu verfolgen" (BBSR 2017: 9).

Der Diskurs und die Forschung zu ländlichen Räumen und Digitalisierung wird seit Mitte der 2010er Jahre unter dem Begriff der Smart Country subsumiert (Internet & Gesellschaft Collaboratory e.V. 2014; Lobeck 2017; Meyn 2017; Bertelsmann Stiftung

2018a; 2018b; ENRD Contact Point 2018; Kaczorowski/Swarat 2018). Wiechmann und Terfrüchte (2017) stellen heraus, dass Smart-City-Ansätze nicht pauschal auf ländliche Räume übertragen werden können: „Zwar wird die Diskussion im Zusammenhang mit Digitalisierung breit geführt, doch die Handlungsfelder von ‚Smart Cities' fußen auf den spezifischen Herausforderungen urbaner Räume" (ebd.: 14), womit vornehmlich Großstädte gemeint sind. Vor allem die Kernressource für die im Bereich der Digitalisierung tätigen Unternehmen, die Daten, „fallen nirgendwo so zahlreich an wie in der dicht besiedelten Stadt" (Beckmann 2019). Somit sind die großen Tech-Firmen und Plattformanbieter nur in eingeschränktem Maße interessiert, ihre Technologien und Dienstleistungen an Orten mit geringeren Besiedlungsdichten bzw. dispersen Bevölkerungsverteilungen anzubieten. Die Ausgangssituation sowie die damit einhergehenden Anforderungen an digitale Lösungen, hier vor allem technische Angebote, unterscheiden sich also von denen der Großstädte. Folglich sind für Kleinstädte je nach deren Lage und Siedlungsstruktur örtlich angepasste Lösungen und Entwicklungspartner abseits großer Technologieunternehmen zu suchen.

Insgesamt greift die Einordnung in *city* als „urban" und damit (groß-)städtische Räume sowie andererseits *country* als „nichtstädtisch" bzw. „ländlich" für Kleinstädte jedoch viel zu kurz: Kleinstädte sind urbane Räume, oder Teilräume der Kleinstädte weisen urbane Prägungen auf (Dehne 2018: 13). In der Diskussion um Kleinstädte sind zudem die Lage (zentral versus peripher) und die Struktur (kompakt und kleinflächig versus großflächig mit vielen dispers liegenden Ortsteilen) sowie die damit einhergehenden jeweils unterschiedlichen Ausgangssituationen zu berücksichtigen. So befinden sich u.a. 56% der Kleinstädte in zentralen Lagen (vgl. Milbert/Fina 2021).

3.3 Themen der Stadtentwicklung und Digitale Transformation

Digitalisierung bzw. Digitale Transformation kann als eine Entwicklung verstanden werden, die langfristige Wandlungsprozesse mit starken Ausmaßen und Wirkungen nach sich zieht, und damit als Megatrend. Mit einem Megatrend sind tiefgreifende Beeinflussungen und Veränderungen sozialer, politischer und ökonomischer Verhältnisse verbunden (Naisbitt 1982). Da sich ein Megatrend nicht eindimensional, sondern vielfältig ausprägt, ist in der Stadtentwicklung die Digitale Transformation weder für Großstädte noch für Kleinstädte oder Landgemeinden ein solitäres Hauptthema. Sie zieht sich durch alle relevanten Themen wie Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit, Mobilität etc. Digitalisierung wird oft als Werkzeug zur Verbesserung bestehender Arbeitsmittel und -methoden oder als Unterstützung zur Fortsetzung der bisherigen Themen mit erweiterten Mitteln verstanden.

In der Literatur werden auf der Überschriftenebene, bis auf wenige Ausnahmen, keine Unterschiede zwischen Großstädten, Kleinstädten oder Landgemeinden in den Handlungsfeldern der Digitalisierung deutlich. Genannt werden u.a. (Auflistung ohne Ordnung):

> Mobilität und Logistik

> Wohnen und Gebäude

> Wirtschaft, Gewerbe, Handel

> Gesundheit und Pflege

> Energie und Umwelt

> Bildung und Lernen

> Informations- und Kommunikationstechnologie

> E-Governance und E-Government

> Digitale Daten, Open Data und Big Data

> IT-Infrastruktur (vor allem Breitbandausbau, -technologie, -geschwindigkeit und Stabilität der angebotenen Leistung)

> neue Abhängigkeiten (von Technologien und deren Anbietern)

> Sicherheit (Hard- und Software, Daten)

> mehr (ausgebildetes) Personal

Diese Liste (vgl. Wiechmann/Terfrüchte 2017: 17; Bertelsmann Stiftung 2018b: 5; Soike/Libbe 2018: 11) ist erweiterbar, und die Themen bzw. Handlungsfelder werden in der Literatur je nach Autoren und Fokus weiter untergliedert. Unterschiede ergeben sich zwischen den Smart-City- und Smart-Country-Diskursen hinsichtlich der Ausprägungen und Bewertungen der oben genannten Themen. Vor allem im Bereich Smart Country bzw. ländliche Räume, Landgemeinden und Dörfer, werden zusätzlich die Themen „Digitale Daseinsvorsorge" und „Digitale Kluft" (*digital divide*) diskutiert. Für den Begriff „Digitale Daseinsvorsorge" finden sich wenige Definitionsansätze – und wenn, dann bleiben sie vage (vgl. DLT 2018). „Digitale Kluft" (vgl. Kubicek/Welling 2004) wurde in der Vergangenheit stark auf den Zugang zum Internet sowie zu Hard- und Software bezogen. Heute wird sie u.a. um Bildung und Teilhabe am Internet bzw. um die Anpassung der Digitalen Transformation an die eigenen Bedürfnisse erweitert.

Eine Ausnahme hinsichtlich der Erfassung der Themen ist die zweite Auflage des „Zukunftsradars Digitale Kommune" des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB). Darin wird eine „Bestandsaufnahme zur Digitalisierung in deutschen Städten und Gemeinden" (DStGB/iit 2019: 8) versucht. Dabei wird für die Auswertung und Ergebnisdarstellung eine eigene Abgrenzung der Städte nach Einwohnergröße vorgenommen. Die zugrunde liegende Befragung umfasst 500 Kommunen, von denen „ca. 60% der Teilnehmer Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohner und ca. 40%

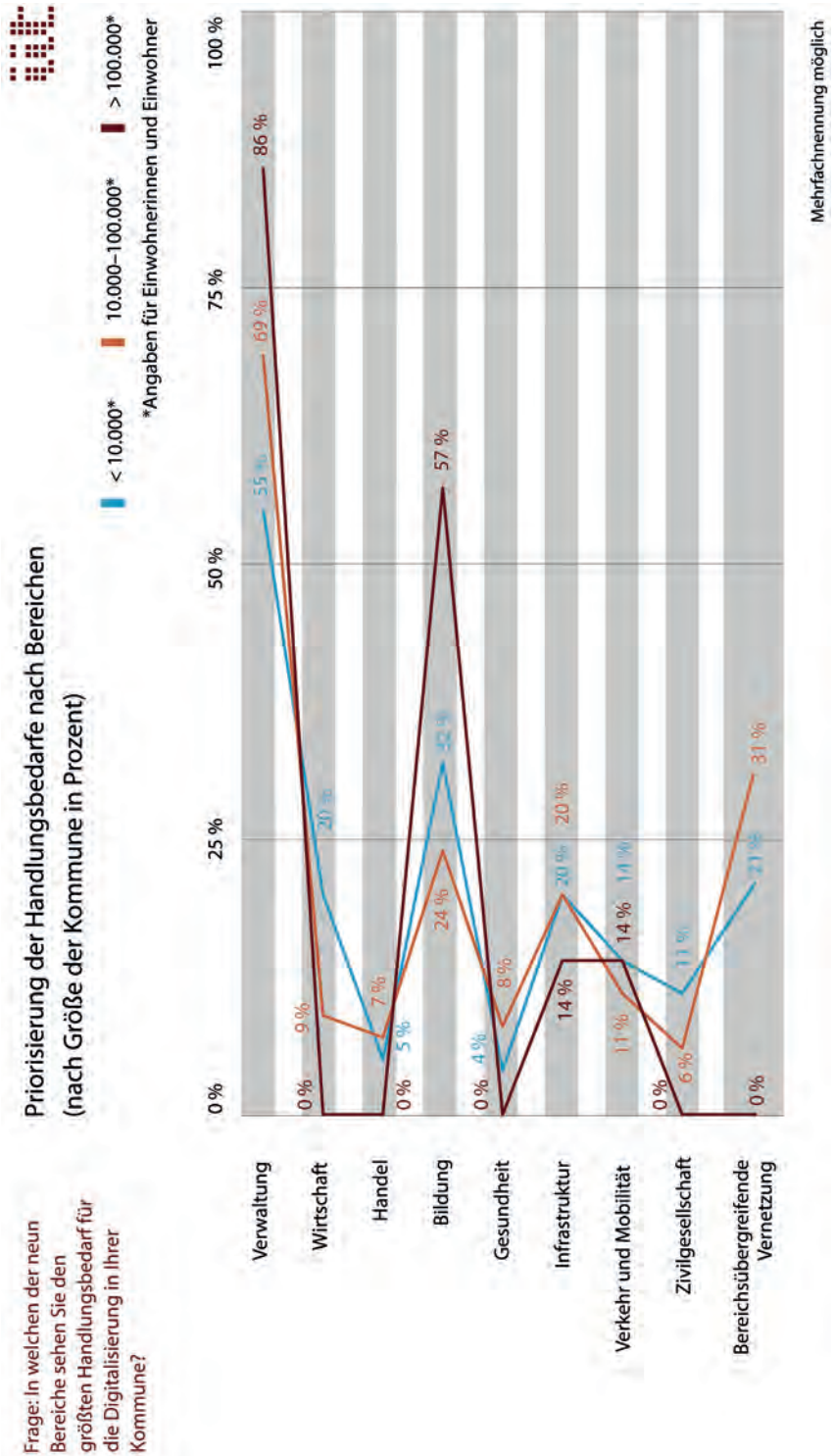


Abb. 1: Priorisierung der Handlungsbedarfe für die Digitalisierung auf kommunaler Ebene nach Bereichen (nach Größe der Kommune) / Quelle: DStGB/iit 2019: 27

der Teilnehmer Kommunen mit bis zu 100.000 Einwohner“ repräsentieren (ebd.: 9). Bei der Beantwortung der Frage, in welchen neun Bereichen der größte Handlungsbedarf für die Digitalisierung in der jeweiligen Kommune gesehen wird, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den gebildeten Typen. Vor allem Wirtschaft, Bildung und Zivilgesellschaft zeichnen sich als Themen von Städten bis 10.000 Einwohner ab. Zusammen mit den Städten bis 100.000 Einwohner werden Infrastruktur und vor allem die bereichsübergreifende Vernetzung herausgestellt, die für die Großstädte über 100.000 Einwohner scheinbar keine Rolle spielen (ebd.: 27 und Abb. 1).

Im Folgenden werden beispielhaft vier Themen der aktuellen Diskussionen – Breitbandverfügbarkeit, Empowerment, Verwaltung und E-Government, Überwindung der räumlichen Distanz – betrachtet, die für Kleinstädte relevant sind und an denen Grenzen, Möglichkeiten wie Notwendigkeiten der Digitalen Transformation deutlich werden.

3.3.1 Breitbandverfügbarkeit – Mind the gap!

Der in Fachdiskussionen, Presse und politischen Debatten am stärksten betonte Aspekt sowie eine der entscheidenden Voraussetzungen, die Möglichkeiten der Digitalen Transformation zu nutzen, ist die Verfügbarkeit schnellen Internets (BBSR 2017: 11; Wiechmann/Terfrüchte 2017: 60; Burmeister/Rodenhäuser 2018: 27; ENRD Contact Point 2018: 1; Kaczorowski/Swarat 2018: 13; BMI/BMEL/BMFSFJ 2019: 19). Gerade dieser Punkt wird als ein wesentliches Element zur Verstärkung oder Minderung der Digitalen Kluft, vor allem mit Blick auf Städte und Kommunen in peripheren Lagen, diskutiert. „Nur wer einen schnellen [Internet-]Zugang hat, kann auch die Möglichkeiten positiv nutzen, die damit verbunden sind oder überhaupt erst entstehen“ (Bertelsmann Stiftung 2018a). Damit ist eine bestmögliche Ausstattung aller Räume und Stadt- und Gemeindetypen mit der entsprechenden Infrastruktur notwendiger Bestandteil für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Aber gerade die Ausstattung mit leistungsfähigen Breitbandnetzen zeigt starke räumliche Unterschiede und damit Entwicklungsnachteile vor allem für Kleinstädte und Landgemeinden (vgl. Abb. 2 und Tab. 1).

Die Daten zu potenziell versorgbaren Haushalten mit Breitbandanschluss zählen zu den wenigen verfügbaren Daten zur Digitalisierung, die für alle Stadt- und Gemeindetypen verfügbar sind.

Bei der Versorgung mit leistungsfähigem Breitband (mindestens 50 Mbit/s) zeigte sich 2017 für Kleinstädte, dass ein Deckungsgrad potenziell versorgbarer Haushalte von etwas über 68% erreicht wurde. Für Großstädte lag dieser mit 93% weit darüber. Bei mindestens 100 Mbit/s lag der Wert für Kleinstädte nur noch bei 49% und damit weit unter dem Anteil für Großstädte mit 86%. Damit hinkten die Kleinstädte deutlich hinterher. Insgesamt zeigt sich eine Abnahme des Versorgungsgrads mit der Größe des Stadt- und Gemeindetyps. Sehr deutlich wird zudem, dass auch die Lage des Stadt- und Gemeindetyps wesentlich für den Versorgungsgrad ist. So lag dieser für Kleinstädte in peripherer Lage bezogen auf 50 Mbit/s um 12% und bezogen auf 100 Mbit/s um fast 10% niedriger als bei Kleinstädten in zentralen Lagen. Insgesamt stellte sich

die potenzielle Versorgung von Kleinstädten in peripherer Lage als weit unterdurchschnittlich dar: Bei 50 Mbit/s lag sie um 31% und bezogen auf 100 Mbit/s um 23% unter dem Bundesdurchschnitt (vgl. Tab. 1). „Wenn man bedenkt, dass dieser Infrastruktur für die Bewältigung der vielfältigen ökonomischen und sozialen Herausforderungen eine nahezu systemische Bedeutung zukommt [...], müssen die weit unterdurchschnittlichen Versorgungsgrade [...] äußerst kritisch gesehen werden" (Maretzke/Porsche 2018: 39). Denn eine „flächendeckende Verfügbarkeit leistungsfähiger Breitbandnetze ist zweifellos Voraussetzung, um regionale Wirtschaftskraft zu entfalten und gleichwertige Lebensverhältnisse durch innovative technologische Lösungen bei der Sicherung der Daseinsvorsorge herzustellen" (Wiechmann/Terfrüchte 2017: 60).

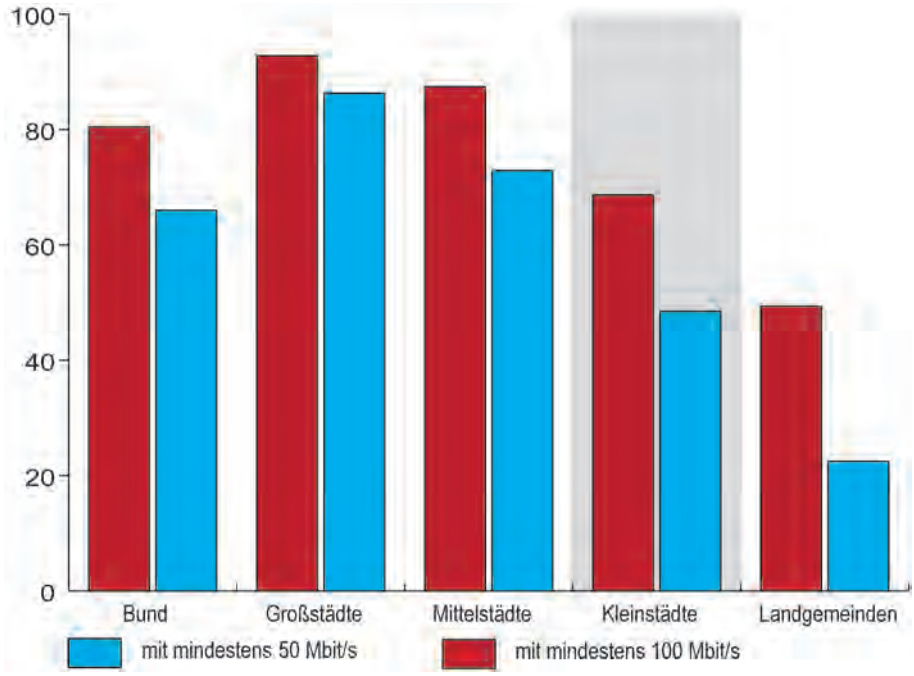


Abb. 2: Potenziell versorgbare Haushalte 2017 (in Prozent) nach Stadt- und Gemeindetyp entsprechend der BBSR-Definition (BBSR o. J.) / Quelle: eigene Darstellung, Daten: TÜV Rheinland/BMVI 2015

Die Aussagen von Gatzweiler und Milbert (2012: 71, 81) für die Bereiche demographische und ökonomische Entwicklung, die besagen, dass je kleiner eine Stadt und je peripherer ihre Lage ist, desto größer die Herausforderungen, könnte zur Breitbandversorgung lauten: Je kleiner eine Stadt und je peripherer ihre Lage, desto geringer die Breitbandausstattung. Eine Digitale Kluft besteht faktisch hinsichtlich der Verfügbarkeit und Bandbreite schnellen Internets zwischen Großstädten, Kleinstädten und vor allem Kleinstädten in peripheren Lagen.

		Deckungsgrad potenziell versorgbarer Haushalte mit	
	Lage	mind. 50 Mbit/s	mind. 100 Mbit/s
Bund	-	80,5	66,0
Großstädte	-	92,8	86,3
Mittelstädte	zentral	88,4	72,8
Mittelstädte	peripher	83,7	73,6
Kleinstädte	**zentral**	**73,7**	**52,6**
Kleinstädte	**peripher**	**61,7**	**43,0**
Landgemeinden	zentral	62,5	34,5
Landgemeinden	peripher	44,6	18,3

Tab. 1: Potenziell versorgbare Haushalte 2017 (in Prozent) nach Stadt- und Gemeindetyp und Lage entsprechend BBSR-Definitionen (BBSR o. J.) / Quelle: eigene Darstellung, Daten: TÜV Rheinland/ BMVI 2015

Aber Verfügbarkeit und Ausstattung allein werden nicht ausreichen, um die Möglichkeiten, die mit der Digitalen Transformation verbunden sind, entsprechend für eine zukunftsfähige Kleinstadtentwicklung nutzen zu können. Denn Stadtentwicklung ist besonders in Kleinstädten ein kooperativer Prozess (Dehne 2018: 11; Dehne 2021), der alle Akteure von der Politik über die Verwaltung, die Wirtschaft bis hin zur Stadtgesellschaft einschließt. Vor allem Kleinstädte verfügen meist nicht über eine entsprechend ausdifferenzierte und personell starke Verwaltung oder über finanzielle Ressourcen zur Beauftragung externer Beratungsbüros (vgl. u.a. Dehne 2021). Sie sind somit auf die aktive Beteiligung aller angewiesen (Burmeister/Rodenhäuser 2018: 40). Dies gilt auch für die Digitale Transformation der eigenen Kleinstadt.

3.3.2 Chancen durch Empowerment – Power to the People?

Digitalisierung wird oft als Werkzeug zur Verbesserung bestehender Arbeitsmittel und Methoden sowie zur besseren Vernetzung der Kommunen und Akteure verstanden. Der Beteiligung der lokalen Akteure wird im Smart-Country-Diskurs eine Schlüsselrolle zugeschrieben. Dazu kann das Empowerment in der Digitalen Transformation der Kleinstädte zentral sein. Der Begriff „Empowerment“ (engl. = Befähigung) stammt aus der Soziologie und „zielt auf die Stärkung und Erweiterung der Selbstverfügungskräfte des Subjektes, es geht um die (Wieder-)Herstellung von Selbstbestimmung über die Umstände des eigenen Alltags“ (Herriger 1991: 222). Durch Häußermann und Kapphan (1998: 44) wurde der Begriff in die Stadtentwicklung eingeführt.

Neben dem Zugang zu schnellem Internet kommt, wie beschrieben, gerade in Kleinstädten der umfassenden Beteiligung der Akteure der Stadtgesellschaft zur Entwicklung ihrer Stadt eine besondere Bedeutung zu, da finanzielle Mittel zur Beauftragung externer Dienstleister sowie personelle Ressourcen zur umfänglichen Bearbeitung von Smart-City- bzw. Smart-Country-Themen fehlen. Das heißt auch, dass im Bereich der Digitalen Transformation ein Prozess der kooperativen Kleinstadtentwicklung erforderlich ist (BBSR 2019a: 68; BBSR 2019b: 8). Ein Vorteil kann für Kleinstädte sein, dass die Digitale Transformation hier oft nicht von großen Technologieunternehmen ausgeht und die „Gefahr von Abhängigkeiten" (Soike/Libbe 2018: 23) minimiert wird. Hierzu wird das Empowerment aller Akteure zur Nutzung und Anpassung der digitalen Möglichkeiten an die lokalen und regionalen Bedürfnisse zur nachhaltigen Stadtentwicklung als Notwendigkeit erachtet, u.a. um der Digitalen Kluft zu Großstädten zu begegnen (Meyn 2017: 2, 13; Bertelsmann Stiftung 2018b: 25, 79). Empowerment richtet sich in erster Linie an die Stadtgesellschaft selbst. Zentral ist hierbei, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem erworbenen Wissen sowie den erlernten Fähigkeiten selbstbestimmt umgehen können. Es bleibt also den Menschen überlassen, wo und wie sie diese einsetzen möchten. Wird damit die Partizipation in der Stadtentwicklung verbunden, sind deutliche Grenzen zu beachten, die formell an den hoheitlichen Aufgaben der Kommune (kommunale Pflichtaufgaben) oder an den zeitlichen Ressourcen der Bevölkerung enden (Kummel/Schneider/Schwarzkopf 2020). Eine wesentliche Voraussetzung für das Empowerment wird in einer digitalen (Grund-)Bildung gesehen (Bertelsmann Stiftung 2018b: 25, 30; ENRD Contact Point 2018: 34).

Auch hier lohnt ein Blick zurück. Schon Türke (1987) betonte eine regionale Angepasstheit der Informations- und Kommunikationstechnologie-Systeme. Diese sollten „soweit wie möglich als ‚Lernende Systeme' einsetzbar sein [...] [und] die Qualität der Informationsangebote sollte im Dialog mit den Nutzern verbessert werden" (ebd.: 158). In diesem Zuge plädierte er stark für eine Offenheit und eine partizipative Nutzung der IKT-Systeme (ebd.: 159). Das European Network for Rural Development, ENRD, stellt „Forderungen nach interdisziplinären Lösungen [und] [...] einer Kultur der Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Verwaltung und lokaler Industrie" zur gemeinsamen Entwicklung innovativer Lösungen (ENRD Contact Point 2018: 1).

3.3.3 Verwaltung und E-Government – Is there anybody out there?

Eine wichtige Rolle für die Implementierung digitaler Ansätze und Lösungen für die Stadtentwicklung wird immer wieder der Politik und Verwaltung zugeschrieben. Beiden bescheinigt die Bertelsmann Stiftung (2018b: 16) aber eine zurückhaltende Position: „Bislang gibt es zu wenige positive Anwendungsbeispiele. Insbesondere im Bereich E-Government werden in Deutschland kaum digitale Lösungen bereitgestellt, die einen spürbaren Nutzen für die Bürger bringen." Kaczorowski und Swarat (2018: 13) konstatieren anhand des „eGovernment MONITOR" der Initiative D21 eine Stagnation bzw. teilweise Rückläufigkeit des E-Governments in Deutschland. Dabei wäre vor allem in großen Flächengemeinden mit dispersen Verteilungen der Ortsteile ein hoher Nutzen zu erwarten. Die Überwindung der teils hohen räumlichen Distanz für viele Amtsgänge würde sich mindestens reduzieren lassen.

Eine mögliche Erklärung für die Zurückhaltung der Kommunen im Bereich des Ausbaus von E-Government kann die zentrale Herausforderung bei der Organisation von Smart-City-Vorhaben für Städte und Verwaltungen sein: „In der Regel erfordert diese die Neudefinition von Verantwortlichkeiten für den Themenbereich Digitalisierung – sowohl verwaltungsintern als auch nach außen – und bringt neue Akteursrollen, aber auch die Gefahr von Abhängigkeiten mit sich" (Soike/Libbe 2018: 23). Gemeint sind damit u.a. die Übernahme und Steuerung kommunaler Dienstleistungen durch private Anbieter oder auch „Systemabhängigkeiten aufgrund proprietärer (d.h. im Eigentum Externer befindlicher) oder inkompatibler technologischer Lösungen" (ebd.). Damit würden eigenes Wissen und eigene Fachleute fehlen. Kaczorowski (2017: 30) fordert daher die „Schaffung der personellen und fachlichen Voraussetzungen, um neue digitale Daten systematisch erschließen zu können", und schlägt den Aufbau kommunaler Kompetenzzentren ‚Big Data/Neue digitale Daten' vor. Auch in der Smart City Charta des Bundes wird die Forderung gestellt, dass kommunale Verwaltungen neue Strukturen schaffen sollen, innerhalb derer verschiedene Ressorts im Kontext der Digitalisierung zusammenwirken (BBSR 2017: 10). Inwieweit dies bei der schon heute sehr dünnen Personaldecke (vgl. KfW Bankengruppe 2018), vor allem in Kleinstädten, möglich sein wird, bleibt ebenso offen wie die Erwartung des Bundes, „Investitionen in die technische Infrastruktur und in die Bereitstellung von qualifiziertem Personal zur Konzeption und zum Betrieb digitaler Anwendungen unter Bedingungen der Ressourcenknappheit umzusetzen" (BBSR 2017: 15). Auch wenn in der Smart City Charta verschiedene Möglichkeiten zur Generierung von Finanzmitteln angesprochen werden, muss klar gesehen werden, dass aktuell seitens der großen Technologieanbieter außerhalb der verdichteten Großstädte wenig Interesse besteht zu investieren (vgl. Kap. 3.2). Zudem müssen Kleinstädte, abgesehen vom notwendigen Breitbandausbau mit möglichst hoher Bandbreite, oft erst eruieren, welches die wirklich relevanten Themen vor Ort sind, um dann Finanzmittel zielgerichtet anzufragen. Burmeister und Rodenhäuser (2018: 20) gehen davon aus, dass Kleinstädten wenigstens eine „ideale Laborsituation" für die Erprobung von innovativen Konzepten im Bereich der „Verwaltung 4.0", also des sogenannten E-Governments, zukommen könnte. Inwieweit eine solche Laborsituation ausgefüllt werden kann, wird sich beispielsweise für die Kleinstädte Grevesmühlen, Haßfurt, Süderbrarup und Zwönitz zeigen, die 2019 zu den ersten Modellprojekten der bundesweiten Initiative „Smart Cities made in Germany" der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gehörten. Weitere Kleinstädte in Modellprojekten des KfW-Förderprogramms sind in der Kategorie „Interkommunale Kooperationen und Landkreise" Bad Berleburg und im Bereich „Kooperation" Brandis, Naunhof, Borsdorf, Großpösna, Belgershain, Parthenstein und Machern sowie Kleinstädte im Landkreis Wunsiedel (BMI 2019b).

3.3.4 Überwindung der räumlichen Distanz – Beam me up, Scotty!

Mit der Digitalisierung sind Änderungen der Arbeits- wie der Lebenswelt verbunden. Diese implizieren eine mögliche Überwindung der (räumlichen) Distanz (*death of distance*), da in einigen Branchen viele Arbeitsprozesse auch digital erfolgen können. Damit wäre ein fast ortsunabhängiges Arbeiten möglich. Temporäre Treffen würden nicht nur in Firmensitzen, sondern vermehrt u.a. über Videotelefonie oder auch in

Co-Working Spaces stattfinden (Froetsch 2011; Kremkau 2018: 168 f.). Dies wird vor allem im Smart-Country-Diskurs als eine Chance für eine Bevölkerungsstabilisierung oder gar einen möglichen Zugewinn an Bevölkerung für Städte und Gemeinden auch in peripherer Lage gesehen (Kremkau 2018: 170 f.; Dähner/Reibstein/Slupina et al. 2019). Über eine mögliche ausgleichende Wirkung räumlicher Defizite durch IKT wurde schon in den 1980er Jahren in der ARL diskutiert. Tetsch (1985: 270) stellte die Vermutung an, dass „die Telematik Standortnachteile der peripher gelegenen Regionen [...] abbaut und somit quasi automatisch Dezentralisierungsprozesse auslöst", nicht zuletzt durch eine erhebliche Senkung der Raumüberwindungskosten. Die Gegenthese lieferte er gleich mit, und zwar, „daß die neue Technik zur Individualkommunikation in erster Linie den modernen Verdichtungsgebieten zugutekommt" (ebd.).

Vor allem seit der Veröffentlichung von „The Death of Distance" von Craincross im Jahre 1997 wurde viel über den Bedeutungsverlust räumlicher Entfernungen spekuliert und geschrieben. Jedoch lassen sich, ähnlich wie in den 1980er Jahren, bisher wenig evidenzbasierte Belege dafür finden, dass sich dieser in großem Maße tatsächlich vollzieht, auch wenn mittlerweile zwischen 30 und 38 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten regelmäßig oder zeitweise von zu Hause aus arbeiten (Craincross 1997; Barkei/Pauly 2017; IZA/Xing 2018).[1] Es kann lediglich konstatiert werden, dass die Überwindung der räumlichen Distanz für Arbeitswege durch die Digitalisierung nur eine geringe Rolle hinsichtlich der Reduzierung des Gesamtverkehrs spielen wird, denn Freizeit- und Güterverkehr nehmen den größten Anteil hierbei ein (vgl. Textbox 1). Güter,- Urlaubs- und Freizeitverkehre werden sich voraussichtlich trotz Digitalisierung nicht wesentlich reduzieren. Im Gegenteil: Das Güterverkehrsaufkommen wird weiter steigen (BMVI o.J.).

Das Umweltbundesamt stellt u. a. für das Jahr 2015 dar, dass der Berufs- und Ausbildungsverkehr nur mit etwa 22 % am gesamten Personenverkehrsaufwand von 1.163 Milliarden Personen-km beteiligt war. Zählt man die Geschäftsreisen mit 14 % hinzu, entfällt gerade mal ein Drittel auf arbeitsbezogene Wege. Auf Urlaubs- und Freizeitverkehr entfallen rund 43 %, auf Einkaufsfahrten 16% und auf Begleitfahrten, wie das Bringen und Holen von Personen, 5% (insgesamt 64 %). Im gleichen Jahr betrug die gesamte Tonnenkilometerleistung im Güterverkehr 651 Milliarden km.

Textbox 1: Modal Split und Personen-km / Quelle: Umweltbundesamt 2018

Die Themenvielfalt für Kleinstädte in der Digitalen Transformation ist hoch und wird sich für die Kommunen ebenso nach den örtlichen Strukturen und Bedürfnissen entwickeln müssen wie danach, die Möglichkeiten der Digitalen Transformation für die eigenen Anliegen und notwendigen Entwicklungen auszuschöpfen. Eine entscheiden-

1 Ob und welchen langfristigen Wandel die Corona-Pandemie in dieser Hinsicht nach sich ziehen wird, war zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrags (Mitte 2020) noch nicht absehbar.

de Rolle wird dabei die Beteiligung und Befähigung der lokalen Akteure zur Nutzung dieser Möglichkeiten spielen. Bestimmte Themen, wie E-Government, werden über kurz oder lang sicher etabliert. Der „Tod der Distanz" lässt sich trotz der fortschreitenden Digitalen Transformation aber noch immer nicht absehen.

4 Forschungsstand und Forschungsbedarf

4.1 Forschungsstand – „Scientific Divide"

Eine explizite Forschung zu Kleinstädten und Digitaler Transformation existiert nicht. Untersuchungen zu Fragen der Digitalisierung hat sich vor allem für Großstädte etabliert. Dies erfolgte insbesondere aufgrund des Drucks technologischer Entwicklungen und großer kommerzieller Infrastrukturanbieter (z. B. IBM, Siemens, Cisco Systems), über die Nachfrage durch Endnutzer (Informationsdienste und Open Data) und die Hoffnung, mittels digitaler Lösungen Probleme der Stadtentwicklung (beispielsweise im Verkehr) sowie der Beteiligung (u. a. E-Governance) lösen zu können.

Die Forschung zu Smart Country entwickelt sich erst seit wenigen Jahren. Es gibt einige Studien, die sich auf einzelne bis wenige Kommunen oder Regionen beziehen, mit Experteninterviews arbeiten oder Befragungen in kleinem Umfang und Literaturrecherchen durchführen (u. a. Kaczorowski 2017; Lobeck 2017; ENRD Contact Point 2018; Dähner/Reibstein/Slupina et al. 2019). Im Rahmen der Smart-Country-Forschung ist es bis dato zu oft bei generalisierenden Aussagen geblieben, die von der Smart-City-Diskussion abgeleitet oder mit bekannten Strukturschwächen peripher gelegener Kommunen verbunden werden. Mit Blick auf die gesichtete Literatur scheint die Auseinandersetzung meist stark anlassbezogen und wenig systematisch oder strategisch. Eine Ausnahme bildet die Studie von Wiechmann und Terfrüchte (2017), die sich flächendeckend auf ganz Deutschland bezieht. Deren quantitative Analyse für die eigens entwickelten Raumtypen verbleibt jedoch auf Ebene der Kreise, bedingt durch die fehlende Datenverfügbarkeit auf der Stadt- und Gemeindeebene. Grundsätzlich zeigt sich ein eher explorativer Charakter der Untersuchungsansätze bei den Studien, die auch mit Blick auf die starke Heterogenität der gewählten methodischen Ansätze wenig Vergleichbarkeit zulassen.

Eine große Herausforderung stellt, wie oben bereits angedeutet, die Datenverfügbarkeit zur Digitalen Transformation insgesamt, aber insbesondere für die Ebene der Kommunen dar. Es sind nur wenige Indikatoren und Daten auf der räumlichen Ebene von Kleinstädten verfügbar oder diese sind unzureichend, da Letztere nicht flächendeckend und/oder nicht aussagekräftig genug vorliegen. Dies allein erschwert evidenzbasierte, quantitative Forschungen oder die Entwicklung neuer Indikatoren. Analysen wie Empfehlungen verbleiben bei bisher üblichen Raumkategorien, z. B der Kreisebene. Dies zeigt u. a. auch der Ansatz zur Analyse von Arbeitsmarkteffekten durch die Digitalisierung bis 2035 von Zika und Helmrich (2018). Die Autoren gehen davon aus, dass die Digitalisierung bestimmte Branchen und Berufsfelder stark durchdringen und verändern wird und „die Auswirkungen einer zunehmenden Digitalisierung [für den Arbeitsmarkt] regional unterschiedlich ausfallen" werden (ebd.: 1). Die Analyse bezieht sich aber hier aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit nur auf fünf

größere Regionen, in die Deutschland aufgeteilt wurde.[2] Damit sind aus dem Ansatz hinsichtlich der Folgen der Digitalisierung für Arbeitsmärkte, Unternehmen und die Qualifikationen von Arbeitskräften Aussagen weder für etablierte Raumkategorien noch für Kleinstädte im Besonderen möglich.

Möglicherweise kann die wachsende Anzahl der Modellvorhaben „Smart Cities" des BMI und der hier beteiligten Kleinstädte einen Anlass bieten, zu Fragen der Digitalisierung in Kleinstädten systematischer zu forschen (BMI 2020a; 2020b). Beispielhaft nähern sich im Kreis Siegen-Wittgenstein elf Kommunen mit der Erarbeitung einer gemeinsamen Digitalisierungsstrategie, aber auch mit jeweils eigenen lokalen Ansätzen und Strategien, Arbeitsbereichen und Lösungswegen an (Dickel 2019; FoKoS 2019). Weitere Kleinstädte und Kreise im Rahmen der BMI-Förderung sind u.a. Barleben, Eichenzell, Hagenow, Zwönitz, Haßfurt, Bad Belzig und Gemeinde Wiesenburg/Mark sowie die Samtgemeinde Fürstenau in der interkommunalen Kooperation mit Osnabrück, den Gemeinden Hagen am Teutoburger Wald, Bissendorf, Artland und Neuenkirchen (BMI 2020a; 2020b).

4.2 Forschungsbedarf

Für Kleinstädte kann ein Wissensdefizit zum Thema Digitalisierung bzw. Digitale Transformation festgehalten werden. Ein einfaches Zurückgreifen auf Smart-City- bzw. Smart-Country-Ansätze allein reicht aber, wie aufgezeigt, aufgrund der Strukturen und Funktionen von Kleinstädten nicht aus, um passgenaue Lösungen in der Digitalen Transformation für die jeweilige Kleinstadt zu entwickeln (vgl. auch Milbert/Fina 2021; Dehne 2021). Forschungslücken und Forschungsbedarf bestehen in mindestens allen Themenbereichen, die u.a. auch in den Smart-City- und Smart-Country-Diskursen benannt werden (vgl. Kap. 3.3), denn die strukturellen, finanziellen, personellen oder auch infrastrukturellen Voraussetzungen unterscheiden sich vor allem von denen der Großstädte. Wenn auch nicht explizit auf Kleinstädte bezogen, so konstatiert die Bundesregierung mit der Smart City Charta hier doch grundsätzlichen Forschungsbedarf: „Die Digitalisierung ist aktiv durch vielfältige Disziplinen zu begleiten, um ihre Wirkungen auf die Eigenart der Städte, die Zukunftsfähigkeit oder auf städtische und ländliche Lebensräume wie auch im Quartier zu untersuchen. Hierbei sind auch die Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebenswelt unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu untersuchen" (BBSR 2017: 16). Soike und Libbe (2018: 20) verweisen darauf, dass „das noch recht neue stadtentwicklungspolitische Thema Smart City [...] bisher nur wenige umsetzungsbezogene Langzeiterfahrungen [bietet] oder gar Standard-Vorlagen, was Prozesse, Konstellationen und konkrete Maßnahmen angeht." Dies wäre aber wichtig, um im aktuellen Diskurs viel verwendete Allgemeinplätze und Forderungen zu verifizieren oder zu verwerfen. Vor allem die Frage nach dem „Wie", also wie die

2 „Zur Sicherung robuster Ergebnisse werden die Daten für die 16 Bundesländer im Mikrozensus zu sechs Regionen zusammengefasst: Nord (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), Nordrhein-Westfalen, Mitte-West (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland), Baden-Württemberg, Bayern, Ost (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)" (Zika/Helmrich 2018: 4)

Digitale Transformation vor Ort angegangen und umgesetzt werden kann, scheint eine mindestens ebenso große Frage wie die nach dem „Was", also den relevanten Themen.

Dass sich Kleinstädte aktuell (wenn überhaupt) nur in Arbeiten zu Smart Country wiederfinden, ist allein aufgrund der unterschiedlichen Lagetypen, Strukturen und Funktionen von Kleinstädten unzureichend. Neben der fehlerhaften, ausschließlichen Zuweisung von Kleinstädten in die Kategorie der ländlichen Räume besteht vor dem Hintergrund der genannten Themenvielfalt, und des fehlenden wissenschaftlichen Diskurses viel Raum für eine systematische Forschung zu Kleinstädten und Digitaler Transformation. Ein strategisches, nachvollziehbares Forschungsdesign aus qualitativen und quantitativen Methoden ist erforderlich, um die Anforderungen zu erfassen und zu analysieren, die sich aus dem komplexen Zusammenspiel von Hard- und Software und den gesellschaftlichen Entwicklungen ergeben. Solch ein Forschungsdesign erfordert die Etablierung von Standards, einheitlichen Raumbezügen bzw. Raumeinheiten, Begriffsdefinitionen, die Verfügbarkeit von Daten und eine fundierte Anwendung vielfältiger Methoden der empirischen Sozialforschung, etwa im Methodenmix von qualitativen und quantitativen Zugängen oder z. B. mittels Grounded Theory. Ansonsten bleibt es bei der bisherigen Nutzung von etablierten Raumkategorien, Indikatorensets und für die Ebene der Kleinstädte bei Aussagen zu Einzelfällen und daraus abgeleiteten Generalisierungen. Explizite, evidenzbasierte Aussagen sowie Handlungsoptionen für Kleinstädte wären weiterhin nicht möglich.

Bislang existieren nahezu keine flächendeckenden, substanziellen Analysen, um wirtschaftliche oder soziale Chancen der Digitalen Transformation abzuschätzen und Handlungsbedarfe sowie übertragbare Lösungen für Kleinstädte abzuleiten. Insgesamt ist auf Basis der hier verwendeten Literatur ein großer Bedarf an systematischer Forschung zu Kleinstädten in der Digitalen Transformation erkennbar.

5 Zusammenfassung

Die Digitalisierung bezieht sich auf alle Bereiche und Aspekte der Arbeits- und Lebenswelt, mit langfristigen Wandlungsprozessen und vielfältigen Auswirkungen. Stadt wird digitaler und „smart" – eines der prägenden Adjektive von Leitmotiven der Stadtentwicklung und ihren Konzepten.

Die Breitbandausstattung ist in Deutschland immer noch ein zentraler Punkt und Flaschenhals der Digitalisierung sowie der damit verbundenen Möglichkeiten, die Potenziale der Digitalen Transformation zu nutzen. Die Kluft hinsichtlich der potenziellen Verfügbarkeit für Haushalte mit Breitbandanschluss zwischen Großstädten und Kleinstädten ist beträchtlich. Es gilt: Je kleiner eine Stadt und je peripherer ihre Lage, desto geringer ist die Breitbandausstattung. Wer über keine ausreichende Bandbreite verfügt, kann sich weder entsprechend digital vernetzen noch Erfahrungen zur Nutzung der damit verbundenen Möglichkeiten erwerben. In der Folge können auch keine Lösungen für allgemeine Herausforderungen der Kleinstadtentwicklung ortsspezifisch angepasst generiert werden. Damit werden das für Kleinstädte entscheidende Empowerment sowie die Innovationsfähigkeit und letztlich die Entwicklungs- und Wett-

bewerbsfähigkeit der Kleinstädte ausgebremst. Das Risiko einer sich vertiefenden Digitalen Kluft und die damit einhergehenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden verstärkt. Dies wirkt dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse entgegen.

Aktuell können die Diskussionen räumlich nach Großstädten (Smart City) und ländlichen Räumen (Smart Country) unterteilt werden. Kleinstädte können sich an diesen zwei Feldern orientieren sowie die hier entwickelten Lösungen adaptieren. Aktuelle Themen aus dem Smart-Country-Diskurs, wie Infrastrukturausbau, digitale Daseinsvorsorge, Telemedizin, Mobilität (von vernetzten Verkehrsmittelangeboten bis hin zum autonomen Fahren), Anpassung und Nutzung von harter und weicher Infrastruktur, spielen vor allem für Kleinstädte in peripheren Lagen eine wichtige Rolle. Kleinstädte in zentralen Lagen stehen hingegen vor der großen Herausforderung, sich ausgehend von den Diskussionen und Entwicklungen zu Smart City wie auch zu Smart Country Strategien und Lösungen entsprechend ihrer Situation und ihren Bedürfnissen zu erarbeiten. Dabei ist entscheidend, dass Konzepte und Lösungsansätze zur Stadtentwicklung wie zur Digitalen Transformation einer starken Maßstäblichkeit unterliegen. Viele Themen der Smart City, wie Verkehrsleitsysteme, Parkraumüberwachung und -steuerung, Überwachung von Einkaufsstraßen oder Big Data, werden hier keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Entweder sind die Themen vor Ort nicht relevant oder mit den bestehenden Personalkapazitäten, Haushaltsmitteln und Infrastrukturen nicht zu bewältigen. Hingegen werden Themen der Digitalen Transformation – wie die Veränderung von Logistik- und Produktionsprozessen sowie von Arbeitswelten – auch für Kleinstädte mit ihrer hohen Anzahl an Kleinst- sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die gleiche Bedeutung wie für Mittel- und Großstädte erlangen.

Da es keine explizite Forschung zu Kleinstädten und Digitaler Transformation gibt, sind die Forschungslücken mannigfaltig. Schwerpunktthemen, wie beispielsweise Mobilität, Wirtschaft, Arbeitswelten, Wohnen, Verwaltung, Bildung und Befähigung der Stadtgesellschaft, sind erkennbar, bedürfen aber einer Verifikation sowie eines Abgleichs mit Erkenntnissen zum Thema Digitale Transformation in anderen Stadt- und Gemeindetypen. Inhaltlich ist es wesentlich, dass Forschung vorausschauend wichtige Themen hinsichtlich einer nachhaltigen, resilienten Kleinstadtentwicklung in der Digitalen Transformation und möglicher Mittel der Digitalisierung aufgreift und für alle Akteure nachvollziehbar bearbeitet wie aufbereitet.

Die Digitalisierung von Kommunen sollte, wie das BBSR (2017: 10) betont, kein Selbstzweck sein. Im Rahmen von Digitalisierungskonzepten und -umsetzungen sollten die Ansätze des „Smart-City"-Gedankens, wie diesen z.B. die Stadt Wien Mitte der 2010er Jahre mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung und Beteiligung der Stadtgesellschaft interpretierte und ausformulierte, stärkere Beachtung finden. Vor allem – und das ist für Kleinstädte wichtig – sollte Digitalisierung als Chance und Werkzeug zum Empowerment der Stadtgesellschaft verstanden werden. Zusammen würde dies nicht nur zur Entwicklung smarter, sondern auch intelligenter Städte und Stadtgesellschaften beitragen. Dies ist ganz im Sinne einer kooperativen Kleinstadtentwicklung, in der Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft gemeinsam mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten

lokal passfähige Strategien und Lösungen zu einer zukunftsfesten Kleinstadt entwickeln. Dabei gilt es aber auch die Hürden und Grenzen der Beteiligung zu bedenken: So können und dürfen kommunale Pflichtaufgaben nicht von ehrenamtlichen Kräften bzw. engagierten Bürgerinnen und Bürgern übernommen werden. Zudem muss beachtet werden, dass freiwilliges Engagement kein Dienstleistungsersatz, sondern ein ergänzender Beitrag ist, den die Menschen in ihrer Freizeit leisten.
Der wissenschaftliche Diskurs sollte ebenfalls nicht allein auf die Suche nach der Smart City in der Kleinstadt und damit auf digitale Infrastrukturen, Hard- und Software beschränkt werden. Er sollte ebenso die Stadtgesellschaft und die Befähigung aller Akteure zur Nutzung und Anpassung der digitalen Möglichkeiten an lokale und regionale Bedürfnisse zur nachhaltigen Kleinstadtentwicklung mindestens in gleichem Maße einbeziehen, weiterentwickeln und unterstützen.

Notwendig dazu sind eine interdisziplinäre, systematische Forschung ebenso wie Kleinstädte mit Mut zur Innovation durch Experimente.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesentwicklung (Hrsg.) (1987): Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen der Neuen Informations- und Kommunikationstechniken (Telematik)". Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 169.
Barkei, N.; Pauly, B. (2017): Jedes dritte Unternehmen bietet Arbeit im Homeoffice an. https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Jedes-dritte-Untershynehmen-bietet-Arbeit-im-Homeshyoffice-an.html (17.07.2019).
Bauriedl, S.; Strüver, A. (2018): Raumproduktionen in der digitalisierten Stadt. In: Bauriedl, S.; Strüver, A. (Hrsg.): Smart City: kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten. Bielefeld, 11-30.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (o.J.): Laufende Raumbeobachtung – Raumabgrenzungen. Abgrenzungsmethodik Lage.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_alt.html (23.12.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2017): Smart City Charta – Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten. Sonderveröffentlichung. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2019a): Zukunft Kleinstadt. Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Sonderveröffentlichung. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2019b): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/4.
Beckmann, A. (2019): Urbanes Leben – Die Digitalisierung verändert die Stadt. Deutschlandfunk. https://www.deutschlandfunk.de/urbanes-leben-die-digitalisierung-veraendert-die-stadt.740.de.html?dram:article_id=450808 (01.07.2019).
Bertelsmann Stiftung (2018a): Smart Country: Teilhabe für alle sichern. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/smart-country/projektbeschreibung/ (17.07.2018).
Bertelsmann Stiftung (2018b): Smart Country. Vernetzt. Intelligent. Digital. Reinhard Mohn Preis 2017. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart_Country/Forderungskatalog_Smart Country_170613final_II.pdf (17.07.2018).
BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019a): Aufruf zur Einreichung von Modellprojekten Smart Cities.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/modellprojekt-smart-cities-aufruf.pdf;jsessionid=F4F6C5A96A9EE5EDDFE623F5FC608077.2_cid295?__blob=publicationFile&v=3 (12.07.2019).

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019b): 13 Modellprojekte Smart Cities ausgewählt. Wissenstransfer soll in die Breite wirken.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190709-smartcities.htmlm (12.07.2019).
BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020a): Modellprojekte.
https://www.smart-city-dialog.de/category/modellprojekte (05.10.2020).
BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020b): 32 Modellprojekte Smart Cities ausgewählt.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/09/smart-cities.html (05.10.2020).
BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse". Berlin.
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/kom-gl-massnahmen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (11.07.2019).
BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (o.J.): Verkehrsverflechtungsprognose 2030.
https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/gueterverkehr-und-logistik.html (27.07.2019).
Burmeister, K.; Rodenhäuser, B. (2018): Urbane Kleinstädte Expertise im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt). Sonderveröffentlichung. Bonn.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2018/urbane-kleinstaedte-dl.pdf. (06.12.2018).
Craincross, F. (Hrsg.) (1997): The Death of Distance. How the Communications Revolution Is Changing Our Lives. London.
Dähner, S.; Reibstein, L.; Slupina, M.; Klingholz, R. (Hrsg.) (2019). Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann. Berlin.
https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_UrbaneDoerfer_2019.pdf (23.12.2020).
Dehne, P. (2018): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen, Nr. 50/3.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ExWoSt/50/exwost-50-2.pdf. (26.02.2019).
Dehne, P. (2021): Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 102-122. = Forschungsberichte der ARL 16.
Dickel, L.-P. (2019): Bad Berleburg will bei Digitalisierung in Vorreiterrolle. In: WP – Westfalenpost. Internetausgabe.
https://www.wp.de/staedte/wittgenstein/bad-berleburg-bei-digitalisierung-in-vorreiterrolle-id216843539.html (10.12.2019).
DLT – Deutscher Landkreistag e.V. (Hrsg.) (2018): Der digitale Landkreis. Herausforderungen – Strategien – Gute Beispiele. Berlin. = Schriften des Deutschen Landkreistages, Band 136.
DStGB – Deutscher Städte- und Gemeindebund; iit – Institut für Innovation und Technik (Hrsg.) (2019): Zukunftsradar Digitale Kommune. Ergebnisbericht zur Umfrage 2019. Berlin.
EIP on Smart Cities and Communities – European Innovation Partnership on Smart Cities and Communities (o.J.): Amsterdam Smart City Program.
https://eu-smartcities.eu/group/1662/description (28.12.2019).
ENRD Contact Point – European Network for Rural DevelopmentContact Point (2018): Digital Villages. Germany. Working Document.
https://enrd.ec.europa.eu/sites/enrd/files/tg_smart-villages_case-study_de.pdf (25.05.2018).
Fischer, K. (1987): Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Raumordnerische Auswirkungen, raumplanerische Konsequenzen und regionalpolitischer Handlungsbedarf. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesentwicklung (Hrsg.): Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen der Neuen Informations- und Kommunikationstechniken (Telematik)". Hannover, 177-216. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 169.
FoKoS – Forschungskolleg der Universität Siegen (2019) (Hrsg.): Gemeinsame Kreisweite Digitalisierungsstrategie Siegen-Wittgenstein 2025.
https://fokos.de/wp-content/uploads/2019/10/GID_strategiepapier_web_2019-10-08.pdf (12.11.2019).
Froetsch, C. (2011): Der ländliche Weg des Coworkings.
http://www.deskmag.com/de/laendliche-weg-des-coworking-kleine-staedte-186 (26.05.2018).

Gatzweiler, H.-P.; Milbert, A. (2012): Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. Stuttgart. = Analysen Bau.Stadt.Raum, Band 10.
Haselbeck, S. (2015): Smart Country – Mit der Digitalen Agenda in den ländlichen Raum. https://www.basecamp.digital/smart-country-mit-der-digitalen-agenda-in-den-laendlichen-raum/ (12.07.2019).
Häußermann, H.; Kapphan, A. (1998): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten für die Berliner Senatsverwaltung. Berlin.
Herriger, N. (1991): Empowerment – Annäherungen an ein neues Fortschrittsprogramm der sozialen Arbeit. = Neue Praxis, 21, 221-229.
Internet & Gesellschaft Collaboratory e.V. (Hrsg.) (2014): Smart Country – Digitale Strategien für Regionen. Executive Summary. https://digital.zlb.de/viewer/rest/image/16295063/SmartCountry_ExecutiveSummary.pdf/full/max/0/SmartCountry_ExecutiveSummary.pdf (12.07.2019)
Iringer, A. (2017): Difference between Digitization, Digitalization and Digital Transformation. https://www.stadtmarketing.eu/kuenstliche-intelligenz/ (29.11.2017).
IZA – Institute of Labor Economics; Xing (2018): Homeoffice auf dem Vormarsch. Räumlich flexibles Arbeiten nimmt zu, aber nur jeder fünfte sieht seine Wünsche bereits erfüllt. https://newsroom.iza.org/de/archive/research/homeoffice-auf-dem-vormarsch/ (17.07.2019).
Kaczorowski, W. (2017): Neue digitale Daten für die Entwicklung smarter Städte und Regionen. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart_Country/LK_Neue_digitale__Daten_2017.pdf (17.07.2018).
Kaczorowski, W.; Swarat, G. (2018): Smartes Land – von der Smart City zur Digitalen Region. Impulse für die Digitalisierung ländlicher Regionen. Glückstadt. = Schriften des Innovators Club 8, Bd. 8.
KfW Bankengruppe (Hrsg.) (2018): Kommunalpanel 2018. Frankfurt/M. https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2018.pdf (17.08.2018).
Kremkau, T. (2018): Blok-O – Bank einmal anders gedacht. In: Wékel, J.; Ohnsorge, D.; Zdiara, A. (Hrsg.): Planungspraxis kleiner und mittlerer Städte in Deutschland – neue Materialien zur Planungskultur. 51 Projekte. München, 168-171.
Kubicek, H.; Welling, S. (2004): Vor einer digitalen Spaltung in Deutschland? Annäherung an ein verdecktes Problem von wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Brisanz. In: Medien und Kommunikationswissenschaften 48 (4), 497-517.
Kummel, O.; Schneider, G.; Schwarzkopf, F. (2020): Daseinsvorsorge durch Ehrenamt. Ermöglichende Rahmenbedingungen auf lokaler und übergeordneter Ebene herstellen. In: Abt, J.; Blecken, L.; Bock, St.; Diringer, J.; Fahrenkrug, K. (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin, 194-199. https://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/11b_kummel_bedingungen.pdf (19.10.2020).
Lobeck, M. (2017): Digitale Zukunft auf dem Land. Wie ländliche Regionen durch die Digitalisierung profitieren können. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/170620_Endfassung_Digitale_Zukunft_korrigiert_2.pdf (21.07.2018).
Magistrat der Stadt Wien (2012) (Hrsg.): Smart City Wien (Vision 2050, Roadmap for 2020 and beyond, Action Plan for 2012-15). https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008218.pdf (12.07.2018).
Magistrat der Stadt Wien (2014) (Hrsg.): Smart City Wien. Rahmenstrategie. https://smartcity.wien.gv.at/site/wp-content/blogs.dir/3/files/2014/08/Langversion_SmartCityWien Rahmenstrategie_deutsch_einseitig.pdf (12.07.2018).
Maretzke, S.; Porsche, L. (2018): Die Diversität von Kleinstädten in ländlichen Räumen. In Schmied, D.; Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Große Dörfer – Kleine Städte. Göttingen, 31-60. = Rural, Band 9.
Meyn, M. (2017): Digitalization: Status Quo and Future Trends – A New Impact on Life in Rural Areas? New York. = Occasional Paper Nr. 1. https://www.acgusa.org/wp-content/uploads/2017/11/1-2017-Meyn-Digitalization-in-Rural-Areas-FINAL.pdf (27.05.2018).
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Naisbitt, J. (Hrsg.) (1982): Megatrends. Ten new directions transforming our lives. New York.

Stadt Wien (o.J.): Historie.
https://smartcity.wien.gv.at/site/der-wiener-weg/historie/ (10.10.20).
Soike, R.; Libbe, J. (2018): Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. Berlin. = DIFU Papers, ohne Nummer.
Spehl, H. (1987): Einführung. In: Akademie für Raumforschung und Landesentwicklung (Hrsg.): Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen der Neuen Informations- und Kommunikationstechniken (Telematik)". Hannover, 1-21. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 169.
Tetsch, F. (1985): Zur regionalpolitischen Bedeutung der neuen Techniken zur Individualkommunikation (Telematik). In: Raumforschung und Raumordnung 43 (6), 270-279.
Türke, K. (1985a): Einführung. In: Raumforschung und Raumordnung 43 (6), 253.
Türke, K. (1985b): Werkstattberichte. Information und Kommunikation als Ressource für eigenständige Entwicklung. In: Raumforschung und Raumordnung 43 (6), 307.
Türke, K. (1987): Information und Kommunikation als Elemente der Raumentwicklung. Gesellschaftliche und raumplanerische Aspekte. In: Akademie für Raumforschung und Landesentwicklung (Hrsg.): Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen der Neuen Informations- und Kommunikationstechniken (Telematik)". Hannover, 157-175. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 169.
TÜV Rheinland – TÜV Rheinland Consulting GmbH; BMVI – Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (2015) (Hrsg.): Bericht zum Breitbandatlas Mitte 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Teil 2: Methode.
https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/Digitales/bericht-zum-breitbandatlas-mitte-2015-methode.pdf?__blob=publicationFile (21.07.2018)
Umweltbundesamt (2018): Fahrleistungen, Verkehrsaufwand und „Modal Split".
https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/fahrleistungen-verkehrsaufwand-modal-split#textpart-3 (22.08.2018).
Vanolo, A. (2014): Smartmentality: The Smart City as Disciplinary Strategy. In: Urban Studies 51 (5), 883-898.
Wiechmann, T.; Terfrüchte, T. (2017): Smart Country regional gedacht – Teilräumliche Analysen für digitale Strategien in Deutschland. Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh.
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart_Country/SCRegional_Juni2017_final.pdf (21.07.2018).
Zika, G.; Helmrich, R. (2018): Arbeitsmarkteffekte der Digitalisierung bis 2035. Regionale Branchenstruktur spielt eine wichtige Rolle. Nürnberg. = IAB Kurzbericht 9/2018.

Autor

Lars Porsche (**1972*) *ist Geograph und seit 2002 Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Referat Baukultur, Städtebaulicher Denkmalschutz. Forschungsschwerpunkte seiner Arbeit sind die Themen Stadtentwicklung und Kleinstädte.*

Robert Nadler, Stefan Fina

NACHHALTIGE MOBILITÄT ALS UMWELTPOLITISCHES HANDLUNGSFELD IN KLEINSTÄDTEN

Gliederung

1 Einleitung
2 Fehlende Kleinstadtperspektive in der Mobilitätsforschung
3 Spezifik der Mobilitätsbedürfnisse in Kleinstädten
4 Auswirkungen auf die Umwelt
5 Nachhaltigere Mobilität in Kleinstädten? Diskutierte Lösungsansätze
6 Ausblick
Literatur

Kurzfassung
Mobilitäts- und damit zusammenhängende Umweltthemen werden bislang kaum explizit für Kleinstädte beforscht. Im Fokus stehen Raumtypen mit hoher (Großstadt) bzw. geringer (ländlicher Raum) Nutzerdichte. Der Beitrag fasst den Forschungsstand für Kleinstädte zusammen und argumentiert, dass Kleinstädte je nach Lage spezifische Voraussetzungen für die Organisation von Mobilitätsangeboten haben, insbesondere im Hinblick auf Innovationen im Verkehrssektor.

Schlüsselwörter
Kleinstadt – Mobilität – Verkehr – Umwelt – Smart Mobility

Sustainability as a Field of Environmental Policy in Small Towns

Abstract
Mobility and the associated environmental topics have been subject to very little research in the explicit context of small towns. The focus has been on areas with a higher (cities) or lower (rural areas) density of users. The article summarises the state of research for small towns and argues that, depending on their location, small towns have specific requirements for the organisation of mobility, particularly in terms of innovations in the transport sector.

Keywords
Small town – mobility – transport – environment – smart mobility

1 Einleitung

Kleinstädte haben mit ihrer im Vergleich zu Groß- und Mittelstädten geringen Bevölkerungsdichte und ihrer dispersen Siedlungsstruktur sehr spezifische Rahmenbedingungen für die Organisation von Mobilität. Verkehre lassen sich weniger gut bündeln und die Deckungslücken im ÖPNV sind höher als in den Großstädten. Kleinstädte zählen zu den nachfrageschwachen Räumen, der Status quo wird durch eine höhere Autoabhängigkeit und damit einen höheren Anteil an motorisiertem Individualverkehr (MIV) am Gesamtverkehrsaufkommen beschrieben. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem Einfluss der Verkehrsnachfrage auf siedlungsstrukturelle Entwicklungspfade und deren Auswirkungen auf umweltpolitische Zielsetzungen nachhaltiger Mobilität und der Vermeidung von Landschaftszersiedelung und Flächenverbrauch. Offen ist zudem die Frage, inwiefern die geringere Bevölkerungsdichte auch ein Argument für Feldversuche mit neuen Mobilitätsangeboten sein kann. Außerdem behindert die vielerorts mangelhafte Ausstattung von Kleinstädten mit adäquaten Internetinfrastrukturen die technische Umsetzung innovativer Ansätze aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

2 Fehlende Kleinstadtperspektive in der Mobilitätsforschung

Vorab ist zu bemerken, dass Mobilitäts- und Verkehrsforschung sich bisher selten explizit mit Kleinstädten als Siedlungsstrukturtyp auseinandersetzt. Eher findet in der Mobilitätsforschung eine dichotome Einteilung in großstädtische Verdichtungsräume und ländliche Räume statt (Steinrück/Küpper 2010: 15). Dies beruht auf der empirischen Erkenntnis der Verkehrsforschung, dass die erfolgreiche Organisation von ÖPNV auf Mindestgrößen bei der Nutzungsdichte angewiesen ist, die am ehesten in den großstädtischen Verdichtungsräumen vorzufinden ist (Follmer/Gruschwitz/Jesske et al. 2010). Entsprechend werden Kleinstädte, abhängig von ihrer siedlungsstrukturellen Lage, als Teil der Agglomerationen oder eben ländlicher Räume implizit mitbetrachtet, aber nicht explizit untersucht.

Bewohnerinnen und Bewohner von Kleinstädten werden allenfalls als Pendlerinnen und Pendler thematisiert (Bracher 2002). Bis auf eine teilweise sehr leistungsfähige Pendlerinfrastruktur in der Nähe großstädtischer Arbeitsmärkte ist der ÖPNV in Kleinstädten auf Busverbindungen beschränkt (Canzler/Knie/Ruhrort et al. 2008). Da jedoch selbst die agglomerationsnahen Kleinstädte meist in den weniger dichten und weniger gut erschlossenen Randlagen im Umland der Großstädte liegen, wird in der derzeitigen Mobilitätsforschung Verkehr und Mobilität in Kleinstädten nicht explizit thematisiert.

3 Spezifik der Mobilitätsbedürfnisse in Kleinstädten

Eine bedeutende Quelle des Verkehrsaufkommens in Kleinstädten ist der berufsbedingte Verkehr zum und vom Arbeitsplatz. Kleinstädte stellen in dieser Hinsicht keinen homogenen Siedlungsstrukturtyp dar. Daher sind die Mobilitätsbedürfnisse von Einwohnerinnen und Einwohnern in Kleinstädten auch unterschiedlich. Sie lassen

sich nach kleinstädtischen Lagen im Tagespendelbereich um großstädtische Arbeitsmärkte sowie in periphere, ländlich geprägte Räume mit eigenständigen Zentren als Teil polyzentraler Städtesysteme unterscheiden. Im ersten Fall der Pendelorientierung auf einen nahegelegenen großstädtischen Arbeitsmarkt sind berufsbedingte Verkehre leichter bündelbar und können somit besser über den klassischen ÖPNV in Form von regionalen Schnellbuslinien oder S-Bahn-Verbindungen organisiert werden (Difu 2002). Beispiele hierfür sind die über gute ÖPNV-Infrastrukturen angebundenen Gemeinden im Umland der klassischen Einpendlerstädte wie München, Hamburg, Düsseldorf, Hannover, Frankfurt/M. oder Berlin.

Im zweiten Fall der Kleinstädte in eher peripheren, ländlichen Regionen, wie beispielsweise der Lausitz an der Grenze zu Polen, sind berufsbedingte Verkehre weniger gut bündelbar. Hier dominiert der MIV als bisher am besten auf die Mobilitätsbedürfnisse zugeschnittener Verkehrsträger. Der in der Vergangenheit hier praktizierte, nachfrageorientierte Rückbau bestehender Schieneninfrastruktur wird im Zuge der Verkehrswende heute teilweise wieder infrage gestellt, z.B. über die Revitalisierung stillgelegter Regionalbahnstrecken und die Reintegration kleinstädtischer Haltestellen und Bahnhöfe in die Fahrpläne der Bahn (Dorsch 2019). Innerhalb und zwischen Kleinstädten basiert der kollektive öffentliche Verkehr hingegen weiterhin auf minimal ausgestatteten straßengebundenen ÖPNV-Verbindungen mittels Bussen, die sehr häufig am Schülerverkehr orientiert sind (Canzler/Knie/Ruhrort et al. 2008).

Gleichzeitig spielt auch für die Mobilität innerhalb der Kleinstädte das private Auto eine zentrale Rolle. Anders als in Großstädten sind viele Angebote der täglichen Versorgung in den Zentren der Kleinstädte aufgrund der geringeren Distanzen prinzipiell auch gut zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar (vgl. Porsche/Milbert 2018: 12). Dennoch zeigt sich zusehends, dass in der Standortsuche von Einzelhandelszentren die Erreichbarkeit mit dem MIV zum zentralen Kriterium wird und neue Standorte in Siedlungsrandlagen entstehen, bei denen die fußläufige Erreichbarkeit kaum mehr eine Rolle spielt. Damit kann die fußläufige Erreichbarkeit in Kleinstädten sinken, der Einzelhandel in den kleinstädtischen Zentren in Bedrängnis geraten und die Wegelänge zunehmen. So liegen beispielsweise die mittleren Wegelängen für den Wegezweck Einkauf in Kleinstädten und Dörfern mit 7 Kilometern bereits über den Wegelängen in den größeren Städten (5–6 Kilometer) (infas/DLR/IVT et al. 2018: 63). Empirisch spiegelt sich die Autoabhängigkeit in Kleinstädten auch in einer höheren Pkw-Verfügbarkeit und -Nutzung der privaten Haushalte und in einem größeren Anteil an Personen, die im Besitz eines Führerscheins sind, wider (Schulz 2003; infas/DLR/IVT et al. 2018).

Grundsätzlich wird die starke Autoabhängigkeit von abseits der großstädtischen Verdichtungsräume liegenden Kleinstädten betont (Wittowsky/Hoenninger 2018). Der hohe Anteil des motorisierten Individualverkehrs wird hier als zentrales Merkmal des Modal Split (d.h. der Verteilung des Verkehrsaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel) empirisch beschrieben. Darauf aufbauend wird diese Autoabhängigkeit aus sozial- und umweltwissenschaftlichen Perspektiven problematisiert. So beschreiben Mössner, Freytag und Miller (2018) die Dominanz des MIV in suburbanen Lagen als Ergebnis eines selbstgewählten Lebensstils, der im kleinstädtischen Siedlungsgefüge weniger Einschränkungen für automobile Mobilität als in Großstädten unterliegt. In diesem Sinne fände in Kleinstädten eine residentielle Selbstselektion statt, bei der sich

autoaffine Haushalte konzentriert ansiedeln (Ettema/Nieuwenhuis 2017). Sozialwissenschaftlich kann die massive Autoabhängigkeit jedoch auch als eine auferzwungene Situation für die Bewohnerinnen und Bewohner von Kleinstädten verstanden werden, die ihren Ursprung nicht zwangsläufig in der Siedlungsstruktur, sondern in einer einseitig MIV-orientierten Ressourcenallokation bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur hat (Banister 1994). Demnach sind sie aufgrund fehlender ÖPNV-Systeme gezwungen, mit dem privaten PKW mobil zu sein, um angemessen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Gerade die sozialen Gruppen, die sich allerdings kein Auto leisten können oder es sich doch leisten, obwohl sie es eigentlich nicht können, sind dann von Verkehrsarmut betroffen (Mattioli/Lucas/Marsden 2017). Die zunehmende berufliche Ausdifferenzierung und Spezialisierung von Erwerbstätigen sowie der Anstieg sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Befristung oder Zeitarbeit) erschwert zudem die Optionen von Haushalten, kurze Pendelwege zu realisieren. Insbesondere Mittelschichtenhaushalte mit hochgebildeten Berufstätigen sind in Kleinstädten von zunehmenden Pendeldistanzen und damit einhergehender Zeitarmut betroffen (Mattioli/Colleoni 2016). Dies wiederum kann Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt kleinstädtischer Gesellschaften haben, da die Mittelschichtenhaushalte als wichtige Träger zivilgesellschaftlicher Strukturen gelten. In Klein- und Mittelstädten sind bereits geringere Niveaus an Engagement im Vergleich zu ländlichen Regionen zu beobachten (Klie/Klie/Marzluff 2016: 21).

4 Auswirkungen auf die Umwelt

Aus umweltwissenschaftlichen Gesichtspunkten gilt die hohe Autoabhängigkeit ebenfalls als problematisch, insbesondere als starker Verursacher von Emissionen. Im Zusammenhang mit den Mobilitätsstrukturen in Kleinstädten stellen sich daher spezifische Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung, die auch aus Sicht der Umweltplanung und des Naturschutzes von entscheidender Bedeutung sind. So werden im Methodenspektrum der Landes- und Regionalplanung zur Vermeidung der Landschaftszersiedelung und der Zerschneidung von Freiräumen vielfach Zentrale-Orte-Konzepte und Entwicklungsachsen definiert. Kleinstädte im Einzugsbereich von Großstädten stellen in diesen Konzepten wichtige Knotenpunkte für die regionale Verkehrsinfrastruktur und die Nachverdichtung von Wohnstandorten und Gewerbe- und Industrieflächen dar. Planelemente wie Schwerpunkte für den Wohnungsbau beziehungsweise für Gewerbe und Industrie liegen deshalb häufig in unmittelbarer Nähe (Verband Region Stuttgart 2010; Friedrich/Birkmann/Fina et al. 2017). Diese Form der Positivplanung verfolgt mehrere Ziele: Neben der Nutzung der – relativ zum umgebenden Raum gesehenen – höheren Dichte und Auslastung von Verkehrsinfrastrukturen geht es insbesondere um den Freiraumschutz und die Vermeidung von Landschaftszersiedelung mit ihren vielfältigen Aspekten des Natur- und Bodenschutzes, um die Ressourceneffizienz von Siedlungsstrukturen sowie die Vermeidung von Umweltauswirkungen durch Versiegelung und Bebauung, etwa zum Hochwasserschutz oder für Klimafunktionen (Couch/Leontidou/Petschel-Held 2007; Jaeger/Bertiller/Schwick 2010; Fina 2013).

Die Wirksamkeit dieser Instrumente ist jedoch regional unterschiedlich und konkurriert mit einer Reihe von Triebkräften, die eine zunehmende Autoabhängigkeit außerhalb wachsender Metropolen bewirken (Einig/Zaspel 2012; Schmidt/Siedentop/Fina

2017). Dazu gehört zum Beispiel die generell steigende Motorisierung der Bevölkerung im Individualverkehr, auch wenn punktuell in jüngeren Kohorten ein Rückgang der Autonutzung zu verzeichnen ist. Gegenläufig wirkt auch die Ausdifferenzierung von Lebensstilen im Zuge einer Reurbanisierung, zu der unter anderem auch die Wegzüge vornehmlich jüngerer Bevölkerungskohorten aus ländlichen Räumen beitragen. Wenn vor allem junge Menschen Kleinstädte verlassen und im demographischen Wandel der Anteil älterer Menschen steigt, kann es aufgrund der Schrumpfung wichtiger Nutzergruppen zu weiteren Nachteilen für die Kosteneffizienz und zu einer Ausdünnung des ÖPNV-Verkehrsangebotes kommen. Letztlich zeigen Statistiken, dass Pendlerbewegungen und -distanzen deutschlandweit stetig wachsen und Überlastungserscheinungen der Verkehrsinfrastruktur auch in Kleinstädten zunehmend zum Problem werden – nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Lebensqualität von Beschäftigten und Anwohnerinnen und Anwohnern (Schönduwe 2017; Siedentop/Osterhage 2017).

Die Stadtforschung postuliert in diesem Zusammenhang seit vielen Jahrzehnten den Mehrwert von kompakten Siedlungsentwicklungsstrategien mit hoher Dichte und Mischnutzung als maßgebliche Voraussetzung für die Bereitstellung von ÖPNV-Angeboten, aber auch für die fußläufige Erreichbarkeit von Einrichtungen (Dempsey/Jenks 2010; Schneider/Woodcock 2008; Dielemann/Wegener 2004). Politik und Planungspraxis folgen vielfach diesem Paradigma (OECD 2012; Gehl 2013) und verknüpfen diese Sichtweise zunehmend mit Aspekten der Gesundheitsförderung und nachhaltigen Mobilität (Barton 2016; Baumgart/Köckler/Ritzinger et al. 2018). Fraglich bleibt jedoch, inwiefern die zugrunde liegenden Konzepte durch die in Kleinstädten nicht realisierbaren *economies of scale* scheitern müssen, d. h. ob die geringere Anzahl an Nachfragern hier zwangsläufig die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltiger Mobilitätsoptionen beschränkt. Weiterführende Studien zu diesem Thema liefern Hinweise darauf, dass die Profilierung von Innenstadtbezirken der Verdichtungsräume als „Green City" mit ökologisch orientierten Anwohnern und Anwohnerinnen, die schwerpunktmäßig nachhaltige Mobilitätsoptionen nutzen, Auswirkungen auf eine zunehmende Autoabhängigkeit in kleinstädtischen Ortslagen im Umland haben kann (Mössner/Freytag/Miller 2018). Dieser als *cityism* bezeichnete Effekt steht in engem Zusammenhang mit einer Verdrängung von Lebensstilgruppen, deren Wohnstandortwahl nicht primär Gesichtspunkten einer nachhaltigen Lebensweise folgt oder folgen kann. So wird zum Beispiel für Freiburg beobachtet, dass die positiven Entwicklungen in der Innenstadt (*cityism*) von einer Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung im autoabhängigen Speckgürtel der Stadt begleitet werden. Vor allem Familien mit Kindern ziehen aus dem hochpreisigen Immobilienmarkt der Innenstadt in Randlagen, der Pendlerverkehr nimmt zu. Letztlich kann dies regionsweit gesehen zu einer negativen Bilanz für die Ziele einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung führen, sodass der *cityism* auf diesem Entwicklungspfad als kontraproduktiv angesehen wird.

Eine These dazu könnte lauten, dass sich in Kleinstädten Lebensstile konzentrieren, die sich mit einer siedlungsstrukturell erzwungenen Autoabhängigkeit und Mobilitätsarmut arrangieren. Denkbar ist aber auch, dass die Stadtplanung aufgrund einer vermeintlich geringeren Nachfrage nach verschiedenen Mobilitätsoptionen weniger aktiv in der Bereitstellung integrierter Verkehrskonzepte ist, zumindest in peripheren Lagen ohne Möglichkeit zum Anschluss an regionale ÖPNV-Strukturen. In diesem Span-

nungsfeld sind übergreifende Lösungsansätze zu entwickeln, die die wechselseitigen Beziehungen zwischen Verkehrsentwicklung und Sozialraumforschung räumlich und inhaltlich diskutieren sowie spezifische Mobilitätsoptionen für Kleinstädte identifizieren.

5 Nachhaltigere Mobilität in Kleinstädten? Diskutierte Lösungsansätze

In der Literatur werden verschiedene Ansätze zur nachhaltigeren Gestaltung des Verkehrs in Kleinstädten thematisiert. In den 1990er Jahren wurde mit den damals eingeführten Citybussystemen versucht, eine eigene lokale ÖPNV-Angebotsstruktur für Kleinstädte zu schaffen (Mende 2000). Diese Systeme basierten gerade in ostdeutschen Kleinstädten auf einer langen Tradition lokaler Bussysteme, sie wurden in vielen westdeutschen Kleinstädten aber auch mit Erfolg neu eingeführt und ergänzen dort den MIV. Da jedoch diese Citybussysteme sehr geringe Kostendeckungsgrade von etwa 40% erreichen und auch der regionale ÖPNV in nachfrageschwachen Räumen nur geringe Kostendeckungsgrade aufweist, wurden verschiedene Vorschläge zur Entwicklung alternativer Ansätze gemacht. Einer dieser Vorschläge besteht in der zunehmenden Ergänzung sich ausdünnender, angebotsgesteuerter ÖPNV-Angebote durch bedarfsgesteuerte ÖPNV-Dienste. Ein Beispiel ist das Ridepooling-System zwischen den Kleinstädten Rehau und Regnitzlosau im Landkreis Hof. Dieses 2017 eingeführte System bedient 185 „virtuelle" Haltestellen, die per App-Bestellung durch Kunden angefahren werden. Die Fahrten mit Bussen mit Kapazität für maximal acht Fahrgäste kosten einheitlich drei Euro. Finanziell kann sich das System durch die Einnahmen nicht tragen, es bedarf der finanziellen Förderung der Staatsregierung Bayern (BBSR 2020). Steinrück und Küpper (2010) resümieren in ihrer Analyse dieser bedarfsgesteuerten Angebote ebenfalls, dass der Besetzungsgrad und die Kostendeckungsgrade sehr gering und die Fahrpreise für die Kunden sehr hoch seien. Damit seien bedarfsgesteuerte Lösungen nur ein möglicher Baustein unter vielen. Sie schlagen ergänzend vor, auf bürgerschaftlichem Engagement basierende Angebote wie Bürgerbusse, privat organisierte Mitfahrgelegenheiten, Personenbeförderung durch Mitnahme in Dienstfahrzeugen von Dienstleistern abseits des Mobilitätsbereichs sowie institutionalisiertes oder privates Car-Sharing als Mobilitätsoptionen zu stärken. Die Webseite *http://www.buergerbusse-in-deutschland.de/* zeigte zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Beitrags 100 Bürgerbuslinien, vielfach als Zubringer aus dem ländlichen Raum in kleinstädtische Grundzentren oder mit Haltestellen in Kleinstädten als Verbindung in die nächstgelegene Kreisstadt. Weiterhin argumentieren Steinrück und Küpper mit Verweis auf Ideen von Canzler und Knie (2009), dass eine Möglichkeit der nachhaltigeren und sozial inklusiveren Organisation kleinstädtischer Verkehre in der Abkehr von der Objektförderung und der Zuwendung hin zur Subjektförderung mittels Mobilitätsgutscheinen bestünde. Dafür jedoch wären gesetzliche Regelungen wie das Personenbeförderungsgesetz und die Konzessionierung des ÖPNV zu lockern, und es wäre zu definieren, wer für die Subjektförderung anspruchsberechtigt sein sollte (Steinrück/Küpper 2010: 59 f.). Beispiele wie das Jugendtaxi Waldeck-Frankenberg in Nordhessen zeigen dennoch, wie diese Idee mittlerweile in der Praxis Anwendung findet. Mit vom Landkreis finanzierten Sponsorengutscheinen für Jugendliche im Alter von 16–23 Jahren werden für Diskothekenbesuche zum Beispiel Anrufsammeltaxis organisiert, die eine sichere Rückfahrt gewährleisten. Im Saarland wurde mit

dem Begleitservice *mobisaar-Lotsenservice* ein Angebot für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste etabliert, das betroffenen Personen begleitete Fahrten zu Wunschzielen wie Einkauf oder Arztbesuch ermöglicht (BBSR 2020).

Auch die Förderung des Radverkehrs hat in Kleinstädten noch ungenutztes Potenzial, gerade aufgrund der vergleichsweise kurzen (und damit grundsätzlich leichter nichtmotorisiert zurücklegbaren) Wege in den Kernstädten. Hier ist anzumerken, dass bereits heute der Anteil der Haushalte, die ein Pedelec besitzen, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung z. B. in ländlichen Räumen höher ist als in Städten oder Metropolen (infas/DLR/IVT et al. 2018: 5 und 39). Auch für Kleinstädte dürfte gelten, dass die Nutzergruppe der Pedelec-Besitzer neue Ansprüche an eine adäquate Radinfrastruktur z. B. zu Naherholungsangeboten und zur kleinstädtischen Versorgungsinfrastruktur stellt. Bewegungen wie die „Critical-Mass"-Proteste, die mittlerweile auch in vielen Kleinstädten regelmäßige Radkonvois als zivilgesellschaftliche Initiative für eine Verbesserung der Radwegeinfrastruktur organisieren, zeigen, dass die Infrastruktur den Nutzeranforderungen längst nicht gerecht wird. Gefordert werden auch in Kleinstädten sichere und abgetrennte Fahrradwege, zusätzlich neue Konzepte für schnellere Fortbewegungsmöglichkeiten wie E-Scooter, Pedelecs oder sportliche Fahrer auf Fahrradschnellwegen. Derzeit zeigen vor allem touristisch erschlossene Regionen mit entsprechender Lagegunst, dass solche Angebote auch in kleinstädtischen Strukturen aufgebaut werden können (z. B. UsedomRad; vgl. BBSR 2020).

Innovative Lösungen für Mobilität in Kleinstädten werden zunehmend aus den technologischen Möglichkeiten in Verbindung mit der Digitalisierung abgeleitet. Hoffnung liegt insbesondere auf einer besseren Finanzierbarkeit des ÖPNV in nachfrageschwachen Gebieten durch fahrerlose, autonom fahrende und damit Personalkosten sparende Fahrzeuge, die mittels IKT auch nachfragegesteuerte Routen befahren können. Erste Feldversuche mit diesen Angeboten laufen bereits in verschiedenen Kleinstädten (BBSR 2017: 43 f.). Ein Beispiel ist die Stadt Bad Birnbach in Niederbayern, in der 2017 die erste Liniengenehmigung für einen autonom fahrenden Bus in Deutschland erteilt wurde (BBSR 2020). Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die bessere Integration der verschiedenen traditionellen und neuen Verkehrsträger mittels integrierter Mobilitätskonzepte, die eine Koordination verschiedener räumlicher Maßstabsebenen erlauben. Die Kreisebene als klassischer Koordinator regionaler ÖPNV-Angebote muss dabei mit lokalen ÖPNV-Anbietern auf Gemeindeebene (häufig Stadtwerke) zusammengebracht werden und auch neue private Dienstleister an der Schnittstelle zwischen öffentlichem und privatem Verkehr mit einbeziehen (Wittowsky/Hoenninger 2018). Denn letztlich entwickeln sich mit den technologischen Möglichkeiten auch neue private kollektive Mobilitätsdienstleistungen im Bereich von Car- und Ridesharing, die die klassischen Angebote ergänzen, teilweise aber auch in Konkurrenz zu ihnen treten.

Neben der Veränderung von Mobilitätsangeboten für den Personenverkehr werden Lösungsansätze auch im Ansatz des *service to the people* verstanden, bei dem es darum geht, private Wege und damit Verkehr zu vermeiden, indem mobile Dienstleistungen zum Bürger kommen. Diese Ansätze werden bisher sehr stark in dörflichen Strukturen etabliert, aber sie sind auch für Kleinstädte unter Schrumpfungsbedingungen, wo Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wegbrechen, eine tragfähige Alternative

(Wittowsky/Hoenninger 2018; Steinrück/Küpper 2010). Denkbar sind dabei auch Bündelungen von Personen- und Güterverkehr. Ein grundsätzliches Problem aller innovativen Ansätze ist jedoch der *Digital Divide*, die anhaltend ungleiche Erschließung der Teilräume mit Hochleistungsinternetverbindungen, die einer flächendeckenden Umsetzung innovativer Lösungen in Kleinstädten bisher noch deutlich entgegensteht (Beckert 2017; vgl. Porsche 2021). Neuere Statistiken zeigen jedoch, dass entsprechende Angebote durchaus auch in Kleinstädten Fuß fassen, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind (Bundesverband Car-Sharing 2020).

Ein weiterer Problemkomplex für die Entwicklung alternativer Verkehrskonzepte in Kleinstädten sind umstrittene fiskalische Instrumente wie die Entfernungspauschale, die nach Lesart des Umweltbundesamtes die Autoabhängigkeit in peripheren Gebieten festigt und den automobilen Pendlerverkehr stützt. Im regelmäßig erscheinenden Bericht zu umweltschädlichen Subventionen weisen die Autorinnen und Autoren des Umweltbundesamtes in diesem Kontext darauf hin, dass die Entfernungspauschale vornehmlich besserverdienenden Bevölkerungsgruppen zugutekommt und siedlungsstrukturellen Entwicklungsimpulsen Vorschub leistet, die landschaftszersiedelnd und emissionsfördernd wirken (Köder/Burger 2016). Aus diesem Blickwinkel kann für die aktuelle politische Diskussion um CO_2-Steuern, die für den Verkehrssektor zu einer weiteren Reduzierung klimaschädlicher Treibhausgase führen soll, keine sozial selektive Benachteiligung von Pendlerinnen und Pendlern nachgewiesen werden.

Die Konsequenzen derartiger raumpolitischer Maßnahmen müssten in diesem Zusammenhang künftig aber auch verstärkt aus der Perspektive von Kleinstädten betrachtet werden. Ein weiteres Beispiel hierfür sind die aktuell diskutierten Fahrverbote in bundesdeutschen Großstädten: Erfahrungen für zeitlich und räumlich begrenzte Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr zeigen, dass punktuelle Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in innerstädtischen Lagen (z. B. über Fahrverbote oder *road pricing*) zu einer Verlagerung städtischer Funktionen und einem Verkehrsanstieg in Lagen außerhalb der zugangsbeschränkten Gebiete führen können (Ge/Stewart/Sun et al. 2016). Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, verkehrspolitische Maßnahmen integrativ und räumlich inklusiv zu betrachten, das heißt unter Berücksichtigung der Mobilitätsbedarfe in nicht-großstädtischen Raumkategorien.

6 Ausblick

Wie eingangs beschrieben, stellen die hier vorgestellten Zusammenhänge zur Mobilität in Kleinstädten Einschätzungen dar, die aus den bisher laufenden Forschungen zur Mobilität in nachfragestarken großstädtischen Verdichtungsräumen und nachfrageschwachen ländlichen Räumen abgeleitet sind. Der eigenständige Siedlungsstrukturtyp der Kleinstädte wird bisher nicht explizit thematisiert, empirische Daten sind kaum verfügbar. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die raumtypisierenden Ergebnisdarstellungen im Bericht zur Erhebung „Mobilität in Deutschland 2017“ (infas/DLR/IVT et al. 2018) sowie Praxisbeispiele aus der Mobilikon-Datenbank des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2020). Daher ist ein spezifischer Forschungsbedarf ersichtlich, der die differenzierte Betrachtung von Kleinstädten ent-

sprechend ihrer geographischen Lage im Siedlungssystem (Umland der Agglomerationen vs. ländliche Peripherie) und ihrer spezifischen Entwicklungspfade (wachsend vs. schrumpfend) ermöglicht. Diese Anforderung findet sich auch als Arbeitsgrundlage für die neue regionalstatistische Raumtypologie (RegioStaR) des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur wieder, die für die Mobilitäts- und Verkehrsforschung definiert wurde (BMVI 2018). Dort findet sich zwar der deutliche Hinweis, dass eine Bereitstellung kleinräumiger Datengrundlagen für die Verkehrsforschung nicht flächendeckend möglich sei. Aus vorliegenden Fallstudien und Praxisbeispielen alternativer Formen der Mobilitätsorganisation lassen sich aber durchaus Erkenntnisse ableiten. So erhielt zum Beispiel Bad Birnbach in Niederbayern (ca. 5.800 Einwohner) als erste Kommune 2017 eine Genehmigung für autonom fahrende Shuttle-Busse. In touristisch interessanten Regionen wie auf Usedom sind Bike-Sharing-Angebote etabliert, im Landkreis Hof verbinden per App buchbare Ridepooling-Busse Kleinstädte. Die Entwicklung und der Aufbau von Verkehrsinnovationen sind also auch außerhalb der großen Städte möglich. So zeigen derzeit vor allem touristisch erschlossene Regionen, dass die Bereitstellung sicherer Infrastruktur für Radfahrer und Pedelecs wirtschaftliche Wertschöpfung im Tourismus und Einzelhandel fördert. Derzeit ist noch unklar, inwiefern positive Nutzererfahrungen eine entsprechende Nachfrage für fahrradfreundliche Infrastrukturen nach sich ziehen wird. Mit entsprechenden Konzepten wird sich Kommunalpolitik allerdings auch in Kleinstädten künftig intensiver beschäftigen müssen. Weiterhin werden sich zukünftige Forschungsinitiativen intensiv der Frage widmen müssen, welche Faktoren Pionierarbeit für alternative Verkehrsoptionen in Kleinstädten ermöglichen. Die Debatte um die „Hidden Champions“ außerhalb der großstädtischen Innovationsmotoren könnte in diesem Zusammenhang Entwicklungspotenziale für Kleinstädte aufzeigen (BBSR 2019), die derzeit durch scheinbare Pfadabhängigkeiten automobiler Verkehrsdominanz noch nicht erkannt sind.

Im Spezifischen besteht Forschungsbedarf hinsichtlich:

> der differenzierteren Betrachtung von spezifisch mobilitätsbezogenen Typen von Kleinstädten,

> der Möglichkeiten nachhaltigerer, multimodalerer Verkehrsgestaltung in Kleinstädten abseits des autobasierten MIV,

> der Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftsentwicklung, der Entwicklung kleinstädtischer Arbeitsmärkte und der Entwicklung von Pendlerverkehren,

> der Möglichkeiten des Erhalts nahräumlicher, zentrennaher Versorgung und damit fußläufiger Erreichbarkeit,

> Konzepten zur Integration von sozialräumlicher Lebensstil- und Mobilitätsforschung,

> der Wirkung fiskalischer Instrumente wie der Entfernungspauschale und der Instrumente der Bundesverkehrswegeplanung auf Kleinstädte,

> der Bedeutung neuer regionalstatistischer Raumtypologien für die Verkehrsforschung in Kleinstädten,

> der spezifischen Potenziale für digitale Innovation im Verkehrssektor und ihrer Voraussetzungen in Kleinstädten.

Über den Erkenntnisgewinn solcher Untersuchungen und die Zusammenführung ihrer Ergebnisse lassen sich Mobilitäts- und Verkehrsoptionen in kleinstädtischen Siedlungsstrukturen besser bewerten und für die Zukunft ausgestalten.

Literatur

Banister, D. (1994): Equity and Acceptability. Questions in Internalising the Social Costs of Transport. In: European Conference of Ministries of Transport (Hrsg.): Internalising the Social Costs of Transport. Paris, 153-176.
Barton, H. (2016): City of Well-being. A Radical Guide to Planning. New York.
Baumgart, S.; Köckler, H.; Ritzinger, A.; Rüdiger, A. (Hrsg.) (2018): Planung für gesundheitsfördernde Städte. Hannover. = Forschungsberichte der ARL 08.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2017): Expertise Kleinstädte. Sammlung von Ideen | Beispielen | Projekten | Szenarien zur Entwicklung zukunftsfähiger Kleinstädte. Bonn. = BBSR-Online-Publikation 19/2017.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2019): Hidden Champions und Stadtentwicklung Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung innovativer Unternehmen für Kleinstädte in peripherer Lage. Bonn. = BBSR Sonderveröffentlichung.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2019/hidden-champions-stadtentwicklung-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (25.03.2020).
B**BSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)** (Hrsg.) (2020): Mobilikon – Das Nachschlagewerk rund um das Thema Mobilität vor Ort.
https://www.mobilikon.de (04.01.2021).
Beckert, B. (2017): Ausbaustrategien für Breitbandnetze in Europa. Was kann Deutschland vom Ausland lernen? Gütersloh.
Bracher, T. (2002): Kommunale Aufgaben zur Mobilität im ländlichen Raum. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Difu-Berichte 2/2002. Berlin, 22-23.
https://difu.de/sites/difu.de/files/archiv/publikationen/zeitschriften/difu-berichte/difu-berichte-2002_2.pdf (25.03.2020).
BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2018): Regionalstatistische Raumtypologie (RegioStaR) des BMVI für die Mobilitäts- und Verkehrsforschung. Arbeitspapier Version V1.1.
https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/regiostar-arbeitspapier.pdf?__blob=publicationFile (04.01.2021).
Bundesverband Car-Sharing (2020): Car-Sharing Statistik 2020.
https://www.carsharing.de/immer-mehr-staedte-carsharing-angebot (26.03.2020).
Canzler, W.; Knie, A. (2009): Radikales Umdenken im öffentlichen Verkehr! In: LandInForm – Magazin für Ländliche Räume (3), 28-29.
Canzler, W.; Knie, A.; Ruhrort, L.; Schmöe, H. (2008): ÖPNV ist nicht gleich ÖPNV. Funktionswandel des öffentlichen Verkehrs in dünn besiedelten ländlichen Räumen. InnoZ-Bausteine Nr. 3. Berlin.
Couch, C.; Leontidou, L.; Petschel-Held, G. (Hrsg.) (2007): Urban Sprawl in Europe. Landscapes, Land-Use Change & Policy. Oxford.
Dempsey, N.; Jenks, M. (2010): The future of the compact city. In: Built Environment 36 (1), 116-121.
Dielemann, F.; Wegener, M. (2004): Compact city and urban sprawl. In: Built Environment 30 (4), 308-323.
Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2002): Herausforderungen der Mobilität für den ländlichen Raum. Berlin. = Difu-Berichte 2/2002
Dorsch, M. (2019): Öffentlicher Personennahverkehr: Grundlagen und 25 Fallstudien mit Lösungen. München.

Einig, K.; Zaspel, B. (2012): Vergleichende Planevaluation mit dem Raumordnungsplan-Monitor. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2, 17-34.
Ettema, D.; Nieuwenhuis, R. (2017): Residential self-selection and travel behaviour: What are the effects of attitudes, reasons for location choice and the built environment? In: Journal of Transport Geography 59, 146-155.
Fina, S. (2013): Indikatoren der Raumentwicklung. Flächeninanspruchnahme und Landschaftszersiedelung. Dissertation, Eberhard Karls Universität Tübingen. Tübingen.
Follmer, R.; Gruschwitz, D.; Jesske, B.; Quandt, S.; Lenz, B.; Nobis, C.; Köhler, K.; Mehlin, M. (2010): Mobilität in Deutschland 2008. Ergebnisbericht Struktur – Aufkommen – Emissionen – Trends. Berlin.
Friedrich, M.; Birkmann, J.; Fina, S.; Rönsch, S.; Feldmeyer, D.; Valler, D.; Janssen, G. (2017): Überprüfung und Weiterentwicklung des Instrumentariums zur Koordination von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung vor dem Hintergrund erforderlicher CO2-Reduktion und der demografischen Entwicklung für die Region Stuttgart. Stuttgart.
Ge, Y. E.; Stewart, K.; Sun, B.; Ban, X. G.; Zhang, S. (2016): Investigating undesired spatial and temporal boundary effects of congestion charging. In: Transportmetrica B: Transport Dynamics 4 (2), 135-157.
Gehl, J. (2013): Cities for people. Washington.
infas; DLR – Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt; IVT Verkehrsforschung; infas 360 (2018): Mobilität in Deutschland – MiD Ergebnisbericht. Berlin.
http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2017_Ergebnisbericht.pdf (25.03.2020).
Jaeger, J.; Bertiller, R.; Schwick, C.; Cavens, D.; Kienast, F. (2010): Urban permeation of landscapes and sprawl per capita. New measures of urban sprawl. In: Ecological Indicators 10, 427-441.
Klie, T.; Klie, A. W.; Marzluff, S. (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Zentrale Ergebnisse. Berlin.
Köder, L.; Burger, A. (2016): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Aktualisierte Ausgabe 2016. Dessau-Roßlau.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbroschuere_umweltschaedliche-subventionen_bf.pdf (25.03.2020).
Mattioli, G.; Colleoni, M. (2016): Transport Disadvantage, Car Dependence and Urban Form. In: Pucci, P.; Colleoni, M. (Hrsg.): Understanding Mobilities for Designing Contemporary Cities. Cham, Heidelberg, New York, Dordrecht, London, 171-190.
Mattioli, G.; Lucas, K.; Marsden, G. (2017): Transport poverty and fuel poverty in the UK: From analogy to comparison. In: Transport Policy 59, 93-105.
Mende, C. (2000): Orts-, Stadt- und Citybussysteme im Vergleich. In: Verkehrszeichen (2), 2022.
Mössner, S.; Freytag, T.; Miller, B. (2018): Die Grenzen der Green City. Die Stadt Freiburg und ihr Umland auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung? In: Planung neu denken 1, 18.
http://publications.rwth-aachen.de/record/713062/files/pndonline_2018-1.pdf (04.01.2021).
OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development (2012): Compact City Policies. OECD Green Growth Studies. Paris.
Porsche, L. (2021): Kleinstädte – digital, smart oder intelligent? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 155-176. = Forschungsberichte der ARL 16.
Porsche, L.; Milbert, A. (2018): Kleinstädte in Deutschland. Ein Überblick. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 4-21.
Schmidt, S.; Siedentop, S.; Fina, S. (2017): How effective are regions in determining urban spatial patterns? Evidence from Germany. In: Journal of Urban Affairs 40 (5), 639-656.
Schneider, A.; Woodcock, C. E. (2008): Compact, dispersed, fragmented, extensive? A comparison of urban growth in twenty-five global cities using remotely sensed data, pattern metrics and census information. In: Urban Studies 45 (3), 659-692.
Schönduwe, R. (2017): Mobilitätsbiografien hochmobiler Menschen. Studien zur Mobilitäts- und Verkehrsforschung. Wiesbaden.
Schulz, U. (2003): Die soziale Konstitution von Raum und Mobilität im jugendkulturellen Alltag. Dissertation. Universität Dortmund. Dortmund.
https://core.ac.uk/download/pdf/46902069.pdf (25.03.2020).
Siedentop, S.; Osterhage, F. (2017): StadtLand NRW. Neue raumstrukturelle Dynamiken in bewegten Zeiten. In: MHKBG – Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Bericht zur Stadtentwicklung 2017. Stadtentwicklung in der Region – Interkommunales Handeln. Düsseldorf, 58-61.

Steinrück, B.; Küpper, P. (2010): Mobilität in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung bedarfsgesteuerter Bedienformen des ÖPNV. Braunschweig. = Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie 2/2010.
Verband Region Stuttgart (Hrsg.) (2010): Regionalplan. Stuttgart.
Wittowsky, D.; Hoenninger, P. (2018): Integrierte Mobilitätskonzepte in Räumen schwacher Verkehrsnachfrage. Chancen und Risiken von Lösungsansätzen. In: V+T. Verkehr und Technik 71 (1), 38.

Autoren

Dr. Robert Nadler *ist Geograph und Dezernatsleiter des Dezernats 21 – Bevölkerung, Mikrozensus, Wirtschaftsrechnungen im Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt in Halle (Saale). Zuvor war er am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund, als Postdoc Researcher und stellvertretender Forschungsgruppenleiter in der Forschungsgruppe „Alltagsmobilität und Verkehrssysteme" tätig.*

Prof. Dr. Stefan Fina *ist im Rahmen einer gemeinsamen Berufung Professor für das Fach Analyse und Monitoring urbaner Räume an der RWTH Aachen University und Leiter des Bereichs Geoinformation und Monitoring am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund.*

Tim Leibert

DEMOGRAPHISCHE STRUKTUREN UND ENTWICKLUNGEN IN KLEINSTÄDTEN

Gliederung

1 Einleitung – Kleinstädte: eine vielfältige Siedlungskategorie
2 Definitionsfragen: Was ist eine „Kleinstadt“?
3 Demographische Betrachtungsfelder in der Kleinstadtforschung
4 Bevölkerungsentwicklung von Kleinstädten
5 Natürliche Bevölkerungsentwicklung: Das Problem der kleinen Zahlen
6 Der Elefant im Raum: Der Altersaufbau der Bevölkerung
7 Wanderungsmuster in Kleinstädten und ländlichen Räumen
8 Die andere Seite der Medaille: Immobilität und *rural staying*
9 Migration und Integration
10 Forschungslücken und weiterer Forschungsbedarf
11 Fazit
Literatur

Kurzfassung
Deutsche Kleinstädte sind in demographischer Hinsicht eine vielfältige Siedlungskategorie. Es gibt wachsende und schrumpfende Kleinstädte, Kleinstädte sind Quelle und Ziel von Binnen- und internationalen Wanderungen. Es gibt Städte mit einer vergleichsweise jungen Bevölkerung und Geburtenüberschüssen, aber auch stark gealterte Kleinstädte mit hohen Sterbeüberschüssen. Der Beitrag gibt einen Überblick über den Forschungsstand zur natürlichen Bevölkerungsbewegung und zu selektiven Wanderungen in kleinstädtischen Kontexten und zeigt methodische Herausforderungen und Forschungslücken auf. Von besonderer Bedeutung ist das weitgehende Fehlen einer eigenständigen demographischen Kleinstadtforschung. Wünschenswert wären zudem mehr qualitative Arbeiten, vergleichende Fallstudien sowie regelmäßige detaillierte bundesweite Analysen von Bevölkerungsentwicklung und -struktur auf der Gemeindeebene oder einer anderen kleinteiligen Betrachtungsebene (z. B. Rasterzellen).

Schlüsselwörter
Kleinstadt – Demographie – Bevölkerungsentwicklung – natürliche Bevölkerungsentwicklung – Binnenwanderungen – internationale Wanderungen

Demographic Structures and Developments in Small Towns

Abstract
In demographic terms German small towns are a diverse settlement category. There are growing and shrinking small towns. Small towns are both the source and the destination of internal and international migration. There are towns with a comparatively young population and excess births, but also aging towns with high excess deaths. The article provides an overview of the state of research on natural population development and selective migration in the context of small towns, identifying methodological challenges and research gaps. Of particular importance is the lack of independent demographic research into small towns. Also desirable is more qualitative work, comparative case studies and regular detailed countrywide analyses of population development and structure on the municipal level or on another small-scale level of analysis (e.g. grid cells).

Keywords
Small town – demography – population development – natural population development – internal migration – international migration

1 Einleitung – Kleinstädte: eine vielfältige Siedlungskategorie

Unter den heutigen Kleinstädten sind im Rahmen des mittelalterlichen inneren Landesausbaus entstandene städtische Siedlungen in ländlichen Räumen ebenso vertreten wie Arbeiter- und Bergbaustädte, die sich im Zuge der Industrialisierung aus kleinen Dörfern entwickelt haben. Viele Kleinstädte sind Versorgungszentren für ihr jeweiliges Umland – es gibt aber auch zahlreiche Kleinstädte im Umland der Großstädte, die sich im Laufe der Zeit zu „Schlafstädten" entwickelt haben, sowie durch Gebietsreformen entstandene Konglomerate von Landgemeinden ohne zentralörtliche Funktionen (Beetz 2012: 50). Diversität kennzeichnet auch die Bevölkerung der Kleinstädte. Bürk (2012: 63) kritisiert in diesem Zusammenhang die Homogenisierung der Kleinstadtbevölkerung und die Simplifizierung des Kleinstadtlebens in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Wahrnehmung, die sich in einer imaginierten Dichotomie von sozial und kulturell vielfältigen Großstädten und kulturell homogenen Kleinstädten mit überschaubaren Netzwerken und Akteurskonstellationen äußert (ebd.). Unterschiedliche soziale Milieus, Subkulturen und „Repräsentationen von Dissidenz und Differenz" (ebd.) sind jedoch auch in Kleinstädten zu finden. Wie in Großstädten gibt es „stille Katastrophen", Armut, Ausgrenzung und überforderte Nachbarschaften (Difu-Projektteam o. J.: 3). Die siedlungsstrukturelle, administrative und sozioökonomische Heterogenität der Kleinstädte lässt die Existenz eines spezifischen „Kleinstadttyps" der Bevölkerungsentwicklung unwahrscheinlich erscheinen. Stattdessen ist von sehr unterschiedlichen demographischen Strukturen, Mustern und Trends auszugehen. Vor diesem Hintergrund wäre eine sorgfältige bundesweite demographische Bestandsaufnahme inklusive einer Typisierung der Kleinstädte notwendig.

Warum ist die Beschäftigung mit Kleinstädten sinnvoll? Beetz (2012: 47 f.) zufolge gibt es vier Hauptmotivationen: eine *quantitative*, nach der Kleinstädte von der Forschung nicht ignoriert werden sollten, da dort ein erheblicher Prozentsatz der deutschen Bevölkerung lebt, eine *historisch-prozesshafte*, die die typischen Besonderheiten kleinstädtischer Entwicklungen hinterfragt, eine *soziologische*, die anstrebt, ein vertieftes Wissen über lokale Formen der Vergesellschaftung zu gewinnen, sowie eine *problemorientierte*, bei der die Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen – etwa des demographischen Wandels – auf die Kleinstädte im Mittelpunkt stehen und ortsspezifische Lösungsansätze erarbeitet werden sollen. Zusätzlich ließe sich eine Tendenz zur „Demografisierung politischer Entscheidungen" (Neu 2009: 83) anführen. Mit „Demografisierung" ist der Rückschluss von der Bevölkerungszusammensetzung auf eine Gesellschaft im Allgemeinen, insbesondere aber der Rückschluss auf ihre „wirtschaftliche Zukunft, ihre politischen Möglichkeiten und kulturellen Leistungen" (ebd.) gemeint. Zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung besteht ein enger Zusammenhang. Ökonomische Restrukturierungen und die damit einhergehenden Arbeitsplatzverluste lösen alters- und geschlechtsspezifische Abwanderungsprozesse aus und setzen in den Herkunftsorten so eine soziodemographische Abwärtsspirale in Gang (Weber/Fischer 2010: 91). Abwanderung kann mithin als ein „Abstimmungsprozess mit den Füßen" über die Zukunftsfähigkeit einer Kleinstadt oder einer ganzen Region aufgefasst werden (Bernt/Liebmann 2013: 220).

2 Definitionsfragen: Was ist eine „Kleinstadt"?

Da demographische Analysen häufig mit statistischen Daten arbeiten, ist die Definition des Forschungsgegenstands, also die Frage, wie „Kleinstadt" operationalisiert werden kann, von besonderer Bedeutung. Statistische Daten werden für administrative Einheiten erhoben und veröffentlicht, woraus sich die Konsequenz ergibt, dass Gemeindestrukturen und Datenverfügbarkeiten die Analysemöglichkeiten stark beeinflussen können. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und -struktur der Kleinstädte sowie der sie prägenden und bestimmenden Triebkräfte ist grundsätzlich eine vergleichende Perspektive sinnvoll, die auch die demographische Entwicklung der Landgemeinden, Mittel- und Großstädte umfasst – nicht zuletzt um zu eruieren, ob es nicht doch spezifisch „kleinstädtische" Muster der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik gibt.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) grenzt „Kleinstädte" als Einheitsgemeinden oder Gemeinden eines Gemeindeverbands mit mindestens 5.000 und maximal 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern oder mindestens grundzentraler Bedeutung mit Teilfunktion eines Mittelzentrums ab (ARL 2019: 3; vgl. auch den Beitrag von Milbert/Fina 2021). Dabei wird zwischen „kleineren Kleinstädten" mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und „größeren Kleinstädten", deren Bevölkerungszahl zwischen 10.000 und 20.000 liegt, unterschieden (Gatzweiler/Adam/Milbert et al. 2012: 18 ff.). Nach dieser Abgrenzung gab es 2015 in Deutschland 2.111 über das gesamte Bundesgebiet verteilte Kleinstädte – dies entspricht knapp 47 % der Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände (eigene Berechnungen; Datenquelle: BBSR 2018). Da bei der BBSR-Definition mit Einwohnerzahl und Zentralität

zwei Kriterien zugrunde gelegt wurden, die einen direkten Bezug zu den unterschiedlichen Landesentwicklungspolitiken der Flächenländer haben, bildet die Verteilung der Kleinstädte (und der Landgemeinden) „auch das Ergebnis langjähriger und politisch gesteuerter Siedlungsentwicklungen ab“ (Gatzweiler/Adam/Milbert et al. 2012: 19). So gibt es beispielsweise im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, wo man in den 1970er Jahren Großgemeinden mit zahlreichen Ortsteilen gebildet hat, keine Landgemeinden mehr (vgl. ebd.: 21). Betrachtet man statt der Einwohnerzahl die Fläche, wird deutlich, dass Kleinstädte keineswegs immer überschaubare administrative Einheiten sind, wo „jeder jeden kennt“. Sieben der 15 flächengrößten Städte sind mit Stand 31.12.2018 nach dieser Definition Kleinstädte: die Städte Möckern (4.), Wittstock/Dosse (6.), Templin (8.), Jessen (Elster) (11.), Rheinsberg (14.) und Angermünde (15.) sowie die Gemeinde Nuthe-Urstromtal (12.). Die Stadt Möckern (Sachsen-Anhalt) besteht z. B. aus 50 Ortsteilen,[1] die Gemeinde Nuthe-Urstromtal (Brandenburg) hat 23 Ortsteile, von denen nur in zwei mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohner leben[2] (vgl. Milbert/Fina 2021).

3 Demographische Betrachtungsfelder in der Kleinstadtforschung

Nach der demographischen Grundgleichung ergibt sich die Entwicklung der Einwohnerzahl einer Raumeinheit über einen bestimmten Zeitraum aus dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Differenz von Geburten und Sterbefällen) und dem Wanderungssaldo (Differenz von Zu- und Fortzügen). Für die statistisch-demographische Betrachtung von Kleinstädten ergeben sich daraus folgende Betrachtungsfelder:

> Natürliche Bevölkerungsentwicklung: Untersuchungen des Geburten- und Sterbeverhaltens können sich der Frage widmen, ob Kleinstädte ein bestimmtes Fertilitäts- bzw. Mortalitätsprofil haben und wie dieses erklärt werden kann. Allerdings steht die Beforschung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, wie unten noch ausgeführt wird, vor dem methodischen „Problem der kleinen Zahlen“ und dem theoretischen Problem, dass vor dem Hintergrund zunehmender Mobilität unklar ist, wie entscheidend lokale Einflüsse das Geburten- und Sterbeverhalten tatsächlich beeinflussen.

> Wanderungen: Bei Wanderungen stehen drei Fragen im Vordergrund: Wer wandert? Über welche Distanz wird gewandert? Von wo nach wo wird gewandert? Mit Blick auf das „Wer“ ist festzuhalten, dass Wanderungen selektiv sind. Die Wanderungswahrscheinlichkeit unterscheidet sich stark zwischen Männern und Frauen und in verschiedenen Altersgruppen, aber auch zwischen deutschen und ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Diese Differenzierungen sollten nach Möglichkeit in den Analysen berücksichtigt werden. Das Distanzkriterium leitet über zu der Frage, welche administrativen Grenzen die Wandernden überschreiten. Dabei kann zwischen internationalen und Binnenwanderern unterschieden werden, also Personen, die Bundes- und/oder Kreisgrenzen überschreiten. Daneben sind jedoch auch kleinräumige Wanderungen innerhalb des gleichen

1 http://www.moeckern-flaeming.de/seite/44216/ortschaften.html (06.03.2020).

2 https://nuthe-urstromtal.de/die-gemeinde/zahlen-fakten/statistiken (06.03.2020).

Landkreises oder innerhalb der Kleinstadt von nicht zu unterschätzender quantitativer Bedeutung. Gemeindeinterne Wanderungen werden nicht systematisch statistisch erfasst und stehen folglich auch sehr selten im Fokus des wissenschaftlichen Interesses. Das „Von-wo-nach-wo" bezieht sich auf Wanderungsströme als Quelle-Ziel-Beziehung. Neben dem Wanderungssaldo sollten auch getrennte Betrachtungen des Volumens der Zu- und Abwanderung durchgeführt werden, um abschätzen zu können, wie stark sich die Bevölkerung einer Kleinstadt durch Wanderungen verändert.

Demographische Analysen verwenden vorrangig quantitative Methoden und basieren auf Daten der amtlichen Statistik, bisweilen auch auf Befragungen. Insbesondere zum besseren Verständnis von Wanderungsmustern und -motiven werden auch qualitative Studien durchgeführt, welche die Komplexität von Migration und residentieller Mobilität verdeutlichen, etwa im Hinblick auf Wanderungsmotive, Entscheidungsprozesse oder die Bedeutung sozialer Netzwerke im Wanderungsprozess. Qualitative Untersuchungen werden der Diversität der Wandernden, der Wanderungsentscheidungen und der Wanderungsmuster besser gerecht und können auch den Einfluss von individuellen Charakteristika (z. B. Lebenspläne und -entwürfe, Geschlechterrollenbilder) und Intersektionalitäten (z. B. von Gender, Klasse, sexueller Orientierung, Migrationshintergrund) abbilden. Die Kleinstadtforschung könnte von Studien profitieren, die gezielt hinterfragen, warum Menschen in diese Siedlungskategorie zu- bzw. aus ihr fortziehen: Vereint die Kleinstadt „das Beste aus beiden Welten" – der städtischen und der ländlichen – oder ist sie „nicht Fisch und nicht Fleisch", sprich weder städtisch noch ländlich genug?

Ein weiterer Nachteil quantitativer Analysen auf Basis der amtlichen Statistik besteht in der „doppelten Containerlogik" ihrer Daten, nach der jede Person genau einem „Raumcontainer" und genau einem „Haushaltscontainer" zugeordnet werden kann (Dittrich-Wesbuer/Kramer 2014: 51). Diese „Containerisierung" spiegelt die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht wider, wie etwa die Diskussion zu Multilokalität zeigt. Multilokalität stellt laut Weichhart (2009: 7) eine „eigenständige Form einer spezifischen sozialen Praxis der Lebensführung" dar, die „gleichberechtigt neben Migration und Zirkulation" gestellt werden sollte. Diese „‚*Vita activa*' an zwei (oder mehr) Orten" (ebd.: 8) entzieht sich weitgehend der statistischen Erfassung. Daraus folgt, dass die Bevölkerungsstatistiken die demographische Lage von Kleinstädten nur teilweise abbilden: mit Hauptwohnsitz gemeldete Einwohnerinnen und Einwohner (z. B. bei den Eltern gemeldete Studierende) sind – zumindest zeitweise – abwesend, nicht oder nicht mit Hauptwohnsitz gemeldete Personen (z. B. Wochenendhausbesitzerinnen und -besitzer) sind dagegen – zumindest zeitweise – anwesend. Insbesondere in Tourismusregionen kann die Zahl der Nebenwohnungen und der Bevölkerungsanteil der mit Nebenwohnsitz Gemeldeten erheblich sein, wie Schlüter (2017: 43 f.) für Mecklenburg-Vorpommern zeigt.

Arbeiten mit demographischer Fragestellung, die dezidiert Kleinstädte in den Blick nehmen, sind – von Untersuchungen zu Migration und Integration oder Fallstudien zum demographischen Wandel abgesehen – sehr selten. Im Folgenden wird daher der Fokus auf Untersuchungen zu demographischen Fragestellungen in ländlichen Räumen gelegt. Die Untersuchungseinheiten sind in der Regel Landkreise. Dabei werden

zwar häufig auch Daten in Kleinstädten gesammelt, in der Auswertung wird dann aber vielfach nicht im Detail auf lokale Besonderheiten eingegangen bzw. die Ergebnisse werden nur auf der Kreisebene präsentiert.[3] Das vorhandene Wissen über demographische Strukturen und Prozesse in Kleinstädten speist sich im Wesentlichen aus detaillierten bundesweiten oder teilräumlichen Untersuchungen auf der Gemeindeebene (z.B. Herfert/Osterhage 2011; Simons/Weiden 2016; Slupina/Damm/Klingholz 2016; Wolff/Leibert 2016; Bertelsmann Stiftung 2020).

Ebenfalls selten sind Studien, die Bevölkerungsbewegungen und -strukturen auf der Ortsteilebene untersuchen. Die Gründe für diese Fehlstelle dürften insbesondere in der Datenverfügbarkeit liegen. Kleinräumige Bevölkerungs- und Wanderungsdaten sind nur über die kommunalen Melderegister verfügbar. Dieser Weg ist sowohl für die Städte und Gemeinden als Datenbereitsteller als auch für die Forschenden mit hohem Aufwand und Kosten verbunden und setzt die aktive Kooperation der zu beforschenden Kommunen voraus (vgl. Großmann/Franke/Henkel 2021). Flächendeckende Analysen werden so erheblich erschwert (Rößler 2010: 8). Aus den wenigen vorliegenden Studien geht hervor, dass auch innerhalb der Kleinstädte bedeutende demographische Unterschiede festzustellen sind. Leibert/Wiesiolek/Schmidt et al. (2018) zeigen für den Landkreis Nordsachsen selbst in stark schrumpfenden und gealterten Kleinstädten und Landgemeinden ein Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden, von „jungen" und „alten" Ortsteilen. Tendenziell ist jedoch die Bevölkerungsdynamik umso günstiger, je größer der Ortsteil, bezogen auf die Einwohnerzahl, ist. Eine detaillierte Studie zur Wohnstandortwahl in sächsischen Kleinstädten (Harms/Trunec 2010; Rößler 2010) unterscheidet zwischen dörflichen und städtischen Ortsteilen. Der Zuzug in die städtischen Ortsteile war von älteren Bevölkerungsgruppen, Mieterinnen/Mietern und Zuwanderern/Zuwanderinnen, die vorher nicht in Sachsen gelebt hatten, geprägt. Die dörflichen Ortsteile waren dagegen Zielgebiet für Familien aus dem Nahraum, die nicht zielgerichtet, sondern wegen des Angebots an Baugrundstücken bzw. Häusern in den jeweiligen Ortsteil gezogen sind (Harms/Trunec 2010: 54 ff.). Die Wanderungsmotive und die Wohnzufriedenheit unterschieden sich kaum zwischen Kernstadt und eingemeindeten Dörfern. Insgesamt wurde durch die Zuwanderung älterer Menschen bei gleichzeitiger Abwanderung junger Erwachsener die Alterung der städtischen Ortsteile forciert, innerhalb der Kleinstädte kam es zu einer Konzentration von Hochbetagten in den Kernen (Rößler 2010). Steinführer und Kohring (2019: 337) sprechen in diesem Zusammenhang von Zentralisierungstendenzen durch Ruhesitzwanderungen und Zuzug in Senioreneinrichtungen.

4 Bevölkerungsentwicklung von Kleinstädten

Aus der oben bereits angesprochenen demographischen Grundgleichung ergeben sich unter Berücksichtigung der übergeordneten Entwicklung der Einwohnerzahl sechs Typen der Bevölkerungsentwicklung:

3 Dies gilt z. B. für viele Schülerbefragungen in ländlichen Räumen (z. B. Heinrich/Schwarz 2017; Schametat/Schenk/Engel 2017).

> Typ 1: Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne

> Typ 2: Bevölkerungswachstum, Wanderungsgewinne gleichen Sterbeüberschüsse aus

> Typ 3: Bevölkerungswachstum, Geburtenüberschüsse kompensieren Wanderungsverluste

> Typ 4: Schrumpfung, Wanderungsverluste übersteigen Geburtenüberschüsse

> Typ 5: Schrumpfung, Sterbeüberschüsse zehren Wanderungsgewinne auf

> Typ 6: Schrumpfung durch Wanderungsverluste und Sterbeüberschüsse

Land	Stadttyp	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6	gesamt
Baden-Württemberg	größere Kleinstädte	38	94	1	0	10	1	144
	kleinere Kleinstädte	43	81	0	1	24	10	159
Bayern	größere Kleinstädte	30	103	0	0	18	1	152
	kleinere Kleinstädte	75	184	0	4	50	28	341
Brandenburg	größere Kleinstädte	6	17	0	0	12	5	40
	kleinere Kleinstädte	5	21	0	0	13	18	57
Hessen	größere Kleinstädte	10	66	0	0	22	12	110
	kleinere Kleinstädte	8	60	0	3	43	22	136
Mecklenburg-Vorpommern	größere Kleinstädte	0	4	0	0	6	3	13
	kleinere Kleinstädte	2	8	0	0	11	8	29
Niedersachsen	größere Kleinstädte	9	63	0	0	32	8	112
	kleinere Kleinstädte	15	48	0	2	36	24	125

Land	Stadttyp	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5	Typ 6	gesamt
Nordrhein-Westfalen	größere Kleinstädte	9	72	0	0	26	24	131
	kleinere Kleinstädte	6	22	0	0	17	8	53
Rheinland-Pfalz	größere Kleinstädte	1	21	0	0	2	0	24
	kleinere Kleinstädte	4	34	0	0	33	11	82
Saarland	größere Kleinstädte	0	2	0	0	23	4	29
	kleinere Kleinstädte	0	2	0	0	8	3	13
Sachsen	größere Kleinstädte	0	9	0	0	11	23	43
	kleinere Kleinstädte	3	8	0	0	19	72	102
Sachsen-Anhalt	größere Kleinstädte	0	1	1	0	5	24	31
	kleinere Kleinstädte	0	3	0	0	5	41	49
Schleswig-Holstein	größere Kleinstädte	2	27	0	0	4	0	33
	kleinere Kleinstädte	0	24	0	0	14	3	41
Thüringen	größere Kleinstädte	0	2	0	0	9	3	14
	kleinere Kleinstädte	0	3	0	0	18	27	48
gesamt	größere Kleinstädte	105	481	2	0	180	108	876
	kleinere Kleinstädte	161	498	0	10	291	275	1235

Tab. 1: Zuordnung der Kleinstädte zu Typen der Bevölkerungsentwicklung nach Bundesländern, Mittelwert 2011–2015 / Quelle: eigene Berechnungen, Datenquelle: BBSR (2018)

Tabelle 1 zeigt für die beiden vom BBSR abgegrenzten Kleinstadt-Größenklassen die Verteilung auf die sechs Typen nach Bundesländern. Dabei wird deutlich, dass für die Bevölkerungsentwicklung der Kleinstädte zwei Aspekte von besonderer Bedeutung sind: Sterbeüberschüsse und Wanderungsgewinne. Zwar gibt es – namentlich in Süddeutschland – Kleinstädte, in denen die Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle übersteigt, der „Normalfall" ist jedoch eine negative natürliche Entwicklung. Ob eine Kleinstadt schrumpft oder wächst, hängt mithin stark von ihrer Attraktivität für internationale und Binnenwanderer ab, aber auch von den lokalen Alters- und Geschlechterstrukturen, welche die natürliche Bevölkerungsentwicklung stark beeinflussen.

5 Natürliche Bevölkerungsentwicklung: Das Problem der kleinen Zahlen

Eine besondere Herausforderung bei der Analyse der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Kleinstädten liegt darin, dass bestimmte demographische Ereignisse vergleichsweise selten eintreten – etwa, dass Frauen unter 20 oder über 40 Mutter werden. Da in Kleinstädten die „Risikobevölkerung" [4], etwa die Frauen im gebärfähigen Alter oder die Hochbetagten, eine zahlenmäßig überschaubare Bevölkerungsgruppe darstellt, ist nicht ausgeschlossen, dass bestimmte Ereignisse (z. B. Teenagergeburten) in einem Jahr gar nicht, im Folgejahr aber gehäuft auftreten. Oft verwendete, aussagekräftige Indikatoren wie die Lebenserwartung oder die Zusammengefasste Fertilitätsrate können auf der Ebene der Kleinstädte aufgrund fehlender Daten nicht berechnet werden oder sind anfällig für die Verzerrung durch singuläre oder Zufallseinflüsse (z. B. erhöhte Sterblichkeit durch einen besonders heißen Sommer). Bei bestimmten Indikatoren, etwa der Lebenserwartung, sind Zufallseinflüsse bis hinauf auf die Kreisebene nicht auszuschließen (Brachat-Schwarz 2016: 20).

Im Umgang mit den geringen Fallzahlen bieten sich grundsätzlich drei miteinander kombinierbare Strategien an, mit denen der Einfluss von Zufällen und Sonderereignissen verringert werden kann: *zeitliche Aggregation* durch längere Analysezeiträume, *räumliche Aggregation* durch Zusammenfassung mehrerer Raumeinheiten sowie *methodische Vereinfachung*, also die Verwendung von Indikatoren, die geringere Ansprüche an die Ausgangsdaten stellen. So kann für eine Analyse der Geburtenraten statt der Zusammengefassten Fertilitätsrate, für deren Berechnung Daten zum Alter der Mütter bei Geburt verfügbar sein müssen, die Allgemeine Geburtenrate berechnet werden, die als die Zahl der Geburten pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter definiert ist. Die drei Strategien haben den Nachteil, dass sie mit erheblichen, jedoch unvermeidlichen Informationsverlusten verbunden sind. Bei zeitlicher Aggregation besteht die Gefahr, dass Trendwenden verschwimmen oder gar „weggeneralisiert" werden. Räumliche Aggregation birgt die Gefahr, dass regionale Besonderheiten nicht angemessen berücksichtigt werden können. Bei der methodischen Vereinfachung ist möglicherweise von Nachteil, dass Besonderheiten der Altersstruktur die Ergebnisse verzerren können. Dafür sind insbesondere die Rohe Geburten- und die Rohe Sterberate anfällig, für die die Zahl der Lebendgeburten bzw. Sterbefälle auf die mittlere Gesamtbevölkerung bezogen wird.

4 Zum Begriff der Risikobevölkerung bzw. Risikopopulation vgl. Mueller (2000: 3-5).

6 Der Elefant im Raum: Der Altersaufbau der Bevölkerung

Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung ist in hohem Maße durch die Altersstruktur vorgezeichnet. Zur Beschreibung der demographischen Lage der Kleinstädte sollte folglich neben den Indikatoren zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung und zum Wanderungsverhalten auch eine Analyse des Altersaufbaus der Bevölkerung und der Geschlechterproportionen gehören. Zur Beschreibung der Altersstruktur können der Alten- und der Jugendquotient herangezogen werden, die den Vorteil einer Vergleichbarkeit über lange Zeiträume bieten (Hochstetter 2015). Mit dem Altenquotienten kann die Dynamik der Alterung der Bevölkerung einer Raumeinheit erfasst werden und regionale Konzentrationen von Gemeinden mit hohen Bevölkerungsanteilen der über 65-Jährigen können identifiziert werden. In Tabelle 2 sind die durchschnittlichen Altenquotienten der Kleinstädte – die Zahl der über 65-Jährigen pro 100 Personen zwischen 18 und 65 – nach Bundesländern und Lagetypen differenziert dargestellt. Dabei wird zum einen deutlich, dass peripher und sehr peripher gelegene Kleinstädte in fast allen Bundesländern ungünstigere Altersstrukturen aufweisen als Kleinstädte in (sehr) zentralen Lagen. Andererseits lässt sich aus der Tabelle ablesen, dass Kleinstädte in Ostdeutschland und Schleswig-Holstein besonders stark gealtert sind, während in baden-württembergischen und bayerischen Kleinstädten günstigere demographischere Rahmenbedingungen vorherrschen. Anders als bei der in Tabelle 1 dargestellten Zuordnung zu den Typen der Bevölkerungsentwicklung lassen sich in Hinblick auf die Altersstruktur in den einzelnen Bundesländern keine systematischen Unterschiede zwischen kleinen und größeren Kleinstädten feststellen. Hier spielen die Lage in Wachstums- oder Schrumpfungsregionen und lokale Besonderheiten eine bedeutendere Rolle als die Einwohnerzahl. So zeichnen sich beispielsweise Kleinstädte in Tourismusregionen, insbesondere an den Küsten, tendenziell durch besonders hohe Anteile älterer Menschen aus.

Nicht dargestellt sind die Werte des Jugendquotienten, die sowohl zwischen den Bundesländern als auch den Lagetypen nur geringfügig zwischen 23,1 und 29,2 Kinder und Jugendliche pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter streuen (Bundesmittel der Kleinstädte: 27,1 unter 18-Jährige pro 100 Personen zwischen 18 und 65; Bundesmittel aller Gemeindegrößenklassen: 30,7).

Der Altersaufbau der Bevölkerung der ostdeutschen Kleinstädte (und Landgemeinden) verdeutlicht jedoch, dass Alten- und Jugendquotient allein nicht ausreichend sind, um die aktuelle demographische Situation sowie die kurz- und mittelfristigen Entwicklungsperspektiven angemessen zu beschreiben. Durch die lange, bis heute andauernde Schrumpfungsphase (Leibert 2020: 429 ff.), die durch alters- und geschlechtsselektive Abwanderung junger Erwachsener, insbesondere junger Frauen, geprägt ist (Leibert 2016: 267 f.), hat sich in Ostdeutschland, ebenso wie im Saarland, fast flächendeckend eine ungünstige Altersstruktur herausgebildet, die durch hohe Seniorenanteile und einen hohen Bevölkerungsanteil der 50- bis 65-Jährigen gekennzeichnet ist (siehe auch Tab. 2). Vor diesem Hintergrund sind in den nächsten Jahren steigende Sterbeüberschüsse zu erwarten, durch die eventuelle Wanderungsgewinne aufgezehrt werden könnten. Auch die schwache Besetzung der Altersgruppe der 20-

bis 25-Jährigen, die sich durch die niedrigen Geburtenraten der frühen 1990er Jahre und die ausbildungsbedingte Abwanderung erklärt, dürfte sich in den kommenden Jahren als „Echoeffekt" in Form von sinkenden Geburtenzahlen auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken (Leibert/Schaarwächter 2019: 23).

Land	Indikator / Lagetyp	sehr zentral	zentral	peripher	sehr peripher
Baden-Württemberg	Altenquotient*	33,5	33,6	33,9	38,0
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**	37,2	38,3	38,1	40,0
Bayern	Altenquotient*	33,2	33,3	35,1	37,9
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen²	36,1	37,8	38,2	38,5
Brandenburg	Altenquotient*	30,7	36,3	44,4	49,6
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen²	43,8	43,6	46,2	46,8
Hessen	Altenquotient*	35,0	37,2	38,4	42,5
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**	38,6	40,2	39,9	44,1
Mecklenburg-Vorpommern	Altenquotient*	Typ kommt nicht vor	29,7	40,1	49,3
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**		39,7	41,9	46,1
Niedersachsen	Altenquotient*	38,7	35,4	37,0	43,6
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**	41,5	39,7	39,6	42,1
Nordrhein-Westfalen	Altenquotient*	34,6	33,8	36,6	35,7
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**	41,1	40,1	41,1	39,4
Rheinland-Pfalz	Altenquotient*	36,7	36,5	38,6	43,6
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**	40,2	38,8	38,7	42,2
Saarland	Altenquotient*	41,9	39,8	36,6	Typ kommt nicht vor
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**	42,7	43,2	46,7	
Sachsen	Altenquotient*	Typ kommt nicht vor	48,7	52,2	52,9
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen²		43,5	44,9	47,4
Sachsen-Anhalt	Altenquotient*	Typ kommt nicht vor	42,1	44,5	46,6
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen²		45,3	46,1	48,4
Schleswig-Holstein	Altenquotient*	43,3	41,2	47,3	48,5
	Anteil der 50-65-Jährigen**	39,3	40,4	41,8	41,8

Land	Indikator / Lagetyp	sehr zentral	zentral	peripher	sehr peripher
Thüringen	Altenquotient*	Typ kommt nicht vor	50,0	46,0	44,6
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**		44,7	43,5	44,8
gesamt	Altenquotient*	34,6	36,2	39,0	46,3
	Anteil der 50- bis 65-Jährigen**	38,8	39,8	40,5	44,4

* über 65-Jährige pro 100 Personen zwischen 18 und 65;

** Anteil der 50- bis 65-Jährigen an den Personen im erwerbsfähigen Alter (Altersgruppe 18-65) in %

Tab. 2: Indikatoren der Alterung in Kleinstädten nach Bundesländern und Lagetypen 2018 / Quelle: eigene Berechnungen, Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020)

7 Wanderungsmuster in Kleinstädten und ländlichen Räumen

Im Gegensatz zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung sind Binnen- und internationale Wanderungen in ländlichen Räumen ein Thema, zu dem eine in methodischer, theoretischer und inhaltlicher Hinsicht recht breite Literatur vorliegt. Kleinstädte stehen dabei allerdings selten im Mittelpunkt, sondern werden als Teil ländlicher Räume mitbetrachtet. Ein gewisser Schwerpunkt liegt auf Forschungen zu Wanderungsmustern Jugendlicher bzw. junger Erwachsener.

Wanderungsprozesse in ländlichen Räumen sind in mehrerlei Hinsicht divers. Mit Blick auf die Wanderungsströme kann zwischen Ab- bzw. Zuwanderung in nicht-ländliche Räume sowie lateralen Wanderungen innerhalb ländlicher Räume unterschieden werden. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass es auch Zuwandernde (z. B. Geflüchtete oder Asylsuchende) gibt, die sich oft nur temporär in einer ländlichen Kleinstadt oder Landgemeinde aufhalten und damit gewissermaßen „auf der Durchreise" sind (Kordel 2017: 5). Neben den Wanderungsströmen und den temporären Fixierungen sind auch die wanderungsauslösenden Faktoren und die Wanderungsphänomene sehr heterogen: z. B. *amenity/ lifestyle migration*[5], Arbeits- und Fluchtmigration oder Rückwanderung (ebd.: 7).

In der Forschung zu Binnenwanderungen im globalen Norden dominiert eine funktionalistische Sichtweise auf den Forschungsgegenstand. Umzüge werden als Mittel zum Zweck und als Materialisierung sozioökonomischer Prozesse verstanden (Halfacree/Merriman 2015: 152). Dies wird in der „Anpassungsperspektive" auf den Zusammenhang von residentieller Mobilität und Familienbiographie besonders deutlich, nach der Wohnstandortwechsel vorrangig als Anpassungsmechanismus an Veränderungen der Haushaltsstruktur und -zusammensetzung interpretiert werden (Wagner/Mulder 2015: 128). Nichtökonomische Motive – z. B. Ortsbindungen, familien- oder partnerschaftsbezogene Umzugsmotive – werden dabei ebenso ignoriert

5 Zum Begriff der *amenity migration* vgl. z. B. Argent/Tonts/Jones et al. (2014: 306 f.), zum Begriff der *lifestyle migration* siehe z. B. Gruber/Kobras/Kordel (2017: 17 f.).

wie die Tatsache, dass manche Abwanderer ihre Heimatregion „mental nie verlassen haben" (Haartsen/Thissen 2014: 89, 97). Eine funktionalistische Perspektive dominiert aber auch bei den Wanderungsmotiven – Halfacree (2004) kritisiert in diesem Zusammenhang die „Ökonomisierung" der Binnenwanderungsforschung bei gleichzeitiger Vernachlässigung kultureller Aspekte ebenso wie die Annahme, dass ökonomische Aspekte als „objektive Fakten" in individuelle Wanderungsentscheidungen eingehen. Eine konzeptionelle Abkehr vom Primat des Ökonomischen führt jedoch dazu, dass Wanderungsmuster, -motive und -praktiken „much muddier and more complex" (Halfacree 2004: 243) erscheinen. Meyer und Miggelbrink (2015) und Wiest (2016) weisen in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Rolle von Kommunikation (z. B. Ratschläge, Gerüchte) und Information bei Entscheidungsprozessen hin und verdeutlichen auch, dass das Eingebundensein in soziale Netzwerke und das Sprechen über Wanderungspläne und -absichten den Entscheidungsprozess beeinflusst, indem geschärft, überdacht oder revidiert wird.

Eine weitere Fehlstelle der Wanderungsforschung, auf die Halfacree und Boyle schon vor Jahren aufmerksam gemacht haben, ist die Notwendigkeit eines biographischen Ansatzes: "[W]e need to undertake in-depth investigation of the biographies of migrants in order to gain appreciation of the intentions implicated in the migration decision" (Halfacree/Boyle 1993: 343). Neben der bereits angesprochenen Altersselektivität der Wanderungen ist die biographische Perspektive für die Kleinstadtforschung auch relevant, weil Wanderungsentscheidungen von den über den bisherigen Lebenslauf akkumulierten Erfahrungen, Erinnerungen, Erwartungen und Verhaltensweisen beeinflusst werden (Stockdale/MacLeod/Philip 2013). Unterschiedliche siedlungsstrukturelle Raumtypen haben spezifische altersspezifische *migration signatures*, die im Zeitverlauf sehr konstant sein können (Johnson/Winkler 2015).

8 Die andere Seite der Medaille: Immobilität und *rural staying*

Rural staying ist ein häufig ignorierter und vielfach negativ belegter Teilaspekt ländlicher und kleinstädtischer Migrationsregime (Stockdale/Haartsen 2018: 1). Stockdale und Haartsen (2018) fordern, die Bleibenden stärker in den Fokus des wissenschaftlichen Interesses zu rücken und Immobilität neu zu konzeptualisieren. Die Bleibenden sollten nicht länger als die Nicht-Mobilen angesehen werden, als diejenigen, die nur „passive Beobachter ihres eigenen Schicksals" sind (ebd.: 2). Mobilität und Immobilität sind nicht als statisch und gegensätzlich aufzufassen, sondern als fluide Zustände, die während des Lebenslaufs immer wieder auf dem Prüfstand stehen (Haartsen/Stockdale 2017: 3). Ein weiteres Problemfeld ist die Stigmatisierung der *rural stayers* im wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskurs, wo bisweilen „der Eindruck erweckt [wird], dass die qualifikations- und altersselektive Migration eine Negativauslese darstellt, die [...] zu sozialkranken Gesellschafts- und Bevölkerungsstrukturen führt" (Rolfes/Mohring 2009: 78, vgl. auch Meyer 2018: 1014). Negative Bewertungen des Bleibens können zur Entwicklung lokaler „Abwanderungskulturen" beitragen (Wiest/Leibert 2013: 463) und zu einer Verfestigung bestimmter alters- und geschlechtsspezifische Mobilitätsmuster führen.

Rural staying setzt häufig andere Formen der Mobilität voraus, etwa Pendeln (zirkuläre Mobilität) oder virtuelle Mobilität. Die Forschung zu Wanderungen und Immobilitäten in Kleinstädten und ländlichen Räumen könnte von den Erkenntnissen des „New Mobilities"-Paradigmas profitieren, das die Existenz von fünf eng miteinander verwobenen Mobilitätsformen postuliert, die „flackernde" Kombinationen von An- und Abwesenheit entstehen lassen (Sheller/Urry 2006: 222): (1) *corporeal travel of people* (u.a. Wanderungen, Umzüge), (2) *physical movement of objects* (z.B. Gütertransport, Lieferservices), (3) *imaginative travel* (z.B. durch Reisereportagen im Fernsehen),(4) *virtual travel on the internet* (z.B. Besuch von Webseiten, Skypen) und (5) *communicative travel* (Kommunikation durch Briefe, E-Mail oder Telefon) (Urry 2004: 28). Eine mögliche Erscheinungsform beschreiben Barcus und Brunn (2010) als *place elasticity*. Der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur hat demzufolge die Entstehung neuer Formen der Ortsbindung über geographische Distanz ermöglicht, die es den Fortgezogenen ermöglicht, einen engen Kontakt mit ihren Heimatorten aufrechtzuerhalten. Abwesenheit und Ortsverbundenheit bzw. Teilhabe am örtlichen Leben schließen sich folglich nicht mehr unbedingt aus. Die Grenzen von Mobilität und Immobilität, Anwesenheit und Abwesenheit verschwimmen immer mehr, als Folge wird das Forschungsfeld „Wanderungen" immer komplexer und fluider.

9 Migration und Integration

Der Komplex Migration und Integration ist wohl der Teilaspekt des Themenfelds der demographischen Entwicklung, der am dezidiertesten aus der Kleinstadtperspektive untersucht wurde und wird. Bei den vorliegenden Arbeiten handelt es sich vorrangig um qualitative Fallstudien, die häufig im Rahmen vergleichender Projekte entstanden sind und einen differenzierten Überblick über die mit der Zuwanderung ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verbundenen Chancen und Herausforderungen bieten. Dabei wird deutlich, dass eigene (theoretische) Modelle zur Erfassung der Beweggründe der Zuwanderung und der Alltagssituationen der Migrantinnen und Migranten notwendig sind, da sich die Rahmenbedingungen in Kleinstädten und Landgemeinden deutlich von den großstädtischen Mustern unterscheiden (Nadler 2012). Bei der Zuwanderung von Geflüchteten und Asylsuchenden in ländliche Räume spielen staatliche Regulierungspolitiken und räumliche Verteilungsmechanismen eine zentrale Rolle (Weidinger/Kordel/Pohle 2017; Glorius 2017). Neben dieser „gesteuerten" Zuwanderung sind Kleinstädte und Landgemeinden aber auch Wanderungsziele verschiedenster Gruppen von ausländischen Staatsangehörigen, etwa von Arbeitsmigrantinnen und -migranten (Nienaber/Frys 2012) oder von *rural gentrifiers* (Reichert-Schick 2017).

Wie in Großstädten scheint auch in Kleinstädten das Quartier bei der Integration eine wichtige Rolle zu spielen. Zudem lassen sich auch in Kleinstädten Konzentrationen von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Nachbarschaften der Kernstadt oder einzelnen Ortsteilen feststellen (z. B. Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018: 52-55). Kreichauf (2012) kommt in seiner Fallstudie zu ethnischer Segregation in der sachsen-anhaltischen Kleinstadt Genthin zu dem Ergebnis, dass sich die Segregationsprozesse in Klein- und Großstädten qualitativ unterscheiden. Ursächlich dafür sei unter

anderem, dass ein „sozialräumlicher Rückzug der Zugewanderten in das segregierte Quartier […] aufgrund der sozialen Nähe, der unvermeidlichen sozialen Kontakte und der überschaubaren Versorgungseinrichtungen und Strukturen der Stadt nicht möglich" sei (ebd.: 84). Als weitere Besonderheit der Kleinstadt identifiziert Kreichauf (ebd. 85), dass sich Segregation in der Stigmatisierung von Stadtteilen äußere. Auch für die Integration spielt das Wohnquartier eine zentrale Rolle. Dabei stehen die Stadtzentren der Kleinstädte sowohl als identifikationsstiftende „Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen Lebens", wo Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen aufeinandertreffen, als auch als Wohnstandort für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund im Fokus (Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018: 7). Die Integrationsbereitschaft der lokalen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund scheint von der Migrationsgeschichte eines Ortes, den dort vorherrschenden politischen und ökonomischen Bedingungen sowie den Begegnungsmöglichkeiten mit Migrantinnen und Migranten abzuhängen (Glorius 2017; vgl. auch Kirchhoff 2021). Diese Erkenntnisse unterstreichen, dass auch in Kleinstädten demographische Analysen auf der Quartiers-, Nachbarschafts- oder Ortsteilebene sinnvoll und notwendig sind. Von Bedeutung sind jedoch auch, wie die Beispiele der nordrhein-westfälischen Kleinstädte Altena, Hamminkeln und Nordkirchen zeigen, das Engagement zentraler Akteure, etwa von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, und die Bereitschaft von Stadtverwaltung und städtischer Zivilgesellschaft (Dymarz/Hanhörster/Hans et al. 2016: 86), gerade in schrumpfenden Kleinstädten die Zuwanderung internationaler Migrantinnen und Migranten gezielt als eine Strategie zur demographischen Stabilisierung zu sehen und entsprechend zu fördern bzw. zu unterstützen. Dazu ist die Schaffung eines „Klima[s] der Aufnahme und Integrationsbereitschaft" unerlässlich (ebd.: 29). Eine solche Willkommenskultur sollte nicht nur internationale, sondern auch innerdeutsche Zuwanderer adressieren, da auch die Integration von Binnenwanderern mit „zahlreichen Konflikten und Krisen verbunden" (Hamm 2011: 265) ist. So können in vielen Regionen aus Verteilungskonflikten resultierende negative Einstellungen gegenüber innerdeutschen Zuziehenden festgestellt werden (ebd.: 267), was darauf hindeutet, dass die Integrationsbereitschaft der lokalen Bevölkerungen im Wettbewerb um Fachkräfte eine wichtige, aber gerade mit Blick auf die Binnenwanderer oft unterschätzte Rolle spielt.

10 Forschungslücken und weiterer Forschungsbedarf

Als zentrale Forschungslücke ist zunächst das weitgehende Fehlen einer demographischen Kleinstadtforschung zu konstatieren. Es gibt zwar ein wissenschaftliches Interesse an demographischen Entwicklungen in ländlichen Raumen bzw. in Stadtregionen. Dabei wird die Kleinstadt zumeist als Teil des ländlichen bzw. suburbanen Raums betrachtet und nicht als eigenständige siedlungsstrukturelle Kategorie untersucht. Wünschenswert wären mehr qualitative Arbeiten, vergleichende Fallstudien sowie regelmäßige detaillierte bundesweite Analysen der Bevölkerungsentwicklung und -struktur auf der Gemeindeebene oder einer anderen kleinteiligen Betrachtungsebene (z. B. Rasterzellen). Dabei sollten insbesondere innovative Datenquellen, (Erhebungs-)Methoden und Analyseverfahren entwickelt werden, mit denen auch die innergemeindliche Bevölkerungsentwicklung analysiert werden kann (vgl. Milbert/Fina 2021). Eine

methodische Herausforderung ist die Bildung von Zeitreihen vor dem Hintergrund von Gemeindegebietsreformen, insbesondere mit Blick auf Teilausgliederungen. Besonderer Forschungsbedarf besteht in den folgenden Bereichen:

> Welche demographischen Raummuster bestehen innerhalb der Kleinstädte? Wie unterscheiden sich die Kernstädte und die dörflichen Ortsteile in Hinblick auf Bevölkerungsstruktur, natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsverhalten?

> Welche Rolle spielen Kleinstädte im deutschen (Binnen-)Wanderungssystem? Dabei sollten neben der Alters- und Geschlechtsselektivität von Wanderungen auch laterale Wanderungen innerhalb ländlicher Räume sowie Kurzstreckenwanderungen innerhalb der jeweiligen Landkreise stärker in den Fokus rücken.

> Die „Messiness" und Nicht-Linearität von Wanderungen sollten dabei theoretisch, methodisch und konzeptionell ebenso berücksichtigt werden wie die Eingebundenheit der Wandernden (und Bleibenden) in soziale Netzwerke.

> Immobilität und *rural staying* sollten stärker in den Fokus der Wanderungsforschung zu Kleinstädten rücken, z.B. mit Blick auf die Rolle von Ortsbindungen im Wanderungsprozess und den Einfluss von Stigmatisierungen und Marginalisierungen der (vermeintlich) Immobilen.

> Wie „funktioniert" die (Re-)Integration von Neubürgerinnen und Neubürgern in Kleinstädten? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen zwischen verschiedenen Gruppen von Zugezogenen, z.B. internationale Wanderer, Binnenwanderer mit und ohne vorherigen Ortsbezug, Rückwanderer?

> Das Zusammenwirken verschiedener Mobilitätsformen (z.B. residentieller, zirkulärer und virtueller Mobilität) sollte stärker in den Blick genommen werden. Kann durch die Digitalisierung die Abwanderung aus Kleinstädten reduziert werden, indem ausbildungs- und berufsbezogene Umzüge durch virtuelle Mobilität ersetzt werden?

> Auch in der internationalen Literatur weitestgehend unerforscht sind kleinräumige Muster der Familien- und Haushaltsformen.

11 Fazit

Mit Blick auf den Themenkomplex „Demographie" wird deutlich, dass Kleinstädte in jeder Hinsicht ein heterogener, diverser und komplexer Forschungsgegenstand sind, der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor vielfältige theoretische, methodische und konzeptionelle Herausforderungen stellt und die Entwicklung neuer Modelle und Ansätze erforderlich macht. Dabei ist einerseits die in vielen Forschungsarbeiten festzustellende Tendenz zu hinterfragen, Kleinstädte und Landgemeinden undifferenziert als „ländlichen Raum" zu betrachten, andererseits aber auch das sich

aus diesem analytischen Blickwinkel ergebende Ausblenden von Kleinstädten in Agglomerationsräumen. Ein bedeutender Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner suburbaner Räume lebt in Kleinstädten, etwa im Rhein-Main-Raum oder im Umland von Stuttgart und München (Gatzweiler/Adam/Milbert et al. 2012: 22). Daraus ergeben sich in der Literatur bislang kaum beachtete Überschneidungen von Kleinstadt- und Suburbanisierungsforschung. Die Suburbanisierungsforschung betrachtet Stadt-Umland-Wanderungen vorrangig aus einem kernstädtischen Blickwinkel (Mahlerwein 2009: 13), woraus die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels folgt, um zu beleuchten, welche Auswirkungen Suburbanisierungsprozesse auf die Bevölkerungsstrukturen und die natürliche Bevölkerungsentwicklung von Kleinstädten in Agglomerationsräumen haben: Neben der Frage, warum bestimmte Bevölkerungsgruppen den Kernstädten den Rücken kehren, sollte auch den Zuzugsmotiven und den Erwartungen an den neuen Wohnstandort mehr Beachtung geschenkt werden.

Literatur

Argent, N.; Tonts, M.; Jones, R.; Holmes, J. (2014): The Amenity Principle, Internal Migration, and Rural Development in Australia. In: Annals of the Association of American Geographers 104 (2), 305-318.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2019): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 113.

Barcus, H.; Brunn, S. (2010): Place Elasticity: Exploring a New Conceptualization of Mobility and Place Attachment in Rural America. In: Geografiska Annaler Series B Human Geography 92 (4), 281-295.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018): INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung.
www.inkar.de (22.11.2018).

Beetz, S. (2012): Besonderheiten der Entwicklung kleiner Städte in ländlichen Räumen. In: Engel, A.; Harteisen, U.; Kaschlik, A. (Hrsg.): Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse – Teilhabe und Handlungsbefähigung – Integriertes Stadtentwicklungsmanagement. Detmold, 45-66.

Bernt, M.; Liebmann, H. (2013): Zwischenbilanz: Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Forschungsprojekts. In: Bernt, M.; Liebmann, H. (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden, 218-231.

Bertelsmann Stiftung (2020): Wegweiser Kommune. Gütersloh.
www.wegweiser-kommune.de (18.09.2020).

Brachat-Schwarz, W. (2016): Warum leben Frauen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald am längsten? Zu möglichen Ursachen für die regional unterschiedliche Lebenserwartung in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg (8), 13-21.

Bürk, T. (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster. = Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis 14.

Difu-Projektteam (Hrsg.) (o.J.): „Integration in Bewegung bringen" – Die Handlungsfähigkeit von Klein- und Mittelstädten stärken. Ein Positionspapier. Berlin.

Dittrich-Wesbuer, A.; Kramer, C. (2014): Heute hier – morgen dort. Residenzielle Multilokalität in Deutschland. In: Geographische Rundschau 66 (11), 46-52.

Dymarz, M.; Hanhörster, H.; Hans, N.; Wallraff, M.; Zimmer-Hegmann, R. (2016): Gutachten Gelingende Integration im Quartier. Dortmund.

Gatzweiler, H.-P.; Adam, B.; Milbert, A.; Pütz, T.; Spangenberg, M.; Sturm, G.; Walther, A. (2012): Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. Bonn. = Analysen Bau.Stadt.Raum 10.

Glorius, B. (2017): The challenge of diversity in rural regions: refugee reception in the German federal state of Saxony. In: Hungarian Geographical Bulletin 66 (2), 113-128.

Großmann, K.; Franke, R; Henkel, L. (2021): Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 1: Die Hürden der Datenbeschaffung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 258-274. = Forschungsberichte der ARL 16.

Gruber, E.; Kobras, M.; Kordel, S. (2017): Lifestyle Migration als Potenzial für ländlich-periphere Gebiete Europas? Die Bewertung wirtschaftlicher und sozialer Auswirkungen aus der Perspektive von Zuwanderern und lokalen Akteuren in Frankreich, Österreich und Spanien. In: Europa regional 24 (3/4), 16-28.
Haartsen, T.; Stockdale, A. (2017): S/elective belonging: how rural newcomer families with children become stayers. In: Journal of Rural Studies 24 (4), e2137.
Haartsen, T.; Thissen, F. (2014): The success – failure dichotomy revisited: young adults' motives to return to their rural home region. In: Children's Geographies 12 (1), 87-101.
Halfacree, K. (2004): A Utopian Imagination in Migration's Terra Incognita? Acknowledging the Non-Economic Worlds of Migration Decision-Making. Population, Space and Place 10 (3), 239-253.
Halfacree, K.; Boyle, P. (1993): The challenge facing migration research: the case for a biographical approach. In: Progress in Human Geography 17 (3), 333-348.
Halfacree, K.; Merriman, P. (2015): Performing Internal Migration. In: Smith, D.; Finney, N.; Halfacree, K.; Walford, N. (Hrsg.): Internal Migration. Geographical Perspectives and Processes. Farnham, Burlington, 149-164.
Hamm, R.-B. (2011): Zwischen Isolation, Anpassung und räumlicher Mobilität. Eine Untersuchung zur Integration von Binnenwanderern in Deutschland. Dissertation, genehmigt von der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Magdeburg.
Harms, B.; Trunec, K. (2010): Wohnstandortwahl in ländlichen Räumen. Ergebnisse einer Befragung zur Wohnstandortwahl in Städten und Dörfern des ländlichen Raumes in Sachsen. Dresden. = Schriftenreihe des LfULG 20/2010.
Heinrich, H.-A.; Schwarz, C. (2017): Jugendbefragung im Landkreis Freyung-Grafenau. Projektbericht. Passau.
Herfert, G.; Osterhage, F. (2011): Bevölkerungsentwicklung – Schrumpfung auch im Westen angekommen. In: Nationalatlas aktuell 5 (01.2011) 1, o.S. http://aktuell.nationalatlas.de/bevoelkerungsentwicklung-1_01-2011-0-html/ (26.04.2020).
Hochstetter, B. (2015): Jugend- und Altenquotient zur Beschreibung der demographischen Entwicklung in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg (5), 12-18.
Johnson, K.; Winkler, R. (2015): Migration signatures across the decades: Net migration by age in U.S. counties, 1950–2010. In: Demographic Research (32) 38, 1065-1080.
Kirchhoff. G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.
Kordel, S. (2017): Zuwanderung in ländliche Räume Europas: zur Diversität von rural mobilities. In: Europa regional 24 (3/4), 3-15.
Kreichauf, R. (2012): Kleinstadt und Zuwanderung – Zur Theorie und Empirie ethnischer Segregation. Berlin. = Graue Reihe des Instituts für Stadt- und Regionalplanung Technische Universität Berlin 41.
Leibert, T. (2016): She leaves, he stays? Sex-selective migration in rural East Germany. In: Journal of Rural Studies (43), 267-279.
Leibert, T. (2020): Demografische Strukturen und Entwicklungen in den ländlichen Räumen Sachsens: Nur Abwanderung und Schrumpfung? In: Sächsische Heimatblätter (1), 428-439.
Leibert, T.; Schaarwächter, M. (2019): Gutachten für den Landtag Brandenburg zum Thema „Binnendifferenzierung der demographischen Entwicklungsmuster und -perspektiven im metropolenfernen Raum des Landes Brandenburg". Aktualisierter Endbericht. Leipzig.
Leibert, T.; Wiesiolek, L.; Schmidt, A.; Mittag, L.; Bardet, C. (2018): Zukunftsstrategie Nordsachsen. Impulse des Demografischen Wandels und der residentiellen Mobilität für eine differenzierte kleinräumige Entwicklung im Kontext neuer regionaler Wachstumstrends in der Region Leipzig. Leipzig.
Mahlerwein, G. (2009): Modernisierung der ländlichen Gesellschaft in Deutschland – der Beitrag der Suburbanisierung. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 57 (2), 13-29.
Meyer, F. (2018): Navigating aspirations and expectations: adolescents' considerations of out-migration from rural eastern Germany. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 44 (6), 1032-1049.
Meyer, F.; Miggelbrink, J. (2015): Subjektivität und Kausalität in der Migration(sforschung) – Annäherungen an Rationalisierungen von Migrationsentscheidungen in schrumpfenden Regionen. Raumforschung und Raumordnung 73 (1), 17-30.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.

Mueller, U. (2000): Die Maßzahlen der Bevölkerungsstatistik. In: Mueller, U.; Nauck, B.; Diekmann, A. (Hrsg.): Handbuch der Demographie 1: Modelle und Methoden. Berlin, Heidelberg, 1-91.
Nadler, R. (2012): Should I stay or should I go? International migrants in the rural town of Zittau (Saxony) and their potential impact on rural development. In: European Countryside 4 (1), 57-72.
Neu, C. (2009): Daseinsvorsorge und territoriale Ungleichheit. In: Neu, C. (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden, 80-96.
Nienaber, B.; Frys, W. (2012): International labour migration in European rural regions – the example of Saarland, Germany. In: European Countryside 4 (1), 73-88.
Reichert-Schick, A. (2017): Rural Gentrification an der Obermosel? Eine Fallstudie zu internationaler Wohnmigration und den Herausforderungen für die Dorfentwicklung. In: Europa regional 24.2016 (3/4), 77-94.
Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (2018): „Stadt und Integration gestalten" – Die Projektkommunen. Fallstudienbericht des Forschungs-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe". Berlin.
Rolfes, M.; Mohring, K. (2009): Diskursanalysen zur Abwanderung ostdeutscher Jugendlicher. In: Schubarth, W.; Speck, K. (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. Weinheim, München, 69-90.
Rößler, C. (2010): Wanderungsmuster in ländlichen Räumen. Ergebnisse einer empirischen Analyse des Migrationsgeschehens in Städten und Dörfern des ländlichen Raumes in Sachsen. Dresden. = Schriftenreihe des LfULG 22/2010.
Schametat, J.; Schenk, S.; Engel, A. (2017): Was sie hält. Regionale Bindungen von Jugendlichen im ländlichen Raum. Weinheim, Basel.
Schlüter, A. (2017): Die Gemeindeentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern als dynamischer Prozess zwischen Infrastruktur und Vulnerabilität. Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades doctor rerum naturalium (Dr. rer. nat.) an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald. Greifswald.
Sheller, M.; Urry, J. (2006): The new mobilities paradigm. In: Environment and Planning A 38 (2), 207-226.
Simons, H.; Weiden, L. (2016): Schwarmverhalten in Sachsen – eine Untersuchung zu Umfang, Ursache, Nachhaltigkeit und Folgen der neuen Wanderungsmuster. Endbericht. Berlin.
Slupina, M.; Damm, T.; Klingholz, R. (2016): Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern. Berlin.
Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020): Regionaldatenbank Deutschland, Tabelle 12411-02-03-5, Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen (17) – Stichtag 31.12. – regionale Tiefe: Gemeinden.
Steinführer, A.; Kohring, J. (2019): Reurbanisierung durch selektive Wanderungen Älterer? Entwicklungen in kleineren niedersächsischen Mittelzentren und ihre siedlungsstrukturellen Folgen. In: Scholich, D. (Hrsg.): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen. Hannover, 319-340. = Arbeitsberichte der ARL 27.
Stockdale, A.; Haartsen, T. (2018): Editorial introduction: Putting rural stayers in the spotlight. In: Population, Space and Place 24 (4), e2124.
Stockdale, A.; MacLeod, M; Philip, L. (2013): Connected Life Courses: Influences on and Experiences of 'Midlife' In-Migration to Rural Areas. In: Population, Space and Place 19, 239-257.
Urry, J. (2004): Connections. In: Environment and Planning D: Society and Space 22 (1), 27-37.
Wagner, M.; Mulder, C. (2015): Spatial Mobility, Family Dynamics, and Housing Transitions. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 67 (1), 111-135.
Weber, G.; Fischer, T. (2010): Gehen oder bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse. Wien.
Weichhart, P. (2009): Multilokalität – Konzepte, Theoriebezüge und Forschungsfragen. In: Informationen zur Raumentwicklung 2009 (1-2), 1-14.
Weidinger, T.; Kordel, S.; Pohle, P. (2017): Bleiben oder Gehen? Einflussfaktoren auf die Wohnstandortmobilität anerkannter Flüchtlinge in ländlichen Räumen am Beispiel des Bayerischen Waldes. In: Europa regional 24.2016 (3/4), 46-61.
Wiest, K. (2016): Migration and everyday discourses: Peripheralisation in Rural Saxony-Anhalt from a gender perspective. In: Journal of Rural Studies (43), 280-290.

Wiest, K.; Leibert, T. (2013): Wanderungsmuster junger Frauen im ländlichen Sachsen-Anhalt – Implikationen für zielgruppenorientierte Regionalentwicklungsstrategien. In: Raumforschung und Raumordnung 71 (6), 455-469.
Wolff, M.; Leibert, T. (2016): Deutschlands neue Raummuster – Bevölkerungsentwicklungen auf Gemeindeebene 1990 bis 2014. In: Nationalatlas aktuell 10 (05.2016) 3, o.S. http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/16_03_Bevoelkerungsentwicklung.pdf (26.04.2020).

Autor

Dr. Tim Leibert (**1977*) *ist Geograph und Wissenschaftler am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in der Forschungsgruppe „Mobilities and Migration". Seine Forschungsschwerpunkte sind die Wechselwirkungen von selektiven Wanderungen, bevölkerungsstrukturellen Rahmenbedingungen und Regionalentwicklung sowie die Auswirkungen internationaler Wanderungen auf ländliche Räume.*

Sara Schiemann, Annett Steinführer

IN GUTER GESELLSCHAFT? SOZIALSTRUKTUR UND SOZIALE BEZIEHUNGEN IN KLEINSTÄDTEN

Gliederung

1 Einleitung
2 Die Sozialstruktur kleinstädtischer Gesellschaften
2.1 Begriffsklärung: Sozialstruktur
2.2 Sozialstruktur und soziale Differenzierung als Themen klassischer Kleinstadtstudien
2.3 Neuere Untersuchungen im Kontext der Peripherisierungsdebatte
2.4 Zwischenfazit: Befunde zur Sozialstruktur und sozialen Differenzierung
3 Soziale Beziehungen, soziale Netzwerke, Sozialkapital
3.1 Begriffsklärung: soziale Beziehungen, soziale Netzwerke, Sozialkapital
3.2 Soziale Netzwerke und ihre Einflussfaktoren als Thema älterer Kleinstadtstudien
3.3 Soziale Beziehungen und Sozialkapital in neueren Kleinstadtstudien
3.4 Zwischenfazit: Befunde zu sozialen Beziehungen
4 Jenseits von „Peripherisierung“ und „sozialer Nähe“: weiterführende Überlegungen
5 Fazit und Ausblick
Literatur

Kurzfassung
Der Beitrag widmet sich den Sozialstrukturen und sozialen Beziehungen in Kleinstädten: Es werden die zentralen Begrifflichkeiten geklärt, ein Überblick über den bisherigen Forschungsstand gegeben sowie offene Fragen für die Kleinstadtforschung benannt. Der Beitrag zeigt auf, dass sozialstrukturelle Aspekte in aktuellen Kleinstadtstudien kaum eine Rolle spielen und an vielversprechende frühere Detailuntersuchungen nur selten angeknüpft wird. Die sozialen Beziehungen sind zwar öfter Thema in wissenschaftlichen Untersuchungen, doch bleiben diese häufig tradierten Beschreibungen von Kleinstädten als besonders eng vernetzte und sozial überschaubare Vergesellschaftungsform verhaftet.

Schlüsselwörter
Kleinstadt – Sozialstrukturen – soziale Beziehungen – Sozialkapital – soziale Netzwerke

In Good Company? Social Structures and Social Relations in Small Towns

Abstract
The article considers social structures and social relations in small towns. Central terms are explained, an overview of the state of research is given and open research questions for small towns are identified. The article shows that socio-structural factors scarcely play a role in current research on small towns and that promising in-depth investigations conducted in the past have seldom been further developed. Social relations are usually included in scientific research but these often traditional descriptions tend to cling to the image of small towns as being particularly close-knit and characterised by a specific social narrowness.

Keywords
Small town – social structures – social relations – social capital – social networks

1 Einleitung

„Raus auf's Land" oder „Stadtluft macht frei"? Der öffentliche Diskurs darüber, wo das „gute Leben" zu finden ist, wird fortwährend und divers geführt. Die Stadt verspricht durch eine dichte Infrastruktur und die Vielzahl von Gelegenheitsstrukturen eine gute Vereinbarkeit der verschiedenen Lebenssphären, das Land hingegen Entschleunigung[1] abseits der „Großstadthektik" und ein vermeintlich persistentes Sozialumfeld. Die in solchen Gegenüberstellungen üblicherweise aufgeführten Argumente – wenngleich selektiv und nicht differenziert – lassen zuweilen den Eindruck entstehen, es existierten nur zwei antagonistische Soziotope: hier die „pulsierende Großstadt" und da das „ruhige Provinzdorf", die keine Berührungspunkte aufweisen und ohne Schattierungen und Verflechtungen auskommen. Weitere Siedlungstypen bleiben in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Auseinandersetzung oftmals außen vor. Wird die Kleinstadt in diesem Zusammenhang doch thematisiert, kommen vielfach Verortungen zwischen den „Polen" von Urbanität und Ruralität zum Tragen (vgl. auch Steinführer 2021). So argumentiert etwa Grüger (2004), dass negativ besetzte Beschreibungen der Kleinstadt als beispielsweise kleinbürgerlich, langweilig oder provinziell zusehends positiv konnotierten Betrachtungen wie „Provinz mit urbanem Flair" weichen und dadurch Kleinstädte vermehrt für Großstädterinnen/Großstädter bei ihrer Wohnstandortentscheidung in Betracht kämen (vgl. ebd.: 63 ff.). Je nach Blickwinkel kann der Wohnort als präferenzorientiert, milieuproduziert oder Ergebnis gesellschaftlicher Strukturierungsprozesse gelesen werden. So formuliert Hannemann (2014): „Im Wohnen manifestiert sich der soziale Status. Lage und Standort […], Wohnform […], Wohnumfeld sowie Architektur haben […] immer auch die gesellschaftliche Stellung der Bewohner abgebildet" (ebd.: 37). Von dieser Annahme ausgehend, muss also zunächst die Frage gestellt werden: *Wer* lebt gegenwärtig eigentlich *wie* in der Kleinstadt?

1 Beschleunigung, Flexibilisierung und Entgrenzung (u. a. Rosa 2013; Sennett 1998) dienen in der Beschreibung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse vielfach als Hintergrundfolie im Hinblick auf die Lebensführung und die Alltagsorganisation in westlichen Gesellschaften.

Um diesem Erkenntnisinteresse nachzugehen, ist eine systematische Analyse der Sozialstruktur dieses Siedlungstypus erforderlich. Diese steht, das sei vorweggenommen, für Kleinstädte der Gegenwart in der deutschsprachigen Forschung weitgehend aus. In einigen Forschungsarbeiten finden ausgewählte Aspekte wie beispielsweise demographische Strukturen, Migration und Wohnen Berücksichtigung (vgl. auch Leibert 2021; Kirchhoff 2021; Schenkel/Großmann 2021). Vergleichsweise oft (und häufiger als für Großstädte) werden hingegen Fragen (bzw. Thesen) zu den sozialen Beziehungen in Kleinstädten thematisiert, die in ihrer Tendenz – große Nähe, hohe Vertrautheit – geradezu als Topos der Forschung zu bezeichnen sind. Diese (vermeintlich oder tatsächlich) engen und dichten sozialen Beziehungen gelten wahlweise als Attraktivitätsfaktoren kleiner Städte (wie auch ländlicher Räume) oder aber als einer Vorstellung von Urbanität mit dem Fremden als „Prototyp" städtischer Öffentlichkeit (u. a. Häußermann/Siebel 2001: 68) fundamental entgegengesetzt. Insbesondere werden informelle soziale Netzwerke im Kontext von Debatten um die Lebensqualität thematisiert, da diese in Fragen der Daseinsvorsorge und beim gleichzeitigen Rückzug staatlicher Strukturen etwaige Engpässe in der Lebensführung abzufedern vermögen (z. B. Sturm/Walther 2011; 2010). Jedoch werden kleinstädtische Gesellschaften hierbei oftmals als homogene Sozialräume verallgemeinert, gleichzeitig sind die tatsächlichen sozialen Beziehungsgefüge ebenso wie die sozialstrukturelle Verfasstheit bisher nur punktuell empirisch erforscht.

Die oben formulierte Frage nach den kleinstädtischen Lebensverhältnissen ist folglich zu spezifizieren: Welche sozialen Strukturen gibt es in kleinen Städten? Wie sind die sozialen Beziehungen, Kontakte und Netzwerke von Kleinstadtbewohnern/-bewohnerinnen beschaffen? Unterscheiden sich die Sozialstruktur und die sozialen Beziehungen je nach Lage und Typ von Kleinstädten? Dieser Beitrag befasst sich mit den relevanten Begrifflichkeiten, gibt einen Überblick über den Forschungsstand und formuliert daraus Überlegungen für die künftige Kleinstadtforschung.

2 Die Sozialstruktur kleinstädtischer Gesellschaften

2.1 Begriffsklärung: Sozialstruktur

Unter der Sozialstruktur einer Gesellschaft werden „die Wirkungszusammenhänge in einer mehrdimensionalen Gliederung der Gesamtgesellschaft in unterschiedliche Gruppen nach wichtigen sozial relevanten Merkmalen sowie in den relativ dauerhaften sozialen Beziehungen dieser Gruppen untereinander" (Geißler 2014: 3) verstanden. Je nach Ausrichtung gelten sozialstatistische Merkmale, wie beispielsweise Alter, Bildung, Einkommen oder Geschlecht, sowie soziale Positionen spezifischer Gruppen in der Gesellschaft und deren Einbettung in soziale Gefüge, z. B. Schicht, Klasse oder Milieu, als relevante Wirkfaktoren.[2] Diese lassen sich in horizontale (z. B. Geschlecht, Alter) und vertikale (z. B. Schicht, Bildung, Einkommen) Dimensionen sozialer Ungleichheit unterscheiden. Ziel der empirischen Sozialstrukturanalyse ist es, „den struk-

2 Zur Übersicht über verschiedene Theorietraditionen und Forschungsansätze zur Sozialstruktur siehe Geißler 2014, Kap. 1; Petermann 2014, Kap. 1.2.

turellen Aufbau und die Differenzierung sozialer Positionen [...] zunehmend komplexere[r] Gesellschaften, die Bevölkerungsverteilung über diese Positionen sowie die daraus resultierenden Handlungs- und Lebenschancen für die Gesellschaftsmitglieder zu erforschen" (Petermann 2014: 6). In der Stadtforschung sind soziale Ungleichheiten und ihre räumliche Verortung ein zentrales Thema. Dabei setzt die Untersuchung sozialräumlicher Differenzierungsprozesse und daraus resultierender Segregationsmuster eine klare Vorstellung über die Sozialstruktur der Bevölkerung und ihre Veränderungen im Zeitverlauf voraus (u.a. Keller/Klärner/Neef 2014: 7 ff.). Für Kleinstädte finden sich allerdings, zumindest im deutschsprachigen Kontext, nur ausgesprochen wenige Forschungsarbeiten zu dieser Thematik. Dies führt beispielsweise dazu, dass sich in der wiederkehrenden Debatte um gleichwertige Lebensverhältnisse auf dieser Basis kaum Maßnahmen für kleinstädtische Lebensräume formulieren und umsetzen lassen.

2.2 Sozialstruktur und soziale Differenzierung als Themen klassischer Kleinstadtstudien

Als klassische Studien zur Sozialstruktur kleinstädtischer Gesellschaften können die Forschungsarbeiten von Erwin Grötzbach (1963) und Benita Luckmann (1970) gelten, die nachfolgend ausführlicher dargestellt werden.

Grötzbach (1963) arbeitete in seiner Studie „Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland" anhand von acht Städten fünf relevante soziale Statusgruppen heraus, denen er die berufliche Stellung der Personen zugrunde legte: Selbständige, „Beamte aller Rangstufen", Angestellte, Arbeiter sowie „selbständige Berufslose" (Rentner, Pensionisten, Privatiers). Nicht berücksichtigt wurden Hausangestellte, Landwirte und Geistliche (ebd.: 68 f.). Grötzbach reflektiert, „daß in jeder Gruppe Personen mit sehr unterschiedlichem sozialem Status und ebenso mit verschieden hohem Einkommen zusammengefaßt wurden. [...] Mit dieser Gliederung kann also nicht etwa eine soziale Schichtung verdeutlicht werden" (ebd.: 69), vielmehr handele es sich um „eine alle Schichten senkrecht durchschneidende Unterteilung" (ebd.), in der „soziale Spitzengruppen", z.B. leitende Angestellte, Großunternehmer, Beamte des höheren Dienstes und Akademiker, gesondert untersucht wurden. Akademiker fanden Berücksichtigung, „da sie gerade in den Kleinstädten häufig ein beträchtliches Bildungsprestige genießen" (ebd.). Die Ergebnisse wurden durch straßenabschnittsweise Kartierung erzeugt – wie genau, bleibt unklar. Im Literaturverzeichnis werden für die meisten, aber eben nicht alle, der sozialräumlich untersuchten Städte auch Adressbücher[3] aufgeführt. Von vornherein interessierte also nicht nur die soziale, sondern auch die sozialräumliche Struktur der untersuchten Kleinstädte. Die Studie ist auch deshalb besonders relevant, weil sie die starken Bevölkerungsverschiebungen im Zuge und im Nachgang des Zweiten Weltkriegs abbildete. Aus den Ergebnissen

3 Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts stellten Adressbücher eine wertvolle Quelle für die Untersuchung der Sozialstruktur städtischer Gesellschaften dar (vgl. grundlegend Zwahr 1968 und van Eyll 1979). Digitalisate der Adressbücher zahlreicher Kleinstädte liegen für Sachsen vor: https://adressbuecher.sachsendigital.de/startseite/ (15.04.2021).

seiner empirischen Untersuchung leitete Grötzbach eine eigene Kleinstadt-Definition ab: „Eine Kleinstadt ist eine nach der Vielfalt und Stärke ihrer zentralörtlichen Funktionen und nach ihrer inneren Differenzierung voll entwickelte Stadt mit annähernd 3.000 bis 15.000 Einwohnern. Ihre einzelnen Stadtteile zeigen noch keine deutliche Verselbständigung, sondern sind sämtlich auf das einzige kräftig ausgebildete Geschäftszentrum und auf die meist nur einmal vorhandenen lokalen öffentlichen Dienste ausgerichtet“ (ebd.: 106).

Luckmann (1970) legte mit „Politik in einer deutschen Kleinstadt“ eine dezidiert sozialstrukturelle und sozialräumliche Analyse der Stadt Bretten in Baden-Württemberg vor. Sozialstrukturell unterschied sie sieben Berufs- und Statusgruppen: Landwirte (spätere unterschieden in „traditionelle Stadtbauern“, „rationale Aussiedlerbauern“, „Nebenerwerbslandwirte und Arbeiterbauern“ sowie „Äckerle- und Gartenbesitzer“; ebd.: 92 ff.), Hilfsarbeiter und angelernte Arbeiter, Facharbeiter, mittlere und untere Angestellte sowie Beamte, selbstständige Handwerker sowie mittlere und kleine Geschäftsleute, höhere Angestellte und Beamte, Fabrikanten und Akademiker sowie Inhaber großer Geschäfte. Diese gruppiert sie wiederum in Ober-, Mittel- und Unterschicht (ebd.: 66 ff.). Zur „Unterschicht“ zählt sie auch marginalisierte Gruppen wie „Gastarbeiter und die sogenannten Asozialen“ (ebd.: 109). In ihrer Untersuchung wird, ähnlich wie bei Grötzbach (1963), insbesondere die hohe Bedeutung der Zuwanderung von „Flüchtlingen“ – hier eine Sammelbezeichnung für „eigentliche Flüchtlinge wie auch Heimatvertriebene und Zonenflüchtlinge“ und zugleich eine Selbstbeschreibung (Luckmann 1970: 46 f.) – für den Wandel der Stadtgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich. Wie Grötzbach (1963) hörte Luckmann nicht bei einer sozialstrukturellen Charakterisierung auf, sondern stellte auch die Sozialräume der Stadt dar (vgl. Luckmann 1970: 18, 37-46, sowie Schenkel/Großmann 2021).

Doch haben westdeutsche Kleinstädte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur durch die kriegsbedingten Migrationsprozesse einen starken sozialen Wandel erfahren. Im Zuge einer „zweite[n] Welle der Industrialisierung“, wie es Kolb (2007: 56) nennt, war mit Beginn der 1960er Jahre ein innerstädtischer Strukturwandel zu verzeichnen, der sich auf veränderte Wirtschaftsverhältnisse, neue Mobilitätstechnologien und ein zeitgemäßes Freizeitverhalten zurückführen ließ (ebd.: 54 ff.). Laut Kolb waren die 1980er Jahre dann als „Renaissance der Kleinstadt als Lebensform und Lebensort“ (ebd.: 63) zu deuten. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen führten dazu, dass angenommene spezifische Kleinstadtqualitäten wie „Enge, soziale Dichte und Gemütlichkeit“ wieder an Attraktivität gewannen. Damit einher gingen ein neues Geschichtsbewusstsein, die Orientierung an modernen Wohntrends, ein erneuter Wandel des Geschäftslebens sowie der Ausbau des Kulturangebots (ebd.: 63 ff.).

Konzentrierte sich dieser kurze Rückblick aufgrund des Forschungsstandes auf westdeutsche Kleinstädte, so wird im Folgenden der Blick auf die ostdeutschen Bundesländer in der Zeit nach der Wiedervereinigung gelegt.

2.3 Neuere Untersuchungen im Kontext der Peripherisierungsdebatte

Seit den 1990er Jahren lag der Schwerpunkt der Forschung auf Kleinstädten mit großen strukturellen ökonomischen Problemen und den damit verbundenen alters- wie sozial selektiven Abwanderungen. In diesen Arbeiten finden sich zahlreiche Hinweise auf eine soziale Entmischung der betroffenen lokalen Gesellschaften sowie ein vergleichsweise hohes Niveau an sozialen Problemlagen (z. B. Hannemann 2004; Steinführer/Kabisch 2004; Beetz 2012a; 2012b; Burdack 2013; Kühn 2015).

Viele dieser Studien verorteten sich und ihren Gegenstand im Kontext der Peripherisierungsdebatte, um auf die langfristige Abkopplung bestimmter Räume von den Agglomerationen in ökonomischer, sozialer, politischer, fiskalischer und symbolischer Hinsicht hinzuweisen (zum Konzept zuerst Bürkner 2005 und Keim 2006; für Mittelstädte: Bernt/Liebmann 2013). So brachten Steinführer/Kabisch (2004) das Ergebnis ihrer Studie zur sächsischen Kleinstadt Johanngeorgenstadt auf die Formel einer „multiplen Peripherisierung" (ebd.: 81) und bezogen die symbolische Dimension (im Falle dieser Kleinstadt vor allem eine Selbststigmatisierung) explizit mit ein (vgl. dazu auch Bürk 2013; Beetz 2012a: 57). Sozialstrukturell war auffällig, dass die untersuchte Kleinstadt vor allem durch ältere Alleinlebende und Paare gekennzeichnet war. Auf Befragungsbasis ermittelten die Autorinnen zum Untersuchungszeitpunkt eine Vollzeitbeschäftigtenquote von gerade einmal 30%. Die formalen Qualifikationen der Johanngeorgenstädter/-städterinnen für den Arbeitsmarkt waren die einer altindustriellen Region mit der Folge einer nach 1990 hochgradig unterbeschäftigten Facharbeiterschaft. Die Haushaltseinkommen lagen weitgehend im sächsischen Mittel, ließen aber Spitzenwerte vermissen. Die starken selektiven Abwanderungen der Jahre seit 1990 schlugen sich somit deutlich in der städtischen Sozialstruktur nieder (Steinführer/Kabisch 2004: 37-41).

Eine zentrale Studie legte Christine Hannemann (2004) mit ihrer Habilitationsschrift „Marginalisierte Städte – Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess" vor. Sie untersuchte die Sozialstruktur und das soziale Beziehungsgefüge von vier Städten in Brandenburg (Angermünde, Bad Wilsnack) und Mecklenburg-Vorpommern (Goldberg, Teterow). Mit dem Begriff der Marginalisierung bezeichnet Hannemann sowohl die geringe Beachtung von Kleinstädten in Forschung, Politik und öffentlicher Wahrnehmung als auch die sozialen Lagen dieses Siedlungstypus (ebd.: 18, 306 ff.). Auf Grundlage einer empirischen Erhebung im Jahr 2001, die Stadtprofile, standardisierte Haushaltsbefragungen (n=1.683) sowie leitfadengestützte Gespräche mit Schlüsselpersonen (n=54) umfasste, lieferte die Studie umfassende Ergebnisse unter anderem zur Sozialstruktur der Bevölkerung (u.a. Angaben zu soziodemographischen Daten, Beschäftigungs-, Einkommens- und Wohnverhältnissen) sowie zur sozialräumlichen Struktur der Untersuchungsstädte. Entgegen der Annahme, Kleinstädte seien „überaltert", zeigten sich in der Altersstruktur zum Untersuchungszeitpunkt (noch) keine bemerkenswerten Abweichungen. Gleichzeitig war die Tendenz der demographischen Alterung bereits erkennbar. Der Anteil der Erwerbstätigen oder in einem Ausbildungsverhältnis Stehenden einerseits und der Rentnerinnen und Rentner andererseits hielt sich nahezu die Waage (41% bzw. 37%). Die Arbeitslosenquote war mit 23% sehr hoch und lag sowohl deutlich

über dem Wert für Westdeutschland mit damals 8% als auch über dem für Ostdeutschland insgesamt (19%). Das Niveau der Bildungsabschlüsse entsprach ebenso wie die Haushaltseinkommen dem Niveau in Ostdeutschland (ebd.: 183-203). Bei den Lebensformen dominierten Zwei- und Dreipersonenhaushalte, sowohl mit als auch ohne Kinder. Der Anteil der Einpersonenhaushalte war mit 21% im Vergleich zum bundesweiten Mittel von 36% niedrig. Die durchschnittliche Familienansässigkeit betrug 65 Jahre, ein Fünftel der Familien war sogar seit mehr als 100 Jahren am Ort ansässig (ebd.: 186 f., 198). Die Analyse der sozialräumlichen Struktur erfolgte in Hinblick auf Merkmale wie Altersstruktur und Haushaltsformen, Erwerbssituation und Einkommen. Auf Grundlage ihrer empirischen Ergebnisse kam Hannemann zu dem Schluss, dass im Vergleich zu Großstädten mit zunehmend segregierten Stadtteilen in den Kleinstädten eine höhere sozialräumliche Homogenität zu identifizieren sei (Hannemann 2004: 206 ff.). Weiterführend resümiert sie: „Kleinstädte sind zu klein für eine ausgeprägte Segregation, wenn überhaupt tritt diese punktuell auf" (ebd.: 303). Einschränkend ist für diese Untersuchung – wie für alle Kleinstadtstudien – auf die begrenzte Zahl der Fälle zu verweisen, die so weitreichende Schlussfolgerungen (bezogen auf „die" Kleinstadt) nicht erlauben.

Auch Frank Eckardt legt einen Schwerpunkt seiner Forschungstätigkeit auf periphere bzw. peripherisierte Städte in Ostdeutschland, konkret in Thüringen. Die von Eckardt an der Bauhaus-Universität Weimar geleitete „Werkstatt Sozialraumanalyse" teilt die von Hannemann (2004) monierte Marginalisierung von (ostdeutschen) Kleinstädten in der Stadtforschung. Eckardt geht von einem „Anderssein" der sozialräumlichen Beschaffenheit kleinerer Städte im Kontrast zu den vielbeforschten Großstädten und Metropolen aus: „Klein- und Kleinststädte [...] stellen keine ‚Miniatur-Versionen' eigentlicher Städte dar, [...] [k]leine urbane Räume kennzeichnen sich durch eine eigene *raison d'être*, die sich durch eine besondere sozioökonomische Struktur und eine andere Art der Ortsbindung auszeichnet" (Eckardt 2019: 208; vgl. auch Pätzold 2018). So konstituiert er Klein- oder sogar „Kleinst-Städte" als Kontinuum im Unterschied (sic!) zur Stadt. Dieser „Unterschied zwischen Stadt und Kleinstadt" (Eckardt 2019: 208) kann so gelesen werden, dass Kleinstädten zum Teil das Stadt-Sein abgesprochen wird, jedoch wird dies nicht explizit formuliert. Die Spannweite von Eckardts empirischen Studien umfasst sowohl „Kleinst-Städte" wie Camburg mit rund 2.600 Einwohnerinnen/Einwohnern (Eckardt 2019) als auch die kleine Mittelstadt Suhl mit rund 35.000 Einwohnerinnen/Einwohnern (Eckardt 2015). In der explorativen Untersuchung „Suhl ohne Sushi: Das Leben in einer Kleinstadt in Ostdeutschland heute – Ergebnisse einer Sozialraumwerkstatt" (ebd.) werden die Narrative der Bevölkerung und politischen Akteure als Ausgangspunkte für das Selbstverständnis von Handlungsoptionen und der Lebensgestaltung vor Ort identifiziert. Deutlich wird, dass die vorherrschende Beschreibung Suhls als „schrumpfende Stadt" eine angenommene Abwärtsbewegung impliziert und diese Wahrnehmung mögliche Entwicklungsprozesse eher lähmt. Es fehle eine Kommunikationskultur, die es zulässt, eine gemeinsame Vorstellung der Stadt zu entwickeln und diese als handlungsleitend zu verfestigen. Auch in dem Beitrag „Heimat ohne Tamtam. Ortsgebundenheit und Fernweh in der Kleinstadt" (2019) thematisiert Eckardt ortsspezifische Narrationen und Wahrnehmungen am Beispiel von Camburg mit Schwerpunkt auf Fragen der Ortsgebundenheit im Kontext gesellschaftlicher Globalisierungs- und Virtualisierungsprozes-

se. Eine These bezieht sich auf die Gleichzeitigkeit von Peripherie und Zentralität: Auch aus einer peripheren Lage von Kleinstädten sind zentrale Orte der Gesellschaft virtuell erreichbar, womit Bleiben, Weggehen und (Wieder-)Kommen jederzeit möglich seien (ebd.: 210-215). Eine systematische sozialstrukturelle Analyse war nicht das Ziel dieser Arbeiten, und so bleiben die eher anekdotisch benannten Akteure auf der Ebene von Einzelpersonen. Etwas anders verhält es sich bei einem Studienforschungsprojekt über Jugendliche in Meuselwitz, Sömmerda und Ruhla (Eckardt 2018), das sich unter anderem mit Selbst- und Fremdzuschreibungen an diese gerade in schrumpfenden Städten so wertvolle und zugleich so unbekannte „Ressource" befasste. Hier wurde in Interviews mit (nicht weiter spezifizierten) Expertinnen und Experten eine dichotome Zuschreibung als „gute" (z. B. formal bildungsorientierte und ehrenamtlich aktive) bzw. „schlechte" (eher formal bildungsferne und kaum engagierte) Jugendliche deutlich, die wiederum von der (teils bangen) Frage nach dem künftigen Bleiben oder Gehen dieser sozialen Gruppen nicht zu trennen war (ebd.: 198 ff.).

Am anderen Ende des Alterskontinuums – sowohl bei den „jüngeren" Alten als auch bei den Hochbetagten – finden sich auf Fallstudienbasis in Schrumpfungsregionen (aber nicht nur dort) Hinweise darauf, dass zunehmend altersselektive Wanderungen in die Kernstädte klein- und mittelstädtischer Zentren stattfinden. Dies erfolgt in der Überlagerung endogener und exogener Prozesse: Die Kernstädte altern durch die Abwanderung Jüngerer, durch innerstädtische Umzüge sowie durch Zuzüge von außerhalb. Die beiden letztgenannten Prozesse lassen sich wiederum auf die Zentralisierung sozialer, administrativer und medizinisch-pflegerischer Daseinsvorsorge sowie neuer Wohnangebote in den Kernstädten zurückführen (vgl. Rößler/Kunz 2010; Dehne/Neubauer 2014; Steinführer/Kohring 2019). Was diese beschleunigte Alterung langfristig für die Sozialstruktur kleiner Städte bedeutet, ist eine offene Forschungsfrage – ebenso wie jene nach der Frei- oder Unfreiwilligkeit von Mobilitäts- oder Bleibeentscheidungen Älterer in ländlichen Kleinstädten mit Peripherisierungstendenzen.

Die in jüngerer Zeit in der Kleinstadtforschung wohl am häufigsten untersuchte Ungleichheitsdimension stellt die ethnische Zugehörigkeit bzw. geographische Herkunft dar. Die hauptsächlich berücksichtigten Gruppen sind Geflüchtete und Vertriebene unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, Gastarbeiter/-arbeiterinnen aus der Türkei und Vietnam in der Zeit des Arbeitskräftemangels in der Bundesrepublik bzw. der DDR sowie die seit den 1980er Jahren auch in Kleinstädten wichtiger werdende Gruppe der (Spät-)Aussiedler/Aussiedlerinnen (vgl. Boos-Krüger 2005; Alisch/May 2011; Landua/Kirchhoff 2018). Ein 2018 abgeschlossenes Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik zeigt, dass es mit einigen Anstrengungen möglich ist, Einwohnermelderegister kleinräumig nach Staatsangehörigkeit, Herkunftsländern, Alter, Geschlecht, Familienstatus und Religionszugehörigkeit auszuwerten – für eine tiefere Analyse sozial(räumlich)er Ungleichheiten fehlen jedoch relevante Daten, etwa zum Bezug staatlicher Transferleistungen (Landua/Kirchhoff 2018: 147, 161; vgl. auch Kirchhoff 2021), bzw. werden auf der Ebene der Kleinstädte nicht ausreichend differenziert, wie es z. B. für Großstädte und deren Stadtteile der Fall ist.

2.4 Zwischenfazit: Befunde zur Sozialstruktur und sozialen Differenzierung

Die wenigen vorliegenden Studien geben erste Hinweise darauf, wie vielfältig die Sozialstruktur und entsprechende soziale Differenzierungsprozesse in Kleinstädten sind. Tabelle 1 fasst die neueren empirischen Befunde noch einmal zusammen.

Empirische Befunde / Thesen	Studien / untersuchte Städte
→ *Peripherisierung*	
> Hinweise auf die langfristige Abkopplung der Kleinstädte von den Agglomerationen in ökonomischer, sozialer, politischer, fiskalischer und symbolischer Hinsicht	> Beetz 2012a: [keine spezifische Stadt] > Burdack 2013: Kleinstädte in Sachsen (SN) > Eckardt 2015: Suhl (TH) > Eckardt 2019: Camburg (TH) > Kühn 2015: Kleinstädte in peripheren Regionen
→ *Marginalisierte soziale Lagen*	
> Analysen nach Merkmalen wie Erwerbssituation und Einkommen > Hinweise auf vergleichsweise geringe Vollzeitbeschäftigtenquoten, unterbeschäftigte Facharbeiterschaft, hohe Arbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen ohne Spitzenwerte	> Hannemann 2004: Angermünde, Bad Wilsnack (BB), Goldberg, Teterow (MV) > Steinführer/Kabisch 2004: Johanngeorgenstadt (SN)
→ *Wandel der Kleinstädte durch altersselektive Wanderungen*	
> Analysen von Wanderungsbewegungen sowie Mobilitäts- oder Bleibeentscheidungen > Hinweise auf sozialräumliche Differenzierungsprozesse: „alternde" Kernstädte durch die Abwanderung Jüngerer, durch innerstädtische Umzüge sowie durch Zuzüge von außerhalb auf Grund der Zentralisierung sozialer, administrativer und medizinisch-pflegerischer Daseinsvorsorge sowie neuer Wohnangebote in den Kernstädten	> Beetz 2012b: Roßwein (SN) > Dehne/Neubauer 2014: Mecklenburg-Vorpommern (MV) > Eckardt 2018: Meuselwitz, Sömmerda, Ruhla (TH) > Rößler/Kunz 2010: Kirchberg, Oederan, Stolpen, Mügeln (SN) > Steinführer/Kohring 2019: kleinere Mittelzentren in Niedersachsen (NI)

Empirische Befunde / Thesen	Studien / untersuchte Städte
→ *Lebenslagen spezifischer Gruppen nach geographischer Herkunft*	
> Analysen zu Lebenslagen von Geflüchteten und Vertriebenen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, Gastarbeiterinnen/Gastarbeiter und (Spät-)Aussiedlerinnen/(Spät-)Aussiedler > Hinweise auf stark regional spezifische Lebenssituationen > Hinweise auf Segregationstendenzen in einigen Städten	> Boos-Krüger 2005: Spangenberg, Ober-Ramstadt und Schwalmstadt-Trutzhain (HE) > Alisch/May 2011: verschiedene Kleinstädte in Hessen (HE) und Bayern (BY) > Landua/Kirchhoff 2018: Germersheim (RP), Michelstadt (HE), Mühlacker (BW), Steinfurt (NW), Weißenfels (ST), Zittau (SN)

Tab. 1: Jüngere Befunde und Thesen zur Sozialstruktur von Kleinstädten / Quelle: eigene Zusammenstellung

Auffällig wird in dem Überblick nochmals der Schwerpunkt der bisherigen Forschung auf periphere ländliche Räume in den neuen Bundesländern. Inwieweit sich Peripherisierungstendenzen und die Häufung marginalisierter sozialer Lagen auch bundesweit und für zentrale Lagen zeigen, kann an dieser Stelle nur vermutet werden. Es ließe sich sowohl die These aufstellen, dass Kleinstädte angesichts der Miet-, Immobilien- und Grundstückspreissteigerungen in den Großstädten generell für Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen bzw. mit geringen finanziellen Ressourcen eine erschwingliche Alternative darstellen, als auch die Gegenthese, dass die bisherigen Befunde vor allem auf die Auswahl der Untersuchungsregionen zurückzuführen und damit für diese spezifisch sind.

Sowohl für vertikale als auch horizontale Dimensionen sozialer Ungleichheit ist festzuhalten, dass der bisherige empirische Fokus auf Orte mit strukturellen Problemlagen um weitere Perspektiven zu ergänzen ist, wenn Aussagen über die soziale Situation von Kleinstädten im Ganzen getroffen werden sollen.

3 Soziale Beziehungen, soziale Netzwerke, Sozialkapital

Wird von Spezifika der Kleinstadt gesprochen, ist der Brückenschlag zu den sozialen Beziehungen nicht weit. In Forschungsarbeiten zu diesem Thema finden sich unterschiedliche Begrifflichkeiten, allen voran soziale Beziehungen, soziale Netzwerke und Sozialkapital. Die Beschäftigung mit sozialen Beziehungen ist ein Kerngebiet der Soziologie mit einer langen Forschungstradition. Dementsprechend stehen hinter den genannten Begriffen jeweils vielfältige theoretische Konzepte, die wiederum eigene Diskurslinien, Ausdifferenzierungen und Forschungsmethoden aufweisen. So kann die wissenschaftliche Analyse sozialer Beziehungen sowohl bei den Individuen (Mikroebene) ansetzen als auch bei Organisationen, wie beispielsweise Vereinen (Mesoebene) oder Ländern (Makroebene). Ohne dies explizit zu formulieren, ist in Kleinstadtstudien zumeist die Ausgestaltung persönlicher Beziehungen der dort ansässigen Personen gemeint, wenn beispielsweise auf „die gute Nachbarschaft“ oder ein „man kennt

sich noch“ rekurriert wird. Unter diesem Gesichtspunkt sollen die Begriffe „soziale Beziehungen“, „soziale Netzwerke“ und „Sozialkapital“ nachfolgend kurz umrissen werden.[4]

3.1 Begriffsklärung: soziale Beziehungen, soziale Netzwerke, Sozialkapital

Max Weber (1972 [1921]) folgend soll eine „[s]oziale ‚Beziehung' [...] ein seinem Sinngehalt nach aufeinander gegenseitig eingestelltes und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer heißen“ (ebd.: 13). Diese allgemeine Definition umfasst sowohl wiederkehrende als auch einmalige Interaktionen. Niklas Luhmann hingegen argumentiert, dass eine Beziehung die Etablierung wechselseitiger Erwartungsstrukturen umfasse und somit eine gewisse Dauerhaftigkeit erfordere (Luhmann 1975: 32 f.). Je nach theoretischem Blickwinkel kann eine soziale Beziehung demnach situativ oder als Systematik von Interaktionen gefasst werden. Georg Simmel entwarf seine Theorie zur Vergesellschaftung entlang der kommunikativen Wechselwirkungen von Individuen aufeinander. Demnach seien Individuen stets als eingebettet in Interaktionszusammenhänge zu betrachten: „Die Gruppen, zu denen der Einzelne gehört, bilden gleichsam ein Koordinatensystem, derart, daß jede neu hinzukommende ihn genauer und unzweideutiger bestimmt“ (Simmel 1990 [1889]: 240). Hier ist der Grundgedanke der soziologischen Netzwerkforschung bereits angelegt, weshalb die Veröffentlichung „Über sociale Differenzierung. Sociologische und psychologische Untersuchungen“ – und insbesondere das darin enthaltene Kapitel „Über die Kreuzung socialer Kreise“ (Simmel 1990 [1889]) – zu den Schlüsselwerken der soziologischen Netzwerkforschung gerechnet wird (Werron 2018).

Allgemein wird als soziales Netzwerk die Struktur von Beziehungsgeflechten zwischen Individuen und/oder kollektiven Akteuren, wie z. B. Organisationen, bezeichnet (vgl. Jansen 2006). Weiterführend kann die theoretische Konzeption von sozialen Netzwerken auch in Anlehnung an Simmels Überlegungen zur Vergesellschaftung durch Wechselwirkungen von Individuen gedacht werden: „Soziale Netzwerke [...] sind die Instanzen, über die gesellschaftliche Werte und Normen, aber auch gruppen-, schicht- oder milieuspezifische Verhaltenserwartungen an den individuellen Akteur weitergegeben werden. Durch die Einbettung des Akteurs in Netzwerke leisten diese (und nicht die Normen oder die Institutionen an sich) die Sozialisationsarbeit sowie die Kontrolle und die Sanktion individuellen Verhaltens“ (Weyer 2000: 239). In der soziologischen Netzwerkforschung[5] wird zwischen Gesamtnetzwerken und sogenannten egozentrierten Netzwerken differenziert. Erstere bezeichnen abgrenzbare Gruppen wie Schulklassen oder Bewohner/Bewohnerinnen eines Ortes. Letztere stellen die sozialen Beziehungen eines Akteurs (Ego) zu anderen Akteuren (Alter; Plural: Alteri) in

4 Auch die Nachbarschaftsforschung (vgl. Reutlinger/Stiehler/Lingg 2015; Schnur 2012) sowie die relationale Milieuforschung (vgl. Dörfler 2013) bieten vielfältige theoretische und empirische Ansätze zur methodologisch integrierten Betrachtung von Beziehungsgeflechten und Interaktionszusammenhängen in den verschiedenen Siedlungsformen. Da jedoch keine entsprechenden Forschungsarbeiten zu Kleinstädten vorliegen, werden diese Ansätze im Rahmen dieses Beitrags vernachlässigt.

5 Zur Übersicht über theoretische Grundlagen, Forschungskonzepte, Anwendungsfelder und Schlüsselwerke der soziologischen Netzwerkforschung vgl. Holzer/Stegbauer 2019; Stegbauer 2010; Stegbauer/Häußling 2010.

das Zentrum der Analyse, d. h. hier stehen Netzwerke persönlicher Beziehungen im Fokus, wie sie auch in der Kleinstadtforschung meist von Interesse sind. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion zur Kleinstadt ist das theoretische Konzept des „sozialen Netzwerks" von möglichen Funktionen ebenjener Netzwerke oder aber auch von normativen Konnotationen im Sinne wünschenswerter Idealvorstellungen über das Zusammenleben abzugrenzen.

Wird das soziale Netzwerk vorrangig als Unterstützungsnetzwerk betrachtet, findet oftmals das Konzept des Sozialkapitals[6] Anwendung. Untersuchungen hierzu stützen sich überwiegend auf die Arbeiten von Pierre Bourdieu (1983) sowie James S. Coleman (1990) und Robert D. Putnam (1995), die soziales Kapital[7] als Ressource konzeptualisieren, die erst durch das Sozialgefüge zugänglich ist bzw. dort entsteht. Bourdieu versteht dieses persönliche Kapital als „die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; […] es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit zu einer Gruppe* beruhen" (Bourdieu 1983: 190 f., Hervorh. i. O.). Coleman und Putnam knüpfen das Sozialkapital hingegen stärker an das jeweilige soziale Gefüge selbst: „Unlike other forms of capital, social capital inheres in the structure of relations between actors and among actors" (Coleman 1990: 98). Insofern ist das soziale Kapital unmittelbar an die sozialstrukturelle Beschaffenheit und Qualität der jeweiligen Beziehungsgefüge gebunden. Immanent ist bei der Anlehnung an das Sozialkapitalkonzept oftmals die Annahme, dass sich soziale Beziehungen im Sinne von Tausch- und Unterstützungsbeziehungen generell positiv auf die Individuen auswirken, jedoch ist eine solche Verallgemeinerung zu hinterfragen. Kardorff (1989) kritisiert: „Innerhalb lebensreformerischer und sozialromantisierender Vorstellungen werden die ‚kleinen Netze' als Garant einer dem menschlichen Maß entsprechenden, nicht entfremdeten Lebensweise betrachtet […]. Hier mischt sich die Trauer über den Verlust ‚traditioneller Vergesellschaftungsformen' mit einer romantischen Überhöhung jener Muster, die sich aufgelöst haben" (ebd.: 33 f.). Daher sind auch wissenschaftliche wie politische Diskurse zu Sozialbeziehungen stets auf ihren normativen Gehalt hin zu reflektieren.

Zusammenfassend bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass die Begriffe „soziale Beziehungen", „soziale Netzwerke" und „Sozialkapital" jeweils eigene Schattierungen enthalten und keinesfalls synonym zu verwenden sind. Forschungsarbeiten zu den sozialen Beziehungen in der Kleinstadt können beispielsweise die Anzahl und Häufigkeiten der Interaktionen (quantitativ) oder die inhaltliche Ausgestaltung und bestimmte Funktionen bzw. auch die Berücksichtigung problembehafteter Beziehungen fokussieren (qualitativ). Dementsprechend sind empirische Ergebnisse auf ihre theoretischen Implikationen, methodischen Vorgehensweisen und fachlichen Einordnungen hin zu prüfen.

---

6 Der Begriff des Kapitals wird in der Soziologie zur Analyse von gesellschaftlichen Verhältnissen und sozialer Ungleichheit herangezogen. Die Ausstattung mit z. B. ökonomischem, kulturellem oder sozialem Kapital entscheidet dabei über die Position der jeweiligen Individuen im sozialen Raum und daran gekoppelte Handlungsmöglichkeiten (Bourdieu 1983).

7 Zur Übersicht über theoretische Grundlagen und Anwendungsfelder des Sozialkapitalkonzepts vgl. z. B. Lin/Erickson 2008; Franzen/Freitag 2007.

3.2 Soziale Netzwerke und ihre Einflussfaktoren als Thema älterer Kleinstadtstudien

Als klassische Studien zu den sozialen Beziehungen in der Kleinstadt im deutschsprachigen Kontext sind zwei Arbeiten von Franz Urban Pappi zu nennen, die sich anhand des theoretischen Ansatzes und des methodischen Vorgehens in den Forschungsstrang der soziologischen Netzwerkforschung einordnen lassen. 1973 ging Pappi in seinem Aufsatz „Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerungsstruktur" am Beispiel der Stadt Jülich in Nordrhein-Westfalen[8] der Frage nach, ob und wie gesellschaftliche Positionen durch soziale Beziehungen und Beziehungsgefüge miteinander verwoben sind (Pappi 1997 [1973]). Er nahm eine Ungleichheitsperspektive auf Freundschaftswahlen sowie die allgemeinen Interaktionschancen zwischen Berufsgruppen ein und ging der Überlegung nach, ob sich ein „System sozialer Ungleichheit eher als Prestigekontinuum oder als Schichtstruktur" (ebd.: 420) verstehen lässt. Den empirischen Ansatzpunkt bildeten die Berufs- und Schichtzugehörigkeit der Individuen sowie deren „Freundesberufsnetzwerk", die mittels einer quantitativen Befragung auf Basis einer systematischen Zufallsstichprobe aus der wahlberechtigten Bevölkerung erhoben wurden. Als zentrales Ergebnis stellte Pappi heraus, dass objektive Schichtstrukturen und subjektive Schichteinstufungen mit Verhaltenskonsequenzen einhergehen, Freundschaftswahlen beeinflussen und eine Differenzierung der Bevölkerung in eine Arbeiter-, eine Mittel- sowie eine obere Mittelschicht hervorbringen. Dies führte er hauptsächlich auf die Ausprägung der Variable „Berufsprestige" zurück, das seiner Ansicht nach die strukturelle Differenzierung gleichsam hervorbringe und verfestige, indem es soziale Distanzen generiere und die Interaktionswahrscheinlichkeit zwischen Gruppen beeinflusse (ebd.: 412 ff.).

In einer späteren Arbeit erweiterte der Autor seine Fragestellung auf eine siedlungsübergreifende Perspektive (Pappi/Melbeck 1988). Den konzeptionellen und methodischen Ausgangspunkt bildete die Pionierstudie von Claude S. Fischer zum Zusammenhang zwischen sozialen Beziehungen und Gemeindegröße (Fischer 1982). Ausgehend von der Stadt-Definition von Louis Wirth (1974 [1938]) hatte Fischer die Variable Urbanität – verstanden als Bevölkerungskonzentration in und um eine menschliche Siedlung (*community*; Fischer 1982: 9) – in den Mittelpunkt seiner Analysen gestellt. Auf Befragungsbasis erfasste er 1977/78 egozentrierte Netzwerke und deren Merkmale in vier Gemeindegrößenklassen in Nordkalifornien (bezeichnet als *regional core, metropolitan, towns, semirural*). Gemeinden unter 2.500 Einwohnern/Einwohnerinnen wurden nicht einbezogen. Zur Kategorie *towns* gehörten Städte und entferntere Vororte mit zwischen 15.000 und 110.000 Einwohnern/Einwohnerinnen (ebd.: 23 f.). Fischer stellte fest, dass die Netzwerke mit dem Urbanitätsgrad weniger dicht waren, d.h. die einzelnen Alteri kannten sich in den Metropolen seltener untereinander als in den kleineren Städten und „semi"-ländlichen Gemeinden. Mit dem Grad der Urbanität nahm auch der Anteil der Verwandten ab und jener der Nichtverwandten zu, war die Netzwerkdichte geringer und fanden sich umso mehr multiplexe (d. h. auf unterschiedliche Dimensionen bezogene) Netzwerke. Allerdings wurde ein Großteil der Unterschiede durch Selbstselektionseffekte, d. h. bestehende sozialstrukturelle Unter-

8 Die Datenbasis bildete die Volkszählung 1970. Untersucht wurde also die Kleinstadt Jülich vor der Gemeindegebietsreform 1972 (mit der ihr zwölf neue Stadtteile zugeordnet wurden).

schiede zwischen den Siedlungstypen, erklärt. So lebten beispielsweise Familien mit kleineren Kindern eher in Vororten (*suburbs*), junge Erwachsene in Großstädten und Ältere in (semi-)ländlichen Gemeinden. Urbanität hatte also keinen direkten, sondern nur einen indirekten Einfluss auf die Qualität der sozialen Netzwerke (ebd.: bes. 255-260). Pappi/Melbeck (1988) replizierten Teile dieser Studie 1987 für die damalige Bundesrepublik. Als wichtigstes Ergebnis betonten sie einen Unterschied zur Fischer-Studie: die mit der Siedlungsgröße nicht abnehmende Dichte der sozialen Netzwerke (gemessen über die von Ego subjektiv eingeschätzte Nähe der Alteri untereinander). Stattdessen nahm die Dichte von den Landgemeinden über die Kleinstädte hin zu den Mittelstädten zu. In den Großstädten war sie geringer als in den Mittelstädten, aber immer noch höher als in den Landgemeinden (ebd.: 236 f.). Wie in der Vorgängerstudie löste sich die Beziehung zwischen Urbanitätsgrad und Beziehungsintensität auf, wenn die Ergebnisse für Drittvariablen (z. B. Bildung; vgl. ebd.: 240-243) kontrolliert wurden. Die Studie bestätigte die „in den bisherigen Untersuchungen gefundenen Nichtkorrelationen zwischen der Gemeindegröße und der Intensität der Beziehungen eines Befragten zu anderen Personen" (ebd.: 244). Bezogen auf die Alteri wurden die Unterschiede zwischen den Gemeindetypen mithilfe der Focus-Theorie von Scott L. Feld (1981) erklärt. Ein Focus ist definiert als „social, psychological, legal, or physical entity around which joint activities are organized" (ebd.: 1016). Mit dem Begriff, den Feld im Übrigen erstaunlich a-räumlich konzeptualisiert, werden verschiedene Gelegenheiten (Kontexte) zur Pflege sozialer Beziehungen erfasst (z. B. Verwandtschaft, Kollegenkreis, Nachbarschaft oder Vereine). Die Möglichkeit, dass sich die aus den verschiedenen Foci gewonnenen Kontaktpartner kennen, variiert Pappi und Melbeck zufolge mit der Gemeindegröße. Als am erklärungskräftigsten erwiesen sich in ihrer Studie die Foci „Arbeitskollegen" und „Vereinszugehörigkeit". Der erstgenannte bewirke vor allem in Mittel- und Großstädten eine Cliquenbildung, letzterer dagegen am meisten in Klein- und Mittelstädten. In den Mittelstädten (20.000 bis weniger als 100.000 Einwohner/Einwohnerinnen) würden sich die einzelnen, für die Netzwerkbildung wichtigen, Foci offenbar am stärksten überschneiden und zu der im Vergleich mit den anderen untersuchten Gemeindetypen höchsten Netzwerkdichte beitragen (ebd.: 244 ff.).

Neuere empirische Studien zur Quantität und Qualität sozialer Netzwerke im Siedlungstypenvergleich und unter expliziter Berücksichtigung von (wie auch immer operationalisierten) Kleinstädten sind den Autorinnen nicht bekannt (für eine solche Untersuchung entlang des Großstadt-Land-Kontinuums ohne Einbezug von Kleinstädten vgl. aber Petermann 2002). Aus der Lebensstil- und Lebensführungsforschung liegen solche Arbeiten vor, ohne dass dort wiederum soziale Netzwerke oder soziale Beziehungen explizit Beachtung fänden (z. B. Schneider/Spellerberg 1999; Otte/Baur 2008). Die sowohl von Fischer (1982) als auch von Pappi/Melbeck (1988) betonte Selbstselektion – also die unterschiedliche Sozialstruktur unterschiedlicher Siedlungstypen durch sozial selektive Wanderungen im Lebensverlauf – bleibt ein wesentliches und als offene Forschungsfrage hervorzuhebendes Argument (das sich auch in einer Studie zu Kleinstädten in Agglomerationsräumen findet; vgl. o. A. 2004: 90).

3.3 Soziale Beziehungen und Sozialkapital in neueren Kleinstadtstudien

In der Großstadtforschung werden soziale Beziehungen in der Regel im Zusammenhang mit spezifischen Themen bzw. Problemfeldern betrachtet. Dazu zählen beispielsweise residentielle Segregation entlang ethnischer oder sozialer Merkmale und die Frage, ob und wie Wohnstandortentscheidungen und persönliche Kontakte zusammenhängen. Soziale Beziehungen „an und für sich" sind im großstädtischen Kontext hingegen nur selten Gegenstand von Untersuchungen. Das ist deshalb hervorzuheben, weil diese in einer Vielzahl von Kleinstadtstudien als wesentlicher Aspekt für die Attraktivität – wahlweise Besonderheit – der Kleinstadt als Wohnort angeführt werden. Grüger (2004) argumentiert, dass die Überschaubarkeit des Ortes, funktionierende soziale Netzwerke, das Vereinsleben und die Nachbarschaft, die Freiraumqualitäten, die Ruhe und ein Sicherheitsbedürfnis sowie günstige Mieten vor allem für Großstädterinnen/Großstädter relevante Kriterien seien, um kleine und mittlere Städte bei einer Wohnstandortentscheidung in Betracht zu ziehen (vgl. ebd.: 63 ff.). Auch Studien des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (z. B. BBSR 2013; 2018) fokussieren unter dem Schlagwort „Lebensqualität" das große Potenzial der Kleinstädte in Fragen der Wohnstandortwahl. Diese Lebensqualität sei ein subjektiv gutes Gefühl, das mit objektiven Faktoren wie Umweltstandards oder Wohlstand verknüpft ist. Dazu gehören Naturnähe, Nachbarschaft, sozialer Zusammenhalt sowie nicht direkt quantifizierbare Parameter wie Authentizität, Schönheit und Geselligkeit (BBSR 2013: 15 f.). Weiterführend werden diese Beschreibungen kleinstädtischer Lebens- und Wohnqualität durch zusätzliche Charakterisierungen spezifiziert: vertraute Sozialbeziehungen, Alltagsbegegnungen und niedrigschwellige Bekanntschaften sowie Selbstsorge- und Selbsthilfestrukturen, die durch die kleinstädtische, begrenzt ausdifferenzierte Dienstleistungsökonomie zustande kommen (BBSR 2018: 36 f.).

Auch für diesen Diskussionsstrang hat die Arbeit von Hannemann (2004) am Beispiel ausgewählter norddeutscher Kleinstädte (vgl. Tab. 1) einen wichtigen Beitrag geleistet. Nach Hannemann fallen physischer und sozialer Raum in Kleinstädten meist zusammen, sie sind „räumlich überschaubar" und „sozial nah" (Hannemann 2004: 312). Auf Grundlage der bereits erwähnten Haushaltsbefragung arbeitete sie als wichtigste Kleinstadtvorteile „die Ruhe", „die enge Beziehung der Menschen", „die nahe Natur", „die kurzen Wege" und „man kann sich auf Nachbarn verlassen" heraus (ebd.: 313 f.). In Bezug auf die sozialen Beziehungen zeichnen sich Kleinstädte gemäß Hannemann durch die Überschaubarkeit des familiär geprägten Ortes, die Vertrautheit und Verlässlichkeit der Freunde und Bekannten, niedrigschwellige Möglichkeiten der Teilhabe an Stadtereignissen, die Mitwirkung in Vereinen, fehlende Anonymität, vielfältige Freizeitmöglichkeiten, nachbarschaftliche Unterstützungssysteme, familiäre Solidarität, geringe sozialräumliche Segregation sowie das Fehlen sozialer „Brennpunkte" aus (ebd.: 312). Gleichzeitig gehen damit Mechanismen sozialer Kontrolle einher, die Konformitätsdruck erzeugen bzw. nonkonformes Verhalten auch mit sozialer Exklusion quittieren (ebd.: 310 f.). Inwiefern sich das – laut Autorin – Fehlen sozialer „Brennpunkte" möglicherweise aus der Auswahl der Untersuchungsorte ihrer Studie ergibt, muss an dieser Stelle offenbleiben. Hannemann resümiert, Kleinstädte verfügten über ein hohes soziales Kapital und somit über stärkere soziale Bindungskräfte und eine damit einhergehende soziale Gewissheit (ebd.: 316 f.). Bei allen Problemen, eine

Rollendistanz auszuprägen, seien in der Kleinstadt dennoch unterschiedliche „Verkehrskreise“[9] möglich (ebd.: 311). In Anlehnung an den Sozialkapitalbegriff von Putnam führt sie aus, das lokale Sozialkapital wirke stabilisierend, bewahre eine besondere Lebensqualität und könne die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, da Gegenmaßnahmen zur Schrumpfung oft von einem Verbund lokaler Akteure getragen würden (ebd.: 326 f.). Ausgehend hiervon plädiert Hannemann dafür, bezüglich der Entwicklungsmöglichkeiten von Kleinstädten eher Impulse über endogene lokale Ressourcen zu setzen als über externe, da regionale Kulturen an die jeweilige sozialräumliche Einheit geknüpft seien (ebd.: 323).[10]

Eine der wenigen Veröffentlichungen, die nicht ausschließlich Kleinstädte mit ausgeprägter wirtschaftlicher Strukturschwäche und Bevölkerungsrückgang in den Blick nimmt, erschien im Ergebnis eines Expertenkolloquiums zum Thema „Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt?“ (Baumgart/Flacke/Grüger et al. 2004), auf dem verschiedene Ergebnisse aus aktuellen Forschungsarbeiten zu wachsenden Kleinstädten bzw. Kleinstädten in Agglomerationsräumen diskutiert wurden. Ein thematischer Block widmete sich auch deren sozialen Beziehungsgefügen. In dem Sammelband resümieren die Herausgeberinnen/Herausgeber, dass „Lebenszusammenhänge in kleinen und mittleren Städten [...] deutlich von informellen Netzwerken und lokalen Eliten geprägt“ scheinen (o.A. 2004: 91). Auf die Partizipation am Stadtgeschehen bezogen werden flachere Hierarchien, flexibles Verwaltungshandeln und die Nähe der politischen Verantwortlichen zu den Bürgerinnen und Bürgern als positive Merkmale benannt, wobei offen sei, wie sich diese sozialen Netzwerke konkret ausgestalten und welche Durchlässigkeit sie zulassen (vgl. ebd.). Zum sozialstrukturellen Aufbau und zur Milieustruktur wird im Weiteren eine Abgrenzung zur Großstadt vorgenommen: „Die Milieutypologien sind in ihrer Ausprägung jedoch nicht mit denen einer Großstadt zu vergleichen. Wertorientierungen, Alltagsbewusstsein und sozialer Status sind in Klein- und Mittelstädten aufgrund eines anderen lokalen sozialen Kontextes verschiedenartig ausdifferenziert. Die Mikromilieus in Klein- und Mittelstädten sind zwar ebenso als soziale Netzwerke zu bezeichnen, doch scheint gerade der Zusammenhang zwischen häufiger Möglichkeit zur Kommunikation und unmittelbarer räumlicher Nähe als konstitutives Element einer besonderen klein- und mittelstä[dt]ischen Situation, in [die] soziale Netzwerke eingebettet sind. Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass wechselseitige Abhängigkeiten zwischen beiden Milieuebenen bestehen“ (ebd.: 91 f.).[11] Zugleich wird von einem Wandel der Sozialstruktur

9 Der Begriff des „Verkehrskreises“ geht auf Elisabeth Pfeil und eine frühe stadtsoziologische Untersuchung in der Dortmunder Nordstadt zurück (Mackensen/Papalekas/Pfeil et al. 1959: 200 f.). Der Verkehrskreis umfasst Familienangehörige sowie Freunde und Freundinnen. Er wird vom Nachbarkreis unterschieden (ebd.: 160 ff.).

10 Borsig (2010) kommt unter Anlehnung an das Sozialkapitalkonzept und bei ähnlicher Argumentation ebenfalls zu dem Schluss, dass neben den externen Einflussfaktoren vor allem die endogenen Faktoren, also die sozialen Beziehungen und das daraus hervorgehende Sozialkapital, die Kleinstadt auszeichneten und daher sowohl in der Forschung als auch in Planungsansätzen und Entwicklungsperspektiven berücksichtigt werden sollten (ebd.: 99).

11 Der Bezug auf das nicht weiter erläuterte Konzept der sozialen Milieus ist offenbar die Studie von Ueltzhöffer (2000).

von Klein- und Mittelstädten in Agglomerationsräumen in den vergangenen Jahrzehnten durch Wanderungsprozesse ausgegangen. Dieser angenommene soziale Wandel wird auch in einer neueren Studie im Auftrag des BBSR thematisiert, die auf Basis einer Expertenbefragung anregt, „eher von einem Kontinuum unterschiedlicher sozialer und räumlicher Gesamtkonstellationen auszugehen, entlang dessen Sozialbeziehungen zunehmend abstrakter und ‚unpersönlicher' werden" (BBSR 2018: 36). Trotzdem wird auch hier die These eines besonderen kleinstädtischen Musters des Zusammenlebens, das eher von persönlichen Beziehungen und einer besonderen Vertrautheit gekennzeichnet sei, vertreten (ebd.: 36 f.) – und wie in den meisten Fällen fehlen auch hier empirische Vergleichsstudien mit anderen Siedlungstypen, die solche Thesen über kleinstädtische Spezifika oder aber die pauschale Zuordnung von Kleinstädten zu „ländlichen" Sozialformen (was immer diese sein mögen) rechtfertigen.

Mit einem explorativen Vorgehen ging schließlich Stephan Beetz gemeinsam mit Studierenden am Beispiel der sächsischen Kleinstadt Roßwein den forschungsleitenden Fragen nach, welche Bedeutung Nachbarschaft für Kleinstadtbewohnerinnen/-bewohner besitzt, wie sich nachbarschaftliche Unterstützung gestaltet und welche Veränderungen und Entwicklungen wahrgenommen werden. Anhand leitfadengestützter Interviews (n=115) legt die Studie ein unterschiedliches Verständnis der Gesprächspartner/-partnerinnen von dem Begriff der Nachbarschaft und den daran geknüpften Vorstellungen offen. Drei Typen werden unterschieden: die Wohn-, Quartiers- und Netzwerknachbarschaft (Beetz 2012b: 18). Weiterführend wird herausgearbeitet, dass sich Nachbarschaft nicht per se als enge persönliche Beziehungen definieren lässt, sondern vielmehr als ein spezifisches Spannungsverhältnis von Nähe und Distanz (ebd.). In den Interviews wird soziale Kontrolle zumeist als negativer Aspekt kleinstädtischer Nachbarschaften gewertet, wenngleich auch einzelne Befragte die hohe Wohnqualität eben darauf zurückführen, beispielsweise die dadurch entstehende Möglichkeit, die Türen problemlos offenstehen lassen können. Im Weiteren werden insbesondere ein gutes Miteinander, gegenseitige Unterstützungsleistungen sowie Kommunikation als relevante Kriterien für die Befragten mit Blick auf eine wünschenswerte Nachbarschaft thematisiert (ebd.: 19 ff.). Einen Bogen zum Thema der Sozialstruktur spannt die Untersuchung mit Ausführungen zur Wahrnehmung und Deutung der Bewohner/Bewohnerinnen von Veränderungen im Zeitverlauf. Die Forschenden fassen dies folgendermaßen zusammen: (a) Die Sozialstruktur des Ortes habe sich insbesondere durch Weg- und Zuzug, das Älterwerden der Dagebliebenen sowie die veränderten sozialen Positionen infolge der politischen Wende gewandelt. (b) Die Nachbarschaftskontakte seien aufgrund sich ausdifferenzierender Alltagsrhythmen flüchtiger geworden. (c) Der Stellenwert des Wohnorts ist je nach Lebenslage unterschiedlich – sowohl ein Bedeutungsgewinn als auch ein -verlust sei zu beobachten. (d) Mit der gesellschaftlichen Transformation kam es zu einem Wandel der Bewohnerschaft sowie deren Interessen und Bedürfnissen. (e) Die als unsicher erlebten gesellschaftlichen Entwicklungen führten zu einem Rückzug in die Privatheit. (f) Die Einschätzung der Nachbarschaft vor Ort ist stark mit den jeweiligen Lebenssituationen und -biographien verknüpft (Beetz 2012b: 50 f.). Insgesamt zeigt die Studie durch das offene Herangehen an die Thematik ein ausdifferenziertes Bild kleinstädtischer Sozialbeziehungen und ihrer Interdependenzen mit Fragen sozialstrukturellen Wandels, die vielfältige Ansatzpunkte für weitere Forschungsvorhaben bietet.

3.4 Zwischenfazit: Befunde zu sozialen Beziehungen

Angesichts der vorliegenden Forschungsergebnisse bleibt festzuhalten, dass die sozialen Beziehungen in der Kleinstadt vielgestaltiger sind, als es manche Darstellungen annehmen lassen. Insbesondere die empirischen Herangehensweisen der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung und explorative Verfahren der qualitativen Sozialforschung versprechen hier wissenschaftlich relevante Erkenntnisse zu liefern und gängige Thesen in geeigneter Form prüfen zu können. Mitzudenken ist, dass normativ eingefärbte Vorstellungen über soziale Beziehungen kleinstädtischer Gesellschaften bzw. entsprechende Narrative nicht nur bei den Forschenden zu finden sein können, sondern auch durch die Bewohnerinnen/Bewohner selbst in Befragungen und Interviews reproduziert werden. Beispielsweise ist zu vermuten, dass entsprechend formulierte Items in standardisierten Fragebögen zu Verzerrungen über die lokalen Gegebenheiten führen. Auch wird die Kleinstadt insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Lebensqualität oftmals in einem Atemzug mit dem Dorf genannt bzw. Kleinstädte werden unter „ländliche Regionen" subsumiert, so dass keine Differenzierung mehr erkennbar ist.

Um dem komplexen Phänomen von Beziehungsgefügen gerecht zu werden und normative Argumentationen kritisch zu hinterfragen, ist für weitere Studien der Ansatzpunkt interessant, über Kleinstädte als Sozialform im Sinne von spezifischen Vergesellschaftungsmechanismen nachzudenken. Stephan Beetz argumentiert, dass sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in literarischen Texten die Kleinstadt als begrenzter sozialer Kreis mit einem überschaubarem „Ensemble" von Akteuren geschildert werde (Beetz 2017: 53). Insbesondere mit Blick auf die Ebene der politischen Steuerung und des sozialen Zusammenlebens schlägt er daher vor, Kleinstädte „weniger als Siedlungstyp, sondern als eine Form lokaler Vergesellschaftung zu sehen" (ebd.: 52). Auch Hannemann (2004) eröffnet diese Perspektive: „Da jedoch genügend Indizien für eine spezifisch kleinstädtische Sozialform in der referierten Forschung zu finden sind, [...] ergibt sich die hinreichende Begründung für eine eigenständige Perspektive auf diesen Stadttyp" (ebd.: 42).

Das soziale Miteinander als Spezifikum kleinstädtischer Gesellschaften sozusagen von „innen heraus" zu begreifen, verschiebt den Fokus auf die sozialen Mechanismen und Dynamiken in lokalen Kontexten, anstatt eine Klassifizierung mittels statistischer Maßzahlen als Hauptkriterien vorzunehmen. Das ist insbesondere sinnvoll, da die Einordnung physisch-geographischer Räume entsprechend der vorher definierten Kennzahlen variieren kann und die sozialen Beziehungen in ihren jeweiligen räumlichen Bezügen betrachtet werden müssen.

4 Jenseits von „Peripherisierung“ und „sozialer Nähe“: weiterführende Überlegungen

Angesichts des unbefriedigenden Forschungsstandes zu sozialen Beziehungen, in noch stärkerem Maße zur Sozialstruktur und sozialen Differenzierung in den Kleinstädten der Gegenwart, werden abschließend einige Überlegungen zu künftigen empirisch gehaltvollen Untersuchungen angestellt. Dabei sind drei Punkte hervorzuheben: (a) die Hebung weiterer Datenbestände, (b) die kreative Nutzung von Mixed-Methods-Ansätzen und (c) der theoriegestützte Siedlungstypenvergleich.

	Kleinstädte in zentralen Lagen					
	Ronneburg (TH)	Igensdorf (BY)	Balve (NW)	Erkner (BB)	Lebach (SL)	Bad Schwartau (SH)
Bevölkerungszahl	5.026	5.107	11.361	11.815	19.006	20.036
Einpersonen-Haushalte (%)	42,3	21,9	25,2	40,5	32,0	44,9
Haushalte mit Kindern (%)	20,7	38,1	34,3	25,7	31,7	21,9
Wohnfläche pro Person (m^2)	43,8	50,0	49,1	40,3	52,1	45,4
Eigentümerquote (2011)	29,4	74,9	58,4	28,0	76,0	50,0
Kaufkraft (Euro je Haushalt)	37.229	65.656	60.208	46.354	47.253	49.959
Haushalte mit niedrigem Einkommen (%)	54,8	37,7	37,5	51,2	47,3	41,8
Haushalte mit hohem Einkommen (%)	15,6	28,2	24,7	17,1	19,1	23,4
Arbeitslose an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (%)	7,8	1,9	4,1	5,5	5,5	6,4
SGB II-Quote (%)	9,5	0,8	4,8	7,0	4,7	8,6
Kommunaler Wohnungsbestand (%; 2011)	24,7	0,0	0,1	40,6	0,1	0,9
Verschuldung im Kernhaushalt (Euro je Einwohner/in)	1.282	166	1.564	396	3.465	0
Steuereinnahmen (Euro je Einwohner/in)	873	935	1.209	577	699	979

	Kleinstädte in peripheren Lagen					
	Naumburg (HE)	Külsheim (BW)	Schöningen (NI)	Wolmirstedt (ST)	Löbau (SN)	Cochem (RP)
Bevölkerungszahl	5.028	5.122	11.306	11.536	14.643	19.601
Einpersonen-Haushalte (%)	36,9	33,5	47,1	35,1	40,5	34,0
Haushalte mit Kindern (%)	30,1	32,1	20,6	25,4	21,2	26,4
Wohnfläche pro Person (m²)	54,4	53,7	50,7	44,8	47,6	59,3
Eigentümerquote (2011)	64,6	71,4	48,3	40,8	39,2	65,1
Kaufkraft (Euro/ Haushalt)	50.051	52.768	39.089	45.182	38.315	49.277
Haushalte mit niedrigem Einkommen (%)	45,7	40,2	52,7	56,2	57,8	44,2
Haushalte mit hohem Einkommen (%)	20,2	23,9	16,7	15,5	15,1	21,7
Arbeitslose an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (%)	5,6	2,7	13,3	8,1	13,0	5,0
SGB II-Quote (%)	6,5	3,5	15,1	11,5	16,0	5,9
Kommunaler Wohnungsbestand (%; 2011)	0,0	0,0	4,7	28,5	20,0	0,3
Verschuldung im Kernhaushalt (Euro/ Einwohner/in)	1.022	997	1.210	67	1.167	896
Steuereinnahmen (Euro/ Einwohner/in)	806	855	820	653	663	929

Daten ohne Jahreszahl beziehen sich auf 2018 (bzw. 2016 für Igensdorf bei Wohnfläche pro Person). Ronneburg wird vom BBSR (da es nur Grundzentrum ist) als Landgemeinde eingestuft. Die Grenzen der Haushaltseinkommen liegen bei unter 25.000 €/Jahr (niedrig) bzw. über 50.000 €/Jahr (hoch), die Daten sind ungewichtet.

Tab. 2: Sozialstrukturell relevante Indikatoren ausgewählter Kleinstädte / Quellen: Wegweiser Kommune 2020; Destatis 2013.

a Erstens ist der Verweis auf unzureichende Daten weiterhin richtig (vgl. auch Milbert/Fina 2021). Jüngere Anstrengungen etwa der BertelsmannStiftung, ihren „Wegweiser Kommune“ (für Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern/Einwohnerinnen) in Zusammenarbeit auch mit verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen weiter zu qualifizieren, führen zu interessanten neuen Datenbeständen für die Kleinstadtforschung (BertelsmannStiftung 2020). Tabelle 2 stellt aus sozialstruktureller Perspektive für zwölf Kleinstädte relevante Indikatoren beispielhaft dar. Die Städte werden nach ihrer Lage im Raum (zentral versus peripher; vgl. Porsche/Milbert 2018) und ihrer Bevölkerungszahl unterschieden: Je zwei Kleinstädte pro Lagetyp sind am unteren bzw. am oberen Rand der offiziellen Einwohner/Einwohnerinnen-Grenze angesiedelt. Je zwei weitere Kleinstädte repräsentieren in etwa die durchschnittliche Bevölkerungszahl dieses Siedlungstyps. Auch wurde bei der nicht-repräsentativen Auswahl auf eine regionale Vielfalt geachtet (nur Mecklenburg-Vorpommern als Flächenland ist nicht vertreten).

  Einige dieser Daten, z.B. SGB II-Quote oder Haushaltseinkommen, lagen bis vor Kurzem für den hier interessierenden Siedlungstyp nicht vor (und sie sind weiterhin für Landgemeinden nicht verfügbar). Im Einzelfall sind die Datenquellen zu prüfen bzw. Indikatoren selbst zu hinterfragen, etwa für die Kaufkraft oder die Haushaltseinkommen, dennoch erlaubt die Datenbank (ebenso wie die mittlerweile ebenfalls verfügbare Scientific Use File) einen Vergleich zahlreicher Kleinstädte, die sich je nach Forschungsinteresse oder überhaupt erst basierend auf diesen Daten klassifizieren lassen (vgl. auch Schrödel 2014). Wenngleich die Daten auf einer städtischen Makroebene verbleiben – innerstädtische Varianzen also verdeckt bleiben –, so geben sie doch Anhaltspunkte auf vielfältige Unterschiede in den sozialen Lagen zwischen Kleinstädten ebenso wie auf unterschiedliche Handlungsspielräume der Städte, wenn man etwa die Situation der kommunalen Finanzen oder des kommunalen Wohnungsbestandes betrachtet.

b In einer vertieften Sichtung solcher und anderer Datenbestände (vgl. Milbert/Fina 2021) lässt sich zweitens gerade von den in diesem Kapitel aufbereiteten älteren Studien einiges über das kreative Potenzial unterschiedlicher empirischer Methoden und die Verbindung von Sekundär- und Primärdaten lernen. Dabei werden Befragungsdaten auch künftig unumgänglich bleiben, um soziale Netzwerke, soziales Kapital oder verschiedene Aspekte sozialer Ungleichheit und ihrer Deutungen zu untersuchen.

c Drittens ist vor dem Hintergrund der hier dargestellten Untersuchungen deutlich geworden, dass künftige Forschungen von Vergleichen der Kleinstädte in unterschiedlichen Lagen sowie insbesondere mit anderen Siedlungstypen (wie Dörfern oder Groß- und Mittelstädten) profitieren können. Verschiedene Studien haben, wie oben gezeigt, etwa auf den Urbanitätsgrad als intervenierende Variable sozialer Beziehungen hingewiesen – aktuelle Untersuchungen zu diesem Thema stehen aus.

5 Fazit und Ausblick

Die Sozialstruktur und soziale Differenzierung kleiner Städte kann ohne Übertreibung als *der* blinde Fleck der Kleinstadtforschung bezeichnet werden. Es ist auffällig, dass ein Kapitel „Sozialstruktur" in der jüngeren Vergangenheit nur selten Bestandteil empirischer Studien war. Stattdessen ist die Forschungslandschaft durch verstreute Einzelbefunde geprägt. Für diese Vernachlässigung lassen sich bislang sicherlich Datenprobleme als wesentlicher Grund anführen, und neuere Datenangebote wie der „Wegweiser Kommune" der BertelsmannStiftung könnten hier in Zukunft eventuell Abhilfe schaffen.

In der bisherigen Forschung scheint die Vorstellung von der Kleinstadt als vermeintlich einheitlicher Sozialraum eine Rolle bei der Vernachlässigung grundlegender Fragen sozialer Ungleichheit zu spielen. So werden soziale Beziehungen in Kleinstädten häufig thematisiert – nicht, weil sich darauf ein spezifisches wissenschaftliches Erkenntnisinteresse richtet, sondern weil die Kleinstadt auch in dieser Dimension als Hybrid „zwischen" Dorf und Großstadt verortet werden soll. Trotz einzelner Studien, insbesondere zur ethnischen Komposition kleinerer Städte, existieren für die beiden hier betrachteten Themenbereiche der Sozialstruktur und der sozialen Beziehungen mehr Vermutungen (wahlweise: Stereotypen) als empirisch belastbare Aussagen. Auffällig ist, dass Großstadt und Dorf (wahlweise „das Land") regelmäßige implizite oder explizite Vergleichsobjekte darstellen – und so manches Mal einen unvoreingenommenen Blick auf Kleinstädte verstellen.

Dieser Forschungsstand hat zur Folge, dass es unmöglich ist, empirisch abgesicherte Aussagen über die Sozialstruktur heutiger kleinstädtischer Gesellschaften in Deutschland zu treffen – weder entlang vertikaler Kriterien, beispielsweise nach sozioökonomischem Status oder sozialen Schichten, noch in einer horizontalen Perspektive, etwa nach Lebensstilen. In vielen Darstellungen lässt sich der Eindruck gewinnen, die Kleinstadt interessiere nicht als konkreter Sozialraum, sondern eher als Topos – und in der Tat dürfen Hinweise auf den (großen) sozialen Zusammenhalt (z. B. BBSR 2013: 16), die „noch weitgehend funktionierende[n] soziale[n] Netzwerke" (so Grüger 2004: 65) und die (hohe) soziale Kontrolle in Kleinstädten (z.B. Kolb 2007: 29) in vielen Studien nicht fehlen. Zwar mögen diese Aussagen im Einzelfall nicht falsch sein – ob sie aber für jede Kleinstadt gelten und, vor allem, ob die häufig normativen Bewertungen im Vergleich zu anderen Siedlungstypen (insbesondere Großstadt und Dorf) einer empirischen Überprüfung standhalten würden, ist zu bezweifeln. Um ein umfassendes Bild der Sozialstruktur und der sozialen Beziehungen kleinstädtischer Gesellschaften zu erhalten, erfordert es daher Forschungsarbeiten, die sich etwa folgenden Fragen widmen:

> Welche Ausprägungen vertikaler und horizontaler Dimensionen sozialer Ungleichheit kennzeichnen kleinstädtische Gesellschaften, und wie unterscheiden sich diese von anderen Siedlungstypen?

> Wie unterscheiden sich Muster sozialer Ungleichheit zwischen und innerhalb von Kleinstädten, wenn etwa Fläche und Lage berücksichtigt werden?

> Wie lassen sich die Beziehungs- und Unterstützungsnetzwerke in unterschiedlichen Siedlungstypen und je nach Lage im Raum charakterisieren?

> Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede lassen sich in Kleinstädten mit langjährigen wirtschaftlichen Strukturproblemen und alters- und sozial selektiver Abwanderung sowie in wachsenden und metropolennahen Kleinstädten ausmachen?

Mitunter werden auch die Begriffe soziale Beziehungen, soziale Netzwerke und Sozialkapital in der Beschreibung von Kleinstadtgesellschaften synonym oder alltagssprachlich verwendet. Daher ist zusätzlich in jeder Studie erneut eine sorgfältige Begriffsarbeit zu leisten, die nachvollziehbar macht, welche Definitionen und theoretischen Konzepte der jeweiligen Analyse zugrunde liegen. Davon kann auch der theoretische raumwissenschaftliche Diskurs profitieren.

Literatur

Alisch, M.; May, M. (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten – Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern. Opladen, Farmington Hills.

Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums 2004. Dortmund. = SRPapers 1.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2013): Lokale Qualitäten, Kriterien und Erfolgsfaktoren nachhaltiger Entwicklung kleiner Städte – Cittaslow. Berlin.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2018): Urbane Kleinstädte. Bonn.

Beetz, S. (2012a): Besonderheiten in der Entwicklung kleiner Städte in ländlichen Räumen. In: Engel, A.; Harteisen, U.; Kaschlik, A. (Hrsg.): Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse – Teilhabe und Handlungsbefähigung – Integriertes Stadtentwicklungsmanagement. Detmold, 45-66.

Beetz, S. (2012b) (Hrsg.): Nachbarschaften in Roßwein. Abschlussbericht. Unter Mitarbeit von M. Rößner. Mittweida. = Hochschule Mittweida, ForschungsBerichte der Fakultät Soziale Arbeit 5.

Beetz, S. (2017): Die kleine Stadt in der großen Moderne – small, slow oder smart? In: Busse, S.; Beer, K. (Hrsg.): Modernes Leben – Leben in der Moderne. Wiesbaden, 49-63.

Bernt, M.; Liebmann, H. (Hrsg.) (2013): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden.

BertelsmannStiftung (2020): Wegweiser Kommune. Statistische Daten. https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/ (15.04.2021).

Boos-Krüger, A. (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet. In: Schader-Stiftung; Deutscher Städtetag; GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen; Deutsches Institut für Urbanistik; Institut für Wohnungswesen; Immobilienwirtschaft und Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt, 407-444.

Borsig, A. (2010): Social capital – The missing link in small town research. In: Borsig, A.; Burdack, J.; Knappe, E. (Hrsg.): Small towns in Eastern Europe: local networks and urban development. Leipzig, 15-25. = Beiträge zur regionalen Geographie 64.

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen, 183-198. = Soziale Welt Sonderband 2.

Burdack, J. (2013): Entwicklungstypen von Kleinstädten in Sachsen. In: Burdack, J.; Kriszan, A. (Hrsg.): Kleinstädte in Mittel- und Osteuropa: Perspektiven und Strategien lokaler Entwicklung. Leipzig, 89-95. = Forum IfL 19.

Bürk, T. (2013): Voices from the Margin. The Stigmatization Process as an Effect of Socio-Spatial Peripheralization in Small-Town Germany. In: Fischer-Tahir, A.; Naumann, M. (Hrsg.): Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice. Wiesbaden, 168-186.

Bürkner, H.-J. (2005): Polarisierung und Peripherisierung. In: Oswalt, P. (Hrsg.): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Ostfildern-Ruit, 546-551.

Coleman, J. S. (1990): Foundations of social theory. Cambridge.
Dehne, P.; Neubauer, A. (2014): Ländliches Wohnen im Alter, aber wie? Facetten sorgender Gemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo. In: Informationsdienst Altersfragen 41 (6), 3-12.
Destatis – Statistisches Bundesamt (2013): Zensus 2011. Erste Ergebnisse des Zensus 2011 für Gebäude und Wohnungen. Ausgewählte Daten für Gemeinden. Wiesbaden.
Dörfler, T. (2013): Die Praxis der relationalen Milieuforschung. In: Rothfuß, E.; Dörfler, T. (Hrsg.): Raumbezogene qualitative Sozialforschung. Wiesbaden, 245-266.
Eckardt, F. (2015): Suhl ohne Sushi: Das Leben in einer Kleinstadt in Ostdeutschland heute – Ergebnisse einer Sozialraumwerkstatt. In: sozialraum.de (7) Ausgabe 1/2015.
https://www.sozialraum.de/suhl-ohne-sushi.php (15.04.2021).
Eckardt, F. (2018): Rurbanität als Sozialraum. Jugendliche in der Thüringer Peripherie und die Verhandlung eines urbanen Lebensstils. In: Langner, S.; Frölich-Kulik, M. (Hrsg.): Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt. Bielefeld, 189-202. = Rurale Topografien.
Eckardt, F. (2019): Heimat ohne Tamtam. Ortsgebundenheit und Fernweh in der Kleinstadt. In: Costadura, E.; Ries, K.; Wiesenfeldt, C. (Hrsg.): Heimat global. Modelle, Praxen und Medien der Heimatkonstruktion. Bielefeld, 197-218.
Feld, S. L. (1981): The Focused Organization of Social Ties. In: American Journal of Sociology 86 (5), 1015-1035.
Fischer, C. S. (1982): To Dwell Among Friends. Personal Networks in Town and City. Chicago, London.
Franzen, A.; Freitag, M. (Hrsg.) (2007): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden. = Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 47.
Geißler, R. (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands. 7., grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
Grötzbach, E. (1963): Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland. Kallmünz, Regensburg. = Münchner Geographische Hefte 24.
Grüger, C. (2004): Partizipationspotenziale in Klein- und Mittelstädten. In: Baumgart, S.; Flacke, J.; **Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A.** (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29.04.2004 an der Universität Dortmund. Dortmund, 63-69. = SRPapers 1.
Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Hannemann, C. (2014): Zum Wandel des Wohnens. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20-21, 36-43.
Häußermann, H.; Siebel, W. (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 40 (1), 68-79.
Holzer, B.; Stegbauer, C. (Hrsg.) (2019): Schlüsselwerke der Netzwerkforschung. Wiesbaden.
Jansen, D. (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen – Methoden – Forschungsbeispiele. Wiesbaden.
Kardorff, E. von (1989): Soziale Netzwerke. Konzepte und sozialpolitische Perspektiven ihrer Verwendung. In: Kardorff, E. von; Stark, W.; Rohner, R.; Wiedemann, P. (Hrsg.): Zwischen Netzwerk und Lebenswelt – Soziale Unterstützung im Wandel. München, 27-60.
Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 3-7.
Keller, C.; Klärner, A.; Neef, R. (2014): Urbane Ungleichheiten – zur gesellschaftlichen Produktion und Gestalt räumlicher Ungleichheitsstrukturen. In: Berger, P. A.; Keller, C.; Klärner, A.; Neef, R. (Hrsg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie. Wiesbaden, 7-22.
Kirchhoff, G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.
Kolb, A. (2007): Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne. In: Pro-Regio-Online Nr. 4/2007: Die vernachlässigten Kleinstädte. Der vergessene Teil des Ländlichen Raumes. Teil III: Die Kleinstadt auf dem Weg in die Moderne, 12-134.
http://www.pro-regio-online.de/downloads/kleinmoderne.pdf (15.04.2021).
Kühn, M. (2015): Small Towns in Peripheral Regions of Germany. In: Annales Universitatis Paedagogicae Cracoviensis: Studia Geographica 8 (1), 29-38.
Landua, D.; Kirchhoff, G. (2018): Sozialräumliche Segregation in Klein- und Mittelstädten. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 145-162. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.
Leibert, T. (2021): Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208. = Forschungsberichte der ARL 16.

Lin, N.; Erickson, B. (Hrsg.) (2008): Social capital. An international research program. Oxford.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart. = Soziologische Gegenwartsfragen N. F. 35.
Luhmann, N. (1975): Soziologische Aufklärung 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen.
Mackensen, R.; Papalekas, J. C.; Pfeil, E.; Schütte, W.; Burckhardt, L. (1959): Daseinsformen der Großstadt. Typische Formen sozialer Existenz in Stadtmitte, Vorstadt und Gürtel der industriellen Großstadt. Tübingen. = Soziale Forschung und Praxis 20.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
o.A. (2004): Zusammenfassung der Diskussionen und Ausblick. In: Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums 2004. Dortmund, 87-94. = SRPapers 1.
Otte, G.; Baur, N. (2008): Urbanism as a Way of Life? Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie 37 (2), 93-116.
Pappi, F. U. (1997 [1973]): Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerungsstruktur. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 25 (1), 23-74. Wiederabgedruckt in: Friedrichs, J.; Mayer, K. U.; Schluchter, W. (Hrsg.): Soziologische Theorie und Empirie. Zum 50jährigen Jubiläum des Westdeutschen Verlages. Opladen, 375-426.
Pappi, F. U.; Melbeck, C. (1988): Die sozialen Beziehungen städtischer Bevölkerungen. In: Friedrichs, J. (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Opladen, 223-250. = Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 29.
Pätzold, R. (2018): Wie anders ticken kleine Städte? Auf der Suche nach Verbindendem und Trennendem. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R., Strauss, W. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 75-87. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.
Petermann, S. (2002): Persönliche Netzwerke in Stadt und Land: Siedlungsstruktur und soziale Unterstützungsnetzwerke im Raum Halle. Wiesbaden.
Petermann, S. (2014): Persönliches soziales Kapital in Stadtgesellschaften. Wiesbaden.
Porsche, L.; Milbert, A. (2018): Kleinstädte in Deutschland: Ein Überblick. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 6-19.
Putnam, R. D. (1995): Bowling alone: America's declining social capital. In: Journal of Democracy 6 (1), 65-78.
Reutlinger, C.; Stiehler, S.; Lingg, E. (Hrsg.) (2015): Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven. Wiesbaden. = Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit 10.
Rosa, H. (2013): Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Berlin.
Rößler, C.; Kunz, A. (2010): Wanderungsmuster in ländlichen Räumen. Ergebnisse einer empirischen Analyse des Migrationsgeschehens in Städten und Dörfern des ländlichen Raumes in Sachsen. Dresden. = Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie 22/2010.
Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schneider, N.; Spellerberg, A. (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen.
Schnur, O. (2012): Nachbarschaft und Quartier. In: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden, 449-474.
Schrödel, G. (2014): Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Siedlungstyp im sozioökonomischen Niedergang? Göttingen.
Sennett, R. (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.
Simmel, G. (1990 [1889]): Über sociale Differenzierung. Sociologische und psychologische Untersuchungen. In: Dahme, H.-J. (Hrsg.): Georg Simmel. Aufsätze 1887 bis 1890; Über sociale Differenzierung; Die Probleme der Geschichtsphilosophie (1892). Frankfurt a. M., 109-295. = Georg Simmel: Gesamtausgabe 2.
Stegbauer, C. (Hrsg.) (2010): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften. Wiesbaden. = Netzwerkforschung 2.
Stegbauer, C.; Häußling, R. (Hrsg.) (2010): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden. = Netzwerkforschung 4.
Steinführer, A. (2021): Urbanität und Ruralität – Kleinstädte im „Dazwischen"? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 62-84. = Forschungsberichte der ARL 16.

Steinführer, A.; Kabisch, S. (2004): Binnen- und Außenimage von Johanngeorgenstadt aus soziologischer Perspektive. Leipzig. = UFZ-Bericht 2/2004.
Steinführer, A.; Kohring, J. (2019): Reurbanisierung durch selektive Wanderungen Älterer? Entwicklungen in kleineren niedersächsischen Mittelzentren und ihre siedlungsstrukturellen Folgen. In: Scholich, D. (Hrsg.): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen. Hannover, 319-340. = Arbeitsberichte der ARL 27.
Sturm, G.; Walther, A. (2010): Landleben – Landlust? Wie Menschen in Kleinstädten und Landgemeinden über ihr Lebensumfeld urteilen. Bonn. = BBSR-Berichte KOMPAKT 10/2010.
Sturm, G.; Walther, A. (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. Bonn. = BBSR-Berichte KOMPAKT 5/2011.
Ueltzhöffer, J. (2000): Lebenswelt und bürgerschaftliches Engagement. Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft. Ergebnisse einer sozialempirischen Repräsentativerhebung in der BRD 2000. Stuttgart.
van Eyll, K. (1979): Stadtadressbücher als Quelle für die wirtschafts- und sozialhistorische Forschung – das Beispiel Köln. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 24 (3), 12-26.
Weber, M. (1972 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Auflage. Tübingen.
Werron, T. (2018): Simmel (1890): Über die Kreuzung socialer Kreise. Über sociale Differenzierung. Sociologische und psychologische Untersuchungen. In: Holzer B.; Stegbauer C. (Hrsg.): Schlüsselwerke der Netzwerkforschung. Netzwerkforschung. Wiesbaden, 507-510.
Weyer, J. (2000): Soziale Netzwerke als Mikro-Makro-Scharnier. Fragen an die soziologische Theorie. In: Weyer, A. (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Wien, 237-254.
Wirth, L. (1974 [1938]): Urbanität als Lebensform. In: Herlyn, U. (Hrsg.): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. Dreizehn Aufsätze. München, 42-66. = Nymphenburger Texte zur Wissenschaft, Modelluniversität 19.
Zwahr, H. (1968): Das deutsche Stadtadreßbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte 3, 204-229.

Autorinnen

Sara Schiemann (**1986*) *ist Doktorandin am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit beschäftigt sie sich mit Themen der Regionalforschung und sozialen Ungleichheit mit dem Schwerpunkt auf ländlichen Räumen und Kleinstädten.*

Dr. Annett Steinführer (**1972*) *ist Land- und Stadtsoziologin und seit 2010 als Wissenschaftlerin am Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, tätig. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeiten liegt auf den sozialen und siedlungsstrukturellen Folgen der Alterung für ländliche Kleinstädte.*

Kerstin Schenkel, Katrin Großmann

WOHNEN IN KLEINSTÄDTEN – ZWISCHEN POTENZIAL- UND PROBLEMHEURISTIKEN

„Es gibt vielmehr auch einen methodologischen Urbanismus,
der zu bestimmten Lücken in der Aufmerksamkeit führt,
das betrifft nicht nur Klein- und Mittelstädte,
sondern auch den ländlichen Raum."
(Pott 2018: 9)

Gliederung

1 Wohnen in der Kleinstadt
2 Wohnraumbezogene und -kontextualisierende Forschung im Rückblick
3 Vielfalt der kleinstädtischen Wohnverhältnisse
3.1 Kleinstadttypen und die Vielfältigkeit der Wohnungsmärkte
3.2 Historische Pfadabhängigkeiten und regionale Spezifika
4 Wohnungsmärkte
4.1 Kleinstädtische Baustrukturen
4.2 Polarisierte Wohnungsmärkte
5 Lebensqualität und Wohnzufriedenheit
5.1 Besondere Lebensqualität?
5.2 Besondere Wohnzufriedenheit?
6 Sozialräumliche Differenzierung und Quartiersentwicklung
6.1 Sozialstrukturen kleinstädtischer Gesellschaften
6.2 Sozialräumliche Segregation
6.3 Quartiersentwicklung
7 Pluralisierung der Wohnformen in Kleinstädten
8 Wohnungspolitische Maßnahmen
9 Fazit
Literatur

Kurzfassung
Obwohl Wohnen als zentrales Merkmal und Ressource von Kleinstädten verstanden wird, ist die kleinstadtbezogene Wohnforschung von erheblichen Lücken und Komplexitätsreduktionen geprägt: Der wissenschaftliche Begriffsapparat ist durch eine großstädtische Brille entstanden und bildet kleinstädtische Lebenswelten kaum ab. Zudem folgt die Wohnforschung zu Kleinstädten häufig praxispolitischen Fragestellungen, von der Wohnraumvorsorge bis zur Revitalisierung der Innenstädte, und ist von wenig geprüften Mythen über die Besonderheiten von Kleinstädten beeinflusst. Dazu gehören die spezifische Wohn- und Lebensqualität oder der von Nachbarschaftlichkeit geprägte Sozialraum. Diesen Annahmen entgegen stehen Forschungserkenntnisse, die die Unterschiedlichkeit der Wohn- und Lebenssituationen in Kleinstädten und die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken in den Blick nehmen. Sie machen deutlich,

dass weitere differenzierte, vergleichende Analysen – u.a. zu Wohnstandortentscheidungen sowie zu Entwicklungspfaden von Stadtteilen oder residentieller Segregation – erforderlich sind, die hier kursorisch erörtert werden sollen.

Schlüsselwörter
Wohnen – Kleinstadt – Quartier – Segregation – Stadtgesellschaft – Wohnungsmarkt

Living in Small Towns – between Potential- and Problem-Heuristics

Abstract
Although housing is understood as a central attribute and resource of small towns, housing research in small towns is characterised by considerable gaps and simplifications. The scientific conceptual framework was developed with a focus on the city and hardly represents small towns at all. Furthermore, housing research into small towns often pursues policy issues ranging from housing provision to the revitalisation of the town centres and is influenced by largely unsubstantiated myths about the peculiarities of small towns. These include notions about specific housing attributes, quality of life and the neighbourliness of social space. These assumptions are challenged by research findings about the diversity of housing situations and life in small towns and the different dynamics of development. They reveal that further differentiated, comparative analyses are required, for instance of residential location decisions, development paths of urban districts, and residential segregation, which are briefly discussed here.

Keywords
Housing – small town – neighbourhood – segregation – urban society – housing market

1 Wohnen in der Kleinstadt

Wohnen gilt als zentrales Merkmal und Ressource von Kleinstädten. Mit der Herstellung attraktiver Wohnstandorte meint man die Attraktivität und die hohe Lebensqualität ländlicher Räume zu erhalten und zu stärken (BBSR 2018a: 38). Dabei gerät aus dem Blick, dass sich die Aufmerksamkeit der planungspolitischen Akteure in der Regel auf die Förderung von Wohnen für bestimmte Zielgruppen konzentriert. Die Konzentration liegt allem voran auf den potenziellen Zuzügler/innen, den jungen Familien als Zukunftsgaranten sowie den Pendler/innen im suburbanen Umfeld großer Städte. Darüber hinaus wird auch die spezifische Situation der einwohneranteilsstarken Senior/innen zunehmend in den Fokus genommen. Dem Forschungs- und Handlungsfeld Wohnen geht es dabei ähnlich wie den Kleinstädten und ihren herausfordernden Ausgangslagen insgesamt: Es bestehen erhebliche Komplexitätsreduktionen, die den vielfältigen Peripherisierungsspezifiken und ihren wirkungsmächtigen Folgen für die Wahrnehmung kleinstädtischer Gesellschaften nicht gerecht werden. Wohnraumspezifische Themen – wie Wohnstandortwahl, Wohnzufriedenheit sowie Push- und Pull-Effekte in Kleinstädten – müssen u.a. auch als an Marginalisierungsprozesse gekoppelte Phänomene betrachtet werden. Die Diskrepanz zwischen den Realitäten

kleinstädtischer Wohnstandorte einerseits und den die Handlungsfelder dominierenden Wohnungsthemen andererseits ist erheblich, dementsprechend groß ist der Forschungsbedarf. Heutige Forschung zum Wohnen in Kleinstädten ist meist anwendungsbezogen und dadurch praxisrelevanten Fragen untergeordnet, etwa der Revitalisierung der Innenstädte (BBSR 2017). Trotzdem fehlen auch aus anwendungsorientierter Sicht vertiefende Studien über Bedarfe, Potenziale und Defizite auf dem jeweiligen Wohnungsmarkt (ebd.: 57). Aus analytischer Sicht fehlen ganze Themenfelder, die in der großstadtbezogenen Forschung vergleichsweise stark bearbeitet wurden: Dazu gehören genuine Untersuchungen zu Wohnen als sozialer Praxis, zur sozialräumlichen Differenzierung von Kleinstädten und zur Quartiersentwicklung, aber auch systematische Wohnungsmarktbeobachtungen sowie Studien zur Steuerung der Wohnungsmarktpolitik und ihrer beteiligten Akteur/innen (Steinführer/Großmann/Schenkel 2018). Ausnahmen stellen aktuell u. a. die Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu 2018) mit ihren Beiträgen zur sozialräumlichen Differenzierung und Segregation (Pätzold 2018; Landua/Kirchhoff 2018) in Klein- und Mittelstädten sowie die Studie von Schönig zu Wohnungsfragen und sozialräumlichen Polarisierungen in drei thüringischen Klein- und Mittelstädten (Schönig 2019) dar.

2 Wohnraumbezogene und -kontextualisierende Forschung im Rückblick

Es bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, ob für die Vergangenheit eher ein Mangel an systematischen Kleinstadtstudien (u. a. Zimmermann 1999: 5; Herrenknecht/Wohlfahrt 2005) besteht oder ob nicht eher die Rezeptionsgeschichte kleinstädtischer Forschung als solche eine Aufmerksamkeitslücke hergestellt hat (Hannemann 2018: 45; vgl. auch Steinführer/Sondermann/Porsche 2021). Für wohnraumbezogene oder -kontextualisierende Forschung zum Wohnen in Kleinstädten gilt jedoch, dass sie im Rahmen erster sozialgeographischer Kleinstadtstudien ab den 1960er Jahren (u. a. Grötzbach 1963; Duckwitz 1971; Stewig 1987, 8 ff.) eher fallstudienbezogen ausgerichtet war und die vergleichende Forschung bis heute eher marginal ist.

Zunächst ist in der bauplanungsbegleitenden Kleinstadtforschung der ersten Jahre nach 1945 aufgrund des Bevölkerungswachstums – wegen der heimatvertriebenen Bevölkerung – das Hauptthema Bauen bestimmend. Dazu gehören die Erschließung neuer Baugebiete, die Verbesserung des innerstädtischen Wohnangebotes durch Lückenschluss sowie die Aussiedlung der Industrie aus den zu engen Ortskernen und der Umgang der Kleinstädte mit der „zweiten Industrialisierung". In den 1960er und 1970er Jahren steht die „Altstadtsanierung" – in den 1980ern die modernisierende Altstadtsanierung – und die Suche nach baulichen Leitbildern für die „moderne ländliche Kleinstadt" im Vordergrund (Herrenknecht/Wohlfahrt 2005: 111). In den 1990ern werden die „erhaltende Stadterneuerung" und die Erschließung neuer Industriegebiete am Stadtrand in den Fokus genommen, um die lokale Wirtschaftskraft zu stärken und die Magnetfunktion zum Umland hin zu erhöhen. Als Mangel fallen kleinstädtische sozialwissenschaftliche Studien (eine Ausnahme ist Pappi 1997 [1973]) beispielsweise zur Kleinstadtjugend oder zu den neuen sozialen Bewegungen ins Auge. Ausnah-

men sind die gemeindesoziologischen Studien der 1970er/80er Jahre (Schwedt/Schwedt 1973; Narr 1974; Dunckelmann 1975; Wehling 1978) und die dreiteilige Wertheim-Studie (Zoll 1974) als Klassiker politologischer Kleinstadtforschung (Herrenknecht/Wohlfahrt 2005: 114 ff:). Ebenso werden sozialpolitische Fragen, wie z.B. sanierungsbedingte Milieuverschiebungen, soziale Differenzierungen innerhalb der Wohnbevölkerung und die Einbeziehung mitplanender Entscheidungsstrukturen in der Bürger/innenbeteiligung wenig angesprochen (ebd.: 113).

Anfang der 2000er Jahre steht das – zunächst durch die Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern sichtbar gewordene – Bedrohungsszenario schrumpfender Kleinstädte in Ost wie West im Mittelpunkt. Wohnraumbezogene Planungsansätze im Kontext der Städtebauförderungsprogramme Stadtumbau Ost und West werden intensiviert und reflektiert, städteräumliche Wirkungsgefüge von Wohn-, Bildungs-, Freizeit- und Wahlverhalten sowie innerstädtische Mobilität analysiert und Stadtimages als neuer Wirkungsfaktor in den Fokus genommen. In der Stadtplanung werden Leitbilder der Altstadtsanierung, die denkmalschützerische Bestandserhaltung und zukunftsweisende Stadtplanung thematisiert (Herrenknecht/Wohlfahrt 2005: 108). Zudem beginnt in den 2000ern eine intensivere Rezeption der spezifischen Kleinstadtforschung sowohl für die DDR (Hannemann 2004a) als auch für die BRD (Schrödel 2014: 19).

3 Vielfalt der kleinstädtischen Wohnverhältnisse

Die Vielfalt der Kleinstädte gehört zu den am stärksten bearbeiteten Themen der Kleinstadtforschung. In diesem Zusammenhang wurde Wohnen bisher eher aus der Perspektive von Angebot und Nachfrage betrachtet. Dennoch ist die Differenzierung der Wohnungsmärkte und Wohnstandortentscheidungen eng mit den lage- und siedlungsstrukturellen Merkmalen, den historisch gewachsenen Entwicklungsdynamiken sowie den raumordnerischen staatlichen Interventionen verknüpft.

3.1 Kleinstadttypen und die Vielfältigkeit der Wohnungsmärkte

Differenzierendere Aussagen können zu den Lage- und Strukturmerkmalen der Räume gemacht werden, in denen sich die Kleinstädte befinden (Sturm/Walther 2010; BBSR 2015a). Danach werden einwohnerabhängig große und kleine Kleinstädte sowie Landgemeinden nach der Zentralität des Standorts in der zentralörtlichen Logik unterschieden, im einzelnen Stadt-Land-Regionen mit städtischem Charakter, Stadt-Land-Regionen mit Verdichtungsansätzen sowie dünn besiedelte Stadt-Land-Regionen (BBSR 2016a). Schrödel (2014) legte unter Betrachtung der Dimensionen Ökonomie, Demographie, Soziales und Finanzen eine kombinierte Lagedifferenzierung von Kleinstädten vor. Lagedifferenziert leiden Kleinstädte im Umfeld prosperierender Großstädte eher „Wachstumsschmerzen“ und suchen nach neuen Bauflächen oder Möglichkeiten der Nachverdichtung, peripher gelegene Kleinstädte kämpfen dagegen mit Leerständen und dem Verlust der Wohnfunktion in zentralen Bereichen der Städte.

Nach Definition des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (ARL 2019: 9 sowie Milbert/Fina 2021) befinden sich 56% der Kleinstädte in zentralen Räumen und haben eher Wohnfunktion als Arbeits- oder Versorgungsfunktion. In peripheren Räumen gelten sie entweder als prosperierend und stabilisierend und sind Ankerpunkte regionaler Entwicklung bzw. regionales Versorgungs- und Arbeitsmarktzentrum (vgl. Beetz 2021) oder sie haben eine geringe Dynamik und zählen zu den Verlierern von Bevölkerung und Beschäftigung. Auch die Analyse des BBSR zu Wohnungsmarktregionstypen besteht in einer funktionalen Abgrenzung von Stadt-Land-Regionen. Deren Indikatorenauswahl bildet vor allem die demographischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Nachfrage in den Wohnungsmarktregionen ab, die Kerne dieser Wohnungsmarktregionstypen können u.a. auch von Kleinstädten gebildet werden (BBSR 2016c).

Die genannten Typisierungen werden den gegebenen Verhältnissen nicht immer gerecht. Zum einen fallen historisch gewachsene Kleinstädte mit geringen Einwohner/innenzahlen aus den Beobachtungsrastern heraus, obwohl sie wichtige Umlandfunktionen haben. Zum anderen gibt es auch innerhalb der beschriebenen Typen erhebliche Unterschiede. Ein Expert/innenkolloqium wies 2004 anhand der Großstadtregion Stuttgart statt suburbaner Uniformität eine große regionsspezifische Vielfalt von Kleinstädten nach, die über die konkrete Fallstudie hinaus stärkerer Aufmerksamkeit bedarf, um Wohnstandortfragen differenzierter betrachten zu können (Baumgart/Flacke/Grüger et al. 2004).

3.2 Historische Pfadabhängigkeiten und regionale Spezifika

Wohnungsmärkte sind ebenso durch historische Pfadabhängigkeiten geprägt. Verschiedene Eigentumsstrukturen, regions- und lokalspezifische Gegebenheiten sowie politische Konstellationen haben Einfluss auf Struktur und Zusammensetzung kleinstädtischer Wohnungsmärkte. Je größer die Kleinstadt, desto differenzierter ist in der Regel ihr Bau- und Wohnungsbestand. Gründerzeitliche Stadterweiterungen, signifikante Bestände im Mehrfamilienhausbereich und Mietsektor oder auch der Anteil älterer und neuerer Einfamilienhausgebiete hängen von der historischen Entwicklung der Stadt, dem Umfang von Eingemeindungen oder auch dem Umgang mit neuen Baugebietsausweisungen in den letzten Jahrzehnten ab.

Zu den historischen Pfadabhängigkeiten gehört in Ostdeutschland die Spezifik der Kleinstadtentwicklung in der DDR. Kleinstädte sind zugunsten räumlicher Konzentrations- und Zentralisierungstendenzen der Mittel- und Großstädte als Zentren der Makrostruktur vernachlässigt worden, entleerten sich und alterten (Schubert 1991; Hannemann 2004a: 60 ff.). Der insbesondere nach dem Krieg im Fokus stehende Wohnungsmangel wurde als soziales Problem bewertet, vor dessen Hintergrund man die Entstehung segregierter (Klein-)Städte zu vermeiden suchte. Nach dem Ideal der kompakten und arbeitsgerechten Stadt wurde zunehmend der industrialisierte Neubau präferiert, historische Wohnbausubstanz demgegenüber als nicht integrierbar gesehen und vernachlässigt. Insgesamt urteilt Hannemann, dass das Wohnungswesen in Kleinstädten unterfinanziert war und die Kommunalverwaltungen insbesondere in den peripheren Kleinstädten ohne Kreisstadtstatus wenig Handlungsmöglichkeiten

hatten (Hannemann 2004a: 64). Die den Wendeprozess begleitende Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung (ebd.: 82 ff., 310) hat vorhandene Marginalisierungs- und Peripherisierungstendenzen der Kleinstädte fortgeführt und die bereits bestehenden Vorwende-Schrumpfungsprozesse mit all ihren Wirkungen für die Wohnraumthematik verstärkt. Im Nachwendeprozess verliefen Suburbanisierung und räumliche Funktionsverlagerungen in ostdeutschen Kleinstädten zudem unter extremen Zeitregimen und ohne lange Vorplanungszeiträume mit entsprechenden Folgen für die Wohnungsleerstandsquoten. Durch Schubert (1991) konnte am Beispiel des Bezirks Rostock ein Großstadt-Kleinstadt-Gefälle, eine hohe Erblast hinsichtlich der Wohnraumausstattung sowie eine unzureichende Wohnraumversorgung nachgewiesen werden, die „zur Kleinstadtflucht mit selektiven regionalen und sozialen Folgen" geführt hat (Schubert 1991: 151).

Auch im Westen Deutschlands finden sich schrumpfende Kleinstädte bzw. Stadt-Land-Regionen insbesondere in Rheinland-Pfalz und im Saarland, in Ostwestfalen, in Nordhessen und Bayern entlang der Grenzen zu Thüringen und Tschechien mit all ihren Folgen für den massiv zunehmenden Leerstand von Wohnimmobilien (BBSR 2015c; BBSR 2016b). Ihnen gemeinsam sind sozialräumliche Prozesse der Peripherisierung (Kühn/Weck 2012: 24). Dazu gehören: (1) die Abwanderung mobiler, kapitalstarker Bevölkerungsgruppen, (2) die Abkopplung strukturschwächerer Räume von regionalen innovativen Entwicklungen unter anderem aufgrund des Fehlens von Innovationsträger/innen und mangelnder digitaler und Mobilitätsinfrastruktur sowie (3) die Abhängigkeit von (lokal-)staatlichen Ressourcen und Förderprogrammen wie auch Unternehmensentscheidungen. Auch Stigmatisierungen als sogenannte „Peripherisierung im Kopf" (Kühn/Weck 2012: 39; Steinführer/Kabisch 2007: 51) und mediale Problemzuschreibungen wie beispielsweise „Entleerung" und „Überalterung" (ebd.) beeinflussen individuelle Handlungsentscheidungen wie Zuzug, Wegzug oder Standorttreue von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern mit ihren entsprechenden Wirkungen für den Wohnungsmarkt.

4 Wohnungsmärkte

4.1 Kleinstädtische Baustrukturen

Die Baustrukturen der Kernstädte zählen zu den Gemeinsamkeiten, die einen Großteil der Kleinstädte in Deutschland verbinden. Ein historisch gewachsenes Stadtbild mit Stadtsilhouette sowie im Zentrum geschlossene, mehrgeschossige Bebauungsformen machen die städtische Prägung aus (Beetz 2012: 49). Zu dieser idealtypischen Struktur gehören auch einzelhandels- und gastronomiegeprägte Zentren, administrative und zivilgesellschaftliche Institutionen sowie öffentliche Räume wie Plätze und Parks (Hannemann 2004a: 306 ff.). Betrachtet man hingegen die Eingemeindungen und vor allem flächenhaft große Kleinstädte, so finden sich diese zusammenhängenden Siedlungsräume nicht (vgl. auch Milbert/Fina 2021). Von den historischen Baustrukturen der Kernstädte ausgehend ist von Grötzbach eine räumliche Typisierung kleinstädtischer Wohngebiete – für süddeutsche Kleinstädte – vorgenommen worden (Grötzbach 1963). Er unterscheidet die innere und äußere Altstadt, geschlossen bebaute,

teilweise als Werkssiedlungen entstandene Arbeiterquartiere sowie die äußeren Stadtteile, die „aufgelockert" bebaut sind, also als Einfamilien- oder Reihenhaussiedlungen der Nachkriegszeit konzipiert wurden. Dazu kommen die eingemeindeten ehemaligen Dörfer. In Westdeutschland ist diese Typisierung um die Stadterweiterungen der 1960er bis 1980er Jahre zu ergänzen: teilweise als Mehrfamilienhausbebauung, aber auch als Einfamilienhaussiedlungen. In Ostdeutschland kommen als sogenannte Altneubauten der 1950er und 1960er Jahre Mehrfamilienhäuser in drei- bis viergeschossiger, meist Zeilenbauweise und später kleinere Großwohnsiedlungen in Plattenbauweise als kompakte Siedlungen oder wenige zusammenhängende Blocks hinzu (u.a. BBSR 2015b: 32 f., Hannemann 2004a: 65 ff.). Gegenwärtig finden ebenso kleinstädtische Stadterweiterungen durch Einfamilienhausgebiete – insbesondere in den Metropolregionen – statt, und das trotz des Problembewusstseins um die damit einhergehende Flächeninanspruchnahme (GdW 2017b: 14). Ob Baustrukturen als Potenziale oder als Teil der Probleme von Kleinstädten gewertet werden, ist also stark kontextabhängig und setzt eine vertiefte Kenntnis ihrer kleinräumigen Wohnungsmarktstrukturen voraus.

4.2 Polarisierte Wohnungsmärkte

Laut der Veröffentlichung des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) zu den wohnungswirtschaftlichen Daten und Trends 2017/2018 polarisiert sich der Wohnungsmarkt in Deutschland in „Boomtowns und Geisterstädte" (GdW 2017a). Wenn sie nicht im Umland prosperierender Großstädte liegen, gelten Kleinstädte in dieser Polarisierung selten als Kandidat/innen für die „Boomtowns". So hat sich die Situation auf den deutschen Wohnungsmärkten in den attraktiven Ballungsräumen und wachstumsstarken Regionen seit 2010 sehr rasch von einer weitgehend ausgeglichenen zu einer angespannten Marktkonstellation verändert. Wenn auch die Mietenentwicklung regional sehr unterschiedlich verlaufen ist, werden in der bundesweiten Debatte vor allem das überdurchschnittlich steigende Mietniveau, ein hoher Neubaubedarf sowie steigende Grundstückspreise, Erschließungs- und Baukosten thematisiert (ebd.: 9). In den ländlichen Räumen wird die Preisentwicklung demgegenüber durch Leerstände aufgrund von Sterbefallüberschüssen sowie Abwanderung geprägt. Für die Klein- und Mittelstädte insbesondere in peripheren Lagen bedeutet das Wertverluste der Immobilien, seit vielen Jahren zunehmende Leerstände und in der Konsequenz das Verschwinden der familiären Absicherung. Erste Trends deuten dennoch ein Ende der Binnenwanderungsgewinne der Großstädte an: Nachdem diese seit 2005 zunehmend Bevölkerung aus Binnenwanderungen gewonnen haben, lassen die Zugewinne aus Umzügen innerhalb Deutschlands seit 2011 nach und tendieren seit 2014 erstmals nach einem Jahrzehnt wieder gegen Null oder wurden sogar negativ (ebd.).

Prägend für kleinstädtische Wohnungsmärkte ist auch ihre im Vergleich zu Großstädten deutlich höhere Eigentumsquote. Während in Großstädten Mietverhältnisse überwiegen, sind Kleinstädte aufgrund des höheren Anteils an Ein- und Zweifamilienhäusern stärker durch selbst genutztes Eigentum geprägt. Die Konzentration von Ein- und Zweifamilienhausgebieten charakterisiert ländliche Räume und nimmt mit zunehmen-

der Stadtgröße im Verhältnis zum Geschosswohnungsbau ab, wenn auch Letzterer in Ostdeutschland verbreiteter ist als im Westen (Gatzweiler/Adam/Milbert et al. 2012: 35 ff.). Hohe Eigentumsquoten verweisen also einerseits auf die Bedarfsbefriedigung eigentumsschaffender suburbaner Wanderer, andererseits aber auf die immens hohe Problematik des Flächenverbrauchs in den Randbereichen von Kleinstädten. Sie verweisen weiter auf die Bereitschaft der Kleinstädte, dem Wunsch nach Immobilieneigentum zu entsprechen – immerhin lebt die Mehrheit aller bundesweiten Haushalte in der eigenen Immobilie und insgesamt sind mehr als drei Viertel des Wohnungsbestandes in privater Hand (BBSR 2011).

Mit diesen polarisierten Wohnungsmärkten umzugehen, gilt für alle Kleinstädte als Herausforderung, weil die Steuerungsfähigkeit des Wohnungsmarktes aufgrund knapper Zeit-, Finanz- und Personalressourcen kleinstädtischer Verwaltungen oft nur gering ausgeprägt ist (Schönig 2019). Zudem können große Abhängigkeiten durch die generelle Bedeutung der Wohnfunktion einer Kleinstadt bestehen. Je ausgeprägter diese ist, desto stärker sind die Kleinstädte auf wirtschaftsstarke Nachbarstädte und interkommunale Kooperation angewiesen und desto weniger Steuerungsfähigkeit haben sie (vgl. zur Kleinstadt-Governance Dehne 2021 und Maaß 2021). Dennoch gibt es vielerorts Steuerungsmöglichkeiten durch bestehende kommunale wie auch genossenschaftlich organisierte Wohnungsunternehmen.

5 Lebensqualität und Wohnzufriedenheit

Wohnzufriedenheit stellt eine Dimension von Lebensqualität dar und wird als eines der großen Potenziale von Kleinstädten gehandelt. Beim Thema Lebensqualität wird die Kleinstadt gern zur Idylle stilisiert. Doch ist dieses Loblied nun belegbare Praxis oder einseitige Potenzialbeschreibung marginalisierter Orte?

5.1 Besondere Lebensqualität?

Zu den Merkmalen, die eine besonders hohe Lebensqualität von Kleinstädten ausmachen (sollen), zählen u.a. soziale, bauliche und naturräumliche Qualitäten des Sozialraums Kleinstadt. Dazu gehören ein zugeschriebenes hohes bürgerschaftliches Engagement im Vereinsleben – das zu verstärktem Wir-Gefühl und besseren Netzwerkstrukturen führen soll – sowie starke informelle Netzwerke durch einen nichtmonetären Leistungsaustausch und Nachbarschaftshilfe (Hannemann 2004b: 59 f.). Weiterhin zählt eine starke Identifikation mit der eigenen Stadt zu den sozialen Potenzialen. So haben Kleinstadtbewohner/innen selbst unabhängig von ökonomischen Faktoren eine starke räumliche Bindung: Es existieren eine Identifikation mit der historischen Tradition und entsprechende „Heimatgefühle“ (ebd.: 61). Hannemanns Arbeit zum Sozialkapital von Kleinstädten (2004a) sieht den Siedlungstyp Kleinstadt historisch als die „bessere“ Stadt in Krisensituationen, sowohl in Zeiten starker Zuwanderung als auch unter Schrumpfungsbedingungen. Zu den Elementen des lokalen Sozialkapitals marginalisierter Städte zählt sie die Vereine sowie die gute Vernetzung zwischen Vereinen und Verwaltung, informelle Netzwerke wie auch einfachere Begegnungsmöglichkeiten lokaler Eliten und der Bevölkerung (ebd.: 316 ff.).

Auch das BBSR betont die potenzialorientierte Sicht auf die kleinstädtische Lebensqualität. Sie sei subjektiv positiv erlebbar und ihre Ausstattung mit objektiven Faktoren wie Umweltstandards und Wohlstand (BBSR 2013: 15) sei für die Wohnstandortwahl von großem Gewicht. Eine aktuelle Expertise des BBSR zur „Urbanität von Kleinstädten" spezifiziert diese Beschreibungen noch durch zusätzliche Charakterisierungen: Dazu gehören vertraute Sozialbeziehungen, Alltagsbegegnungen und niedrigschwellige Bekanntschaften sowie Selbstsorge- und Selbsthilfestrukturen, die durch die kleinstädtische, begrenzt ausdifferenzierte Dienstleistungsökonomie zustande kommt (BBSR 2018a: 36 f.). Die befragten Expert/innen nehmen für die Kleinstädte im Vergleich zu Großstädten sogar einen Ressourcenüberfluss wahr (ebd.: 37 f.) und auch die elementaren Lebensvoraussetzungen, wie Zeit, geringere Reizüberflutung, Raum, Ruhe, Umwelt, Sicherheit (ebd.: 38), seien stärker vorhanden als in der Großstadt.

An dieser Stelle sei an die heterogenen Zuschnitte heutiger Kleinstädte hinsichtlich ihrer Baustrukturen, flächenhaften Ausdehnungen und historischen Gewordenheiten im Gegensatz zu aktuellen Neukonstruktionen erinnert. Es sollte kritisch hinterfragt werden, ob diese Beschreibung von Lebensqualitäten für alle Kleinstädte gleichermaßen zutrifft, also für Kleinstädte mit historischer Kernstadt genauso wie für Kommunen, die durch Gebietsreformen neu konstruiert wurden, oder auch für Kleinstädte in zentralen Lagen, die aktuell einen starken Zugewinn an Einwohner/innen erfahren. Es ist davon auszugehen, dass auch an dieser Stelle noch Forschungsbedarf besteht, weil die Beurteilung der Lebensqualität kleinräumig möglicherweise differenzierter ausfallen würde.

5.2 Besondere Wohnzufriedenheit?

Untersuchungen belegen in der Regel, dass die Bewohner/innen kleiner Städte die Wohnqualitäten ihrer Stadt schätzen und eine hohe Wohnzufriedenheit haben (Beetz 2012). Nach Daten von Gatzweiler, Meyer und Milbert ist die Zufriedenheit mit dem Wohnort Kleinstadt mit 64% im Westen am größten (Gatzweiler/Meyer/Milbert 2003: 563). Auch Dehne und Hannemann betonen die besondere Lebens- und Wohnqualität, die „jenseits aller Ideologien und Kleinstadtromantik ihren Platz in unserer Gesellschaft hat und haben muss" (Dehne/Hannemann 2007: 172). Und die Befunde der BBSR-Umfrage 2011 zur Lebensqualität und Beurteilung wohnortnaher Infrastruktur sagen aus, dass die ländlich geprägten Kommunen Naturnähe, gute Nachbarschaft und stärkeren sozialen Zusammenhalt bieten und die allgemeine Lebenszufriedenheit deshalb hoch sei (Sturm/Walther 2011: 15). Ebenso ist auch die Zufriedenheit mit Wohnung, Wohnumfeld und der eigenen Kommune mindestens gleich hoch oder sogar höher als in größeren Städten – trotz eines geringeren Angebots in Bezug auf Bildung, Kultur, medizinische Versorgung oder Warenangebot (ebd.: 4).

Dennoch muss auch bei der Wohnzufriedenheit unbedingt nach der Entwicklungsdynamik der Kommunen und Regionen unterschieden werden. In Regionen, die bereits seit längerem und mutmaßlich auch weiterhin stark schrumpfen, wo immer mehr Wohnungen leer stehen, sinken auch die Immobilien- und Bodenpreise, sodass die erhoffte Absicherung der Familie schwindet. Jugendliche und junge Erwachsene zie-

hen nachweislich für Bildung und Berufsausbildung, aber auch wegen der Wohn- und Lebensqualitäten in die Großstädte. Hannemann beschreibt diesbezüglich, dass Jugendliche eine Abwanderungsmentalität entwickeln müssen, weil sie aufgrund der wirtschaftlichen Situation keine Wahl haben (Hannemann 2004a: 315). Es scheint wichtig, das Credo hoher kleinstädtischer Wohnzufriedenheit zugunsten einer differenzierten Sicht auf alle Bevölkerungsgruppen zu relativieren.

6 Sozialräumliche Differenzierung und Quartiersentwicklung

6.1 Sozialstrukturen kleinstädtischer Gesellschaften

Insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen führen gegenwärtig und zukünftig zu grundlegenden Wandlungsprozessen in den Wohnbedürfnissen, aber auch zu Restriktionen, die Haushalte auf dem Wohn- und Immobilienmarkt erfahren. Dazu gehört auch die steigende Wohnmobilität, die sowohl auf der Ebene regionaler Mobilität als auch in Bezug auf die internationale Migration sowie Flucht zu beobachten ist (Bukow 2010). Für die Metropolen der Welt spricht die Stadtforschung mittlerweile von „super-" bis „hyperdiverser" Sozialstruktur mit zunehmend komplexen und fluiden Identitäten und Lebensstilen sowie Interferenzen demographischer, sozioökonomischer und ethnischer Differenzen (Vertovec 2009; Tasan-Kok/van Kempen/Raco et al. 2014). Offen ist, inwiefern diese Trends auch die Kleinstädte erreichen. Auch diese sind Orte für internationale Zuwanderung. Manche von ihnen sind – insbesondere in Westdeutschland – bereits heute stark migrantisch oder/und durch Geflüchtete geprägt, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass nach dem Zweiten Weltkrieg auch Wanderungen von Vertriebenen diese Gebiete erreichten. Nicht nur die Zuwanderung von Geflüchteten der vergangenen Jahre, auch Arbeitsmigration lässt den Anteil ausländischer Einwohner/innen steigen (vgl. auch Kirchhoff 2021).

Ein weiterer bedeutsamer Trend in vielen Kleinstädten – auch in der Aufmerksamkeit der Entscheidungsträger/innen – ist die Alterung, da diese neue Entwicklungsanforderungen mit sich bringt und u.a. das Thema Barrierefreiheit im Wohnbereich und in der städtischen Infrastruktur an Bedeutung gewinnt (Porsche/Milbert 2018; Steinführer/Küpper/Tautz 2012). Teilweise ist von einer „doppelten Alterung" die Rede, wenn sowohl die ansässige Bevölkerung altert als auch überdurchschnittlich viele Ältere zuziehen (Rößler/Kunz 2010; Steinführer/Kohring 2019). Eine qualitative Studie in Thüringer Kleinstädten hat jüngst die Motive dieses Zuzugs untersucht und festgestellt, dass die Anlässe häufig die Suche nach dem passenden Wohnsitz bei schwindender Selbstständigkeit sind: Soziale Netze, die Infrastruktur und das seniorengerechte Wohnraumangebot in Kleinstädten sind die wichtigsten Pull-Faktoren, die Kleinstadt selbst scheint bei der Entscheidung jedoch austauschbar zu sein (Kluge/Peitsch/Röhnke et al. 2018).

In der Kleinstadt-Diskussion gelten die soziodemographischen Veränderungen entweder als Chancen oder als Herausforderungen. Abwanderung und Alterung werden eher als Herausforderung betrachtet, Zuzüge – oder zumindest geringere Wegzüge – als Potenzial. So verbindet beispielsweise Weber (2011) mit Zuzügen die Chance für eine Stärkung der wissensbasierten Ökonomie in Kleinstädten, z. B. durch Homeoffice-Arrangements (ebd.: 9).

6.2 Sozialräumliche Segregation

Nur sehr wenige Arbeiten befassen sich mit dem Thema „Sozialräumliche Differenzierung von Kleinstädten" als an sich klassischem Thema der Stadtforschung. Wie bereits dargestellt, sind Kleinstädte baulich wie sozial heterogen, sie sind somit prädestiniert für eine sozialräumlich segregierte Stadtgesellschaft (vgl. auch Großmann/Franke/Henkel 2021 sowie Schiemann/Steinführer 2021). Diese kann durchaus zur Beeinträchtigung von Lebenschancen durch den Wohnstandort führen und muss daher in der Stadtentwicklungsforschung und -praxis bewusst wahrgenommen werden. Um Aussagen zu den Mustern und Prozessen von Segregation machen zu können, bedarf es quantitativer Daten, die sowohl eine kleinräumige Zuordnung der Wohnsitze als auch sozialstrukturelle Merkmale von Haushalten enthalten. Da die deutsche Städtestatistik über diese Informationen aber nicht verfügt bzw. diese Informationen von den Verwaltungen nicht aufbereitet werden, ist das Wissen über Segregationsprozesse in Kleinstädten marginal. Wie schwierig die Datenbeschaffung ist, zeigen Landua und Kirchhoff (2018; vgl. auch Kirchhoff 2021). Trotz Hilfe durch einen externen Dienstleister gelang es nur bei sechs von neun Fallbeispielen des Projekts „Vielfalt in den Zentren", kleinräumige Daten zum Migrationshintergrund zu erhalten. Als wichtigste Hürde beschreiben die Autorin und der Autor die Definition von Sozialräumen innerhalb der Stadt. Auch eigene Recherchen zu kleinräumigen Sozialstrukturdaten für Kleinstädte in Thüringen (Großmann/Franke/Henkel 2021) zeigen, dass eine Haupthürde für Segregationsforschung in Kleinstädten tatsächlich darin liegt, dass ein routinierter Umgang mit kleinräumigen Sozialdaten fehlt, ob aus Kapazitätsgründen, fehlendem politischen Willen oder mangelnder Aufmerksamkeit. Daher sind eigene Erhebungen oft der einzige Weg, an kleinräumige Daten zur Sozialstruktur zu kommen.

Neben diesem Datenmangel finden sich immer wieder Mythen über sozialräumlich nicht oder schwach differenzierte Kleinstädte. Dies wird meist als Kontrastfolie genutzt, um auf die Differenz zu größeren Städten zu verweisen. So schreibt etwa Schmidt-Lauber (2010) in einer Arbeit zur Stadt Göttingen: „Mittelstädte [...] weisen im Unterschied zu Kleinstädten also durchaus Stadtteile auf, die sich in der sozialen Struktur ihrer Einwohnerschaft, in deren Milieuzugehörigkeit und in der Architektur der Gebäude und Straßenzüge voneinander unterscheiden und als eigenständige Viertel erscheinen [...]. Zugleich setzen sich Mittelstädte genau darin auch wiederum von Großstädten ab, da die Differenzierung der Viertel geringer ist" (ebd.: 22). Mittelstädte zeigten eine „größere soziale Durchmischung der sozialen Milieus innerhalb der verschiedenen Stadtteile", vor allem „keine ethnisch dominierten Quartiere" (ebd.). Hier zeigt sich die Annahme einer linearen Zunahme an Segregation in Abhängigkeit von der Stadtgröße, die empirisch aber lediglich mit Daten zu Göttingen belegt wird.

Einzelne und überwiegend ältere Arbeiten über Kleinstädte – wie die Gemeindestudien der Nachkriegsjahrzehnte – ermöglichen beispielsweise detaillierte Einblicke in die sozialräumliche Differenzierung. Die bereits erwähnte Studie von Grötzbach (1963) hat die Verteilung von Berufs- bzw. Statusgruppen im sozialräumlichen Gefüge der 1960er Jahre verglichen. Er unterschied damals räumlich zunächst in Altstädte und äußere Stadtteile. Die untersuchten Statusgruppen waren Selbstständige, Beamtinnen/Beamte, Angestellte, Arbeiter/innen und „leitende Berufe und Akademiker (als)

Spitze“ der kleinstädtischen Gesellschaft. Grötzbach stellte fest, dass, anders als bis dahin beschrieben, der Sozialstatus in den Kleinstädten vom Zentrum her zu den Rändern hin ansteigt, mit Ausnahme der unmittelbaren Geschäftsstraßen der Altstädte, wo Selbstständige dominieren, die zu den sozioökonomisch stärkeren Gruppen zu rechnen sind. Die äußeren Altstadtbereiche, also geschlossen bebaute Vorstädte, würden dann jedoch verstärkt von Arbeiter/innen und selbstständigen Berufslosen bewohnt und seien damit eher die statusniedrigsten Gebiete. Beamtinnen/Beamte wohnten hier eher selten, Akademiker/innen „fehlten oft gänzlich“ (ebd.: 72). In der Nähe von Industriebetrieben seien auch reine Arbeiter/innenviertel zu finden. Beamtinnen/Beamte hätten teilweise eigene Viertel, häufig in der Nähe der Bahnhöfe oder in „stillen Wohnstraßen abseits des Verkehrs“ (ebd.: 75). Ehemals ländliche Gemeinden, die eingemeindet wurden, seien oft „Arbeiter-Bauern-Vororte“ geworden. Angestellte wohnten ähnlich wie die Beamten eher am Stadtrand in ruhigeren Wohnstraßen, Akademiker/innen in im lokalen Bewusstsein als gehoben geltenden Wohngebieten „in den jüngeren, vorwiegend offen bebauten Stadtteilen“ (ebd.: 79).

Luckmann (1970) unterteilte Bretten in Süddeutschland in verschiedene sozialräumliche Lagen als sogenannte „ökologische Teilgebiete“ (ebd.: 38): den „Prominentenhügel“ für Fabrikant/innen, höhere Angestellte, Akademiker/innen und Beamtinnen/Beamte, das Stadtzentrum mit Handwerker/innen und Geschäftsinhaber/innen und die „Siedlungen“ für Industriearbeiter/innen, einfache Angestellte und Zugewanderte. In den Quartieren gebe es ein Gemeinschaftsgefühl, Imagezuschreibungen und Abgrenzungen, die sozial zwischen den unteren und oberen Polen der sozialen wie räumlichen Hierarchie verortet werden, vom „Prominentenhügel“ bis „unten im Loch“ (ebd.: 38).

Zuletzt zeigte Pätzold (2018) über das Difu-Projekt „Vielfalt in den Zentren“, dass in Kleinstädten des Ostens wie Westens Quartiere mit einer hohen Konzentration sozialer Problemlagen existieren und soziale wie räumliche Stigmatisierungen auch hier zu finden sind. Wie wenig haltbar die These von der gering ausdifferenzierten Kleinstadt heute ist, zeigt auch eine gesamtstädtische Befragung von Bewohnerinnen und Bewohnern in Delitzsch von 2012, einer kleinen Mittelstadt in Sachsen. Die Sozialstatusindikatoren variieren sehr stark zwischen den Gebietstypen Altstadt, äußere Altstadt, Altneubaugebiete, Großwohnsiedlungen und dörfliche Ortsteile. Während die Altneubaugebiete eher durch überdurchschnittliche Alterung geprägt sind, werden Großwohnsiedlungen zu Auffangbecken für einkommensarme und transferabhängige Haushalte. Die Altstadt ist von gemischten bis höheren Einkommensgruppen bewohnt. Beide Trends haben sich durch die Zuzüge der Vorjahre verstärkt (Großmann/Buchholz/Buchmann et al. 2014). Die Quartierstypen mögen nicht die Bandbreite wie in Großstädten aufweisen, doch sind verschiedene Quartiere und auch Quartierstypen klar unterscheidbar.

Insgesamt wird deutlich, dass es einer dringenden Neuausrichtung der Forschung bedarf. Dem potenzialorientierten Mythos vom starken sozialen Zusammenhalt in Kleinstädten sollten empirische Befunde über die tatsächliche soziale Differenzierung, ihre Wirkung auf Wohnverhältnisse und soziale Beziehungen in der Stadtgesellschaft entgegengestellt werden.

6.3 Quartiersentwicklung

Auch Kleinstädte weisen eine Gliederung in typische Wohnquartiere auf, die sich wiederum in ihrer Entwicklungsdynamik, den Eigentumsverhältnissen, ihrem Sozialstatus und den Nachbarschaftsbeziehungen unterscheiden; doch ist hier über Gentrifizierung, die Entwicklungspfade von Ensembles im Geschosswohnungsbau, Ankunftsquartiere oder suburbane Standorte wenig bekannt. Ebenso ist auch die Ausrichtung auf die Innenstädte eher von einer Revitalisierungsperspektive getragen als von einer Beschäftigung mit der Bevölkerung, den Ortsbindungen und den sozialen Beziehungen (z. B. BBSR 2015b).

Wie gewinnbringend die Beschäftigung mit dem sozialen Zusammenhalt und den wechselseitigen Beziehungen sein kann, bewies in den 1960er Jahren Elias' und Scotsons Studie „Etablierte und Außenseiter". Sie zeigte die sozialräumlichen Beziehungen in einem Vorort von Leicester in Großbritannien und die Mechanismen von sozialräumlicher Stigmatisierung und wurde zu einem Meilenstein der soziologischen Forschung (Elias/Scotson 1965). Analoge Studien gibt es für Deutschland kaum, die Studie zu Bretten zeigt aber ähnliche Abgrenzungen und Stigmatisierungen (Luckmann 1970). Pätzold (2018) legt dar, dass auch in deutschen Kleinstädten der Gegenwart Innenstädte als Ankunftsquartiere für Zuwandernde fungieren und die aus der Großstadtforschung bekannten Mechanismen des Statusverlusts von Quartieren hier ebenfalls wirken:

> *„Die Wohnstandorte von Zugewanderten folgen in der Regel den Gesetzen der Ökonomie, d. h., es erfolgt ein Zuzug in Stadträume, die als weniger attraktiv eingeschätzt werden und deshalb einen gewissen Leerstand aufweisen. Auch die Unterbringung von Geflüchteten erfolgte in der Vergangenheit oft an den Orten in der Stadt, die den geringsten Widerstand leisteten* [...]. *Im Ergebnis kam es in einzelnen Stadtteilen zu kumulierten Problemlagen aus sozialer Benachteiligung, Armut, mangelnder Teilhabe und infrastrukturellen Mängeln"*
> (Pätzold 2018: 143).

Die hier angesprochenen Quartiere mit Leerständen in Klein- und Mittelstädten werden unter dem Schlagwort „Quartiere auf Zeit" und aus demographischer Perspektive von einer eher ostdeutsch geprägten Literatur besprochen (Peter 2009; Kabisch/Peter 2014; Milstrey 2016). Der Begriff bedeutet, dass es Quartiere gibt, deren Existenz nur noch für eine bestimmte Zeitspanne gesichert ist, weil keine ausreichende Wohnraumnachfrage mehr besteht. Dies sind gleichzeitig die Abrissgebiete, gefördert über die Stadtumbau-Programme, die auch in Klein- und Mittelstädten Anwendung finden. Meist geht es um den Rückbau von Siedlungsteilen aus den 1970er und 1980er Jahren. Diese Abrisse sind auf der einen Seite Normalität geworden, auf der anderen aber mit Verwerfungen, Desinvestition und Imageverlusten verbunden. Die öffentliche und wissenschaftliche Debatte steckt in einem Dilemma fest: Zum einen wird eine Potenzialorientierung für die Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit von Klein- und Kleinstädten befürwortet. Zum zweiten soll aber auch der drohende Verlust der kritischen Masse an Wohnbevölkerung in einigen Städten angesprochen werden. Und drittens

müssen Instrumente entwickelt werden, um Umsiedlung und Umzug als positive Zukunftsvision zu denken, respektvolle Umgehensweisen zu pflegen und sozialverträgliche Lösungen zu suchen (Kabisch/Bernt/Peter 2004).

Insgesamt wird deutlich, dass Kleinstädte sozialräumliche Verwerfungen erleben, die von der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung noch zu untergeordnet wahrgenommen werden.

7 Pluralisierung der Wohnformen in Kleinstädten

Geht es um den Wohnbedarf in Kleinstädten, so wird dies oft verengt auf die Organisation des Zuzugs junger Familien und der Anpassung an die Alterung der Stadtgesellschaft (Steinführer/Großmann/Schenkel 2018). Der Blick auf andere Wohntrends und die Nachfrage jenseits von familien- oder altersgerechtem Wohnen ist kaum präsent. Doch ähnlich wie bei der Debatte um die Diversifizierung der Gesellschaft wäre es kaum plausibel, dass die Pluralisierung von Wohnformen, wie wir sie allgemein erleben, einen Bogen um die Kleinstädte macht. Die sich jetzt wandelnden Wohn- und Lebensformen haben sich selbst erst in der Moderne herausgebildet und galten als wichtiges Element der Verstädterung ländlicher Lebensweisen. Dazu gehörten das Wohnen als Lebensform der Nichtarbeit, die Entstehung der Wohnung als Kleinfamilienhaushalt und als Ort der Privatheit und intimen Geborgenheit (Bahrdt 1961; Häußermann/Siebel 1996: 22 f.). Auch die Herausbildung des Wohnungsmarktes sowie die zunehmende Technisierung im 20. Jahrhundert sind Merkmale, die das Wohnen der Moderne prägten. Wenn heute von einem postmodernen Wandel des Wohnens gesprochen wird, dann sind erst einmal stadttypunabhängig vielfältige Kontextveränderungen zu erwähnen (Hannemann 2014: 11 ff.). Dazu gehören u. a. die Abkehr von der Kernfamilie durch die Pluralisierung der Lebensstile und die Schrumpfung der Haushaltsgrößen, die Alterung und die veränderten Wohn- und Lebensstile bzw. die steigenden Ansprüche an die Wohnungsgrößen. Die Dynamisierungen der Arbeitsstruktur führen zur Aufhebung der Trennung von Wohnen und Arbeiten sowie zum Pendeln, zu Multilokalität und häufigeren Wohnungswechseln. Auch Migration, Transmigration und Flüchtlingsbewegungen bringen Veränderungen und Herausforderungen für die städtischen Wohnungsmärkte mit sich (vgl. Kirchhoff 2021). Hannemann spricht von instabilen Zuwanderungsquartieren und einer zunehmenden Heterogenität der Bevölkerung sowie von sozialen, kulturellen und politischen Distanzen (Hannemann 2014: 11ff.).

Für Großstädte wird zudem von sich innerstädtisch ausdifferenzierenden Wohnmilieus und Lebensstilen gesprochen: Junge Familien, „Edelurbaniten", Baugemeinschaften, Studierende und Jungakademiker/innen, solvente Seniorinnen/Senioren sowie sozial und ethnisch gemischtere Stadtbewohner/innen lassen differenzierte Milieus entstehen. Veränderte Lebensstile bedingen Wohnformen jenseits der klassischen abgeschlossenen Kleinwohnung, wie Lofts, Studios, Boardinghouses, Luxuswohnanlagen, Wohnhochhäuser, Senioren- und andere Residenzen. Diese Form innerstädtischer Ausdifferenzierung ist nicht per se auf Kleinstädte übertragbar. Da aber gegenwärtig davon auszugehen ist, dass sich die lange Zeit als homogen geltenden Kleinstadtmilieus stärker ausdifferenziert und segregiert haben, ist auch an dieser Stelle Forschungsbedarf anzumelden.

Veränderte Wohnmilieus und Lebensstile haben Auswirkungen auf die Wohntrends, die eine Studie des GdW zu Wohntrends 2030 folgendermaßen benennt (GdW 2013: 10 ff.):

> Die digitale Haushaltstechnik verknüpft mit den Bereichen Einkauf, Transport, Post, Pflege und Gesundheit, Familie und soziale Netzwerke, Unterhaltung und Kommunikation wird eine wesentliche Rolle spielen und die Anforderungen an den Wohnungsbau verändern.

> Die steigende Intensität der Arbeit sowie die variierenden Arbeitszeiten werden das Leben in Zukunft stärker kennzeichnen und die Wohnpräferenzen, das Zusammenleben in den Quartieren bzw. Ortsteilen sowie die Anforderungen an den Wohnstandort beeinflussen. Die Verbindung von Beruf und Familie, die Wahrnehmung von Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie kurze Wege werden wichtiger.

> Gesundheitstrends wie körperliche Fitness und gesunde Ernährung haben den sogenannten zweiten Gesundheitsmarkt entwickelt und verdeutlichen die Notwendigkeit quartierseigener Fitnessräume oder Mini-Sportzentren sowie die Anpassung der Wohnungen an die sich wandelnden Gesundheits- und Wellness-Bedürfnisse der Bewohner/innen.

> Quartiere werden zunehmend zur Handlungsebene der Wohnungswirtschaft, weil im Zuge sich verändernder Familienstrukturen die Beziehungen in der Nachbarschaft größere Bedeutung erlangen. Zudem stellen Quartiere in ihrer Netzwerkbildung eine wichtige Plattform für die gesellschaftliche Integrationsleistung dar.

> Da die Einkommenssituation der kommenden Generation der Rentner/innen durch höhere Armutsrisiken gekennzeichnet sein wird, müssen für die Senior/innen mit sehr geringem Einkommen lokal angepasste Versorgungskonzepte entwickelt werden.

Auch das multilokale Wohnen wird für immer mehr Menschen zur sozialen Praxis. Es konstituiert sich im Spannungsfeld zwischen Mobilität und Sesshaftigkeit und verlangt die Organisation des Lebensalltags über zwei oder mehr Wohnstandorte hinweg (Hannemann 2014: 11 ff.). Dabei verschiebt sich der lokale Stellenwert und lässt offen, welcher Wohnort zum „Ankerpunkt des Alltagslebens“ (Weichhart 2009: 7) wird und mit sozialer Einbindung, nachbarschaftlichem Engagement oder kultureller Inwertsetzung einhergeht und welcher Ort im Sinne eines temporären Wohnens genutzt wird (Lange 2018). Die neuen Kommunikationstechnologien vereinfachen zudem das Heimischsein an verschiedenen Orten.

Offen ist, wie sich diese Trends in Kleinstädten niederschlagen werden. Klar ist, dass in Wohnungsmärkten mit Angebotsüberhang die relative Machtposition der Nachfragerseite steigt. Noch 2013 erwartete die Wohntrendstudie des GdW (2013) dies für eine wachsende Zahl von Regionen. Das heißt, dass die nachfragegerechte Gestaltung des Wohnungsangebotes und der Wettbewerb um Kundinnen/Kunden, Mieter/innen und Eigentümer/innen eine zentrale Bedeutung einnehmen wird. Perspektivisch werden deshalb auch die Mieter/innen stärker in die Gestaltung von Wohnungen mitein-

bezogen, die Wohnungen werden stärker an den Wünschen der Nutzer/innen und ihren Lebenssituationen ausgerichtet und zu flexiblen Wohnmodulen entwickelt (GdW 2013: 10 ff.). Der GdW unterscheidet in seinen Befragungen unterschiedliche Nachfrager/innengruppen: die Anspruchsvollen, die Häuslichen sowie die Funktionalen und Bescheidenen (ebd.: 15 ff.). Welche hier für Kleinstädte – und wenn, dann für welchen Typus Kleinstadt – bedeutungsvoll sind, ist nicht beleuchtet.

Relativ klar ist jedoch, dass in der Überlagerung von Alterung einerseits und der ausgeprägten ökonomischen Prekarisierung großer Teile der Gesellschaft mit steigender Altersarmut zu rechnen ist. Bei den Senior/innen werden finanzstarke anspruchsvolle Haushalte einer armutsbedrohten Gruppe gegenüberstehen, die aufgrund mangelnder Rentenabsicherung – durch gebrochene Erwerbsbiographien und Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt sowie Veränderungen des Rentensystems – preiswerten, altersgerechten Wohnraum benötigt.

8 Wohnungspolitische Maßnahmen

Auf Basis der vorangegangenen Darstellungen lassen sich vielfältige wohnungspolitische Maßnahmen identifizieren, die für die kleinstädtischen Entwicklungen zentral sind. In der nationalen Debatte wie auch in akademischen Texten dominieren derzeit die neue Wohnungsknappheit in den Großstädten und die Diskussion wohnungspolitischer Instrumente zur Sicherung bzw. Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Kleinstädte werden hier ignoriert oder pauschal in die Problematik schrumpfender Wohnungsmärkte verschoben. Diese Polarisierung wird durch teilweise intensive Neubautätigkeiten und die zunehmende Zersiedelung in zentral gelegenen Kleinstädten mit Bevölkerungswachstum oder in strukturstarken ländlichen Räumen widerlegt. Die Suche nach wohnungspolitischen Instrumenten ist gegenwärtig noch unterentwickelt: Über Wohnungsknappheit und Verdrängung in wachsenden Kleinstädten ist bisher kein Wissen vorhanden, und die großstädtischen Instrumente wie Mietpreisbremse, Konzeptvergabe und Millieuschutz tragen unter anderem aufgrund der kleinstädtischen Eigentumsverhältnisse kaum.

In strukturschwachen Regionen führen die Schrumpfungsprozesse tatsächlich zu sinkenden Mieten und Immobilienpreisen sowie zur langfristigen Aufgabe von Wohngebieten in kommunaler oder genossenschaftlicher Hand, was als sich selbst verstärkender Aushöhlungsprozess bezeichnet wird (Weber 2011: 8). Gleichzeitig steigen jedoch der Flächenverbrauch und die Siedlungsflächenausdehnung auch in strukturschwachen Räumen. Dass dieses Problem auch gegenwärtig noch virulent ist, wurde durch eine Bürgermeisterbefragung von Kleinstadtgemeinden durch den GdW (2017b) deutlich. Danach bejahten 65 % der Kleinstadtbürgermeister/-bürgermeisterinnen schrumpfender Gebiete die Frage nach einer Neuausweisung von Einfamilienhaussiedlungen, davon 33% mit Leerstandsproblemen im Ortskern (GdW 2017b: 14). Und obwohl 57% aller Gemeinden die baukulturelle Qualität von Einfamilienhaussiedlungen als geringwertig einschätzten, gestalten sie sie nicht durch Gestaltungssatzungen oder -leitlinien (ebd.: 15). Eher noch wird die Attraktivität des Baulands in den Außenbereichen gegenüber den Kernbereichen der Städte durch niedrigere Baulandpreise gesteigert (Bundesstiftung Baukultur 2017). Für die Revitalisierung der Stadtkerne ist

es erforderlich, innerstädtisches Wohnen zu fördern und auszubauen, Flächenverdichtungen anzustreben, flexible Nutzungen zu fördern und öffentliche Räume zu gestalten. Dazu gehört auch ein aktives Leerstands-Management mit kreativen und innovativen Umnutzungsformen für innerstädtische Ladenlokale und Wohnbestände (BBSR 2018a: 15). Für einen aktivierenden Umgang mit Leerstand müssten Beteiligungsprozesse gestärkt werden. Einzelobjekte in besonderen Lagen stehen dabei genauso im Fokus wie normale Wohngebäude (ebd.: 56).

Die Revitalisierung der Stadtkerne erscheint momentan als wichtigstes wohnungspolitisches Thema, die Wiederbelebung ist Anliegen der Praxis, und die begleitende angewandte Forschung unterstützt und flankiert dies. Programme wie „Jung kauft Alt" sind experimentelle Förderansätze, die zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen sollen: junge Familien anziehen oder halten und die Kernstädte wiederbeleben. Die starke Fokussierung auf wohnungspolitische Ansätze für eine Stärkung der Kleinstädte und die Generierung von Zuzug zeigt sich auch in der Zielgruppenorientierung der Debatte zu kleinstädtischen Wohnungsmärkten. Im Fokus stehen einerseits Seniorinnen/Senioren, weil sie quantitativ an Bedeutung zunehmen, und andererseits jüngere Menschen – Auszubildende, Familien und Paare – als die, die es zu halten oder anzuziehen gilt (BBSR 2018a: 15). Aus den Ausführungen dieses Beitrags wird deutlich, dass Kleinstädte Wohnangebote für unterschiedliche Lebensphasen auch jenseits klassischen Eigentums bereithalten und generationengerecht, barrierefrei bzw. -arm entwickeln sollten. Da gerade in den ländlichen Regionen die bürgerschaftlichen Initiativen Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur des Ortes, die Nachbarschaftsinitiativkraft und die Quartiersbelebung haben, sollte die selbstorganisierte Initiative für ein Gemeinschaftswohnen gestärkt werden (Wonneberger 2018). Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen kann in Form von Haus- oder sgn. Bauherrengemeinschaften, Baugruppen und Wohngemeinschaften (BBSR 2018a: 15) oder auch durch Gründungen von Wohngenossenschaften realisiert werden. Des Weiteren kann eine aktivierende Stadtpolitik versuchen, Leerstand in Innenstadtlagen mit neuer Wohnnutzung zu füllen (BBSR 2018b). Das können flexible Wohnungsgrundrisse sowie auch ein neuer Umgang mit Lern- und Experimentierräumen auf dem Wohnungsmarkt sein: Dazu gehören Probewohnen, temporäres, smartes und Service-Wohnen sowie Wächterhaus-Projekte. Das BBSR weist im Kontext aktivierender Wohnraumpolitik auf die Möglichkeit hin, Börsen für den Häusertausch zu starten, um veränderten Lebensbedingungen mit angepassten Wohnformen gerecht zu werden. Darüber könnte auch bei der Ausweisung von Bauland auf Nutzungsmischung im Sinne neuer oder auch vielfältiger Wohntypen geachtet werden (ebd.). All diesen Ideen liegt das Ziel zugrunde, Kleinstädte als Wohnstandort attraktiv zu machen.

9 Fazit

Wohnen ist ein zentrales Merkmal und eine Ressource von Kleinstädten. Als Forschungsfeld bedarf es jedoch erheblich differenzierenderer und umfassenderer Analysen sowie systematischer Vergleiche sowohl aus anwendungsorientierter als auch aus theoriegeleiteter Sicht. Wir wissen zwar um die Vielfalt der Kleinstädte im Allgemeinen, aber wenig um die kleinstädtischen Wohnungsmärkte im Besonderen. Wir wissen um die regionalen Unterschiede von Kleinstädten und ihre wohnungsmarkt-

prägenden Implikationen, aber wenig um die lokalen und regionalen Facetten des Immobilienmarktes und seiner Preisausgestaltung. Ebenso fehlen Daten zu Wohnpräferenzen und Wohnstandortentscheidungen wie auch zu Nachbarschaftsbeziehungen und Quartiersentwicklungen und ihren sozialräumlichen Differenzierungen. Diese Daten wären wichtig, um die Vielfältigkeit der Kleinstädte zu erfassen. Hohe Aufmerksamkeit erlangen Themen wie innerstädtisches Wohnen, Leerstand und Denkmalschutz bei einer gleichzeitigen Ignoranz von Mehrfamilienhausbeständen. Weitgehend unbekannt sind ebenso die Segregationsmuster sowie Trends und Treiber sozialräumlicher Differenzierung für Kleinstädte. Wo Großstadtforschung mittlerweile selbstverständlich auf öffentliche Datensätze zugreifen kann, erschweren fehlende kleinräumige Daten für die Kleinstädte den Zugang zu diesem Themenfeld (vgl. auch Milbert/Fina 2021). Einerseits wird gerade der besondere soziale Zusammenhalt in Kleinstädten beschworen, andererseits gibt es vor dem Hintergrund der Heterogenisierung der Stadtgesellschaften kaum Forschung, obwohl gerade Alterung und demographischer Wandel dezidiert kleinstädtische Themen sind. Inwiefern die steigende Altersarmut Auswirkungen auf die Nachfrage nach bestimmten Wohnangeboten im Alter haben wird, ob es eine Verdrängung einkommensarmer Haushalte aus großstädtischen Wohnungsmärkten gibt und ob die in den letzten Jahren eingerichteten, häufig privatwirtschaftlichen Angebote im Bereich des Seniorenwohnens für einkommensarme Haushalte überhaupt bezahlbar sein werden, ist ungeklärt. Auch den sozialstrukturellen und milieuspezifischen Differenzierungen und den möglichen Segregationsausprägungen der Kern- und Randlagen mit ihren – besonders in den östlichen Bundesländern verbreiteten – kleinen Großwohnsiedlungen und den eingemeindeten Dörfern sowie den Einfamilienhaussiedlungen müsste genaueres Augenmerk geschenkt werden.

Die hohe Lebensqualität von Kleinstädten ist ein bekanntes Narrativ, die Niedergangs- und Verlusterzählungen ein anderes. Zu fragen bleibt, was Mythos und was Realität ist. Nachweislich schätzen Bewohner von Kleinstädten die Lebensqualität ihrer Stadt als durchschnittlich höher ein als die Großstädter. Es fehlen jedoch Erkenntnisse über objektive Bestimmungen dieser Lebensqualitäten, und offen ist die Frage, in welchem Maße Umweltqualität, Infrastrukturversorgung und deren gleichberechtigte Zugänglichkeit gerade angesichts sozialstruktureller und arbeitsweltlicher Veränderungen gesichert sind, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Altersarmut. Auch für Jugendliche scheint die Diagnose hoher Lebensqualität bisher nicht zuzutreffen, wenn kulturelle Aktivitäten und Ausbildungsplätze weiterhin die Anziehungspunkte von Großstädten darstellen und die Bereitschaft zur Rückkehr noch gering zu sein scheint (zu regional unterschiedlichen Rückkehrquoten vgl. IfL 2017). In diesem Kontext wäre auch zu fragen, welche Rolle Wohnen und Wohnraumangebot gegenüber anderen Faktoren – u.a. Arbeit, soziale Netze und andere Aspekte der Lebensqualität – für die Bleibe-, Abwanderungs- und Rückkehrmotivationen spielt. Ebenso ist davon auszugehen, dass kleinstädtische in Wechselwirkungen mit großstädtischen Wohnungsmärkten stehen. Die Gentrifizierungsforschung kann derzeit jedoch keine gesicherten Aussagen darüber treffen, in welchem Maße Gentrifizierungsverdrängte ausschließlich an die Ränder der Metropolen ziehen oder auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum zunehmend die kleinstädtischen Wohnungsmärkte für sich entdecken (Üblacker 2015, Beran/Nuissl 2019).

Weitere wichtige Themen sind sowohl die zukünftigen Wohntrends angesichts der sich zunehmend ausdifferenzierenden und flexibilisierenden Lebensstile und -kontexte und arbeitsweltlichen Zusammenhänge sowie die Digitalisierung. Zur Bedeutung multilokalen Wohnens sowie möglicher Zweit- und Ruhestandswohnsitze in Kleinstädten mit ihren baupolitischen und stadtplanerischen Folgen u.a. auch in Abhängigkeit betrachtet von Lage und Typ der Kleinstädte sind sowohl aus anwendungsorientierter als auch theoriegeleiteter Sicht viele Fragen offen.

Es wird nötig sein, sich von den wohnungspolitischen Themen der Großstadtforschung zu emanzipieren und die gängigen Mythen zum Thema Wohnen und sozialräumliche Differenzierung genauso wie die Problemheuristiken der Praxis hinter sich zu lassen. Nimmt man die Forderungen nach einer Erweiterung der „geographies of theory" (Roy 2007) ernst, müssen auch kleinstädtische Erfahrungen (wieder) Eingang in die Theoriebildung finden.

Vielleicht können wir von Erkenntnissen profitieren, die unveröffentlicht in den Archiven der Hochschulen in Form von Studien- und Qualifizierungsarbeiten liegen. Für die Gentrifizierungsforschung wurden diese „Schätze" unlängst in einer stiftungsfinanzierten, nationalen Auswertungsstudie geborgen und in einer Zusammenschau publiziert (Üblacker 2015). Bei vorhandener Förderung wäre eine solche Aufarbeitung sicher auch im Bereich der Kleinstadtforschung wertvoll.

Danksagung
Wir danken Dr. Annett Steinführer für die bereichernden Anmerkungen und Gespräche zum Thema.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2019): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 113.
Bahrdt, H. P. (1961): Die moderne Großstadt. Hamburg.
Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 in Dortmund. = SRPapers 1.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR Kompakt 5/2011. Bonn. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/berichte-kompakt/2011/DL_5_2011.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (03.10.2020)
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2013): Lokale Qualitäten, Kriterien und Erfolgsfaktoren nachhaltiger Entwicklung kleiner Städte – Cittaslow. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015a): Wohnungsmarktprognose 2030. Bonn. = BBSR-Analysen Kompakt 7/2015.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015b): Die Innenstadt und ihre öffentlichen Räume. Erkenntnisse aus Klein- und Mittelstädten. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015c): Wachsende und schrumpfende Städte und Gemeinden in Deutschland. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2016a): Siedlungsstrukturtypen der Stadt-Land-Regionen 2014. Bonn.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/regionen/siedlungsstrukturtypen-stadt-land-regionen/download-karte-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (03.10.2020).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2016b): Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland 2016. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2016c): Wohnungsmarktregionstypen nach Schrumpfung und Wachstum. Bonn.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/regionen/wohnungsmarktregionstypen/StadtLandRegionen_WoMa.html (04.01.2021).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2017): Kreativ aus der Krise. Impulse für städtische Transformationen. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2018a): Urbane Kleinstädte. Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2018b): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/3, 06/2018.
Beetz, S. (2012): Besonderheiten in der Entwicklung kleiner Städte in ländlichen Räumen. In: Engel, A.; Harteisen, U.; Kaschlik, A. (Hrsg.): Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse – Teilhabe und Handlungsbefähigung – Integriertes Stadtentwicklungsmanagement. Detmold, 45-66.
Beetz, S. (2021): Zentralität von Kleinstädten – Mythos und Realität. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 85-101. = Forschungsberichte der ARL 16.
Beran, F.; Nuissl, H. (2019): Verdrängung auf angespannten Wohnungsmärkten. Das Beispiel Berlin. Ludwigsburg.
Bukow, W.-D. (2010): Urbanes Zusammenleben: Zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften. Wiesbaden.
Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.) (2017): Baukultur Bericht 2016/2017. Stadt und Land. Potsdam.
Dehne, P.; Hannemann, C. (2007): Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. In: Kujath, H.-J.; Schmidt, S.: Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Hannover, 156-183. = Arbeitsmaterial der ARL 330.
Dehne, P. (2021): Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 102-122. = Forschungsberichte der ARL 16.
Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2018): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin.
Duckwitz, G. (1971): Kleinstädte an Nahe, Glan und Alsenz. Ein historisch-geographischer, wirtschafts- und siedlungsgeographischer Beitrag zur regionalen Kulturlandschaftsforschung. Paderborn. = Bochumer Geographische Arbeiten Heft 11.
Dunckelmann, H. (1975): Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung. Stuttgart. = Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 51.
Elias, N.; Scotson, J. L. (1965): The Established and the Outsiders. London.
Gatzweiler, H.-P.; Adam, B.; Milbert, A.; Pütz, T.; Spangenberg, M.; Sturm, G.; Walther, A. (2012): Klein- und Mittelstädte in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. Stuttgart. = Analysen Bau.Stadt.Raum 10.
Gatzweiler, H.-P.; Meyer, K.; Milbert, A. (2003): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Informationen zur Raumentwicklung 10/11, 557-574.
GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (2013) (Hrsg.): Wohntrends 2030. Studie. Berlin. = GdW Branchenbericht 6.
GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (Hrsg.) (2017a): Deutschland braucht neue Einheit für lebenswerte Städte und ländliche Regionen – und eine einheitliche Grunderwerbsteuer.
https://web.gdw.de/pressecenter/pressearchiv/pressearchiv-2017/deutschland-braucht-neue-einheit-fuer-lebenswerte-staedte-und-laendliche-regionen-und-eine-einheitliche-grunderwerbsteuer (03.06.2019).
GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen / Die Wohnungswirtschaft Deutschland (Hrsg.) (2017b): Wohnungswirtschaftliche Daten und Trends 2017/2018. Zahlen und Analysen aus der Jahresstatistik des GdW. Berlin.
Großmann, K.; Franke, R.; Henkel, L. (2021): Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 1: Die Hürden der Datenbeschaffung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 50-61. = Forschungsberichte der ARL 16.
Großmann, K.; Buchholz, J.; Buchmann, C.; Hedtke, C.; Höhnke, C.; Schwarz, N. (2014): Energy costs, residential mobility, and segregation in a shrinking city. In: Open House International 39, 14-24.

Grötzbach, E. (1963): Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland. Regensburg.
Hannemann, C. (2004a): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Hannemann, C. (2004b): Sozialräume in Kleinstädten. In: Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29.04.2004 an der Universität Dortmund. Dortmund, 53-61. = SRPapers 1.
Hannemann, C. (2014): Zum Wandel des Wohnens. In: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 20-21, 36-43.
Hannemann, C. (2018): Kleine Stadt, was nun? In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 45-62. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.
Häußermann, H.; Siebel, W. (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. München.
Herrenknecht, A.; Wohlfahrt, J. (2005): Editorial: Die Bibliographie zur ländlichen Kleinstadt 1945–2005. In: Pro-Regio-Online: Die vernachlässigten Kleinstädte. Der vergessene Teil des Ländlichen Raumes. Teil II. Boxberg-Wölchingen, 5-14. = Pro-Regio-Online 3/2015.
http://www.pro-regio-online.de/downloads/klein3.pdf (04.01.2019).
IfL – Leibniz-Institut für Länderkunde (2017): Rückwanderung von Erwerbspersonen 2001–2014. http://aktuell.nationalatlas.de/Rueckwanderung.4_05-2017.0.html/ (25.06.2019).
Kabisch, G.; Peter, A. (2014): Quartiere auf Zeit. In: Schnur, O. (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden, 339-357.
Kabisch, S.; Bernt, M.; Peter, A. (2004): Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Wiesbaden.
Kirchhoff, G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L. ; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.
Kluge, C.; Peitsch, I.; Röhnke, N.; Sandmann, L.; Schroeder, F.; Steves, V. (2018): Ruhestandswandernde ziehen in schrumpfende Kleinstädte in Thüringen. Eine Analyse der Eigenarten ihrer Entscheidungsfindung. Unveröffentlichte Projektarbeit an der Fachhochschule Erfurt. Erfurt.
Kühn, M.; Weck, S. (2012). Peripherisierung – Prozesse, Probleme und Strategien in Mittelstädten. In: disP – The Planning Review 48, 14-26.
Landua, D.; Kirchhoff, G. (2018): Sozialräumliche Segregation in Klein- und Mittelstädten. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 145-162. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.
Lange, L. (2018): Leben an mehreren Orten. Multilokalität und bürgerschaftliches Engagement in ländlich geprägten Räumen Niedersachsens. Berlin. = Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung 4.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart. = Soziologische Gegenwartsfragen N.F. 35.
Maaß, A. (2021): Bedarfsgerechte Entwicklung und aktivierende Stadtentwicklung – die Praxisperspektive einer Kleinstadt-Bürgermeisterin. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 123-139. = Forschungsberichte der ARL 16.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Milstrey, U. (2016): Quartiere auf Zeit oder Problemquartiere auf Dauer? In: Altrock, U.; Kunze, R. (Hrsg.): Stadterneuerung und Armut. Jahrbuch Stadterneuerung 2016. Heidelberg, 315-341.
Narr, R. (1974): Kinderfest. Eine pädagogische und gemeindesoziologische Studie. Kritische Texte zur Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Neuwied.
Pätzold, R. (2018): Innenstadt gesucht – Stadtteile gefunden. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C.: Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 137-144.
Pappi, F. U. (1997 [1973]): Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerungsstruktur. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 25 (1), 23-74. Wiederabgedruckt in: Friedrichs, J.; Mayer, K. U.; Schluchter, W. (Hrsg.): Soziologische Theorie und Empirie. Zum 50jährigen Jubiläum des Westdeutschen Verlages. Opladen, 375-426.
Peter, A. (2009): Stadtquartiere auf Zeit. Lebensqualität im Alter in schrumpfenden Städten. Wiesbaden.
Porsche, L.; Milbert, A. (2018): Kleinstädte in Deutschland: Ein Überblick. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 6-19.

Pott, A. (2018): Städtische Entwicklung in der Migrationsgesellschaft. Vortragsskript „Vielfalt in Stadt und Land“, 26.04.2018.
https://vielfalt-in-stadt-und-land.de/sites/default/files/2018-04-26_pott.pdf (27.05.2019).
Rößler, C.; Kunz, A. (2010): Wanderungsmuster in ländlichen Räumen. Dresden. = Schriftenreihe des LfULG 22/2010.
Roy, A. (2007): The 21st-Century Metropolis: New Geographies of Theory. In: Regional Studies 43 (6), 813-830.
Schiemann, S.; Steinführer, A. (2021): In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 209-234. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schmidt-Lauber, B. (2010): Urbanes Leben in der Mittelstadt: Kulturwissenschaftliche Annäherungen an ein interdisziplinäres Forschungsfeld. In: Schmidt-Lauber, B. (Hrsg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt a./M., New York, 11-36.
Schönig, B. (2019): Wohnungsfrage(n) überall? Einblicke in thüringische Klein- und Mittelstädte. Mitschriften zum unveröffentlichten Vortrag im Rahmen der Tagung „Boden. Wirtschaft. Gesellschaft“, Weimar 23.–24.05.2019.
Schrödel, G. (2014): Empirische Bestandsaufnahme der deutschen Kleinstädte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Siedlungstyp im sozioökonomischen Niedergang? Göttingen.
Schubert, A. (1991): Vernachlässigte Kleinstädte. In: Marcuse, P.; Staufenbiel, F. (Hrsg.): Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Berlin, 141-156.
Schwedt, H.; Schwedt, E. (1973): Gemeindeforschung in der Bundesrepublik. In: Assion, P.; Hampp, I.: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 1971–1973. Stuttgart, 245-256.
Steinführer, A.; Großmann, K.; Schenkel, K. (2018): Wohnen in kleinen Städten. Plädoyer für eine sozialräumliche Perspektive. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 68-79.
Steinführer, A.; Kabisch, S. (2007): Binnen- und Außenimage von Johanngeorgenstadt. In: Wirth, P.; Bose, M. (Hrsg.): Schrumpfung an der Peripherie. Ein Modellvorhaben – und was Kommunen daraus lernen können. München, 107-123.
Steinführer, A.; Kohring, J. (2019): Reurbanisierung durch selektive Wanderungen Älterer? Entwicklungen in kleineren niedersächsischen Mittelzentren und ihre siedlungsstrukturellen Folgen. In: Scholich, D. (Hrsg.): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen. Hannover, 319-340. = Arbeitsberichte der ARL 27.
Steinführer, A.; Küpper, P.; Tautz, A. (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Braunschweig. = Landbauforschung Sonderheft 367.
Steinführer, A.; Sondermann, M.; Porsche, L.; (2021): Kleinstädte als Forschungsgegenstand. Bestimmungsmerkmale, Bedeutungen und Zugänge. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 5-23. = Forschungsberichte der ARL 16.
Stewig, R. (Hrsg.) (1987): Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein. Kiel. = Kieler Geographische Schriften Band 66.
Sturm, G.; Walther, A. (2010): Landleben – Landlust? Wie Menschen in Kleinstädten und Landgemeinden über ihr Lebensumfeld urteilen. Bonn. = BBSR-Berichte KOMPAKT 10/2010.
Sturm, G.; Walther, A. (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. Bonn. = BBSR-Berichte KOMPAKT 5/2011.
Tasan-Kok, T.; van Kempen, R.; Raco, M.; Bolt, G. (2014): Towards Hyper-Diversified European Cities: A Critical Literature Review. Utrecht.
Üblacker, J. (2015): Entwicklung der Gentrification-Forschung in Deutschland 1980 bis 2014. Unveröffentlichter Projektbericht. Berlin, Bonn, Köln.
Vertovec, S. (2007): Super-diversity and its implications. In: Ethnic and Racial Studies 30 (6), 1024-1054.
Weber, G. (2011): Aktuelle Herausforderungen ländlicher Räume. In: LpB – Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Raumbilder für das Land. Regionen, Orte und Bauten im ländlichen Raum. Stuttgart, 8-11.
Wehling, H.-G. (Hrsg.) (1978): Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen. Opladen.
Weichhart, P. (2009): Multilokalität – Konzepte, Theoriebezüge und Forschungsfragen. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2, 1-14.
Zimmermann, C. (1999): Die kleinen Städte auf dem Weg in die Moderne. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 30 (2), 5-11.
Zoll, R. (1974): Wertheim III: Kommunalpolitik und Machtstruktur. München. = Politisches Verhalten 10.

Autorinnen

Dr. Kerstin Schenkel *ist Dozentin der Fachrichtung Stadt- und Raumplanung und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie der Fachhochschule Erfurt. Ihre Lehr-, Praxis- und Forschungsschwerpunkte liegen in der Umsetzung eines StadtLand-HochschulCampus sowie in den Themen Stadtentwicklungspolitik und Raumplanung von Kleinstädten, Dörfern und ländlichen Räumen. Sie beschäftigt sich insbesondere mit der Demokratieentwicklung und Governance-Aspekten unter der Maßgabe einer postwachstumsorientierten Entwicklung. Zudem ist sie im Netzwerk Kleinstadtforschung aktiv.*

Prof. Dr. Katrin Großmann *ist Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt. Sie forscht zu unterschiedlichen Fragen nachhaltiger und gerechter Stadtentwicklung wie der Sozialverträglichkeit energetischer Sanierung bzw. der Energiearmut, Fragen des sozialen Zusammenhalts im Zuge von Zuwanderung und lokalen Konflikten. Ihre langjährige Beschäftigung mit schrumpfenden Städten verbindet sie mit weiteren Herausforderungen der Stadtentwicklung wie residentieller Segregation oder der Entwicklungsdynamik von Quartieren. Auch sie ist im Netzwerk Kleinstadtforschung aktiv.*

Katrin Großmann, Robert Franke, Laura Henkel

ERFAHRUNGSBERICHT SEGREGATIONSANALYSEN, TEIL 2: EMPIRISCHE BEFUNDE

Gliederung

Vorbemerkung
1 Einleitung
2 Demographische Entwicklung der Klein- und Mittelstädte in Thüringen
3 Ergebnisse: Die ethnische und demographische Segregation steigt, über sozioökonomische Segregation ist nichts bekannt
3.1 Messung von Segregation über Indizes
3.2 Ethnische Segregation
3.3 Demographische Segregation
4 Fazit
Literatur

Kurzfassung
Teil 2 des Erfahrungsberichts zur Analyse von Segregationstrends in Thüringer Klein- und Mittelstädten dokumentiert die Ergebnisse der Analyse der tatsächlich zusammengetragenen Daten. Während aufgrund der Hürden in der Datenakquise keine Ergebnisse für die sozioökonomische Segregation vorhanden sind, können in der ethnischen und demographischen Dimension Trends gezeigt werden. So steigen die Werte für den Segregationsindex von Einwohnern/Einwohnerinnen ohne deutschen Pass und für den Isolationsindex von Senioren/Seniorinnen. In diesem Beitrag wird der Schluss gezogen, dass residentielle Segregation nicht nur ein Thema auch für Klein- und Mittelstädte ist, sondern dass es Hinweise auf ihre Zunahme gibt.

Schlüsselwörter
Residentielle Segregation – Kleinstädte – Mittelstädte – Thüringen – Ausländer/Ausländerinnen – Senioren/Seniorinnen – Migration

Report on Segregation Analyses, Part 2: Empirical Findings

Abstract
Part 2 of the report analysing segregation trends in small and medium-sized towns in Thuringia documents the results of the analysis of the data that were actually gathered. While barriers to data acquisition mean that there are no results on socio-economic segregation, it is possible to show trends in the ethnic and demographic dimensions. Thus, the values increased for the segregation index of residents without a German passport and for the isolation index of older people. The article concludes that not only is residential segregation an issue for small and medium-sized towns but there are also indications that it is increasing.

Keywords
Residential segregation – small towns – medium-sized towns – Thuringia – foreigners – older people – migration

Vorbemerkung
Die residentielle Segregation von Klein- und Mittelstädten in Deutschland ist eine Black Box, über die fast nichts bekannt ist. Vielmehr existiert der Mythos eines starken sozialen Zusammenhalts und einer geringen sozialräumlichen Differenzierung zwischen den städtischen Teilgebieten.

Dieser Erfahrungsbericht dokumentiert in zwei Teilen den nahezu gescheiterten Versuch, die residentielle Segregation von Thüringer Klein- und Mittelstädten mithilfe öffentlich verfügbarer Daten zu erforschen. Dabei sollten die drei klassischen Dimensionen von Segregation untersucht werden: die ethnische, die sozioökonomische und die demographische Segregation. Während in Teil eins die Schwierigkeiten der Datenbeschaffung beschrieben wurden (Großmann/Franke/Henkel 2021), werden hier die dennoch zusammengetragenen Daten einzelner Städte ausgewertet und daraus die Segregations- und Isolationsindizes für die Indikatoren Nationalität und für Altersgruppen berechnet. Auswertungen in Bezug auf sozioökonomische Segregation waren nicht möglich. Es zeigt sich, dass in den untersuchten Städten recht einheitliche Trends existieren. Insbesondere steigen in den letzten Jahren die Isolationsindizes für Ausländer/Ausländerinnen und für Senioren/Seniorinnen. Diese Daten legen den Schluss nahe, dass die große sozialräumliche Einheit in Klein- und Mittelstädten nicht nur ein Mythos ist, sondern im Kontrast dazu Segregation ein in seiner Bedeutung vielleicht sogar zunehmendes Thema für diese Stadttypen darstellt.

1 Einleitung

Residentielle Segregation entsteht im Zusammenspiel von heterogenen Baustrukturen und sozialer Heterogenität. Stadtgesellschaften gelten per se als divers. Sie sind das Ergebnis von Zuwanderung und interner Ausdifferenzierung, hier sind die verschiedenen sozialen Gruppen in starker räumlicher Nähe „zusammengeworfen" (*thrown together*, so Amin 2002; vgl. auch Bukow 2010). Neben sozioökonomischen Statusunterschieden betrifft dies unterschiedliche kulturelle und religiöse Orientierungen, Lebensstile und Subkulturen. Die Weltgesellschaft wird mobiler, was sich in steigender Wohnmobilität niederschlägt, von regionaler Mobilität bis zum Ansteigen internationaler Migration sowie Flucht. Für die Metropolen der Welt spricht die Stadtforschung mittlerweile von super- bis hyperdiverser Sozialstruktur mit zunehmend komplexen und fluiden Identitäten sowie Interferenzen demographischer, sozioökonomischer und ethnischer Differenzen. Parallel zu diesen eher „harten" sozialstrukturellen Kategorien wandeln sich Milieus und Lebensstile (Vertovec 2007; Bukow 2010; Tasan-Kok/van Kempen/Raco et al. 2014).

Offen ist, inwiefern diese Trends Kleinstädte erreichen, denn auch diese sind Orte für internationale Zuwanderung. Manche Kleinstädte, insbesondere im Westen Deutschlands, sind längst nicht mehr mehrheitlich „bio-deutsch", vorwiegend/speziell dann,

wenn man die unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen und -wellen der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg berücksichtigt. Nicht nur die Zuwanderung von Geflüchteten der vergangenen Jahre, auch innereuropäische Arbeitsmigration lässt den Anteil ausländischer Einwohnerinnen/Einwohner stetig steigen, sodass teilweise auch Kleinstädte zu den „Mehrheitlich-Minderheiten-Städten" (u.a. Schneider 2018) zählen können.

Kleinstädte verzeichnen insgesamt eine wachsende Alterung (Leibert 2021; Steinführer/Küpper/Tautz 2012; Rößler/Kunz 2010). Da Segregation nach Altersgruppen oft mit der Errichtung neuer Siedlungsteile und Alterung innerhalb dieser verbunden ist, dürften auch in Kleinstädten Konzentrationen zu finden sein, doch zu demographischer Segregation sind unserer Kenntnis nach keine Studien vorhanden. Teilweise ist von einer doppelten bzw. dreifachen Alterung die Rede, wenn sowohl die ansässige Bevölkerung altert, weiterhin jüngere Menschen abwandern und auch überdurchschnittlich viele Ältere zuziehen (Rößler/Kunz 2010; Steinführer 2018). Eine qualitative Studie in Thüringer Kleinstädten hat 2018 die Motive dieses Zuzugs untersucht und festgestellt, dass der Anlass häufig die Suche nach dem passenden Wohnsitz bei schwindender Selbstständigkeit ist. Soziale Netze, die Infrastruktur und das seniorengerechte Wohnraumangebot in Kleinstädten sind die wichtigsten Pull-Faktoren, die Kleinstadt selbst erscheint in der Entscheidung jedoch austauschbar (Kluge/Peitsch/Röhnke et al. 2018).

Dieser Erfahrungsbericht ist das Ergebnis eines Versuches, die Forschungslücke zu Segregation in Klein- und Mittelstädten (Schenkel/Großmann 2021) zu verkleinern. Das Vorhaben, eine Initiative am Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie der Fachhochschule (FH) Erfurt, bestand darin, im Bundesland Thüringen kleinräumige Daten zu den drei klassischen Dimensionen der residentiellen Segregation (ethnische, demographische und sozioökonomische Segregation) zu beschaffen und auszuwerten. An der Fachhochschule (FH) Erfurt – und sicher nicht nur dort – gibt es ein kontinuierliches Interesse an sozialräumlichen Entwicklungen in Klein- und Mittelstädten, insbesondere an der sozioökonomischen Dimension. Allerdings werden meist nur einzelne Quartiere in den Blick genommen, die im lokalen Kontext stigmatisiert sind und als „Problemgebiete" gelten, weil sich hier transferabhängige Haushalte und/oder zugewanderte Ausländerinnen/Ausländer konzentrieren. Arbeiten an der FH Erfurt belegen die Beobachtung von Pätzold (2018), dass eine sozialräumliche Konzentration sozialer Benachteiligung durchaus ein Thema in Kleinstädten ist. Der Mythos des starken sozialen Zusammenhalts und der geringeren sozialräumlichen Differenzierung dieses Städtetypus gegenüber Großstädten gehört also dringend auf den Prüfstand.

Nach den in Teil 1 beschriebenen Hürden der Datenbeschaffung stellen wir nun die Analysen vor, die mit den (wenigen) zusammengetragenen Daten erarbeitet wurden. Im Folgenden umreißen wir das Forschungsfeld Thüringen, beschreiben anschließend das methodische Vorgehen, zeigen die Auswertungen, die möglich waren und erörtern deren Relevanz für weitere Untersuchungen und Forschungsbedarfe. Die wenigen Befunde bestätigen erneut, dass Segregation in Klein- und Mittelstädten ein wichtiges Thema ist.

2 Demographische Entwicklung der Klein- und Mittelstädte in Thüringen

Zahlen des Thüringer Landesamtes für Statistik bestätigen zunächst auf Gemeindeebene die generellen Trends von Bevölkerungsverlust, Alterung und steigenden Migrationszahlen in Klein- und Mittelstädten Ostdeutschlands auch für Thüringen. Daten zu Bevölkerung und Altersstruktur sind dabei ab 1981 verfügbar und bilden somit auch die letzten Jahre der DDR mit ab, wohingegen Daten zu den Nationalitäten der Bewohnerinnen und Bewohner erst ab 1996 erfasst wurden. 2017 lebten im Durchschnitt nur noch 77% der Einwohnerinnen und Einwohner von 1981 in Thüringer Gemeinden mit 5.000 – 100.000 Personen.[1] Wie Tabelle 1 zeigt, verzeichnen die kleinen Mittelstädte (20.000 – 50.000 EW) den stärksten Bevölkerungsrückgang, gefolgt von den größeren Kleinstädten (10.000 – 20.000 EW) und den kleinen Kleinstädten (5.000-10.000 EW), den geringsten Rückgang verzeichneten im Mittel die beiden größeren Mittelstädte (50.000 – 100.000 EW) Weimar und Gera. In den Größenklassen haben wir uns an die Gemeindetypen des BBSR angelehnt[2] (BBSR 2017).

	Große Mittelstädte (n=2)	Kleine Mittelstädte (n=15)	Größere Kleinstädte (n=14)	Kleinere Kleinstädte (n=46)
1981	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
2017	83,4 %	71,6 %	73,5 %	77,9 %

Tab. 1: Bevölkerungsrückgang in den Thüringer Klein- und Mittelstädten zwischen 1981 und 2017 / Quelle: eigene Darstellung, Daten: TLS 2018

Während einige wenige Städte (5) über den Erhebungszeitraum hinweg konstante Bevölkerungszahlen aufweisen können oder sogar leicht gewachsen sind, haben sich andere Städte in ihrer Größe fast halbiert. Manche Städte in Ost- und Südthüringen haben heute nur noch die Hälfte der Bevölkerung im Vergleich zu 1981. Dazu zählen etwa Greiz oder Altenburg, die beide auf 55% geschrumpft sind.

Weiterhin wurde die Entwicklung der Anteile verschiedener Altersgruppen sowie von Ausländern und Ausländerinnen über den Medianwert innerhalb der Gemeindegrößenklassen analysiert. Der Median ist weniger empfindlich für Ausreißer, wie etwa stark steigende Anteile von Ausländern/Ausländerinnen bei Städten mit Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete. Die Alterszusammensetzung änderte sich prägnant, wie Abbildung 1 veranschaulicht. Im Vergleich der Altersgruppen der 0- bis 17-Jährigen sowie der über 65-Jährigen zeigt sich, dass sich das Verhältnis von 1981 bis etwa 2008 umgekehrt hat. Ab dem Jahr 2009 verzeichnen beide Altersgruppen wieder An-

1 Stichtag 31.12.2015.

2 Es ist anzumerken, dass nicht alle dieser Gemeinden auch ein Stadtrecht bzw. Stadtstatus besitzen und es bei einigen Gemeinden innerhalb des Erfassungszeitraums zu Fusionen oder Änderungen im Status gekommen ist.

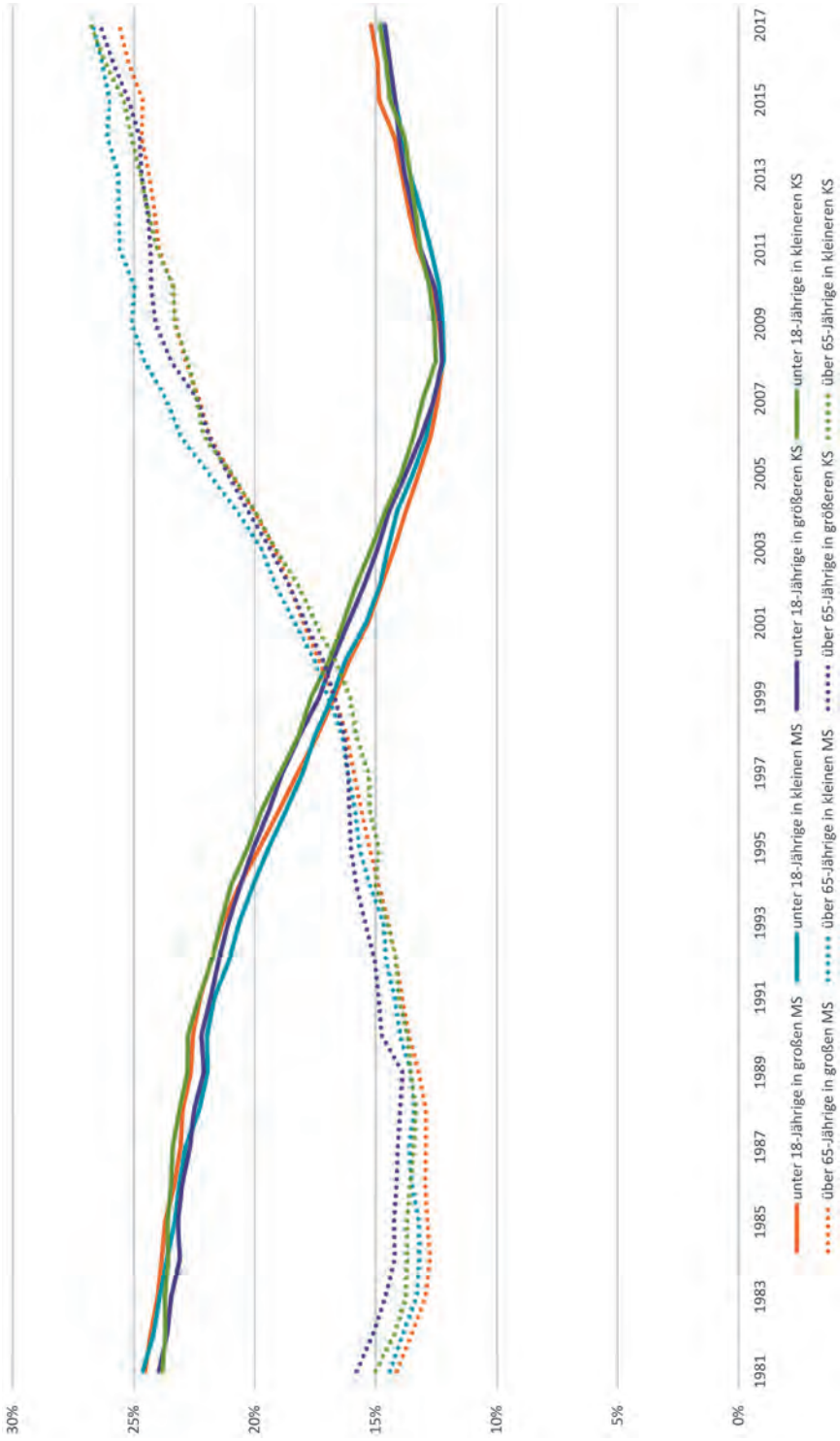


Abb. 1: Entwicklung verschiedener Altersgruppen in den Klein- (KS) und Mittelstädten (MS) in Thüringen / Quelle: eigene Darstellung, Daten: TLS 2018

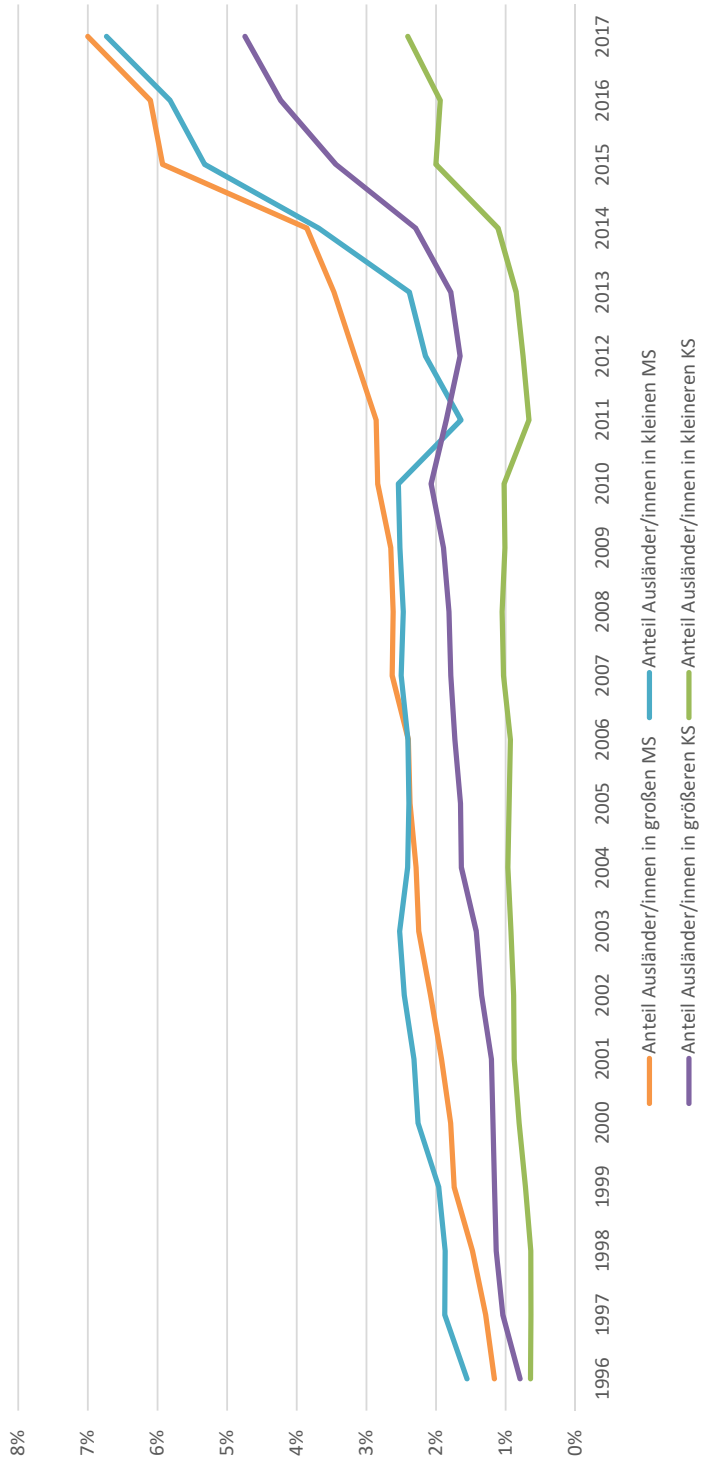


Abb. 2: Entwicklung des Anteils ausländischer Bevölkerung in den Thüringer Klein- und Mittelstädten / Quelle: eigene Darstellung, Daten: TLS 2018

stiege. Der Anteil aller anderen Altersgruppen zusammen bleibt währenddessen prozentual konstant, wobei sich auch innerhalb dieser mittleren Gruppe der prozentuale Anteil älterer Bewohner/Bewohnerinnen erhöht.

Der Anteil ausländischer Bevölkerung ist in den untersuchten Städten über den betrachteten Zeitraum deutlich gestiegen. Wie in Abbildung 2 zu sehen, ist er bis zum Jahr 2010 nur sehr leicht ansteigend bei einem Median von beginnend unter 1% bis knapp 3% je nach Siedlungstyp. Nach einem statistischen Knick durch den Zensus 2011 steigen die Zahlen in den Folgejahren rasant an. Dies ist auf den Anstieg der internationalen Zuwanderung und Flucht, besonders ab 2015, zurückzuführen. In den Mittelstädten hat eine stärkere Zunahme des Anteils der Ausländer/Ausländerinnen stattgefunden als in Kleinstädten. Von einer starken internationalen Zuwanderung kann in Thüringer Klein- und Mittelstädten – auch in Kontrast zu westdeutschen Gemeinden – somit erst in den letzten Jahren gesprochen werden.

Auf der Gemeindeebene finden sich starke Unterschiede. Während in einigen kleineren Kleinstädten auch heute kaum Ausländer/Ausländerinnen wohnen und es zahlreiche Gemeinden mit Anteilen von Ausländern/Ausländerinnen unter 1% gibt, liegt der Anteil in anderen Städten, etwa weil sie Standorte von Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete sind, bei rund 25% (2015). Der Median über alle Gemeindegrößen hinweg lag 2017 bei einem Anteil ausländischer Bevölkerung von 5,5%.

Aus Sicht der Kleinstadtforschung kann somit festgestellt werden, dass auch die Thüringer Kleinstädte die Trends Alterung und Anstieg internationaler Zuwanderung zeigen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Bevölkerungsentwicklung variiert hingegen stark. Kluge/Peitsch/Röhnke et al. (2018) zeigen, dass eine doppelte Alterung (Abwanderung jüngerer und Zuzug älterer Bevölkerung) teilweise das (erneute) Wachstum von Kleinstädten in Thüringen erklärt.

3 Ergebnisse: Die ethnische und demographische Segregation steigt, über sozioökonomische Segregation ist nichts bekannt

Wie in Teil 1 beschrieben, ist das Ergebnis der Akquise für kleinräumige Daten mager. Letztlich waren für Städte mit weniger als 8.000 Einwohnern/Einwohnerinnen keine kommunalen statistischen Aufarbeitungen zu bekommen. Daten, die die Berechnung von Segregations- und Isolationsindizes für die Verteilung der Altersgruppen 0–17 und 65 Jahre und älter erlauben, waren für fünf von 35 angefragten Städten[3] verfügbar, davon eine Kleinstadt und vier Mittelstädte. Für eine Berechnung der Segregations- und Isolationsindizes für Ausländer/Ausländerinnen haben wir von acht der 35 Kommunen verwertbare Daten erhalten, davon eine Kleinstadt und sieben Mittelstädte. Trotz eines eingeschränkten Datensatzes lassen sich aus den Auswertungen der Segregations- und Isolationsdaten Thesen zu Trends erarbeiten, die den in der Einleitung angesprochenen Mythos der geringen sozialräumlichen Differenzierung auf den Prüfstand stellen.

3 Dies entspricht allen Klein- und Mittelstädten in Thüringen, die mehr als 8.000 EinwohnerInnen haben.

3.1 Messung von Segregation über Indizes

Mit allen erhaltenen und verwertbaren Daten wurden die Segregations- und Isolationsindizes für die Gruppen der über 65-Jährigen, der 0- bis 17-Jährigen sowie der Ausländer/Ausländerinnen berechnet. Während der Segregationsindex (IS) ein Maß ist, das die ungleiche Verteilung einer sozialen Gruppe im Raum ausdrückt, misst der Isolationsindex (IE), inwiefern Mitglieder dieser Gruppe vor allem anderen Mitgliedern derselben Gruppe am Wohnstandort begegnen würden, diesen also ausgesetzt sind (*exposure*).

Die erhaltenen Datensätze wurden in den Kategorien vereinheitlicht und digitalisiert, anschließend wurde der Segregationsindex (*index of segregation,* auch *index of dissimilarity,* Massey/Denton 1988) nach der Formel

$$IS = \frac{1}{2} \cdot \sum_{i=1}^{N} \left[\frac{a_i}{\sum_{i=1}^{N} a_i} - \frac{g_i}{\sum_{i=1}^{N} g_i} \right]$$

und der Isolationsindex (*index of isolation,* auch *index of exposure*) nach

$$IE = \sum_{i=1}^{n} [x_i/X] \; [x_i/t_i]$$

berechnet (ebd.).

3.2 Ethnische Segregation

Die höchsten Werte für beide Indizes in Bezug auf Ausländer/Ausländerinnen weisen die kleineren Mittelstädte im Sample auf. Die Werte steigen ab den 2010er Jahren an, noch einmal prononciert ab 2014, also in den Jahren mit hoher Zuwanderung von Geflüchteten nach Deutschland. Meiningen und Suhl zeigen nach einem Anstieg in den Jahren 2014 und 2015 zum Ende des Beobachtungszeitraums hin wieder Werte wie vor dem Höhepunkt der Zuwanderung Geflüchteter. In Suhl, wo der Isolationsindex (IE) sprunghaft steigt und dann wieder fällt, befindet sich eine Erstaufnahmeeinrichtung. Anders als in westdeutschen Kleinstädten fand die Unterbringung in Thüringen häufig konzentriert in kommunalen Wohnungsbeständen statt, teilweise in Plattenbaugebieten (Arzinger/Fahnert/Landvogt et al. 2018, analog zu den Konzentrationsmechanismen für Halle vgl. Bernt 2019). Dies dürfte den quer durch die Fälle beobachtbaren Anstieg des Isolationsindex erklären. In der einzigen tatsächlichen Kleinstadt des Samples, Pößneck, steigt der Segregationsindex (IS) nach 2015 weiter an und ist aktuell der höchste aller betrachteten Kommunen. Vor dem Jahr 2010 hingegen war Pößneck im unteren Bereich oder im Mittelfeld aller Werte zu finden. Jedoch ist zu beachten, dass Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutschen Pass nicht ausschließlich Geflüchtete sind. Aus studentischen Arbeiten am Fachgebiet Stadt- und

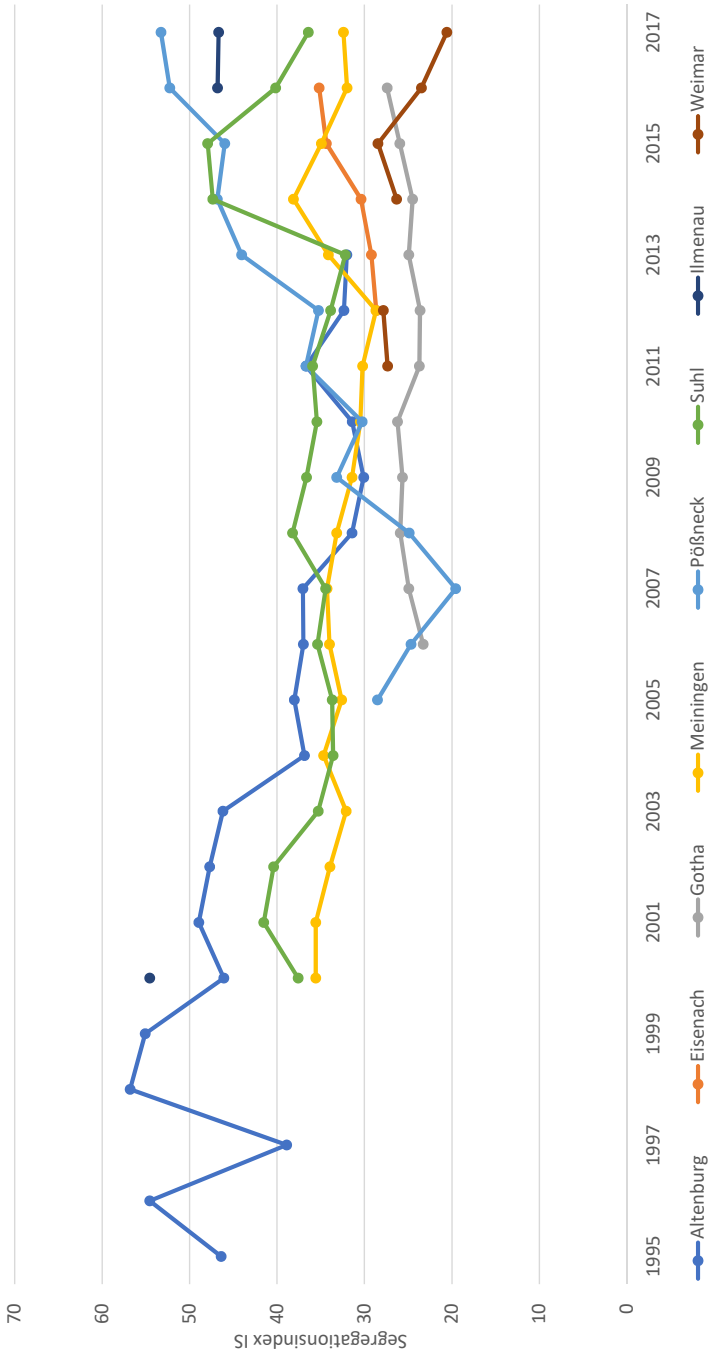


*Abb. 3: Segregation ausländischer Bevölkerung in Thüringer Klein- und Mittelstädten / Quelle: eigene Datenbank 2020**

* Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden alle kommunalen Datensätze in einer gesammelten Quelle zitiert. Die einzelnen Bestandteile sind im Literaturverzeichnis aufgeschlüsselt.

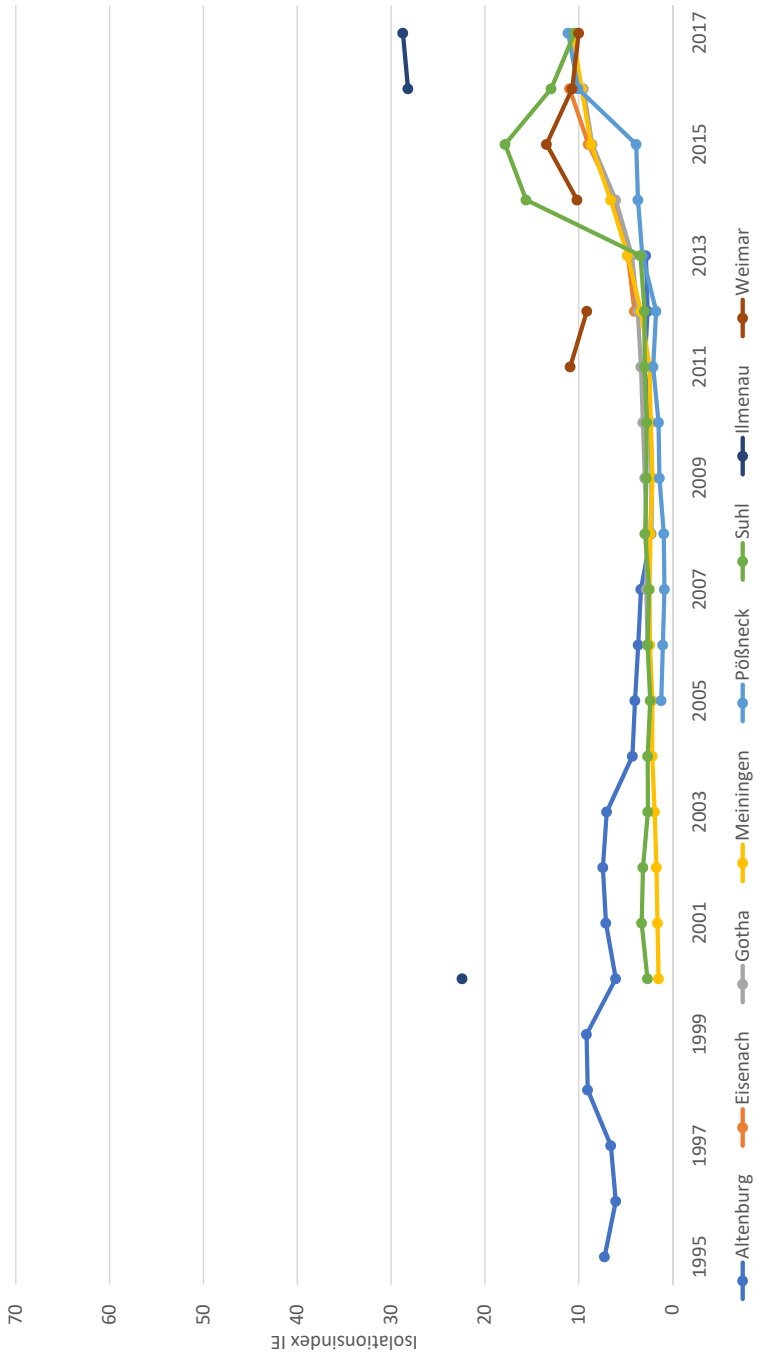


Abb. 4: Isolation ausländischer Bevölkerung in Thüringer Klein- und Mittelstädten / Quelle: eigene Datenbank 2020

Raumsoziologie der FH Erfurt ist zudem bekannt, dass Thüringer Klein- und Mittelstädte, allerdings andere als die im Sample vertretenen, auch über Arbeitsplätze im Gesundheitswesen eine internationale Zuwanderung erfahren, etwa Krankenpflegepersonal aus Südosteuropa (Arzinger/Fahnert/Landvogt et al. 2018). Wie sich deren Wohnstandorte im Stadtgebiet verteilen, ist jedoch unbekannt. Als Sonderrolle sind, aufgrund ihrer hohen Anzahl an internationalen Studierenden, die Städte Ilmenau und Weimar zu werten, die zumindest in Ilmenau häufig in Studierendenwohnheimen wohnen. Diese Sonderrolle zeigt sich auch in den Isolationswerten, bei denen Ilmenau die mit Abstand höchsten Werte aufweist. Für Weimar hingegen wird aufgrund der größeren Einwohnerzahl eine gleichmäßigere Verteilung ausländischer Studierender vermutet.

Trotz lokaler Unterschiede ist jedoch interessant, dass es offenbar ähnliche Trends der Zu- und Abnahme von IS und IE gibt, was zumindest untermauert, dass ethnische Segregation ein wichtiges Thema auch für Klein- und Mittelstädte ist und gegebenenfalls gerade gegenwärtig an Dynamik gewinnt (vgl. Abb. 3 und 4). Aus der Datenlinie von Pößneck könnte man die These aufstellen, dass in ostdeutschen Kleinstädten die Isolation von Ausländerinnen und Ausländern zeitlich später einsetzte und stark von der Zuwanderung von Geflüchteten und deren Unterbringung abhängt.

3.3 Demographische Segregation

Die Segregations- und Isolationsindizes für ältere und besonders junge Bewohner/Bewohnerinnen wurden für eine Kleinstadt und vier Mittelstädte berechnet. In den demographischen Analysen ist – ähnlich wie bei den Werten zur Nationalität – ein sehr ähnlicher Verlauf in den einzelnen Gemeinden zu sehen (vgl. Abb. 5 und 6). Es zeigen sich im Prinzip keine besonders hohen Werte, auffällig sind jedoch die durchschnittlich höhere Segregation der über 65-Jährigen und insbesondere die rasch steigenden Werte für deren Isolationsindex. Das bedeutet, dass in den untersuchten Städten Ältere zunehmend von anderen Älteren in ihrem Wohnumfeld umgeben sind. Gegebenenfalls zeigt sich hier eine Besonderheit in den Trends für schrumpfende Städte, wo allgemein Jüngere wegziehen, aber die Haushaltsneugründungen derer, die bleiben, selektiv in bestimmte Stadtgebiete mit Mietwohnangeboten führen. Bezogen auf den Segregationsindex sind die Hochschulstandorte auch hier wieder eine Ausnahme: Die drei verfügbaren Werte für 2000, 2016 und 2017 in Ilmenau sowie die Daten für Weimar liegen deutlich über den Werten der anderen Kommunen. Eventuell ist hier auch ein Effekt der räumlichen Zuschnitte der einzelnen Stadtteile zu beobachten. Segregationsanalysen in Klein- und Mittelstädten dürften noch deutlich anfälliger sein für solche Effekte als Großstädte, die meist deutlich mehr räumliche Teileinheiten ausweisen. In den untersuchten Datensätzen hingegen liegt die Spanne der Teileinheiten zwischen 7 und 22. Schlussendlich ist auffällig, dass Pößneck über lange Jahre die geringsten Segregationswerte aufweist und der Anstieg analog zur ethnischen Dimension zeitlich später beginnt. Die Isolationsindizes weisen ein deutlich einheitlicheres Bild auf als die Segregationsindizes; dies könnte eventuell auch an einem Anstieg des Angebots von spezialisierten Wohnangeboten für Seniorinnen und Senioren und einem Zuzug in solche Wohnformen aus dem Umland liegen (Steinführer 2018).

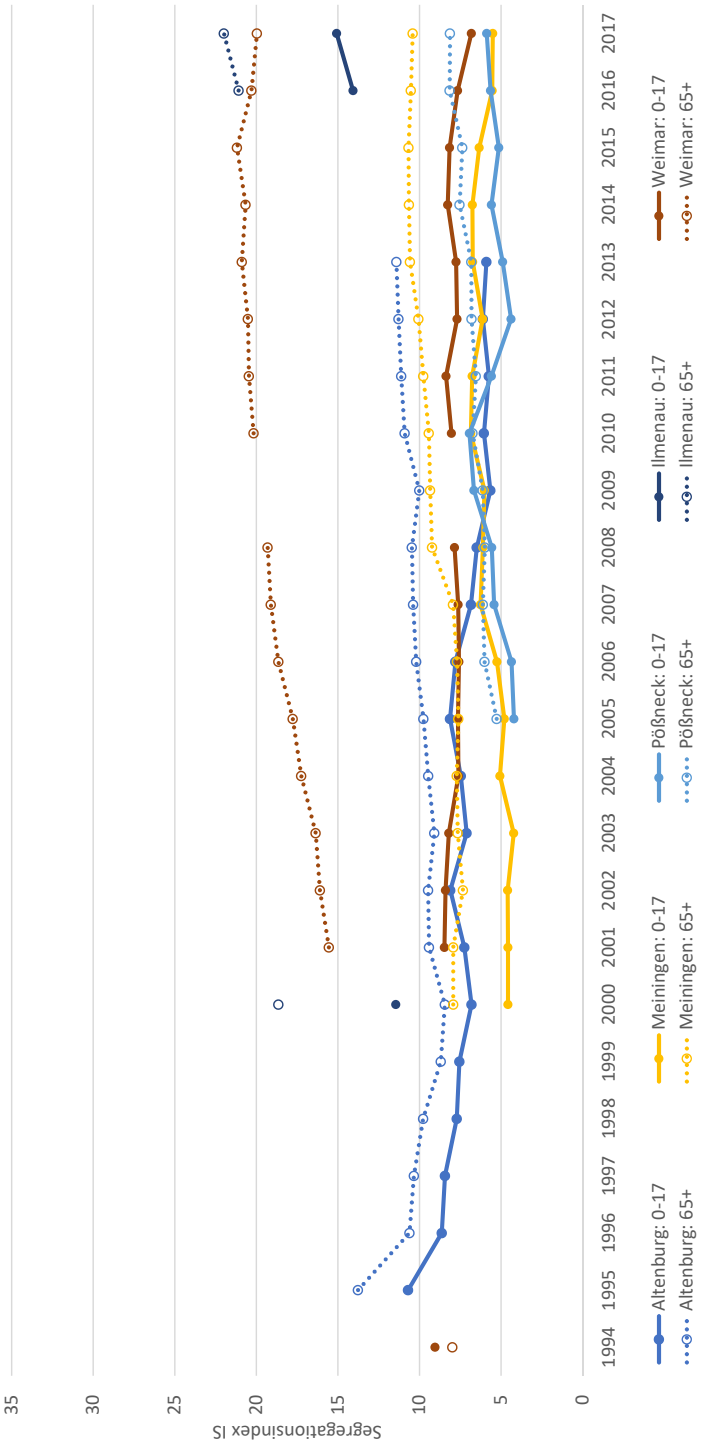


Abb. 5: Segregation von minderjährigen und über 65-jährigen Personen in Thüringer Klein- und Mittelstädten / Quelle: eigene Datenbank 2020

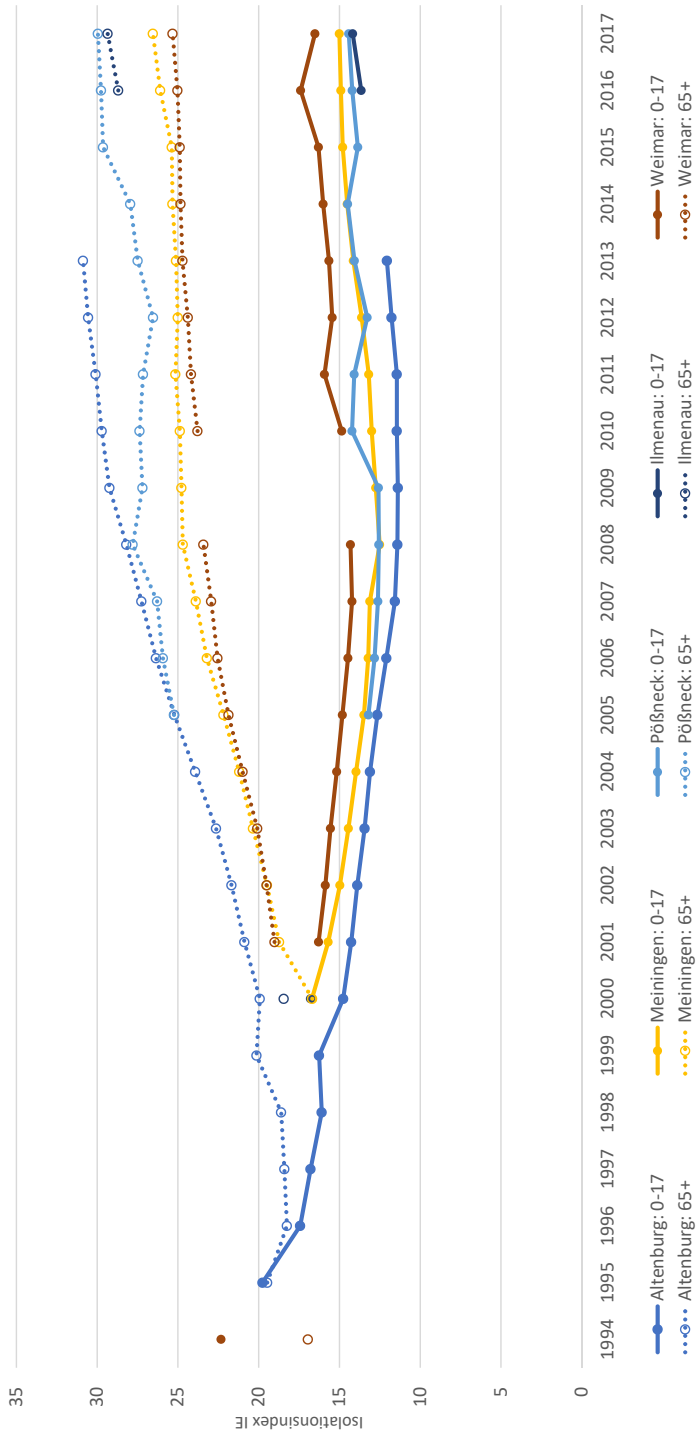


Abb. 6: Isolation von minderjährigen und über 65-jährigen Personen in Thüringer Klein- und Mittelstädten / Quelle: eigene Datenbank 2020

Ein ähnliches Bild mit allerdings noch geringeren Segregationswerten zeigt sich bei der Betrachtung der unter 18-Jährigen. Parallel zu den älteren Bevölkerungsgruppen gibt es einen leichten Anstieg der Werte ab 2000, mit Ausnahme der Städte Altenburg (sinkend ab 1995) und Ilmenau (hier sehr hohe Werte). Auffällig sind weiterhin wellenförmige Schwankungen, die je nach Stadt in den Jahren 2002, 2005, 2010 und 2014 auftauchen. Die Werte des Isolationsindex verlaufen im Vergleich zur Bevölkerungsgruppe 65+ bis Anfang der 2000er Jahre gegensätzlich, dann steigen die Werte für beide Gruppen.

4 Fazit

Auch wenn die gesammelten Daten begrenzt sind, lassen sich Hinweise auf Trends der residentiellen Segregation in Klein- und Mittelstädten in den Ergebnissen erkennen. Diese liegen jedoch nur für die ethnische und demographische Dimension vor, denn für die sozialpolitisch wichtige Dimension der sozioökonomischen Segregation können keine Aussagen getroffen werden. Während für Großstädte in Deutschland bekannt ist, dass die Segregation z.B. von Haushalten im Sozialhilfebezug steigt (Helbig/Jähnen 2018), wissen wir nicht, wie sich das in Klein- und Mittelstädten darstellt.

In Bezug auf die ethnische Dimension der Segregation können wir zusammenfassen, dass über die Indikatoren zu Nationalität – leider ausschließlich binär als Deutsche und Ausländer/Ausländerinnen verfügbar – die These aufgestellt werden kann, dass die Segregation von ausländischen Staatsangehörigen steigt. Insbesondere deren räumliche Isolation, ein Maß, das ausdrückt, inwiefern sie an ihrem Wohnort verstärkt von anderen Bewohnern und Bewohnerinnen ohne deutschen Pass umgeben sind, ist ansteigend. Was dies für die Lebensrealität von Ausländern und Ausländerinnen in Klein- und Mittelstädten heißt, wäre genauer zu untersuchen. Zu bedenken ist zudem, dass die Gruppe der Ausländer und Ausländerinnen auch in Klein- und Mittelstädten sehr heterogen ist (Kirchhoff 2021). An Hochschulstandorten wie Ilmenau können hier einzelne Studierendenwohnheime die Indizes sehr schnell in die Höhe treiben. Analog zu den Beobachtungen von Kreichauf (2015) und Bernt (2019) meinen wir, dass allgemein die entstehenden Konzentrationen von Zuwanderern und Zuwanderinnen auf selektive Zugänglichkeiten und Restriktionen auf den Wohnungsmärkten mit negativen Auswirkungen sowohl für die Quartiere (Stigmatisierung) als auch für den sozialen Zusammenhalt zurückzuführen sind.

Hinsichtlich der demographischen Segregation ist vor allem auffällig, dass quer durch die Gemeinden die Isolationswerte für über 65-Jährige steigen, es bilden sich offenbar explizite Rentner/innen-Viertel heraus. Erklärungen dafür könnten sein, dass in bestimmten Wohngebieten die Menschen über die Zeit altern und die Jüngeren weggezogen sind oder dass räumlich konzentriert neue Wohnangebote für Senioren und Seniorinnen bereitgestellt werden und sowohl Umzüge innerhalb der Stadt als auch Zuzüge aus dem Umland auffangen – ein Trend, der den Prozess der selektiven Wegzüge Jüngerer verstärkt und als „dreifache Alterung“ bei Steinführer (2018) prägnant beschrieben wird.

Die jeweilige Stärke des Segregationsmaßes ist allerdings zwischen verschiedenen Städten und im Kontrast zu Großstädten kaum interpretier- und vergleichbar, da die Zuschnitte der Sozialräume sehr unterschiedlich und eher grob sind (vgl. auch Krupka 2007 zu Auswertungen mit Zensusdaten der USA). Der Wert unserer Analysen besteht eher in den Zeitverläufen, so uneinheitlich diese auch sind.

Letztlich zeigen die Auswertungen vor allem, dass residentielle Segregation ein in seiner Bedeutung relevantes und offensichtlich wichtiger werdendes Thema für Klein- und Mittelstädte ist und dass die Annahme, die residentielle Segregation nehme mit der Größe der Stadt zu, während Kleinstädte zu sozialräumlicher Homogenität neigten, in den Bereich der Mythen zu verbannen ist.

Literatur

Amin, A. (2002): Ethnicity and the multicultural city: living with diversity. In: Environment and Planning A 34 (6), 959-980.

Arzinger, M.; Fahnert, V.; Landvogt, K.; Leonhard, L.; Korbus, L.; Pietsch, D.; Wasner, D.; Zißner, R. (2018): Stabilisierung schrumpfender Kleinstädte in Thüringen durch internationale Zuwanderung? Wie wirken sich die Transformationserfahrungen der BewohnerInnen thüringischer Kleinstädte auf die Einstellung zur internationalen Zuwanderung aus? Projektarbeit an der Fachhochschule Erfurt. Erfurt.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2017): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen. Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html?nn=2544954 (04.01.2021).

Bernt, M. (2019): Sonderfall Südpark? In: Pasternack, P. (Hrsg.): Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum. Halle (Saale), 79-90.

Bukow, W.-D. (2010): Urbanes Zusammenleben: Zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften. Wiesbaden.

Großmann, K.; Franke, R.; Henkel, L. (2021): Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 2: Empirische Befunde. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 258-274. = Forschungsberichte der ARL 16.

Helbig, M.; Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Berlin. = Discussion Paper des WZB P 2018–001.

Kirchhoff, G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.

Kluge, C.; Peitsch, I; Röhnke, N.; Sandmann, L.; Schroeder, F.; Steves, V. (2018): Ruhestandswandernde ziehen in schrumpfende Kleinstädte in Thüringen. Eine Analyse der Eigenarten ihrer Entscheidungsfindung. Projektarbeit an der Fachhochschule Erfurt. Erfurt.

Kreichauf, R. (2015): Ghettos in Small Towns? The Research on Ethnic Segregation and Stigmatisation Processes in Small Town Germany. In: Sociologica 2/2015, 0-0.

Krupka, D. J. (2007): Are Big Cities More Segregated? Neighbourhood Scale and the Measurement of Segregation. In: Urban Studies 44 (1), 187-197.

Leibert, T. (2021): Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208. = Forschungsberichte der ARL 16.

Massey, D. S.; Denton, N. A. (1988): The Dimensions of Residential Segregation. In: Social Forces 67 (2), 281-315.

Pätzold, R. (2018): Innenstadt gesucht – Stadtteile gefunden. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin, 137-144.

Rößler, C.; Kunz, A. (2010): Wanderungsmuster in ländlichen Räumen. Ergebnisse einer empirischen Analyse des Migrationsgeschehens in Städten und Dörfern des ländlichen Raumes in Sachsen. Dresden. = Schriftenreihe des LfULG 22/2010.

Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schneider, J. (2018): Generation Mix – der Versuch einer Annäherung. In: Hill, M.; Yildiz, E. (Hrsg.): Postmigrantische Visionen. Bielefeld, 129-146.
Steinführer, A. (2018): Vom Wachsen im Schrumpfen. Alterung und siedlungsstruktureller Wandel von Kleinstädten. In: Schmied, Doris; Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Große Dörfer – Kleine Städte. Göttingen, 7-29. = RURAL 9.
Steinführer, A.; Küpper, P.; Tautz, A. (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Braunschweig. = Landbauforschung Sonderheft 367.
Tasan-Kok, T.; van Kempen, R.; Raco, M.; Bolt, G. (2014): Towards Hyper-Diversified European Cities: A Critical Literature Review. Utrecht.
TLS – Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2018): Thüringen: Bevölkerung 1981–2017 (31.12.) nach Gemeinden, Kreisen, Geschlecht, Altersgruppen und Staatszugehörigkeit. Erfurt.
Vertovec, S. (2007): Super-diversity and its implications. In: Ethnic and Racial Studies 30 (6), 1024-1054.

Eigene Datenbank (2020): Kleinräumige Bevölkerungsdaten aus acht Thüringer Klein- und Mittelstädten. Bestehend aus:
Stadt Meiningen (Hrsg.) (2018): Bevölkerung 2000–2017 nach Alter und Staatszugehörigkeit. Für die Fachhochschule Erfurt angefertigter Datensatz. Meiningen.
Stadt Pößneck (Hrsg.) (2017): Statistische Daten der Stadt; 2005–2016. Datensatz der Stadtverwaltung. Pößneck.
Stadt Weimar – kommunale Statistikstelle (Hrsg.) (2002–2018): Statistische Jahrbücher 2002–2018. Weimar.
https://stadt.weimar.de/ueber-weimar/statistik/jahrbuecher/ (27.02.2020)
Stadtverwaltung Altenburg (Hrsg.) (1996–2014): Statistische Jahrbücher 1996–2014. Altenburg.
Stadtverwaltung Eisenach (Hrsg.) (2017): Sozialmonitor. Abbildung zur sozialen Lage der Stadt Eisenach 2016. Eisenach.
Stadtverwaltung Gotha – Statistikstelle (Hrsg.) (2006–2016): Statistische Jahresberichte der Jahre 2006–2016. Gotha.
Stadtverwaltung Ilmenau (Hrsg.) (2018): Bevölkerung 2000, 2016 und 2017 nach Alter und Staatszugehörigkeit. Für die Fachhochschule Erfurt angefertigter Datensatz. Ilmenau.
Stadtverwaltung Suhl (Hrsg.) (2018): Bevölkerung 2000–2017 (31.12.) nach Geschlecht und Staatszugehörigkeit. Für die Fachhochschule Erfurt angefertigter Datensatz. Suhl.

Autorinnen und Autor

Prof. Dr. Katrin Großmann *ist Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt. Sie forscht zu unterschiedlichen Fragen nachhaltiger und gerechter Stadtentwicklung wie der Sozialverträglichkeit energetischer Sanierung bzw. der Energiearmut, zu Fragen des sozialen Zusammenhalts im Zuge von Zuwanderung und lokalen Konflikten. Ihre langjährige Beschäftigung mit schrumpfenden Städten verbindet sie mit weiteren Herausforderungen der Stadtentwicklung wie residentieller Segregation oder der Entwicklungsdynamik von Quartieren. Zudem ist sie im Netzwerk Kleinstadtforschung aktiv.*

Robert Franke *ist Stadt- und Raumplaner und hat sein Studium an der Fachhochschule Erfurt absolviert. Während des Studiums unterstützte er die Forschung im Fachbereich Stadtsoziologie. Er beschäftigt sich mit zukünftigen Herausforderungen*

für Klein- und Mittelstädte sowie Fragen zu Energiearmut und Segregation. Zurzeit ist er bei der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungs mbH aktiv und unterstützt Klein- und Mittelstädte in Thüringen bei der Stadtentwicklung und Fördermittelakquise.

Laura Henkel *hat an der Fachhochschule Erfurt Stadt- und Raumplanung studiert und war im Rahmen des Studiums im Fachbereich Soziologie als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Dabei hat sie sich unter anderem mit der Beschaffung kleinräumiger Daten von Klein- und Mittelstädten, dem Zusammenhang von Wohn-, Mobilitäts- und Energiekosten und mit Fragen zur Energiearmut befasst. Bei ihrer aktuellen Tätigkeit als Stadtplanerin in einem Thüringer Planungsbüro vertieft sie die Erkenntnisse im Bereich des sparsamen Flächenverbrauchs im Kontext der Siedlungsentwicklung in der Praxis.*

Gudrun Kirchhoff

SOZIALRÄUMLICHER UND SOZIALER WANDEL DURCH ZUWANDERUNG

Gliederung

1 Einleitung
2 Zuwanderung in Kleinstädten
3 Zuwanderung und Integration in ausgewählten Kommunen
3.1 Strukturmerkmale
3.2 Struktur der zugewanderten Bevölkerung
3.3 Sozialräumliche Verortung der Zuwanderergruppen
4 Blick auf Zuwanderung und das Zusammenleben
5 Fazit
6 Weitergehender Forschungsbedarf
Literatur

Kurzfassung
Zuwanderung und eine Diversifizierung der städtischen Gesellschaft sind ebenso Kennzeichen von Kleinstädten wie von Mittel- und Großstädten. 2017 hatten knapp 20 Millionen Menschen (24 %) in Deutschland einen Migrationshintergrund, bei den Kleinstädten bis 20.000 Einwohnern lag ihr Anteil bei 18%.

Der vorliegende Aufsatz basiert maßgeblich auf Ergebnissen des Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe" des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Betrachtet wird eine Kleinstadt (Michelstadt) und drei kleinere Mittelstädte (Germersheim, Mühlacker und Zittau), die sich im Rahmen des Projektes an einer Auswertung der Einwohnermelderegister zu den sozialstrukturellen Merkmalen und zur sozialräumlichen Verteilung der zugewanderten Bevölkerung beteiligten.

Die Kommunen haben aufgrund ihrer industriell geprägten Wirtschaftsstruktur einen vergleichsweise hohen Anteil zugewanderter Bevölkerung, wobei sich west- und ostdeutsche Städte hinsichtlich Anteil und Herkunft der Zuwanderergruppen unterscheiden. Es sind Konzentrationen von Zugewanderten vor allem in der Innenstadt feststellbar, doch homogene ethnische Viertel sind nicht vorzufinden.

Die Fluchtzuwanderung in den letzten Jahren hat den Blick auf Migration und Integration in den Städten verstärkt, in einigen war sie Auslöser für den Erstaufbau von Strukturen kommunaler Integrationspolitik.

Auch wenn das Zusammenleben zugewanderter und einheimischer Bevölkerung weitgehend konfliktfrei verläuft, wird es eher als ein Neben- denn als ein Miteinander wahrgenommen. In allen Städten ist die mangelnde Beteiligung der Zugewanderten an

der Gestaltung des Gemeinwesens und der lokalen Politik als Thema virulent. Die Förderung von Begegnung und Dialog wird als ein zentraler Baustein zur Verbesserung der Integration und der Teilhabechancen der zugewanderten Bevölkerung erachtet.

Schlüsselwörter
Zuwanderung – Vielfalt – sozialräumliche Integration – gesellschaftliche Teilhabe – kommunale Integrationspolitik

Social-spatial and social change due to immigration

Abstract
Immigration and the diversification of urban society are as characteristic of small towns as they are of medium-sized towns and cities. In 2017 almost 20 million people (24%) in Germany had migration backgrounds, in small towns with up to 20,000 inhabitants they accounted for 18% of the population.

This article is primarily based on the results of the project 'Diversity in the centres of small and medium-sized towns – social-spatial integration, urban identity and societal participation' (*Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe*) by the German Institute of Urban Affairs (*Deutsches Institut für Urbanistik, Difu*). The project examined one small town (Michelstadt) and three relatively small medium-sized towns (Germersheim, Mühlacker and Zittau). The registers of residents in these towns were evaluated in terms of the socio-structural characteristics and socio-spatial distribution of the immigrant population.

Due to their industrial economic structure the municipalities have a comparatively high proportion of immigrant residents, although the West and East German towns differ in terms of the proportion and origin of migrant groups. Immigrants are particularly concentrated in the town centres although no homogenous ethnic neighbourhoods were found.

The refugee migration of recent years has drawn attention to migration and integration in the towns, in some cases it triggered the hitherto neglected development of structures of municipal integration policy.

Even though the immigrant and local populations largely coexist peacefully this is perceived as living alongside one another rather than with one another. In all the towns the lack of participation by immigrants in shaping municipal life and local politics is a virulent topic. Promoting contact and dialogue is thus seen as a central issue towards improving integration and opportunities for the participation of the immigrant population.

Keywords
Immigration – diversity – socio-spatial integration – societal participation – municipal integration policy

1 Einleitung

Zuwanderung und eine Diversifizierung der städtischen Gesellschaft sind ebenso Kennzeichen von Kleinstädten wie von Mittel- und Großstädten. Dass im Zentrum des Forschungsgegenstands Migration und Integration als Raumbezug zumeist die großstädtischen Agglomerationen stehen, hängt maßgeblich mit der Größenordnung der Zuwanderung und den damit verstärkt wahrgenommenen sozialen Konflikten zusammen. Hinzu kommen sozialräumliche Segregationsprozesse und Polarisierungstendenzen, die vor allem in den Großstädten beobachtet werden, sowie die Rolle des Sozialraums für Integrationsprozesse. Beides wurde in vielfältigen Forschungsprojekten untersucht (vgl. GdW 1998; Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt" 2007; BMVBS 2010). Auf die Bedeutung von Zuwanderung für kleinere Städte, vor allem in ländlichen Regionen, und die damit zusammenhängenden Herausforderungen der Integration der zugewanderten Bevölkerung sind bisher nur vereinzelt Studien eingegangen. So weist Boos-Krüger (2005) in ihrer Expertise darauf hin, dass die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur durch den demographischen Wandel und Migrationsbewegungen Kommunen aller Größenordnungen betreffen (ebd.: 409). Sie hat anhand von drei kleinstädtischen Fallbeispielen in Hessen die Zuwanderungsverläufe und die sozialräumliche Integration der Zugewanderten untersucht und Unterschiede in der Wahrnehmung und Adaption von Zuwanderung in der städtischen Gesellschaft herausgearbeitet. Als wesentliche Merkmale von kleinen Kommunen sieht sie für Integrationsprozesse die „Überschaubarkeit, Intimität (statt Anonymität), Nachbarschaft und soziale Kontrolle" (ebd.: 431). Bezogen auf die sozialräumliche Integration treffen Zugewanderte „anders als in der Großstadt, auf eine engere sozial-kulturelle Auseinandersetzung und Resonanz in der Mehrheitsbevölkerung, weil diese sich – sozialräumlich betrachtet – nicht isoliert in abgespaltenen Stadträumen abspielt, sondern in der Gesamtstadt mit einer insgesamt ausgewogenen durchmischten Bevölkerung" (ebd.: 432). Das Forschungsprojekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen" der Schader-Stiftung (2011) hat demgegenüber festgestellt, dass sich auch in kleineren Städten in ländlichen Räumen räumliche Konzentrationen von Migranten/Migrantinnen in bestimmten Wohnquartieren beobachten lassen. Ursachen für Konzentrationsphänomene in ländlichen Räumen Westdeutschlands sind der Zuzug von (meist türkeistämmigen) Zuwanderern/Zuwanderinnen in die Innenstadtbereiche, der Erwerb oder Bau von Eigenheimen (meist durch Spätaussiedler/-aussiedlerinnen) in den Eigenheimsiedlungsgebieten der Kleinstädte und der Zuzug in meist am Stadtrand entstandene Nachkriegssiedlungen. In den ostdeutschen Klein- und Mittelstädten konzentrieren sich Zugewanderte vor allem in den industriellen Wohnkomplexen der 1970er und 1980er Jahre, die nach der Wende ihre Wirkkraft als nachgefragte Wohnadressen verloren haben und vielerorts durch hohe Leerstände gekennzeichnet sind (Difu 2016). Die Studie der Schader-Stiftung (2011) hebt als wesentliche Erkenntnis hervor, dass es keine einheitlichen Integrationsbedingungen in ländlichen Räumen gibt. „Die Kommunen des ländlichen Raums sind von einer großen Vielfalt und Heterogenität gekennzeichnet, was ihre Größe, Lage, Stellung im politischen Gefüge betrifft. Sie unterscheiden sich zusätzlich stark in ihrer ökonomischen und demografischen Struktur, dem lokalen Arbeitsplatzpotenzial sowie der lokalen Migrations- und Integrationsgeschichte" (ebd.: 19).

Das Zuwanderungsgeschehen in ländlichen Räumen wurde erst in den letzten Jahren im Kontext der Fluchtzuwanderung verstärkt als Forschungsthema aufgenommen. Im Hintergrund stand dabei die Frage, inwieweit die ländlichen Regionen Entlastungspotenzial für die stark von Fluchtzuwanderung betroffenen städtischen Regionen bieten können und welche Integrationsressourcen und -fähigkeiten vorhanden sind (empirica 2015; Thünen-Institut für Ländliche Räume 2018; Robert Bosch Stiftung o. J.; BAMF 2020). Die neueren Studien und Forschungsprojekte fokussieren als Untersuchungsebene zumeist die Landkreise und weniger die Klein- und Mittelstädte. Dieses Vorgehen mag darin begründet sein, dass statistische Daten zur demographischen und sozioökonomischen Entwicklung meist nur bis auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zur Verfügung stehen (vgl. Leibert 2021) und wesentliche Integrationsinstitutionen auf der Ebene der Landkreise angesiedelt sind.

Der vorliegende Aufsatz basiert maßgeblich auf Ergebnissen des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe", welches das Deutsche Institut für Urbanistik von 2015 bis 2018 durchgeführt hat (Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a). An dem Projekt waren neun Klein- und Mittelstädte aus ländlich geprägten Regionen als Praxispartner beteiligt.

Die Ausführungen stützen sich auf eine Sonderauswertung der kommunalen Einwohnermelderegister[1] zu den sozialstrukturellen Merkmalen und der sozialräumlichen Verteilung der zugewanderten Bevölkerung (Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d; Landua/Kirchhoff 2018). Daran beteiligten sich sechs der neun Städte, und es fanden Gespräche (Einzel- und Gruppeninterviews sowie thematische Workshops) vor Ort statt. Die Befunde werden ergänzt durch die Ergebnisse einer Difu-Kommunalbefragung (Kirchhoff/Landua/Reimann 2019)[2], Auswertungen der amtlichen Statistik und Angaben aus öffentlich zugänglichen Quellen der Regionalplanung.

Betrachtet werden hier nur die vier kleineren Projektstädte Germersheim (Rheinland-Pfalz), Michelstadt (Hessen), Mühlacker (Baden-Württemberg) und Zittau (Sachsen), die sich an der Sonderauswertung beteiligten. Zwar ist nur Michelstadt mit seiner Einwohnerzahl (Tab. 1) im engeren raumplanerischen Sinne eine Kleinstadt,

1 Da von allen beteiligten Kommunen fehlendes Grundlagenwissen über die zugewanderte Bevölkerung hervorgehoben wurde, ermöglichte das Difu im Rahmen des Projektes die Untersuchung der sozialstrukturellen Merkmale und der sozialräumlichen Verteilung der zugewanderten Bevölkerung durch die Auswertung der jeweiligen Einwohnermelderegister durch einen externen Dienstleister. Kleinstädte haben keine eigenen Statistikabteilungen, die ihnen zumindest die Auswertung der von ihnen geführten Einwohnermelderegister ermöglicht. In der Regel fehlen auch die Ressourcen, um eigene Studien zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung durchzuführen (vgl. auch Milbert/Fina 2021). Das Difu führte mit Einverständnis der Kommunen eine Querauswertung der ermittelten Daten durch (Landua/Kirchhoff 2018).

2 Die Befragung erfolgte im Rahmen des Projektes „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern", das das Difu gemeinsam mit der Universität Stuttgart, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Institut Wohnen und Entwerfen, FG Architektur- und Wohnsoziologie, und mit Förderung durch das BMBF in der Fördermaßnahme „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen" (2017 bis 2020) durchführte.

doch weisen die drei anderen betrachteten Städte ebenfalls kleinstädtische Strukturen auf, auch wenn sie von der Größe her etwas über 20.000 Einwohnern/Einwohnerinnen liegen. Im Zusammenhang damit, dass hier kleinräumige Bevölkerungsstrukturdaten für kleinere Städte zur Verfügung stehen, lassen sich diese vier Städte als Untersuchungssample im Sinne der Kleinstadtforschung rechtfertigen.

Der Aufsatz thematisiert die Bedeutung von Zuwanderung für Kleinstädte, vergleicht die Struktur der Zuwanderergruppen, betrachtet sozialräumliche Konzentrations- bzw. Segregationsprozesse und fragt nach den Folgen für das Zusammenleben in den Kleinstädten.

2 Zuwanderung in Kleinstädten

Laut den Ergebnissen des Mikrozensus 2017 haben knapp 20 Millionen Menschen (24%) in Deutschland einen Migrationshintergrund, davon verfügt annähernd die Hälfte weiterhin über eine ausländische Staatsangehörigkeit (12%). Betrachtet man die Gruppe der Kleinstädte in der Größenordnung von 5.000 bis 20.000 Einwohnern, dann verfügen 18% über einen Migrationshintergrund und knapp 10% haben weiterhin einen ausländischen Pass. Der Anteil der Zugewanderten steigt treppenartig mit der Stadtgröße und erreicht bei den Großstädten über 30%. Die Daten belegen, dass erst ab einer bestimmten Gemeindegröße Zuwanderung für die Sozialstruktur der Gemeinden eine wahrnehmbare Rolle spielt. So hat nur jede/jeder Zehnte in den Gemeinden unter 5.000 Einwohnern einen Migrationshintergrund. Hier muss zwischen ostdeutschen und westdeutschen Kommunen unterschieden werden, denn im Durchschnitt liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2017 in Ostdeutschland bei knapp 7% und in Westdeutschland bei etwas mehr als 26%, er ist für kleine Kommunen daher wesentlich geringer einzuschätzen (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018).

Abbildung 1 zeigt die Verteilung der Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf die verschiedenen Stadtgrößen. Zugewanderte leben demnach mehrheitlich in den Städten ab 20.000 Einwohnern, davon der überwiegende Teil in Großstädten (43,6%). Von den Personen ohne Migrationshintergrund lebt nur etwas mehr als jede vierte in der Großstadt (28,4%), und annähernd die Hälfte wohnt in Städten und Gemeinden unter 20.000 Einwohnern. Zuwanderung ist demnach ein eher städtisches Phänomen. Auch wenn die veröffentlichten Daten aus dem Mikrozensus dazu keine eindeutige Antwort geben, ist in der Kombination der Zuwanderungszahlen nach Stadtgröße und regionaler Struktur (ländlich/städtisch) davon auszugehen, dass Zuwanderung in ländlichen Regionen vornehmlich in die kleinen und mittleren Städte erfolgt und weniger in Landgemeinden. Denn sie bieten mit Infrastruktur, Wohnungs- und Arbeitsmarkt die Rahmenbedingungen für die Aufnahme und Integration von Zugewanderten.

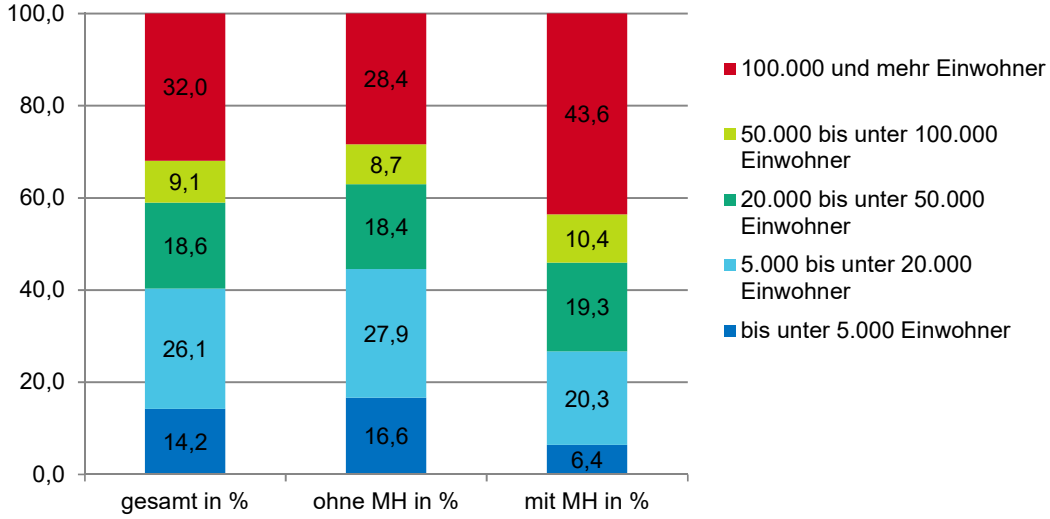


Abb. 1: Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (MH) nach Gemeindegrößenklassen. Ergebnisse des Mikrozensus 2017 (in%) / Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018)

Abbildung 2 zeigt den Anteil der Ausländer/innen klassifiziert nach Gruppen und Stadttypen, wobei die Kleinstädte gemäß den Raumordnungskategorien des BBSR nach ihrer Lage in ländlichen und städtischen Regionen unterschieden wurden. Grundlage sind die Ergebnisse der Difu-Kommunalbefragung (Kirchhoff/Landua/Reimann 2019 sowie Fußnote 2). Erwartungsgemäß sind die ländlichen Kleinstädte mehrheitlich in den unteren Kategorien mit einem Anteil ausländischer Bevölkerung von bis zu 10% zu finden, wobei die Kategorie unter 5% mit 40% den höchsten Wert aufweist. Kleinstädte in eher städtischen Räumen haben demgegenüber den höchsten Wert (42%) in der Kategorie von 5 bis 10% Ausländer/innen-Anteil, doch verfügen immerhin 41% über einen Ausländer/innen-Anteil von 10% und mehr. Es ist auch hervorzuheben, dass insgesamt 9% der befragten Kleinstädte (absolut 33) einen Ausländer/innen-Anteil von 15% und mehr haben und damit über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen. Bei näherer Betrachtung handelt es sich dabei z.B. um Kleinstädte in den Metropolregionen Frankfurt/Main und Stuttgart sowie in den Grenzräumen zur Schweiz und Österreich oder um Städte mit Gemeinschaftsunterkünften bzw. Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete. Hohe Zuwanderungszahlen in Kleinstädten sind demnach vor allem durch ihre Lage im Raum oder eine besondere Funktion begründet.

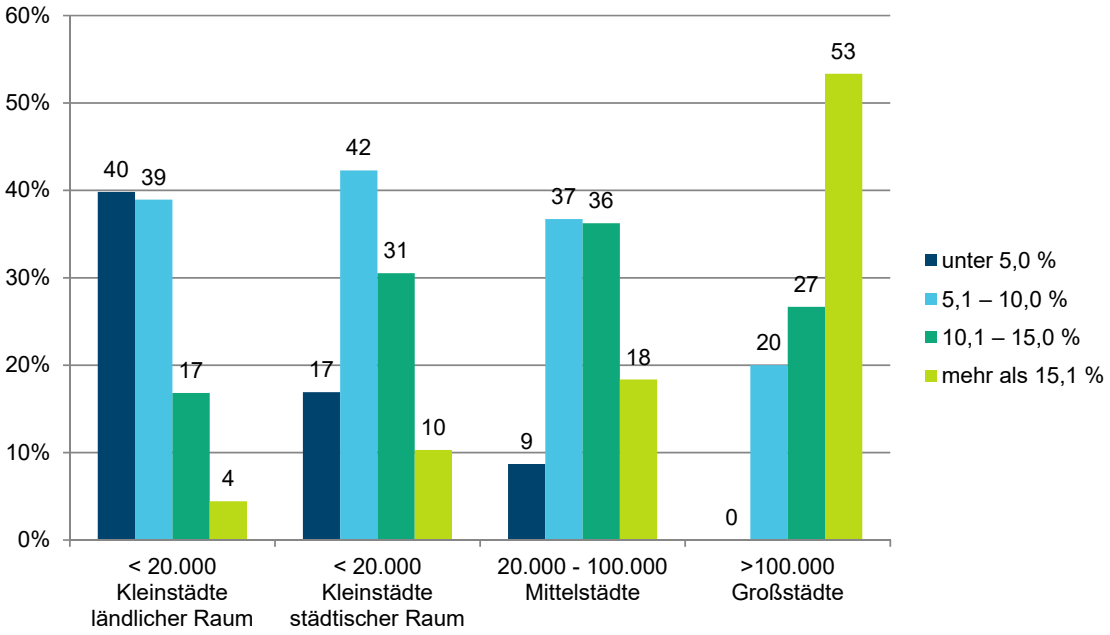


Abb. 2: Ausländeranteil (klassiert)[3] in den Kommunen nach Gemeindegrößenklassen in% / Quelle: Difu-Kommunalbefragung, Abfrage[4] der Statistischen Landesämter ohne Mecklenburg-Vorpommern 2018, Stichtag 31.12.2017, N = 622; Laufende Raumbeobachtung des BBSR

3 Zuwanderung und Integration in ausgewählten Kommunen

Das Zuwanderungsgeschehen in den Kommunen hängt von deren Rahmenbedingungen ab. Dazu zählen beispielsweise die Lage im Raum, Siedlungsdichte, Größe, Wirtschaftskraft, Funktion, historische Entwicklung und Tradition des Ortes. Entscheidend für die Situation der Zugewanderten und die Ausprägung integrationspolitischer Strukturen ist der Anteil von Migranten/Migrantinnen an der Bevölkerung und damit ihre Bedeutung für die Städte. Je größer diese Gruppe, desto mehr wird sie von der kommunalen Politik beachtet und kann der Aufbau von Integrationsstrukturen politisch legitimiert werden. Mit wachsender Zahl der Zugewanderten erhöhen sich zudem die Möglichkeiten der Selbstorganisation und damit auch die Wahrnehmung politischer Repräsentanz.

Im folgenden Abschnitt werden die Strukturmerkmale der ausgewählten Kommunen, das Zuwanderungsgeschehen, die Struktur der Zuwanderergruppen und ihre sozialräumliche Verortung vergleichend dargestellt.

3 Lesebeispiel: In 40 % der Kleinstädte im ländlichen Raum liegt der Ausländer/innen-Anteil unter 5 %.

4 Da die Angaben der Kommunen in der Difu-Kommunalbefragung zum Anteil der ausländischen Bevölkerung nicht verwertbar waren, wurde eine Abfrage der Statistischen Landesämter für die an der Befragung teilnehmenden Kommunen durchgeführt. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern stellten alle Statistischen Landesämter die Angaben zur ausländischen Bevölkerung zur Verfügung. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund konnte auf kommunaler Ebene nicht durch die Landesämter ausgewiesen werden.

3.1 Strukturmerkmale

Strukturdaten und Rahmenbedingungen der vier betrachteten Kleinstädte – Germersheim (Rheinland-Pfalz), Michelstadt (Hessen), Mühlacker (Baden-Württemberg) und Zittau (Sachsen) – sind in ihrer Ausformung heterogen, doch ist eine gewisse Polarisierung erkennbar. Die drei westdeutschen Kleinstädte zählen wirtschaftlich und demographisch zu den eher stabilen Gemeinden, während Zittau als ostdeutsche Vergleichskommune als strukturschwach und stark schrumpfend einzuordnen ist. Ausgangslage und Attraktivität für Zuwanderer/Zuwanderinnen sind also höchst unterschiedlich (Tab. 1).

Stadt und Landkreis (LK)	Einwohner (Stadt und Landkreis)	Relative Bevölkerungsentwicklung 2011 bis 2016 in %	Projizierte relative Bevölkerungsentwicklung bis 2030 in %	Stadt- und Gemeindetyp nach BBSR, Funktionszuweisung	Raumtyp, Besiedlung und Lage	Siedlungsstruktureller Kreistyp (nach BBSR)
Germersheim*	21.317	3,9	-2,0	kleinere Mittelstadt Mittelzentrum Kreisstadt	überwiegend städtisch; zentral	städtischer Kreis
LK Germersheim**	127.303	3,1	-0,9			
Michelstadt*	16.567	-1,6	-1,7	größere Kleinstadt Mittelzentrum Kreisangehörige Stadt	teilweise städtisch; zentral	städtischer Kreis
Odenwaldkreis**	97.000	-0,3	-3,1			
Mühlacker*	26.243	4,4	-3,5	kleinere Mittelstadt Mittelzentrum Große Kreisstadt	überwiegend städtisch; sehr zentral	städtischer Kreis
Enzkreis**	196.066	3,0	-1,3			
Zittau*	26.034	-3,1	-18,2	Mittelstadt Mittelzentrum Große Kreisstadt	teilweise städtisch; peripher	dünn besiedelter ländlicher Kreis
LK Görlitz**	260.000	-3,5	-16,1			

*Gebietsstand 31.12.2016, **Gebietsstand 31.12.2015

Tab. 1: Raum- und siedlungsstrukturelle Merkmale der Projektkommunen / Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d; Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Bertelsmann Stiftung o.J.

Michelstadt gilt nach der Stadt- und Gemeindetypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mit etwas mehr als 16.000 Einwohnern als „größere Kleinstadt" und ist die kleinste der Projektkommunen. Die drei weiteren Städte sind nach ihrer Größe den Mittelstädten zuzuordnen, wobei sie mit 20.000 bis 30.000 Einwohnern als „kleinere Mittelstädte" gelten. Alle Kommunen haben die Funktion eines Mittelzentrums und übernehmen wichtige Leistungen der Infrastrukturversorgung für den umgebenden Raum.

Der Raumtyp (Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Raumtypen 2010; BBSR o. J.) variiert zwischen teilweise städtisch bis überwiegend städtisch. Die Lage von Zittau in der sächsischen Grenzregion zu Tschechien und Polen gilt als peripher, während die Lage der anderen Städte als zentral eingestuft wird. Germersheim ist als einzige Stadt gleichzeitig Sitz der Landkreisverwaltung. Mühlacker und Zittau haben den Sonderstatus einer „Großen Kreisstadt". Dies bezeichnet kreisangehörige Städte, die nicht gleichzeitig Kreisstadt sind, aber aufgrund ihrer Größe und Verwaltungskraft einige Funktionen des Landkreises übernehmen können.

Die demographische Entwicklung weist laut „Wegweiser Kommune" der Bertelsmann Stiftung für Germersheim, Michelstadt und Mühlacker eine eher stabile Entwicklung auf, während weitere hohe Bevölkerungsverluste für Zittau vorhergesagt werden.

3.2 Struktur der zugewanderten Bevölkerung

Ziel der Kommunen im oben genannten Difu-Projekt war es, mit den Ergebnissen der Sonderauswertung die kommunale Integrationspolitik zu fundieren und die soziale Infrastrukturplanung anzupassen. Aus wissenschaftlicher Perspektive konnte mit der Auswertung überprüft werden, ob auch in Klein- und Mittelstädten Segregationstendenzen erkennbar sind, ob diese sich auf bestimmte städtische Teilräume konzentrieren, wie z. B. die Innenstadt, und ob sie sich nach Herkunftsgruppen unterscheiden.

Die hier näher betrachteten vier Städte bilden nicht die Bandbreite der Kleinstädte in Deutschland ab, weshalb die Ergebnisse nur einen explorativen Charakter haben. Die Projektkulisse zielte auf Kleinstädte mit vergleichsweise hohen Anteilen an Zugewanderten und eine beobachtbare Konzentration in den innerstädtischen Zentren. Zwischen den einzelnen Städten bestehen bezüglich den Anteilen und der Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erhebliche Unterschiede (Tab. 2).

Der mit Abstand höchste Anteil an Migranten/Migrantinnen findet sich mit 58 % in Germersheim (bundesweiter Durchschnitt 23,6 %). Der überdurchschnittlich hohe Anteil erklärt sich zum einen durch die industriell geprägte Wirtschaftsstruktur (Binnenhafen, Logistikstandort). Zum anderen ist Germersheim Universitätsstandort für Translationswissenschaften mit vielen ausländischen Studierenden. Ein ebenfalls vergleichsweise hoher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund ist in Mühlacker festzustellen (36,5 %). Michelstadt liegt mit einem Anteil von 30 % immer noch weit über dem Durchschnitt von Gemeinden vergleichbarer Größe (5.000 bis 20.000 Einwohner = 18 %, vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018). Für alle drei westdeutschen Städte erklärt die industriell geprägte Wirtschaftsstruktur den hohen Anteil an

		Art des Migrationshintergrunds (MH)*						
		zugewanderte Ausländer	**Ausländer, die nicht selbst zugewandert sind**	**zugewanderte Deutsche**	**Deutsche mit MH, die nicht selbst zugewandert sind**	**Personen mit MH insgesamt**	**Personen ohne MH**	**Gesamt**
Germersheim	Anzahl	6.779	3.041	1.651	912	12.383	8.934	21.317
Anteil an Gesamt	in %	31,8	14,3	7,7	4,3	58,1	41,9	100,0
Michelstadt	Anzahl	2.307	1.060	912	687	4.966	11.601	16.567
Anteil an Gesamt	in %	13,9	6,4	5,5	4,1	30,0	70,0	100,0
Mühlacker	Anzahl	4.934	2.822	1.081	750	9.587	16.656	26.243
Anteil an Gesamt	in %	18,8	10,8	4,1	2,9	36,5	63,5	100,0
Zittau	Anzahl	1.460	287	151	70	1.968	24.066	26.034
Anteil an Gesamt	in %	5,6	1,1	0,6	0,3	7,6	92,4	100,0

* Für die Auswertung wurde der Migrationsstatus zusätzlich untergliedert in zugewanderte Personen, die weiterhin Ausländer/innen sind, in Ausländer/innen, die nicht selbst zugewandert sind, in Deutsche, die zugewandert sind (d.h. im Ausland geboren wurden und heute über einen deutschen Pass verfügen), und in Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht selbst zugewandert sind. / Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Tab. 2: Bevölkerung nach Art des Migrationshintergrunds in ausgewählten Kleinstädten (Stand 31.12.2016)

Zugewanderten. Ihre Migrationshistorie führte wie in den Großstädten in Wellen über die Zuwanderung von Gastarbeitern/-arbeiterinnen seit den 1950er Jahren, die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern/Aussiedlerinnen zu Beginn der 1990er Jahre, eine verstärkte Zuwanderung aus Südosteuropa nach der letzten EU-Erweiterungsrunde bis zu der hohen Fluchtzuwanderung in den Jahren 2014 bis 2016, wobei die Fluchtzuwanderung für die Städte im Verhältnis der Gesamtmigration eine weniger tragende Rolle spielt.

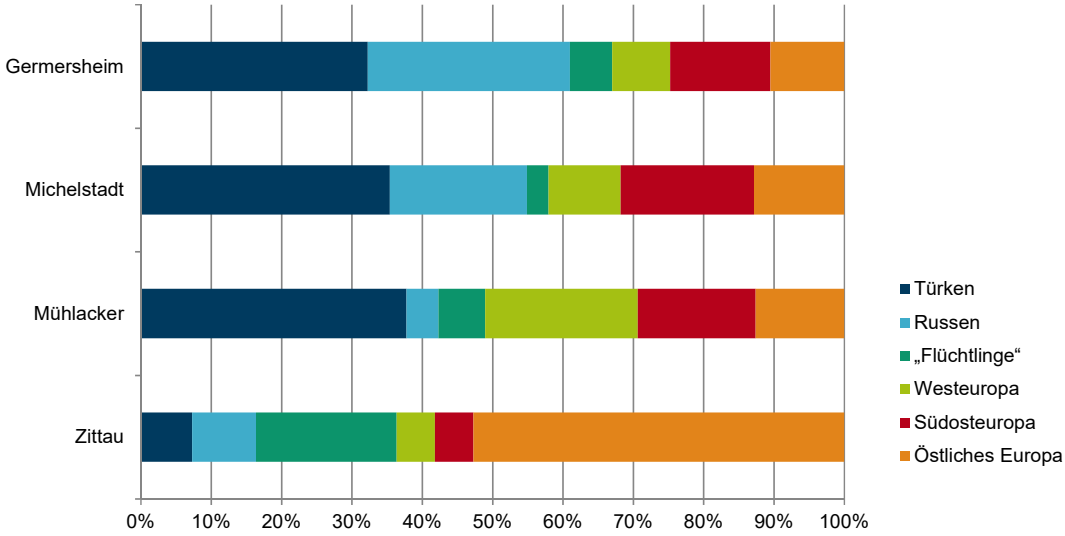
Wesentlich geringer fällt der Anteil der Zugewanderten hingegen erwartungsgemäß im sächsischen Zittau (7,6%) aus. Der Zuzug von Migranten/Migrantinnen erfolgt in ostdeutschen Kommunen in hohem Maße aufgrund der gesetzlich geregelten Zuweisung von Aussiedlern/Aussiedlerinnen, jüdischen Kontingentflüchtlingen und Asylbewerbern/-bewerberinnen. Es handelt sich eher selten um eine freiwillige Ansiedlung. Dass der Anteil Zugewanderter in Zittau leicht über dem ostdeutschen Durchschnitt von 6,8% liegt, hängt vor allem mit der Lage der Stadt im Grenzraum zu Polen und Tschechien zusammen, wodurch die Stadt über die Zuweisungen hinaus – bisher noch in geringem Umfang – eine gewisse Zuwanderung aus den Nachbarländern generieren kann.

In den vier betrachteten Städten stellen „zugewanderte Ausländer" die größte Gruppe unter den Migranten/Migrantinnen (Tab. 3). Die zweitgrößte Teilgruppe bilden „Ausländer, die nicht selbst zugewandert sind", in der Regel die Nachkommen der Gastarbeitergeneration, die weiterhin über einen ausländischen Pass verfügen. Im Vergleich geringer vertreten sind „zugewanderte Deutsche" sowie „Deutsche mit Migrationshintergrund", die nicht selbst zugewandert sind. Dabei handelt es sich zum einen um eingebürgerte Zuwanderer/Zuwanderinnen aus dem Ausland und ihre Nachkommen, zum anderen um die große Gruppe der (Spät-)Aussiedler/innen.[5] Hierbei ist methodisch anzumerken, dass Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit der Gruppe der „Ausländer" zugeordnet wurden und sich so deren hoher Anteil erklärt. Dazu zählen häufig auch die (Spät-)Aussiedler/innen, die in den westdeutschen Projektkommunen nach den Menschen aus der Türkei die größte Gruppe bilden. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass (Spät-)Aussiedler/innen aus Russland sich zunehmend auf ihre russischen Wurzeln besinnen und wieder die russische Staatsangehörigkeit annehmen, wie aus einzelnen Gesprächen in den Projektkommunen zu erfahren war.

Heterogenität der Zuwanderungsgruppen

Für die Projektkommunen wurde der Migrationshintergrund auch nach wichtigen Herkunftsländern wie der Türkei oder der Russischen Föderation unterschieden. Hinter dieser Differenzierung steht beispielsweise die Vermutung, dass ethnische Segregation und Integration nach dem Herkunftsland variieren (vgl. Bömermann 2011). Weiterhin wurden für die Analyse verschiedene europäische Herkunftsregionen sowie für die Teilgruppe der „Flüchtlinge" in den Jahren 2015 bis 2017 wichtige Hauptherkunftsländer berücksichtigt (Abb. 3).

5 „Spätaussiedler sind im amtlichen Sprachgebrauch seit dem 1. Januar 1993 Menschen, die im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens als deutsche Volkszugehörige nach Deutschland übersiedelt sind. Vorher benannte man sie nach dem Bundesvertriebenengesetz als Aussiedler. Der Begriff umfasst vor allem die Angehörigen von deutschen Minderheiten, deren Familien teilweise seit Generationen in Ostmitteleuropa, Osteuropa, Südosteuropa und teilweise in Asien gelebt haben und die seit 1990 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind" (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2017). Der in diesem Beitrag verwendete Begriff (Spät-)Aussiedler/innen schließt beide Gruppen ein. „Mit dem Ausstellen der Bescheinigungen nach § 15 Abs. 1 oder 2 BVFG erwerben Spätaussiedler und ihre Angehörigen zugleich automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 StAG)." (BAMF 2013: 27).



	Zittau	Mühlacker	Michelstadt	Germersheim
Türken	0,4%	10,8%	6,9%	12,9%
Russen	0,5%	1,3%	3,8%	11,5%
„Flüchtlinge“	1,1%	1,9%	0,6%	2,4%
Westeuropa	0,3%	6,2%	2,0%	3,3%
Südosteuropa	0,3%	4,8%	3,7%	5,7%
Östliches Europa	2,9%	3,6%	2,5%	4,2%

Abb.3: Einzelne Migrantengruppen[6] in ihrem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Vergleich / Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Auch der nationalstaatliche Hintergrund der Personen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich in den einzelnen Projektkommunen erheblich voneinander. In den drei westdeutschen Städten machen Menschen mit türkischem nationalstaatlichem Hintergrund die größte Teilgruppe unter den Zugewanderten aus. Demgegenüber stellen in Zittau vor allem Personen aus dem östlichen Europa stärkere Anteile an der Wohnbevölkerung. Germersheim weist als Besonderheit einen vergleichsweise hohen Anteil an russischen Migranten/Migrantinnen (11,5 %) auf. Seit einigen Jahren ist darüber hinaus eine steigende Zuwanderung aus östlichen und südöstlichen Ländern Europas zu verzeichnen. Es wird deutlich, dass Zuwanderung bzw. Migration in den Städten nicht einheitlich verläuft, sondern stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zuwanderungshistorie zusammenhängt.

6 Für die Darstellung der Migrantengruppen wurden verschiedene Nationalitäten zusammengefasst. Die Gruppe „Flüchtlinge“ ist ein Hilfskonstrukt, da der Flüchtlingsstatus in den Einwohnermeldedaten nicht erfasst ist. Sie umfasst Personen aus den Hauptherkunftsländern Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Iran, Nigeria, Somalia, Guinea, Pakistan im Zeitraum 2015–2017. „Westeuropa“ umfasst Personen aus Frankreich, Italien, dem Vereinigtem Königreich, Griechenland, Spanien, Dänemark, Portugal, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, der Schweiz, Österreich, Monaco, Irland. „Südosteuropa“ umfasst Personen aus Bulgarien, Rumänien, Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Montenegro, Serbien. „Östliches Europa“ umfasst Personen aus Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn.

Der Vergleich zwischen den Zensuserhebungen von 2011 und den ermittelten Daten des Einwohnermelderegisters für 2016 belegt anteilmäßige Verschiebungen der Zuwanderergruppen und ein wachsendes Gewicht von Menschen aus Rumänien, Bulgarien und Syrien. In allen Kommunen wurden in den letzten Jahren „Flüchtlinge" aufgenommen. Personen aus der Arabischen Republik Syrien stellen z.B. in Zittau mit einem insgesamt geringen Anteil zugewanderter Bevölkerung eine der größten Migrantengruppen dar, während in Germersheim, der Projektkommune mit dem höchsten Anteil zugewanderter Bevölkerung, der Anteil von Personen syrischer Herkunft an den Zugewanderten nur einen geringen Prozentsatz ausmacht (Abb. 4).

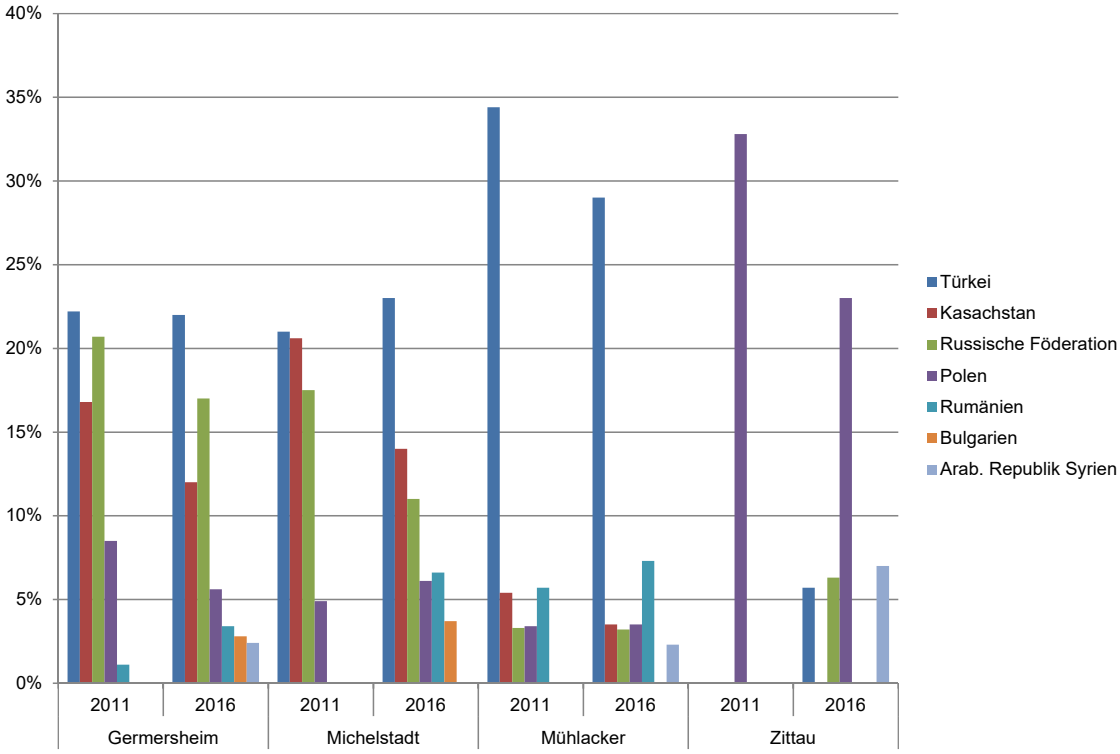


Abb. 4: Anteil der sieben häufigsten Zuwanderergruppen an allen Zuwanderern in den Projektkommunen im Vergleich 2011/2016 / Quelle: Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a

Auch wenn die Fluchtzuwanderung eine sehr unterschiedliche Bedeutung im lokalen Zuwanderungsgeschehen hat, so ist doch für alle betrachteten Städte gleichermaßen festzuhalten, dass die Fluchtzuwanderung den Blick auf Migration und Integration in den Städten verstärkt hat.

Altersstruktur der Bevölkerung

Die amtliche Statistik belegt, dass die Altersstruktur der zugewanderten Bevölkerung in der Regel jünger ist als die der einheimischen deutschen Bevölkerung (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2018). Dies zeigt sich auch in den vier untersuchten Städten.

Durchschnittsalter			
Kommunen	**Personen mit Migrationshintergrund**	**Personen ohne Migrationshintergrund**	**Bevölkerung gesamt**
Germersheim	34 Jahre	48 Jahre	40 Jahre
Michelstadt	34 Jahre	49 Jahre	44 Jahre
Mühlacker	34 Jahre	48 Jahre	43 Jahre
Zittau	29 Jahre	49 Jahre	48 Jahre

Tab. 3: Durchschnittsalter im Vergleich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in den Kommunen / Quelle: Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d

Tabelle 3 zeigt nicht nur die deutlichen Unterschiede beim Durchschnittsalter zwischen den Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die einen Abstand von 15 bis 20 Jahren zwischen diesen beiden Personengruppen belegen. Die Angaben machen auch deutlich, dass je größer die Zuwanderungsgruppe, umso niedriger ist das Durchschnittsalter der Stadtbevölkerung insgesamt. So hat Germersheim mit seinem hohen Anteil an Zuwanderern/Zuwanderinnen im Vergleich mit 40 Jahren das niedrigste Durchschnittsalter, während in Zittau das sehr junge Durchschnittsalter der zugewanderten Bevölkerung von 29 Jahren kaum Einfluss auf das Durchschnittsalter insgesamt hat. Der hohe Anteil Geflüchteter an der Gruppe der Migranten/Migrantinnen, die stark von jungen Männern zwischen 16 und 25 Jahren geprägt ist, begründet in Zittau das geringe Durchschnittsalter der zugewanderten Bevölkerung. Die Daten belegen, dass Zuwanderung einen nachweislich positiven Einfluss auf den demographischen Wandel und die Altersstruktur der Bevölkerung hat.

Der Altersstrukturaufbau der Kommunen variiert sehr stark (Abb. 5). So stellt aufgrund der allgemein hohen Zuwanderung in Germersheim die Gruppe der Zugewanderten in der Altersstufe zwischen 16 und 60 Jahren mit etwa 60% erwartbar die Mehrheit, der Anteil steigt bei der Gruppe der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahre sogar auf knapp 80%. Germersheim wird in Zukunft zu einer fast reinen Zuwanderungsgesellschaft werden. Diese Entwicklung deutet sich in etwas abgeschwächter Form auch für Mühlacker an. Während Politik und Verwaltung in Germersheim die Entwicklung mit ihren Auswirkungen noch nicht in Gänze realisieren wollen und die eindeutigen statistischen Befunde bezweifeln, diskutiert die Stadt Mühlacker die Frage, was es bedeutet, zu einer „mehrheitlichen Minderheitengesellschaft“ zu werden und welche Folgen dies für die Entwicklung des Gemeinwesens und den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft hat, ohne dafür bereits Antworten gefunden zu haben.

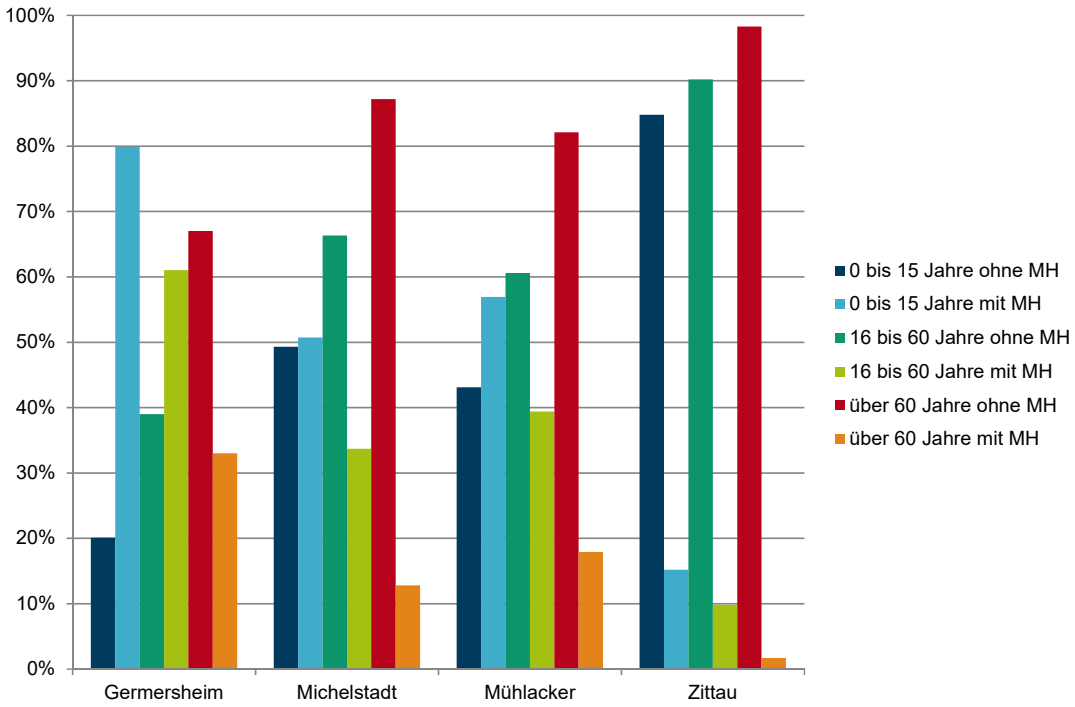


Abb. 5: Altersstruktur der Personen mit und ohne Migrationshintergrund (MH) in den Projektkommunen, Stichtag Erhebungen: 31.12.2016 / Quelle: Demographie Kommunal 2017a; 2017b; 2017c; 2017d; eigene Berechnungen

3.3 Sozialräumliche Verortung der Zuwanderergruppen

In der öffentlichen Debatte über gelingende oder nicht gelingende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird als eine Ursache oft deren räumliche Konzentration in sogenannten „Migrantenvierteln" genannt. Argumentiert wird beispielsweise, das Wohnen in „Migrantenmilieus" erschwere die Integration. Häußermann/Siebel (2007: 107) sprechen in diesem Zusammenhang von Kontexteffekten, die die räumliche Segregation haben könne. Deren bloße Existenz lasse allerdings noch keine Schlüsse auf ihre Effekte zu, denn diese könnten sowohl positiv als auch negativ sein. Positive Effekte für Neuzuwanderer/-zuwanderinnen werden vor allem in der Nähe zur eigenen Herkunftsgruppe gesehen. Sie bietet soziale Netzwerke und informelle Unterstützungsstrukturen für das Einleben in die neue Gesellschaft. Negative Wirkungen werden insbesondere mit dem Fehlen von Kontakten zur Mehrheitsgesellschaft in Verbindung gebracht. Solche Kontakte erleichtern das Erlernen der Sprache und die soziale Mobilität. In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, ob und wie häufig es solche „Migrantenviertel" in deutschen Städten gibt.

Um dieser Frage für die vier hier näher betrachteten Kommunen nachzugehen, wurde die Verteilung einzelner Gruppen von Migranten/Migrantinnen auf die Stadtteile betrachtet. Als räumliche Einheiten wurden in der Regel die Wahlbezirke für die Analyse

genutzt. Der Auswertung in Zittau lag die Einteilung in Stadtbezirke zugrunde, die in ihrer sozialräumlichen Abgrenzung aber in etwa Wahlbezirken entsprechen. Die Daten sind also durchaus vergleichbar. Um zunächst der Frage nachzugehen, ob sich Zugewanderte in den Innenstädten konzentrieren, wurden die räumlichen Einheiten zu Kernstadt, Innenstadt[7] und Ortsteilen zusammengefasst. So ist zunächst festzustellen, dass es eine Konzentration von Zugewanderten in den Kernstädten gibt, in den eingemeindeten Ortsteilen sind sie weniger präsent. Dies verdeutlicht beispielhaft die Übersichtskarte für die Stadt Mühlacker (Abb. 6).

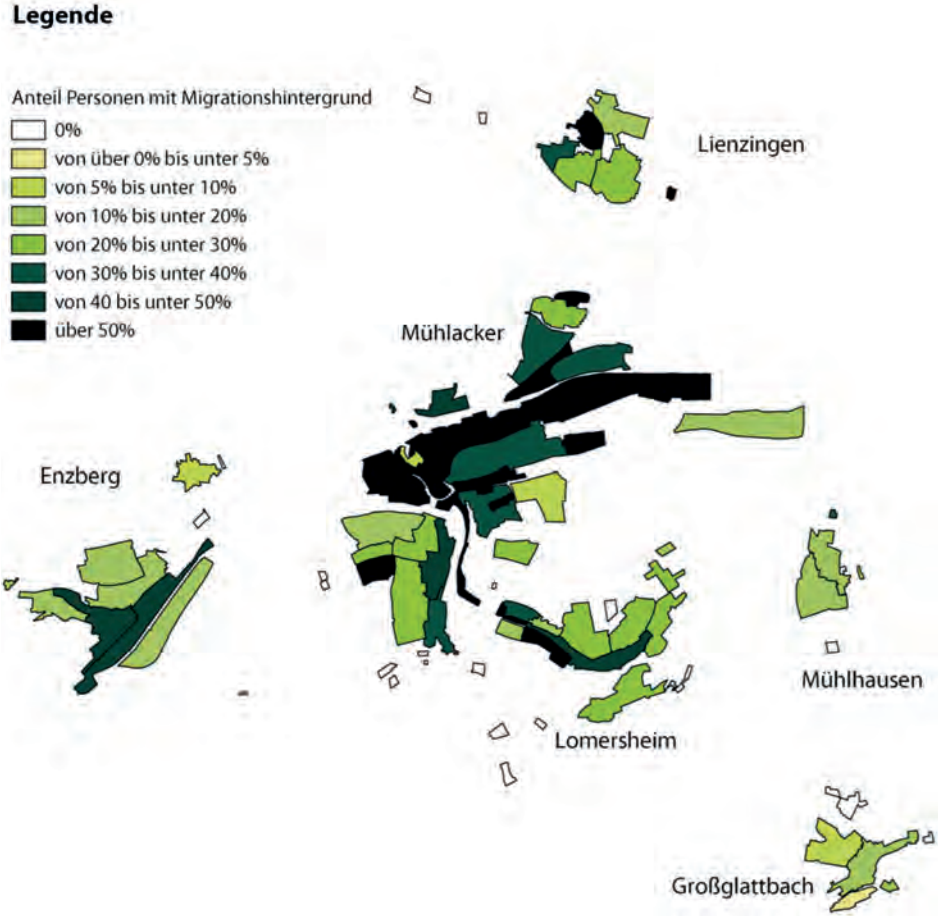


Abb. 6: Verteilung der Zuwanderergruppen in der Stadt Mühlacker / Quelle: Demographie Kommunal 2017c

7 Die räumliche Abgrenzung der Innenstädte erfolgte dabei anhand der Raumbezugseinheiten der vorliegenden Einwohnermeldedaten und der Angaben der Kommunen zur Abgrenzung der Innenstädte.

Die Daten (Tab. 4) bilden aber auch ab, dass gerade in den Innenstädten jeweils relativ hohe Anteile an Menschen mit Migrationshintergrund vorzufinden sind. In Germersheim sind allerdings vergleichbar hohe Anteile an Zugewanderten auch in anderen Stadtteilen zu finden. In den Innenstädten ist die Gruppe der Ausländer/Ausländerinnen jeweils besonders stark konzentriert. Vor allem in Germersheim macht sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Innenstadt aus. In Mühlacker trifft dies für annähernd die Hälfte der Bewohnerschaft zu. Migranten/Migrantinnen mit deutscher Staatsbürgerschaft lassen sich demgegenüber vor allem in den westdeutschen Städten tendenziell eher in Wohngebieten außerhalb der Innenstädte nieder. Neubaumietwohnungsbestände sind dabei bevorzugte Wohnadressen der Zugewanderten.

Die vorliegenden Befunde bestätigen Ergebnisse aus Vorgängerstudien, die eine Konzentration von Zugewanderten in den Innenstadtbereichen von Klein- und Mittelstädten belegen (vgl. Schader-Stiftung 2011: 156).

Kommunen	Anteil Bevölkerung mit MH*	Anteil mit MH* Innenstadt	Ausländer Innenstadt	Deutsche mit MH* Innenstadt	Deutsche ohne MH* Innenstadt
			Prozent		
Germersheim	58,1	63,2	57,1	6,1	36,8
Michelstadt	30,0	29,0	24,4	4,6	71,0
Mühlacker	36,6	57,5	49,2	8,2	42,5
Zittau	7,6	17,5	15,9	1,6	82,5

* MH = Migrationshintergrund

Tab. 4: Verteilung von Zugewanderten in der Innenstadt / Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Um die Frage der sozialräumlichen Konzentration zu vertiefen, wurde in den Projektkommunen getrennt nach Herkunftsländern (Türkei, Russische Föderation), den wichtigen Hauptherkunftsländern von „Flüchtlingen" sowie nach mehreren europäischen Herkunftsregionen der räumliche Segregationsindex (SI) berechnet. Dieser Indikator zeigt, in welchem Ausmaß Personen verschiedener Bevölkerungsgruppen räumlich konzentriert in bestimmten politisch-administrativen Raumeinheiten (in Städten, Stadtteilen, usw.) leben. Der Segregationsindex gibt also einen Überblick über die Verteilung eines Merkmals in der Stadt. Je höher der Wert, desto ungleicher ist das Merkmal über die Stadt verteilt. Räumliche Segregation kann als ein Indikator der gesellschaftlichen Integration dienen. Mit Blick auf die hier untersuchten Städte ist allerdings hervorzuheben, dass nur die Herkunft und nicht die soziale Situation oder Lage betrachtet werden konnte. Es kann also mit diesen Ergebnissen nicht auf soziale Benachteiligungen oder Probleme geschlossen werden.

Berechnet wurde der Segregationsindex auf Grundlage der räumlichen Einteilung von Wahl- oder Stadtbezirken (Tab. 5).

		Migrantengruppen[2]						
Stadt:		Insgesamt[3]	Türkei	Russische Föderation	„Flüchtlinge“[2]	Westeuropa[2]	Südosteuropa[2]	Osteuropa[2]
Germersheim	SI	23,1	27,1	18,8	28,6	24,1	30,8	16,5
Michelstadt	SI	26,9	31,3	28,7	26,4	16,1	26,5	13,4
Mühlacker	SI	25,0	26,3	24,7	38,4	17,3	16,8	13,7
Zittau[4]	SI	25,5	38,1	30,6	30,0	19,8	26,3	19,3

1 Der Segregationsindex (SI) misst die ungleiche räumliche Verteilung von Bevölkerungsmerkmalen und drückt diese in einer Zahl für die Gesamtstadt aus. Er gibt somit einen Überblick über die Verteilung eines Merkmals in der Stadt. Je höher der Wert, desto ungleicher ist das Merkmal über die Stadt verteilt. Er nimmt Werte von 0 bis 100 an, wobei 0 einer völlig gleichmäßigen Verteilung der Teilgruppe über alle Teilräume entspricht. Eine Gruppe hätte in diesem Fall in allen Teilgebieten denselben Anteil an der Gesamtbevölkerung. Konkret entspricht der Segregationsindex dem prozentualen Anteil der Teilgruppe, der umziehen müsste, um eine Gleichverteilung in der Gesamtbevölkerung zu erreichen.

2 Einteilung der Einzelgruppen erfolgt anhand der Merkmale „erste Staatsangehörigkeit“ und „Geburtsland“. Zur Zusammensetzung der hier gebildeten Migrantengruppen siehe Fußnote 4 oben.

3 Umfasst alle Personen mit Migrationshintergrund (siehe Definition der vier Migrantengruppen).

4 Berechnet nach Stadtvierteln.

Tab. 5: Segregation[1] von Personen mit Migrationshintergrund (nur Personen mit Hauptwohnsitz) nach Wahlbezirken / Quelle: Landua/Kirchhoff 2018

Tabelle 5 zeigt für einzelne Projektkommunen das Ausmaß ethnischer Segregation, das heißt die ungleiche Verteilung einzelner Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet. Die räumliche Segregation von Personen mit Migrationshintergrund weist auf gesamtstädtischer Ebene vergleichbare Werte für die Städte auf. Ein Vergleich der Tabellen 2 und 5 weist darauf hin, dass die Segregation und die Höhe des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund weitgehend voneinander unabhängig sind. Es scheint also keinen festen Zusammenhang zwischen der Häufigkeit und der räumlichen Konzentration dieses Merkmals im Stadtgebiet der Projektkommunen zu geben. Die Verteilung in Germersheim, Michelstadt und Mühlacker zeigt: Die Städte haben zwar relativ hohe Anteile an Zugewanderten, aber bezogen auf die Gesamtheit der Bewohner/innen mit Migrationshintergrund zeigt sich eine weitgehend gleichmäßige räumliche Verteilung im Stadtgebiet.

Bei Betrachtung einzelner ethnischer Gruppen finden sich jedoch Unterschiede. So leben beispielsweise türkische Zuwander/innen oft stärker segregiert als die Gesamtheit aller Migranten/Migrantinnen und präferieren häufig die Innenstadt als Wohnstandort. Gleiches gilt für Zittau hinsichtlich des hohen Anteils an Migranten/Migrantinnen aus der Russischen Föderation und aus Osteuropa. Zugewanderte aus westeuropäischen Herkunftsregionen zeigen für die meisten Projektkommunen hingegen einen vergleichsweise niedrigen Segregationswert, sowohl im Vergleich mit allen Migranten/Migrantinnen als auch im Vergleich mit den anderen Gruppen mit spezifischem Migrationshintergrund. Etwas überraschend ist der niedrige Segregationswert für die Bevölkerung russischer Herkunft in Germersheim. Denn hier sind im lokalen Sprachgebrauch einige Stadtgebiete weiterhin mit dem Stigma „Russenviertel" belegt, obwohl diese in der Realität augenscheinlich so nicht mehr existieren. Laut Auskunft des städtischen Integrationsbeauftragten haben sich die Bewohner/innen russischer Herkunft zwar anfänglich in bestimmten Neubaugebieten konzentriert. Doch mit der zunehmenden Bildung von Wohneigentum hat sich diese Gruppe über das Stadtgebiet verteilt, was sich in den Daten widerspiegelt.

Vergleichsweise hohe Segregationswerte zeichnen sich in Mühlacker und Zittau für Personen aus den Hauptherkunftsländern für „Flüchtlinge" ab. Auffällig ist, dass der Anteil von Zugewanderten aus der Arabischen Republik Syrien in den Innenstädten von Mühlacker, Germersheim und Zittau deutlich höher liegt als im gesamtstädtischen Durchschnitt (Demographie Kommunal 2017a; 2017c; 2017d). Aus den qualitativen Erhebungen wissen wir, dass Geflüchtete in diesen Städten überproportional in Einzelwohnungen und kleinen Gemeinschaftsunterkünften in der Innenstadt untergebracht wurden. Die meisten Städte haben dabei bewusst auf eine „dezentrale Unterbringung"[8] in Wohnungen gesetzt, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Geflüchteten zu erhöhen und damit den Integrationsprozess zu fördern.

Im Vergleich wird weiterhin deutlich, dass in den drei westdeutschen Kommunen Stadträume mit einem besonders hohen Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorzufinden sind. In Mühlacker, Germersheim und Michelstadt liegt in einigen Wahlbezirken der maximale Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei über 50%. Auch in einzelnen Ortsteilen sind erhöhte Anteile von Zugewanderten festzustellen: In Mühlacker sind dies die Ortsteile Enzberg und Lienzingen, in Michelstadt der Ortsteil Rehbach.

Die Studie der Schader-Stiftung hat bereits gezeigt, dass es Segregationstendenzen auch in kleineren Städten gibt. Doch diese sind eher kleinräumig auf Wohnblock- oder Straßenzugsebene zu finden, sodass strukturelle Benachteiligungen aufgrund des Wohnens weniger wirksam werden. Gleichwohl können einzelne Quartiere einer Stigmatisierung als „Armenviertel" oder „Ausländerghetto" ausgesetzt sein (Schader-Stiftung 2011: 156 f.).

8 „Dezentrale Unterbringung" wird als Begriff für die Unterbringung von Geflüchteten außerhalb einer Gemeinschaftsunterkunft oder größeren Aufnahmeeinrichtung in Wohnungen genutzt. Das können auch mehrere Wohnungen in einem Gebäude sein.

Die Herausbildung von „ethnischen Quartieren“, also Teilräumen mit hohem Anteil eines bestimmten ethnischen Hintergrunds in der Bevölkerung, ist in den untersuchten Städten eher selten. Ein Beispiel ist der bereits genannte Ortsteil Rehbach in Michelstadt, wo sich in einem neu ausgewiesenen Einfamilienhausgebiet vornehmlich (Spät-)Aussiedler/innen ansiedelten. Die Einwohnerschaft bildet heute jeweils zur Hälfte die deutsche und die russischstämmige Bevölkerung. Diese Entwicklung ist nicht konfliktfrei verlaufen und wird vor allem von der deutschen Bevölkerung mit Verunsicherung wahrgenommen und latent abgelehnt.

Bei der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund liegt der Maximalwert des entsprechenden Bevölkerungsanteils in Germersheim bei 26,4%. Kein einziges Gebiet erreicht für diese Teilgruppe einen Bevölkerungsanteil von über 30%. Homogene ethnische Viertel, die von einer Herkunftsgruppe dominiert werden, sind in den Projektkommunen also nicht vorzufinden.

Diese Ergebnisse bestätigen die von Söhn/Schönwälder (2007) anhand der Auswertung kommunaler Statistiken aus 33 Großstädten und der Innerstädtischen Raumbeobachtung des BBSR vorgelegten Untersuchungsergebnisse. Demnach ist das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern/Ausländerinnen in gemischten Quartieren auch in Städten mit hohen Zuwandereranteilen für Deutschland typisch. In keiner der von ihnen betrachteten Gebietseinheiten stellte eine einzelne Nationalität mehr als 40% der Bevölkerung (vgl. ebd.: 81).

4 Blick auf Zuwanderung und das Zusammenleben

Wie wird die Vielfalt in den Projektkommunen wahrgenommen? In den Gesprächen und Diskussionen mit kommunal Verantwortlichen und integrationspolitischen Akteuren ist gesellschaftliche Vielfalt als Idee oder Vorstellung meist grundsätzlich positiv konnotiert. Sie wird mit gesellschaftlicher Dynamik, Lebendigkeit, Zukunftsfähigkeit und einem Mehrwert durch kulturellen Austausch verbunden. Gleichzeitig wird das reale Zusammenleben zugewanderter und einheimischer Bevölkerung eher als ein Nebeneinander denn als Miteinander wahrgenommen und ist mit Unsicherheiten verbunden. Viele der Zugewanderten, vor allem die (Spät-)Aussiedler/innen, ziehen sich, so die oft gehörte Aussage, in die eigene Community zurück. Auch die starke Präsenz vor allem von Zugewanderten türkischer Herkunft in den Innenstädten von Mühlacker und Germersheim wird eher ambivalent bewertet. Kritisiert werden beispielsweise die geringe Investitionsneigung nichtdeutscher Immobilienbesitzer in die Gebäudesubstanz und damit in Zusammenhang gebrachte Downgrading-Effekte in bestimmten Teilräumen der Innenstadt. Mit dem verstärkten Zuzug von Migranten/Migrantinnen und sei auch ein Ansehensverlust der Innenstadt als Einzelhandels- und Wohnstandort verbunden, sodass ihre Funktion als zentraler Begegnungsort der Stadtgesellschaft nicht ausreichend wahrgenommen werde (Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a).

Zugleich werden die Segregationsprozesse nicht nur negativ bewertet: Mit dem Rückzug in die eigene Community sei eine Minderung der Konfliktfelder verbunden. Solange es sich um ein offenes Nebeneinander handele, getragen von gegenseitiger Akzep-

tanz, könne diese Entwicklung durchaus positiv gesehen werden, so die Meinung einiger Gesprächspartner/innen. Vielfalt bedeute Unterschiedlichkeit und lebe davon, dass die jeweils eigene Identität gewahrt bleibt.

Die Diskussionen um Vielfalt und Integration stehen in den Projektkommunen in einem engen Zusammenhang mit Beteiligung. In den Kommunen findet sich ein hohes ehrenamtliches Engagement in Sport-, Kultur- und Traditionsvereinen sowie -initiativen. Diese sind maßgebliche Träger von Teilhabe und Partizipation und fördern mit ihren Aktivitäten das Zusammenleben und die Integration in die städtische Gemeinschaft. Auch die Kirchen sind wesentliche Ankerpunkte und Impulsgeber für Aktivitäten zur Verbesserung der Integration. Wichtige soziale Netzwerkfunktionen übernehmen die Religionsgemeinschaften der Zugewanderten, die aus Sicht einiger Gesprächspartner/innen in den Kommunen aber noch zu wenig als Repräsentanten/Repräsentantinnen und Ansprechpartner/innen von Politik und Verwaltung wahrgenommen werden.

Hinsichtlich der Teilhabemöglichkeiten der Zugewanderten werden deutliche Handlungsbedarfe und Unsicherheiten formuliert. In einigen Kommunen wurde als Problem die geringe Zahl der Akteure im Themenfeld Integration genannt und dass diese dadurch stark belastet seien. Es stelle sich die Frage, wie mehr Aktive gewonnen, wie gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung aller Gruppen in der Stadt herbeigeführt und gefördert werden können. Im Zentrum müsse die Frage des „Miteinanders" stehen, eine einseitige Ausrichtung der Aktivitäten auf bestimmte Zielgruppen könne Ressentiments verstärken und dem Anliegen einer verbesserten Integration entgegenstehen. Es müsse die ganze Stadtgesellschaft in den Blick genommen werden.

In diesem Zusammenhang wird das Fehlen von Begegnungsorten und Treffpunkten für alle Bevölkerungsgruppen in den beteiligten Städten insgesamt kritisch bewertet und deren Schaffung insbesondere in den innerstädtischen Bereichen als prioritär für den sozialen Zusammenhalt und bessere Teilhabechancen der unterschiedlichen Bewohnergruppen angesehen. Um den Mangel an Begegnungsorten auszugleichen, haben z. B. die Städte Germersheim und Michelstadt den Aufbau von Familienzentren beschlossen. Die Förderung von Begegnung und Dialog wird als ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Integration erachtet. Die Realisierung eines solchen Ziels erfordert jedoch nicht allein geeignete Räumlichkeiten. Begegnungen sind Prozesse, die durch verschiedene Menschen initiiert und begleitet werden müssen und einer konzeptionellen Grundlage bedürfen. Und hier fehlt es häufig an personellen Ressourcen, um solche Prozesse dann auch langfristig tragen zu können.

In den Projektkommunen hat sich Kommunalpolitik lange Zeit eher passiv verhalten und ist in der Regel erst dann integrationspolitisch aktiv geworden, wenn Probleme offenbar oder sichtbar wurden (vgl. auch Schader-Stiftung 2011: 84). So hat Germersheim in den 1990er Jahren nach wiederholten Auseinandersetzungen zwischen türkischen und russischen Jugendlichen mit einem Mediationsverfahren und dem Aufbau von Angebots- und Beratungsstrukturen auf die Konflikte reagiert. Die erhöhte Fluchtzuwanderung in den letzten Jahren war in vielen kleineren Städten Auslöser für den Erstaufbau von Strukturen der Integrationsarbeit, wie die Einsetzung eines oder

einer Integrationsbeauftragten, deren Funktion allerdings meist mit wenigen Ressourcen untersetzt ist. Obgleich zum Beispiel in Mühlacker Zuwanderung seit der Gastarbeitermigration eine große Rolle spielt, wurde erst 2014 die Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten eingerichtet. In Michelstadt entstand 2012 eine entsprechende Stelle, die 2017 als Stabsstelle Integration beim Bürgermeister mit eigenem Budget aufgewertet wurde. Zittau verfügt demgegenüber bis heute über keine integrationsbezogenen Strukturen innerhalb der Verwaltung.

In mehreren Projektkommunen wurde von den Akteuren deutlich auf die fehlende Repräsentanz von Zugewanderten in den kommunalpolitischen Vertretungen hingewiesen. Damit bestätigen sich Erfahrungen aus dem Forschungsprojekt der Schader-Stiftung: „Die politischen Parteien zeigen bislang noch zu wenig Bereitschaft, Migrantinnen und Migranten gezielt anzusprechen und sie für ein politisches Engagement in der Kommune zu motivieren. Entsprechende Initiativen würden zumeist vor Wahlen entfaltet; ihnen fehle es aber in der Regel an Nachhaltigkeit“ (Schader-Stiftung 2014: 117).

Allgemein ist in allen Kommunen die schlechte Erreichbarkeit der Zuwanderer/Zuwanderinnen und deren mangelnde Motivation für gemeinsame Aktivitäten ein großes Thema. Die Angebote für die zugewanderte Bevölkerung zur Teilhabe würden nicht immer angenommen, und es besteht Unsicherheit, mit welchen Methoden der Aktivierung und Einbindung dies gelingen kann. In diesem Zusammenhang kommen Fragen der interkulturellen Öffnung zum Tragen, die bei vielen Akteuren erst allmählich ins Blickfeld rückt und eine selbstkritische Bestandsaufnahme hinsichtlich der Zugangschancen unterschiedlicher kultureller und sozialer Gruppen intendiert. Nur Michelstadt hat das Thema „interkulturelle Öffnung“ ins Zentrum gerückt und u. a. 2018 Fortbildungen in interkultureller Kompetenz für alle Mitarbeiter/innen der Verwaltung ermöglicht.

Eine strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik – auch mit Blick auf die künftige Entwicklung der Stadt – fehlt bislang weitgehend. Nur Germersheim verfügt seit 2015 über ein mit dem Landkreis gemeinsam erarbeitetes Integrationskonzept. Insbesondere im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung ist der Mangel an Strukturen und Konzepten sichtbar geworden und hat dazu geführt, dass auch die kleineren Städte die Notwendigkeit einer strategischen Steuerung der Integration erkannt haben. So haben Mühlacker und Michelstadt mittlerweile die Entwicklung eines strategischen Handlungskonzeptes in Angriff genommen.

5 Fazit

Nicht nur die Migrationsforschung hat den Blick auf die Kleinstädte vernachlässigt, auch die Städte selbst haben die Zuwanderung wenig beachtet und daher deren Bedeutung für ihr Gemeinwesen nicht oder erst spät erkannt und die Veränderungen kaum steuernd begleitet.

Angesichts des demographischen und sozialen Wandels werden die Städte ihr Verhältnis zur zunehmenden Vielfalt der Stadtgesellschaft und zu deren Bedeutung für die Entwicklung ihres Gemeinwesens klären müssen. Mit Blick auf die Veränderungen ist zum einen eine stärkere kommunalpolitische Gestaltung bezogen auf Infrastruktur, die Ausstattung der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sowie die Organisation von Begegnung und gegenseitigem Austausch gefragt. Zur nachhaltigen Sicherung der Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens und lokaler Politik sind zum anderen politische und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten für Zugewanderte auszubauen. Dazu bedarf es niedrigschwelliger Zugänge in politische und gesellschaftliche Strukturen, wie Parteien und Vereine, am besten über direkte persönliche Ansprache und die Einbindung von Multiplikatoren als Brückenbauer. Zur Bewertung der lokalen Situation benötigen die Städte Grundlagendaten, u.a. zur Bevölkerungsstruktur sowie zu deren Entwicklung und der kleinräumigen Verteilung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Derartige Daten stehen in der Regel nicht zur Verfügung; der Mangel wird auch von der Kleinstadtforschung beklagt (ARL 2019: 6).

Mit den vorliegenden Ergebnissen der sozialräumlichen Verteilung der Zuwanderergruppen ist vor Ort stärker als bisher die Bedeutung des Sozialraums für Integrationsprozesse ins Bewusstsein gerückt. Eine sozialraumorientierte Integrationspolitik würde nicht nur einen Perspektivwechsel des Verwaltungshandelns auf raumbezogene soziale Prozesse bedeuten, sie würde auch eine engere Verzahnung und Kooperation der zuständigen Verwaltungsressorts für die Bereiche Soziales, Wohnen und Stadtentwicklung erfordern. Mit dem Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten" des Difu konnten dafür in den teilnehmenden Kommunen Wege geöffnet und Impulse gesetzt werden (Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018a; 2018b).

Nicht zuletzt können die Kommunen die anstehenden Integrationsaufgaben nicht ohne die Unterstützung der Länder und der Landkreise vollziehen, insbesondere was die Gestaltung der Rahmenbedingungen und die Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen angeht. Hier sind u.a. Landesprogramme[9] gefragt, die den Kommunen finanzielle und organisatorische Hilfen für den Aufbau von Strukturen und eine strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik anbieten.

6 Weitergehender Forschungsbedarf

Die vier Kommunen stehen nur beispielhaft für kleinere Städte in Deutschland. Repräsentative oder verallgemeinerbare Aussagen sind nicht möglich. Aber in der vorliegenden Studie und den Arbeiten dazu wurden unterschiedliche Forschungsbedarfe ersichtlich.

9 Beispielhaft steht dafür das WIR-Programm des Landes Hessen (WIR steht für Wegweisende Integrationsansätze Realisieren). Mit dem Förderprogramm sollen die Integrations- und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden, insbesondere von neu Zugewanderten. Die Programmschwerpunkte liegen auf der interkulturellen Öffnung von Ämtern, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen sowie dem Ausbau der Willkommens- und Anerkennungskultur in den Städten und Landkreisen.

1 Der Sozialraum und die sozialräumliche Integration als kommunalpolitisches Handlungsfeld der Kleinstädte gewinnen an Bedeutung. Hier bedarf es jedoch weitergehender Untersuchungen, die mit einer größeren und die Bandbreite kleinerer Städte besser abbildenden Fallzahl Fragen der sozialräumlichen Integration, der Bedeutung der Stadt- und Ortsteile mit hoher Zuwanderung für die Gesamtstadt und ihrer jeweiligen Infrastrukturausstattung zur Gestaltung von Integrationsprozessen eingehender beleuchten.

2 Ein weiterer Aspekt ist die Datenlage. Wie dargestellt, fehlt den Kleinstädten zumeist Grundlagenwissen über die zugewanderte Bevölkerung und ihre sozialräumliche Verortung. Untersuchungen könnten aufzeigen, wie z. B. die vorhandenen Einwohnermeldedaten mit geringen Ressourcen regelmäßig statistisch ausgewertet werden können, sodass ein Monitoring der Zuwanderungsbewegungen und der Bevölkerungsentwicklung ermöglicht wird. Hier wäre auch zu prüfen, inwieweit die Landkreise für die Kommunen regelmäßige Auswertungen erstellen können. Ergänzt werden könnten diese durch Auswertungen der Schul- und Bildungsstatistik, der Erwerbsbeteiligung sowie der Wohnungsmarktentwicklung, um genauere Angaben über die soziale Lage der Zugewanderten zu erhalten.

3 Ein dritter Aspekt zielt auf die Bedeutung der Kleinstädte als Zuwanderungsdestinationen in den ländlichen Räumen und ihre Rolle für die Entwicklung der ländlichen Räume. Welche Infrastrukturangebote müssen in den Kleinstädten vorhanden sein, damit Integration in den ländlichen Räumen gelingen kann, welche besonderen Bindungsfaktoren übernehmen sie, wie kann die Kooperation zwischen den Städten und Gemeinden verbessert werden und wie kann die Mobilität individuell eher immobiler Bewohnergruppen und die Erreichbarkeit von Integrationsinfrastrukturangeboten gesichert werden?

4 Ein letzter Aspekt betrifft Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe und der Beteiligung der zugewanderten Bevölkerung, insbesondere im Bereich der Kommunalpolitik, in der Zuwanderer/Zuwanderinnen weitgehend nicht präsent sind. Wie kann politische Teilhabe der Zugewanderten in den Kleinstädten gestärkt und ihre Motivation zur gemeinsamen Gestaltung des städtischen Gemeinwesens erhöht werden? Hierzu wären Untersuchungen zu den Perspektiven der Zugewanderten auf lokale Politikprozesse wünschenswert, ebenso wie zu deren Selbstorganisation und Interessenvertretung (z. B. in Beiräten) sowie zu Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Handelns für Zugewanderte in Kleinstädten.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2019): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 113.
BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013): (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Nürnberg. = Forschungsbericht 20.
BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020): Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen. Nürnberg. = Forschungsbericht 36.
Bertelsmann Stiftung (o. J.): Wegweiser Kommune. http://www.wegweiser-kommune.de/statistik (24.04.2020).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (o. J.): Laufende Raumbeobachtung – Raumabgrenzungen. Raumtypen 2010.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_alt.html (21.01.2021)
BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010): Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration. Bonn. = BMVBS-Online-Publikation Nr. 08/2010.
Bömermann, H. (2011): Leben Berliner mit Migrationshintergrund segregiert? In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 3, 54-73.
Boos-Krüger, A. (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums. Annäherung an ein neues Forschungsprojekt. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt": Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Darmstadt, 407-444.
Demographie Kommunal (2017a): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Stadt Germersheim (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
Demographie Kommunal (2017b): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Stadt Michelstadt (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
Demographie Kommunal (2017c): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Großen Kreisstadt Mühlacker (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
Demographie Kommunal (2017d): Ausgewählte Bevölkerungsstrukturdaten der Stadt Zittau (unter besonderer Berücksichtigung der Personen mit Migrationshintergrund). Unveröffentlicht.
Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2016): Forschungs-Praxis-Projekt: Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe. Erster Zwischenbericht. Berlin.
empirica (2015): Familien aufs Land – Teil 2. empirica paper Nr. 230.
https://www.empirica-institut.de/kufa/empi230rbhs.pdf (16.09.2020).
GdW – Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei wissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern. Berlin. = GdW Schriftenreihe 48.
Häußermann, H.; Siebel, W. (2007): Integration trotz Segregation – zum Stand der wissenschaftlichen Debatte. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt": Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt". Darmstadt, 92-119.
Kirchhoff, G.; Landua, D.; Reimann, B. (2019): Zusammenhalt braucht Räume. Unterbringung und Wohnsituation von Neuzugewanderten und Geflüchteten. Ergebnisse einer Kommunalbefragung. Berlin.
Landua, D.; Kirchhoff, G. (2018): Sozialräumliche Segregation in Klein- und Mittelstädten. Erkenntnisse aus den Projektkommunen. In: Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-Ch.: Vielfalt gestalten: Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu Stadt Forschung Praxis. Berlin.
Leibert, T. (2021): Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208. = Forschungsberichte der ARL 16.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-Ch. (2018a): „Stadt und Integration gestalten" – Die Projektkommunen. Fallstudienbericht des Forschungs-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe". Berlin.
Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-Ch. (2018b): Vielfalt gestalten: Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu Stadt Forschung Praxis. Berlin.
Robert Bosch Stiftung (o. J.): Land.Zuhause.Zukunft.
https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/landzuhausezukunft (24.04.2020).
Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt.
Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Räumen. Ein Handbuch für Kommunen. Darmstadt.

Söhn, J.; Schönwälder, K. (2007): Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“: Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt, 73-91.
Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): Bevölkerung mit Migrationshintergrund. – Ergebnisse des Mikrozensus 2010 – hochgerechnet auf Basis des Zensus 201. o.O. = Sonderausgabe der Fachserie 1 Reihe 2.2, Ausgabe 2010.
Statistisches Bundesamt (Destatis) (2018): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018. o.O. = Fachserie 1 Reihe 2.2.
Thünen-Institut für Ländliche Räume (2018): Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen. www.gefluechtete-in-laendlichen-raeumen.de (16.12.2020).
Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (2007): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt.

Autorin

Gudrun Kirchhoff *ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet seit 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin, Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Migration, Integration und Stadtentwicklung. Sie koordinierte verschiedene Forschungsprojekte, die die sozialräumliche Integration von Zugewanderten und die Qualifizierung kommunaler Integrationspolitik insbesondere in den Kommunen des ländlichen Raums zum Thema hatten.*

Lars Porsche

KLEINSTÄDTE – FÖRDERPROGRAMME UND FORSCHUNGSINITIATIVEN

Gliederung

1 Einleitung
2 Bundesprogramm und -initiativen
2.1 Initiative „Kleinstädte in Deutschland“
2.2 Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden. Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“
3 Forschung- und Praxisaktivitäten auf Bundesebene
3.1 Pilotphase Kleinstadtakademie
3.2 Innovationsplattform Zukunftsstadt (IPZ)
3.3 „Kommunen innovativ“ – Forschungsprojekte für Kommunen und Regionen im demographischen Wandel
3.4 Cluster Kleinstadtforschung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
4 Förderungen und Initiativen der Bundesländer
4.1 Städtebauförderung
4.2 Niedersachsen: Förderprogramm „Zukunftsräume“
5 Fazit
Literatur

Kurzfassung
Förderprogramme und Forschungsinitiativen des Bundes und der Länder spielen für alle Städte und Gemeinden eine wichtige Rolle zur Vernetzung mit anderen Kommunen und zur Generierung neuen Wissens wie auch neuer Ansätze für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Der Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung“ konstatierte das Fehlen von Forschungs- wie Programmförderung zu Kleinstädten. Der Beitrag stellt eine Auswahl an Programmen und Initiativen vor diesem Hintergrund dar und versucht zu hinterfragen, ob eine spezifisch auf Kleinstädte ausgerichtete Forschung und Förderung notwendig ist.

Schlüsselwörter
Programmförderung – Forschungsprogramme – Forschungsinitiativen – Bund – Länder – Kleinstädte

Small towns – Funding programmes and research initiatives

Abstract
Funding programmes and research initiatives by the German federation and federal states play an important role for all towns and municipalities, especially in terms of networking with other municipalities, generating new knowledge and also new approaches to sustainable urban development. The ad-hoc working group 'Small town research' established that there is a lack of research funding and programmatic finance for small towns. This article therefore examines selected programmes and initiatives and attempts to determine whether research and funding specifically targeting small towns are necessary.

Keywords
Programme funding – research programmes – research initiatives – German federation – German federal states – small towns

1 Einleitung

Der Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung" konstatierte in seinem Positionspapier nicht nur „eine systematische Aufmerksamkeitslücke der sozial- und planungswissenschaftlichen Stadt- und Raumforschung für Kleinstädte und ihre Entwicklungsprozesse". Er hat auch das Fehlen von Forschungs- wie Programmförderung zu Kleinstädten aufgezeigt (ARL 2019: 8 ff.). In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen, Förderprogramme und Forschungsinitiativen des Bundes und der Länder zu Kleinstädten schlaglichtartig vorzustellen und zu beschreiben. Für den Ad-hoc-Arbeitskreis war dies kein primärer Arbeitsauftrag. Aufgrund der Analysen und Diskurse in diesem Band sowie wiederkehrender Forderungen nach mehr systematischer Forschung, besserer und einfacherer Datenverfügbarkeit etc. lohnt sich ein Blick auf die Initiativen, Programme und Forschungen vor allem des Bundes. Der Fokus richtet sich dabei darauf zu eruieren, ob, wo und in welcher Ausprägung diese für Kleinstädte existieren und worauf sie abzielen.

Vorab ist festzuhalten, dass es aktuell nur wenige explizite Förderungsprogramme sowie Praxis- und Forschungsinitiativen für Kleinstädte in Deutschland gibt. Für Kleinstädte besteht die Möglichkeit, sich mit anderen Stadt- und Gemeindetypen um Förderungen und Zuwendungen zu bemühen, teils auch als interkommunale Zusammenschlüsse oder als Teil administrativer Gebietseinheiten wie Landkreise.

2 Bundesprogramme und -initiativen

Auf der Bundesebene werden Kleinstädte nur über die „Initiative Kleinstädte in Deutschland" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) direkt adressiert. Mit der Neustrukturierung der Städtebauförderung ab 2020 entfällt mit dem Programm „Kleinere Städte und Gemeinden. Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke" das einzige Städtebauförderprogramm, das sich direkt auf Kleinstädte bezog und sich an diese wendete.

2.1 Initiative „Kleinstädte in Deutschland“

Mit der Initiative „Kleinstädte in Deutschland“ will das BMI kleinere Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandorte stärken und positive Entwicklungen auf kommunaler Ebene anstoßen. Die polyzentrische Siedlungs- und Raumstruktur wird seitens des BMI als elementarer Grundpfeiler für gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftlichen Zusammenhalt in allen Teilen des Landes gesehen. Die Initiative bündelt, koordiniert und erweitert seit 2018 bestehende Programme und Aktivitäten des BMI (vgl. Kap. 3), um Kleinstädte sowohl in ländlichen Räumen als auch in Ballungszentren in ihren Funktionen zu stärken (BMI 2020a). Zu den Aktivitäten zählen u.a. die Pilotphase der Kleinstadtakademie sowie verschiedene Forschungsvorhaben und Förderprojekte, die über das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bearbeitet werden (vgl. Kap. 3.1 und 3.4).

2.2 Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden. Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“

Mit der seit 1971 existierenden Städtebauförderung unterstützen der Bund und die Länder Städte und Gemeinden bei der Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen. Bis 2019 standen insgesamt sieben Programme zur Verfügung:

> Soziale Stadt

> Stadtumbau

> Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

> Städtebaulicher Denkmalschutz

> Kleinere Städte und Gemeinden

> Zukunft Stadtgrün

> Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

Kleinstädte konnten in all diesen Programmen gefördert werden. Explizit adressiert wurden sie durch das von 2010 bis 2020 bestehende Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“. Dieses unterstützte Kommunen bei der Anpassung an den demographischen Wandel. Das Programm richtete sich an kleinere Kommunen, die vor allem aufgrund von demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen großen Transformationsprozessen ausgesetzt sind. „Ziel des Programms ist es, kleinere Städte und Gemeinden als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zentren zu stärken und als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge auch für die Zukunft handlungsfähig zu machen“ (Besecke/Däßler/Glöckner et al. 2019: 9).

In diesem Programm kamen folgende programmspezifische Instrumente zur Anwendung:

> interkommunale Kooperation und der Aufbau von Netzwerken

> integrierte überörtliche Entwicklungskonzepte

> das Kooperationsmanagement

> der Verfügungsfonds[1] (ebd.: 10)

Gerade in der interkommunalen Kooperation wird seitens des Bundes und der Länder ein hohes Potenzial vermutet, um „die Städte und Gemeinden als Wohn- und Versorgungsstandorte zu stärken. [...] Das Programm unterstützt daher gezielt Kommunen, die Kooperationen mit ihren Umlandgemeinden eingehen und gemeinsame Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Lebensqualität umsetzen“ (ebd.: 9). Die Vernetzung der Kleinstädte untereinander spielte eine besondere Rolle, denn aufgrund der begrenzten personellen wie finanziellen Ressourcen können nicht alle stadtplanerischen Aufgaben und Stadtentwicklungsthemen vor Ort detailliert bearbeitet werden. Genauso wenig können in der auslaufenden Programmphase in größerem Umfang Gutachten beauftragt und Fachexpertise eingekauft werden.

Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ sollten vor allem Infrastrukturen der Daseinsvorsorge – beispielsweise Einrichtungen für Bildung, Gesundheit oder Kultur – langfristig gesichert werden, damit die Kommunen bei der Versorgung ihrer Bevölkerung handlungsfähig bleiben. Das Programm stellte einen grundsätzlichen Beitrag zur Sicherung bzw. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland dar. Von den dreizehn Flächenländern setzten zwölf das Programm um (Hessen beteiligte sich nicht[2]). Die Bundesländer nahmen dabei eigene Schwerpunktsetzungen vor.

Die Städtebauförderung von Bund und Ländern wird seit 2020 in einer neuen Struktur mit drei Förderprogrammen fortgeführt (BBSR 2020a):

---

1 Verfügungsfonds wurden als Instrument zur privat-öffentlichen Kooperation in der Städtebauförderung geschaffen. „Zur stärkeren Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen kann die Gemeinde einen Fonds einrichten, über die Verwendung dessen Mittel entscheidet ein lokales Gremium (Verfügungsfonds). Der Fonds finanziert sich in der Regel bis zu 50 v. H. aus Mitteln der Städtebauförderung von Bund, Ländern und Gemeinden, mindestens zu 50 v. H. aus Mitteln von Wirtschaft, Immobilien- und Standortgemeinschaften, Privaten oder zusätzlichen Mitteln der Gemeinde. Fonds im Programm Soziale Stadt und in besonderen Ausnahme- bzw. Einzelfällen können auch bis zu 100 v. H. aus Mitteln der Städtebauförderung von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert werden. Die Mittel der Städtebauförderung werden für Investitionen und investitionsvorbereitende bzw. investitionsbegleitende Maßnahmen verwendet“ (BBSR 2020b).

2 Das Land Hessen hat ein eigenes Förderprogramm und 2009 ein Kompetenzzentrum zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit eingerichtet. Mit dem Programm richtet sich das Land explizit an alle hessischen Kommunen (IKZ 2020a; 2020b).

> „Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Orts- und Stadtkerne“

> „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“

> „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“

Kleinstädte sind in allen drei Programmen antragsberechtigt. Ob ihre Förderanteile dann ihrer Bedeutung in der Siedlungsstruktur entsprechen, wird die Förderpraxis der nächsten Jahre zeigen müssen.

3 Forschungs- und Praxisaktivitäten auf Bundesebene

Im Bereich der Forschung des Bundes zu Kleinstädten existieren Ansätze, die sich explizit an Kleinstädte wenden, wie u. a. die „Pilotphase Kleinstadtakademie“ des BMI, und solche, die alle Stadt- und Gemeindetypen einschließen, wie die „Innovationsplattform Zukunftsstadt (IPZ)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), seit 2016 mit Beteiligung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) sowie der Ressorts für Inneres (BMI), Wirtschaft (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWI)) und Verkehr (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)). Auch die Initiative „Kommunen Innovativ – Forschungsprojekte für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel“ des BMBF ist hier zu nennen.

3.1 Pilotphase Kleinstadtakademie

Das BMI und das BBSR führen im Rahmen der oben bereits erwähnten Initiative „Kleinstädte in Deutschland“ die Pilotphase der Kleinstadtakademie (2019–2022) durch.

Ziel ist es, über eine Stärkung praxisorientierter Forschung durch einen interdisziplinären Akteurskreis zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen und -optionen für Kleinstädte beizutragen. Eine zukunftsfähige (kooperative) Stadtentwicklung von Kleinstädten soll etabliert und gefördert werden. Zudem soll die Verstetigung der Kleinstadtakademie ab 2023 vorbereitet werden. Diese setzt auf die Verbindung von lokalen und dezentralen sowie digitalen und mobilen Beratungs- und Vernetzungsangeboten zum Thema Stadtentwicklung mit einem besonderen Fokus auf die Bedarfe und Wünsche von Kleinstädten (BBSR 2020c). Mit dem Motto „von Kleinstädten, mit Kleinstädten, für Kleinstädte“ stellt sie die Kleinstädte und die Menschen als primäre Akteure in den Mittelpunkt (BBSR 2020d).

Kleinstädten mit ihren vielfältigen Ausprägungen und Strukturen sowie den dort lebenden Menschen soll die Möglichkeit eröffnet werden, über evidenzbasierte Grundlagen und Austauschformate ihre Kommunen zukunftsfest entwickeln zu können. Letztlich soll ein neues Zusammenspiel von klassischer Planung und neuen partizipativen Prozessen im Sinne einer kooperativen Kleinstadtpolitik und Kleinstadtplanung entwickelt und etabliert werden. Die Grundannahme ist folgende: Wenn die Stadtge-

sellschaft die Entwicklung der eigenen Kleinstadt in hohem Maße mitgestalten und mittragen kann, dann kann sie auch ihre Vorstellungen von Stadt- und Lebensqualität verwirklichen. Dies führt zu einer stärkeren Identifikation mit der eigenen Stadt, einer höheren Verantwortung, zur Freisetzung von kreativem Potenzial und letztlich zu einer intensiveren Bindung an die eigene Kleinstadt.

Abb. 1: Austausch-, Vernetzungs- und Beratungsangebote der Kleinstadtakademie / Quelle: Urbanizers (BBSR 2020c)

Im Sinne eines modernen Wissenschaftsverständnisses, das einerseits auf qualitative wie quantitative Methoden und Interdisziplinarität sowie andererseits auf die Beteiligung der lokalen Bevölkerung im Sinne von Transdisziplinarität und *Citizen Science* setzt, sollen neue Ideen und experimentelle Methoden zu aktuellen, kleinstadtrelevanten Zukunftsthemen abseits der üblichen Auftragsforschung Raum gewinnen und fokussiert bearbeitet werden können (BBSR 2020e).

3.2 Innovationsplattform Zukunftsstadt (IPZ)

Mit dem „Wettbewerb Zukunftsstadt" für nachhaltige Entwicklung, der der Innovationsplattform Zukunftsstadt (IPZ) vorausging, fördert das BMBF seit 2015 die partizipative Entwicklung von Zukunftsvisionen (1. Phase, 51 Städte), die Erstellung umsetzungsreifer Planungskonzepte (2. Phase, 23 Kommunen) und die beispielhafte und experimentelle Umsetzung von Konzepten in urbanen Reallaboren (3. Phase, acht Städte). Das Programm umfasst alle Stadt- und Gemeindetypen (BMBF 2020a; 2020b).

Das von BMBF und BMUB sowie unter der Beteiligung des BMI, BMWI und BMVI 2016 eingeführte Programm IPZ soll anwendungsorientierte und ressortübergreifende sowie transdisziplinäre Forschungs- und Innovationsansätze ermöglichen. Unterstützt wird die Entwicklung moderner Konzepte, die Städte nachhaltiger machen soll. „Die IPZ legt einen besonderen Schwerpunkt auf solche Themen, die (1) maßgeblichen Bezug zur nachhaltigen Stadtentwicklung sowie Forschung aufweisen, (2) mehrere Ressorts der Bundesregierung betreffen, (3) dringenden politischen Handlungsbedarf haben sowie (4) innovativer Handlungs- und Kommunikationsformen bedürfen" (BMBF 2020a). Im Mittelpunkt des IPZ stehen die Themen Zuwanderung und soziale Integration, urbane Mobilität, Digitalisierung, Stadtklima und Wohnen.

Unter 23 Zukunftsstädten, Landkreisen und zwei interkommunalen Zusammenschlüssen befinden sich in der aktuellen Förderphase mit Bad Hindelang und Finsterwalde zwei Kleinstädte.

3.3 „Kommunen innovativ" – Forschungsprojekte für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel

Das BMBF unterstützt im Bereich Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für zukunftsorientiertes Handeln, die zu innovativen Lösungen für eine nachhaltige Gesellschaft beitragen sollen. Ein Förder- und Forschungsbereich ist „Kommunen innovativ", der den demographischen Wandel, dessen Auswirkungen und den Umgang damit fokussiert. Dabei wird seitens des BMBF die kommunale Ebene als die entscheidende gesehen, wo „die Bewältigung von Schrumpfung und Wachstum, die Anpassung von sozialen und technischen Infrastrukturen, [der] Umbau zu nachhaltigen und demografieangepassten Siedlungsstrukturen, [der] verantwortungsvoll[e] Umgang mit Land- und Flächenressourcen sowie die regionale Versorgung mit Energie und Lebensmitteln" geprägt und gestaltet werden (BMBF 2020c). Letztlich stehen überwiegend interkommunale Kooperationen bzw. Regionen in Fokus. Da Kleinstädte aber nicht losgelöst von ihrem regionalen Kontext existieren und agieren, wird hier kurz auf den Förder- und Forschungsbereich eingegangen.

Das Programm soll neue Impulse für die Zukunft der Regionen in Deutschland setzen. Diese Impulse sollen aus einer interdisziplinären Zusammenarbeit von Kommunen mit Wissenschaft, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen entstehen. Wichtige Beiträge werden aus dem Programm für die Umsetzung der Nachhaltigkeits- und der Demografiestrategie der Bundesregierung erwartet (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2018; BMI 2015).

Die Fördermaßnahme „Kommunen innovativ" verfolgt die Ziele:

> „Hilfe für Regionen im demografischen Wandel durch neue Ideen und Konzepte

> Unterstützung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Entwicklung der Land- und Flächenressourcen

> Stärkung der Kommunen als Initiatoren, Partner und Adressaten von Forschung, Entwicklung und Innovation in Deutschland“ (BMBF 2020b)

Durch „Kommunen innovativ“ werden 30 Vorhaben gefördert, an denen elf Kleinstädte direkt beteiligt sind.[3]

Wird, wie für „Kommunen innovativ“, der Fokus geweitet, u.a. die regionale Dimension einbezogen, zeigen sich verschiedene Initiativen und Förderungen, die überwiegend auf ländliche Räume abzielen, beispielsweise „Heimat 2.0“ des BMI im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BMI 2020b).

3.4 Cluster Kleinstadtforschung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Mit der Vorstudie zum Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ im Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) startete das BBSR 2012 eine Reihe intensiver Forschungen zum Thema Kleinstädte bzw. Kleinstadtentwicklung in Deutschland (BBSR 2014). Mittlerweile wurden in diesem Kontext das Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ sowie die Studie „Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland – Bestandsaufnahme zur Situation der Kleinstädte in zentralen Lagen“ abgeschlossen (BBSR 2018b; 2019a). Im Rahmen des Forschungsprogramms „Allgemeine Ressortforschung“ konnten darüber hinaus die Studien „Hidden Champions – Stabilisierungs- und Entwicklungsfaktoren von Kleinstädten in peripheren Lagen“ sowie „Innenentwicklung in kleineren Städten und Gemeinden – Strategien zur Sicherung lebendiger und nutzungsgemischter Wohn- und Versorgungsstandorte“ gefördert werden (BBSR 2019b; 2020e). Zudem hat 2021 die ExWoSt-Studie „Bedeutung und Wirkung der lokalen Wirtschaft(-sstruktur) für Kleinstädte und deren Stadtentwicklung – Bundesweite quantitative Analyse und empirische Vergleichskontrolle“ begonnen.

Damit hat das BBSR zusammen mit den Zuwendungen in der „Pilotphase Kleinstadtakademie“ (vgl. Kap. 2.1), wie dem ExWoSt-geförderten „Hochschulcampus Kleinstadtforschung“, ein eigenes Forschungscluster zum Thema Kleinstadtforschung in Deutschland etabliert.

4 Förderungen und Initiativen der Bundesländer

4.1 Städtebauförderung

Zwölf der dreizehn Flächenländer ermöglichten im Rahmen der Städtebauförderung und des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“ bis 2019 eine Förderung von Kleinstädten in ihrem jeweiligen Landesgebiet (vgl. Kap. 2.2). Eine umfassende Re-

3 An den Vorhaben der Fördermaßnahme sind vier Landkreise beteiligt, in denen sich 15 Kleinstädte finden lassen. Eine dieser Kleinstädte ist Barnsdorf, die direkt in einer Fördermaßnahme aktiv ist und dort benannt wird. Ob und inwieweit die weiteren 14 Kleinstädte aktiv beteiligt sind, konnte im Rahmen dieses Beitrags nicht recherchiert werden.

cherche aller Programme und Initiativen auf Ebene der dreizehn Flächenländer zu Kleinstädten war für diesen Forschungsband nicht möglich. Während der Publikationserarbeitung fiel aber das Förderprogramm „Zukunftsräume" des Landes Niedersachsen auf, auch wenn dieses die Einstiegsschwelle auf eine Mindesteinwohnerzahl von 10.000 setzt und sowohl Klein- als auch Mittelstädte adressiert.

4.2 Niedersachsen: Förderprogramm „Zukunftsräume"

Das Förderprogramm „Zukunftsräume" des Landes Niedersachsen (seit 2019) richtet sich an „Klein- und Mittelstädte sowie Gemeinden und Samtgemeinden in ländlichen Räumen ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, in denen ein Grund- oder Mittelzentrum festgelegt ist" (MB 2019: 1). In der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Zukunftsräumen durch das Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) wird das Ziel beschrieben, die Vernetzung von Kommunen untereinander zu initiieren, „[...] um Ideen zu entwickeln, wie Mittel- und Grundzentren in ländlichen Räumen ihre Attraktivität und Lebendigkeit erhalten oder steigern können" (ebd.). Stadtregionale Kooperationen und die Entwicklung von Projekten sollen dazu führen, die Ankerfunktion von Mittel- und Grundzentren für die sie umgebenden ländlichen Räume zu stärken. 2019 und 2020 standen dafür insgesamt fünf Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung. 2021 bis 2023 sind mit Stand Mai 2020 jährlich 2,5 Millionen Euro vorgesehen. Bis Mai 2020 wurden 30 Förderungen ausgesprochen (MB 2020), darunter elf für Kleinstädte (nach BBSR-Abgrenzung; vgl. Milbert/Fina 2021).

5 Fazit

Unter der Überschrift „Kleinstadtforschung wissenschaftspolitisch fördern" gab der Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung" der ARL in seinem Positionspapier unter anderem Empfehlungen für die Forschungsförderung. Der Arbeitskreis sieht es als erforderlich an, „über die verschiedenen Ressorts hinweg einschlägige Förderprogramme, Begleitforschungen von Modellvorhaben und andere Forschungsinitiativen zu koordinieren und systematisch auszuwerten, um Wissensfortschritte zu ermöglichen" (ARL 2019: 11). In der Forschungsförderlandschaft besteht für Kleinstädte mit dem Ende des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden. Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke" kein auf deren Herausforderungen, Chancen und Belange spezifisch abzielendes Förderprogramm mehr. Die damit verbundenen Untersuchungen durch die Transferstelle, die von dieser regelmäßig durchgeführten Transferwerkstätten zum Praxisaustausch sowie deren Funktion als Multiplikatorenplattform werden fehlen. Denn Kleinstädte brauchen im ersten Schritt Austausch und Zusammenarbeit mit Kommunen mit ähnlichen Voraussetzungen und Problemstellungen, wie z. B. kleine Verwaltungen mit (starken) finanziellen wie personellen Restriktionen und eine stark partizipativ sowie kooperativ ausgerichtete Form der Beteiligung der Stadtgesellschaft (BBSR 2018a; Dehne 2018; DStGB/itt 2019; KfW/DIFU 2020; Kummel/Nadler 2018; Kummel/Schneider/Schwarzkopf 2020; Milbert/Porsche 2018). Zum anderen geht es darum, die unterschiedlichen Wirkungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozesse zu berücksichtigen: So

ist in Kleinstädten in zentralen Lagen u.a. Wohnraum und Infrastruktur für eine wachsende Bevölkerung auszubauen. Dagegen stehen in peripheren, strukturschwachen Lagen, vor dem Hintergrund einer abnehmenden und alternden Gesellschaft, Anpassungen und Erhalt bestehender Daseinsvorsorgeeinrichtungen sowie die Bereitstellung neuer Infrastrukturen, wie u.a. schneller Internetverbindungen, im Vordergrund.

Darüber hinaus besteht Bedarf an Förderungen und Formaten zum Austausch und zur Kooperation mit größeren und kleineren Siedlungstypen. Voneinander lernen, die Herausforderungen des jeweils anderen besser verstehen und gemeinsam Lösungen für eine zukunftsfeste Entwicklung der einzelnen Städte zu etablieren, sind wichtige Voraussetzungen – auch angesichts des Ziels der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen.

In Kleinstädten sind andere Lösungen gefragt als in Großstädten (Baumgart/Flacke/Grüger et al. 2004). Für die Forschung muss es darum gehen, Kleinstädte als Forschungsgegenstand wahrzunehmen und nicht das Großstädtische in der Kleinstadt suchen.

Die – im Moment in der Pilotphase befindliche – Kleinstadtakademie kann zwar den vor allem finanziellen Umfang des beendeten Städtebauförderungsprogramms nicht ausgleichen, aber vielleicht kann sie zukünftig mit zielgerichteten und passfähigen Lösungen für Kleinstädte hilfreich sein. Denn das Besondere ist hier, dass die Kleinstädte und Akteure selbst im Vordergrund stehen und die Kleinstadtakademie formell wie inhaltlich gestalten. Vielleicht könnte sich hier auch das von Dehne und Hannemann (2007) geforderte „Bürgermeisterqualifizierungsprogramm“, ein Programm zum Coaching von Führungspersonal und Entscheidungsträgern, wiederfinden, und die „länderübergreifende Taskforce ‚Kleinstadt‘“ könnte realisiert werden (ebd.). In „Unser Plan für Deutschland“ wird die Umsetzung der Kleinstadtakademie empfohlen, u.a. um Kleinstädte in ihren zentralörtlichen Funktionen zu stärken, sie in die Lage zu versetzen, Förderprogramme und -instrumente zu nutzen und um die Bevölkerung vor Ort einzubinden (BMI/BMEL/BMBF 2019: 60, 68).

Kleinstädte werden sich aber vorerst weiter ihren Platz in den großen Programmen und im Wettbewerb mit Groß- und Mittelstädten sowie mit ländlichen Räumen oder in Programmen zu Klein- und Mittelstädten suchen müssen. Sie müssen sich auch weiterhin entscheiden, ob sie ländlicher oder städtischer Raum sein wollen – eine wenig zeitgemäße Zwangslage (Porsche/Steinführer/Sondermann 2019: 14 ff., 54). Alte Rollen- und Raummuster bzw. ein entsprechendes Container-Denken bleiben damit zementiert. Dass eine Forschung auch ohne stereotype Stadt-Land-Zuweisungen auskommen und sich auf – anlassbezogene – Raumbezüge fokussieren kann, zeigen die Vorhaben im Cluster Kleinstadtforschung des BBSR. Diese sind aber zu wenige, und es werden viele Themen, die in diesem Band diskutiert wurden, unbearbeitet bleiben. Somit werden zum einen Analysen wie Entscheidungen u.a. zum Erreichen des Ziels gleichwertiger Lebensbedingungen weiterhin unzulänglich bleiben, da zu wenige quantitative wie qualitative Ergebnisse unterhalb der Kreisebene vorliegen. Zum anderen werden Kleinstädte und deren Stadtgesellschaften auch weiterhin mit einem beschränkten

kleinstadtbezogenen Ergebnis- und Wissenstransfer in die kommunale Praxis leben oder Ansätze aus Großstädten als Blaupausen nutzen müssen, mit allen Konsequenzen auch für die gesellschaftliche wie siedlungs- und raumstrukturelle Entwicklung.

Das Plädoyer des Arbeitskreises, dass es „einer genuinen Kleinstadtforschung im Rahmen einer interdisziplinären (geographischen, sozial- und kulturwissenschaftlichen, planungs- und wirtschaftswissenschaftlichen) Stadt- und Raumforschung [bedarf]", gilt weiter (ARL 2019: 10). Es ist um die Forderung nach entsprechenden (ressortübergreifenden) Forschungs- und Förderprogrammen bzw. nach einer Weiterentwicklung und Anpassung bestehender Programme zu ergänzen.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2019): Kleinstadtforschung. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 2019.
https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospapier/pospapier_113.pdf (15.07.2020).
Baumgart, S.; Flacke, J.; Grüger, C.; Lütke, P.; Rüdiger, A. (Hrsg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums 2004. Dortmund. = SRPapers 1.
http://www.srp.raumplanung.tu-dortmund.de/cms/Medienpool/Downloads/SRPapers/64_SRPapers_Nr_1.pdf (08.07.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2014): Potenziale ländlicher Kleinstädte in peripheren Lagen. Vorstudie.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Studien/2013/KleineStaedteperiphereLagen/01_Start.html (01.07.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2018a): Urbane Kleinstädte. Bonn. = BBSR Sonderveröffentlichung.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2018/urbane-kleinstaedte-dl.pdf;jsessionid=B4CD336B32037BF9738D9620B176F45B.live21304?__blob=publicationFile&v=1 (15.07.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2018b): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Forschungsfelder/2015/PotenzialeKleinstaedte/01_Start.html (01.07.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2019a): Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland – Bestandsaufnahme zur Situation der Kleinstädte in zentralen Lagen.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Studien/2016/Kleinstaedte/01-start.html (01.07.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2019b): Hidden Champions – Stabilisierungs- und Entwicklungsfaktoren von Kleinstädten in peripheren Lagen.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/refo/staedtebau/2017/hidden-champions/01-start.html (01.07.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2020a): Städtebauförderung – Kleinere Städte und Gemeinden.
https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/staedteGemeinden_node.html (31.05.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2020b): Der Verfügungsfonds – ein Angebot zur kooperativen Zentrenentwicklung.
https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Programm/Instrumente/Verfuegungsfonds/verfuegungsfonds_node.htm (31.05.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020c): Pilotphase Kleinstadtakademie (2019–2022). Konzept.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Studien/2019/pilot-kleinstadtakademie/01-start.html?nn=2539296&cms_pos=2 (01.07.2020).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2020d): Pilotphase Kleinstadtakademie (2019–2022). Projektaufrufe. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Studien/2019/pilot-kleinstadtakademie/01-start.html?nn=2539296&cms_pos=32 (01.07.2020).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2020e): Pilotphase Kleinstadtakademie (20192–022). Ausgangslage und Ziel. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Studien/2019/pilot-kleinstadtakademie/01-start.html?nn=2539296&cms_pos=1 (01.07.2020).

Besecke, A.; Däßler, S.; Glöckner, B.; Hammler, L.; Kobus, P.; Pietschmann, H. (2019): Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke. Dritter Statusbericht zum Städtebauförderungsprogramm. Bonn. = BBSR Sonderveröffentlichungen.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020a): Zukunftsstadt. https://www.bmbf.de/de/zukunftsstadt-566.html (31.05.2020).

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020b): Innovationsplattform Zukunftsstadt (IPZ). https://www.innovationsplattform-zukunftsstadt.de/de/innovationsplattform-zukunftsstadt-ipz-1702.html (31.05.2020).

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020c): Kommunen Innovativ – Forschungsprojekte für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel. https://www.fona.de/de/massnahmen/foerdermassnahmen/kommunen-innovativ.php (02.01.2020).

BMI – Bundesministerium des Innern (2015): Jedes Alter zählt – „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen": Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin.

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020a): Initiative Kleinstädte in Deutschland. https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-wohnen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/kleinstaedte-in-deutschland/kleinstaedte-in-deutschland-node.html (31.05.2020).

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020b): Dokumentation Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/das-aktionsprogramm/ (31.05.2020).

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; BMF – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse". Berlin.

Dehne, P. (2018): Kooperative Kleinstadtentwicklung. Eine Annäherung. In: IzR – Informationen zur Raumentwicklung (6), 86–101.

Dehne, P.; Hannemann, C. (2007): Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen. Hannover, 156-183.

KfW – KfW-Bankengruppe; DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2020): KfW-Kommunalpanel 2020. https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2020.pdf?kfwnl=Research.04-06-2020.889929 (04.06.2020).

DStGB – Deutscher Städte- und Gemeindebund; iit – Institut für Innovation und Technik (Hrsg.) (2019): Zukunftsradar Digitale Kommune. Ergebnisbericht zur Umfrage 2019. Berlin.

IKZ – Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit (2020a): Das Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit (KIKZ). http://www.ikz-hessen.de/das-kikz (04.07.2020).

IKZ – Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit (2020b): Förderprogramm. http://www.ikz-hessen.de/foerderung/foerderprogramm (04.07.2020).

Kummel, O.; Nadler, R. (2018): Die Grenzen des Ehrenamts. In: IzR – Informationen zur Raumentwicklung 6, 102-111.

Kummel, O.; Schneider, G.; Schwarzkop, F. (2020): Daseinsvorsorge durch Ehrenamt. Ermöglichende Rahmenbedingungen auf lokaler und übergeordneter Ebene herstellen. In: Abt, J.; Blecken, L.; Bock, S.; Diringer, J.; Fahrenkrug, K. (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin, 194-199. https://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/11b_kummel_bedingungen.pdf (19.08.2020).

MB – Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (2019) (Hrsg.): Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Stärkung von Zukunftsräumen in Niedersachsen. RdErl. d. MBv. 12.08.2019 – 102-06020/1 – VORIS 23100. https://www.mb.niedersachsen.de/download/147007/Richtlinie.pdf (31.05.2020).
MB – Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (2020): Förderprogramm Zukunftsräume Niedersachsen gestartet. https://www.mb.niedersachsen.de/zukunftsraeume-niedersachsen/forderprogramm-zukunftsraume-niedersachsen-178270.html (31.05.2020).
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Milbert, A.; Porsche, L. (2018): Kleinstädte in Deutschland. Ein Überblick. In: IzR – Informationen zur Raumentwicklung 6, 4-21.
Porsche, L.; Steinführer, A.; Sondermann, M. (Hrsg.) (2019): Kleinstädte in Deutschland. Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 28. https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/ab/ab_028/ab_028_gesamt.pdf (16.12.2020).
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2018): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. Berlin.

Autor

Lars Porsche (**1972*) *ist Geograph und seit 2002 Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Referat „Baukultur, Städtebaulicher Denkmalschutz". Forschungsschwerpunkte seiner Arbeit sind die Themen Stadtentwicklung und Kleinstädte.*

Lars Porsche, Martin Sondermann, Annett Steinführer

JENSEITS DER „AUFMERKSAMKEITSLÜCKE“ – WAS WIR BISHER ÜBER KLEINSTÄDTE (NICHT) WISSEN

Gliederung

1 Erkenntnisse über Kleinstädte: Zwischen Vielfalt und Peripherisierung
1.1 Kleinstadterzählungen und Komplexitätsreduktion: Das Beispiel Wohnen
1.2 Dominanz der demographischen Perspektive
1.3 Kleinstädte: sozial differenziert und wirtschaftlich dynamisch
2 Definitorische Abgrenzungen, Daten und methodische Erfassung
2.1 Herausforderung Abgrenzung und Definition
2.2 Daten
2.3 Methoden
3 Konzeptionelle Verortungen und räumliche Planung
3.1 Urbanität, Ruralität und Relationalität
3.2 Zentralität, Zentrale Orte und Ankerstädte
3.3 Planung, Government und Governance
3.4 Kommunale Selbstverwaltung in Kleinstädten heute
4 In Bewegung: Mobilität und Digitale Transformation
4.1 Mobilität
4.2 Digitale Transformation
5 Plädoyer für Kleinstädte und Kleinstadtforschung
Literatur

Kurzfassung
Was wir über Kleinstädte (nicht) wissen, wird in einer Querschnittsbetrachtung dieses Sammelbands resümierend und reflektierend aufgezeigt. Ausgehend von verschiedenen Erzählungen, Perspektiven, Differenzierungen und Dynamiken von Kleinstädten werden soziale, demographische und ökonomische Aspekte erörtert sowie Probleme der Datenverfügbarkeit und Methoden aufgezeigt. Anschließend werden Kleinstädte konzeptionell verortet und Aspekte von räumlicher Planung, Government und Governance sowie von Mobilität und Digitaler Transformation beleuchtet. Mit einem konstruktiv ausblickenden Fazit wird zugleich ein Plädoyer für eine zeitgemäße Kleinstadtforschung formuliert.

Schlüsselwörter
Kleinstadtforschung – Kleinstädte – Daten und Methoden – Stadtforschung – Landforschung – Raumforschung

Beyond the ‘lack of attention’ – what we (do not) know so far about small towns

Abstract
A review of this volume summarises and reflects upon what we (do not) know about small towns. Based on various narratives, perspectives, differentiations and dynamics concerning small towns, the discussion covers social, demographic and economic aspects and problems concerning data availability and methods. Next, small towns are conceptionally positioned, and aspects of spatial planning, government and governance, mobility and digital transformation are highlighted. A constructive, forward-looking conclusion also calls for up-to-date research into small towns.

Keywords
Small town research – small towns – data and methods – urban research – rural studies – spatial research

1 Erkenntnisse über Kleinstädte: Zwischen Vielfalt und Peripherisierung

Was wir über Kleinstädte – insbesondere in Bezug auf die deutschsprachige Forschung – (nicht) wissen und vor welchen Herausforderungen die Kleinstadtforschung steht, wird im Folgenden im Querschnitt der Beiträge dieses Bandes resümierend, reflektierend und konstruktiv ausblickend aufgezeigt.

Kleinstädte sind kein etabliertes Forschungsfeld, und doch zeigt sich, trotz ihrer Vielzahl und großen Heterogenität sowie der damit verbundenen Schwierigkeiten, dass es möglich ist, sie definitorisch, typisierend und methodisch zu fassen und unterschiedliche Aspekte ihrer Entwicklung zu untersuchen. Es liegt eine Vielzahl von meist Fallstudien vor, die es wert sind, themenbezogen systematisch aufbereitet zu werden. Die Heterogenität und die hohe Fallzahl sind keine Begründung, sich nicht differenziert mit Kleinstädten und deren Veränderungen in ihren räumlichen Kontexten wie inneren Strukturen zu beschäftigen.

Theoriegeleitete empirische Forschung und vergleichende Studien ermöglichen es, Muster der Kleinstadtentwicklung zu erkennen, z.B. über Raum- oder Lagetypen, und stereotype Vorstellungen ebenso wie wenig geprüfte Narrative aufzulösen. Auffällig ist zumindest für Deutschland, dass sich wissenschaftliche Analysen und Praxisprojekte bislang stark auf Kleinstädte in peripheren Lagen bzw. ländlichen Räumen fokussierten. Das zeigen auch verschiedene Beiträge in diesem Band. Es kann darauf zurückzuführen sein, dass Kleinstädte bisher vor allem als Teil ländlicher Siedlungs- und Raumstrukturen mituntersucht wurden und weniger im Rahmen der sozialwissenschaftlichen, geographischen oder planerischen Stadtforschung – oder aber, dass es gerade solche Kleinstädte sind, die als besonders problembehaftet und deshalb untersuchenswert gelten. Zu Kleinstädten in Agglomerationsräumen bzw. in zentralen Lagen, wie sie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bezeichnet, finden sich fast keine Untersuchungen. Zudem wird dieser Typus nicht problematisiert. Eine Ausnahme bildete in den letzten Jahren die Studie „Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland – Bestandsaufnahme zur Situation der Klein-

städte in zentralen Lagen" im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) (BBSR 2019b). Nach der Jahrtausendwende gab es außerdem einige Arbeiten zu Kleinstädten in der Region Stuttgart (z. B. Brombach/Jessen 2005).

In der zeitlichen Perspektive sind unterschiedliche Schwerpunkte in den Untersuchungen zu erkennen, die u. a. durch bestimmte wissenschaftstheoretische Zugänge (z. B. die Gemeindestudien der 1960er und 1970er Jahre) und durch gesamtgesellschaftliche Veränderungen begründet werden können (vgl. Dehne 2021). So prägte ab den 1990er bis in die Mitte der 2010er Jahre die deutschsprachige und internationale Debatte um demographische Entwicklungen, vor allem Schrumpfung, auch die Kleinstadtforschung in Deutschland, ebenso wie mit der Wiedervereinigung verbundene Transformationsprozesse. Ihre Schwerpunkte lagen auf wirtschaftlichen Problemen, Abwanderung und Alterung, Prozessen der Marginalisierung und Peripherisierung (Hannemann 2004; Steinführer/Kabisch 2005; Bürk 2013; Kühn 2015; für Mittelstädte vgl. analog Bernt/Liebmann 2013). In diesen Arbeiten standen Kleinstädte in peripheren bzw. sehr peripheren Lagen im Zentrum der Betrachtungen.

Generell zeigt sich, dass der überwiegende Teil der Untersuchungen weder unterschiedliche Lagetypen berücksichtigte noch systematisch war, fallstudienbasierte Ansätze überwiegen. Dies mag fehlenden, schwer zugänglichen, zu wenig differenzierten Daten geschuldet sein (vgl. Kap. 2) und bestätigt zugleich den Bedarf an weiterer, intensiverer Forschung zu Kleinstädten.

Da für viele Untersuchungsthemen kleinräumige Daten und vergleichende Erkenntnisse fehlen, bleibt auch am Ende dieses Forschungsbandes noch vieles thesenhaft und eine vielfach gewünschte eindeutige Charakterisierung offen. Auch wenn die zu Beginn des Arbeitskreises vermutete „systematische Aufmerksamkeitslücke der sozial- und planungswissenschaftlichen Stadt- und Raumforschung" (ARL 2018: 2) bestätigt werden kann, zeigt sich doch, dass Forschungen und damit Ansätze für eine vertiefende Kleinstadtforschung existieren. Diese gilt es aufzugreifen, weiterzuentwickeln und auch wissenschaftspolitisch zu fördern.

1.1 Kleinstadterzählungen und Komplexitätsreduktion: Das Beispiel Wohnen

Eine Annäherung an Kleinstädte als Forschungsgegenstand führt in der ersten Phase meist zu einer Konfrontation mit einer Vielzahl an Narrativen. So bestehen persistente, „stereotype Vorstellungen über ‚die' Kleinstadt bzw. ‚die' Kleinstädter ohne belastbare empirische Basis […]. In diesem Zusammenhang finden sich gleichzeitig Vorstellungen der Kleinstadt als Problem- und als Sehnsuchtsraum" (ARL 2018: 2). Schenkel und Großmann verweisen in diesem Band einerseits auf eine gern betonte besondere Lebensqualität von Kleinstädten und andererseits die Niedergangs- und Verlusterzählungen (Schenkel/Großmann 2021). Diese widersprüchlichen Narrative haben sich stark in den gesellschaftlichen wie politischen Vorstellungen verfestigt, wie auch der Beitrag von Steinführer zu Urbanität und Ruralität in diesem Band belegt (Steinführer 2021). Persistent ist auch das Narrativ von „sozialer Nähe" (Beetz 2021, Schiemann/

Steinführer 2021), die das gesellschaftliche Leben und das soziale Miteinander in Kleinstädten (im positiven Sinne) präge. Zu hinterfragen ist generell und (nicht nur) mit Blick auf großflächige Kleinstädte – mit im Extremfall bis zu 500 km² und 20 oder mehr Ortsteilen – die Aussage, dass in Kleinstädten „jeder jeden kennen würde“ (Kreutz 2020: 46). Solche Narrative sind einprägsam und erfolgreich, da sie komplexe Realitäten reduzieren. Einem wissenschaftlichen Anspruch genügen sie jedoch nicht, weshalb sie bewusst hinterfragt werden sollten.

Ein gutes Beispiel für eine solche Komplexitätsreduktion sind die Diskussionen um das Thema Wohnen, das in jüngster Zeit wieder an Bedeutung hinzugewonnen hat. In Großstädten leben – so eine landläufige Vorstellung – die Menschen in Mietwohnungen und „auf dem Land“ in Ein- und Zweifamilienhäusern. Daten scheinen dies zu bestätigen. Allerdings gibt es auch in Kleinstädten sehr unterschiedliche Bauweisen, Stadtteile und Eigentumsverhältnisse – Mietwohnungen im Stadtzentrum, städtische Erweiterungsgebiete, Einfamilienhaussiedlungen und durch Eingemeindungen auch Vororte. Schenkel/Großmann (2021) arbeiten heraus, dass die sich ausdifferenzierenden Lebensstile und Wohnansprüche, aber auch ungleiche Wohnungsmarktzugänge zu den wichtigen Fragen einer kleinstädtischen Wohnforschung gehören sollten: „Die Diskrepanz zwischen den Realitäten kleinstädtischer Wohnstandorte einerseits und den die Handlungsfelder dominierenden Wohnungsthemen andererseits ist erheblich, dementsprechend groß ist der Forschungsbedarf“ (ebd.: 237). Starke Defizite bestehen zudem „zu Wohnen als sozialer Praxis, zur sozialräumlichen Differenzierung von Kleinstädten und zur Quartiersentwicklung, aber auch systematische Wohnungsmarktbeobachtungen sowie Studien zur Steuerung der Wohnungsmarktpolitik und ihrer beteiligten Akteure“ (ebd.: 237) sowie zu Fragen individueller Wohnstandortentscheidungen.

Eine aktuell beliebte politische Idee ist, dass Kleinstädte abseits der Großstädte die Probleme der Ballungsräume im Bereich der Wohnraumversorgung beheben können. Als Lösung für die großstädtische Wohnungsnot gelte es, Leerstände in Mittel- und Kleinstädten, vornehmlich in ländlichen Räumen gelegen, zu nutzen. Zwar lagen die Leerstände beim letzten Zensus 2011 in kleinen und größeren Kleinstädten mit 4,9% bzw. 4,6% leicht über dem Mittelwert aller Städte und Gemeinden (4,4%; Rink/Wolff 2015: 320), aber die Anzahl sagt wenig über Qualität und Verfügbarkeit der Wohnimmobilien aus. Worum es sich beim „Leerstand“ handelt, wird meist nicht differenziert geprüft (vgl. aber beispielhaft Wolff/Rink 2019). Ebenso steht Bauland nicht in allen Kleinstädten und in gleichem Maße zur Verfügung. In der bayerischen Landtagswahl 2018 zeigte die Debatte um das „5-ha-Ziel“, dass für den Neubau nicht in allen Kommunen ausreichend Bauland zur Verfügung steht und teils die Kommunen eine Erweiterung nicht wünschen (CSU/Freie Wähler 2018: 30; Schnuck/Mohr/Köppen 2018). Dies ist kein rein bayerisches Phänomen (Hackenbruch 2020), und die Gründe, warum manche Kleinstädte Bauland ausweisen oder nicht, sind mannigfaltig. Generalisierbare Aussagen zu verfügbarem Wohnraum und Bauland in Kleinstädten sind somit schwierig bis unmöglich.

An diesem ersten Beispiel des Wohnens wird deutlich, dass es nicht nur wichtig ist, Narrative zu hinterfragen, sondern dass für Problemlösungen eine systematische wie evidenzbasierte Forschung zu den entsprechenden Themen unabdingbar ist. Erkennt-

nis- und hilfreich sind auch die Rückverfolgungen des Entwicklungsweges von Narrativen bis zu deren Wurzeln. Hierüber ließen sich Ansatzpunkte für die Handlungsoptionen politischer Akteure verschiedener Ebenen und das Selbstverständnis der Bevölkerung vor Ort identifizieren und analysieren.

1.2 Dominanz der demographischen Perspektive

Ein wesentlicher Fokus der jüngeren Raum- und Stadtforschung, insbesondere ihrer anwendungsorientierten Spielarten, lag auf der demographischen Entwicklung. Spätestens ab dem Jahr 2000, als der Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern" vorgelegt wurde, in dem für Ostdeutschland von etwa einer Million leerstehender Wohnungen die Rede war (Pfeiffer/Simons/Porsch 2000), trat das Thema des Bevölkerungsrückgangs und seiner Folgen in Teilen der sozial- und planungswissenschaftlichen Raumforschung in den Vordergrund (z. B. Hannemann/Kabisch/Weiske 2002). Diese Rückbesinnung auf die bereits in den 1970er und 1980er Jahren in der alten Bundesrepublik diskutierte Schrumpfungsproblematik (z. B. Göb 1977; Häußermann/Siebel 1988; vgl. auch Brandstetter/Lang/Pfeifer 2005) war richtig und wichtig – und erreichte auch die Kleinstadtforschung (Hannemann 2004). Doch führte dies zugleich zur Vernachlässigung „anderer Aspekte der Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung wie den Wandel von Lebens- und Konsumstilen, Einkommensungleichheiten, Individualisierung, Multilokalität und Migration, technologische Entwicklungen, die Vermarktlichung der Daseinsvorsorge oder ökonomische und politische Peripherisierung" (Beetz 2021: 87). Gründe für die Dominanz der demographischen Perspektive können in einer grundlegenden Wachstumsorientierung in Wirtschaft und Gesellschaft liegen, wonach Wachstum generell als erstrebenswert gilt. Auch in der Logik öffentlicher Finanzen gilt Wachstum bzw. Größe als Erfolgskriterium, was sich z. B. an der Zuweisung von Befugnissen und finanziellen Mitteln an Kommunen ablesen lässt, die u. a. von der Bevölkerungszahl abhängt.

Die demographische Perspektive prägte auch weitere Debatten. So wurden im Zusammenhang von Einwohnerentwicklungen und Schrumpfung ein nahezu gesetzmäßiger „Rückzug aus der Fläche" und der Rückbau von Infrastrukturleistungen diskutiert. Am sichtbarsten wurde dies am Abriss bzw. am teilweisen Rückbau von Nachkriegsneubauten in strukturschwachen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland (Keim 2001; Schröer 2003).

Mit Beginn der 2000er Jahre setzte aber auch ein stärkeres Ergründen der Ursachen und Folgen demographischer Entwicklungen ebenso wie ihrer Verknüpfung mit gesellschaftlichen Trends wie internationaler Migration oder Multilokalität ein (z. B. Alisch/May 2011; Lange 2018). Zudem wurden Querbezüge zu anderen Themenbereichen wie Wirtschaft oder Mobilität erschlossen.

Interessanterweise – das verdeutlicht der Beitrag von Leibert (2021) – führte diese Perspektive jedoch nicht dazu, dass die demographische Dimension der Kleinstadtentwicklung wesentlich besser aufbereitet wäre als andere. Zwar finden sich in vielen Kleinstadtstudien Kapitel zur Bevölkerungsentwicklung, doch basieren diese meist auf der Verarbeitung sekundärstatistischer Daten ohne eigene demographische oder be-

völkerungsgeographische Analysen. In Verbindung mit Fragen der ethnischen Zugehörigkeit und den Folgen von Zuwanderung für die Stadtgesellschaften stehen auch demographische, vor allem aber soziale und sozialräumliche Fragen im Fokus jüngerer Arbeiten (Kirchhoff 2021; Reimann/Kirchhoff/Pätzold et al. 2018). Forschungslücken ergeben sich in diesem Themenfeld hinsichtlich der sozialräumlichen Integration als kommunalpolitischem Handlungsfeld, das in vielen Städten an Bedeutung gewinnt, aber nicht immer hinreichend institutionell unterlegt ist. Dies schließt quartiersbezogene Infrastrukturangebote sowie die Kommunalpolitik selbst ein.

1.3 Kleinstädte: sozial differenziert und wirtschaftlich dynamisch

Das schwer überschaubare Feld von über 2.100 Kleinstädten mit all ihren heterogenen Formen und Facetten kann als Hindernis für eine differenzierte Kleinstadtforschung erscheinen. Doch sind z. B. auch die 79 Großstädte in Deutschland alles andere als homogen.

Kleinstadtbezogene Betrachtungen und Analysen gehen häufig von nur wenigen – und häufig den gleichen – Kennwerten, wie Flächen- und Einwohnergröße bzw. demographische Entwicklung oder Siedlungsraum und dessen Prägung, aus. Zur Bedeutung und zu den Ausprägungen der lokalen Wirtschaft(sstrukturen), Wohnungsmärkte, Sozialstrukturen etc. gibt es wenige Daten und noch weniger wissenschaftliche Arbeiten und evidenzbasierte Aussagen. Im Gegensatz zur siedlungsstrukturellen Heterogenität gelten Kleinstädte sozialstrukturell und soziokulturell als relativ homogen. Entsprechend lässt sich in den Sozial- und Kulturwissenschaften eine imaginierte Dichotomie von soziokulturell vielfältigen Großstädten und homogenen Kleinstädten finden. Doch gibt es auch in Kleinstädten unterschiedliche soziale Milieus und Subkulturen, welche es zu erkunden gilt (vgl. Leibert 2021 mit Verweis auf Bürk 2012: 63; Schiemann/Steinführer 2021).

Zugleich nimmt die soziokulturelle Vielfalt durch Prozesse sozialen Wandels und der Zuwanderung weiter zu. So hatten beispielsweise im Jahr 2017 rund 18% der Einwohnerinnen und Einwohner in Kleinstädten einen Migrationshintergrund (Kirchhoff 2021). Allerdings werden Prozesse der Zuwanderung für Kleinstädte in der Migrationsforschung wenig beachtet, ebenso wenig wie damit verbundene Prozesse der Integration, Teilhabe und Entwicklung des Gemeinwesens (vgl. ebd.).

Die soziale und ethnische Heterogenität in Kleinstädten trifft auf eine bauliche Heterogenität, die von inneren und äußeren Altstädten über Arbeitersiedlungen unterschiedlicher Epochen bis hin zu Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen der Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg reichen kann. Und so können (analog zu größeren Städten) unterschiedliche Wohn- und Lebensqualitäten und sozialräumliche Segregationsprozesse in den verschiedenen Stadtteilen und Quartieren beobachtet werden. Hierzu gibt es bis auf einzelne (stadt-)soziologische Arbeiten allerdings bisher noch sehr wenige Erkenntnisse, was auch auf das Fehlen kleinräumiger sozialstruktureller Daten zurückzuführen ist (vgl. Schenkel/Großmann 2021 sowie Großmann/Franke/Henkel 2021a; 2021b). Gleiches gilt für Sozialstrukturen und die sozialen Beziehungen in Kleinstädten – hier gibt es mehr Vermutungen und stereotype Vorstellungen als empirische

Fakten (vgl. Schiemann/Steinführer 2021). Zudem werden Kleinstädte in diesen Themenfeldern häufig relational zu Großstädten und Dörfern betrachtet und nicht als eigenständiger Siedlungstyp mit eigenen Charakteristika.

Auch in wirtschaftsgeographischen Studien fällt der Blick zuerst auf Großstädte und Großunternehmen, werden Wirtschaftsstrukturen oder wirtschaftliche Entwicklungen dort betrachtet. Aber grundsätzlich muss die Annahme hinterfragt werden, dass städtische Größe automatisch zu wirtschaftlichem Erfolg führt (Camagni/Capello/Caragliu 2015; Frick/Rodríguez-Pose 2017) und dort die für das Bruttoinlandsprodukt entscheidenden Unternehmen ansässig sind. Denn nicht „nur städtische Größe und somit Agglomerationsvorteile sind entscheidend, sondern auch andere Faktoren wie wirtschaftliche Struktur, Vernetzung, Innovation und lokale Strategien" (Mayer 2021: 140). „Der Mythos der Agglomerationseffekte und der *urban bias* in Innovationsstudien versperren somit den Blick auf die wirtschaftlichen Dynamiken in Kleinstädten, die sich von jenen in den großen Städten durchaus unterscheiden" (ebd.: 143). So zeigen Untersuchungen zu sogenannten Hidden Champions, dass sich von diesen mehr in Kleinstädten (518) finden lassen als in Großstädten (448) (BBSR 2019a: 8). Letztlich greift auch diese Betrachtung zu kurz, denn in Deutschland, mit seinen 3,48 Mio. Unternehmen, spielt traditionell der Mittelstand[1] eine bedeutende Rolle (Destatis 2020). Der Mittelstand ist ein wesentlicher Faktor für die hohe Exportquote, die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, die Kaufkraft der Bevölkerung, für Steuereinnahmen der Kommunen und damit für deren Wohlergehen.

Über Branchen- und Unternehmensstrukturen in Kleinstädten ist wenig bekannt. Tiefergehende quantitative und vergleichende Analysen sind auch in diesem Themenbereich die zentrale Herausforderung. Daten liegen oft nur auf der Kreisebene vor oder es bestehen restriktive Zugangsbeschränkungen. Damit bleiben räumlich differenzierte Analysen und Aussagen zu den Wirkungen starker Umbrüche in der Wirtschaft und damit am Arbeitsmarkt, wie u.a. durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung, die Digitale Transformation oder die Covid-19-Pandemie, offen.

2 Definitorische Abgrenzungen, Daten und methodische Erfassung

In vielen Beiträgen dieses Bandes wurden grundlegende Definitions- und Abgrenzungsprobleme des Untersuchungsgegenstandes ebenso wie fundamentale Datenlücken thematisiert. Diese Punkte werden nachfolgend noch einmal verdichtet aufgegriffen.

1 „Der Begriff ‚Mittelstand' stellt eine Besonderheit im deutschsprachigen Raum dar und wird definiert durch die Einheit von Eigentum und Leitung. Für die Zugehörigkeit eines Unternehmens zum Mittelstand ist also nicht dessen Größe ausschlaggebend. Vielmehr sind es dessen qualitative Merkmale. […] Die Begriffe ‚Mittelstand' und ‚kleine und mittlere Unternehmen (KMU)' sind […] keine Synonyme" (ifm-bonn 2020).

2.1 Herausforderung Abgrenzung und Definition

Kritik und Diskussionen entzünden sich immer wieder an Fragen der Abgrenzung und Definition von Kleinstädten – und dies offenbar schon seit ersten statistischen Auswertungen 1871 und 1875, die von „Größenkategorien“ sprachen. Was eine Kleinstadt ist, dazu wird es auch in Zukunft keine einheitliche Abgrenzung und keine eindeutige Definition geben. Abgrenzungen (wie z. B. Gemeindegrößenklassen) können anlassbezogen verändert werden. Definitionen von Kleinstädten enthalten wiederum Merkmale, „die quantitativ (bislang) nicht erfasst werden können, wie z. B. die gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung oder die spezifische Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ (Milbert/Fina 2021: 25).

Ein Festhalten an den vor 150 Jahren getroffenen Klassengrenzen ist aus statistischer Sicht praktikabel. So können sehr langfristige Entwicklungen und Veränderungen beobachtet werden. „Eine Konstanz des Kleinstädtischen auf diesem Einwohnerniveau wird damit nicht zwangsläufig begründet. […] Die gezogenen ‚harten‘ Grenzen sind also in jedem Falle artifiziell. […] So lassen sich die Einwohnergrenzen höher oder niedriger ansetzen oder weitere Kriterien, wie zum Beispiel das Stadtrecht, hinzunehmen“ (ebd.: 27). Letztlich werden die konkreten Abgrenzungen von Kleinstädten weiter nach dem Forschungsgegenstand und -ziel vorgenommen werden müssen.

Die heutige Kleinstadtlandschaft ist, neben historischen Entwicklungen unter anderem auf Grund von Lagegunstvorteilen, mit Blick auf die zurückliegenden sechzig bis siebzig Jahre wesentlich das Ergebnis von Gemeindegebietsreformen. Eine Folge ist beispielsweise, dass knapp ein Viertel der Kleinstädte Gemeindeverbände und rund drei Viertel Einheitsgemeinden sind (Porsche/Milbert 2018: 10). Aus den Gemeindegebietsreformen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre in Westdeutschland sowie der 1990er und 2000er Jahre in Ostdeutschland resultieren in den Bundesländern Gemeindekonstrukte mit unterschiedlichen Ausprägungen in Bezug auf die Konzentration von Bevölkerung und auf die Anzahl von Ortsteilen (vgl. Katagi 2012: 37 f.; Milbert 2015: 4; Franzke 2017: 95; Abb. 1 in Steinführer/Sondermann/Porsche 2021 und Tab. 2 in Porsche/Milbert/Steinführer 2019: 9). Damit haben sich auch die räumlichen wie administrativen Strukturen für die jeweiligen Kleinstädte und deren Bevölkerung grundlegend verändert.

Im Zuge von Gemeindegebietsreformen sind viele Kleinstädte in den vergangenen Jahrzehnten funktional und siedlungsstrukturell um Dörfer erweitert worden. „Zwar findet der gleiche Prozess auch am Rand vieler Großstädte statt, doch relational gesehen hat er für Kleinstädte bezogen auf die Flächenerweiterung eine andere Quantität. Unter den 20 flächengrößten Gemeinden Deutschlands gab es Ende 2017 sieben Kleinstädte mit einer gemittelten Einwohnerzahl von ca. 12.300 und einer Durchschnittsgröße von etwa 380 km² – was nahezu der Stadtfläche von Köln entspricht“ (Steinführer 2021: 76). Kreutz (2020: 7, 21) betont in einer Untersuchung für großflächige Kleinstädte in Deutschland die hohe Anzahl von 20 bis zu 27 Ortsteilen. Im Extrem Möckern (Sachsen-Anhalt) bestehen die 27 Ortschaften aus 50 Ortsteilen. Bad Berleburg (Nordrhein-Westfalen), mit 23 Ortschaften, beschreibt sich selbst als „Stadt der Dörfer“ (Bad Berleburg 2020). Steinführer spricht von einer „Verländlichung“ der

Kleinstädte und versteht darunter ihre „administrative Erweiterung oder sogar Schwerpunktverlagerung in ländliche Räume“ (Steinführer 2021: 76).

Ob die Eingemeindungen bzw. Gemeindegebietsreformen ihre Ziele erfüllten, wie u.a. leistungsfähigere Kommunen, Chancengleichheit ländlicher und städtischer Lebensverhältnisse oder Skaleneffekte, aus denen eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Verwaltungen und die Einsparung von Kosten resultieren, ist bisher ebenso wenig erforscht (kritisch dazu: Blesse/Rösel 2017; Katagi 2012; Mattern 2020; Sandmann 2020) wie die Auswirkungen für die Bevölkerung im täglichen Leben, u.a. im Hinblick auf die Deckung des täglichen Bedarfs (vgl. Porsche/Milbert 2018) oder die Erreichbarkeit anderer Daseinsvorsorgeeinrichtungen.

2.2 Daten

Die Arbeiten im Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung“ sowie die Beiträge in diesem Band belegen die Schwierigkeiten insbesondere tiefergehender und kleinräumiger quantitativer Analysen für Kleinstädte. Mehrere Beiträge verweisen auf die Unzulänglichkeit der Datenlage (Kirchhoff 2021; Leibert 2021; Mayer 2021; Porsche 2021a; Schenkel/Großmann 2021; Schiemann/Steinführer 2021). Grenzen und neue Möglichkeiten von Raumanalysen mit unterschiedlichen Datengrundlagen zeigen Milbert/Fina (2021) auf.

Das Kernproblem besteht im Fehlen einer leistungsfähigen Kommunalstatistik und entsprechender Methoden. Für die deutschen Großstädte wurden diese seit Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt. In der Datenverfügbarkeit spiegelt sich die Genese und Entwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland wider. Die sachliche Tiefe der amtlichen Statistiktabellen ist bei Gemeinden jedoch deutlich niedriger als bei Kreisen oder Regionen. Nur ein Viertel aller verfügbaren Daten sind bis auf die Gemeindeebene untergliedert. Damit fehlen wichtige Indikatoren, etwa zur Sozialstruktur, zum Wohnen oder zur wirtschaftlichen Entwicklung. Erschwerend kommt hinzu, dass Kleinstädte in der Regel keine eigenständige Statistikstelle wie die meisten Großstädte betreiben. Deshalb ist darüber hinaus auch eine untergemeindliche Differenzierung z. B. sozioökonomischer und demographischer Entwicklungspfade nach Orts- oder Stadtteilen in der Regel unmöglich, denn diesbezüglich müssen alle Daten bei den Städten selbst angefragt werden (Großmann/Franke/Henkel 2021a; 2021b). Analysen, wie sie beispielsweise die für die Großstadtforschung so wertvolle Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB) des BBSR ermöglicht (z. B. Lauerbach 2020), können somit nicht durchgeführt werden.

Auch die Mikrodaten[2] der Forschungsdatenzentren finden innerhalb der Kleinstadtforschung bislang kaum Anwendung. Hier gibt es erhebliche Potenziale für zukünftige Forschung in Kleinstädten und über sie. Eine Barriere im Zugang zu diesen Datenquellen stellen allerdings die strengen Regelungen und organisatorischen Hürden der Forschungsdatenzentren dar – zwar ist dies nicht spezifisch für die Kleinstadtforschung,

2 Einzel- bzw. Originaldaten der Statistischen Ämter, vgl. https://www.forschungsdatenzentrum.de/de (14.07.2020).

doch stellt sich hier das Problem der kleinen Zahlen und damit des Datenschutzes bei kleinräumigen Analysen in noch größerem Maße.

Kleinstädte benötigen eine Konzeption von zukunftsfähigen Dateninfrastrukturen, die einerseits anschlussfähig an die Leistungsfähigkeit vergleichbarer Datenbestände in Großstädten, zum anderen aber auch in der Lage ist, kleinstadtspezifische Fragestellungen aufzugreifen (Milbert/Fina 2021).

2.3 Methoden

Neben Sekundäranalysen auf Grundlage der amtlichen Statistik basiert Kleinstadtforschung in Deutschland in hohem Maße auf Fallstudien (Milbert/Fina 2021). Oft steht eine Kleinstadt im Mittelpunkt, manchmal erfolgen Städtevergleiche. Dabei kommt meist ein Methodenmix zum Einsatz, meist auf Grundlage eines qualitativen Zugangs mit leitfadengestützten Interviews mit Schlüsselpersonen des Kleinstadtlebens und/oder mit Einwohnerinnen und Einwohnern. Vereinzelt werden standardisierte Bevölkerungsbefragungen in einer Kleinstadt oder in mehreren Orten durchgeführt (z. B. Hannemann 2004; Steinführer/Kabisch 2005).

Die Möglichkeiten, bundesweiten Bevölkerungsbefragungen wenigstens die Gemeindegrößenklassen als grobe Annäherung an unterschiedliche lokale Lebenszusammenhänge zuzuspielen (wie es beispielsweise bei der bis 2012 jährlich durchgeführten BBSR-Befragung „LebensRäume“ erfolgte; z. B. Sturm/Walther 2011) und systematische Vergleiche zwischen den verschiedenen Größenklassen vorzunehmen, wird für Datenanalysen der großen regelmäßigen Bevölkerungsbefragungen ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) oder SOEP (Sozio-oekonomisches Panel) noch zu selten genutzt (vgl. auch Milbert/Fina 2021).

Wünschenswert wären mehr quantitative und mehr qualitative Arbeiten, vergleichende Fallstudien sowie regelmäßige detaillierte bundesweite Analysen der Bevölkerungsentwicklung und -struktur auf der Gemeindeebene oder einer anderen kleinteiligen Betrachtungsebene (z. B. Rasterzellen). Dabei sollten neue Datenquellen erschlossen sowie innovative (Erhebungs-)Methoden und Auswertungsverfahren entwickelt werden, mit denen auch innergemeindliche Strukturen analysiert werden können. Dazu könnte für Planungspraxis und Wissenschaft auch gehören, mithilfe von transdisziplinären Zugängen oder *Citizen Science* stärker das lokale Akteurswissen zu aktivieren und einzubeziehen.

3 Konzeptionelle Verortungen und räumliche Planung

Eine besonders relevante Frage im Kontext der Kleinstadtforschung ist das Stadt-Land-Verhältnis: Wie urban und rural ist dieser heterogene Siedlungstyp? Ein Kleinstädten nahezu pauschal zugewiesenes Merkmal ist zudem ihre Zentralität, insbesondere in ländlichen bzw. peripheren Räumen. In diesem Kapitel werden diese Begriffe noch einmal resümierend reflektiert und Aspekte von räumlicher Planung, Governance und kommunaler Selbstverwaltung beleuchtet.

3.1 Urbanität, Ruralität und Relationalität

Urbanität wird Kleinstädten selten zugesprochen. Sie werden in ländlichen Räumen verortet, wo es scheinbar keine Urbanität gibt. Diskurse zur Urbanität beziehen sich vorrangig auf Großstädte (BBSR 2018). Dies ist „bereits bei den Klassikern der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung angelegt und aufgrund kanonisierter und fast ausschließlich an der Großstadt interessierter Vermittlungsformen bis heute wirkmächtig" (Steinführer 2021: 80). Hintergrund sei „ein ausgeprägt normatives Verständnis von Urbanität" und der daraus resultierende Verweis der Kleinstädte in ländliche Räume (ebd.).

Die Debatten um Urbanität und Ruralität werden noch zu selten analytisch und ideologiefrei geführt. Es gab immer wieder Ansätze, wie u.a. bei Häußermann und Siebel (1987a; 1987b), die nicht Anzahl und Dichte von Versorgungseinrichtungen o.Ä., sondern qualitative Aspekte – wie unter anderem Chancengleichheit, Zulassen und Aushalten von Widersprüchen, Offenheit der Planung oder die Differenzierung öffentlicher und privater Räume – als Merkmale von Urbanität hervorhoben. Aber das Urbanitätsverständnis in der Folge der Arbeiten von Georg Simmel und Louis Wirth kann in Deutschland nach wie vor als diskursprägend in Lehre, Forschung und Planungspraxis wie auch in allgemein vorherrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen konstatiert werden – und dies, obwohl sich die fortlaufenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, ob demographisch, wirtschaftlich oder sozial, strukturell-räumlich stark auswirken. Kleinstädte und deren Gesellschaften haben im Verlauf des 20. Jahrhunderts vielfältige Veränderungen erfahren – mögliche Unterschiede zwischen Siedlungstypen sind weicher und Übergänge fließender geworden. Durch Prozesse der Verstädterung und Zersiedlung vormals ländlicher Gebiete haben sich die Raummuster verändert und erlauben vielerorts nur schwerlich eine klare Distinktion von Stadt und Land. Milbert und Fina sprechen von einer „Gemengelage hybrider Raumkonstruktionen" (Milbert/Fina 2021: 26).

Auch bezüglich der Kleinstädte gilt es, Räume nicht als Container zu begreifen, in denen man Daten und (stereotype) Deutungen sammeln und verorten kann. Kleinstädte befinden sich sogar meist in einem doppelten Container: in ihrem eigenen als kleine Städte, die wiederum häufig in ländlichen Räumen liegen, was ihnen einen ruralen Charakter nahelegt. Im Sinne des *cultural turn* in der Humangeographie und des *spatial turn* in den Sozial- und Kulturwissenschaften (vgl. Lossau 2007; Bachmann-Medick 2006) sollten auch Kleinstädte in ihrer Räumlichkeit als gesellschaftliche Konstrukte begriffen und die Container („klein" und „ländlich") hinterfragt werden. In diesem Sinne sind Kleinstädte nicht durch statistische Abgrenzungen gegeben, sondern werden durch ihre Geschichte und durch Geschichten, gesellschaftlichen Diskurse und Praktiken immer wieder neu konstruiert. Dies lenkt hinsichtlich des Verhältnisses von Urbanität und Ruralität den Blick auf Kleinstädte als gesellschaftliche, alltägliche Lebensräume, die immer wieder von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern neu interpretiert, angeeignet und verändert werden (vgl. Läpple 1992).

Steinführer argumentiert, dass in Forschung und Lebenswelt die wechselseitigen Stadt-Land- bzw. Land-Stadt-Bezüge und -Vergleiche auch einer Komplexitätsreduktion dienen. Diese knüpften an kulturell tief verankerte und z.B. medial stets von Neuem

produzierte Differenzvorstellungen an. Sie geht davon aus, dass „Urbanität und Ruralität – ob für sich konzeptualisiert oder aufeinander bezogen – auch künftig Projektions- und Konfliktfelder nicht nur wissenschaftlicher Debatten bleiben werden“ (Steinführer 2021: 69). Eine Justierung der Vorstellungen von „städtisch“ und „ländlich“ bzw. wie sich urbane und rurale Qualitäten vor Ort jeweils ausprägen, ist notwendig, um heutige kleinstädtische Potenziale und Probleme nicht mit Narrativen des frühen 20. Jahrhunderts zu analysieren und Schlussfolgerungen daraus abzuleiten.

Zeitgeist wie zeitbedingte Entwicklungen wirken auf den wiederkehrenden Diskurs um Urbanität und Ruralität ein. Aus raumordnerischer und politischer Perspektive zeigt sich mit Blick auf die Debatte um gleichwertige Lebensbedingungen (BMI/BMEL/BMFSFJ 2019) die Notwendigkeit weiterer diesbezüglicher Auseinandersetzungen, denn politisches Denken und Handeln resultieren noch zu oft aus stereotypen Container-Vorstellungen von „Stadt“ und „Land“. Diese Vorstellungen verschließen den Blick auf gesamtgesellschaftliche wie städtische und regionale Transformationsprozesse, ihre Uneindeutigkeiten, ihre Kontingenz und Vielgestaltigkeit – und damit auf die jeweiligen Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten.

3.2 Zentralität, Zentrale Orte und Ankerstädte

Viele Kleinstädte werden planerisch als Grund- oder Mittelzentren ausgewiesen. Durch diese Funktion sind Kleinstädte untrennbar mit Zentralitätsvorstellungen verbunden, die das raumplanerische und -politische Denken in der Bundesrepublik sehr stark prägen.

Zentralität und Zentrale Orte können unterschiedlich betrachtet und interpretiert werden. Beetz (2021) diskutiert dies entlang verschiedener Stränge: Zentralität als räumliche Kategorie, Zentralität als regional-funktionaler Verflechtungszusammenhang, Zentralität als Agglomerationskonzept, Zentralität als Ordnungsvorstellung, Zentralität als regionale Machtverhältnisse. Seine Ausführungen zeigen Zugänge, Betrachtungsmöglichkeiten und sehr deutlich die unterschiedlichen Wirkungen formeller wie methodisch-konzeptioneller Zuschreibungen. Dies hat entsprechende Folgen für die Kleinstädte insbesondere in Bezug auf die Praxis der Funktions- und Mittelzuweisungen. Vor allem aber geht Beetz (ebd.) über die geradezu stereotype Charakterisierung kleiner Städte als Zentrale Orte hinaus, indem er diese aus theoretischer wie lebensweltlicher Perspektive kritisch beleuchtet. „Die Vorstellung, Zentralität als ordnende gesellschaftliche Tätigkeit anzusehen, gehört zum Kernbestand der Planungswissenschaften“ (ebd.: 92). Dabei drücken die Zuweisungen der Zentralitätskategorien nur Soll-Vorstellungen, nicht die wirkliche Funktionsausstattung aus. Beetz zeigt zum einen die normativen Annahmen und die Implikationen des Zentrale-Orte-Konzeptes auf, verweist zum anderen aber auch darauf, dass die vermeintliche Alternativlosigkeit zentralistischer Konzepte in der Regionalentwicklung durchaus zu hinterfragen ist. Er bemängelt, dass „in einem Teil der Diskussion […] das Konzept nicht prinzipiell infrage gestellt, aber die Tiefe der Zentralitätsordnung gestrafft [wird]: mit der Konsequenz, dass Kleinstädte oft aus der Zentralitätsordnung herausfallen“ (Beetz 2021: 92, mit Verweis auf Reichel 2009).

Maaß gibt in ihrem Beitrag aus Sicht einer Bürgermeisterin dazu zu bedenken, „dass in einem historisch gewachsenen polyzentrischen Siedlungssystem […] auch die peripheren Standorte an Entwicklungschancen teilhaben müssen. Die Stärkung dezentraler Strukturen außerhalb der Zentralen Orte […] darf nicht mit der Schwächung der verbliebenen Zentralen Orte im ländlichen Raum einhergehen“ (Maaß 2021: 127). Folglich fordert sie, „die lokale und stadtregionale Abstimmung […] zu stärken, um die Klein-, Mittel- und Großstädte innerhalb einer Region zu gleichberechtigten Partnern zu entwickeln und Ressourcen zu schonen“ (ebd.: 127-128).

Für die räumliche Planung und die raumbezogene Politik, vor allem in Bezug auf Mittelzuweisungen, spielen Zentralitätszuweisungen immer noch eine wesentliche Rolle. Jedoch wurde in den letzten 20 Jahren versucht, Alternativen zum Zentrale-Orte-System zu finden. Dies erfolgt z. B. in Brandenburg mit der Konzeptionierung von Regionalen Wachstumskernen (RWK) bzw. sogenannten Ankerstädten im Jahr 2005 (Beetz 2021, bezugnehmend auf Dybe 2015 und Riechel 2008). Mittlerweile wird der Begriff Ankerstädte auch jenseits des Kontexts brandenburgischer Kleinstädte genutzt, nämlich als *bridging concept* in vielen Diskursen zu Landgemeinden, Kleinstädten und ländlichen Räumen. Mit dieser Verselbstständigung hat er eine Unschärfe erfahren. Was aber genau Ankerstädte sind bzw. sein sollten, dazu besteht weder Einigkeit noch gibt es entsprechende Untersuchungen. Ebenso wenig gibt es klare Kriterien zur Bestimmung, welche Städte unter eine solche Kategorie fallen.

Ein wichtiger und bisher wenig betrachteter Aspekt, der besonders Kleinstädte betrifft, ist die Frage nach der Wirkung von formellen und informellen Zentralitätskonzepten sowie nach den daraus resultierenden Möglichkeiten zu alternativen Kooperationen und Netzwerkbildungen. Die in den letzten Jahren geführten Diskussionen und die wenigen Studien, die sich dezidiert und analytisch mit dem Verhältnis von Kleinstädten zu ihrem Umland bzw. der regionalen Funktion befassen, zeigen, dass weiterhin Forschungsbedarf besteht (Beetz 2021). Dies betrifft auch Kleinstädte in zentralen Lagen. Aus solchen Untersuchungen, die die Normativität des Zentralitätskonzepts kritisch reflektieren, würden sich auch wichtige Impulse an die Regionalpolitik vermitteln lassen.

3.3 Planung, Government und Governance

Stadtplanung und -entwicklung unterliegen einem stetigen Wandel, der in der zeitlichen Perspektive durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse geprägt ist. Insbesondere Governance hat eine große praktische Bedeutung für Kleinstädte, denn diese sind stärker auf die Beteiligung der Stadtgesellschaft angewiesen, da sie weder über eine große Verwaltung noch über umfangreiche finanzielle Mittel zur Beauftragung Externer verfügen (BBSR 2018; Dehne 2018). Somit erscheint die Kleinstadt als Ort, an dem Selbsthilfe und Selbstsorge traditionell eine wichtige Rolle spielen.

Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen zu Stadtplanung und Urban Governance, von denen sich allerdings nur wenige mit Kleinstädten beschäftigen. Empirische Studien sind selten, und es überwiegen deskriptive und normative Arbeiten.

Diese teils weit zurückreichenden Studien lassen sich für die Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg in vier historische Phasen einteilen (vgl. Dehne 2021):

> Gemeindestudien in der damaligen Bundesrepublik (1950 – 1980)

> Ressortforschung zur Stadterneuerung in der damaligen Bundesrepublik (1985 – 1990)

> Stadtplanung für Kleinstädte in der DDR (1970 – 1989)

> Krise der Kleinstadt im wiedervereinigten Deutschland (1990 – 2015)

Grundlegende und heute weiterhin relevante Einblicke in Government, Macht und Entscheidungssysteme in Kleinstädten vermitteln die Gemeindestudien in Bretten in den 1960er Jahren von Luckmann (1970) und in Wertheim in den 1960er und 1970er Jahren von Ellwein und Zoll (2003) (Dehne 2021). Die Gemeindestudien verdeutlichten besondere Kennzeichen kleinstädtischer Politik, wonach Kleinstädte durch einen technokratischen Planungsstil, eine Laissez-faire-Politik und mangelnde Innovationsneigung in den Verwaltungen geprägt seien. Im Mittelpunkt steht eine auf Personen ausgerichtete Lokalpolitik, die parteilos, konsensorientiert und an örtlichen Belangen interessiert ist, da die alleinige Zielgruppe alle Bürgerinnen und Bürger sind. Kehrseite sei allerdings z. B. die geringe soziale und politische Distanz der an der Kommunalpolitik Beteiligten. Damit, so Ellwein und Zoll (2003), komme es zu einer „Verquickung von persönlichen Interessen und den Funktionen“ (ebd.: 243) als Bürgermeisterin/Bürgermeister oder Stadtrat/Stadträtin. Dabei wird von einer besonders starken Stellung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters ausgegangen (vgl. Dehne 2021). Letztlich wurde aber auch in den Gemeindestudien schon deutlich, dass Lokalpolitik nicht losgelöst von vertikalen wie horizontalen (formellen, verwaltungshierarchischen und politischen) Verflechtungen agiert.

Den Wandel der Planung in Kleinstädten stellt Dehne (2021) an zwei Aspekten dar, die in die Zeit der sogenannten „Krise der Kleinstadt“ fallen: In der DDR hatten Kleinstädte aufgrund des Fokus auf neue Großsiedlungen in Bezirks- und großen Kreisstädten keine (stadtplanerische) Bedeutung, weshalb die kommunale Stadtplanung dort nach der Wiedervereinigung neu erlernt werden musste (vgl. auch Kretschmer/Usbeck 2003). Das heißt auch, dass die bereits seit den 1960er Jahren im Baugesetzbuch (§ 3 BauGB) für die westlichen Bundesländer geforderte „Beteiligung“[3] der Öffentlichkeit durch öffentliche Auslegung von Plänen sowie die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken zu äußern, seit den 1990er Jahren Einzug in die Kleinstadtplanung der östlichen Bundesländer hielt – und damit die Beteiligung der Stadtgesellschaft an Planungen und Entwicklungsprozessen vor Ort.

Demographische und gesellschaftliche Veränderungen (wie Deindustrialisierung, Abwanderung und Wohnungsleerstand), damit das „Krisenhafte“, kamen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in vielen Kleinstädten hinzu (Hannemann 2004; Steinführer/

3 1976 wurde die „vorgezogene Bürgerbeteiligung“ dann verbindlich in das allgemeine Städtebaurecht eingeführt (Sinning 2018: 1657).

Kabisch 2005). Zwar hatte es, wie oben bereits ausgeführt, in der alten Bundesrepublik bereits in den 1970er Jahren erste Debatten zu den Folgen des Bevölkerungsrückgangs für die Stadtentwicklung gegeben, doch waren diese im wiedervereinigten Deutschland nahezu in Vergessenheit geraten. Wachstum und Schrumpfung wurden ab den frühen 2000er Jahren zum zentralen Thema des raumpolitischen und raumwissenschaftlichen Diskurses in Deutschland (Hannemann/Kabisch/Weiske 2002; Land/Willisch 2006).

Eine der großen Fragen in der Kleinstadtforschung ist, wie man mit Transformationsprozessen und Krisen umgehen und davon ausgehend anpassungsfähige Stadtplanung betreiben kann, die Resilienz fördert und planerische Unsicherheiten handhaben kann. Einen Ansatz sieht Dehne (2021) in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte vom reinen Government zu Government mit Governance. Vor allem in Zeiten von Krisen werden hierarchische und tradierte Planungsweisen hinterfragt, und über kooperative und netzwerkartige Zusammenarbeit wird nach neuen Lösungen gesucht (ebd.). Mit Blick auf die zeitlich weit zurückliegenden Studien von Luckmann (1970), Ellwein und Zoll (2003) sowie die Betrachtungen bei Rüdiger (2009) von Mittelstädten sind aktuelle Untersuchungen zur angeblich starken Stellung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin in Kleinstädten wünschenswert. Auch mit Bezug zur These der Entwicklung zu Government mit Governance wäre dies notwendig, denn zum einen ist es fraglich, ob ein Bürgermeister/eine Bürgermeisterin vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen eine solch dominante Position innehat (Hundt/Margarian/Peters 2020; Küpper 2020). Zum anderen ist angesichts der oft beschriebenen Notwendigkeit der Beteiligung der Stadtgesellschaft in Kleinstädten nicht davon auszugehen, dass eine Person allein die Entwicklung einer Kleinstadt bestimmt bzw. dominiert.

3.4 Kommunale Selbstverwaltung in Kleinstädten heute

Ein zentrales Element der planerischen Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen ist die Eigeninitiative von Stadtpolitik und -verwaltung: Kleinstädte sollten in der Lage sein, selbst stadtplanerische Impulse zu setzen und dabei (strategisch) zu agieren, statt nur auf Probleme zu reagieren. Diese Forderung einer Bürgermeisterin (Maaß 2021) korrespondiert mit der Erkenntnis, dass die Anwendung strategischer Planung statt des reinen „Plänemachens“ eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Kleinstadtentwicklung ist (Dehne 2021; Langenbrinck/Fischer 2020: 307 f.). Dies erfordert einerseits starke politische Leadership – im Sinne eines *Good Government* – und andererseits kooperative und netzwerkförmige Zusammenarbeit im Sinne von *Good Governance*. Mit Bezug auf Kühn und Fischer (2009) verweist Dehne (2021) *auf Governance with Government* mit informellen Akteursnetzwerken als Erweiterung der *Governance by Government*, also der klassischen bürgermeister- und verwaltungsgetragenen Politik und Planung.

Hier wird aber auch ein Widerspruch deutlich. Einerseits werden Governance-Formen zur Krisenbewältigung eingefordert, die prozessorientiert, kommunikativ und kooperativ sind. Andererseits scheinen die Rahmenbedingungen in vielen Kleinstädten dafür nicht zu stimmen: Es gibt geringe finanzielle und personelle Möglichkeiten, eine prag-

matische, konfliktscheue Kommunalpolitik, die hohe Bedeutung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters sowie geringen politischen Willen, proaktiv zu handeln (BBSR 2018; KfW/Difu 2019; Kummel/Schneider/Schwarzkopf 2020). Kleinstädte benötigen für eine aktive Stadtplanung neben finanziellen Ressourcen vor allem Arbeitszeit von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, da sie sonst auf externe Planungsbüros angewiesen sind, was zum Verlust fachlichen Wissens in den Bauämtern vor Ort führen kann (vgl. Maaß 2021). Zudem ist kritisch zu reflektieren, ob durch externe Planungsbüros nicht (zu) häufig standardisierte Ansätze in die Stadtplanung Einzug halten, die wenig(er) zielführend sind (vgl. ebd.).

Kooperative Formen der Kleinstadtplanung und -entwicklung können eine Lösung sein, die sich an *Governance with Government* orientiert. Stadtentwicklung wird hier als aktiver Planungs- und Gestaltungsprozess verstanden, mit dem Ziel, eine Stadt in die Lage zu versetzen, den Ansprüchen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner gerecht zu werden (Dehne 2018). Nicht nur, aber besonders in Krisensituationen ist aus Dehnes Sicht die bewusste Kooperation aller Kleinstadtakteure von besonderer Bedeutung, da die Verwaltung wenig ausdifferenziert ist und die personellen Ressourcen begrenzt sind. Kooperative Kleinstadtplanung setzt auf einen partnerschaftlichen und arbeitsteiligen Prozess zwischen Stadtgesellschaft, lokaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Dazu braucht es in der Regel einen Impuls und Gelegenheiten sowie Lern- und Experimentierräume, um Veränderungspotenziale von Bürgerinnen und Bürgern, von Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Gang zu setzen (ebd.: 98). Förderprogramme setzen dafür zwar oft notwendige Impulse, engen aber die Gestaltungsspielräume der Kommunen oft gleichzeitig ein: Programmziele von Fördermittelgebern passen nicht immer mit den Problemlagen und eigenen strategischen Zielen der Kommunen zusammen (vgl. Dehne 2021). Vielleicht kann die „Kleinstadtakademie“[4] (Pilotphase: 2020) hier zukünftig mit zielgerichteten und passfähigen Lösungen hilfreich sein (BBSR 2020). Ebenso könnte sich in der Kleinstadtakademie das von Dehne und Hannemann (2007) geforderte „Bürgermeisterqualifizierungsprogramm“, ein Programm zum Coaching von Führungspersonal und Entscheidungsträgern, wiederfinden und die „länderübergreifende Taskforce ‚Kleinstadt‘“ beinhalten (ebd.). Grundlegend ist aber für alle Government- und Governance-Ansätze zu konstatieren, dass Kleinstädte – wie alle anderen Stadt- und Siedlungstypen – den wachsenden Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben nur gerecht werden können, wenn über die finanziellen Mittel zur Bewältigung von Pflichtaufgaben hinaus noch weitere Mittel zur Verfügung stehen, damit sich entsprechende Handlungsspielräume eröffnen lassen.

4 Die Kleinstadtakademie ist ein zentrales Element der „Initiative Kleinstädte in Deutschland“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Ihre Pilotphase läuft von 2019 bis 2022. Das Motto der Initiative lautet „Von Kleinstädten, mit Kleinstädten, für Kleinstädte“. Die Kleinstadtakademie setzt auf die Verbindung von lokalen und dezentralen sowie digitalen und mobilen Beratungs- und Vernetzungsangeboten zum Thema. Im Sinne eines modernen Wissenschaftsverständnisses, das einerseits auf qualitative wie quantitative Methoden und Interdisziplinarität sowie andererseits auf die Beteiligung der lokalen Bevölkerung setzt, sollen neue Ideen und experimentelle Methoden zu aktuellen, kleinstadtrelevanten Zukunftsthemen abseits der üblichen Auftragsforschung Raum gewinnen und fokussiert bearbeitet werden können.

4 In Bewegung: Mobilität und Digitale Transformation

Politische, mediale und wissenschaftliche Debatten um eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland – und darüber, wie eine Annäherung an dieses raumplanerische Leitbild erzielt werden kann – legen von jeher einen Schwerpunkt auf Fragen der Daseinsvorsorge (z. B. Kersten/Neu/Vogel 2019; Weingarten/Steinführer 2020). In diesem Zusammenhang sind in den vergangenen Jahren die Verfügbarkeit, der Zugang und die Erreichbarkeit von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in den Vordergrund getreten. Da ohne individuelle Mobilität und schnelles Internet gesellschaftliche Teilhabe heute unmöglich ist, muss sich auch die Kleinstadtforschung diesen beiden Themenfeldern stellen.

4.1 Mobilität

Mobilität und Erreichbarkeit sind in Kleinstädten, egal welchen Lagetyps, wichtig für die Bevölkerung und die lokale Wirtschaft. Mobilitätsmöglichkeiten bzw. Mobilitätsarmut spielen für Kleinstädte eine entscheidende Rolle, und sie unterscheiden sich zwischen Kleinstädten in zentralen und peripheren Lagen wie auch nach Flächengröße und Anzahl der Ortsteile. Innerhalb von Agglomerationsräumen profitieren Kleinstädte von einer besseren ÖPNV-Ausstattung und Erreichbarkeit. In peripheren Lagen zeigt sich insgesamt eine generell höhere Pkw-Verfügbarkeit und -Nutzung bei den privaten Haushalten (Nadler/Fina 2021). Dieser Befund ließe sich aus sozial- wie umweltwissenschaftlicher Perspektive problematisieren, z.B. hinsichtlich siedlungsstrukturell und ausstattungsseitig erzwungener Autoabhängigkeiten.

Bisher konzentrieren sich Forschungen zur Mobilität auf nachfragestarke großstädtische Verdichtungsräume und nachfrageschwache ländliche Räume. Daraus werden Ableitungen für Kleinstädte getroffen, die nicht empirisch unterlegt sind. Neuere Entwicklungen, wie Radschnellwege oder Roller- und Fahrradleihsysteme, finden auch in Kleinstädten statt. Untersuchungen zu solchen zeitaktuellen Themen stehen bezüglich dieses Stadttyps aus.

4.2 Digitale Transformation

Die Digitale Transformation ist einer der großen Treiber aktueller gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen. Im Diskurs um Stadtplanung und -entwicklung dominiert der Begriff *Smart City*. Er hat sich zu einem Leitmotiv in Stadtentwicklungskonzepten entwickelt. Daneben hat sich für ländliche Räume der Begriff *Smart Country* etabliert, der innerhalb dieses Raumtyps nicht nach Städten differenziert und wenn, dann Dörfer hervorhebt (Porsche 2021a). Mittlerweile gibt es eine Tendenz zu dem Begriff „Digitale Stadt", „da dieser sich auf Städte unabhängig von Größe und Lage bezieht und sich auf technische wie gesellschaftliche Aspekte beziehen lässt" (Jonas/Porsche 2020: 47).

Die Forschungen, Diskussionen und Förderungen zum Digitalen Wandel in Städten konzentrieren sich mit der *Smart City* auf Großstädte, deren Herausforderungen und überwiegend technische Lösungen (Beckmann 2019; Bauriedl/Strüver 2018). Die weiteren Stadt- und Gemeindetypen sind hier selten bis gar nicht sichtbar. Porsche (2021a) argumentiert, dass „die Einordnung in *city* als ‚urbane Räume‘ und damit (groß-)städtische Räume sowie andererseits *country* als ‚nichtstädtisch‘ bzw. ‚ländlich‘ für Kleinstädte jedoch viel zu kurz [greift]“ (ebd.: 160). Kleinstädte fallen somit auch bei diesem Thema in eine strukturelle Aufmerksamkeitslücke.

Zudem ist festzuhalten, dass das Thema Digitale Transformation nicht auf Technologien und Techniklösungen zu reduzieren ist, auch wenn weiterhin die schlechte Breitbandausstattung von den politisch verantwortlichen Akteuren in kleineren Städten als eines der primären Probleme konstatiert wird (DStGB/iit 2019). Zunehmend wird deutlich, dass die Menschen vor Ort ein entscheidender Faktor in der positiven Ausgestaltung der Digitalen Transformation sind: Vermehrt werden Fragen nach Vernetzung und Kooperation (intern wie extern – auch mit Großstädten) sowie die Einbindung der eigenen Bevölkerung auf der Ebene der Kleinstädte diskutiert und gefordert (Albers/Porsche 2020). Vor allem kleinere Kommunen sind auf das freiwillige Engagement und die Unterstützung durch ihre Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Dazu bedarf es entsprechender Chancen zur Teilhabe und zum Empowerment. Allein die mangelnde Breitbandausstattung setzt dem oft Grenzen (Porsche 2021a), wenn die Nutzung und der Umgang mit den neuen digitalen Möglichkeiten nicht erprobt, erfahren, erlernt und gelebt werden kann.

Es bleibt zu konstatieren, dass Kleinstädte in der gesellschaftlichen wie politischen Debatte und Förderung, abgesehen vom Breitbandausbau, selten (z. B. als „Modellprojekte Smart Cities“) bis gar nicht wahrgenommen werden, oder nur als Teilkategorie von ländlichen Räumen sowie maximal in der Mischform Klein- und Mittelstädte (BMI 2020, b; Porsche 2021b). Systematische Forschungen zu Digitalem Wandel und Kleinstadtentwicklung, die über Einzeluntersuchungen hinausgehen, existieren kaum. Deshalb sind stadt- und raumbezogene Forschung und Praxis gefordert, den Blick über etablierte Smart-City- und Smart-Country-Abgrenzungen hinaus zu öffnen.

5 Plädoyer für Kleinstädte und Kleinstadtforschung

Kleinstädte sind kein etabliertes Forschungsfeld. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und siedlungsstrukturellen Bedeutung sollten sie von der Stadt- und Raumforschung zukünftig stärker explizit in den Blick genommen werden, in all ihren unterschiedlichen (zentralen und peripheren) Lagen, Größen, Raumstrukturen und regionalen Kontexten. Gerade in ihrer Vielzahl und Heterogenität bilden sie ein spannendes Forschungsfeld – sei es in Bezug auf ihre inneren sozialen Strukturen, ihre Urbanität, ihre politische Kultur, ihre Mobilitätsbedingungen oder ihre wirtschaftlichen Dynamiken, um nur einige Beispiele zu nennen. Weder der Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung“ noch dieses Kompendium konnten dabei alle für Kleinstädte relevanten Themen berücksichtigen. Leerstellen bestehen beispielsweise in Bezug auf kulturelle und kulturwissenschaftliche ebenso wie auf (über Fragen der Mobilität hinausgehende) ökologische und umweltwissenschaftliche Perspektiven.

Kleinstädte sind ein in jeder Hinsicht „heterogener, diverser und komplexer Forschungsgegenstand“ (Leibert 2021: 204), an den viele offene Fragen gestellt und an dem neuere methodische und theoretische Entwicklungen getestet werden können. In den unterschiedlichen Beiträgen in diesem Band wird deutlich, dass es möglich ist, sich den mit dem Forschungsgegenstand Kleinstadt verbundenen Herausforderungen zu stellen und thematisch relevante Analysen durchzuführen, auch wenn u. a. viele Daten nicht vorliegen oder nicht zugänglich sind. Die große Vielfalt der Kleinstädte darf nicht dazu führen, vor der vermeintlichen Unübersichtlichkeit erstarrt zu verharren, nur weil Kleinstadtforschung nicht so ausdifferenziert ist und über so viele Daten verfügt, wie es für die Großstadtforschung der Fall ist. Herangehensweisen über Typenbildungen, wie z. B. die BBSR-Lagetypen, zeigen Möglichkeiten der Analyse und Forschung auf.

Nimmt man die Forderungen nach einer Erweiterung der *geographies of theory* ernst, müssen auch kleinstädtische Erfahrungen (wieder) Eingang in die Theoriebildung finden (Schenkel/Großmann 2021). Die raumbezogenen Wissenschaften sind gefragt und gefordert, sich diesen Herausforderungen zu stellen. In einer gemeinsamen Anstrengung bedarf es der Schaffung statistischer Grundlagen, interdisziplinärer Zusammenarbeit und eines konsequenten Hinterfragens stereotyper Bilder. Das Leben in Kleinstädten ist nicht zwangsläufig (nur) ländlich und die Bevölkerung nicht homogen – Kleinstädte sind soziale, urbane wie rurale Orte mit vielen Gesichtern, Differenzen und Dynamiken.

Warum ist die Beschäftigung mit Kleinstädten sinnvoll? Beetz (2012: 47-48) zufolge gibt es vier Hauptmotivationen:

> eine quantitative, nach der Kleinstädte von der Forschung nicht ignoriert werden sollten, da dort ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung lebt,

> eine historisch-prozesshafte, die die Besonderheiten kleinstädtischer Entwicklungen hinterfragt,

> eine soziologische, die anstrebt, ein vertieftes Wissen über lokale Formen der Vergesellschaftung zu gewinnen, sowie

> eine problemorientierte, bei der die Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen, etwa des demographischen Wandels, auf die Kleinstädte im Mittelpunkt stehen und ortsspezifische Lösungsansätze erarbeitet werden sollen.

Diesen Motivationen folgend hat der Ad-hoc-Arbeitskreis „Kleinstadtforschung“ ein Plädoyer für eine fundierte und systematische Kleinstadtforschung formuliert (s. Textbox).

Eine fundierte Kleinstadtforschung sollte

- diesen Stadttypus mit seinen unterschiedlichen äußeren Prägungen, vielfältigen inneren Strukturen und spezifischen regionalen Funktionen und Verflechtungen als eigenen Forschungsgegenstand betrachten,
- die Einbindung in neuere raumwissenschaftliche Theoriediskussionen forcieren,
- über qualitative und quantitative Zugänge die Komplexität, Vielschichtigkeit und Nicht-Linearität von Entwicklungspfaden theoretisch, methodisch und konzeptionell stärker berücksichtigen,
- innovative Datenquellen nutzen sowie Erhebungsmethoden und Analyseverfahren weiterentwickeln,
- stärker mit dem methodologischen Zugang des Einzelfall- bzw. Kleinstadttypenvergleichs arbeiten, um verallgemeinerbare Erkenntnisse abzuleiten,
- interdisziplinäre und experimentelle Herangehensweisen nutzen,
- je nach Forschungsinteresse dabei auch transdisziplinäre Zugänge, also die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Praxis und Stadtgesellschaft, anwenden,
- die akteursbezogene (Ergebnis-)Kommunikation verbessern und
- althergebrachte und stets von Neuem wiederholte und so reproduzierte Kleinstadt-Stereotypen kritisch hinterfragen und empirisch differenzieren.

Textbox 1: Forderungen an die Forschung / Quelle: Porsche/Steinführer/Sondermann 2019: 53

Eine zeitgemäße Stadt- und Raumforschung sollte weniger „Groß“-, „Klein“- bzw. „Besser“- oder „Schlechter“-Vergleiche verfolgen als vielmehr die Charakteristika, Potenziale und Herausforderungen des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes in den Blick nehmen. Dabei sollten diese nicht als „Container“ begriffen werden, sondern als soziale Konstrukte, als Orte des Lebens und Arbeitens, der Freizeit und Kultur. Der forschende Blick sollte sich im Allgemeinen auf das Besondere von Kleinstädten sowie auf das Gemeinsame dieses Stadttypus im Vergleich zu allen anderen Stadt- und Siedlungstypen richten.

Literatur

Albers, H.-H.; Porsche, L. (2020): Kurzbericht Sondierungsworkshop Digitale Transformation und Kleinstadtentwicklung. Bonn.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Studien/2019/pilot-kleinstadtakademie/downloads/digitale-transformation-und-kleinstadtentwicklung.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (04.06.2020).
Alisch, M.; May, M. (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten – Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern. Opladen, Farmington Hills.
ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2018): Call for Membership für einen Ad-hoc-Arbeitskreis der ARL 2018: „Kleinstadtforschung".
https://www.arl-net.de/de/blog/call-membership-f%C3%BCr-einen-ad-hoc-arbeitskreis-der-arl-2018-%E2%80%9Ekleinstadtforschung%E2%80%9C (12.07.2019).
Bachmann-Medick, D. (2006): Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Hamburg.
Bad Berleburg (Hrsg.) (2020): Stadt der Dörfer.
https://www.bad-berleburg.de/index.phtml?mNavID=1746.14 (18.04.2020).
Bauriedl, S.; Strüver, A. (2018): Raumproduktion in der digitalisierten Stadt. In: Bauriedl, S.; Strüver, A. (Hrsg.): Smart City: kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten // Smart City – kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten. Bielefeld, 11-30. = Urban Studies.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2018): Urbane Kleinstädte. Expertise im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)". Bonn.
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2019a): Hidden Champions und Stadtentwicklung. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung innovativer Unternehmen für Kleinstädte in peripherer Lage. Bonn. = BBSR Sonderveröffentlichung.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2019/hidden-champions-stadtentwicklung-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (04.06.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2019b): Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland. Bestandsaufnahme zur Situation der Kleinstädte in zentralen Lagen. Bonn. = BBSR-Online-Publikation 15.
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2019/bbsr-online-15-2019-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (04.06.2020).
BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2020): Pilotphase Kleinstadtakademie (2019–2022).
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/exwost/Studien/2019/pilot-kleinstadtakademie/01-start.html (22.06.2020).
Beckmann, A. (2019): Urbanes Leben – Die Digitalisierung verändert die Stadt. Deutschlandfunk. In: Deutschlandfunk, 09.06.2019.
https://www.deutschlandfunk.de/urbanes-leben-die-digitalisierung-veraendert-die-stadt.740.de.html?dram:article_id=450808 (04.06.2020).
Beetz, S. (2012): Besonderheiten in der Entwicklung kleiner Städte in ländlichen Räumen. In: Engel, A.; Harteisen, U.; Kaschlik, A. (Hrsg.): Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse – Teilhabe und Handlungsbefähigung – Integriertes Stadtentwicklungsmanagement. Detmold, 45-66.
Beetz, S. (2021): Zentralität von Kleinstädten in ländlichen Räumen – Mythos und Realität. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 85-101. = Forschungsberichte der ARL 16.
Bernt, M.; Liebmann; Heike (Hrsg.) (2013): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden.
Blesse, S.; Rösel, F. (2017): Was bringen kommunale Gebietsreformen? Kausale Evidenz zu Hoffnungen, Risiken und alternativen Instrumenten. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18 (4), 307-324.
BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/schlussfolgerungen-kom-gl.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (04.06.2020).
BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Modellprojekte.
https://www.smart-city-dialog.de/category/modellprojekte (05.10.2020).

Brandstetter, B.; Lang, T.; Pfeifer, A. (2005): Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In: Berliner Debatte Initial 16 (6), 55-68.
Brombach, K.; Jessen, J. (2005): Kleinstädte in Großstadtregionen. Funktionsräumliche Spezialisierung und Zentrumsfunktion am Beispiel Region Stuttgart. In: Informationen zur Raumentwicklung 8, 477-493.
Bürk, T. (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster. = Raumproduktionen 14.
Bürk, T. (2013): Voices from the Margin. The Stigmatization Process as an Effect of Socio-Spatial Peripheralization in Small-Town Germany. In: Fischer-Tahir, A.; Naumann, M. (Hrsg.): Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice. Wiesbaden, 168-186.
Camagni, R.; Capello, R.; Caragliu, A. (2015): The Rise of Second-Rank Cities: What Role for Agglomeration Economies? In: European Planning Studies 23 (6), 1069-1089.
CSU – Christlich Soziale Union; Freie Wähler (2018): Für ein bürgernahes Bayern. Menschlich. Nachhaltig. Modern. Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2018–2023.
https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2018/Koalitionsvertrag__Gesamtfassung_final_2018-11-02.pdf (14.06.2020).
Dehne, P. (2018): Kooperative Kleinstadtentwicklung. Eine Annäherung. In: Informationen zur Raumentwicklung 6, 86-101.
Dehne, P. (2021): Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 102-122. = Forschungsberichte der ARL 16.
Dehne, P.; Hannemann, C. (2007): Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen. Hannover, 156-183.
Destatis – Statistisches Bundesamt (2019): Unternehmensregister. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Unternehmensregister/_inhalt.html (10.10.2020).
DStGB – Deutscher Städte- und Gemeindebund; iit – Institut für Innovation und Technik (Hrsg.) (2019): Zukunftsradar Digitale Kommune. Ergebnisbericht zur Umfrage 2019. Berlin.
Dybe, G. (2015): Räumliche Koordination von Förderpolitiken: Das Beispiel der „Regionalen Wachstumskerne“ in Brandenburg. In: Karl, H. (Hrsg.): Koordination raumwirksamer Politik: Mehr Effizienz und Wirksamkeit von Politik durch abgestimmte Arbeitsteilung. Hannover, 91-112. = Forschungsberichte der ARL 4.
Ellwein, T.; Zoll, R. (2003): Die Wertheim-Studie. Teilreprint von Band 3 (1972) und vollständiger Reprint von Band 9 (1982) der Reihe „Politisches Verhalten“. Opladen.
Franzke, J. (2017): Kommunale Verwaltungs- und Gebietsreformen. Ein Dauerbrenner. In: Strauß, C.; Weith, T. (Hrsg.): „Im Plan oder ohne Plan?“: Raumplanung in (Ost-)Deutschland seit 1989/90. Münster, New York, 95-110.
Frick, S. A.; Rodríguez-Pose, A. (2017): Big or Small Cities? On city size and economic growth.
In: Growth and Change 49 (1), 4-32.
Göb, R. (1977): Die schrumpfende Stadt. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 16, H. II, 149-177.
Großmann, K.; Franke, R.; Henkel, L. (2021a): Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 1: Die Hürden der Datenbeschaffung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 50-61. = Forschungsberichte der ARL 16.
Großmann, K.; Franke, R.; Henkel, L. (2021b): Erfahrungsbericht Segregationsanalysen, Teil 2: Empirische Befunde. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 258-274. = Forschungsberichte der ARL 16.
Hackenbruch, F. (2020): Kein Neubau, keine S-Bahn: Eine Stadt schottet sich ab. In: Tagesspiegel, 24.02.2020.
https://www.tagesspiegel.de/berlin/kein-neubau-keine-s-bahn-eine-stadt-schottet-sich-ab/25573302.html (14.06.2020).
Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Hannemann, C.; Kabisch, S.; Weiske, C. (Hrsg.) (2002): Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. 2. Auflage. Berlin. = architext 5.
Häußermann, H.; Siebel, W. (1987a): Stadtentwicklungsplanung. Urbanität. Wien. = Beiträge zur Stadtforschung Stadtentwicklung Stadtgestaltung 37.
https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b006463.pdf (14.06.2020).

Häußermann, H.; Siebel, W. (1987b): Neue Urbanität. Frankfurt am Main. = Edition Suhrkamp 1432 = N.F., 432.
Häußermann, H.; Siebel, W. (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Friedrichs, J. (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Opladen, 78-94. = Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 29.
Hundt, C.; Margarian, A.; Peters, J. C. (2020): Wirtschaftliche Vielfalt ländlicher Räume. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ländliche Räume, 26–37. = Informationen zur politischen Bildung/ izpb 343.
ifm-Bonn – Institut für Mittelstandsforschung Bonn (2020): Definition.
https://www.ifm-bonn.org/definition (10.10.2020).
Jonas, A.; Porsche, L. (2020): Stadtentwicklung digital gestalten. Von Smart City und Smart Country zur Digitalen Stadt. In: Transforming Cities 3, 43-49.
https://www.trialog-publishers.de/epaper/7%7c72L0!06n6&3Kfn479Tx809/#0 (07.09.2020).
Katagi, J. (2012): Kommunale Gebietsreform und Dezentralisierung: Vergleich zwischen Japan und Deutschland; welches Land liegt weiter vorn? Potsdam. = KWI-Gutachten 7.
Keim, K.-D. (Hrsg.) (2001): Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland. Erkner.
Kersten, J.; Neu, C.; Vogel, B. (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse – für eine Politik des Zusammenhalts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46, 4-11.
KfW – KfW-Bankengruppe; Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2019): KfW-Kommunalpanel 2019.
https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2019.pdf (09.10.2019).
Kirchhoff, G. (2021): Sozialräumlicher und sozialer Wandel durch Zuwanderung. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 275-300. = Forschungsberichte der ARL 16.
Kretschmer, T.; Usbeck, H. (2003): Bevölkerungsentwicklung und Stadtumbau in kleinen und mittleren Städten Sachsens. In: wohnbund-Informationen H. 2, 12-13.
https://www.wohnbund.de/wp-content/uploads/2019/10/wohnbund-info_2003_02.pdf (04.11.2019).
Kreutz, A. M. (2020): Große Kleinstädte – Herausforderungen flächenhaft großer Kleinstädte für die Stadtentwicklung. Praktikumsarbeit im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, BBSR. Unveröffentlicht.
Kummel, O.; Schneider, G.; Schwarzkopf, F. (2020): Daseinsvorsorge durch Ehrenamt. Ermöglichende Rahmenbedingungen auf lokaler und übergeordneter Ebene herstellen. In: Abt, J.; Blecken, L.; Bock, S.; Diringer, J.; Fahrenkrug, K. (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin, 194-199.
https://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/11b_kummel_bedingungen.pdf (18.12.2020).
Kühn, M.; Fischer, S. (2009): Strategische Planung in schrumpfenden Städten. Management des Strukturwandels als Aufgabe. In: PNDonline III/2009, 1-7.
http://archiv.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/pnd-online_2009-3.pdf (23.12.2020).
Kühn, M. (2015): Small Towns in Peripheral Regions of Germany. In: Annales Universitatis Paedagogicae Cracoviensis: Studia Geographica 8 (1), 29-38.
Küpper, P. (2020): Was sind eigentlich ländliche Räume? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ländliche Räume. Bonn, 4-7. = Informationen zur politischen Bildung/izpb 343/2020.
Land, R.; Willisch, A. (2006): Schrumpfung – Raumordnung oder Gesellschaftsordnung? In: Berliner Debatte Initial 17 (5), 54-64.
Lange, L. (2018): Leben an mehreren Orten. Multilokalität und bürgerschaftliches Engagement in ländlich geprägten Räumen Niedersachsens. Berlin. = Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung 4.
Langenbrinck, G.; Fischer, T. (2020): Strategisches Arbeiten in der Innenentwicklung kleinerer Städte und Gemeinden – ein Prinzip. In: Altrock, U.; Kunze, R.; Kurth, D.; Schmidt, H.; Schmitt, G. (Hrsg.): Stadterneuerung in Klein- und Mittelstädten. Wiesbaden, 303-326. = Jahrbuch Stadterneuerung.
Läpple, D. (1992): Essay über den Raum. In: Häußermann, H.; Ibsen, D.; Krämer-Badoni, T.; Läpple, D.; Rodenstein, M.; Siebel, W. (Hrsg.): Stadt und Raum: soziologische Analysen. Pfaffenweiler, 157-207. = Stadt, Raum und Gesellschaft 1, 2. Auflage.
Lauerbach, T. (2020): Wer lebt in den Gebieten der Sozialen Stadt? Analysen und Vergleiche auf Basis der Innerstädtischen Raumbeobachtung. Bonn. = BBSR-Berichte KOMPAKT 4/2020.

Leibert, T. (2021): Demographische Strukturen und Entwicklungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 189-208. = Forschungsberichte der ARL 16.
Lossau, J. (2007): Räume von Bedeutung. Spatial turn, cultural turn und Kulturgeographie. In: Csáky, M.; Leitgeb, C. (Hrsg.): Kommunikation – Gedächtnis – Raum. Kulturwissenschaften nach dem „Spatial Turn“. Bielefeld, 29-43.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart. = Soziologische Gegenwartsfragen N. F. 35.
Maaß, A. (2021): Bedarfsgerechte Entwicklung und aktivierende Stadtentwicklung – die Praxisperspektive einer Kleinstadt-Bürgermeisterin. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 123-139. = Forschungsberichte der ARL 16.
Mattern, J. (2020): Dörfer nach der Gebietsreform. Die Auswirkungen der kommunalen Neuordnung auf kleine Gemeinden in Bayern (1978 bis 2008). Regensburg.
Mayer, H. (2021): Wirtschaftliche Entwicklung und Innovationsdynamiken in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 140-154. = Forschungsberichte der ARL 16.
Milbert, A. (2015): Wachsen oder schrumpfen? BBSR-Typisierung als Beitrag für die wissenschaftliche und politische Debatte. Bonn. = BBSR-Analysen KOMPAKT 12.
Milbert, A.; Fina, S. (2021): Methoden der Kleinstadtforschung: Definitionen, Daten und Raumanalysen. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 24-49. = Forschungsberichte der ARL 16.
Nadler, R.; Fina, S. (2021): Nachhaltige Mobilität als umweltpolitisches Handlungsfeld in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 177-188. = Forschungsberichte der ARL 16.
Pfeiffer, U.; Simons, H.; Porsch, L. (2000): Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Bericht der Kommission. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Berlin.
Porsche, L.; Milbert, A. (2018): Kleinstädte in Deutschland. Ein Überblick. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 6, 4-21.
Porsche, L.; Milbert, A.; Steinführer, A. (2019): Einführung. In Porsche, L.; Steinführer, A.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kleinstädte in Deutschland. Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Hannover, 5-15. = Arbeitsberichte der ARL 28.
Porsche, L.; Steinführer, A.; Sondermann, M. (Hrsg.) (2019): Kleinstädte in Deutschland. Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 28.
Porsche, L. (2021a): Kleinstädte – digital, smart oder intelligent? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 155-176. = Forschungsberichte der ARL 16.
Porsche, L. (2021b): Kleinstädte – Förderprogramme und Forschungsinitiativen In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 301-313. = Forschungsberichte der ARL 16.
Reimann, B.; Kirchhoff, G.; Pätzold, R.; Strauss, W.-C. (Hrsg.) (2018): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin. = Edition Difu – Stadt Forschung Praxis 17.
Reichel, F. (2009): Das Ankerstadtsystem – Modifikation des Zentrale-Orte-Systems als Beispiel einer veränderten raumordnerischen Entwicklungsstrategie in Berlin-Brandenburg. In: Eich-Born, M. (Hrsg.): Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland. Hannover, 104-123. = Arbeitsmaterial der ARL 345.
Riechel, R. (2008): Regionale Entwicklung organisieren? Regionale Wachstumskerne im Städteverbund in der neuen Förderpolitik des Landes Brandenburg. Berlin. = Graue Reihe des Instituts für Stadt- und Regionalplanung 13.
Rink, D.; Wolff, M. (2015): Wohnungsleerstand in Deutschland. Zur Konzeptualisierung der Leerstandsquote als Schlüsselindikator der Wohnungsmarktbeobachtung anhand der GWZ 2011. In: Raumforschung und Raumordnung 73 (5), 311-325.
Rüdiger, A. (2009): Der Alltäglichkeit auf der Spur: die Rolle der Stadtgröße für die räumliche Planung. Hamburg.
Sandmann, L. (2020): Die Handlungs(un)fähigkeit der Peripherie. Auswirkungen der Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt auf Prozesse der inneren Peripherisierung und Ressourcen lokalpolitischer Akteur_innen zur Bildung von Gegenmacht. Unveröff. Masterthesis, Bauhaus Universität Weimar.

Schenkel, K.; Großmann, K. (2021): Wohnen in Kleinstädten – zwischen Potenzial- und Problemheuristiken. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 235-257. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schiemann, S.; Steinführer, A. (2021): In guter Gesellschaft? Sozialstruktur und soziale Beziehungen in Kleinstädten. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 209-234. = Forschungsberichte der ARL 16.
Schnuck, O.; Mohr, M.; Köppen, U. (2018): Das verbaute Land. Flächenverbrauch in Bayern. http://web.br.de/interaktiv/flaechenverbrauch/ (14.06.2020).
Schröer, A. (2003): Geordneter Rückzug oder less is more? Ostdeutschland als Laboratorium für eine alternative Urbanität. In: Vorgänge 42, 41-50.
Sinning, H. (2018): Öffentlichkeitsbeteiligung. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover, 1655-1664. https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/HWB%202018/%C3%96ffentlichkeitsbeteiligung.pdf (10.10.2020).
Steinführer, A. (2021): Urbanität und Ruralität. Kleinstädte im „Dazwischen"? In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 62-84. = Forschungsberichte der ARL 16.
Steinführer, A.; Kabisch, S. (2005): Images einer langfristig schrumpfenden Stadt. Das Beispiel Johanngeorgenstadt (Sachsen). In: Berichte zur deutschen Landeskunde 79 (1), 5-31.
Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M (2021): Kleinstädte als Forschungsgegenstand. Bestimmungsmerkmale, Bedeutungen und Zugänge. In: Steinführer, A.; Porsche, L.; Sondermann, M. (Hrsg.): Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 5-23. = Forschungsberichte der ARL 16.
Sturm, G.; Walther, A. (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. Bonn. = BBSR-Berichte KOMPAKT 5/2011.
Weingarten, P.; Steinführer, A. (2020): Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume im 21. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (4), 653-665.
Wolff, M.; Rink, D. (2019): Strukturen von Wohnungsleerstand in Deutschland. Eine Analyse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 in deutschen Gemeinden. In: Raumforschung und Raumordnung 77 (3), 273-290.

Autorin und Autoren

Lars Porsche (**1972*) *ist Geograph und seit 2002 Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Referat „Baukultur, Städtebaulicher Denkmalschutz". Forschungsschwerpunkte seiner Arbeit sind die Themen Stadtentwicklung und Kleinstädte.*

Dr.-Ing. Martin Sondermann (**1983*) *ist Geograph und Leiter des Wissenschaftlichen Referats I „Gesellschaft und Kultur" der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Erforschung von Planungskulturen sowie kooperativer Stadtentwicklung und -planung.*

Dr. Annett Steinführer (**1972*) *ist Land- und Stadtsoziologin und seit 2010 als Wissenschaftlerin am Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, tätig. Ein Schwerpunkt ihrer Forschungen liegt auf den sozialen und siedlungsstrukturellen Folgen der Alterung für ländliche Kleinstädte.*

KURZFASSUNG / ABSTRACT

Kompendium Kleinstadtforschung
Kleinstädte befinden sich in einer systematischen Aufmerksamkeitslücke der Raum- und Sozialwissenschaften. Stereotype Vorstellungen über „die" Kleinstadt konnten sich so seit Langem relativ unhinterfragt halten. Was wissen wir über Kleinstädte – und was nicht? In diesem Kompendium wird die Kleinstadtforschung in Deutschland aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und ein umfassender Überblick zum aktuellen Stand in unterschiedlichen Themenfeldern gegeben. Grundlegende Begrifflichkeiten, Methoden und Daten werden dabei ebenso adressiert wie konzeptionelle Fragen von Urbanität und Ruralität sowie Zentralität und Governance. Von besonderem Interesse ist das Leben in Kleinstädten, und so werden soziodemographische, sozialräumliche und wirtschaftliche Strukturen und Entwicklungen sowie Aspekte von Mobilität und Digitalisierung in Kleinstädten betrachtet. Die insgesamt 17 Beiträge dieses Kompendiums geben vertiefende Einblicke in ein weites, sich neu konstituierendes Forschungsfeld und benennen Wissensdefizite.

Schlüsselwörter
Kleinstädte – Kleinstadtforschung – Stadtentwicklung – Stadtforschung – Landforschung – Raumforschung

Compendium Small Town Research
There is a systematic perception gap regarding small towns in spatial and social sciences. Stereotypical ideas about 'the' small town have thus remained relatively unchallenged for a long time. What do we know about small towns – and what not? This compendium sheds light on small town research in Germany from various perspectives and provides a comprehensive overview of the current state of research in various fields. A range of topics is addressed, from basic terms and delimitations, methods and data to conceptual questions of urbanity and rurality as well as of centrality and governance. Life in small towns is of particular interest, and thus socio-demographic, socio-spatial and economic structures and developments as well as issues of mobility and digital transformation in small towns are considered. The 17 contributions to this compendium provide deeper insights into a wide, newly constituting field of research and address open questions.

Keywords
Small towns – small town research – urban development – urban studies – rural studies – spatial research

Kleinstädte befinden sich in einer systematischen Aufmerksamkeitslücke der Raum- und Sozialwissenschaften. Stereotype Vorstellungen über „die“ Kleinstadt konnten sich so seit Langem relativ unhinterfragt halten. Was wissen wir über Kleinstädte – und was nicht? In diesem Kompendium wird die Kleinstadtforschung in Deutschland aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und ein umfassender Überblick zum aktuellen Stand in unterschiedlichen Themenfeldern gegeben. Grundlegende Begrifflichkeiten, Methoden und Daten werden dabei ebenso adressiert wie konzeptionelle Fragen von Urbanität und Ruralität sowie Zentralität und Governance. Von besonderem Interesse ist das Leben in Kleinstädten, und so werden soziodemographische, sozialräumliche und wirtschaftliche Strukturen und Entwicklungen sowie Aspekte von Mobilität und Digitalisierung in Kleinstädten betrachtet. Die insgesamt 17 Beiträge dieses Kompendiums geben vertiefende Einblicke in ein weites, sich neu konstituierendes Forschungsfeld und benennen Wissensdefizite.

Leibniz Gemeinschaft

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft · arl@arl-net.de · www.arl-net.de
ISBN 978-3-88838-103-4 (PDF-Version) · ISBN 978-3-88838-104-1 (Print-Version)